

Zaner 2116 ²₁

<36632263200018

<36632263200018

Bayer. Staatsbibliothek

6

BAYERISCHES

STAATS-VERFASSUNGS-RECHT.

VON

R

DR. JOSEPH PÖZL,
AUSSERORDENTL. PROFESSOR DER RECHTE.

*Veritatis studiosus,
juventutis amans.*

ALS LEITFADEN FÜR AKADEM. VORLESUNGEN UND ZUM SELBST-UNTERRICHT BESTIMMT.

WÜRZBURG.

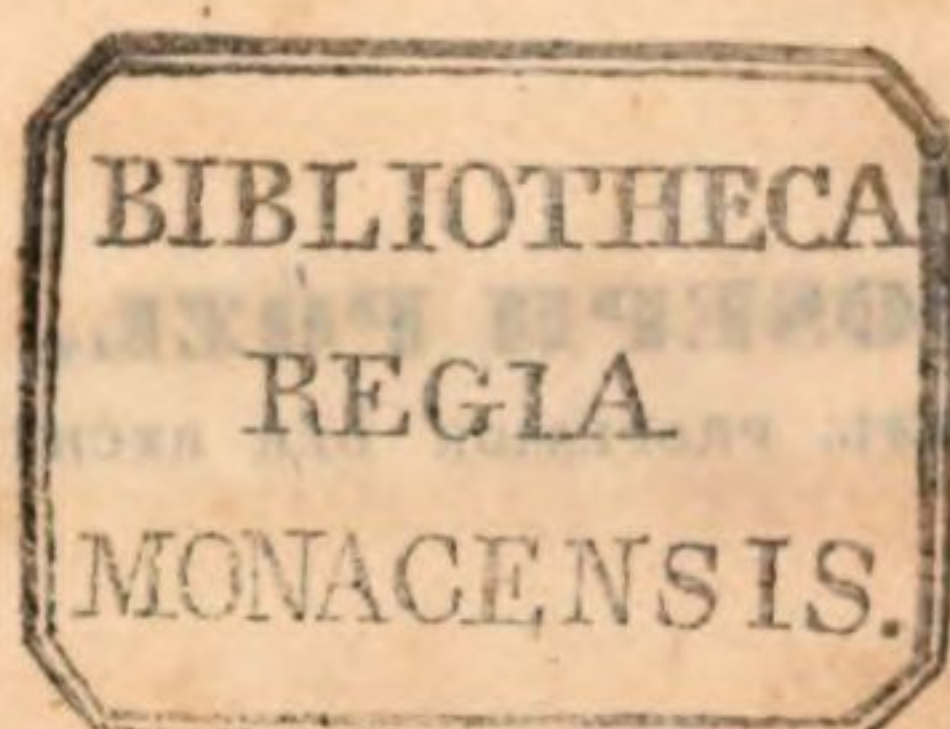
VERLAG VON LUDWIG STAHEL.

—
1847.

72.9

BYERISCHES

STAATS-VEREINIGUNGS-RECHT.



WÜRZBURG.

VERLAG VON EDUARD STUBB

1841

VORWORT.

Die wissenschaftliche Pflege des bayerischen Staatsrechtes ist bis zur Stunde nicht so lebendig und ausgedehnt, als es bei der Wichtigkeit desselben für Bayern und für das deutsche Gesamtinteresse zu erwarten und zu wünschen wäre; ja dieselbe scheint im letzten Decennium noch von ihrer früheren Bedeutung verloren zu haben. Fast nur das Werk von M o y, das zunächst den Zweck eines Lehrbuches erfüllen sollte, ward in dieser Periode veröffentlicht.¹⁾ Allein wir glauben, dass dasselbe gerade zu diesem Zwecke ungeeignet sey. Das System, das der Verfasser befolgt, ist, auch wenn

¹⁾ Von 1818 bis 1835 erschienen vier Lehrbücher (eines in zwei Auflagen) und eine Reihe von Monographien theils in eigenen Werken, theils in Zeitschriften, die dem bayer. Staatsrechte gewidmet waren.

es in sich richtig wäre, ²⁾ viel zu gekünstelt, um dem Anfänger verständlich zu seyn und ihm das Verständniss des Inhaltes zu erleichtern. Die Behandlung der einzelnen Materien ermangelt der nöthigen Bestimmtheit und Präcision; die häufig eingeflochtenen historischen Excurse schaden der Uebersichtlichkeit und sind in der Regel nicht so gewählt, dass sie die richtige Auffassung des geltenden Rechtes anzubahnen vermögen, abgesehen davon, dass viele auch an sich betrachtet unrichtig und ungenau sind. Die allgemeinen Principien, von denen der Verfasser ausgeht, sind zum grossen Theile unhaltbar, und dem bayerischen Staatsrechte fremd; daher wir denn auch in sehr vielen Punkten zu anderen Resultaten gelangten, als jenes Lehrbuch. Bei diesem Stande der Literatur wird es als gerechtfertigt erscheinen, wenn ich den Versuch mache, dem Mangel eines entsprechenden Leitfadens für bayerisches Verfassungsrecht durch das vorliegende Werk abzuhelpen. Ich hatte bei der Ausarbeitung desselben vorzugsweise die Bedürfnisse der Studierenden im Auge, ohne dass dadurch seiner Brauchbarkeit auch für andere Zwecke irgend geschadet wäre. Daher bestrebte ich mich insbesondere der

²⁾ Dass auch dieses nicht der Fall sey, glaube ich an einem anderen Orte gezeigt zu haben (Krit. Jahrb. für d. Rechtsw. Jahrg. 1847, Heft 1.).

Klarheit und Kürze, ohne darum etwas Wesentliches ausser Acht zu lassen — darum gab ich die Quellen möglichst vollständig, von der Literatur aber nur das unmittelbar zur Sache Gehörige an.³⁾ Bei streitigen Rechtsfragen beschränkte ich mich regelmässig auf die Anführung meiner Ansicht und auf die Angabe der Hauptgründe, das Nähere der weiteren Erörterung beim mündlichen Vortrage vorbehaltend. Die Kritik des bestehenden Verfassungsrechtes musste mit Rücksicht auf die unmittelbare Bestimmung des Werkes ausgeschlossen bleiben; doch suchte ich durch Andeutung von Lücken unseres Verfassungsrechtes und durch eingestreute Fragen zur eigenen Prüfung anzuregen.

Ich hatte ursprünglich vor, auch das Verwaltungsrecht in einer ähnlichen Bearbeitung möglichst bald der Oeffentlichkeit zu übergeben. Allein da dasselbe wahrscheinlich in kurzer Zeit einer durchgreifenden Umgestaltung entgegen gehen wird, so hielt ich es für zweckmässiger, vorläufig meinen Plan zu ändern und blos das Verfassungsrecht, als das bleibende, dem Publikum zu übergeben. Möge mein Versuch, der, wie ich selbst nur zu wohl fühle,

3) Besonders setzte ich die Kenntniss des deutschen Staatsrechtes und seiner Literatur voraus; ich führte diese daher nur ausnahmsweise und bei besonders wichtigen Fragen an. Es war mir nicht darum zu thun, eine Belesenheit zur Schau zu tragen, die der Sache nichts frommt.

grosse Mängel an sich trägt, eine nachsichtige Beurtheilung finden; mein Zweck ist erreicht, wenn ich zur Belebung der wissenschaftlichen Bestrebungen in unserem vaterländischen Staatsrechte etwas beigetragen habe.

Ich hielt es für sehr zweckdienlich, meinem Werke das Verfassungs-Verständniss von 1843, das, so viel mir bekannt, ausser den Stände-Verhandlungen nicht weiter veröffentlicht wurde, als Beilage anzufügen. — Das alphabetische Register, welches dem Buche beigegeben ist, wird, wie ich hoffe, den Gebrauch desselben wesentlich erleichtern.

Würzburg am 2. Juni 1847.

Der Verfasser.

INHALTS-ANZEIGE.

Einleitung.

	Seite
§. 1. I. Begriff und Inhalt des bayerischen Staatsrechts	1
II. Geschichtliche Propädeutik.	
A. Grundzüge des bayer. Staatsrechts zur Zeit des Reichs:	
§. 2. 1) Quellen und Hilfsmittel desselben	2
§. 3. 2) Verhältniss zum deutschen Reich	4
3) Innere Verhältnisse:	
§. 4. a) Von den Unterthanen und ihren Rechten im Allg.	5
b) Von einigen besond. Vorrechten der priv. Stände:	
§. 5. α) Von Landsassen und ihren Rechten	7
§. 6. β) Von der Siegelmässigkeit	8
§. 7. c) Vom Landesherrn und dessen Rechten	9
d) Von den bayerischen Landständen:	
§. 8. α) Ursprung und Ausbildung derselben	11
§. 9. β) Zusammensetzung und Organisat. der Landschaft	12
§. 10. γ) Rechte derselben	14
B. Veränderungen des bayer. Staatsrechts seit der Auflö- sung des deutschen Reichs bis zur Erlassung der Ver- fassungs-Urkunde, i. e. von 1806—1818:	
§. 11. 1) Von den Quellen und Hilfsmitteln für die Kenntniss des Staatsrechts dieser Periode	16
2) Uebersicht der öffentlichen Verhältnisse Bayerns;	
§. 12. a) der äusseren	17
§. 13. b) der inneren	18

VIII

	Seite
III. Vorkenntnisse bezüglich des geltenden Staatsrechts:	
§. 14. 1) Von den Quellen desselben überhaupt	20
§. 15. 2) Von der rechtlichen Natur und dem Verhältnisse dieser Quellen zu einander	22
§. 16. 3) Von den Hilfsmitteln für das Studium des bayerischen Staatsrechts	26
§. 17. 4) Fundamentalsätze des jetzigen bayr. Staatsrechts . . .	27

Erster Theil.

Von den Elementen des bayerischen Staates.

Erstes Buch. Vom Lande.

§. 18. I. Von dem Staatsgebiete im Allgemeinen	30
§. 19. II. Von der rechtlichen Natur desselben	32
§. 20. III. Von der Eintheilung des Gebietes	33
§. 21. IV. Von der Territorialgewalt	35

Zweites Buch. Von den Unterthanen.

Erste Abtheilung. Von den physischen Personen.

Erster Abschnitt. Von den allgemeinen Rechtsverhältnissen derselben.

I. Vorbereitende Lehren:

§. 22. 1) Von dem Begriff und den Klassen der Unterthanen .	37
§. 23. 2) Von den Rechtsverhältnissen der Fremden in Bayern	39
§. 24. 3) Vom Indigenate	40
§. 25. 4) Vom Staatsbürgerrechte	43

II. Von den allgemeinen Rechten der Unterthanen.

A. In Ansehung ihrer persönlichen Verhältnisse:

§. 26. 1) Von der Freiheit und Sicherheit der Person . . .	46
§. 27. 2) Von der Freiheit der Presse und des Buchhandels	49
§. 28. 3) Von dem Associationsrechte	54
§. 29. 4) Von der Auswanderung und der Vermögens-Exportation	56

B. In Ansehung des Vermögens:

§. 30. 1) Allgemeine Grundsätze	57
§. 31. 2) Von der Zwangsabtretung des Grundeigenthums ins- besondere	59

IX

	Seite
§. 32. C. Von dem rechtlichen Schutz der Unterthanenrechte	61
§. 33. III. Von den allgemeinen Pflichten	64
§. 34. IV. Von der rechtlichen Gleichheit der Bayern	66

Zweiter Abschnitt. Von den Rechtsverhältnissen der besonders bevorrechteten oder benachtheiligten Classen von Unterthanen.

Erstes Capitel. Von den Rechtsverhältnissen des Adels in Bayern.

A. Allgemeine Grundsätze.

§. 35. 1) Von den Arten und Classen des Adels in Bayern überh.	68
§. 36. 2) Von der Erwerbung des Adels	69
§. 37. 3) Von den Auszeichnungen und Rechten des Adels	71
§. 38. 4) Von den Bedingungen zur Ausübung und von der Geltendmachung der Adelsrechte	73
§. 39. 5) Von dem Verlust und der Suspension des Adels	75

B. Von den wichtigeren Vorrechten des Adels im Einzelnen.

Titel I. Von der Siegelmässigkeit.

§. 40. 1) Von dem Begriff derselben und den Personen, welchen sie zusteht	77
§. 41. 2) Von den in der Siegelmässigkeit liegenden Rechten	78

Titel II. Von den Familienfideicommissen.

§. 42. I. Von dem Begriff und der jetzigen Geltung derselben überh.	81
II. Von der Errichtung der Familienfideicommissen:	
§. 43. 1) Von dem Gegenstande eines Fideicommisses	83
§. 44. 2) Von den Subjecten des Fideicommisses	85
§. 45. 3) Von der Form der Errichtung	87
§. 46. III. Von der Sicherstellung der Fideicommissen	89
IV. Von den Rechtsverhältnissen, die aus den Fideic. entstehen:	
§. 47. 1) Von den Rechten des Fideicommissbesitzers überh.	90
§. 48. 2) Insbesondere von dem Rechte, das Fideicommiss mit Schulden zu belasten	93
§. 49. 3) Von den Pflichten des Fideicommissars	95
§. 50. 4) Von den Rechten dritter Personen	96
§. 51. V. Von der Vererbung der Fideicommissen	98
§. 52. VI. Von der Auflösung der Fideicommissen	100

Titel III. Von der gutsherrlichen Gerichtsbarkeit.

§. 53. I. Begriff und allgemeine Grundsätze	102
§. 54. II. Von der rechtlichen Natur und Begründung der gutsherrlichen Gerichtsbarkeit	104

	Seite
III. Von der Ausübung der gutsherrlichen Gerichtsbarkeit:	
§. 55. 1) Von den Vorbedingungen der Ausübung	107
§. 56. 2) Von den Organen der Ausübung	109
IV. Von dem Umfang der gutsherrlichen Gerichtsbarkeit:	
§. 57. 1) Von ihrem Umfang im Allgemeinen und von den Arten der gutsherrlichen Gerichte	111
2) Von den Rechten der gutsh. Gerichte im Einzelnen:	
§. 58. a) In Ansehung der Rechtspflege	113
§. 59. b) In Ansehung der Polizeiverwaltung	116
§. 60. c) In Ansehung der Gemeinde-, Stiftungs-, Schul- und Kirchensachen	118
§. 61. d) In Ansehung gewisser nutzbarer Rechte	120
V. Von der Suspension und dem Aufhören der gutsherrlichen Gerichtsbarkeit:	
§. 62. 1) Im Allgemeinen	122
§. 63. 2) Von der Abtretung der gutsherrlichen Gerichtsbarkeit an den Staat insbesondere	124

Titel IV. Von den gutsherrlichen Rechten.

§. 64. I. Begriff und Arten derselben im Allgemeinen	126
II. Von den grundherrlichen Rechten insbesondere:	
§. 65. 1) Von ihrer rechtlichen Natur und den Arten derselben	129
§. 66. 2) Von den Mitteln, sie geltend zu machen, besonders von dem Pfändungsrecht	131
C. Von den Rechtsverhältnissen der besonders bevorrechteten Classen des Adels.	
§. 67. I. Von den Rechtsverhältnissen der Reichsritterschaft	133
II. Von den Rechtsverhältnissen der Standesherrn:	
§. 68. 1) Von den Standesherrn und ihrer rechtlichen Stellung im Allgemeinen	136
2) Von den Rechtsverhältn. der deutschen Standesh.:	
§. 69. a) Von den persönlichen Vorrechten derselben	137
§. 70. b) Von ihren dinglichen Vorrechten	140
§. 71. c) Besondere Vorrechte in Ansehung der Besteuerung	144
§. 72. d) Von den Bedingungen zur Ausübung und von dem Verlust der standesherrlichen Rechte	145
§. 73. 3) Von den Rechtsverhältnissen der bayer. Standesherrn	147
III. Von den Rechtsverhältnissen der Glieder des k. Hauses:	
§. 74. 1) Von den zum königl. Hause gehörigen Personen und ihren Rechtsverhältnissen im Allgemeinen	148
§. 75. 2) Von den eigenthümlichen Rechtsverhältnissen einzelner Glieder des k. Hauses insbesondere	150

§. 76.	Zweites Capitel. Von den gesetzlich benachtheiligten Unterthanen	153
--------	--	-----

Zweite Abtheilung. Von den juristischen Personen.

§. 77.	Erster Abschnitt. Von den Gütervereinen mit juristischer Persönlichkeit	155
--------	---	-----

Zweiter Abschnitt. Von den öffentlichen Corporationen.

Erstes Capitel. Von den Gemeinden.

§. 78.	Einleitung	158
--------	----------------------	-----

Titel I. Von den Gemeinden im Allgemeinen.

§. 79.	I. Von dem Begriff und den Arten der bayer. Gemeinden	159
--------	---	-----

§. 80.	II. Von der Begründung der Gemeinden und ihren Elementen	161
--------	--	-----

III. Von den aus dem Gemeindeverbande entspringenden Rechten und Pflichten:

§. 81.	1) Rechte und Pflichten der Gemeinde selbst	164
--------	---	-----

§. 82.	2) Der einzelnen Gemeindeglieder	167
--------	--	-----

Titel II. Von der Gemeindeverfassung.

§. 83.	I. Im Allgemeinen	170
--------	-----------------------------	-----

II. Von der Verfassung der einzelnen Arten von Gemeinden insbesondere:

§. 84.	1) Von der Verfassung der Städte	171
--------	--	-----

§. 85.	2) Von der Verfassung der Landgemeinden	175
--------	---	-----

§. 86.	3) Von den Organen der Kirchenverwaltung	176
--------	--	-----

Tit. III. Von den Rechten der Gemeindebehörden.

§. 87.	I. In Städten	177
--------	-------------------------	-----

§. 88.	II. In Landgemeinden	179
--------	--------------------------------	-----

§. 89.	Zweites Capitel. Von den Universitäten	181
--------	--	-----

Drittes Capitel. Von den Kirchengesellschaften.

§. 90.	I. Von den hieher gehörigen Subjecten überhaupt	183
--------	---	-----

II. Von den Rechtsverhältnissen der öffentlichen Kirchengesellschaften insbesondere:

§. 91.	1) Von den Rechtsverhältnissen derselben im Ganzen	185
--------	--	-----

§. 92.	2) Von den Rechtsverhältnissen der Mitglieder der öffentlichen Kirchengesellschaften	188
--------	--	-----

Zweiter Theil.

Von dem Oberhaupt des Staates oder dem Regenten.

Erstes Buch. Von der Regierungsform Bayerns.

Erster Abschnitt. Von dem Subjecte der Regierung.

I. Von dem Rechte auf den Thron:

A. Bei der ordentlichen Thronfolge:

- | | | |
|--------|---|-----|
| §. 93. | 1) Von dem Thronfolgerecht | 191 |
| §. 94. | 2) Von der Thronfolge-Ordnung | 193 |

B. Bei der ausserordentlichen Thronfolge:

- | | | |
|--------|---|-----|
| §. 95. | 1) Von dem ansserordentlichen Thronfolgerecht . . . | 194 |
| §. 96. | 2) Von der hier geltenden Erbfolge-Ordnung . . . | 196 |
| §. 97. | II. Vom Erwerb des Thrones | 197 |
| §. 98. | III. Vom Verlust desselben | 199 |

IV. Von der Reichsverwesung:

- | | | |
|---------|---|-----|
| §. 99. | 1) Von der Anordnung und dem Ende derselben . . . | 200 |
| §. 100. | 2) Von der rechtlichen Stellung des Reichsverwesers . . | 202 |

Zweiter Abschnitt. Von den Organen zur Ausübung der Regierung.

- | | | |
|---------|---|-----|
| §. 101. | A. Von den Regierungs Organen an sich | 204 |
|---------|---|-----|

B. Von den Staatsdienern:

- | | | |
|---------|--|-----|
| §. 102. | I. Von dem Begriff, den Arten der Staatsdiener, und der rechtlichen Natur des Staatsdienerverhältnisses überh. | 206 |
| §. 103. | II. Von der Begründung des Staatsdienerverhältnisses. | 208 |
| | III. Von den Pflichten der Staatsdiener; | |
| §. 104. | 1) Im Allgemeinen | 210 |
| §. 105. | 2) Von der Handhabung der Disciplin insbesondere . . | 212 |
| | IV. Von den Rechten der Staatsdiener: | |
| §. 106. | 1) In Beziehung auf die Dienstesleistung | 214 |
| §. 107. | 2) In Beziehung auf ihren Stand und Gehalt | 216 |
| §. 108. | 3) Von den Pensionen der Wittwen und Waisen von Staatsdienern | 218 |
| §. 109. | V. Von der Aufhebung des Staatsdienerverhältnisses . . | 221 |

Dritter Abschnitt. Von den Organen zur Vertretung der Unterthanenrechte.

Erstes Capitel. Von der Ständeversammlung.

- | | | |
|---------|--|-----|
| §. 110. | I. Von der rechtlichen Natur derselben überhaupt . . . | 224 |
| §. 111. | II. Von ihren Bestandtheilen im Allgemeinen | 226 |

Titel I. Von der Bildung der Ständeversammlung.

§. 112.	I. Von den nothwendigen Eigenschaften aller Ständemitglieder	227
	II. Von der Zusammensetzung der beiden Kammern im Allgemeinen:	
§. 113.	A. Der Kammer der Reichsräthe	229
	B. Der Kammer der Abgeordneten:	
§. 114.	1) Von den Personen, aus denen sie besteht	230
	2) Von der Wahl der Abgeordneten:	
§. 115.	a) Von der Fähigkeit, gewählt zu werden, oder von der Wählbarkeit	232
	b) Von der Wahl selbst:	
§. 116.	α) Allgemeine Grundsätze	235
	β) Von der Vornahme der Wahl in den einzelnen Classen:	
§. 117.	a) Von der Wahl der Abgeordn. der Gutsherrn	236
§. 118.	b) Von der Wahl der Abgeordn. der Universitäten	237
§. 119.	c) Von der Wahl der Abgeordn. der Geistlichen	238
§. 120.	b) Von der Wahl der Abgeordn. der Städte	238
§. 121.	e) Von der Wahl der Abgeordn. der Landeigenth.	240
§. 122.	c) Von den Folgen der Wahl und dem Eintritt in die Kammer	241
	III. Von den Vorbedingungen gesetzmässiger Thätigkeit der Ständeversammlung:	
§. 123.	1) Von dem Beginn und der Dauer ihrer Wirksamkeit	243
§. 124.	2) Von der Constituirung der Kammern	245

*Titel II. Von den Rechten der Ständeversammlung.**A. Der Versammlung im Ganzen.*

§. 125.	I. Von den Collegialrechten derselben	247
	II. Von den eigentlichen Vertretungsrechten:	
§. 126.	1) Von der Mitwirkung bei der Gesetzgebung	249
	2) Vom Antheile der Stände an der Regulirung des Staatshaushaltes:	
§. 127.	a) Allgemeine Uebersicht	250
§. 128.	b) Bei der Festsetzung der Staats-Ausgaben	252
§. 129.	c) In Ansehung der Staats-Einnahmen	254
§. 130.	d) Vom Steuerbewilligungsrechte insbesondere	256
§. 131.	e) Von der Nachweisung der Verwendung der Staats-Einnahmen	257
§. 132.	f) Von den Rechten der Stände in Ansehung der Staatsschulden	258
§. 133.	3) Von der Mitwirkung der Stände bei der Regulirung des Kreishaushaltes	261

XIV

	Seite
§. 134. 4) Von dem Recht der Anträge	263
§. 135. 5) Von dem Recht der Beschwerdeführung	264
§. 136. 6) Von einigen besondern Rechten, insbesondere von dem Rechte der Anklage	266
§. 137. B. Von den Rechten der einzelnen Ständemitglieder . . .	267

Titel III. Von der Geschäfts-Ordnung der Ständeversammlung.

§. 138. I. Von den Ausschüssen	269
II. Von dem Geschäftsgange bei der St. V. selbst:	
§. 139. 1) Von den allgemeinen Sitzungen überhaupt	271
§. 140. 2) Von dem Einbringen der Berathungsgegenstände über- haupt und ihrer Reihenfolge	273
§. 141. 3) Von der Behandlung der einzelnen Sachen selbst . . .	275

Zweites Capitel. Von dem Landrathe.

§. 142. I. Von dem Begriff und der Bildung des Landraths . . .	278
II. Von den Befugnissen des Landraths:	
§. 143. 1) Nach dem geltenden Rechte	280
§. 144. 2) Nach dem v. 1. Oct. 1849 an zur Geltung kommen- den Rechte	282
§. 145. III. Von den Versammlungen des Landraths	284

Zweites Buch. Von den Rechten des Staats- Oberhauptes.

Erster Abschnitt. Von der rechtlichen Stellung des Königs überhaupt.

I. Vom König als Oberhaupt des Staates:	
§. 146. 1) Im Allgemeinen	286
§. 147. 2) Von den Ehrenrechten des Königs insbesondere . . .	288
§. 148. 3) Von einigen zufälligen Rechten	290
§. 149. II. Von den Rechten des Königs als Oberhaupt seines Hauses	292
§. 150. III. Von den Privatrechten des Königs	293

Zweiter Abschnitt. Von den inneren Regierungsrechten insbesondere.

Erstes Capitel. Von den formellen Regierungsrechten.

I. Von der gesetzgebenden Gewalt:	
§. 151. 1) Von dem Begriff, Object und Subject derselben . . .	295
§. 152. 2) Von den Schranken der gesetzgebenden Gewalt . . .	297
§. 153. 3) Von den in ihr enthaltenen Befugnissen	298
§. 154. 4) Von der verbindenden Kraft der Gesetze	300

II. Von der vollziehenden Gewalt:

- §. 155. 1) Von dem Begriff, dem Object und Subject derselben 302
 §. 156. 2) Von den Grenzen und Mitteln der vollz. Gewalt . 303

Zweites Capitel. Von den materiellen Regierungsrechten.

I. Von der Justizgewalt:

- §. 157. 1) Von dem Begriffe und der Ausübung derselben im
 Allgemeinen 304
 §. 158. 2) Von der Ausübung der Gerichtsbarkeit insbesondere . 306
 §. 159. 3) Von der sogen. Administrativ-Justiz 308

II. Von der Polizeigewalt:

- §. 160. 1) Von ihrem Begriff und ihrer Ausübung im Allgem. 309
 §. 161. 2) Von dem Verhältnisse der Polizei zur Criminaljustiz
 insbesondere 311

III. Von der Finanzgewalt:

- §. 162. 1) Von dem Begriff und dem Umfang derselben überh. 313
 2) Von den Rechten des Königs in Ansehung der Staats-
 Einnahmen:
 §. 163. a) Allgemeine Uebersicht 314
 §. 164. b) Hinsichtlich der Staatsdomänen insbesondere . . 315
 §. 165. c) Hinsichtlich der Staatsregalien und Anstalten . . 316
 §. 166. d) Hinsichtlich der Steuern 317
 §. 167. 3) Von den Rechten des Königs hinsichtlich der Staats-
 schulden 319

IV. Von der Militärgewalt:

- §. 168. 1) Von dem Begriff und dem Umfange derselben im
 Allgemeinen 321
 §. 169. 2) Von den Bestandtheilen der bayerischen Militärmacht
 und ihrer rechtlichen Stellung insbesondere . . . 323

V. Von den Rechten des Königs in Ansehung der Reli-
 gionsgesellschaften:

- §. 170. 1) Von den hieher gehörigen Rechten überhaupt . . 324
 §. 171. 2) Von den Rechten in Ansehung der bestehenden Re-
 ligionsgesellschaften 326

*Dritter Abschnitt. Von den äusseren Regierungsrechten
 oder der Repräsentativgewalt.*

Erstes Capitel. Allgemeine Grundsätze.

- §. 172. I. In friedlichen Verhältnissen 329
 §. 173. II. Bei sich ergebenden Conflicten 330

Zweites Capitel. Von dem Verhältniss zum deutschen Bunde und Zollvereine insbesondere.

I. Von dem Verhältnisse zum deutschen Bunde:

§. 174.	1) Von der rechtlichen Natur dieses Verhältnisses überh.	332
§. 175.	2) Von den aus der Bundesgenossenschaft entstehenden Rechten	333
§. 176.	3) Von den Bundespflichten des Königs	334
§. 177.	II. Von dem Verhältniss zum deutschen Zollverein	337

Dritter Theil.

Von den Garantien der Verfassung.

§. 178.	I. Von den inneren Garantien	340
§. 179.	II. Von den äusseren Garantien	342

Anhang.

Verfassungsverständniss nach den St.-V. v. 1843.

***Vor dem Gebrauche bittet man folgende
Druckfehler zu berichtigen:***

- S. 4 Z. 6 v. u. l. Rechts st. Reichs
 S. 11 Z. 6 v. o. ist nach „Wachsthum“ einzuschalten „der Macht“
 S. 26 Z. 9 v. o. l. gehört st. wird — Z. 10 streiche erfordert
 S. 48 Z. 6 v. u. ist nach „erzwungen“ beizufügen: „werden“
 S. 61 Z. 10 v. o. l. ein st. im
 S. 90 not. 6 l. A. E. st. A. A.
 S. 114 Z. 9 v. o. l. zweiter st. erster
 S. 129 vorl. Z. l. Naturalreichtnisse st. Naturalerzeugnisse
 S. 129 letzte Z. u. S. 163 vorl. Z. l. 1825 st. 1828
 S. 145 not. 1 ist nach „Giech“ einzuschalten „an sich“
 S. 183 not. 10. l. Gesetz v. 15. Aug. st. Juni
 S. 203 not. 3 l. 1. Juli st. 17. Juli
 S. 338 not. 8 a. E. st. S. 461 ff. l. 46, I (Beilage zum Regierungsblatt
 v. 1842 S. 40).

Andere minder wesentliche Irrthümer, die etwa sich finden mögen,
 wird der geneigte Leser selbst berichtigen.

Uebersicht der gebrachten Abkürzungen.

A. E. = Allerhöchste Entschliessung (einmal, S. 48 not. 10, = Angeführtes Edict).

A. G. = Angeführtes Gesetz.

D. = Döllingers Sammlung der Verordnungen etc.

H.-B. = Handbibliothek des bayer. Staatsbürgers; die römische Zahl dabei deutet den Band an.

M. E. = Ministerial-Entschliessung.

R.G.E. = Revidirtes Gemeinde-Edict v. 1834.

St.-V. = Stände-Verhandlungen (im Text wohl auch für Stände-Versammlung).

EINLEITUNG.

§. 1.

I. Begriff und Inhalt des bayerischen¹⁾ Staatsrechts.

Der Inbegriff derjenigen Rechtsnormen, nach denen sich der bayerische Staat zu einem organischen Ganzen ordnet und gliedert (also verfasst ist) und nach denen er seine Bewegung und Thätigkeit entwickelt (verwaltet wird), bildet das bayerische Staatsrecht. Als Wissenschaft betrachtet, ist es die systematische Darstellung dieser Rechtsnormen. Dabei ist wie bei jeder wissenschaftlichen Behandlung des Rechts, vor Allem

a) die praktische Seite herauszuheben, d. i. es sind die geltenden positiven Rechtsnormen als Grundlage zu nehmen; diese müssen

b) auf die allgemeinen Principien des Rechts und der Wissenschaft überhaupt zurückgeführt werden, damit die Behandlung eine philosophische genannt werden könne, und nicht blosse Gesetzeskunde bleibe; endlich

c) da alles Recht, und vorzugsweise das Staatsrecht ein Erzeugniss der Geschichte ist, so sind die zu unserem Gegenstande gehörigen Rechtsprincipien, sowohl im Ganzen

¹⁾ Die Schreibart „Bayern“, bayerisch“ ist die officiële. Sie ist übrigens keine neue; schon J. J. Moser bemerkt in seiner Einleitung in das bayer. Staatsrecht S. 12: „Heutiges Tages schreibt man meistens „Bayern“.

als einzeln, immer im Zusammenhang mit der Geschichte, mit Rücksicht auf ihre Entstehung und Fortbildung zu betrachten und aufzufassen. Diese geschichtliche Seite der Darstellung behält aber dabei immer den praktischen Zweck im Auge; sie sucht nur das Recht der Gegenwart, so weit es in der Vergangenheit wurzelt, zu erläutern, nicht diese für sich darzustellen.

Unter Berücksichtigung dieses geschichtlichen Bedürfnisses sollen in den folgenden Paragraphen die Grundzüge des Staatsrechts, wie es in der letzten Zeit des deutschen Reichs (also zu Ende des vorigen und Anfang dieses Jahrhunderts) und zur Zeit des Rheinbundes in Bayern²⁾ galt, dem dogmatischen Theile vorausgeschickt werden. — Ein Zurückgehen auf ältere Zeiten erscheint als nutzlos und daher als zweckwidrig.

II. Geschichtliche Propädeutik.

A. Grundzüge des bayer. Staatsrechts zur Zeit des Reichs.

§. 2.

1. Quellen und Hilfsmittel desselben.

1) Abgesehen von den für das ganze Reich geltenden Quellen des Staatsrechts sind als particulär bayerische Quellen zu nennen:

- a) Die kaiserlichen Lehenbriefe, sowie einzelne kaiserliche Privilegien,¹⁾ wie z. B. das *privilegium de non appellando*, das Münz- und Bergwerks-Privilegium.
- b) Die bayer. Landesgesetze, soweit sie das öffentliche Recht betreffen. — Als solche erscheinen insbesondere

²⁾ Dass diese geschichtliche Propädeutik auf das Hauptland sich beschränkt, bedarf wohl kaum der Rechtfertigung. Denn seine Verhältnisse wurden massgebend für jene der neu erworbenen Provinzen.

¹⁾ Vergl. Kreittmayr, Grundriss des allgemeinen deutschen und bayerischen Staatsrechts. München 1769. §. 123. — Die Expectanzen insbesondere s. in §. 125.

- α) die Freiheitsbriefe, deren man seit der Ottonischen Handveste vom Veitstage 1311 bis zum Jahre 1568 im Ganzen 64 zählt. Die beiden letzten sind von 1785 und 1799.²⁾
- β) Die Läuterung oder Mässigung dieser Freiheitsbriefe, die sogenannte erklärte Landesfreiheit; sie ist in ihrer letzten Revision von 1553 dem Landrechte von 1616 einverleibt.³⁾
- γ) Die Hausgesetze der regierenden Familie, wohin aus dieser Periode vorzüglich der Hausvertrag d. d. Ansbach d. 12. Oct. 1796 gehört.⁴⁾
- δ) Gesetze über einzelne Gegenstände — Generalien, Mandate u. s. w. genannt.⁵⁾

2) Ueber die vorhandenen, übrigens sämmtlich unvollständigen Sammlungen s. Moy, Lehrb. d. bayer. Staatsrechts. B. I. S. 22. Nro. 2.

3) Ueber ihren Ursprung vergl. Rudhart, Gesch. d. Landstände in Bayern, B. II. S. 14 ff.

4) Vergl. Aretin, Genius v. Bayern, H. 1. S. 17 ff.

5) Sie sind ihrer grösseren Zahl nach zu finden in folgenden als officiell geltenden Sammlungen:

- a) (v. Kreittmayr) Sammlung d. neuesten u. merkwürdigsten churpfalz-bayer. Generalien und Landesverordnungen. München 1771. Fol.
- b) Mayr, G. K., Sammlung der churpfalz-bayer. allgemeinen und besondern Landesverordnungen etc. München 1784—1799. 6 Bde. Fol.
- c) Seit dem Jahre 1799 erschien als Organ für die Aufnahme und Veröffentlichung von landesherrlichen Verordnungen das Münchner Intelligenz- u. Regier.-Blatt, welches seit 1802 (durch Vdng. v. 23. Nov. 1801) in das Münchner Regierungsblatt verwandelt wurde, so dass zudem noch ein besonderes Regierungsblatt für jede Provinz bestand. Daneben veröffentlichte
- d) G. K. Mayr eine neue Folge seiner Sammlung der seit 1799 erschienenen Verordnungen. München 1800—1802. 2 Bde. Fol.

Vom 1. Januar 1806 an bildete das „königl. bayer. Regierungsblatt“ das allgemeine officiële Organ für die Publication der Landes-Gesetze und sonstigen landesherrlichen Verfügungen. Durch Verordnung vom 29. Dec. 1817 ward dasselbe in zwei, rücksichtlich ihres Inhaltes verschiedene Organe — das Gesetz- und das allgemeine Intelligenzblatt — getrennt. Letzteres sonderte sich im Jahre 1821 wieder in ein Regierungs- und Intelligenzblatt, bis endlich dieses einging und fortan (seit 1826) bis auf den gegenwärtigen Augenblick nur das Regierungsblatt neben dem Gesetzblatt als allgemeines Organ bestehen blieb. Ein besonderes officiëles Organ zur Publication von Gesetzen und Verordnungen besteht in der Pfalz — das Amtsblatt — eingeführt durch V. v. 23. Mai 1816.

2) Als Hilfsmittel für die Kenntniss des älteren bayer. Staatsrechts kommen in Betracht:

- a) Die bayer. Landtagsverhandlungen, so weit sie überhaupt veröffentlicht sind. ⁶⁾
- b) Die Erzeugnisse der Literatur und die Kenntniss derselben. Auf das ganze Gebiet des bayerischen Staatsrechts erstrecken sich die Systeme von J. J. Moser (1754), Joh. Steph. Pütter (1758), Kreittmayr (1768) und Fessmaier (1801). ⁷⁾

§. 3.

2. Verhältniss zum deutschen Reiche.

Bayern bildete als reichsunmittelbares, reichsständisches Territorium einen Bestandtheil des deutschen Reichs. Es war demselben lehenbar (als Thronlehen) und gehörte (seit 1624) zu den Churfürstenthümern.

Die Rechte, welche dem Regenten Bayerns gegenüber dem Reiche zustanden, waren hauptsächlich:

1) Das Recht der Chur oder das Recht, eine Stimme bei der Kaiserwahl zu führen. Während des Interregnums war derselbe Reichsvicarius am Rhein, in Schwaben und in den Ländern fränkischen Reichs. ¹⁾

2) Das Recht der Reichsstandschaft, oder Sitz und Stimme auf dem Reichstage. In Folge dessen führte Bayern im Churfürsten-Collegium das fünfte Votum, im Fürstenrathe aber sieben Stimmen und den Vorsitz auf der weltlichen Bank. ²⁾

⁶⁾ (v. Krenner) Bayerische Landtagshandlungen von 1429—1513. München 1803—1805. 18 Bde. in 8. — Ueber die späteren Landtage vergl. M. v. Freyberg, Pragm. Geschichte der bayer. Gesetzgebung B. I. S. 1.

⁷⁾ Vergl. über monographische Werke, Pütter, Literatur des deutschen Staatsrechts. Bd. III. S. 272 u. 692.

¹⁾ Goldene Bulle, cap. V. §. 1. Leist, Lehrbuch des deutschen Staatsrechts. S. 240 ff.

²⁾ Fessmaier, Grundriss des bayer. Staatsrechts. §. 213.

3) Die Befugniss zur Kreisstandschafft im bayerischen und schwäbischen Kreise. In jenem war der Churfürst abwechselnd mit Salzburg kreisausschreibender Fürst und Dirigent des Kreistages; die Stelle des Kreis-Obersten kam ihm ausschliesslich zu.

Die Pflichten gegen das Reich sind ausser den allgemeinen aus der Reichsverfassung überhaupt entspringenden vorzugsweise folgende:

1) Die Lehenpflichten, daher z. B. der Churfürst verbunden war, die Investitur in Person zu empfangen.

2) Die Pflicht zur Tragung der Reichslasten, wohin namentlich das Kriegscontingent, bestehend in 1555 Mann, der Römermonat (nach Anschlag der Usual-Matrikel v. 1737 zu c. 5400 fl.³⁾ und die Kammerziele (zu c. 4000 fl. jährlich) gehörten.

3) Als eine besonders wichtige Quelle von Verbindlichkeiten verdient noch genannt zu werden die Verwaltung der Justiz. Bayern hatte zwar seit 1620 ein unbeschränktes *Privilegium de non appellando*; es wurden daher alle Rechtssachen in letzter Instanz im Lande entschieden. Indessen bestand doch die Verpflichtung, gehörig besetzte Gerichte zu organisiren und Niemanden die Justiz zu versagen oder zu verzögern. Wegen Verletzung dieser Vorschrift konnte bei den höchsten Reichsgerichten Beschwerde geführt werden.⁴⁾

3. Innere Verhältnisse.

§. 4.

a) Von den Unterthanen¹⁾ und ihren Rechten im Allgemeinen.

Nur Derjenige genoss die Rechte eines bayerischen Unterthans, der

³⁾ Vergl. J. Chr. Mayer, deutsches weltliches Staatsrecht. B. II. S. 312 ff.

⁴⁾ Vergl. Kammerger.-Ordn. v. 1555, II. Tit. 26. §§. 1 u. 2. und J. R. A. §. 109.

¹⁾ Ueber den Umfang, die Bestandtheile und die rechtlichen Verhältnisse des bayer. Gebietes s. Fessmaier, a. a. O. §. 54 ff.

1) das bayerische Indigenat besass, nicht aber der Fremde. Doch gestand man den Unterthanen einiger benachbarten oder enclavirten Territorien das bayerische Incolat zu und räumte ihnen eben dadurch gewisse Vortheile ein, die sonst nur den Inländern zukamen.²⁾

Die Inländer selbst theilten sich rücksichtlich ihrer staatsrechtlichen Stellung

a) in nichtprivilegirte, wozu man den Stand der Bauern³⁾ zählte,

b) in privilegirte, wozu die Bürger, Adeligen und Geistlichen gehörten. Man nannte die Letzteren auch wohl gefreite Stände, weil sie es vorzüglich waren, auf die sich die Freiheitsbriefe bezogen.⁴⁾

2) Als zweite Bedingung zum Genuss staatsbürgerlicher Rechte in Bayern war das Bekenntniss der katholischen Religion erforderlich. Die Verordnung vom 10. November 1800 und vom 26. August 1801 gestattete zuerst auch Andersgläubigen die Ansässigmachung in Bayern, und das Edict vom 10. Jänner 1803 räumte den Angehörigen der drei reichsgesetzlich anerkannten Confessionen Gleichheit der bürgerlichen und politischen Rechte ein.⁵⁾

Als Rechte, welche allen Bayern zustanden, sind vorzugsweise zu nennen:

1) Jeder konnte nur vor seinen ordentlichen Richter gezogen werden. Als solcher gilt nur der im Lande angeordnete. Auch der Landesherr selbst kann hier belangt werden.⁶⁾

2) Die Uebersiedlung von einer Provinz in die andere war frei von Nachsteuer; nur wer auswanderte, hatte

²⁾ Vergl. z. B. Gen. v. 26. Febr. 1787. (Mayr, ä. G. S. Bd. III. S. 481.)

³⁾ Sie waren theils frei, theils leibeigen. Doch gab es in einzelnen Provinzen, wie z. B. in der Oberpfalz, keine Leibeigene. Cf. *Annot. ad Cod. civ. p. I. c. 8. §. 4. lit. f.*

⁴⁾ Daher waren sie an sich steuerfrei, wenn sie nicht ein gewisses Quantum durch die Landschaft verwilligten. Vergl. Kreittmayr, a. a. O. S. 374.

⁵⁾ Handbuch der Staatsverfassung u. Staatsverw. des Königreichs Bayern. München 1809. Bd. I. S. 156 ff.

⁶⁾ Cf. *Cod. jud. cap. I. §. 12 u. Annot. lit. I.*

regelmässig 10 Procent seines Vermögens beim Abzuge zu entrichten.⁷⁾

3) Nur Eingeborne konnten Pfründen, Aemter des Hofes, Pflegen der Städte und Schlösser erhalten.⁸⁾

§. 5.

b) Von einigen besondern Vorrechten der privilegierten Stände.

a) Von Landsassen und ihren Rechten.

Landsasse¹⁾ hiess jeder Besitzer eines Gutscomplexes, auf dem Gerichtsbarkeit haftete, und welcher der Landes-Matrikel einverleibt war. Je nach dem Umfang der Berechtigung theilte man solche Güter

- a) in Herrschaften, die sowohl hohe als niedere Gerichtsbarkeit hatten und unmittelbar unter den Landesdicasterien (den Regierungen oder dem Hofgerichte) standen,
- b) in Hofmarken, welche einem Landgerichte einverleibt und untergeordnet waren und denen bloss die niedere oder die eigentliche Patrimonial-Gerichtsbarkeit zukam,
- c) in Edelsitze, welche nur innerhalb der Dachtraufe Gerichtsbarkeit gewährten.²⁾

Fähig zum Erwerb eines solchen Gutes war an sich Jeder, der zu den gefreiten Ständen gehörte. Um aber die damit verbundenen Rechte ausüben zu können, zu denen ausser dem Rechte der Gerichtsbarkeit und der Polizei das Scharwerks-, Jagd- und Braurecht gehörten, wurde für die Nicht-Adeligen, die nicht schon Landsassen waren, wenn sie ein

7) Vergl. Fessmaier, a. a. O. §. 116.

8) Rudhart, a. a. O. Bd. II. S. 20.

1) Was man in Oesterreich einen Landherrn nannte. Vergl. Unger, Gesch. der Landst. B. I. S. 224. In ähnlicher Weise scheint in den sächsischen Ländern der Ausdruck „Schriftsass“ üblich gewesen zu seyn. J. J. Moser, von der Landeshoheit in Ansehung der Unterthanen. S. 2.

2) Vergl. Kreittmayr, a. a. O. S. 432 ff. — Die Edelsitze sind aber mit den sog. „einschichtigen Gütern“ nicht identisch. A. M. Wirsching, die Patrim.-Gerichtsb. in Bayern, München 1837. S. 108.

solches Gut durch ein Geschäft unter Lebenden erwarben, der landesherrliche Consens gefordert.³⁾ Indess genoss immer noch ein Theil der adeligen Landsassen Vorrechte vor den beiden andern gefreiten Ständen, wie z. B. das Recht auch über sogenannte einschichtige Güter die Gerichtsbarkeit auszuüben, in allen kurfürstlichen Waldungen das kleine Weidwerk zu exerciren, die Fähigkeit, in die ständischen Ausschüsse gewählt zu werden u. s. w. Man nannte den Inbegriff dieser bloß gewissen Adeligen zukommenden Privilegien Edelmannsfreiheit,⁴⁾ und theilte eben mit Rücksicht hierauf den Adel in mehr und minder gefreiten, je nachdem ihm anders die besonderen Vorzüge der Edelmannsfreiheit eigens eingeräumt worden waren oder nicht. Nach mehrfachen Beschränkungsversuchen⁵⁾ ward dieses Vorrecht endlich durch Verordnung vom 20. April 1808⁶⁾ aufgehoben.

§. 6.

β) Von der Siegelmässigkeit.

Von jeher kam dem Adel das Recht zu, ein adeliges Siegel und Wappen ausschliesslich zu führen. Diese gemeinrechtliche Siegelmässigkeit hat sich aber in Bayern schon sehr frühe¹⁾ sowohl subjectiv als objectiv erweitert. Das bayerische Recht gesteht nämlich das Recht der Siegelmässigkeit nicht bloß den Adeligen, sondern auch einer Mehrzahl anderer Personen, insbesondere den Doctoren der Rechte, Medicin und Theologie, den Oberofficieren, den Priestern, den meisten Staats- und Hofdienern, den Patriziern und Bürgermeistern in den Hauptstädten zu, und hat dem Rechte des

³⁾ Vergl. die Pragm. wegen der Fideicommissse v. 1672. Nr. 5. Kreittmayr, Sammlung S. 83 ff.

⁴⁾ Vergl. H. L. Spengel, staatsrechtl. Versuch über die Edelmannsfreiheit in Bayern. München 1799.

⁵⁾ Vergl. besonders die Erklärung des 60. Freiheitsbriefes von 1641 bei Kreittmayr, Sammlung etc. S. 80.

⁶⁾ S. Regierungsbl. v. 1809. S. 213.

¹⁾ Vergl. die Polizeiordnung im Landr. v. 1616. B. I. Tit. III.

eigenen Siegels und Wappens noch besondere, in der höheren Stellung dieser Personen wurzelnde Rechte angereiht. Sie konnten nämlich:

- a) solche Acte, bei denen sonst die obrigkeitliche Briefserichtung oder Protocollirung erfordert ist (wie z. B. Kaufverträge über Immobilien, Eheverträge etc.), bloß durch eigene Fertigung und Siegelung vollziehen;
- b) einer Privaturkunde die Kraft einer öffentlichen verleihen, wenn sie von zwei Siegelmässigen oder einem Siegelmässigen und zwei Zeugen unterzeichnet ist. Sie genossen ferner
- c) einen befreiten Gerichtsstand vor den Landes-Dicastrien;
- d) bei Gantfällen das *beneficium competentiae*;
- e) die Begünstigung, nur auf besonderen Befehl des Landesherrn verhaftet werden zu können;
- f) die Befreiung von der peinlichen Frage, u. s. w.²⁾

In dieser Ausdehnung galt das Institut bis zum Jahre 1818, da die Bedingung,³⁾ unter der es durch Gesetz vom 20. April 1809⁴⁾ aufgehoben wurde, nicht eintrat. — Erst die Beilage VIII zur Verfassungsurkunde hat dasselbe modificirt und auf das ganze Königreich ausgedehnt.

§. 7.

c) Vom Landesherrn und dessen Rechten.

Bayern war ein auf Grund der bayerischen Hausgesetze¹⁾ und später der goldenen Bulle untheilbares Territorium. Die Landeshoheit, welche sich bereits zu Anfang des 14. Jahrhunderts vollkommen ausgebildet findet, war erblich (seit

²⁾ Vergl. das Nähere in den *Annot. ad. Cod. bav. civ.* p. V. c. 22. §. 16.

³⁾ Einführung eines allgemeinen Civil- und Process-Gesetzbuchs nämlich.

⁴⁾ S. Regierungsblatt v. 1809. S. 115 ff.

¹⁾ Zuerst wurde die Untheilbarkeit festgesetzt in dem Fam.-Vertrag des Kaisers Ludwig mit seinen Söhnen d. d. Frankfurt den 1. Juli 1338. Cf. Buchner, Geschichte v. Bayern. V. B. §. 69.

1180) im Hause Wittelsbach; die Successions-Ordnung seit Albrecht's V. Verfügung vom 11. April 1578²⁾ die der Primogenitur.

In Unterordnung unter die Reichsgewalt, welche freilich in der letzten Zeit mehr nominell war, übte der Churfürst alle wesentlichen Hoheitsrechte in seinem Lande aus. — Insbesondere stand ihm

1) Die gesetzgebende Gewalt nicht bloß zur Ergänzung, sondern selbst zur Abänderung der Reichsgesetze zu, es mußten denn diese ein absolutes Gebot oder Verbot enthalten haben. Daher besaß denn Bayern schon seit Anfang des 17. Jahrhunderts (1616) eine das gesammte Rechtsgebiet umfassende Landesgesetzgebung.

2) Die vollziehende Gewalt und die Anordnung der hiezu nöthigen Organe. In Folge derselben errichtete der Regent am Schlusse des vorigen Jahrhunderts³⁾ das geheime Staats- und Conferenz Ministerium, das die oberste Leitung der Staatsgeschäfte in vier Departements besorgte.

3) Die Justiz- und Polizei-Gewalt, selbst in letzter Instanz. Nur wegen Nichtausübung oder mißbräuchlicher Ausübung derselben konnte bei den höchsten Reichsgerichten Beschwerde geführt werden.

4) Die Finanz- und Militär-Gewalt. Was die erstere angeht, so hätte der Regent ausser seinem bedeutenden Cameralvermögen noch das Recht auf die Regalien, und zwar nicht bloß auf die gemeinrechtlichen, sondern auch auf einige, die bloß in Bayern üblich waren (wie z. B. das Recht weisses Bier zu brauen), sowie das Recht auf die Steuern, freilich nur in beschränkter Weise, da ihm hierin die Landstände mit dem Rechte der Willigung zur Seite standen. — Das bayer. Heer bestand regelmässig aus freiwillig

²⁾ Vergl. Kreittmayr, Grundriss des Staatsrechts, §. 121. Frühere Verträge enthalten wohl Versuche, die Erstgeburt einzuführen, blieben aber erfolglos.

³⁾ Resol. v. 25. Febr. 1799 (Mayr, N. Sammlung, Bd. 1, S. 31).

angeworbenen Truppen; nur im Nothfalle ward zur zwangsweisen Aushebung geschritten. ⁴⁾

d) Von den bayerischen Landständen. ¹⁾

α) Ursprung und Ausbildung derselben.

§. 8.

Bei dem Wachsthum des Landesherrn sahen diejenigen, deren Freiheit und Selbstständigkeit dadurch bedroht wurde, das sicherste Mittel dem zu begegnen in corporativer Einigung, ²⁾ wie sie ja überhaupt im deutschen Rechtsleben so oft sich offenbart, wenn zwischen mehreren ein gemeinsames Interesse obwaltet. — Die äussere Veranlassung hiezu bot sich zuerst in Oberbayern. Es wurde den Herzogen im Jahre 1302 auf ihr Ansuchen von den Grafen und Herrn eine Steuer bewilligt, dagegen versprachen die Herzoge, „für bas keine mehr zu nehmen,“ und erkannten den Edlen das Recht zu, sich mit einander zu verbinden. ³⁾ In Niederbayern siegelte Herzog Otto am Veitstage 1311 die grosse Handveste, worin er den Rittern, Städten und Prälaten gegen eine Geldhilfe die Gerichtsbarkeit über ihre Grundholden, das Recht des Bündnisses und der Selbsthilfe (*jus collegii et armorum*) zugestand. Siebenzig Adelige und neunzehn Städte unterzeichneten die Urkunde sofort, und erwarben daher die

4) Vergl. *Annot. ad. Cod. bav. civ. p. V. c. 21. §. 39.* Ehe man dazu schritt, veranstaltete man eine Beschreibung (*Conscription*) der ledigen Unterthanssöhne. Cf. *Resol. v. 11. Dec. 1799* (Mayr, a. a. O. S. 336).

1) (Panzer) Ueber Ursprung und Umfang der landständischen Rechte in Bayern. Ein Beitrag zum bayer. Staatsrechte. 2 Abtheilungen. o. Dr. O. 1798. Rudhart, *Gesch. der Landstände in Bayern*. Heidelberg 1816. 2 Bde. 8. (Eine zweite unveränderte Auflage erschien München 1819.) — M. Frhr. v. Freyberg, *Geschichte der bayer. Landstände und ihrer Verhandlungen*. Sulzbach 1828 u. 1829.

2) Ganz verschieden von dem Institute der Landstände sind die älteren *placita generalia*, obwohl sie neuerlich wieder Unger in Zusammenhang damit zu bringen suchte. — Für Bayern insbesondere macht diese Ansicht geltend: *Histor. Abhandl. über das hohe Alter der bayer. Landstände.* o. Dr. O. 1800. 8.

3) Rudhart, *Gesch. der Landstände*, B. I. S. 51 ff.

zugesicherten Rechte; von den Prälaten etliche erst im folgenden Jahre. ⁴⁾

Ein dauernder Bund unter den Edlen und Städten kam zuerst in Niederbayern 1347 bei dem Regierungsantritte der Söhne Ludwigs IV. zu Stande; ein gleiches geschah in Oberbayern 1363. Die Prälaten, durch ihre Stellung an sich schon gesicherter, traten dort erst 1394, hier 1396 bei. ⁵⁾

Von da an bestand daher in allen Landestheilen Bayern's eine corporative Verbindung der vornehmsten Stände des Landes, die den Namen Landschaft erhielt. ⁶⁾ In die erste Zeit ihres Bestandes (ins 15te Jahrhundert) fällt denn auch ihre grösste und fruchtbarste Wirksamkeit. — Als im Jahre 1506 die einzelnen bayer. Provinzen wieder zu einem Ganzen vereinigt wurden, schmolzen auch die verschiedenen Landschaften in ein Corpus zusammen, und handelten von da ab gemeinschaftlich, dehnten aber auch bald ihre Gewalt über Gebühr aus, ⁷⁾ und gaben gerade dadurch die erste Veranlassung zu ihrem Verfalle.

Die Oberpfalz, welche früher Landstände gehabt hatte, ⁸⁾ verlor dieselben bei ihrem Uebergange an Bayern (1624). Churpfalz hatte keine Stände, ⁹⁾ wohl aber Zweibrücken und Neuburg.

§. 9.

β) Zusammensetzung und Organisation der Landschaft.

1) Die Landschaft bildete sich

a) aus dem Prälatenstande, welcher die Landes-Universität,

⁴⁾ Rudhart, Bd. I. S. 61 ff.

⁵⁾ Rudhart, Bd. I. S. 106, 116 u. 140.

⁶⁾ Diese Bezeichnung gebraucht meines Wissens zuerst der Freiheitsbrief v. 1402 (in der gewöhnlichen Reihenfolge der 23te).

⁷⁾ Insbesondere auf dem Landtage von 1613. Vergl. Rudhart, Bd. II. S. 43 ff. Um diese Zeit (1514) ward auch die erste Sammlung der Freiheitsbriefe veranstaltet (Rudhart, S. 87).

⁸⁾ Vergl. Ludw. Frhr. v. Egckher, Geschichte der vormaligen Landschaft in der Oberpfalz. Amberg 1802.

⁹⁾ Vergl. J. J. Moser, Einleitung in das churf.-pfälzische Staats-Recht, S. 540. — Lipowsky, Geschichte der Landstände von Pfalz-Neuburg. 1787.

die Prälaten und Aebtissinnen des Landes, die Collegiatstifter und den Johanniter-Orden umfasste;

b) aus dem Ritterstande, wozu jeder gehörte, der als Landsass bei der Landtafel ¹⁾ immatriculirt war;

c) aus dem Stande der Städte und gebannten Märkte, so fern sie der Landtafel einverleibt waren. — Die Städte und Märkte allein sandten Deputirte, die aber nicht durch eine Wahl, sondern ihr Amt dazu bestimmt wurden. Die Glieder der beiden andern Stände erschienen kraft eigenen Rechtes, das sie durch den Erwerb des geistlichen Amtes oder des Gutes, auf dem die Landstandschaft haftete (reales Princip), erwarben und entweder in Person oder durch Stellvertreter ausübten.

2) Die Organisation der Landschaft war verschieden, je nachdem sie

a) ihre Thätigkeit in voller Versammlung aller Mitglieder auf einem Landtage äusserte, oder

b) durch einen Ausschuss aus ihrer Mitte, der den Namen Verordnung führte.

Die Zusammenberufung eines Landtags geschah zu unbestimmten Zeiten durch den Churfürsten. Nach einer förmlichen Eröffnung wurden ihm die Propositionen mitgetheilt. Zum Behufe der Berathung hierüber wurde der grosse Ausschuss, aus 64 Gliedern bestehend, gewählt. Dieser pflog dann unter dem Directorium des erblichen Landmarschalls die nöthigen Verhandlungen mit der Regierung, bis die Propositionen erledigt waren. — Die während des Landtags zu Stande gekommenen Beschlüsse wurden dann von dem Landesherrn am Schlusse des Landtags in eine Urkunde zusammengefasst und mit seiner Sanction oder Ablehnung versehen — Landtagsabschied.

1) Man versteht darunter das Verzeichniss aller in Bayern befindlichen Güter, welche zur Landschaft steuerpflichtig sind. Die erste ward auf dem Landtage von 1557 errichtet. Damals betrug die Zahl der Hofmarken 900, die der Edelsitze 224. Vergl. J. J. Moser, a. a. O. S. 317 ff. Auf dem (letzten) Landtage von 1669 waren 47 vom Prälaten-, 157 vom Ritter- und 78 vom Bürgerstande anwesend. Kreittmayr, a. a. O. S. 418.

Noch vor seinem Schlusse wählte der Landtag jedesmal einen Ausschuss,²⁾ bestehend aus 16 Personen (4 Prälaten, 8 Rittern und 4 Bürgern), der den Namen „Verordnung“ führte, und der in der Zwischenzeit bis zur Wiedereinberufung eines Landtags die ständischen Rechte zu wahren und die Stelle der gesammten Landschaft zu vertreten hatte. Zum Behufe etwa nöthiger Verstärkung des Ausschusses wurden zugleich 16 Adjuncten bestellt. Die auf dem Landtage von 1669 gewählte Verordnung blieb, obwohl nur auf bestimmte Zeit bevollmächtigt, bis zu Anfang dieses Jahrhunderts bestehen, da kein allgemeiner Landtag mehr einberufen ward. — Die etwa abgehenden Mitglieder ergänzte sie durch eigene Wahl, und versammelte sich jährlich ein Mal (zu Heil. Drei-König), um die Steuerforderung der Regierung (die Postulate) anzuhören und zu bewilligen.³⁾

§. 10.

γ) Rechte derselben.

Als verfassungsmässig anerkannte Corporation genoss die Landschaft vor Allem

1) Die corporativen Rechte, worunter insbesondere gehörten:

- a) das ihr durch den 16. Freiheitsbrief zugestandene Recht eigener Zusammenkünfte, das aber freilich in der letzten Zeit nicht mehr anerkannt wurde; ferner
- b) neue Mitglieder aufzunehmen;
- c) Vermögen zu besitzen und zu erwerben;
- d) zur Besorgung ihrer Geschäfte besondere landschaftliche Diener anzustellen;
- e) ein besonderes Archiv, Siegel und Kanzlei zu führen.¹⁾

2) Zur Vertretung der Landesinteressen kamen ihr folgende Rechte zu:

2) Zuerst wurde dieser engere Ausschuss auf dem Landtage von 1514 gesetzt. Vergl. Rudhart, a. a. O. B. II. S. 72.

3) Vergl. Kreittmayr, Staatsrecht, S. 415.

1) Vergl. Fessmaier, a. a. O. §. 144.

- a) Rath und Willen bei der Gesetzgebung, so dass kein allgemeines Gesetz ohne ihre Zustimmung erlassen werden sollte.²⁾
- b) Concurrrenz beim Staatshaushalte, insbesondere durften
- α) die Kammergüter nicht ohne ihren Consens veräußert werden;
 - β) Steuern konnten nur mit ihrer Einwilligung von ihnen oder vom Lande überhaupt gefordert werden, die zur Bestreitung der Reichslasten bestimmten ausgenommen;
 - γ) die Landschaft liess die bewilligten Steuern und Aufschlagsgefälle selbst erheben und verwalten (Landschaftscasse) und
 - δ) controlirte deren Verwendung zu den bestimmten Zwecken; daher stand insbesondere auch
 - ε) das Schuldenwesen des Landes unter ihrer Aufsicht.³⁾
- c) Das Recht der Zustimmung bei Bündnissen, Kriegserklärungen und Friedensschlüssen.
- d) Das Recht der Petition und Beschwerdeführung. Der am Schlusse eines jeden Landtags überreichte *libellus gravaminum* enthielt die ständischen Beschwerden, um deren Abhilfe gebeten wurde.⁴⁾

Die Garantien für die Aufrechthaltung dieser Rechte waren:

- 1) Der Landesfürst musste die Landesfreiheiten bestätigen, ehe ihm die Erbhuldigung geleistet wurde.
- 2) Jeder landesherrliche Bediente wurde bei seiner Verpflichtung auch auf die Landes-Privilegien beeidigt.⁵⁾

2) Vergl. z. B. das Public.-Patent zum Landrecht v. 1756, Abs. 2.

3) Das alte Schuldenwerk führte die Landschaft privative, das neue (d. h. die v. 1721—1745 contrahirten Schulden) cumulative mit fürstlichen Commissarien. — Vergl. Mandat, das gemeinschaftliche Schulden-Abledigungswerk betr. v. 23. Sept. 1749 in (Kreittmayr) Sammlung S. 574 ff. u. in s. Staatsrecht S. 408 ff. Jos. v. Mussinan, Geschichte der bayer. Staatsschuld. München 1831. 8.

4) Der Darstellung der unter Nr. 2 erwähnten Rechte ist vorzugsweise das oben bei §. 3 genannte Werk: „Ursprung und Umfang“ etc. gewidmet.

5) Vergl. Erkl. Landesfreiheit (v. 1616) p. 4. art. 20. J. J. Moser, a. a. O. cap. 11. §. 77.

B. Veränderungen des bayerischen Staatsrechts seit der Auflösung des deutschen Reichs bis zur Erlassung der Verfassungs-Urkunde, i. e. von 1806—1818.

§. 11.

1. Von den Quellen und Hilfsmitteln für die Kenntniss des Staatsrechts dieser Periode.

Die Bewegung, in welche zu Anfang dieses Jahrhunderts die politischen Verhältnisse gerathen waren, offenbarte sich auch in Bayern, und zwar auch hier vor Allem in der Ausübung der gesetzgebenden Gewalt. Eine Menge von Gesetzen, Edicten, Verordnungen u. s. w. erschien rasch nacheinander, und kaum erschienen, wurden sie häufig von anderen sie aufhebenden, ändernden Verordnungen verdrängt. Es mag hinreichen, die allgemeineren von den damals erlassenen Normen zu erwähnen, als da sind:

1) Staatsverträge, welche zugleich für die innern Verhältnisse Bayerns relevant sind, wie

a) Die Rheinbundacte von 12. Juli 1806.¹⁾

b) Die deutsche Bundesacte vom 8. Juni 1815.²⁾

2) Gesetze, welche unmittelbar die Ordnung der innern Verhältnisse zum Gegenstande haben, sind insbesondere:

a) Das k. Familien-Gesetz von 28. Juli 1818 und vom 18. Jan. 1816.³⁾

b) Die Constitution für das Königr. Bayern vom 1. Mai 1808.⁴⁾

c) Eine Reihe von organischen Verfügungen, welche hauptsächlich die Verwaltung zu reguliren bestimmt waren.⁴⁾

Da es einestheils ermüdend, anderntheils fast unmöglich wäre, alle in dieser Periode ergangenen Gesetze erschöpfend aufzuzählen, so mag es genügen, auf die Sammlungen der-

¹⁾ Vergl. Reg.-Blatt v. 1807, S. 97 ff.

²⁾ Publicirt unter dem 18. Juni 1816 (Reg.-Bl. v. 1817, S. 635).

³⁾ Reg.-Bl. v. 1810, S. 777, u. v. 1816, S. 747.

⁴⁾ Reg.-Bl. v. 1808, S. 985 ff.

selben zu verweisen. Das allgemeinste Organ bildete das **Regierungsblatt**.⁵⁾ Daneben erschien aber in der Redaction des **Regierungsblattes** noch ein besonderes Handbuch, welches die auf Staatsverfassung und Staatsverwaltung bezüglichen Gesetze enthält.⁶⁾ Zu einer wissenschaftlichen Bearbeitung des bayer. Staatsrechts dieser Periode waren die Zeitverhältnisse nicht geeignet; es fehlte an einer dauerhaften Grundlage und an der nöthigen Unbefangenheit des Urtheils. Nur einzelne Punkte wurden gelegentlich Gegenstand literarischer Besprechung.⁷⁾

2. Uebersicht der öffentlichen Verhältnisse Bayerns.

§. 12.

a) Der Aeusseren.

Was zunächst die äusseren Verhältnisse betrifft, so hatte der Pressburger Friede vom 26. Dec. 1805 dem Churfürsten von Bayern den Königstitel (Art. 7) und die Souveränität (Art. 14) verliehen. Damit war rechtlich die Fortdauer des Reichsverbandes für Bayern unmöglich, wenn auch der 7. Friedensartikel dieselbe statuirte.¹⁾ Doch war dieser Zwitterzustand nur von kurzem Bestande. Schon am 13. Juli 1806 ging der König von Bayern mit mehreren anderen süddeutschen Fürsten den Rheinbund ein, und sagte sich unter dem 1. August 1806 förmlich vom Reiche los. Da bald darauf (6. August) der deutsche Kaiser die Reichsregierung niederlegte und die Reichsstände etc. ihrer Pflichten entband, so wurde der König von Bayern mit rechtlicher Nothwendigkeit **Souverän**. Als auch der Rheinbund, der theils recht-

5) Vergl. oben § 2. Note 5.

6) Es führt den Titel: „Handbuch der Staatsverfassung und Staatsverwaltung des Königreichs Bayern. München, 1809—1813. 7 Bände.

7) Vergl. z. B.: Schelhass, Heinr. v., Magazin des königl. bayr. Staats- und Privatrechts. Ulm, 1808. ff.

1) Die Worte des Vertrags sind: „*Sans néanmoins cesser d'appartenir à la confédération germanique.*“ Es wird also das Reich (*l'Empire*) in eine Conföderation umgewandelt.

liche, theils factische Beschränkungen der Souveränität nach sich gezogen hatte, durch Bayerns Austritt seiner Auflösung entgegenging (8. Oct. 1813), war der König in den vollen Besitz der Souveränität, d. h. der Unabhängigkeit nach Aussen gelangt. Der Beitritt zum deutschen Bunde unter dem 8. Juni 1815 brachte hierin keine Aenderung hervor, da ja der Bund als völkerrechtlicher Verein nothwendig Souveräne als Bundesglieder voraussetzt.

§. 13.

b) Der Inneren. ¹⁾

1) Das bayerische Gebiet erfuhr im Laufe dieser Periode und der unmittelbar vorausgehenden Jahre die wesentlichsten Veränderungen. Die Verluste, welche Bayern durch den Lüneviller Frieden erlitt, suchte der R.D.H.Schl. v. 1803 zu ersetzen,²⁾ wozu der Pressburger Frieden noch mehrere Erwerbungen³⁾ fügte. Der Rheinbund hatte die Subjection der reichsritterschaftlichen Enclaven und mehrerer ehemals reichsständischen Gebiete verfügt.⁴⁾ Noch bedeutender war der Gebietszuwachs, welchen Bayern in Folge des Wiener Friedens⁵⁾ durch Vertrag vom 28. Febr. 1810 erhielt, die Fürstenthümer Regensburg, Bayreuth, Berchtesgaden und andere, später wieder abgetretene Theile kamen damals an Bayern.⁶⁾ Durch Vertrag mit Oesterreich vom 3. Juni 1814⁷⁾ kam das Grossherzogthum Würzburg und das Fürstenthum Aschaffenburg und durch weiteren Vertrag vom 14. April

1) Vergl. Aretin, Christ. Freih. v., Abhandl. über wichtige Gegenstände der Staatsverfassung etc. München, 1816. S. 144. ff.

2) Vergl. den §. 2 dieses Reichsgesetzes bei v. Meyer, Staats-Acten. Bd. I. S. 17.

3) z. B. Augsburg, Lindau u. A. Vergl. Art. 8 und 13.

4) Vergl. die Rh.B.A. Art. 17, 18, 24.

5) Vergl. W.Fr.v. 14. Oct. 1809. Art. III. (v. Meyera. a. O. S. 144).

6) Vergl. die betreffenden Besitznahmepatente in dem angeführten Handbuch der Staatsverf. etc. Bd. V. S. 22, 39, 52.

7) Martens, *recueil des traités, suppl.* T. VI. p. 18 ff. Wiener Congr.-Acte Art. 44.

1816⁸⁾ der jenseits des Rheins gelegene Theil der Pfalz wieder an Bayern, womit der Gebietsbestand in seiner gegenwärtigen Ausdehnung in der Hauptsache abgeschlossen war.

2) Die Verhältnisse der Unterthanen wurden durch eine Reihe von Gesetzen neu regulirt. So wurde durch Edict vom 31. Aug. 1808 die Leibeigenschaft ohne Entschädigung aufgehoben,⁹⁾ die Gleichheit der Abgaben und sonach das Aufhören der bis dahin bestandenen Steuerfreiheiten verordnet.¹⁰⁾ Die Stellung des ehemals reichunmittelbaren¹¹⁾ und reichsständischen¹²⁾ Adels zu seinem neuen Souverän ward durch königliche Declarationen normirt, und das Lehenwesen durch ein besonderes Edict vom 7. Juli 1808¹³⁾ geregelt.

3) Die Beschränkung des Regenten durch die noch vorhandene landständische Verfassung hielt man für unverträglich mit der neu erlangten Souveränität und mit den Bedürfnissen der Zeit. Zuerst wurde den landständischen Corporationen das Recht der Steuer-Erhebung und der Mitwirkung bei der Verzinsung und Tilgung der Staatsschuld entzogen,¹⁴⁾ und bald darauf (1. Mai 1807) ~~sie~~ ihre völlige Aufhebung erklärt,¹⁵⁾ und an ihrer Stelle eine allgemeine National-Repräsentation eingeführt. Eine ohne alle Rücksicht auf die natürliche Gliederung des Volkes nach rein äusserlichen Verhältnissen gebildete Versammlung von Abgeordneten sollte bei ihrer jährlichen Zusammenkunft ohne alle Discussion über die von der Regierung gemachten Propositionen abstimmen.¹⁶⁾ Die Zeitverhältnisse liessen diese Be-

1/2. 1808

8) Martens, l. c. T. VII. p. 11. Reg.-Bl. v. 1816. S. 312, 355 ff.

9) H. B. I. S. 14. not. 1. Versuche zur Aufhebung gegen Entschädigung wurden bereits 1799 gemacht. Cf. die Verordn. vom 22. Sept. 1799 in Mayr, G.-Samml. Bd. I. S. 112.

10) Verordn. v. 8. Juni 1807 (Reg.-Bl. v. 1807 S. 969 ff.).

11) Königl. Declar. v. 31. Dec. 1806 (H. Bd. I. S. 142 ff.).

12) König. Declar. v. 19. März 1807 (H. Bd. II. S. 158 ff.).

13) Handbuch der Staatsverf. etc. Bd. I. S. 234 ff.

14) Angef. Verordn. v. 8. Juni 1807.

15) Verordn. v. 1. Mai 1808 (Reg.-Bl. v. 1808 S. 961).

16) Constit. vom 1. Mai 1808 Tit. IV. (Handb. d. Staatsverf. Bd. I. S. 25). Dass die Hauptbestimmungen der franz. Verfassung v. J. VIII.

stimmungen nie zur Ausführung kommen. Bei der Wiederkehr des Friedens erklärte der König durch Erlass vom 17. Sept. 1814, er habe sich überzeugt, dass die Verfügungen der Constitution von 1808, wenn sie ausführbar seyn sollten, Modificationen forderten, zu deren Festsetzung sofort die nöthigen Einleitungen getroffen werden würden. Die Principien, auf welche die Revision der Verfassung gebaut werden sollte, wurden zugleich vorgezeichnet. Zum Behufe der Ausführung dieser königl. Anordnung wurde ein besonderer Ausschuss von Staatsmännern niedergesetzt, das Resultat seiner Berathungen einem andern Ausschusse zur nochmaligen Prüfung übergeben, und, nachdem die Sache auch in dem 1817 creirten Staatsrath wiederholt berathen und erörtert war, ward als Resultat die neue Verfassung vom 26. Mai 1818 veröffentlicht.

III. Vorkenntnisse bezüglich des geltenden Staatsrechtes.

§. 14.

1. Von den Quellen desselben überhaupt.

Quellen des dermalen in Bayern geltenden Staatsrechtes sind, wenn man zunächst die geschriebenen ins Auge fasst, vorzugsweise folgende:

1) Die Verfassungs-Urkunde vom 26. Mai 1818. Sie besteht aus einer Einleitung, welche die Fundamentalsätze der bayerischen Verfassung kurz bezeichnet, und aus 10 aufeinanderfolgenden Titeln, die ihrerseits wieder in Paragraphen zerfallen.¹⁾ Der Haupturkunde sind 10 Beilagen (Edicte), welche sich auf Gegenstände der Titel IV. V. und VI. derselben beziehen, und der II. Beilage zwei Anhänge²⁾ beigefügt,

(1799) Tit. III. nachgebildet sind, braucht wohl kaum bemerkt zu werden. Cf. C u c u m u s, Lehrb. des Staatsrechts S. 78 ff. Eine während des Wiener Congresses entworfene Verfass.-Urkunde kam gar nicht zur Publicität, geschweige denn zur Ausführung. Cf. A r e t i n, Staatsrecht der const. Monarchie Bd. I. S. 82.

1) Ueber die Ausgaben derselben s. M o y, Lehrb. Bd. I. S. 32.

2) Nämlich das Concordat mit dem päpstl. Stuhle v. 5. Juni 1817

welche zusammen die Verfassungs-Urkunde im weiteren Sinne des Wortes bilden. Für die Pfalz kommt zudem der königl. Beschluss vom 5. Oct. 1818³⁾ als Quelle in Betracht.

2) Diejenigen früheren Gesetze, Verordnungen etc., welche die V.-U. ausdrücklich als noch gültig bezeichnet hat,⁴⁾ sowie überhaupt die vor dem 26. Mai 1818 ergangenen Gesetze und Verordnungen, welche nicht direct oder indirect durch die V.-U. aufgehoben sind.⁵⁾

Zu den Gesetzen der letztern Art gehört insbesondere die Verordnung vom 17. Mai 1818 über Verfassung und Verwaltung der Gemeinden — das Gemeinde-Edict, revidirt durch Gesetz vom 1. Juli 1834, daher jetzt revidirtes Gemeinde-Edict, — wozu später noch die Verordnung vom 5. Aug. 1818, die Gemeinde-Wahlordnung betr., kam.⁶⁾

3) Die seit dem Erscheinen der V.-Urk. erlassenen Gesetze,⁷⁾ Verordnungen⁸⁾ und sonstigen allgemeinen Erlasse, welche sich auf staatsrechtliche Gegenstände beziehen. — Die Vorbedingungen der Giltigkeit der einen und der andern Art werden im dogmat. Theile dieser Vorträge erörtert werden.

4) Die Bundesgesetze, sie mögen vor oder nach Erlassung der V.-U. entstanden seyn, wenn und so weit sie in Bayern publicirt sind.

und das Edict über die inneren kirchlichen Angelegenheiten der protest. Gesamt-Gemeinde.

3) Cf. Amtsblatt für die Pfalz v. J. 1818 S. 847 und bei Siebenpfeiffer, Handb. der Verf., Gerichtsordnung und Verwaltung Rheinbayerns. Bd. I. S. 118.

4) Cf. Tit. II. §. 8; Tit. IV. §§. 6, 8, 9; Edict IV. §§. 52, 65; Ed. VI. §. 136; Ed. IX. §. 20.

5) Cf. Dresch, Grundzüge etc. §. 3 Nr. 3 not. e.

6) Beide Gesetze sind mehrfältig in officiellen und Privat-Ausgaben gedruckt; zuletzt in der Handb. d. b. St. B. Bd. II.

7) d. h. Vorschriften, zu deren Erlassung das Gutachten des Staatsraths erholt ist, die Stände-Versammlung zugestimmt, und der König die Sanction ertheilt hat. Sie sind zu finden in dem seit 1818 erscheinenden Gesetzblatt.

8) d. h. Vorschriften, welche der König ohne Theilnahme der Stände (wenn auch vielleicht nach Anhörung des Staatsrathes) erlässt. Sie werden im Regierungsblatt publicirt.

Vom sogen. ungeschriebenen Rechte kommen als Quellen in Betracht:

1) Das **Herkommen**, d. i. der Inbegriff jener Staatsrechtsnormen, welche aus dem durch Handlungen stillschweigend geoffenbarten Willen jener öffentlichen Organe hervorgehen, welchen das Recht zustünde, dieselben Normen ausdrücklich festzusetzen. Im bayer. Verfassungsrechte ist aber mit Rücksicht auf V.-U. Tit. X. §. 7 das derogatorische und introductive Gewohnheitsrecht ausgeschlossen, so weit dasselbe nicht ausdrücklich als gültig anerkannt ist. ⁹⁾ Dagegen ist

2) die **Analogie** keine Rechtsquelle, sondern lediglich ein Mittel, um aus schon vorhandenen Quellen Rechtssätze zu gewinnen. Diese fließen nicht aus der Analogie, sondern durch sie aus andern Quellen, sie kann daher auch nicht Quelle genannt werden. Dasselbe gilt von der Natur der Sache. Die für beide Institute gemeinsame Quelle ist die Rechtswissenschaft in ihrer productiven Seite. Noch weniger ist die Ansicht des gelehrten Standes als solche, oder der Parallelismus oder das allgemeine, sogenannte natürliche Staatsrecht eine Rechtsquelle.

§. 15.

2. Von der rechtlichen Natur und dem Verhältnisse dieser Quellen zu einander.

1) Die bayerische Verf.-Urk. ist **o c t r o y i r t**. Hat dieser Umstand auch auf die rechtliche Giltigkeit derselben an sich keinen Einfluss, da die dadurch begründete Verfassung in anerkannter Wirksamkeit besteht,¹⁾ so ist er doch bei der Auslegung ihrer Bestimmungen zu berücksichtigen.

2) Was das Verhältniss der verschiedenen Quellen zu einander betrifft, so hat das ungeschriebene Recht da, wo es überhaupt Anwendung findet, gleiche Kraft mit dem geschrie-

⁹⁾ Cf. Edict VI. §§. 10, 11; und R. v. Mohl, Staatsrecht des Königreichs Württemberg Bd. I. S. 75 ff.

¹⁾ Cf. Wiener Schlussacte v. 1820 Art. 56.

benen Rechte. Unter den Quellen des geschriebenen Rechts entscheidet

a) Vor Allem die V e r f . - U r k u n d e mit ihren Beilagen und Anhängen; sie hebt alle ihr entgegenstehenden früheren Gesetze und Verordnungen auf.²⁾ Werden dieselben von der V.-U. nicht berührt, und ist sonst kein Grund vorhanden, der sie ungiltig macht, so finden sie auch jetzt noch Anwendung. Diess gilt denn namentlich auch von den Gesetzen des deutschen Reichs und von der Rheinbundacte.

b) V o r der V.-U. gelten diejenigen nach ihr erlassenen Gesetze, welche Aenderungen, n e b e n ihr jene, welche Zusätze zu derselben enthalten, falls dabei die von ihr selbst (Tit. X. §. 7) vorgeschriebenen Formen beobachtet sind. — Sonstige neuere G e s e t z e, welche nicht in den Formen des Tit. X §. 7 zu Stande gekommen sind, und V e r o r d n u n g e n können der V.-U. nicht derogiren. Allein in den durch die Verf.-Urk. nicht normirten Verhältnissen finden sie volle Anwendung.

Dieselben Grundsätze finden auch auf die B u n d e s g e s e t z e Anwendung. Sie gelten in Bayern nur als L a n d e s g e s e t z e im weiteren Sinne, und zwar entweder als G e s e t z e oder als V e r o r d n u n g e n; in ersterer Eigenschaft, wenn nach der Beschaffenheit des Gegenstandes die ständische Zustimmung nothwendig ist und wirklich ertheilt wurde,³⁾ in letzterer, wenn der König im Verordnungswege verfügen konnte, und er die Publication wirklich vorgenommen hat.⁴⁾ Sie heben daher als B u n d e s g e s e t z e weder die älteren bayerischen Gesetze auf,⁵⁾ noch schliessen sie spätere, sie ändernde Vorschriften aus.

2) Anders in der Pfalz, indem der König in dem Publications-Patent der Verf.-Urk., das er für die Pfalz erliess (vgl. den oben angef. k. Beschl. vom 5. Oct. 1818), erklärte, dieselbe solle hier nur insofern Giltigkeit haben, als die dem Lande garantirten Institutionen deren Anwendung und Ausführung gestatten. Es gehen sonach hier die älteren Gesetze der Verf.-Urk. vor.

3) Ein Beispiel bietet der Bundesbeschluss v. 7. Nov. 1837 und das bayer. Gesetz vom 15. April 1840, den Nachdruck betr.

4) Wie bei dem Bundesbeschluss vom 22. April 1841 (Reg.-Blatt v. 1841 St. 33).

5) Vgl. z. B. die Publication des Bundesbeschl. vom 19. Juni 1845,

c) Die Verf.-Urkunde in dem oben bezeichneten weiteren Sinne ist als Ein Ganzes zu betrachten; es sind daher die Bestimmungen derselben wo möglich so zu interpretiren, dass sie ineinandergreifen. Widersprüche und wahre Collisionen sind darnach nur anzunehmen, wo ein Nebeneinanderbestehen mehrerer Gesetzesstellen rechtlich unmöglich ist. Solche Widersprüche finden sich denn vorzüglich zwischen den Bestimmungen der II. Beilage und jenen des ersten Anhangs dazu, und es wird daher die Frage wichtig, welche von den beiden Rechtsquellen etwa einen Vorzug vor der andern behaupte, und im Collisionsfalle der andern vorgehe. ⁶⁾ Zur richtigen Beantwortung derselben möchten nachfolgende Bemerkungen führen:

α) Das Concordat des Königs von Bayern mit dem röm. Stuhle wurde unter dem 5. resp. 6 Juni 1817 zu Rom von den beiderseitigen Gesandten unterzeichnet, und von Bayern am 14. Oct., von dem römischen Stuhle am 15. Nov. 1817 ratihabirt. Von da an war das Concordat für beide Contractanten (völkerrechtlich) verbindlich. Allein so lange dasselbe nicht publicirt war, konnten daraus für die Unterthanen Bayerns weder Pflichten noch Rechte entstehen. ⁷⁾ Diess folgt einerseits aus der Natur der Sache, und andererseits aus dem Inhalte des Concordats selbst, dessen 18. Art. ausdrücklich bestimmt: „Se. Majestät werden die gegenwärtige Uebereinkunft als Staatsgesetz erklären.“ Denn aus Quellen, die rechtlich noch nicht existiren und von den Un-

den Nachdruck betr., im Reg.-Bl. v. 1845 S. 523 ff, bei welcher ausdrücklich bemerkt ist, dass die Vollziehung zu geschehen habe „nach Massgabe des (bayer.) Gesetzes von 1840“.

6) Der Schriftsteller, welcher sich zuletzt in der Sache geäußert hat (Fürst Carl v. Wallerstein, Beiträge zum Kirchenstaatsrecht S. 131), behauptet zwar, es bestehe ein Widerspruch zwischen beiden Urkunden nicht, es sey daher auch eine Interpretation zur Hebung eines solchen nicht nöthig. Allein die Krankheit wird nicht dadurch geheilt, dass man sie verheimlicht. Der Verf. hält z. E. das Placet für begründet, weil sich die kath. Kirche (?) ihm fügt (S. 57)!

7) Es wurde in jüngster Zeit behauptet, „das Concordat habe vom Momente des Abschlusses an stillschweigend die einem absoluten Monarchen gehorchenden bayer. Unterthanen von selbst verpflichtet“ (Concordat und Constitutionseid der Katholiken in Bayern. Augsburg, 1847. S. 52). Ob diese Theorie viele Anhänger finden werde, müssen wir der Zukunft überlassen.

terthanen nicht gekannt sind, kann wohl kein Recht und keine Pflicht abgeleitet werden.

β) Zugleich mit der Verf.-Urkunde ward das Concordat förmlich publicirt, und von da an war es ein »Staatsgesetz« geworden, welches die Unterthanen Bayerns verpflichtete. In welcher Weise und in welchem Umfange dem Concordat diese verbindliche Kraft zukommt, das ist nach der Art der Publication und dem Inhalt der Publicationsformel zu beurtheilen. Im letzten Paragraphen des II. (Religions-) Edictes bestimmt der König: »Dieses allgemeine Staatsgrundgesetz bestimmt, in Ansehung der Religionsverhältnisse der verschiedenen Kirchengesellschaften, ihre Rechte und Verbindlichkeiten gegen den Staat, die unveräußerlichen Majestätsrechte des Regenten, und die jedem Unterthan zugesicherte Gewissensfreiheit und Religionsausübung. In Ansehung der übrigen inneren Kirchenangelegenheiten sind die weiteren Bestimmungen in Beziehung auf die katholische Kirche in dem mit dem päpstlichen Stuhle abgeschlossenen Concordat vom 5. Juni 1817 enthalten.« Es ward also das Concordat nicht schlechthin und unbeschränkt für verbindlich erklärt, nicht der ganze Inhalt des Concordats zum Staatsgesetz erhoben, sondern nur jener Theil desselben, der sich auf die übrigen d. h. die im Edict nicht normirten Gegenstände bezieht.⁸⁾ Wenn eine Concordatsbestimmung im Widerspruche mit den Bestimmungen des Edictes steht, so kann daher nur die letztere angewendet werden, da der ersteren rechtlich eine gesetzliche Kraft nicht zukommt.⁹⁾

Die zur Hebung der über das Verhältniss des Concordats zum Religions-Edicte entstandenen Bedenken publicirten kö-

8) Ob der König durch diese Publication der Verpflichtung, welche ihm der Art. 18 des Concordats auferlegt, vollkommen genügt habe, ist eine völkerrechtliche, keine staatsrechtliche Frage. — Eine nahe liegende Analogie aus dem Bundesrecht beweist die Richtigkeit unserer Ansicht. Es zweifelt nämlich gewiss Niemand, dass die Bundesbeschlüsse in Bayern nur dann, wenn, und nur so, wie sie vom König publicirt sind, gesetzliche Kraft haben. Warum sollte denn in unserm Falle etwas Anderes gelten?

9) Die entgegengesetzte Ansicht s. bei v. Moy, Lehrb. Bd. I. S. 345 not. q. Vergl. meine Bemerkungen darüber in den krit. Jahrb. für die d. Rechtswissenschaft, 1847, Heft 1.

nigl. Erklärungen vom 7. Nov. 1818, vom 15. Septbr. 1821 und vom 19. Jan. 1822 ¹⁰⁾ sind weder rücksichtlich ihrer Form noch ihres Inhaltes geeignet, das von uns gewonnene Resultat zu ändern.

§. 16.

3. Von den Hilfsmitteln für das Studium des bayerischen Staatsrechtes.

Zu den wesentlich nothwendigen Hilfsmitteln eines ge-
deihlichen Studiums des bayerischen Staatsrechtes wird ins-
besondere erfordert: ¹⁾

1) Kenntniss der Quellen, ihrer Ausgaben und der etwa vorhandenen Sammlungen. ²⁾

2) Vertrautheit mit den Hilfsmitteln der doctrinellen In-
terpretation der Rechtsquellen, und mit den Regeln, nach de-
nen dieselben zum Behufe der Auslegung zu benützen sind.
Zu jenen Hilfsmitteln gehören insbesondere:

a) Die Protocolle der zur Revision der Verfassung vom
Jahre 1808 und zur Berathung der Verf.-Urk. vom 26. Mai
1818 in den Jahren 1815 und 1818 gehaltenen Minister-

¹⁰⁾ Abgedruckt in v. Wallerstein a. a. O. S. 275 ff.

1) Dass allgemein wissenschaftliche Kenntnisse (Philosophie, Ge-
schichte etc.) sowie Rechtskenntnisse vorausgesetzt werden, versteht sich
von selbst.

2) Zu den wichtigsten Sammlungen gehören:

a) Döllinger, Repertorium der Staatsverwaltung des Königreichs
Bayern. München, 1814—35. 29 Bände. 8.

b) Dessen Sammlung der im Gebiet der inneren Verwaltung des Kö-
nigreichs Bayern bestehenden Verordnungen. Ebendas. 1835—1838.
20 Bände. 4.

c) Handbibliothek des bayer. Staatsbürgers. Augsburg, 1837—1841.
5 Bände. 12. — Davon erscheint eben eine zweite Auflage in 5
Bänden 8., wovon bis jetzt vier Bände in meinen Händen sind. Ich
werde diese Sammlung, wegen ihrer Brauchbarkeit und leichteren
Zugänglichkeit wohl die verbreitetste, bei meinen Citaten zu Grunde
legen, und zwar so weit möglich die zweite Aufl. Wo daher das
Citat nicht ausdrücklich auf die erste Aufl. verweist, ist die zweite
zu verstehen.

Für die Pfalz:

d) Dr. Siebenpfeiffer, Handbuch der Verfassung, Gerichtsordnung
und gesammten Verwaltung Rheinbayerns. Neustadt, 1831—1833.
5 Bände. 8. Fortgesetzt von Luttringshausen. Speier, 1846.
2 Bände. 8.

Conferenzen, welche aber bis jetzt noch nicht veröffentlicht sind.

b) Für die seit dem Erscheinen der Verf.-Urk. erlassenen **Gesetze** die **Protocolle** der **Stände-Versammlung** und ihre **Beilagen**. Die **Motive**, welche die **Regierung** bei der **Vorlage** des **Entwurfs** mittheilt, die **Discussionen** in den **Ausschüssen** und in den **Kammern** über **Sinn** und **Umfang** eines **Gesetzes** gewähren dem **Ausleger** die mannigfachsten **Aufschlüsse**.³⁾

3) **Kenntniss der Literatur** des jetzt geltenden bayerischen **Staatsrechts**. Ausser den allgemeinen **Werken**, welche das ganze bayerische **Staatsrecht** umfassen,⁴⁾ besitzen wir verhältnissmässig nur wenige **Monographien**. Wir werden die bedeutenderen derselben an den betreffenden **Orten** namhaft machen.

4) **Kenntniss des Staatsrechts** solcher **Staaten**, deren öffentliche **Verhältnisse** jenen **Bayerns** ähnlich sind. Insbesondere kann eine nähere **Kenntniss** des **Staatsrechts** der übrigen **deutschen Staaten** nur anregend und erläuternd für das **Studium** des **vaterländischen Rechts** wirken.⁵⁾

§. 17.

4. Fundamentalsätze des jetzigen bayerischen Staatsrechts.

1) **Bayern** ist ein **souveräner**, d. h. von jeder fremden **Gewalt** **unabhängiger Staat**. Die im **Pressburger Frieden** zugesicherte, durch die **Auflösung** des **Reiches** recht-

3) Vgl. Mohl, a. a. O. Bd. I. S. 101 ff.

4) Diese sind: Schmelzing, Staatsrecht des Königr. Bayern. Leipzig, 1820. 2 Bände. 8. — Schunk, Staatsrecht d. Königr. Bayern. 1. Bd. Erlangen, 1824. — Cucumus, Lehrbuch des Staatsrechts der constitution. Monarchie Bayerns. Würzburg, 1825. — Dresch, Grundzüge des bayer. Staatsrechts. 2. Aufl. Ulm, 1835. — v. Moy, Lehrbuch des bayer. Staatsrechts. Zwei Theile in je 2 Abth. Regensb. 1840—46.

5) Vergl. die hieher bezügliche Literatur bei Weiss, System des deutschen Staatsr. S. 62 not. lit. C. — Hinzuzufügen ist für Preussen: Ostermann, Grundsätze des preuss. Staatsr. 1841. v. Rönne und Simon, die Verfassung und Verwaltung des preuss. Staates, Breslau, 1841. 2 Bände.

lich erworbene Souveränität ward in den grossen Friedens-Verträgen, welche die jetzige Ordnung der europäischen Verhältnisse gründeten, ausdrücklich anerkannt.¹⁾ Sein völkerrechtlicher Rang ist der eines Königreichs.²⁾

2) Der souveräne Fürst von Bayern ist Mitglied des deutschen Bundes, und daher Bayern selbst ein Bestandtheil des deutschen Bundes. Durch die Publication der Bundesacte³⁾ und die damit verbundene Erklärung des Königs, »er wolle dieselbe vollziehen und vollziehen lassen,« war dieser Satz ein Theil des bayerischen Verfassungsrechtes geworden, der durch die Verf.-Urk. v. 1818 nicht wiederholt zu werden brauchte.

Die hieraus fliessenden Folgerungen gehören dem Bundesrechte an.⁴⁾

3) Seiner Beherrschungsform nach ist Bayern eine Erbmonarchie. In strenger Festhaltung des Princips der Monarchie vereinigt der König alle Rechte der Staatsgewalt in sich (daher keine Syncratie)⁵⁾. Die Krone vererbt sich nach einer festen Regel im Mannes-Stamme des regierenden Hauses nach dem Recht der Erstgeburt.⁶⁾

4) Der König ist aber bei der Ausübung bestimmter Regierungsrechte an die Mitwirkung der Landstände gebunden. Bayern ist daher, was seine Regierung betrifft, eine beschränkte, und zwar nach einem neueren Sprachgebrauch constitutionelle Monarchie.⁷⁾ Die Verfassungs-

1) Wiener Congressacte Art. 53 und 56.

2) Ueber die damit verknüpften Ehrenrechte s. Heffter, das europäische Völkerrecht. Berlin, 1844. S. 46.

3) Vom 18. Juni 1816 (Reg.-Bl. v. 1817 S. 635).

4) Weiss, System des deutschen Staatsrechts §. 33 und 34.

5) Verf.-Urk. Tit. II. §. 1. Es war daher in Bayern die Bestimmung der Wiener Schlussacte v. 1820 Art. 57 schon in Kraft, ehe diese erlassen ward.

6) Verf.-Urk. Tit. II. §. 2.

7) Verf.-Urk. Tit. II. §. 1. Tit. VII. §. 2 u. 3. Ob die bayerische Verfassung eine repräsentative sey oder nicht, davon wird weiter unten zu handeln seyn.

gesetze sind urkundlich festgestellt, und durch besondere Garantien ist ihr Fortbestand und ihre Fortbildung gesichert. Dieselben räumen den Vertretern des Volkes — den Ständen des Reichs — insbesondere einen Antheil an der Gesetzgebung und an der Regulirung des Staatshaushaltes ein, so dass sowohl der Form als der Sache nach die Bezeichnung »constitutionelle« Monarchie gerechtfertigt erscheint.

ERSTER THEIL.

Von den Elementen des bayerischen Staates.

ERSTES BUCH.

Vom Lande.

§. 18.

I. Von dem Staatsgebiete im Allgemeinen.

1) Das bayerische Staatsgebiet, d.h. dasjenige Areal, über welches sich die Staatsgewalt des bayerischen Regenten erstreckt, und das zugleich die räumliche Gränze seiner Wirksamkeit bildet, besteht aus zwei geographisch getrennten Theilen, wovon der eine diess-, der andere jenseits des Rheins gelegen ist. Der Flächenraum dieser beiden Theile beträgt 1477 ¹⁾ Quadrat-Meilen. Der jenseits des Rheins gelegene Theil des Gebietes, die Pfalz, ist geschlossen;²⁾ der diessseitige dagegen offen, indem einige sachsen-weimar'sche Enclaven ³⁾ in Mitte liegen, und zudem noch eine Parzelle, die im Saalfeld'schen enclavirt ist,⁴⁾ zu demselben gehört.

1) Die Angaben schwanken zwischen 1356 — 1505 Quadrat-Meilen. Vgl. C u c u m n s, a. a. O. S. 55 not. 1.

2) Ich brauche kaum zu bemerken, dass ich diesen Ausdruck im geographischen Sinne anwende.

3) Königsberg und Ostheim im Kreise Unterfranken u. A.

4) Vgl. Rudhart, über den Zustand des Königr. Bayern. B. I, S. 1.

2) Dieses Gebiet gränzt in seinem östlichen Theile an Oesterreich, an die sächsischen und reussischen Länder, an Churhessen, Hessen-Darmstadt, Baden und Württemberg; im westlichen Theile an Frankreich, Baden, Hessen-Darmstadt und Preussen. Die Gränzen gegen diese Nachbarstaaten beruhen theils auf dem Herkommen, theils auf besonderen Verträgen. So wurde die Gränze gegen Oesterreich, wie sie sich in Folge der Abtretungen von 1816 gestaltet hatte, durch Vertrag vom 30. Sept. 1818 neu regulirt,⁵⁾ mit den Fürsten von Reuss am 13. Aug. 1840,⁶⁾ mit Württemberg am 18. Mai 1810,⁷⁾ mit Frankreich am 5. Juli 1825,⁸⁾ und mit Preussen am 28. Mai 1815⁹⁾ und 30. März 1838¹⁰⁾ über die Gränzen pactirt.

Im Zweifel richtet sich der Zug der Staatsgränze nach den Flur- und Markungsgränzen der zunächst an der Gränze liegenden Gemeinden.

3) Wie und unter welchen Umständen das bayerische Gebiet seinen dermaligen Umfang erlangt habe, das zu entwickeln ist zunächst Aufgabe der Staatsgeschichte. Ausser den oben (§. 13) schon angedeuteten Thatsachen, welche hierauf von Einfluss waren, ist aus dieser Periode nur noch der Frankfurter Territorial-Recess vom 20. Juli 1819 Art. I—IV¹¹⁾ zu erwähnen. — Uebrigens ist die Frage, welchem Herrn irgend ein Gebietstheil unterthan gewesen sey, auch jetzt noch praktisch, insofern es davon abhängt, welches Civilgesetz an einem bestimmten Orte gelte.¹²⁾

5) Ist soviel mir bekannt nicht veröffentlicht.

6) Bei Siebenpfeiffer, Handb. Forts. Bd. I. S. 17 ff.

7) D. B. I. S. 241.

8) Ibid. S. 298.

9) Ibid. S. 297.

10) Siebenpfeiffer, a. a. O. S. 14. Ueber die älteren, noch practischen Gränzverträge siehe Kreittmayr, Staatsrecht S. 310, 311, 315 und Fessmaier, S. 273. Noch neuerlich ward die Gränze gegen Böhmen berichtigt, indem der sog. Fraischbezirk getheilt ward. Vergl. Bekanntmachung vom 20. Juli 1846 (Reg.-Bl. v. 1846 S. 577).

11) v. Meyer, Staatsacten B. I. S. 300.

12) Darüber geben Gesetzstatistiken Auskunft (Jäck, Kumpf).

§. 19.

II. Von der rechtlichen Natur desselben.

1) Das bayerische Staatsgebiet ist ein freies und unabhängiges; jede Einwirkung einer anderen Macht auf dasselbe ist ebenso unzulässig, als eine ähnliche Einwirkung von Seite des Regenten von Bayern auf ein fremdes Gebiet wäre.

Nur im Wege völkerrechtlicher Verträge können Modificationen dieses Satzes begründet werden. Zur Zeit fließen solche

a) aus den Grundverträgen des deutschen Bundes, indem z. B. Bayern die Anlegung einer Bundesfestung auf seinem Gebiete gestatten muss;

b) aus sonstigen Staatsverträgen, welche eine Staatsdienstbarkeit zu Gunsten eines fremden Staates festsetzen¹⁾ oder eine solche für Bayern stipuliren.²⁾

2) Das bayerische Staatsgebiet ist ein untheilbares Ganzes. Es muss daher stets unter einem Regenten vereinigt seyn³⁾ (äussere Untheilbarkeit), und eine und dieselbe Verfassung und Gesetzgebung muss die einzelnen Theile im Innern umfassen⁴⁾ (innere Untheilbarkeit). Modificationen des zuletztgenannten Principis fließen

a) aus dem oben (§. 14. 1) erwähnten königl. Beschluss vom 5. Oct. 1818;

b) aus der Verschiedenheit der Civilgesetze welche zur Zeit noch innerhalb des bayerischen Gebietes gelten.

3) Dasselbe ist unveräusserlich; es ist daher in seiner Integrität zu erhalten. Jede Handlung, welche eine Veräusserung des Staatsgebietes enthält, ist daher nichtig.⁵⁾ Ausnahmsweise ist die Veräusserung zulässig

1) Z. B. eine Weggerechtsame für Oesterreich von Tyrol nach Bregenz. Vgl. den Münch. Vertrag v. 14. April 1816 Art. 8 (D. B. I. S. 266).

2) Z. B. Militärstrassen durch Baden (Frankf. Terr.-Rec. Art. 6 u. 23), durch Württemberg. Vgl. Mohl, a. a. O. B. II. S. 732.

3) Verf.-Urk. Tit. III. §. 1 und Tit. I. §. 1.

4) Prooem. der Verf.-Urk. Abs. 6 Tit. I. §. 2 Tit. VIII. §. 7.

5) Pragm. über die Unveräusserlichkeit der Staatsgüter v. 20. Oct. 1804 Nr. III. Handb. der Staatsverf. B. I. S. 216. Verf.-Urk. Tit. III. §. 1.

a) wenn der Regent innerhalb der Gränzen des ihm zustehenden Regierungsrechts nach dem Zweck und zur Wohlfahrt des Staates darüber verfügt, z. B. in einem Friedensschlusse;

b) wenn zur Gränzberichtigung einzelne Theile gegen angemessene Aequivalente abgetreten werden.⁶⁾

Eine freiwillige Veräußerung von Theilen des Staatsgebietes mit der Wirkung, dass die Souveränität an den Erwerber übergeht, würde jedenfalls die Zustimmung der Agnaten und der Stände, und wenn der Erwerber kein Bundesglied ist, des deutschen Bundes voraussetzen. Allein auch unter dieser Bedingung scheint eine solche Veräußerung mit Rücksicht auf Verf.-Urk. Tit. III. §. 3 Abs. 2 rechtlich unzulässig zu seyn.

4) Neue Gebiets-Erwerbungen werden der Gesamtmasse einverleibt, falls der erste Erwerber nicht in anderer Art darüber verfügt hat. Die Folge dieser Einverleibung ist, dass der neuerworbene Theil unter demselben Regenten steht, wie das ursprüngliche Gebiet, also an der äusseren Untheilbarkeit des letzern participirt. Dagegen bleibt dem neuerworbenen Landestheile seine eigenthümliche Verfassung so lange, bis der neue Regent etwas Anderes hierin verfügt hat. Die Unveräußerlichkeit des neuen Erwerbs, wenn er einmal in den Erbweg gekommen ist, folgt aus der Natur der Sache.⁷⁾

§. 20.

III. Von der Eintheilung des Gebietes.

1) Das Staatsgebiet bildet an sich der Staatsgewalt gegenüber ein ununterschiedenes Ganzes. Wem das privatrechtliche Eigenthum daran zustehe, ob dem Staate selbst (Staatsgut) oder einer sonstigen physischen oder juristischen Person (Privatgut), ist vom Standpunkte des Staatsrechts in

⁶⁾ Verf.-Urk. Tit. III. §. 6 Nr. 1 und 2. Die übrigen Fälle passen nicht hieher.

⁷⁾ Vergl. Weiss, System d. deutschen Staatsrechts. S. 438. not. a. Der Satz bei Moy, Lehrb. Bd. I. S. 69 ist daher nicht genau.

der Regel irrelevant. Solche Theile des Gebietes, welche der Regent allgemeinen Zwecken der Staatsangehörigen widmet, welche also unmittelbar einem öffentlichen Bedürfnisse dienen, sind übrigens dem Privateigenthum überhaupt entzogen (öffentliche Güter).¹⁾

2) Zum Behufe der Verwaltung ist das Land seit dem 20. Febr. 1817²⁾ in 8 Kreise getheilt. Die Benennungen derselben waren nach dem Vorbilde des französischen Rechts der geographischen Lage, insbesondere den Flüssen entnommen, und bei der Bildung der Kreise ward blos auf administrative Zweckmässigkeit gesehen. Eine neuere Verordnung v. 29. Nov. 1837³⁾ sucht in beiden Beziehungen die Eintheilung des Gebietes an die geschichtlichen Grundlagen anzuknüpfen.

Die Kreise rechts des Rheins zerfallen in Gerichts- und Polizei-Bezirke (Stadt, Land- und Herrschaftsgerichte), und diese in Gemeinde-Bezirke. Der übrerrheinische Kreis (die Pfalz) zerfällt zum Behufe der Polizei-Verwaltung in zwölf Landcommissariate, zum Behufe der Justiz-Verwaltung in 4 Bezirke, welche ihrerseits in Cantone (Friedensgerichts-Bezirke) und zuletzt in Gemeinden getheilt sind.⁴⁾

Da diese Eintheilung des Gebietes auf die Rechte der Unterthanen keinen Einfluss äussert, solche weder nimmt noch gibt, so bedarf es zur Realisirung derselben keines Gesetzes, sondern sie kann im Verordnungswege geschehen.⁵⁾

3) Die Eintheilung des Staatsgebietes in kirchlicher Hinsicht, welche mit Rücksicht auf Edict II. § 76, e auch hier zu nennen ist, geschieht für die katholische Confession in Provinzen, Diöcesen, Decanatssprengel und Pfarreien,⁶⁾

1) *Res, quae in usu publico habentur*. Das Eigenthum des Staates daran ist ein staatsrechtliches, daher sie *res extra commercium* sind.

2) Regierungsblatt v. 1817. St. IV.

3) H.-B. I. S. 9 not. 7.

4) Siebenpfeiffer, Bd. I. S. 205.

5) Vergl. Blätter für R.-A. 1844 S. 80 ff.

6) Concord. Art. II (H.-B. I. S. 440).

für die protestantische in Consistorial- Bezirke, in Districts-Decanate und in Pfarreien.⁷⁾

§. 21.

IV. Von der Territorialgewalt.¹⁾

Das Staatsgebiet steht im Verhältniss zu fremden Staaten im völkerrechtlichen, im Verhältniss zu den Unterthanen im staatsrechtlichen Eigenthum des Regenten. Die Rechte welche ihm in Folge dieses Eigenthums zustehen (deren Inbegriff die Territorialgewalt genannt wird), sind theils negativer, theils positiver Natur.

1) Die Rechte der ersteren Art, mehr nach Aussen gerichtet, bestehen vorzüglich in der Ausschliessung jeder fremden Einwirkung auf das bayer. Staatsgebiet. Zu diesem Behufe setzt der Regent mit fremden Mächten durch Vertrag, den Unterthanen gegenüber durch Gesetze die Grenzen fest²⁾ und sieht eine absichtliche Verletzung derselben von jener Seite als eine Feindseligkeit, von dieser als Staatsverbrechen³⁾ an. — Alles, was sich innerhalb des bayer. Gebietes befindet, Personen sowohl als Sachen, ist der Herrschaft der bayer. Staatsgewalt unterworfen — Territorial-Princip, wo nicht durch eine besondere Bestimmung eine Ausnahme — Exterritorialität⁴⁾ — begründet ist.

2) Die positive Seite der Territorialgewalt besteht darin, dass der Regent zu öffentlichen Zwecken über das Gebiet zu verfügen berechtigt ist. Sie schliesst das Bestehen eines Privateigenthums am Gebiete nicht nur nicht aus, sondern setzt dasselbe vielmehr voraus, und sucht es rechtlich zu schützen. Ausflüsse dieser Befugniss sind:

7) Anh. II zur Verf.-Urk. §. 4 (H.-B. I. S. 492).

1) Vergl. Schmitthener, Grundlinien des allgemeinen u. idealen Staatsrechts. Giessen 1845. S. 332 ff.

2) Jede Willkür des Privaten ist dabei ausgeschlossen. Bei Veräusserung von Grundstücken ist es gleichgiltig, wer Erwerber sey, ob ein In- oder Ausländer.

3) Straf-Gesetzb. Thl. I. Art. 305, IV. Cf. fr. 10 D. ad leg. Jul. maj. (48, 4).

4) Vergl. Heffter, Völkerrecht S. 78.

a) der Regent bestimmt, wer fähig sei, Eigenthum am Gebiet zu erwerben. — Ausser den durch die Amortisationsgesetze beschränkten kirchlichen Corporationen⁵⁾ ist jede Person fähig, in Bayern Grundeigenthum zu erwerben;

b) er ordnet zur Sicherung des Grundeigenthums öffentliche Gränzzeichen an, und erklärt deren Verletzung als Delict (Vergehen);⁶⁾

c) er setzt fest, wem die etwa nicht im Privateigenthum befindlichen Gebietstheile (Adespota) zufallen sollen. — Das bayer. Landrecht erklärt sie für Eigenthum des Staats;⁷⁾

d) der Inhaber der Staatsgewalt hat das Recht, das Staatsgebiet zu öffentlichen Zwecken zu benützen, soweit dieses unbeschadet der Privatrechte daran geschehen kann. Ist die beiderseitige Benützung unvereinbar, und ist der öffentliche Zweck ein nothwendiger, dann geht das Recht des Staates vor, das Privatrecht an diesem Objecte muss weichen (*Jus eminens*). Der Staat leistet aber dem Betheiligten volle Entschädigung.⁸⁾

⁵⁾ Ges. v. 13. Oct. 1764 (Mayr, ä. G.-S. Bd. II. S. 1078). Selbes ist durch Verordn. v. 27. April 1807 auf das ganze Königreich ausgedehnt worden (Regierungsblatt v. 1807 S. 751),

⁶⁾ Straf-Gesetzb. Thl. I. Art. 386.

⁷⁾ Cf. *Annot. ad Cod. civ. p. II. c. 1 §. 7* Nr. 5. Preuss. Landr. Thl. II. Tit. 16 §§. 1–7.

⁸⁾ Gesetz über Zwangsabtretung des Grundeigenthums v. 17. Nov. 1837 Art. I. (H.-B. I. S. 17 not. 20).

ZWEITES BUCH.

Von den Unterthanen.

Erste Abtheilung.

Von den physischen Personen.

Erster Abschnitt.

Von den allgemeinen Rechtsverhältnissen derselben.

I. Vorbereitende Lehren.

§. 22.

1) Von dem Begriffe und den Klassen der Unterthanen.

1) Nach dem Territorialprincip ist im Allgemeinen Jeder als Unterthan Bayerns zu betrachten, welcher in irgend einer Beziehung zum bayer. Staatsgebiete steht. Diese Beziehung kann aber

a) darin bestehen, dass Jemand in Bayern seinen Wohnsitz hat, sei es, dass er ihn selbst gewählt, oder dass ihm das positive Recht denselben hier anweist. — Man nennt diese Klasse von Unterthanen bezeichnend ständige (*subditi perpetui*), oder auch wohl, da Bayern ihre Heimath ist, Einheimische, Bayern ¹⁾ oder

b) darin, dass der Unterthan eines fremden Staates sich in Bayern aufhält ohne die Absicht da zu bleiben, ²⁾ oder in

1) Die Verf.-Urk. gebraucht zur Bezeichnung der ständigen Unterthanen im Allgem. entweder den Ausdruck „Einwohner“, „Einwohner des Reichs“ (Tit. IV. §§. 8, 9, 13), oder „Bayer“ (Tit. IV. §§. 5, 12, 14.; Tit. IX. §. 1 etc.), oder „Staatsangehörige“ (Tit. VII. §. 2), oder „Unterthanen“ (Tit. III. §. 6, 1.; Tit. IV. §. 14 etc.). — Der Ausdruck Staatsbürger hat seine eigenthümliche Bedeutung. Es ist daher die Bemerkung Zachariä's, deutsches Staatsrecht Bd, I. S. 225 hiernach zu berichtigen.

2) Ob der Aufenthalt des Fremden in Bayern von längerer oder kürzerer Dauer sey, ist gleichgiltig, so lange der *animus* in Bayern zu bleiben fehlt. Daher ist auch der in Privatdiensten Angestellte noch ein Fremder, so lange die Anstellung keine ständige, d. h. die Subsistenz des betreffenden Individuums auf Lebenszeit sichernde

Bayern Grundeigenthum oder sonstige Rechte erwerben oder besitzen resp. geniessen will. In beiden Fällen wird die betreffende Person zwar Unterthan Bayerns, aber immer nur soweit und auf so lange, als die vorbedingende Beziehung zum bayer. Gebiete vorhanden ist.³⁾ Sie bleibt im Ganzen Unterthan ihres Heimaths-Staates, ist bei uns ein *Fremder*. Man pflegt die Fremden, welche blos ihren Aufenthalt in Bayern nehmen, *zeitliche Unterthanen*, die Inhaber von Grundbesitz oder sonstigen Immobilienrechten *Forensen*⁴⁾ zu nennen.

2) Die Gesammtheit der *ständigen Unterthanen* wird dem Regenten gegenüber „*Volk*“ genannt.⁵⁾ Von den organischen Gliederungen desselben, den *Ständen*, kommen als *staatsrechtlich eigenthümliche* in Betracht: der Adel, die Geistlichkeit, der Bürger- und der Bauern-Stand. — Als ein zweites Moment, welches auf die rechtliche Stellung der Unterthanen Einfluss hat, ist die *Religion* zu nennen, zu welcher sich Jemand bekennt, indem nur den Bekennern der vier christlichen Hauptconfessionen der Vollgenuss der öffentlichen Rechte eingeräumt ist.

3) Von Seite ihrer äussern Existenz betrachtet, sind die ständigen Unterthanen entweder physische (Menschen), oder juristische Personen (Gemeinde, Kirche, Stiftung). Da die Stellung der Letzteren vieles Besondere an sich trägt, so müssen ihre Rechtsverhältnisse einem eigenen Abschnitte dieser Vorträge vorbehalten bleiben. Zunächst soll blos von den physischen Personen die Rede seyn.

ist. Vergl. Edict I. §. 5 und Gesetz v. 15. Aug. 1828 (H.-B. I. S. 49 not. 3).

3) Anders der Art. 14 des *Code civil*, der alle Fremde den französ. Gerichten unterwirft. — Eine Modification des obigen Satzes enthält auch das bayer. Strafrecht. Vergl. Publ.-Patent z. Straf-Gesetzg. Art. 4.

4) *Qui foras habitant*.

5) Verf.-Urk., Prooem. Abs. 1 am Ende *sub v.* „*unser Volk*“ und vorletzer Abs., der noch deutlicher zeigt, dass die *Subditi tempor.* und *Forens.* nicht zum „*Volk*“ zu zählen sind.

§. 23.

2) Von den Rechtsverhältnissen der Fremden in Bayern. 1)

1) Die bayer. Gesetze erkennen im Allgemeinen auch den Fremden als rechtsfähig an, sie dulden im Umfange des bayerischen Gebietes keine Unfreiheit. Jedem Fremden kommt der Schutz der bayer. Gesetze zu; er ist aber andererseits auch ihren Strafbestimmungen unterworfen.²⁾ — Die dem Fremden zugestandene Rechtsfähigkeit ist aber auf das Gebiet des Privatrechts beschränkt; politische Rechte zu erwerben oder auszuüben ist ihm versagt. — Die Frage, ob der Fremde seine bürgerliche Rechtsfähigkeit auch ausüben könne, ob er handlungsfähig sey, ist nach den Gesetzen seines Heimathlandes zu beurtheilen. Der Umfang der ihm zustehenden Rechte ist in jedem Falle nach folgenden Rücksichten zu bemessen:

a) Hält sich ein Fremder mit königl. Erlaubniss im Königreich auf, so genießt er alle bürgerlichen Privatrechte, wie ein Einheimischer, so lange er hier wohnt und jene Erlaubniss nicht zurückgenommen ist,³⁾ es müsste denn in den positiven Gesetzen ausdrücklich eine Ausnahme statuirt seyn.⁴⁾

b) Hat der Fremde keine königliche Erlaubniss, so wird ihm nur die Ausübung derjenigen bürgerlichen Privatrechte zugestanden, welche der Staat, dem der Fremde angehört, den bayerischen Unterthanen einräumt. Entzieht diesen ein Staat gewisse privatrechtliche Befugnisse, die er seinen Unterthanen zugesteht, so wird der König das Recht der Retorsion ausüben lassen.⁵⁾

1) Vergl. K. Th. Pütter, das pract. europäische Fremdenrecht. Leipzig 1845. 8.

2) Publ.-Patent z. Straf-Gesetz. Art. 3 und 4.

3) Edict I. §. 49.

4) Fälle der Art enthält z. B. der *Cod. jud. c. I. §§. 6 et 8. Proc.-Nov. v. 1819 §. 8 Nr. 1.* Ist ein Solcher von der Abschosse unbedingt frei?

5) Es kann also keine Behörde für sich Retorsion üben, womit durchaus nicht gesagt werden soll, dass in jedem einzelnen Falle erst die Anordnung des Königs erforderlich ist. Es reicht hin, wenn der Grundsatz, der retorquirt werden soll, vom König genehmigt ist. Vergl. z. B. die Verordn. v. 6. Mai 1817 (Regierungsblatt v. 1817 S. 449.; ferner Verordn. v. 9. Dec. 1803, Regierungsblatt 1803 S. 1000.

2) Alle Fremden, die Unterthanen deutscher Staaten unbedingt, die Unterthanen nicht deutscher Staaten unter der Voraussetzung der *Reciprocität*, sind fähig Grundeigenthum in Bayern zu erwerben und zu besitzen. Sie treten dadurch in das Rechtsverhältniss von *Forensen*. Als solche sind sie

a) den *Realstatuten* Bayerns unterworfen und müssen daher alle nach den einheimischen Gesetzen auf ihren Gütern haftenden Staatslasten und sonstige Verbindlichkeiten erfüllen; ⁶⁾

b) zur Erfüllung dieser Pflichten haben sie einen bayerischen Unterthan als Stellvertreter zu ernennen; ⁷⁾

c) sie können vom bayerischen Fiscus und von bayerischen Unterthanen⁸⁾ sowohl mit dinglichen als persönlichen Klagen vor den geeigneten königl. Gerichten belangt werden, insoweit die in Bayern gelegenen Güter einen ausreichenden Executionsgegenstand darbieten, oder dafür angenommen werden wollen; ⁹⁾ es gilt sonach in Bayern voller *Landsassiat*.

§. 24.

3) Vom Indigenate.

Die *Eigenschaft* eines ständigen Unterthans (eines *Bayers*), der gegenüber dem Fremden ein *Einheimischer* heisst, sowie den Inbegriff der den Einheimischen vor den Fremden zukommenden Rechte nennen unsere Gesetze das *Indigenat*. Dasselbe wird erworben:

1) durch Geburt, wenn der Vater oder (bei Unehe-lichen) die Mutter zur Zeit derselben bayerische Unterthanen waren (Eingeborne). Gleichgiltig ist also in dieser Rücksicht

⁶⁾ Auch die Familiensteuer trifft sie, während die *Subditi tempor.* davon frei sind. Verordn. v. 10. Dec. 1814 §. 14 (H.-B. IV. S. 2).

⁷⁾ Sollten die Besitzungen *Lehen* seyn, einen *Lehenträger*. Vergl. rev. Gem.-Ed. §. 14 und G.-W.-O. Art. IV.

⁸⁾ Andern Klägern, insbesondere Fremden, gegenüber gilt also wohl die Bestimmung nicht. Von ihnen können die *Forensen* nur mit dinglichen Klagen belangt werden.

⁹⁾ Edict I. §§. 13—18.

a) der Ort der Geburt,

b) das Verhältniss, wie es zur Zeit der Conception etwa obwaltete, ob der Vater, resp. die Mutter damals Fremde waren, oder nicht;

c) Das, was nach der Geburt etwa geschah, daher eine etwa nachfolgende Ehe den unehelichen Kindern nicht die Rechte von ehelichen geben kann.¹⁾

2) Durch Aufnahme in den Unterthanenverband (Naturalisation). Diese kann eine unmittelbare oder mittelbare seyn. Jenes ist der Fall, wenn die Aufnahme durch ein besonderes königl. Decret nach Vernehmung des Staatsraths erfolgt, dieses

a) wenn eine Ausländerin einen Bayer ehlicht;

b) wenn Fremde in das Land einwandern, sich darin ansässig machen und die Entlassung aus dem fremden persönlichen Unterthansverbande beigebracht haben;²⁾

c) wenn ein Familienvater aufgenommen wird, indem das Indigenat dann auch seiner Ehefrau und den in seiner väterlichen Gewalt stehenden Kindern zukommt.³⁾

Der Inhalt des Indigenats ist gleichbedeutend mit der Gesammtheit der Rechte eines bayerischen Unterthans, welche darzustellen die Aufgabe der folgenden Paragraphen seyn wird. Hier mögen nur die allgemeinsten aus dem Indigenat folgenden Rechte angeführt werden:

1) Nur wer das Indigenat hat, kann Heimathsrechte in Bayern erwerben, d. h. das Recht in einer bestimmten Gemeinde zu wohnen, und von ihr im Falle der Verarmung Unterstützung zu fordern, erlangen;⁴⁾ nur ein Solcher kann sich

1) Vergl. übrigens die Vollzugs-Instr. zum Heimathgesetze v. 1837 Nr. 14 (H.-B. III. S. 10), der aber Mohl a. a. O. S. 320 not. 2 widerspricht. A. M. Weiss, System des d. Staatsr. §. 268 not. d.

2) Ed. I. §§. 2, 3. Ein besonderes Naturalisations-Decret ist sonach hier nicht nothwendig. Ausgeschlossen von dieser Erwerbsart des Indigenats (*sub b*) sind die Juden; sie können nur durch unmittelbare Aufnahme das Indigenat erwerben. Edict v. 10. Juni 1813 §. 11. (H.-B. IV. S. 170).

3) Ist in der Verf.-Urk. nicht vorgesehen, folgt aber wohl aus allgemeinen Gründen. A. M. Mohl, Staatsr. v. Württemb. B. I. S. 319.

4) Ges. v. 11. Sept. 1825 §§. 5, 7. Der letztere § scheint zwar das Gegentheil zu bestimmen. Allein da Bewilligung der Einwande-

allenthalben im Königreiche aufhalten, ⁵⁾ und an irgend einem Orte sein Domicil begründen. ⁶⁾

2) Nur der Einheimische ist fähig, um zu Kron- und Oberhof Aemtern, zu Civilstaatsdiensten, obersten Militärstellen, kirchlichen Aemtern oder Pfründen zu gelangen, ⁷⁾ sowie auch

3) nur ihm die Erlangung politischer Rechte möglich ist; nur er kann Staatsbürger werden. ⁸⁾

Das Indigenat geht verloren

1) durch Handlungen des Unterthans, und zwar
a) durch die von der zuständigen Behörde bewilligte Auswanderung von dem Momente an, wo der Auswanderer die Gränze überschreitet;

b) durch Verheirathung einer Bayerin mit einem Ausländer;

c) durch Erwerbung eines fremden Indigenats ohne besondere königl. Bewilligung. Hat Jemand ohne Bewilligung ein fremdes Indigenat bei Erwerbung des bayerischen beibehalten, so ist der Erwerb des bayerischen von Anfang an ungiltig;

d) dasselbe gilt, wenn ein bayerischer Unterthan ohne ausdrückliche königl. Erlaubniss in fremde Dienste getreten ist, gleichviel ob damit der Erwerb des fremden Indigenats verknüpft war oder nicht. ⁹⁾ Diese Erlaubniss kann übrigens, wenn der fremde Staat zum deutschen Bunde gehört, nicht versagt werden. ¹⁰⁾

rung vorausgehen muss, so ist wohl unsere Darstellung gerechtfertigt. (H.-B. III. S. 3).

⁵⁾ Angef. Ges. §. 6.

⁶⁾ Vergl. Jagemann in Weiske's Rechtslexicon B. IV. S. 557. A. M. Wolff, Lehrb. des d. Privatr. B. I. S. 111 Nr. 4.

⁷⁾ Die Erlangung eines solchen Amtes, Dienstes etc. ist daher kein Mittel das Indigenat zu erwerben, sondern sie setzt voraus, dass das Indigenat erworben sey. Anders z. B. in Württemberg, s. Mohl a. a. O. B. I. S. 319 a.; in Baden: Verf.-Urk. §. 9.

⁸⁾ Edict I. §. 7.

⁹⁾ Edict I. §. 6. Ausnahme in Edict IV. §. 5.

¹⁰⁾ Bundesacte Art. 18 lit. b, 2.

Der Besitz von Grundstücken oder die Theilnahme von Handelsetablissemments in einem fremden Staate zieht an sich den Verlust des Indigenats nicht nach sich, so lange keine bleibende persönliche Ansässigkeit in dem fremden Staate damit verbunden ist und nicht Verhältnisse eintreten, welche mit der Erfüllung der Unterthanenpflichten unvereinbar sind.¹¹⁾

2) Gegen den Willen des Unterthans, insbesondere durch Uebergang des Domicils einer Person an fremde Souveräne¹²⁾ und durch die Auswanderung für Solche, welche in rechtlicher Abhängigkeit von dem Auswanderer sich befinden.¹³⁾ — Durch Landesverweisung kann dasselbe nicht verloren gehen.¹⁴⁾

§. 25.

4) Vom Staatsbürgerrecht.

Das Staatsbürgerrecht ist die Befähigung eines Einheimischen zur Ausübung der politischen Rechte, welche die bayerische Verfassung zusichert; es ist der politische Stand, während das Indigenat den Civilstand gewährt, aber die (und zwar einzige) Möglichkeit bietet, jenen zu erwerben.

I. Zum Erwerb des Staatsbürgerrechts gehört ausser dem Besitze des Indigenats und einer unbefleckten bürgerlichen Ehre

1) männliches Geschlecht;¹⁾

2) gesetzliche (nicht durch *venia aetatis* erlangte) Volljährigkeit,²⁾ und

11) Edict I. §. 12.

12) Edict I. §. 5.

13) Uebrigens sind die grossjährigen Kinder wohl berechtigt, zurückzubleiben.

14) Vergl. Straf-Gesetzb. Th. I. Art. 36.

1) Vergl. rev. G.-E. §. 78 a.

2) Dass Derjenige, welchem *venia aetatis* bewilligt wurde, nicht Staatsbürger sey, folgt theils aus den Worten (vergl. c. C. II, 45), theils aus den sonst mit der *venia* verknüpften Wirkungen. Cf. *Cod. civ. p. I. c. 7 §. 36 Nr. 7.* Vergl. auch Edict II, §. 6.

3) eine selbstständige Stellung im bürgerlichen Leben, ³⁾ begründet durch **Ansässigkeit** im Königreiche, und zwar
 a) durch den Besitz besteueter Gründe, Renten oder Rechte

b) durch Ausübung besteueter Gewerbe,

c) durch den Eintritt in ein öffentliches Amt,
 so dass für Inländer das Staatsbürgerrecht zugleich mit der Ansässigkeit, bei allen Eingewanderten ⁴⁾ aber erst nach Ablauf von 6 Jahren von der Zeit der Erwerbung des Indigenats an erworben wird. ⁵⁾ Die blosse Ansässigmachung auf Lohn-erwerb oder sonstige Titel befähigt nicht zum Staatsbürger. ⁶⁾ Dazu muss in der Regel noch kommen

4) Bekenntniss einer der vier christlichen Confessionen, deren Angehörigen dasselbe eingeräumt ist. ⁷⁾

Die einer andern Confession Angehörigen geniessen die Rechte von Staatsbürgern nur in so weit, als sie ihnen durch die Aufnahmsurkunde zugestanden sind. ⁸⁾

II. Die Wirkungen des Staatsbürgerrechts äussern sich vorzugsweise

1) in dem Rechte der Theilnahme an der Landesvertretung; der Staatsbürger ist activ und passiv wahlfähig für die Ständeversammlung, und hat das Recht der Beschwerdeführung bei der Ständeversammlung. ⁹⁾

³⁾ Verf.-Urk. Tit. VI. §. 12.

⁴⁾ Also auch bei Denen, welche in Bayern eine Anstellung erhalten haben (A. M. Moy, B. I. S. 85), oder sich als Gutsherren mit Gerichtsbarkeit ansässig gemacht haben (St.-V. v. 1846 K. d. A. B. I. S. 205–229).

⁵⁾ Edict I. §. 8. Nicht von der Wahl des Domicils in Bayern.

⁶⁾ Vergl. Gesetz über Ansässigmachung etc. v. 1. Juli 1834 §§. 2, 4 (H.-B. III. S. 24).

⁷⁾ Verf.-Urk. Tit. IV. §. 9 und Tit. VI. §. 12. Gesetz, die Gleichstellung der griech. Glaubensgenossen betr., v. 1. Juli 1834 (H.-B. I. S. 65). Anders in der Pfalz. Vergl. den königl. Beschluss v. 5. Oct. 1818 Abs. 4. Vgl. jedoch unten §. 76.

⁸⁾ Edict II. §. 25. Die Leistung des Staatsbürgereids ist wohl keine Vorbedingung zur Erwerbung des Staatsbürgerrechts. Die etwaigen besonderen Vorbedingungen zur Ausübung einzelner aus dem Staatsbürgerrecht fliessender Befugnisse werden bei der Besprechung dieser Befugnisse selbst angeführt werden. Ueberall müssen aber die hier angeführten allgemeinen Erfordernisse vorhanden seyn.

⁹⁾ Verf.-Urk. Tit. VII. §. 21.

2) In der gleichen Theilnahme an der Vertretung des Kreises, d. i. am Landrath.

3) In der Fähigkeit Mitglied der Gemeinde-Verwaltung und des Gemeinde-Ausschusses zu werden.¹⁰⁾

Die Fähigkeit zur Erlangung von Staatsdiensten, die gleichfalls häufig als eine Wirkung des Staatsbürgerrechts angeführt wird,¹¹⁾ ist schon durch das Indigenat erworben. Wer wirklich einen Staatsdienst erhält, wird damit erst Staatsbürger; der Staatsdienst ist also der Grund zur Erwerbung des politischen Standes.

III. Es wird verloren:

1) in allen Fällen, wo das Indigenat, als die allgemeine Vorbedingung des Staatsbürgerrechts verloren geht. Ohne das Indigenat

2) wenn eine der besonderen Bedingungen des Staatsbürgerrechts hinwegfällt (oben I. Nr. 1 — 4).

3) Durch die Annahme von Diensten, Gehalten, Pensionen oder Ehrenzeichen einer fremden Macht¹²⁾ ohne ausdrückliche königl. Erlaubniss.¹³⁾

4) Durch Verhängung der Specialinquisition wegen Verbrechen oder Vergehen, wenn nicht völlige Freisprechung erfolgt, so wie durch Verurtheilung in eine Verbrechens- oder Vergehensstrafe (daher insbesondere auch durch den bürgerlichen Tod).¹⁴⁾

5) Wer in Concurs verfallen ist, oder sich sonst gerichtlich oder aussergerichtlich für insolvent erklärt und später seine Gläubiger nicht vollständig befriedigt hat, ist gleichfalls zur Ausübung der politischen Rechte nicht mehr fähig.¹⁵⁾

10) Die Fähigkeit in den beiden ersten Beziehungen involvirt von selbst die Fähigkeit zu Gemeindestellen, sowie umgekehrt die Unfähigkeit zu diesen wohl auch in den höhern Sphären unfähig machen muss.

11) Vergl. z. B. Cucumus a. a. O. S. 125.

12) Auch die übrigen Bundesstaaten sind als auswärtige Mächte anzusehen.

13) Edict I. §. 10 Nr. 2.

14) Verf.-Urk. Tit. VI. §. 12. Edict I. §. 10 Nr. 3. Gesetz über Einführung der Landräthe vom 15. Aug. 1828 §. 10 (H.-B. I. S. 420). Rev. Gem.-Ed. §. 78. G.-W.-O. Art. 16 Nr. 3.

15) Rev. Gem.-Ed. §. 78, d. Man darf wohl diese Bestimmung auf

6) Zur Strafe für Denjenigen, der bei dem Wahlgeschäft Andere bestach oder sich bestechen liess.¹⁶⁾

II. Von den allgemeinen Rechten der Unterthanen.

A. In Ansehung ihrer persönl. Verhältnisse.

§. 26.

1) Von der Freiheit und Sicherheit der Person.

1) Das **I n n e r e** des Menschen, seine geistige und gemüthliche Thätigkeit liegt ausser der Sphäre des Staates, er erkennt sie als etwas von sich Unabhängiges an und schützt sie gegen jeglichen Einfluss von Aussen, der diese innere Welt beeinträchtigen könnte. Dem Staate gegenüber ist daher dieses Gebiet ein freies, wir werden es zweckmässig die **s u b j e c t i v e** Freiheit nennen. Sie befasst

a) die Freiheit der geistigen Thätigkeit, oder wie die Verf.-Urk. sich ausdrückt „die Freiheit der Meinungen“. Demnach ist denn auch nach bayerischen Gesetzen die **r e c e p t i v e** Geistesthätigkeit eine vollkommen freie. Jedem steht das Recht zu, die Form und den Inhalt dieser Thätigkeit zu wählen (Freiheit der Berufswahl). Der Staat bietet dazu die nöthigen äusseren Hilfsmittel, ohne von ihrer Benützung Jemand abzuhalten, oder dazu zu nöthigen, in der Erwartung, dass alle Unterthanen aus freiem Antrieb davon Gebrauch machen werden.

Die Freiheit der geistigen Thätigkeit darf aber nicht ins Gegentheil verkehrt, und die Nichtentwicklung der geistigen Fähigkeiten als ein Recht beansprucht werden. Der Staat fordert vielmehr mit Fug von jedem Unterthanen ein gewisses Mass von Kenntnissen, und sichert diese Forderung

α) dadurch, dass er Diejenigen, welchen die Erziehung Unmündiger obliegt, für rechtlich verbindlich erklärt, ihre

die nicht ausdrücklich genannten polit. Befugnisse ausdehnen, da die *ratio* bei ihnen mindestens in derselben Stärke vorliegt. Aehnliches bestimmt das franz. Recht. Vergl. z. B. die Constitution v. J. VIII. Art. 5.

¹⁶⁾ Edict X. Tit. I. §. 42. Gem.-W.-Ordn. v. 1818 Art. 36 (H.-B. S. 330).

Pflegebefohlenen in die öffentliche Schule zu schicken oder denselben einen gleichgeltenden Privatunterricht ertheilen zu lassen.¹⁾

β) dadurch, dass bei der Ansässigmachung und bei der Aufdingung zu Handwerken der Nachweis gefordert wird, dass dieser Pflicht genügt sey.²⁾

Die productive Geistesthätigkeit bleibt in so lange ebenfalls vollkommen frei, als sie nicht in die Aussenwelt tritt in Form der Rede, der Schrift, u. s. w. In wie weit etwa im letzteren Falle eine Beschränkung eintrete, davon später (§. 27).

b) Freiheit des Glaubens und Gewissens (nicht auch des Cultus)³⁾. Daher darf

α) Keinem der Religion wegen der Staatsschutz entzogen werden, so lange er sich nicht etwa zu solchen Religionsvorschriften bekennt, welche dem Staat geradezu feindlich sind.

β) Die einfache Hausandacht darf Niemanden untersagt werden.⁴⁾

γ) Jedem Einwohner, der das Unterscheidungsalter d. i. die gesetzliche Volljährigkeit erreicht hat, und sonst die nöthigen geistigen Fähigkeiten besitzt, ist die Wahl des Glaubensbekenntnisses nach seiner eigenen Ueberzeugung freigestellt.⁵⁾

Doch ist darum die Confession, zu der sich Jemand bekennt, rechtlich nicht gleichgiltig. Denn staatsbür-

1) Vergl. Verordn. v. 23. Dec. 1802 Nr. 12 (D. B. IX. S. 989).

2) Es hängt daher indirect die Erlangung des Staatsbürgerrechts davon ab. Vergl. Gesetz v. 11. Sept. 1825 und vom 1. Juli 1834 §. 1. Nr. 2 (H.-B. III. S. 20).

3) Edict II. §§. 26, 27. Der Staat erkennt nicht jede Religionsgesellschaft als solche an (*Jus reformandi*).

4) Edict II. §§. 1, 2. Was einfache Hausandacht sey, ist durch die §§. 3 und 4 indirect angedeutet. Das Nähere in der Verordn. v. 10. Juni 1803. Nr. 4 (D. B. VIII. S. 30).

5) Edict II. §§. 5—7. Dass der Ausdruck gesetzliche Volljährigkeit hier insbesondere (vergl. oben §. 25 I.) die *venia aetatis* ausschliesse, deutet das Zeitwort „erreichen“ an. Eine vor diesem Zeitpunkt geschehene Wahl ist rechtlich wirkungslos. Vergl. Fürst C. v. Wallerstein, Beiträge zum bayer. Staats-Kirchenrecht. München, 1846. S. 1 ff.)

gerliche Rechte kommen nur Denjenigen zu, die einer der vier mit dieser Wirkung aufgenommenen christlichen Confessionen angehören und bei der einen oder andern derselben verbleiben.⁶⁾

2) Die Sicherheit der Person ist durch folgende gesetzliche Bestimmungen geschützt:

a) Der Zustand der Leibeigenschaft kann im Königreich nicht mehr bestehen, noch je wieder begründet werden, mag derselbe ein ständiger oder temporärer (wie der ältere Gesindedienstzwang) seyn.⁷⁾ Alle aus der Leibeigenschaft entspringenden Dienste und Leistungen (wie der Leibzins, das Mortuarium, die Abzugsgelder) sind ohne Entschädigung erloschen, und auch die sonstigen Folgen derselben,⁸⁾ wie die Gebundenheit an einen gewissen Aufenthalt, die Veräusserlichkeit u. s. w. weggefallen.

Auf die dinglichen Beziehungen des ehemals Leibeigenen zu seinem Herrn hat aber die Aufhebung der Leibeigenschaft keinen Einfluss; die grundherrlichen Leistungen bleiben aufrecht.⁹⁾

b) Alle ungemessenen Frohnen sollen in gemessene umgewandelt werden, und auch diese ablösbar seyn.¹⁰⁾

c) Jedem Staatsangehörigen steht frei, auch ausserhalb seiner Heimath sich allenthalben im Königreiche aufzuhalten, soferne ihm nicht besondere Gründe entgegenstehen.¹¹⁾

6) Edict II. §§. 11, 24. Auch der Uebertritt von einer der öffentlich aufgenommenen Kirchengesellschaften zu einer andern kann rechtliche (nur nicht staatsrechtliche) Wirkungen äussern.

7) Verf.-Urk. Tit. IV. §. 6 und Edict vom 31. Aug. 1808 (H.-B. I. S. 14 not. 14).

8) Vergl. darüber *Cod. bav. civ. p. l. c. 8. §. 10 ff.* und Mittermaier, Grundsätze des d. Privatrechts (VI. Aufl.) B. I. §. 99.

9) Edict v. 1808 §§. 6–9. Vergl. Zurhein, Zeitschr. für Theorie und Praxis des bayer. Rechts. B. I. S. 302.

10) Vergl. Verf.-Urk. Tit. IV. §. 7. Edict VI. §. 8. Ueber Competenz, Massstab etc. Vergl. Bl. f. R.-A. 1838. S. 399 und 1844 S. 369. Die Ablösung kann erzwungen. A.E. v. 1808 §. 10. Vergl. Arends, Sammlung interessanter Erkenntnisse. Nördl. 1845. B. I. S. 131 ff. A. M. Zurhein, Zeitschrift B. I. 194.

11) Gesetz üb. d. Heimath v. 11. Sept. 1825 §. 6 (H.-B. III. S. 1 ff.). Von dem Rechte sich ansässig zu machen und zu verehelichen s. unten §. 80 Nr. 2.

d) Niemand darf seinem ordentlichen Richter entzogen werden; jede persönliche Einwirkung des Königs oder einer Administrativbehörde auf eine anhängige Streitsache ist ausgeschlossen.¹²⁾

e) Niemand darf verfolgt oder verhaftet werden, als in den durch die Gesetze bestimmten Fällen¹³⁾ und in der gesetzlichen Form¹⁴⁾. Jeder Verhaftete muss längstens innerhalb 24 Stunden verhört werden.¹⁵⁾

f) Es kann Niemanden eine Strafe treffen, ausser in den vom Gesetze bestimmten Fällen und in der gesetzlichen Art.¹⁶⁾

§. 27.

2) Von der Freiheit der Presse und des Buchhandels. 1)

Die Mittheilung der Gedanken an Andere, geschehe sie durch das Mittel der Rede, der Schrift oder der Presse, ist in so lange keiner Beschränkung irgend einer Art unterworfen, als sie bloss unter bestimmten einzelnen Personen stattfindet, also eine Privatmittheilung ist. Dass übrigens jeder das, was er mitgetheilt hat, nöthigenfalls zu vertreten verpflichtet ist, versteht sich von selbst.

Soll die Mittheilung eine öffentliche seyn (also ein Gedanke oder ein Gedanken-System publicirt werden), und durch die Presse oder Lithographie²⁾ bewerkstelligt werden,³⁾ so gelten darüber folgende Grundsätze:

12) Verf.-Urk. Tit. IV. §. 8 und Tit. VIII. §. 4. *Cod. jud. c. I. §. 18* Nr. 2.

13) S. diese im Straf-Gesetzb. Th. II. Art. 118 ff.

14) Ebend. Art. 124 und Verf.-Urk. Tit. IV. §. 8.

15) Straf-Gesetzb. Th. II. Art. 152.

16) Anmerk. zum Straf-Gesetzb. Bd. I. S. 66 N. 1 und 2.

1) Die geschichtlichen Bemerkungen über die Entwicklung des Pressrechts in Bayern und über die Stellung desselben zum Bundesrechte sollen mündlich gegeben werden.

2) Dass auch die lithographirten Erzeugnisse der Literatur mit den gedruckten auf gleicher Linie stehen, folgt einerseits aus der Natur der Sache, andererseits aus dem Bundesbeschluss v. 29. Oct. 1832 (v. Meyer, Staatsacten B. II. S. 596).

3) Die Veröffentlichung durch mündliche Rede unterliegt besonders Grundsätzen, wovon mündlich.

I. Vor Allem ist zwischen der weiteren Verbreitung schon veröffentlichter Pressprodukte und der ersten Veröffentlichung solcher zu unterscheiden. Jene steht allen berechtigten Buchhändlern unbeschränkt frei, also insbesondere auch die Vervielfältigung solcher Werke, so weit nicht die Rechte dritter Personen, wie der Verfasser und Verleger dadurch verletzt werden, ⁴⁾ oder für gewisse Arten von Presserzeugnissen besondere Vorschriften bestehen. ⁵⁾

II. Die erstmalige Veröffentlichung irgend eines Erzeugnisses der Literatur oder Kunst unterliegt in der Regel für Niemanden, er sey Urheber, Verleger oder berechtigter Buchdrucker irgend einer Beschränkung; insbesondere bedarf es keiner vorherigen obrigkeitlichen Genehmigung des Werkes, i. e. keiner Censur. ⁶⁾ — Damit aber diese Freikeit nicht missbraucht werde, dafür bestehen theils präventive, theils repressive Massregeln. Was zunächst

A. die präventiven Anordnungen betrifft, so sind

1) nur jene Personen zum Drucken und Verbreiten von Pressprodukten berechtigt, welche hiezu vorher eine obrigkeitliche Concession ⁷⁾ erlangt haben.

2) Ueber die vorhandenen Buchdruckereien, Buchhandlungen und ähnliche der Erzeugung oder dem Vertrieb von Presserzeugnissen gewidmete Anstalten findet eine fortwährende polizeiliche Aufsicht Statt. Damit diese ermöglicht, resp. erleichtert sey, sind die Inhaber solcher Anstalten verpflichtet, ihre Cataloge oder speciellen Anzeigen der Polizeibehörde des Orts zu übergeben. ⁸⁾

4) Vergl. unten §. 30.

5) Solche gelten insbesondere für die Gesetze und Verordnungen, die nur mit besonderer königl. Erlaubniss von Privaten nachgedruckt werden dürfen. M.-E. v. 27. Oct. 1825 (D. B. III. S. 353). Dagegen gilt für die weitere Veröffentlichung der Stände-Verhandlungen nichts Besonderes. Vgl. St.-V. v. 1846. K. d. A. B. I. S. 47.

6) Edict III. §. 1. Die Ausnahmen s. bei not. 17 ff.

7) Sie wird von den Kreisregierungen ertheilt. S. die Instruction zum Gewerbsgesetz v. 11. Sept. 1825 §. 64 (H.-B. III. S. 172).

8) Ehe diese Vorschrift erfüllt ist, soll ein Verkauf irgend eines Werkes nicht statthaft seyn, und der Säumige verfällt in eine Strafe

3) Nimmt die genannte Behörde darin Schriften, Gemälde oder sonstige Darstellungen wahr, oder erhält sie von andern Seiten von dem Vorhandenseyn solcher Schriften etc. Kunde, welche ein bestehendes Strafgesetz übertreten, so hat sie davon dem Untersuchungsgerichte sofort die amtliche Anzeige zu machen, oder wegen der Untersuchung und Bestrafung selbst⁹⁾ geeignet zu verfahren. — Von dem Ausgange der Untersuchung hängt es ab, ob die weitere Verbreitung des fraglichen Presserzeugnisses zu verbieten oder was sonst darüber zu verfügen sey.

4) Eine Hemmung der Verbreitung vor dem gerichtlichen oder polizeilichen Enderkenntnisse darf ausnahmsweise dann verfügt werden,¹⁰⁾ wenn die Gesetzübertretungen den Monarchen, den Staat oder dessen Verfassung, oder die im Königreiche bestehenden Kirchen oder religiösen Gesellschaften betreffen, oder wenn Schriften oder sinnliche Darstellungen der öffentlichen Ruhe oder der Sittlichkeit gefährlich sind. Liegt ein Fall dieser Art vor, so hat die Polizeibehörde die betreffende Schrift etc. sofort mit Beschlag zu belegen, und ein Exemplar derselben an die vorgesetzte Behörde (die Regierung) einzusenden, welche durch Collegialbeschluss über die Aufhebung oder Fortsetzung des Beschlags zu erkennen hat.¹¹⁾ — Lautet der Beschluss auf das Letztere, so hat die erkennende Behörde auf der Stelle die Schrift an das Ministerium des Innern einzusenden. Bestätigt dieses die Beschlagnahme,¹²⁾ so steht den Betheiligten der Recurs an den Staatsrath iinnerhalb eines 30tägigen Fatale's¹³⁾ offen,

von 100 Thlr. Edict III. §. 5. Andere Bedingungen kennt das bayer. Recht nicht, um zur Publication eines Werkes ermächtigt zu seyn; daher ist wohl die Nennung des Verlegers, wie dies das Bundespressgesetz v. 1819 §. 9 fordert, nach bayerischem Rechte nicht nothwendig, da das Edict III. diese Bedingung nirgends gestellt hat. Vgl. jedoch unten not. 20.

9) Falls nämlich blos eine Polizeiübertretung vorliegt, wie z. B. wenn ein nicht angezeigtes Buch debitirt wird, oder wenn die Censur umgangen wird.

10) Man nennt diese provisorische Massregel *Beschlagnahme*.

11) Edict III. §. 7.

12) Wenn die Regierung oder das Ministerium des Innern die Beschlagnahme aufhebt, kann nicht der Fiscal recurriren?

13) A. E. v. 29. April 1819, 2 (H.-B. I. S. 137 not. 9).

der darüber in einer Plenar-Versammlung zu erkennen hat. Wird ein Recurs nicht angebracht oder der angebrachte zurückgewiesen, dann wird die Schrift öffentlich verboten und nach Umständen (d. h. wenn und soweit es möglich ist) *confiscirt*.¹⁴⁾

Die criminelle oder polizeiliche Untersuchung und Bestrafung der Verfasser und Verleger solcher Werke wird übrigens durch dieses blos die Schrift betreffende Verfahren nicht ausgeschlossen. —

Betrifft die in einer Schrift begangene Rechtsverletzung eine Privatperson,¹⁵⁾ so hat die Polizeibehörde erst den Antrag des Verletzten auf Beschlagnahme abzuwarten. Eine Ausnahme tritt nur dann ein, wenn der Verletzte ein landesabwesender Staatsdiener ist. Hier ist der Beschlag provisorisch von Amtswegen zu verfügen, und dem Abwesenden von dem Daseyn der Schrift Nachricht zu geben.¹⁶⁾ — Ist ein Antrag gestellt und der Beschlag verfügt worden, so wird er nur in so ferne fortgesetzt, als der Implorant binnen acht Tagen Beseheiningung darüber beibringt, dass er gerichtliche Klage erhoben habe.

5) Einer vorherigen besonderen Genehmigung bedürfen nur folgende Erzeugnisse der Literatur:¹⁷⁾

a) Politische¹⁸⁾ Zeitungen oder periodische Schriften politischen oder statistischen Inhalts¹⁹⁾

¹⁴⁾ Die Confiscation ist lediglich auf die noch im Buchhandel befindlichen Exemplare zu beschränken. A. E. v. 29. April 1819, 1 a. a. O. Wenn der Verleger ein Ausländer ist?

¹⁵⁾ Liegt mit andern Worten keine *ex officio* zu ahndende Uebertretung vor.

¹⁶⁾ Von den weitem Anträgen des Abwesenden hängt es ab, ob der Beschlag fortzusetzen oder aufzuheben sey; denn die Fortsetzung ist nicht als Amtssache erklärt.

¹⁷⁾ Werke der Kunst unterliegen sonach nie einer Censur. Das bayer. Recht nimmt, was die Nothwendigkeit der Censur betrifft, nur auf den Inhalt, nicht auf den Umfang Rücksicht, wie dies der Bundesbeschluss v. 1819 §. 1 (H.-B. I. S. 140) thut.

¹⁸⁾ Der Begriff der Politik befasst hier die ganze Sphäre der öffentlichen Zustände, also die Verfassung und Verwaltung Bayerns sowohl als fremder Staaten. Vergl. A. E. v. 27. Juni 1832 (H.-B. I. S. 133). St.-V. v. 1831 K. d. A. B. V.

¹⁹⁾ Dahin gehören insbesondere auch die Kalender. A. E. vom 6. März 1818 (H.-B. I. S. 129).

unterliegen der dafür angeordneten Censur.²⁰⁾ Befreit hievon sind, weil nicht unter der Ausnahme begriffen:

α) Politische oder statistische Werke, welche weder Zeitungen sind, noch periodisch erscheinen.

β) Periodische Schriften, welche nicht politischen oder statistischen Inhalts sind, wie z. B. rein wissenschaftliche Zeitschriften.²¹⁾

b) Arbeiten, welche von Staatsdienern herrühren, bedürfen in folgenden Fällen, wenn sie veröffentlicht werden sollen, einer besonderen Genehmigung:

α) Wenn sie ihre Vorträge oder sonstige Arbeiten über Gegenstände, welche zu ihrem Geschäftskreise gehören, ferner statistische Notizen, Verhandlungen, Urkunden oder sonstige Nachrichten, zu deren Kenntniß sie nur durch ihre Dienstverhältnisse kommen konnten, dem Drucke übergeben wollen.²²⁾

β) Wenn sie Nachrichten politischen oder statistischen Inhalts über die königl. Staaten in ausländische Zeitschriften einrücken lassen oder daran Theil nehmen wollen, gleichviel aus welcher Quelle sie die Nachrichten schöpften.²³⁾

B. Die repressiven Massregeln, durch welche dem Missbrauche der Presse begegnet werden soll, bestehen:

1) In der Verhängung der gesetzlichen Strafe gegen jeden, welcher durch die Presse ein Verbrechen oder Vergehen²⁴⁾ oder eine Polizeiübertretung begangen hat.

20) Welcher sie vor dem Abdruck zu unterstellen sind; die Censur in ihrer jetzigen Gestalt beruht auf der Verordn. v. 6. Septemb. 1799 (D. B. III. S. 312). — Eine besondere Concession zur Herausgabe eines Blattes ist an sich nicht erforderlich; übrigens muss bei jedem der verantwortliche Redacteur oder Verleger genannt seyn.

21) Im Auslande erscheinende Zeitungen und periodische Schriften politischen oder statistischen Inhalts unterliegen vor ihrer Abgabe an die Abonnenten der Censur (H.-B. I. S. 127 Nr. 5).

22) Edict III. §. 3. Es würde die Pflicht der Amtverschwiegerheit verletzen, falls eine Veröffentlichung ohne Genehmigung Statt fände. A. E. v. 13. Juni 1821 (H.-B. I. S. 129).

23) Edict III. §. 3 a. E. Der Grund dieser Bestimmung ist wohl mehr ein politischer.

24) Vergl. z. B. Straf-Gesetzb. Art. 308, 311, 312 etc.

Der Umstand, dass die fragliche Schrift etwa censirt ²⁵⁾ oder auf das oben erwähnte Verfahren hin verboten war, hat, wie schon bemerkt ward, hierauf keinen Einfluss. Ueber die Vorbedingungen der Anwendung der Strafe entscheiden die allgemeinen strafrechtlichen Grundsätze.

2) In der civilrechtlichen Verantwortlichkeit, welcher sich derjenige aussetzt, welcher durch Schriften oder sonstige Darstellungen eine Privatperson verletzt. Diese hält sich dabei zunächst an den Verfasser, wenn dieser nicht genannt oder falsch angegeben ist, ²⁶⁾ an den Verleger, subsidiär an den Drucker und Verbreiter.

§. 28.

3) Von dem Associationsrechte. 1)

Das Recht, sich mit Andern zur Erreichung eines bestimmten erlaubten Zweckes auf eine längerdauernde Weise zu verbinden, ²⁾ das Associationsrecht wird von der Verfassungs-Urkunde nicht ausdrücklich zugestanden. Allein dessen ungeachtet muss es zu den allgemeinen Rechten der Unterthanen gezählt und hier gewürdigt werden; denn es ist ein nothwendiger Ausfluss der Persönlichkeit. ³⁾ Dabei kann es nicht darauf ankommen, ob etwa der Zweck, dessen Realisirung sich ein bestimmter Verein vorsetzt, auch von den Einzelnen für sich erreicht werden könnte. Nur in soweit die Rechte dritter Personen ausser dem Verein, also auch die besonderen Rechte des Staates selbst einen Abbruch erleiden wür-

²⁵⁾ Vergl. M.-E. v. 23. Sept. 1822 (D. B. III. S. 368). — Nur das Verfahren gegen die Schrift für sich (Beschlagnahme etc.) ist ausgeschlossen, sobald sie censirt ist.

²⁶⁾ Eine spätere Nennung des Verfassers befreit den Verleger, resp. Redacteur nicht von dieser Haftung. Vergl. Blätter für R. A. Bd. IV. S. 366).

1) Vergl. Zirkler, das Associationsrecht der Staatsbürger. Leipzig 1834.

2) Verschieden von einer Versammlung auf kürzere Zeit. Vgl. Mohl, Staatsr. B. I. S. 353.

3) Die Praxis beweist die Richtigkeit dieses Satzes. Die Vereine zur Besserung entlassener Sträflinge, gegen Thierquälerei etc. sind nahe liegende Beispiele.

den, ist, wie sich von selbst versteht, das Associationsrecht der Staatsbürger beschränkt.

Soll ein von den Unterthanen begründeter Verein in Bayern Geltung haben, so muss

1) der Zweck desselben ein erlaubter seyn. Vereine zu ungesetzlichen und unsittlichen Zwecken sind unzulässig. ⁴⁾

2) Die Errichtung des Vereins, und der von ihm zu realisirende Zweck muss der Regierung angezeigt werden. Erst wenn diese ausgesprochen hat, dass sie nichts gegen den Verein und dessen Tendenz zu erinnern habe, tritt er dem Staate gegenüber in's Leben und in Wirksamkeit. ⁵⁾ Alle geheimen Verbindungen, mag ihr Zweck seyn, welcher er wolle, sind strafbar.

3) Es darf der Einzelne, welcher einem Vereine beitreten will, durch den Beitritt keine besonderen Pflichten verletzen. Daher können die Staatsdiener

a) an auswärtigen literarischen Gesellschaften ohne kgl. Bewilligung nicht Antheil nehmen. Die aus der Theilnahme etwa entspringenden Prädicate dürfen ohne solche Genehmigung nicht geführt werden. ⁶⁾

b) Dieselben können nicht Mitglieder des Freimaurer-Ordens seyn. ⁷⁾

Die Nichtbetheiligung an geheimen Verbindungen muss jeder Staatsdiener bei seiner Anstellung eidlich geloben.

4) Vereine zu politischen Zwecken verbietet der Bundesbeschl. v. 5. Juli 1832 §. 2 (v. Meyer, Staatsacten B. II. S. 415) schlechthin. Allein die hierin massgebende A. E. v. 1. März 1832 erklärt nur solche politische Associationen für unzulässig, welche sich die Rechte gesetzlich bestehender Organe (der Stände-Versammlung, der Gemeinde-Verwaltung etc.) anmassen, und in willkürlicher Weise eingegangen werden (D. B. XIII. S. 722).

5) Nicht einer förmlichen Bestätigung bedarf es. Eine solche wäre dann nothwendig, wenn der Verein etwa corporative Rechte erwerben wollte. — Ist das allgemeine Verbot eines seinem Zweck nach erlaubten Vereines in Verordnungs- oder in Gesetzesform zu erlassen?

6) Verordn. v. 28. Jan. 1810 (Reg.-Bl. v. 1810 S. 65).

7) Verordn. v. 8. Sept. 1816 (D. B. XIII. S. 726). Ausgedehnt auf Bürgermeister, Magistratsräthe (M.-E. v. 30. Mai 1831) und auf Lehrer durch M.-E. v. 25. März 1834 (D. B. XIII. S. 727).

Die gültig errichteten Vereine sind, was ihre Befugnisse und Pflichten betrifft, dem gemeinen Rechte unterworfen; sie können weder Vorrechte noch Befreiungen ansprechen. Daher hat z. B. auch ein Verein von Gelehrten, der eine politische Zeitschrift redigirt, die Pflicht die Censur für den Inhalt einzuholen; ein Verein zu geselligen Zwecken die Polizeistunde zu beachten u. s. w.

§. 29.

4) Von der Auswanderung und Vermögens-Exportation.

Auswanderung, i. e. das Verlassen des bayer. Staatsgebietes und das Aufgeben der Unterthansrechte und -Pflichten (des Indigenats), kann Statt finden:

1) Nach einem deutschen Bundesstaate. Will dieser den bayer. Auswanderer zum Unterthan annehmen, so kann ihm die Erlaubniss zur Auswanderung von Seite der bayer. Regierung nicht versagt werden, wenn er den gesetzlichen Verbindlichkeiten gegen sein bisheriges Vaterland, welche theils allgemeine (wie die Militärpflicht¹⁾), theils besondere (wie genossene Stipendien, anhängige Untersuchung) seyn können, Genüge geleistet hat.²⁾

Das in einem solchen Falle exportirte Vermögen ist frei von aller Nachsteuer.³⁾

2) Nach einem nichtdeutschen Staate. — Auch hier hat der Unterthan von seinem Vorhaben der Regierung Anzeige zu machen und die Erlaubniss zur Auswanderung zu erhalten. Diese wird ihm nicht versagt werden, wenn er alle Verbindlichkeiten gegen Bayern überhaupt und die bayer.

1) Dieselbe wird nach der Analogie einzelner Staatsverträge angenommen bei jungen Männern, die in das 18. Lebensjahr eingetreten, und das 27. noch nicht vollendet haben. Klüber, öffentl. Recht des d. B. §. 228 not. f. — Besondere Bestimmungen bestehen in dieser Rücksicht für die Auswanderungen nach Reuss-Plauen (Siebenpfeiffer, Forts. B. II. S. 656). Vgl. noch Freudel, Anleitung zur Kenntniss des administrat. Wirkungskreises der Landgerichte in Bayern S. 5 ff.

2) Verfass.-Urkunde Tit. IV. §. 14. Bundesacte Art. 18, b (H.-B. I. S. 501).

3) Bundesbeschl. v. 23. Juni 1817 (D. B. III. S. 113 ff.).

Unterthanen insbesondere erfüllt hat.⁴⁾ Das exportirte Vermögen unterliegt aber der Nachsteuer, wenn nicht Freizügigkeitsverträge mit dem betreffenden Staate bestehen, welche dieselbe aufheben oder beschränken.⁵⁾

Wer eigenmächtig, d. h. ohne erlangte Bewilligung auswandert, oder in fremde Dienste tritt, verliert neben dem Indiginate den Besitz und Genuss seines im Inlande befindlichen Vermögens; dasselbe wird sequestrirt, die darauf haftenden Verbindlichkeiten werden erfüllt, und nach dem Tode des Ausgewanderten wird es seinen rechtmässigen Erben ausantwortet.⁶⁾ Besondere Nachtheile treffen denjenigen, der ungeachtet begründeter Militärpflicht ausgewandert ist.⁷⁾

B. In Ansehung des Vermögens.

§. 30.

1) Allgemeine Grundsätze.

1) Die Verfassung gewährt jedem Einwohner Sicherheit seines Eigenthums und seiner Rechte.¹⁾ Auch dem sogenannten literarischen Eigenthum ist der Schutz des Gesetzes zugesichert.²⁾ Die Veröffentlichung von Werken der

4) Um sich dessen zu versichern, wird vor der Ertheilung der Auswanderungsbewilligung eine Edictal-Citation der sämmtlichen Gläubiger des Auswanderers erlassen. — Der Nachweis, dass der Auswanderer bereits von einem andern Staate als Unterthan aufgenommen sey, kann nicht gefordert werden. Vergl. M.-E. v. 29. Juli 1832 (H.-B. I. S. 52), und Blätter für R.-A. B. X. S. 337 ff. und B. XI. S. 97.

5) Verordn. v. 6. Juli 1804 (D. B. III. S. 62 ff.). Die bestehenden Freizügigkeitsverträge s. bei Döllinger B. III. S. 117 ff. Zu den dort erwähnten Freizügigkeitsverträgen kommen aus der neuesten Zeit: mit England (1836), mit den päpstl. Staaten (1838), mit Schweden und Norwegen (1845), mit den Ver.-Staaten von Nordamerika (1845). — Wo die Nachsteuer noch besteht, hat regelmässig nur der Landesherr ein Recht auf dieselbe. Vergl. jedoch Edict IV. §. 51.

6) Vergl. M.-E. v. 27. Jan. 1818 (H.-B. I. S. 50).

7) Vergl. das Gesetz zur Ergänzung des stehenden Heeres v. 15. Aug. 1828 §§. 68—74 (H.-B. III. S. 343). — Ueber Verleitung zur Auswanderung s. Straf-Gesetzb. Th. I. Art. 306.

1) Verf.-Urk. Tit. IV. §. 8.

2) Gesetz v. 15. April 1840 (H.-B. III. S. 135). Dasselbe gebraucht den Ausdruck „Eigenthum von Erzeugnissen der Literatur und Kunst“;

Kunst und Literatur ohne Einwilligung des Urhebers, sowie die Nachbildung und Vervielfältigung auf mechanischem Wege, i. e. der Nachdruck verpflichtet nicht bloß zum vollen Schadensersatz des dadurch verletzten Auctors und seiner Rechtsnachfolger, sondern wird zudem auch als Polizeiübertretung bestraft. Nach Ablauf von 30 Jahren, vom Tode des Auctors oder vom Erscheinen des Werkes an gerechnet, erlischt dieses Recht, wo es nicht durch besonderes Privilegium auf längere Zeit zugestanden wurde.

2) Eine Gefährdung der Sicherheit des Eigenthums kann entweder von Unterthanen oder vom Staate selbst ausgehen. Zum Schutze gegen jene dient vorzugsweise eine schnelle und unpartheiische Justizpflege.³⁾

Der Regierung gegenüber ist das Vermögen der Unterthanen durch folgende Verfassungsbestimmungen gesichert:

a) Kein Gesetz, welches das Eigenthum der Staatsangehörigen betrifft, kann ohne Zustimmung der Stände erlassen, noch ein bestehendes geändert, authentisch erläutert oder aufgehoben werden.⁴⁾

b) Eine directe Besteuerung des Vermögens ist nur mit Consens der Stände zulässig: denn die Steuergesetze berühren das Eigenthum der Staatsangehörigen mehr als irgend andere.⁵⁾

c) Die Vermögensconfiscation hat in keinem Falle, den der Desertion ausgenommen, mehr Statt.⁶⁾

Nur Confiscation einzelner Sachen ist in den durch die Gesetze besonders bezeichneten Fällen erlaubt. Solche Fälle sind insbesondere:

α) Bei Uebertretungen des Pressgesetzes.⁷⁾

daher denn die Bezeichnung hier gerechtfertigt erscheint. Das Nähere gehört nicht hierher.

3) Verf.-Urk. Tit. VIII. §§. 1 und 4.

4) Verf.-Urk. Tit. VII. §. 2. — Unter Beobachtung dieser Form können aber Privatrechte allerdings durch Gesetze selbst aufgehoben werden. Vergl. Erklärung v. 6. Jan. 1809 (H.-B. I. S. 17).

5) Verf.-Urk. Tit. VII. §. 3.

6) Verf.-Urk. Tit. VII. §. 6. Straf-Gesetzb. Th. I. Art. 33. Vgl. Conscriptiionsgesetz v. 1828 §. 83 (H.-B. III, S. 346).

7) Edict III. §. 8.

β) Bei erwiesenem Nachdrucke. ⁸⁾

γ) Bei Contrebande und Zolldefraudation. ⁹⁾

δ) Bei Sachen, die als Werkzeuge zur Begehung von Verbrechen gedient haben. ¹⁰⁾

Die Einziehung nutzbarer Rechte ist gleichfalls nur wegen Missbrauchs und durch richterliches Urtheil zulässig. ¹¹⁾

d) Auch dann, wenn das Vermögen in einen anderen Staat übergeht, ist es dem Eigenthümer gesichert und ist regelmässig frei von Nachsteuer. ¹²⁾

e) Nur in Fällen eines öffentlichen Nothstandes, d. h. wenn die Existenz des Staates oder eines Theils desselben gefährdet oder bedroht ist, kann der Regent das Privateigenthum für den Staat in Anspruch nehmen, insbesondere auch die im Privateigenthum befindlichen Grundstücke, Häuser, Rechte u. s. w. Nur muss der Verlierende nachträglich vollkommen entschädigt werden. ¹³⁾

§. 31.

2) Von der Zwangsabtretung des Grundeigenthums insbesondere. ¹⁾

Für bestimmte Unternehmungen, welche zur Erreichung öffentlicher, gemeinnütziger Zwecke als nothwendig erscheinen, kann das unbewegliche Eigenthum der Unterthanen entweder vollständig in Anspruch genommen (expropriert) oder mit einer Dienstbarkeit beschwert werden. — Dabei müssen aber folgende Voraussetzungen gewiss seyn:

⁸⁾ Nachdrucksgesetz v. 1840 Art. VI. (H.-B. III. S. 137).

⁹⁾ Zoll-Strafgesetz v. 17. Nov. 1837 §§. 1 und 2 (Gesetzbl. v. 1837 S. 201).

¹⁰⁾ Anm. zum Strafgesetzb. Th. I. S. 117.

¹¹⁾ Straf-Gesetzb. Th. I. Art. 33 und Anmerk. hiezu.

¹²⁾ Vergl. §. 29 not. 3 und 5.

¹³⁾ Gesetz üb. Zwangsabtretung v. 17. Nov. 1837 Art. I, B. (H.-B. I. S. 18). Es unterscheidet sich dieser Fall wesentlich von dem im folgenden § behandelten.

¹⁾ Quelle: Gesetz, die Zwangsabtretung von Grundeigenthum für öffentliche Zwecke betr. v. 17. Nov. 1837 (H.-B. I. S. 17 ff.).

1. *Expropriation*
2. *Expropriation*

1) Das Unternehmen muss zu denjenigen gehören, wegen welcher das Gesetz eine Zwangsentäusserung erlaubt. Solche sind z. B.: Erbauung von Festungen und Militäretablissemments, von Kirchen, Schul-, Kranken- und Irrenhäusern, Regelung des Laufes der Flüsse, Erbauung von Canälen, Schleussen, Brücken, Häfen, Einrichtung von Eisenbahnen.²⁾ Jede Ausdehnung auf andere vom Gesetze nicht ausdrücklich genannte Unternehmungen ist unstatthaft.

2) Der Zweck desselben muss ein öffentlicher seyn und vom gemeinen Nutzen die Erreichung desselben gefordert werden, so dass diese als nothwendig erscheint.

3) Die Abtretung, resp. Belastung des Grundeigenthums muss zur zweckmässigsten Verwirklichung eines solchen Unternehmens nothwendig seyn. Können sich die Betheiligten über diese Punkte nicht vereinigen, dann entscheidet darüber die Kreisregierung, Kammer des Innern in I., der versammelte Staatsrath im Falle der Berufung in II. Instanz. Die Verhandlung wird aus Auftrag der Regierung von den Districtspolizei-Behörden (in der Pfalz von den Landcommissariaten) gepflogen.³⁾

Sind diese Voraussetzungen zu rechtlicher Gewissheit gebracht, dann kann sowohl die Regierung als der Private dem etwa die Ausführung einer der oben berührten Unternehmungen eingeräumt ist, die Abtretung eines jeden unbeweglichen Eigenthums verlangen, ohne Rücksicht auf seine rechtliche Natur,⁴⁾ auf seine Besitzer,⁵⁾ auf seine Belastung oder Berechtigung.⁶⁾

Die Berechtigungen, welche dem expropriirten Immobile activ zugehören, gehen mit auf den Entwehrer über. Die Lasten (die passiven Rechte) bleiben regelmässig

2) A. G. v. 1837 Art. I, A. 1—14.

3) Ibid. Art. I, XV und XXII.

4) Es ist daher einerlei, ob das Immobile Lehen oder Bestandtheil eines Fideicommisses oder freies Eigenthum sey.

5) Die öffentlichen Corporationen sind zur Abtretung ebenso verpflichtet, wie der einzelne Staatsbürger.

6) Auch das mit Hypotheken, Servituten etc. belastete Grundstück unterliegt der Expropriation, so wie andererseits auch jenes, dem Guts herrlichkeit oder Gerichtsbarkeit anklebt, nicht frei davon ist.

auch nach der Entwehrung auf der Sache haften, sofern ihre Ausübung mit der neuen Bestimmung des Gegenstandes vereinbar ist, und die Berechtigten nicht auf Ablösung dringen. — Nur die auf dem abgetretenen Immobile versicherten Hypotheken erlöschen, sobald die Entschädigungssumme gezahlt ist, sie werden aus dieser, so weit sie reicht, befriedigt.⁷⁾

Soll die Abtretung eines bestimmten Grundstückes wirklich erfolgen, so muss

4) der direct Entwehrte sowohl als der folgeweise ^{im} Recht Verlierende vorher vollkommen entschädigt werden, und zwar gebührt jedem von ihnen nicht bloss Ersatz des gemeinen Werthes des abzutretenden Gegenstandes, sondern auch Vergütung der ihm durch die Abtretung zugehenden sonstigen Nachtheile (des indirecten Schadens). Falls die Parteien über den Betrag der Entschädigung sich nicht verständigen können, haben die ordentlichen Gerichte darüber zu entscheiden.⁸⁾

§. 32.

C. Von dem rechtlichen Schutze der Unterthanenrechte.¹⁾

Die Rechte der Unterthanen dem Staate gegenüber sind in ihrem Bestande garantirt:

1) Dadurch, dass auch der Staat, soweit er in Privatrechtsverhältnissen steht, den ordentlichen Gerichten unterworfen ist: »Der königliche Fiscus wird in allen streitigen Privatrechtsverhältnissen bei den königl. Gerichtshöfen Recht nehmen.«²⁾ — Daraus folgt:

a) Dass der Fiscus Ansprüche, welche er etwa gegen einen Privaten verfolgen will, nur im Wege der Klagestellung vor dem ordentlichen Richter des Schuldners geltend machen kann.³⁾

⁷⁾ Angef. Ges. Art. II, IV, VI und XI.

⁸⁾ Ibid. Art. V—IX und XIX.

¹⁾ H. A. Zachariä, deutsches Staats- und Bundesrecht Bd. I, S. 243 ff.

²⁾ Verf.-Urk. Tit. VIII. §. 5.

³⁾ Vergl. Annot. ad Cod. jud. c. III. §. 10, b und Verordn. vom 17. Jan. 1811 (Moritz a. a. O. B. I. S. 64).

b) Dass der Fiscus der gegen ihn gerichteten Klage, welche sich auf ein Privatrechtsverhältniss gründet, Rede zu stehen habe. Wann aber ein Privatrechtsverhältniss vorliege, das kann theils negativ, theils positiv bestimmt werden, soweit nämlich die Regierung nicht als solche dem Unterthanen als solchen gegenüber tritt, sondern sich mit ihm entweder ausdrücklich ⁴⁾ oder stillschweigend auf gleiche Linie stellt, indem sie z. B. Verträge mit den Unterthanen abschliesst, oder als Erbe auftritt.

Ob der Fiscus dem einzelnen Unterthanen für Entschädigung hafte, falls diesem aus Handlungen der Regierung als solcher ein Schaden zugeing, ist wohl mit folgenden Unterscheidungen zu beantworten:

α) Entstand der Schaden aus einem in verfassungsmässiger Form erlassenen Gesetze, so kann ein Ersatz nicht gefordert werden. ⁵⁾ Dasselbe gilt, wenn eine Vollzugsmassregel in völlig gesetzmässiger Weise, also von der zuständigen Behörde und in der gehörigen Form getroffen wurde. ⁶⁾ Ist dagegen

β) Die Verfügung eine gesetzwidrige, so haftet zunächst der handelnde Beamte und subsidiär der Fiscus für die daraus entstandenen Nachtheile (die Regierung hat die Pflicht den Beamten zu vertreten. ⁷⁾

In jedem Falle muss übrigens, ehe gegen den Fiscus gerichtliche Klage gestellt wird, der angeblich Verletzte sich an die vorgesetzte Administrativ-Behörde wegen Abstellung

4) In Folge ausdrücklicher gesetzlicher Vorschrift ist ein Privatrechtsverhältniss vorhanden:

- a) wenn eine Administrationsstelle etwas verfügt, was dem Edict über die Verhältnisse der Staatsdiener zuwider ist. Edict IX. §. 29;
- b) bei der Zwangsenteignung hinsichtlich der Entschädigung. A. Ges. Art. 19 und 20;
- c) bei Postreclamationen. Verordn. v. 31. Juli 1817 u. v. 26. Juni 1818 (Moritz, Novellen zur Gerichtsordn. B. II. S. 43 und B. III. S. 35);
- d) Aus Militär-Lieferungsverträgen. Verordn. v. 17. Dec. 1825. u. s. w.

5) Vergl. §. 30 not. 4.

6) Vergl. Arends, Samml. inter. Erkenntn. B. I. S. 170 ff. und S. 187 ff.

7) Vergl. Seuffert, Commentar z. Gerichtsordn. B. I. S. 144.

der Beschwerde wenden. ⁸⁾ Würde hiernach der Fiscus die Einlassung verweigern, dann wäre Grund zur Anwendung des folgenden Schutzmittels.

2) Wegen Verletzung grundgesetzlicher (constitutioneller) Rechte ist Beschwerdeführung bei der Stände-Versammlung zulässig. ⁹⁾ Dazu gehört

a) dass das verletzte Recht ein constitutionelles sey. Dahin ist aber jedes Recht zu zählen, das durch ein Verfassungsgesetz ¹⁰⁾ verliehen oder besonders garantirt ist;

b) dass eine Verletzung desselben von Seite der Regierung vorliege. Daher hat der Beschwerdeführer nachzuweisen, dass er bei den obersten Staatsbehörden Abhilfe seiner Beschwerde gesucht, aber nicht erlangt habe. ¹¹⁾

Sollten sonstige gesetzliche Rechte, welche den Unterthanen als solchen zukommen, verletzt werden, so wäre Beschwerdeführung bei den oberen Administrativbehörden zulässig. ¹²⁾

3) Bei Verletzung solcher Rechte, deren Aufrechthaltung zu den Befugnissen, resp. Pflichten der deutschen Bundes-Versammlung gehört, kann auch Beschwerde beim Bundestage geführt werden, wie z. B. im Falle der Justizverweigerung, oder wenn von einem Bayer, der in ein anderes Bundesland übersiedelt, Nachsteuer gefordert würde. ¹³⁾

⁸⁾ Process-Novelle v. 22. Juli 1819 §. 9.

⁹⁾ Verf.-Urk. Tit. VII. §. 21 Abs. 1.

¹⁰⁾ Also durch die Verf.-Urk. oder durch eine ihrer Beilagen, oder durch ein (früheres oder späteres) Gesetz, welches einen integrierenden Bestandtheil der V.-U. bildet. Zu weit fasst diesen Begriff Seuffert, a. a. O. B. I. S. 140. Vergl. noch St.-V. v. 1846. K. d. A. Bd. II. S. 99—171.

¹¹⁾ Edict X. Tit. II. §. 33.

¹²⁾ Vergl. z. B. das Grundsteuergesetz v. 15. Aug. 1828. §. 85 ff. (H.-B. IV. S. 28); insbesondere die Staatsraths-Instruction v. 18. Nov. 1825 §§. 7, 11 (H.-B. III. S. 223).

¹³⁾ Bundesacte Art. 12 und Art. 18, 2, c. — Es braucht wohl kaum erwähnt zu werden, dass das, was von den Garantien der Unterthanenrechte überhaupt hier ausgeführt wurde, auch auf die besondern Rechte der einzelnen Unterthanenklassen anzuwenden ist.

III. Von den allgemeinen Pflichten.

I. Die Pflichten der Unterthanen sind entweder persönliche oder dingliche. Zu jenen gehören:

1) Die Pflicht des Gehorsams gegen die Befehle der Staatsgewalt, soferne dieselben in gehöriger Form gegeben sind und nicht eine Verletzung höherer Pflichten fordern. Die Unterthanen sind daher nur verfassungsmässigen oder bürgerlichen Gehorsam schuldig.¹⁾ — Unförmlichen oder offenbar widerrechtlichen Befehlen oder den Befehlen einer unzuständigen Behörde kann der Gehorsam verweigert werden, so lange nur die Weigerung nicht in thätliche Widersetzung übergeht.²⁾

2) Die Pflicht der Treue gegen den König, Bruch dieser Treue ist Verrath.³⁾ Sie äussert sich auch dann noch wirksam, wenn ein bayer. Unterthan in fremden Diensten steht, oder sonst auf Zeit das bayer. Gebiet verlässt. Er bleibt nämlich verpflichtet:

a) Sogleich nach Bayern zurückzukehren, sobald er avocirt wird;

b) der fremden Macht nur unter Vorbehalt der Treue gegen Bayern den Diensteid zu leisten;

c) sogleich zurückzukehren, sobald diese Macht in Krieg mit Bayern geräth.⁴⁾

Beide Pflichten werden von jedem Staatsbürger bei der Ansässigmachung und der allgemeinen Landeshuldigung eidlich gelobt.⁵⁾

1) Verf.-Urk. Tit. X. §. 3 „Gehorsam dem Gesetze“.

2) Vergl. die Anmerk. zum Straf-Gesetzb. Thl. III. S. 52.

3) Vergl. Straf-Gesetzb. Th. I. Art. 299. ff. Mit dieser Pflicht zur Treue ist ein unbeschränktes Auswanderungsrecht unvereinbar. — Andere Folgerungen aus der Pflicht zur Treue enthält Verf.-Urk. Tit. IV. §. 14 a. E. Edict I. §. 6 Nr. 1. — Auch die Pflicht zur Anzeige vorbereiteter oder verübter Verbrechen entspringt wohl aus der Pflicht zur Treue. Vergl. Straf-Gesetzb. Thl. I. Art. 68 und 87.

4) Edict I. §. 11.

5) Verf.-Urk. Tit. X. §. 3. — Sie werden durch diesen Eid nicht begründet, sondern nur bestärkt.

3) Die Dienstpflicht, im Falle öffentliche Zwecke des Vaterlandes es erfordern, ist gleichfalls eine allgemeine. Insbesondere⁶⁾ ist jeder Bayer verpflichtet, zur Vertheidigung seines Vaterlandes (und des d. Bundes) nach den hierüber bestehenden Gesetzen mitzuwirken.⁷⁾ Nur von der Pflicht die Waffen zu tragen sind die Geistlichen und die Mitglieder der standesherrlichen Familien befreit.⁸⁾

In Folge dieser Pflicht ist jeder Bayer gehalten, in dem Kalenderjahre, in welchem er sein 21. Lebensjahr zurücklegt, sich der Conscription zu unterziehen, und im Falle der Einreihung in die Armee sechs Jahre im activen Heer zu dienen.⁹⁾ Jene, welche an sich diensttauglich sind, in die Armee aber nicht eingereiht wurden, sowie die Ausgedienten bilden, bis sie das 40. Lebensjahr vollendet haben, die Reserve-Bataillons. Die älteren Männer sind bis nach zurückgelegtem 60. Jahre zum Landwehrdienste verpflichtet.¹⁰⁾

Diesen persönlichen Pflichten der Unterthanen entspricht auf Seite des Regenten als Recht die Personalgewalt.¹¹⁾

B. In Ansehung ihres Vermögens haben die Unterthanen

1) die Pflicht, die Staatslasten zu tragen, ohne Ausnahme irgend eines Standes¹²⁾ und ohne Rücksicht auf vor-

6) Aber auch andere Dienste sind Ausflüsse der Unterthanenpflicht, wie z. B. die Pflicht des Transports von Schülern, der Einquartierung. Sie als Gemeindepflichten zu betrachten widerspricht der Natur der Sache, womit übrigens nicht ausgeschlossen ist, dass die daraus erwachsenden Lasten als Gemeindeverbindlichkeiten erklärt werden, und von den Gemeinden zu tragen sind, wie diess in Bayern wirklich der Fall ist.

7) Verf.-Urk. Tit. IV. §. 12 und Tit. IX. §. 1.

8) Verf.-Urk. Tit. IX. §. 1 Abs. 2. Edict IV. §§. 11 und 12. — Die Mitglieder des regierenden Hauses?

9) Heer-Ergänzungsgesetz v. 15. Aug. 1828 §§. 5, 8, 11, 12 (H.-B. III. S. 330).

10) Verordn. v. 13. Febr. 1815 (Schmelzing, Staatsr. B. I. S. 198). Landwehr-Ord. v. 7. März 1826 §. 2 (H.-B. III. S. 442 ff.).

11) Vgl. Schmitthener a. a. O. S. 332.

12) Vgl. jedoch Edict IV. §. 53. — Auch die Mitglieder der regierenden Familie geniessen in dieser Rücksicht einige Vorrechte. Siehe unten §. 77 ff.

mals bestandene Befreiungen.¹³⁾ Auch in Zukunft kann keinem Staatsbürger eine Befreiung von öffentlichen Lasten gewährt werden.¹⁴⁾ Wohl aber können unter gewissen durch Gesetze festgestellten Bedingungen Nachlässe (i. e. temporäre Minderung der Steuer) und Moderationen (dauernde Minderung der Steuerschuld) eintreten.¹⁵⁾

2) Die Pflicht ihr Vermögen auch in der Substanz dem Staate gegen Entschädigung zu überlassen, wenn ein öffentlicher Nothstand vorhanden ist¹⁶⁾ und insbesondere ihr Grundeigenthum gegen Entschädigung an den Staat abzutreten, wenn die Abtretung zur Erreichung nothwendiger öffentlicher Zwecke erforderlich ist.¹⁷⁾

§. 34.

IV. Von der rechtlichen Gleichheit der Bayern.

Die Verf.-Urkunde bezeichnet als einen ihrer Grundzüge: „Gleichheit der Gesetze und vor dem Gesetze.“

Als Ausführung der ersteren erscheint die Bestimmung der Verfassungsurkunde: ¹⁾ „Es soll für das ganze Königreich ein und dasselbe bürgerliche und Strafgesetzbuch bestehen“, welche bis jetzt nur in sehr unvollständiger Weise realisirt ist. Denn nicht nur hat die Pfalz ihre eigene Civil- und Criminal-Gesetzgebung, sondern auch in den Kreisen dieses Rheins besteht keine Einheit. Denn das materielle Civilrecht ist noch immer ein sehr verschiedenes, und selbst im Civilprocess bestehen noch Abweichungen.²⁾ — Die Gleichheit der Verfassungsgesetze hat eben die Verfassungsurkunde selbst herzustellen gesucht.

¹³⁾ Verf.-Urk. Tit. IV. §. 13. — Ueber frühere Befreiungen siehe Kreittmayr, Staatsrecht §. 171 lit. n.

¹⁴⁾ Verf.-Urk. Tit. III. §. 4. — Nur die Befestigungswerke und die militärischen Gebäude des deutschen Bundes, welche auf bayer. Gebiet bestehen, sind steuerfrei. Ges. v. 11. April 1843 (H.-B. IV. S. 19, 26).

¹⁵⁾ Vgl. Gesetz, die Steuernachlässe betr., v. 1. Juli 1834 (H.-B. IV. S. 91 ff.).

¹⁶⁾ Z. B. im Falle eines Krieges Fourage zu liefern.

¹⁷⁾ Vgl. oben §. 31.

¹⁾ Verf.-Urk. Tit. VIII. Vgl. auch Tit. III. §. 1 „ein“.

²⁾ Vgl. St.-V v. 1843 K. d. A. B. I. S. 278 und B. IV. S. 5 ff.

Die Gleichheit vor dem Gesetze äussert sich

1) In Ansehung der Berechtigung. Es kann keinem Landestheile, noch irgend einer Confession, noch irgend einem Stande, noch einem Einzelnen eine besondere Begünstigung zu Theil werden. Daher kann

a) die Geburt Niemanden ein Vorrecht auf Civil-, Militär- und Kirchenämter geben, sondern jeder Bayer ohne Unterschied kann sie, wenn er die Bedingungen der Qualification erfüllt, gleichmässig erlangen ³⁾

b) Jeder hat, wenn er sich in der Lage befindet, die das Gesetz fordert, Anspruch auf die gesetzlichen Rechtswohlthaten, wie z. B. auf Armenrecht, *jura minorum*.

c) Jedem kommt der gleiche Schutz der Gerichte und der übrigen Staatsbehörden zur Wahrung seiner Rechte zu Gute. ⁴⁾

2) In Ansehung der Verpflichtung. In Folge dessen ist

a) Jeder Bayer ohne Ausnahme zur Vertheidigung seines Vaterlandes mitzuwirken verpflichtet. ⁵⁾

b) Bei Staatslasten ist Gleichheit der Belegung und der Pflichtigkeit der Leistung ein Hauptgrundsatz der Verfassung. ⁶⁾

c) Niemand darf Selbsthilfe üben; jeder hat die richterliche Hilfe anzurufen. ⁷⁾

Von selbst versteht sich übrigens, dass das Princip der Gleichheit vor dem Gesetze nur mit der stillschweigenden Beschränkung angewendet werden dürfe: »So weit nicht die Verfassungsgesetze selbst hievon eine Ausnahme machen.« ⁸⁾ Denn die Gleichheit vor dem Gesetze ist mit Gleichheit der Rechte nicht zu verwechseln.

³⁾ Verf.-Urk. Tit. IV. §. 5.

⁴⁾ Jeder Unterthan hat daher das Recht, nur vor seinem ordentlichen, d. h. gesetzlich bezeichneten Richter belangt zu werden. Specialgerichte im Lande oder ausländische Gerichte sind ausgeschlossen.

⁵⁾ Verf.-Urk. Tit. IX. §. 1.

⁶⁾ Verf.-Urk. im Prooem. Abs. 8. — Zuerst sprach diesen Grundsatz aus die Verordn. v. 8. Juni 1807. Vgl. oben §. 13, 2. Er erwartet aber erst seine Realisirung.

⁷⁾ Verf.-Urk. Tit. IV. §. 8. und Tit. VIII. §. 5.

⁸⁾ Vgl. Verf.-Urk. Tit. IV. §. 9 Abs. 3. Tit. V. §§. 1—6. Tit. IX. §. 1 Abs. 2 u. s. w.

Zweiter Abschnitt.

Von den Rechtsverhältnissen der besonders bevorrechteten oder benachtheiligten Classen von Unterthanen.

Erstes Capitel.

Von den Rechtsverhältnissen des Adels in Bayern.

A. Allgemeine Grundsätze.¹⁾

§. 35.

1) Von den Arten und Classen des Adels in Bayern überhaupt.

1) Der Adel, ein durch erbliche Vorrechte seiner Glieder ausgezeichneter Geburtsstand, ist mit Rücksicht auf seine geschichtliche Abstammung entweder hoher oder niederer Adel. Jener begreift diejenigen Geschlechter, welche ehemals Landeshoheit in einem deutschen Territorium hatten, gleichviel, ob sie diese Eigenschaft verloren und Unterthanen wurden,²⁾ oder sie zur Souveränität erhöhten.³⁾ Zu dem niedern gehören sowohl jene Personen, die ihren Adel zunächst nur von den bayerischen Regenten ableiten und stets Unterthanen Bayerns waren, welche man zusammen landsässigen Adel nennt, als auch jene, welche ehemals der unmittelbaren Reichsritterschaft zugezählt wurden. — Von einem landsässigen hohen Adel zu sprechen, ist irrig, und verrückt nur die richtige Ansicht der Sache.⁴⁾

2) Da der Adel Geburtsstand ist, so ist die Erblichkeit der Mitgliedschaft für den Einzelnen die Regel. Ein

1) v. Strantz, Geschichte des deutschen Adels. Breslau, 1845. 3 Theile.

2) Die Mediatisirten oder Standesherrn.

3) Die Mitglieder des regierenden Hauses.

4) Da die Stellung der Mitglieder des regierenden Hauses, der Standesherrn und der Reichsritterschaft eine eigenthümliche ist, so wird sie einer besonderen Betrachtung unterworfen.

blos persönlicher Adel, der mit der einzelnen Person erlischt, ist Ausnahme.⁵⁾

3) Den Titeln nach theilt sich der bayerische Adel in 5 Classen oder Grade ab, nämlich: Fürsten, Grafen, Freiherrn, Ritter und Adelige mit dem Prädicate von. Jede der unteren Stufen ist die Vorbedingung zur Erlangung der höheren,⁶⁾ die ihrerseits nur in derselben Weise wie ein neuer Adel erworben werden kann.⁷⁾

Diese Rangverschiedenheit hat aber, abgesehen von Titel und Wappen, auf die rechtlichen Verhältnisse der Einzelnen keinen Einfluss.⁸⁾

Die Unterscheidung zwischen altem und neuem, zwischen Ur- und Brief-Adel hat ebenfalls fast keine rechtliche Bedeutung mehr.⁹⁾

§. 36.

2) Von der Erwerbung des Adels.

I. Der persönliche Adel kann nur durch unmittelbare oder mittelbare Verleihung von Seite des Regenten erworben werden. — Die Verleihung des Militär- oder Civil-Verdienst-Ordens an Inländer hat den persönlichen Adel zur Folge, und zwar gehören die auf solche Weise geadelten Personen zu der Classe der Ritter.¹⁾

II. Der erbliche Adel wird erworben:

5) Vgl. über die Fälle, wo diese Ausnahmen vorkommen, den folgenden §.

6) Edict V. §. 6. Dass der König von diesem Erforderniss dispensiren könne, versteht sich von selbst.

7) Edict V. §. 4. Das frühere bayerische Recht kannte sechs Stufen. Verordn. v. 22. Mai 1812 (D. B. V. S. 42.)

8) Vgl. jedoch Lehen-Edict v. 7. Juli 1808 §§. 4 u. 5. Kronämter können hiernach nur Fürsten und Grafen erlangen.

9) Bei der Aufnahme in den Ritterorden des h. Georg kommt es z. B. noch darauf an.

1) Edict V. §§. 5 und 6.

1) Durch eheliche Abstammung von einem adeligen Vater,²⁾ jedoch gelten die durch nachfolgende Ehe Legitimierten den ehelich Gebornen gleich.³⁾

Aus diesem Grunde kann Legitimation durch königl. Rescript, Adoption und Arrogation den Adel nicht verleihen, es würde dazu erst eine besondere königl. Verleihung und Einwilligung der Agnaten der betreffenden Familie kommen müssen.⁴⁾

2) Durch kgl. Verleihung in Adelsbriefen. Das Gesuch um einen solchen muss angeben und bescheinigen:

- a) die Personal-Verhältnisse des Bittstellers;⁵⁾
- b) seine und seiner Familie Verdienste um den Staat;
- c) ein zum standesmässigen Auskommen hinlängliches Vermögen.

Es wird bei dem Ministerium des königl. Hauses eingereicht und durch dieses dem König vorgelegt. Im Falle der Gewährung wird der Adelsbrief mit Beschreibung des Titels und Wappens gegen die verordnungsmässige Taxe⁶⁾ ausgefertigt und die Verleihung des Adels im Regierungsblatte bekannt gemacht.⁷⁾

Ein Recht auf die taxfreie Verleihung des erblichen Adels hat Derjenige, dessen Vater und Grossvater durch den Verdienstorden ausgezeichnet worden waren, wenn auch er Mitglied dieses Ordens ist.⁸⁾

Jedes Vorrücken in eine höhere Adelsstufe setzt eine besondere königl. Verleihung voraus; durch Geburt und

2) Edict V. §. 1. Nur musste der Vater seinerseits den Adel ererbt haben. Dass auch die Mutter adelig sey, ist sonach nicht erforderlich.

3) Edict V. §. 2 Abs. 1. Wegen *adulterini* vgl. Blätter für R.-A. B. IX. S. 43.

4) Edict V. §. 2 Abs. 2 und 3.

5) Namen, Alter, Wohnort, Zahl der Kinder n. s. w. Vgl. das Edict v. 1808 §. 9 (D. B. V. S. 18).

6) Sie beträgt für einen Grafen 4589 fl., für einen Freiherrn 2453 fl., für einen Ritter 753 fl., für einen mit dem Prädicat „von“ 633 fl. Verordn. v. 9. März 1808. — Ueber die Verwendung dieser Taxen vergl. Ldt.-Abschied v. 1831, VIII. (Gesetzblatt v. 1831 S. 105).

7) Edict V. §. 3.

8) Edict V. §. 5.

Vererbung kann nur die bereits erlangte Würde fortgesetzt, nicht aber eine höhere erworben werden.⁹⁾

§. 37.

3) Von den Auszeichnungen und Rechten des Adels.

Die den Mitgliedern des Adels zukommenden Rechte sind theils persönliche, theils dingliche.

I. Zu den persönlichen gehören:

1) Das Recht, die ihnen zustehenden Titel und Wappen ausschliesslich zu führen.¹⁾

2) Das Recht der Siegelmässigkeit nach den näheren Bestimmungen des Edict VIII.

3) Das Recht eines befreiten Gerichtsstandes in bürgerlichen und peinlichen Fällen, und zwar ist

a) den Standesherrn und erblichen Reichsräthen ihr Forum in I. Instanz bei dem Appellations-Gerichte desjenigen Kreises, wo sie ihren Wohnort haben oder ihre Besitzungen liegen;

b) den übrigen Adeligen aber bei demjenigen Kreis- und Stadtgericht angewiesen, dem ihr Wohnort oder ihre Besitzungen durch die Verordnung v. 29. Sept. 1818²⁾ zuge-theilt wurden.

Wenn sie mit dinglichen Klagen belangt werden, so cessirt das *Forum privil.*, falls die Klage solche Grundstücke betrifft, die nicht zu dem Gutscomplex gehören, worauf ihnen eine gutsherrliche Gerichtsbarkeit zusteht.³⁾

4) Die Söhne der Adeligen, welche das Loos zur Einreihung in die Armee trifft oder freiwillig zugehen, treten als Cadetten ein.⁴⁾

9) Edict V. §. 4.

1) Edict V. §. 9 Abs. 1.

2) D. B. V. S. 54. Die durch die neuere Gebietseintheilung und durch Bildung neuer Landgerichte entstandenen Aenderungen normirt die Verordn. v. 7. Dec. 1837 und v. 27. Dec. 1838 (Reg.-Bl. v. 1839 S. 5).

3) Edict V. §. 11. Ob die Gerichtsbarkeit zur Zeit ausgeübt werde oder ruhe, ist irrelevant. Blätter für R.-A. B. X. S. 75.

4) Edict V. §. 12. Ueber die Verhältnisse der Cadetten siehe das A.-Rescr. v. 16. Jan. 1816 (Schmelzing, Staatsr. B. I. S. 253).

5) Die Frage, ob den Adeligen als solchen auch noch andere, von der Verf.-Urkunde nicht bezeichnete, aber durch ältere Gesetze ihnen eingeräumte Rechte zustehen, ist in all den Fällen zu verneinen, in welchen ein solches Vorrecht mit den ausdrücklich ausgesprochenen Grundprincipien der Verfassung in Widerspruch stände. Man kann dagegen nicht den Satz geltend machen: »*Lex posterior generalis non derogat priori speciali*,« da die Verf.-Urkunde gerade darauf ausging, die früher bestandenen Privilegien aufzuheben und zu beschränken. Es muss daher die Aufzählung der Adelsprivilegien im Edict V. als erschöpfend angesehen werden,⁵⁾ und nur in so weit ist es zulässig, noch auf ältere Privilegien des Adels sich zu berufen, als sie aus Rechten fliessen, welche die Verf.-Urk. anerkannt hat, oder als sie wenigstens nicht mit einer ihrer Bestimmungen in Collision kommen. — Danach wird es nicht schwer seyn, die Streitfrage, ob den Adeligen als solchen die Rechtswohlthat der Competenz noch zustehe, zu entscheiden. Sie muss aus einem doppelten Grunde verneint werden:⁶⁾

a) Das ältere Recht räumte das *Beneficium competentiae* nicht den Adeligen als solchen, sondern den Siegelmässigen ein. Nun zählt aber das Edict VIII. die mit der Siegelmässigkeit verknüpften Rechte sämmtlich auf, ohne der Competenz irgendwie zu erwähnen. Dass man die Absicht hatte, nicht genannte Rechte auszuschliessen, ergibt sich insbesondere aus einer Vergleichung des Edict VIII. mit dem Gesetze v. 20. April 1809.⁷⁾

5) Es wäre, falls man das Gegentheil annehmen wollte, nicht abzusehen, wozu ein Edict über den Adel überhaupt nothwendig gewesen wäre, und warum man überhaupt irgend ein Recht in demselben nannte. Denn das Edict räumte nirgends neue Rechte ein, sondern bestätigte lediglich die älteren.

6) Vgl. die Jahrbücher für bayer. Gesetzgeb. und Rechtsw. Nürnberg, 1838 Heft 1 S. 50. Seuffert, Commentar z. Gerichtsordnung B. IV. S. 302. A. M. v. Wendt, Handbuch des bayer. Civilprocesses (zweite Aufl.) B. II. S. 66 und R. S. in Zu Rhein's Zeitschrift B. II. S. 213.

7) Regierungsblatt v. 1809 S. 115.

b) Die neueren Gesetze⁸⁾ statuiren das Recht der Competenz ausdrücklich zu Gunsten des Fideicommiss-Inhabers, zum Beweise, dass es nicht allen Adeligen als solchen schon zustehe.

II. In Ansehung ihrer Besitzungen kommen den Adeligen folgende Rechte zu:

- 1) Sie allein sind fähig, königl. Lehen zu erwerben.⁹⁾
- 2) Nur sie können Familienfideicommissse auf Grundeigenthum inne haben und erwerben, so wie
- 3) eine gutsherrliche Gerichtsbarkeit ausüben.¹⁰⁾ — So weit sie Gerichtsbarkeit haben, steht ihnen
- 4) ein besonderer Antheil an der Landstandschaft zu, ohne dass dieses Recht durch Verzicht auf die Gerichtsbarkeit zu Gunsten des Staates verloren ginge.¹¹⁾

Grundherrliche Rechte können von jedem Staatsbürger ausgeübt werden.

§. 38.

4) Von den Bedingungen zur Ausübung und von der Geltendmachung der Adelsrechte.

1) Da die Adelsrechte nichts Anderes sind, als besondere Rechte einer bestimmten Unterthanen-Classe, so können sie nur Demjenigen zukommen, welcher das bayerische Indigenat besitzt.¹⁾ So weit sie in besondern staatsbürgerlichen Rechten bestehen, müssen zudem die allgemeinen Vorbedingungen des Staatsbürgerrechts²⁾ vorhanden seyn.

8) Edict VII. §. 53.

9) Lehen-Edict von 1808 §§. 1—6 und die Revision desselben vom 15. Aug. 1828 §. 4 (Gesetzblatt v. 1828 S. 357). Angef. Jahrbücher H. 1 S. 63.

10) Edict V. §§. 13 und 14.

11) Edict V. §. 15 und Gesetz vom 1. Juli 1834 Art. 11 (H.-B. I. S. 299).

1) Daher kann ein Ausländer darauf keinen Anspruch machen. — Vgl. M.-E. v. 7. März 1832 (D. B. V. S. 50).

2) Vgl. oben §. 25. Daher können z. B. adelige Juden keinen Antheil irgend einer Art an der Standschaft des Adels haben.

2) Nur Derjenige kann die Adelsrechte ausüben, dessen Titel in der angeordneten Adelsmatrikel eingetragen ist.³⁾ Zu diesem Ende haben die Häupter der adeligen Familien dem Ministerium des königl. Hauses und des Aeusseren⁴⁾, dem die Anlegung und Führung der Matrikel obliegt, die nöthigen Materialien, insbesondere die Beweisstücke für das Vorhandenseyn des Adels zu übergeben.⁵⁾ Ebenso sollen die Veränderungen, welche sich im Bestande einer immatriculirten Familie ergeben, stets nachgetragen werden.⁶⁾ — Die Folgen der erwirkten Eintragung sind:

a) dem Immatriculirten kann die Ausübung der Adelsrechte nicht beanstandet werden;

b) er hat sich ein wirksames Beweismittel seines Adels gesichert, denn die Auszüge aus der Adelsmatrikel liefern vollen Beweis;⁷⁾

c) er kann seines Adelstitels durch Nichtgebrauch nicht verlustig werden, denn er hat das Recht auf Erneuerung desselben.⁸⁾

Wer die Eintragung in die Matrikel versäumt, verliert all diese Vorthelle, kann daher insbesondere in keinem öffentlichen Acte als adelig angesehen werden.⁹⁾

3) Edict V. §. 8. Ueber die bei der Immatriculation zu entrichtenden Taxen s. Verordn. v. 22. Mai 1812 (D. B. V. S. 42).

4) Bis zum Jahre 1825 gehörten die Adelssachen zum Ressort des Reichsheroldenamtes, das durch Verordn. v. 1 Nov. 1808 geschaffen war (D. B. V. S. 26). Die Verordn. v. 27. Nov. 1825 (D. B. V. S. 33) hob dasselbe auf und übertrug dessen Geschäfte dem Ministerium des königl. Hauses und des Aeussern.

5) Vgl. Edict v. 28. Juli 1808 §. 15. (D. B. V. S. 19). Man hat insbesondere auch die Standesherrn für verbindlich erklärt, dieser Vorschrift zu genügen. M.-E. v. 1. Aug. 1830 (D. B. V. S. 50).

6) Edict v. 1808 §. 17. Verordn. v. 22. Dec. 1808 (D. B. V. S. 40) und Verordn. v. 22. Mai 1812 (a. a. O. S. 42). Die Vorschrift der Verordn. vom 22. Mai 1812 und v. 25. Aug. 1815, dass auch ein Extract erhoben werden müsse, um auf die Adelsrechte Anspruch zu haben, ist im Edict V. nicht wiederholt, daher aufgehoben (D. B. V. S. 47).

7) Edict V. §. 8 Abs. 2.

8) Edict V. §§. 19 und 20.

9) Eingeschärft durch Verordn. v. 12. Mai 1841 (Regierungsbl. v. 1841 S. 357).

3) Anmassungen nicht gebührender Titel und Wappen können sowohl von den bestellten Kronfiscalen, als von den Mitgliedern der betheiligten Familien entweder zur unmittelbaren Abstellung dem Ministerium des königl. Hauses angezeigt oder nach Umständen gerichtlich verfolgt werden.¹⁰⁾ — Die über den Adelsstand vorkommenden Rechtsstreite werden bei demjenigen Apellationsgerichte, unter welchem der Adelsprätendent steht,¹¹⁾ verhandelt und vorbehaltlich der Berufung an das Ober-Appellationsgericht entschieden.¹²⁾ — Aenderungen, welche das gerichtliche Erkenntniss etwa in dem Adelstitel zur Folge hat, sind dem Ministerium des königl. Hauses anzuzeigen.¹³⁾

§. 39.

5) Von dem Verlust und der Suspension des Adels.

1) Der Verlust des Adels hat seinen Grund stets in Handlungen des zum Adel Berechtigten, welche entweder unmittelbar oder mittelbar denselben nach sich ziehen. Er trifft in der Regel nur Den, der gehandelt hat, nicht auch seine Nachkommen und Andere. Insbesondere tritt der Verlust ein:

a) in Folge Verzichts. Dieser muss aber dem König förmlich angezeigt werden, wenn er wirksam seyn soll, und präjudicirt den bereits gebornen Kindern des Verzichtenden nicht.¹⁾ Der bloße Nichtgebrauch zieht den Verlust eines immatriculirten Adels nicht nach sich. Nur sind die Abkömmlinge einer Familie, die durch zwei Generationen ihren Adel nicht gebraucht hat, verbunden, unter Vorlage der Beweise ihrer Abstammung, um Erneuerung des Adels zu bitten, die ihnen aber, wenn der Beweis der Abstammung

10) Edict V. §. 9 Abs. 2.

11) Adelssachen sind sonach von dem gewöhnlichen Gerichtsstande befreit, und an die Appellationsgerichte gewiesen. Welches competent sey, bestimmt sich nach der im Texte angeführten Regel.

12) Edict V. §. 7.

13) Edict v. 28. Juli 1808 §. 22 (D. B. V. S. 11).

1) Edict V. §. 18.

geliefert ist, nicht verweigert werden kann.²⁾ Welche Folge das Versäumniss der Immatriculation für den Fortbestand des Adels **r e c h t e s** habe, hat das Edict nicht bestimmt. — Als ein stillschweigender Verzicht auf den Adel erscheint die Verehelichung einer Adelligen mit einem Unadeligen.

b) In Folge **r e c h t s w i d r i g e r** Handlungen des Berechtigten. Jede Verurtheilung in eine Criminalstrafe, so wie in jene Vergehensstrafen, welche das Strafgesetzbuch als mit dem Adel unverträglich bezeichnet,³⁾ zieht den Verlust des Adels für die Person des Verurtheilten nach sich, nicht auch für seine (bereits gebornen) Kinder.⁴⁾

In demselben Umfang und Mass, als der Verlust des Adels eintritt, erlöschen auch die damit verknüpften Vorrechte; daher z. B. das Recht eine gutsherrliche Gerichtsbarkeit auszuüben für den in eine Criminalstrafe Verurtheilten verloren ist.⁵⁾

c) Die **S u s p e n s i o n**, d. i. die blos zeitliche Behinderung des Gebrauchs des Adelstitels und der damit verbundenen Vorrechte tritt ein durch Uebernahme niederer, blos in Handarbeit bestehender Lohndienste,⁶⁾ durch Selbstaussübung eines Gewerbes bei offenem Kram und Laden,⁷⁾ durch Ausübung eines Handwerks,⁸⁾ in allen Fällen, so lange die Gründe der Suspension dauern. Dieselbe erstreckt sich an sich nie auf die Kinder, wenn sich diese nicht selbst in dem gleichen Falle befinden.⁹⁾

2) Edict V. §§. 19 und 20.

3) Straf-Gesetzb. Thl. I. Art. 23 und 295.

4) Edict V. §. 17.

5) Edict V. §. 22.

6) Kein Hinderniss der Ausübung sind daher die Dienste eines Kupferstechers, Bildhauers, Malers. M.-E. v. 20. Dec. 1818 (D. B. V. S. 59).

7) Lässt der Adelige das Gewerbe durch einen Geschäftsführer besorgen, so ist das unschädlich, wie z. B. wenn der Apotheker einen solchen aufstellt.

8) Der Betrieb einer Fabrik ist ohne Nachtheil, wenn damit kein Detailverkauf verknüpft ist.

9) Edict V. §. 21.

B. Von den wichtigeren Vorrechten des Adels im Einzelnen.

Titel I.

Von der Siegelmässigkeit.

§. 40.

1) Von dem Begriffe derselben und den Personen, welchen sie zusteht.

1) Die Eigenschaft der Siegelmässigkeit gewährt das Recht, gewisse Rechtsgeschäfte, welche sonst zu ihrer Giltigkeit der obrigkeitlichen Fertigung oder der öffentlichen Beglaubigung bedürfen, blos durch eigene Unterschrift und Siegelung rechtsgiltig zu vollziehen und gewisse persönliche Vorzüge zu geniessen.

Die Verf.-Urkunde von 1818 hat das (durch Gesetz v. 20. April 1808 bedingt aufgehobene) Institut sowohl in Ansehung der Subjecte als des Inhalts modificirt, und es auf alle diessrheinischen Provinzen ausgedehnt. — Sollten in einem Gebietstheile, in welchem die Siegelmässigkeit hiedurch neu eingeführt wurde, nach den hier geltenden Gesetzen solche Rechte, welche das Edict VIII. als Ausflüsse der Siegelmässigkeit erklärt, *juris communis* seyn, also jedem Unterthan zustehen, so konnte das Edict hieran nichts ändern, und derartige Rechte nur auf die Siegelmässigen beschränken.¹⁾ Denn das Edict wollte Niemanden Rechte nehmen, sondern solche geben.

2) Die Siegelmässigkeit kommt zu

a) den Adeligen, soferne sie immatriculirt sind;

b) den Collegialräthen²⁾ und höheren Beamten. Wer zu den Letzteren gehöre, bedarf noch der Festsetzung. — Durch besondere neuere Verfügungen wurden die Oberofficiere vom Hauptmann oder Rittmeister aufwärts, und Militärbeamten gleichen Ranges,³⁾ die ordentlichen Uni-

1) Vgl. Blätter für R.-A. B. IX. S. 401.

2) Ibid. B. VIII. S. 145 ff.

3) A. E. v. 7. Febr. 1829 (H.-B. I. S. 328.

versitäts-Professoren, die Domcapitulare ⁴⁾ und die Aebte der Benedictiner-Stifte ⁵⁾ für siegelmässig erklärt.

Stillschweigend nimmt an den Rechten der Siegelmässigkeit auch die Gattin und Wittve eines Siegelmässigen Theil; auf die Kinder erstrecken sie sich aber nicht.

Erwerb und Verlust der Siegelmässigkeit richtet sich nach dem Stande, ⁶⁾ mit dem sie verknüpft ist; sie tritt, wenn dieser erworben ist, von selbst ein, hört aber auch, wenn er verloren geht, von selbst auf.

§. 41.

2) Von den in der Siegelmässigkeit enthaltenen Rechten.

1) Die dem Siegelmässigen zukommenden Rechte sind der Hauptsache nach solche, welche ihm einen höheren Glauben verleihen, so dass die Mitwirkung einer öffentlichen Behörde, wie sie bei Unsiegelmässigen erforderlich ist, von ihm ersetzt wird. Hierin ist enthalten:

a) das Recht, Urkunden über jene unstreitigen Rechtsgeschäfte, wozu bei Unsiegelmässigen die einfache obrigkeitliche Protocollirung und Verbriefung nothwendig ist, ohne dass eine *cognitio causae* erforderlich wäre, ¹⁾ wie Eheverträge, Vollmachten, Vergleiche, Verträge über Immobilien etc. durch Unterschrift und Siegel selbst und mit gleicher Kraft zu fertigen. Daher können insbesondere auch siegelmässige Grund-

4) M.-E. v. 9. April 1841 (H.-B. I. S. 329).

5) M.-E. v. 14. Oct. 1841 (H.-B. I. S. 329). Das Recht der Siegelmässigkeit auch für juristische Personen, wie z. B. für die Universitäten, in Anspruch zu nehmen, ist sowohl in Rücksicht auf die frühere, als auch auf die neuere Gestalt des Instituts unzulässig. Vgl. auch A. E. v. 3. Aug. 1820 (H.-B. I. S. 264).

6) Sie steht daher dem quiescirten Collegialrathe etc. noch zu, da er den Stand behält.

1) Der Umfang der Siegelmässigkeit bestimmt sich daher in den verschiedenen Landestheilen verschieden. Es ist insbesondere nicht anzunehmen, dass dieselbe bei den Rechtsgeschäften, welche in den alt-bayerischen Provinzen wegen der Nothwendigkeit einer *cognitio causae* nicht in siegelmässiger Form gefertigt werden können, auch in den übrigen Provinzen ausgeschlossen sey. Die Fassung des §. 2. im Ed. VIII. müsste, falls diese Ansicht richtig seyn sollte, eine ganz andere seyn. — A. M. Blätter für R.-A. B. II. S. 205.

herren die aus dem Grundverbände hervorgehenden Urkunden ohne Mitwirkung der Obrigkeit selbst fertigen.²⁾

Concurriren bei einem Rechtsgeschäfte Siegelmässige und Unsiegelmässige, so sind die Urkunden, welche etwa die Letzteren auszustellen haben, in der sonst vorgeschriebenen Form zu errichten; daher hat der unsiegelmässige Contrahent insbesondere wie sonst die Taxen zu zahlen.³⁾

Bilden unbewegliche Güter oder diesen gleichgeachtete Rechte⁴⁾ den Gegenstand des Rechtsgeschäftes, so wird dieses gegen dritte Personen erst von der Zeit an wirksam, wo sie der zuständigen Obrigkeit zur Eintragung in die öffentlichen Bücher angezeigt worden; eine Hypothekenverschreibung daher erst dann, wenn sie ins Hypothekenbuch eingetragen ist.⁵⁾

b) Siegelmässige Frauen können bei Intercessionsfällen auf ihre weiblichen Rechtswohlthaten aussergerichtlich verzichten. Nur muss die Verzichtende vorher durch einen besonderen und hinreichend verständigen Anweiser in Gegenwart eines Zeugen belehrt worden seyn, und den Verzicht in einer von ihr, dem Anweiser und Zeugen unterschriebenen Urkunde erklärt haben.⁶⁾

c) In streitigen Sachen können Siegelmässige ihre Processschriften in eigenem Namen unterzeichnen und ohne Mitunterschrift eines Advocaten einreichen.⁷⁾

2) Edict VIII. §§. 2 und 7. — Ueber die Beweiskraft der in siegelmässiger Form errichteten Urkunden s. Seuffert, Commentar B. III. S. 132 ff.

3) Edict VIII. §. 4 und M.-E. vom 28. März 1836 Nr. 2 (H.-B. I. S. 330).

4) Falls ein Adeliger als Contrahent auftritt, ist es nicht nothwendig, dass ihm auf den Immobilien Gerichtsbarkeit zustehe, um in siegelmässiger Form darüber vertragen zu können. M.-E. v. 28. März 1826. Nr. 1.

5) Edict VIII. §§. 5 und 6 und Hypoth.-Ges. v. 1822 §. 15 (Gesetzblatt v. 1822 S. 25).

6) Edict VIII. §. 3.

7) Edict VIII. §. 14. Seuffert, Commentar B. II. S. 161. Sind sie berechtigt, sich Deserviten zu berechnen? Jahrb. für Gesetzgebung und Rechtsw. 3. H. S. 102.

2) An diese, den Kern des Instituts bildenden Rechte schliessen sich noch mehrere rein persönliche Vorzüge an. Solche sind:

a) In Ansehung der Verlassenschafts-Verhandlungen. Stirbt nämlich ein Siegelmässiger, so steht seinen männlichen Blutsverwandten, wenn sie gleichfalls siegelmässig und bei der Erbschaft nicht betheiligt sind, das Recht der Versiegelung zu. Sie nehmen ferner die Beschreibung und gänzliche Behandlung der Verlassenschaft vor, so lange diess ein unstreitiges Geschäft bleibt. Doch kann der Erblasser auch einen besondern siegelmässigen Executor seines letzten Willens bestimmen und dann kommt diesem die Errichtung des Inventars zu.⁸⁾ Die Auszeigung und Nutznießung des Mutterguts richtet sich nach den bestehenden Gesetzen. Es kommt daher bezüglich desselben den Siegelmässigen nur dann und in so weit ein Vorrecht zu, als die betreffenden (Civil-) Gesetze ein solches eingeräumt haben.⁹⁾

b) Bei Vormundschafts-Sachen. Stirbt ein Siegelmässiger mit Hinterlassung minderjähriger Kinder, so können die nächsten siegelmässigen Verwandten desselben Vormünder aus ihrer Mitte wählen, welche jedoch der Obrigkeit anzuzeigen sind. Die Obervormundschaftsbehörde übt aber auch über sie die Aufsicht. — Ist einem Siegelmässigen eine Vormundschaft übertragen, so reicht er die Vormundschaftspflicht bei der Obrigkeit schriftlich ein.¹⁰⁾

c) Im Fall eine siegelmässige Person in einer Civilsache als Zeuge vernommen wird, leistet sie keinen körperlichen Eid, sondern unterschreibt nur die vom Commissär vorgelegte Eidesformel.¹¹⁾

⁸⁾ Edict VIII. §§. 8 und 9.

⁹⁾ Edict VIII. §. 12. *Cod. civ. bar.* p. I. c. 5 §. 3 Nr. 3. Wegen des fränk. Rechts vgl. Schelhass, Beiträge z. deutschen Gesetzkunde B. I. S. 86 ff. und überhaupt Jahrbücher für Gesetzgebung u. Rechtsw. 1. H. S. 43. Blätter f. R.-A. B. IX. S. 157.

¹⁰⁾ Edict VIII. §§. 10 und 11. Ob im letzteren Falle der Pupill siegelmässig ist oder nicht, ist irrelevant.

¹¹⁾ Edict VIII. §. 13. Vgl. noch Seuffert, Commentar B. II. S. 161 und 185.

Titel II.**Von den Familienfideicommissen.¹⁾****§. 42.****I. Von dem Begriffe und der jetzigen Gestaltung derselben überhaupt.**

1) Familienfideicommissse sind rechtliche Verfügungen, durch welche ein bestimmter Vermögenscomplex zu Gunsten einer bestimmten Familie, so lange sie im Namen und Stamme vorhanden ist, für unveräusserlich erklärt wird. Häufig werden wohl auch die Güter selbst, welche Gegenstand der Disposition sind, also genannt.²⁾

2) Das bayerische Landrecht v. 1756³⁾ hatte das Institut der Familienfideicommissse als ein rein privatrechliches betrachtet und in diesem Sinne darüber die näheren Bestimmungen gegeben. Das Edict v. 28. Juli 1808 §. 69⁴⁾ hob diese Fideicommissse auf und gründete an der Stelle derselben ein öffentliches resp. politisches Institut, die Majorate.⁵⁾ Sie konnten nur zu Gunsten des Adels und aus Gütern von bestimmter Art und Grösse errichtet werden. Von den aus früherer Zeit stammenden Rechtsverhältnissen (so weit sie Adelige berühren) wurden als noch fortdauernd gültig anerkannt:

- a) die sogenannten umgehenden Activlehen der adeligen Familien;
- b) die Familienstiftungen;

1) C. v. Salza, die Lehre von Familien-, Stamm- und Geschlechts-Fideicommissen mit Rücksicht auf d. einzelnen deutschen Particularrechte, Leipzig, 1838.

2) Ueber den Unterschied der Familienfideicommissse von d. Stammgütern vgl. Mittermaier, Grundsätze des deutschen Privatrechts (VI.) B. I. §. 158.

3) Cod. civ. bav. p. III. c. 10 §§. 1—25.

4) D. B. V. S. 26.

5) Das Edict v. 22. Dec. 1811 im Eingange (D. B. V. S. 89) spricht diess deutlich und direct aus, indem es äussert: „Diese (vorher motivirte) Ansicht hat Uns bewogen, mit Auflösung der bisherigen blos privatrechtlichen Verhältnisse der Fideicommissse ein öffentliches Institut durch Gründung der Majorate aufzustellen“ etc.

c) die Fideicommissse der Standesherrn.⁶⁾

3) Die Verf. - Urk. v. 1818, resp. ihre Beilage VII. behielt in der Hauptsache dieselben Grundsätze bei,⁷⁾ liess aber noch mehrere aus älterer Zeit herrührende fideicommissari-sche Dispositionen bestehen. Ausser den eben erwähnten blieben nämlich aufrecht:

a) Die auf der Grundlage der Edicte v. 1808 und 1811 errichteten Majorate, wenn sie der Constituent nicht bis 26. Mai 1820 in ein Familienfideicommiss verwandelte.⁸⁾

b) Die Fideicommissse der Reichsritterschaft, wenn sie noch in ihrem alten Complexe bestehen, und nicht inzwischen an andere (nicht zur Familie gehörige) Besitzer übergegangen sind.⁹⁾

c) Noch bestehende Familienfideicommissse des Adels in jenen Provinzen, welche erst seit 1812 zu Bayern kamen (wie Würzburg und Aschaffenburg).

Die Fideicommiss - Urkunden in den Fällen *sub b* und *c* mussten aber innerhalb zwei Jahren (i. e. bis zum 26. Mai 1820) dem einschlägigen Appellations-Gerichte zur Bestätigung vorgelegt werden, und sie sind subsidiär nach den Bestimmungen des Edict VII. zu beurtheilen.¹⁰⁾

Dabei war zugleich die Bildung von neuen Fideicommissen aus den aufgelösten älteren oder aus früheren Stammgütern, jedoch nur transitorisch (bis 26. Mai 1820) erleichtert. Diese Erleichterungen betreffen vorzüglich die Verbindlichkeit des Constituenten, seinen Notherben den Pflichttheil zu hinterlassen (§. 35), die Successions-Ordnung (§. 37), und die Haftung für die früheren Schulden.¹¹⁾

6) Angef. Edict §. 3 (D. B. V. S. 90).

7) Insbesondere ist der Grundgedanke der nämliche, wie ihn das Edict von 1811 ausspricht, daher ist denn auch die Abhandlung der Lehre an diesem Orte gerechtfertigt.

8) Edict VII. §. 103.

9) Edict VII. §§. 102 und 104.

10) Edict VII. §§. 106—108.

11) Edict VII. §§. 32—41.

II. Von der Errichtung der Familienfideicommisses.

§. 43.

1) Von dem Gegenstande eines Fideicommisses.

Nur Güter bestimmter Art und Grösse sind zur Bildung eines Fideicommisses geeignete Objecte. Was

1) die Art des dazu tauglichen Vermögens betrifft, so muss es eine dauernde Grundlage der Benutzung bieten, daher

a) im Königreiche gelegen,

b) Immobilial-Vermögen seyn, und zwar muss dieses bestehen

α) in Landeigenthum und in den damit in natürlicher Verbindung stehenden Industrial-Anstalten, insbesondere Brauereien, oder

β) in Früchten des Obereigenthums, ständigen wie unständigen, oder

γ) in Jurisdictions-Erträgen und fruchtbringenden Realrechten auf fremdem Eigenthum, wenn sie sich mit einem zum Fideicommiss bestimmten Gute in Zusammenhang befinden. ¹⁾

Bewegliches Vermögen kann nur als Zugehör Bestandtheil des Fideicommisses werden, und zwar entweder schon in Folge des Gesetzes oder besonderer Privatverfügung. Kraft des Gesetzes sind Pertinenzen:

a) bei Oeconomien das Vieh und die Fahrniss;

b) bei Brauereien das Braugeschirr und der zum Betrieb nothwendige halbjährige Vorrath;

c) bei anderen Industrial-Anstalten die dazu gehörigen Maschinen und Werkzeuge; ²⁾

c) die zum Fideicommiss bestimmten Gegenstände müssen freies Eigenthum des Constituenten seyn. Doch dürfen auch lehen-, erbzins-³⁾ und erbrechtbare⁴⁾ Güter dazu ver-

¹⁾ Edict VII. §§. 2—4.

²⁾ Edict VII. §§. 8 und 9.

³⁾ Der Begriff der Erbzinsbarkeit ist wohl nach dem bayer. Landrecht zu bestimmen. *Cod. civ. bav.* p. IV. c. 7 §. 33.

⁴⁾ Auch die Beantwortung der Frage, was erbrechtbar sey,

wendet werden, wenn die Einwilligung des Lehen- oder Grundherrn dazu ertheilt wird, und wenn bei Lehen insbesondere dieselbe Erbfolge-Ordnung (also Primogenitur) wie beim Fideicommiss statt findet. ⁵⁾

2) Die Grösse des zu einem Fideicommiss nothwendigen Vermögens betreffend, so muss davon an Grund- und Domical-Steuer wenigstens ein Simplum von 25 fl. entrichtet werden, oder es muss, da $\frac{1}{8}$ Procent des Curantwerthes als Steuer zu zahlen ist, einen Werth von 20,000 fl. haben, oder eine Rente von 1000 fl. abwerfen, ⁶⁾ und dasselbe muss bis zu dieser Grösse völlig lastenfrei seyn. ⁷⁾

Sollen daher Schulden und Lasten auf das Fideicommiss gelegt werden, so muss ein Fonds (ein Ueberschuss) vorhanden seyn, aus dem dieselben bestritten werden können, ohne den Grundstock des Fideicommisses angreifen zu müssen. — Sind aber solche nicht vorhanden, so ist es ganz in das freie Ermessen des Stifters gestellt, ob er dem Haupt-Fideicommiss noch irgend welches bewegliches oder unbewegliches Vermögen als Fideicommissüberschuss begeben wolle. Er bildet dann eine Pertinenz des Fideicommisses, kann aber durch besondere Verfügung des Constituenten für veräusserlich erklärt werden. ⁸⁾

aus demselben Gesetze zu schöpfen. *Cod. civ. bav.* p. IV. c. 7. §§. 3—28. Ausgeschlossen sind also leibrechtige, neustiftige Güter, ferner solche Güter, welche bereits im Fideicommissverbande stehen etc.

⁵⁾ Edict VII. §. 4.

⁶⁾ Edict VII. §§. 2 und 5. Es ist wohl kaum zweifelhaft, dass bei der Bestimmung der Steuergrösse und des Steuerwerthes das *Steuerprovisorium* zu Grunde zu legen ist. Denn nur dieses bestand zur Zeit der Erlassung der Verf.-Urk. als allgemeines Steuersystem. Daher ist es überhaupt unrichtig, wenn v. Moy (*Lehrb. B. I. S. 241*) hier von einer Berechnung des Ertrags nach dem Grundsteuergesetz von 1828 spricht, aber auch insbesondere ist es unbegründet, dass diesem Gesetze gemäss zu einem Fideicommiss ein Rein-Ertrag (soll wohl heissen: ein Grundvermögen mit einem Rein-Ertrag) von 1500 fl. gehöre. Denn das Grundsteuergesetz von 1828 nimmt nur die Ertragsfähigkeit als Grundlage der Besteuerung an. Ein Grundvermögen, von dem ein Steuersimplum von 25 fl. entrichtet wird, kann 1500 fl. ertragen, wobei zudem die Bewirthschaftungskosten noch nicht abgezogen sind. Der §. 59 Abs. 2 spricht für unsere Ansicht („*Steuercapital*“).

⁷⁾ Edict VII. §. 5.

⁸⁾ Edict VII. §§. 6 u. 7 u. Erläut. Gesetz v. 11. Sept. 1825 §. 3 (*H.-B. I. S. 326*).

Zu einem Reichsrathsfideicommiss ist ein Vermögenscomplex erforderlich, welcher mit einem Steuersimplum von 300 fl. belastet ist. Doch erscheint der Theil desselben, dem das Steuersimplum von 275 fl. entspricht, als Fideicommissüberschuss, kann daher mit Schulden belastet werden.⁹⁾

3) Sollte das Vermögen nicht sofort,¹⁰⁾ aber doch binnen eines Zeitraums von 20 Jahren entweder für sich selbst, oder mittels der inzwischen anfallenden Früchte und Zinsen zur Herstellung eines Fideicommisses geeignet seyn, so ist auch eine bedingte Disposition giltig, wenn nur die Bedingung innerhalb des bemerkten Zeitraums erfüllt wird, oder der Fideicommissar selbst das Fehlende ergänzt.¹¹⁾

§. 44.

2) Von den Subjecten des Fideicommisses.

1) Stifter (Constituent) eines Fideicommisses kann im Allgemeinen jeder seyn, der, im Besitze des nöthigen Vermögens, handlungsfähig ist, und über dasselbe frei verfügen kann.¹⁾ — Daher kann nur der Eigenthümer, nicht aber auch der Nutzniesser oder Verwalter ein Fideicommiss errichten; ²⁾ aber auch jener nur insoweit als durch die Errichtung die Rechte seiner pflichttheilsberechtigten Erben nicht verletzt werden. Es muss von dem Fideicommiss-Stifter jedem solchen Erben seine Legitima ³⁾ unverkürzt hinterlassen werden.⁴⁾ Dieser Pflicht hat aber der Fidei-

9) Verf.-Urk. Tit. VI. §. 3 und Angef. Gesetz v. 1825 §. 2 Abs. 2.

10) Sey es wegen Mangels der Qualität oder der Quantität, die gesetzlich erfordert wird.

11) Edict VII. §§. 10 und 28. Ein Beispiel einer solchen Disposition s. im Regierungsblatt v. 1845 S. 381 ff.

1) Ob er adelig oder nicht adelig, ob männlichen oder weiblichen Geschlechts sey, ist einerlei. Vgl. *Annot. ad Cod. civ. p. III. c. 10 §. 5.*

2) Edict VII. §. 24 Nr. 2.

3) Die Grösse derselben bestimmt sich nach den Verhältnissen, wie sie zur Zeit des Todes des Constituenten obwalten. Edict VII. §. 20.

4) Edict VII. §. 19.

committent genügt, wenn er nur in irgend einer Weise dem Notherben das Quantum des Pflichttheils zugewendet hat; es wird daher in diesen insbesondere auch alles das eingerechnet, was dem Pflichttheilsberechtigten durch die Fideicommissstiftung zugewiesen wird.⁵⁾ Ja den Pflichttheil des zuerst Instituirten kann der Stifter ganz mit der Fideicommiss-Eigenschaft belegen, wenn dieses nur so geschieht, dass er die Wahl hat, entweder das mit dem Pflichttheil belastete Vermögen als Fideicommiss, oder den Pflichttheil allein ohne Belastung, aber auch ohne Fideicommissfolge anzunehmen.⁶⁾ — Auch durch königliche Dotation kann ein Fideicommiss gegründet, oder ein vorhandenes vermehrt werden.⁷⁾

2) Derjenige, zu dessen Gunsten das Fideicommiss errichtet wird — der Instituirte, Fideicommissar — muss adelig⁸⁾ seyn. — Eine gleiche Disposition zu Gunsten eines Nichtadeligen wird blos als gemeine fideicommissarische Substitution beurtheilt, und der Nachfolger des Substituten erhält in jedem Falle freies Dispositionsrecht, wenn auch das Gegentheil bestimmt seyn sollte.⁹⁾

Ob die Familie des Instituirten oder der Instituirte selbst bereits im Besitze eines Fideicommisses sey oder nicht, ist irrelevant; denn es können in einer Familie auch mehrere Fideicommissse bestehen.¹⁰⁾

Ausser der Hauptverfügung für den Fideicommissar können auch Dispositionen zum Vortheile einzelner Mitglieder des Geschlechts mit dem Fideicommiss verbunden werden. Sie erscheinen dann als Lasten des Fideicommisses und sind daher nach den im vorigen Paragraphen erörterten Grundsätzen zu beurtheilen.

5) Z. B. der ihm zugewiesene Unterhaltsbeitrag.

6) Edict VII. §. 21. Nur transitorisch war die Bestimmung der §§. 35 und 36 in dieser Rücksicht.

7) Edict VII. §. 31. Vergl. Verf.-Urk. Tit. III. §. 5 Abs. 3. Der Zusammenhang dieser beiden Bestimmungen erhellt aus dem Edict von 1811 §. 16 (D. B. V. S. 93).

8) Gilt eine bedingte Disposition zu Gunsten eines Nichtadeligen, wenn diesem auferlegt ist, den Adelsstand zu erwerben?

9) Edict VII. §§. 1 und 109.

10) Edict VII. §. 11.

§. 45.

3) Von der Form der Errichtung.

Zur giltigen Errichtung eines Fideicommisses gehören folgende Formen:

1) Es muss eine ausdrückliche Erklärung¹⁾ des Constituenten vorliegen; ob diese in der Form eines Geschäftes unter Lebenden und auf den Todesfall abgegeben wird, ist gleichgiltig. Sonach kann Vertrag und Testament zur Anordnung eines Fideicommisses gebraucht werden; die stillschweigenden Fideicommisses, wie sie das ältere Recht²⁾ kannte, sind unzulässig.³⁾

2) Die Fideicommissdisposition muss gerichtlich bestätigt werden.⁴⁾ — Das hiefür zuständige Gericht ist das Appellationsgericht, in dessen Sprengel das zum Fideicommiss bestimmte Vermögen gelegen ist. Bei ihm ist daher die Bestätigung unter Vorlage der Nachweise über das Vorhandenseyn der sub- und objecten Erfordernisse nachzusuchen. Zur Hebung etwaiger unwesentlicher Mängel und Anstände leitet dann das Appellationsgericht das nöthige Verfahren ein und sucht insbesondere die auf dem zum Fideicommiss bestimmten Vermögen haftenden Passiven zu ermitteln.⁵⁾ Zu diesem Behufe werden

a) den betreffenden Hypothekenämtern Zeugnisse abverlangt, ob und welche Hypothekenschulden auf dem Fideicommissvermögen lasten. Die hiedurch oder durch Anzeige der Gerichte ermittelten oder vom Fideicommiss-Stifter benannten Gläubiger — die bekannten — müssen entweder abgefunden oder als Fideicommissgläubiger erster Classe eingetragen werden.

1) Der Inhalt der Erklärung muss über die Absicht des Disponenten, ein Fideicommiss gründen zu wollen, keinen Zweifel lassen. Daher ist es z. B. nicht genügend, wenn dem Instituirten etwa die Veräußerung verboten wurde.

2) Vgl. *Cod. civ. bav.* p. III. c. 10 §. 2.

3) *Edict VII.* §§. 17, 18, 24 Nr. 1.

4) *Edict VII.* §. 22.

5) *Edict VII.* §§. 23 und 24.

b) Rücksichtlich der unbekannten Gläubiger wird eine Edictalcitation mit dem Präjudize erlassen, dass diejenigen, welche ihre Forderungen innerhalb einer präclusiven Frist von sechs Monaten nicht anmelden würden, sich nicht mehr an die Substanz des Fideicommissvermögens, sondern nur an das Allodialvermögen des Schuldners oder in dessen Ermangelung an die Früchte des Fideicommisses sollten halten können. Die in Folge dieser Ladung angemeldeten und richtig gestellten Forderungen werden wie jene der bekannten Gläubiger behandelt. ⁶⁾

Erst wenn alle Anstände und Mängel gehoben sind, kann die Bestätigung erfolgen, und zwar entweder unbedingt oder bedingt. ⁷⁾ Diese Bestätigung fällt hinweg, wenn das Fideicommiss durch königl. Dotation gegründet wird. ⁸⁾

3) Ueber die ertheilte Bestätigung wird eine Urkunde ausgefertigt, welche sämtliche Bestandtheile und Bedingungen des Fideicommisses enthält. Diese wird sodann in die bei jedem Appell.-Gerichte zu führende Fideicommissmatrikel ⁹⁾ eingetragen, durch das Regierungsblatt bekannt gemacht, ¹⁰⁾ und deren Vormerkung in den Hypothekenbüchern veranlasst. ¹¹⁾ Bei den durch königl. Dotation gegründeten Fideicommissen hat das Justizministerium die Veröffentlichung der Urkunde und deren Eintragung in die Matrikel zu veranlassen. ¹²⁾

Erst von dem Momente dieser Immatriculation datirt die Rechtswirksamkeit des Fideicommisses. Die Matrikel ist übrigens ein öffentliches Document, dessen Einsicht jedem Betheiligten frei steht.

⁶⁾ Edict VII. §§. 26 und 27.

⁷⁾ Edict VII. §. 29.

⁸⁾ Edict VII. §. 31.

⁹⁾ Edict VII. §. 16. Ueber die Einrichtung derselben vergl. die A. E. v. 2. Dec. 1818 §§. 8—13 (D. B. V. S. 119).

¹⁰⁾ Und zwar die ganze Urkunde, nicht blos ein Auszug, indem der Inhalt auch dritte Personen angeht. Vgl. auch M.-E. v. 5. April 1828 (D. B. V. S. 129).

¹¹⁾ Edict VII. §. 30.

¹²⁾ Edict VII. §. 31.

§. 46.

III. Von der Sicherstellung der Fideicommissse.

1) Auf Sicherung des Fortbestandes der Fideicommissse ist vorzüglich die Bestimmung gerichtet, dass der Grundstock des Fideicommisses weder bei der Errichtung noch später mit Schulden belastet, und daher der Gefahr einer Veräußerung ausgesetzt werden darf.¹⁾

2) Bei der Errichtung des Fideicommisses muss eine „umständliche Anzeige“ aller Bestandtheile des Fideicommisses vorgelegt werden. In der über die Bestätigung auszufertigenden Urkunde werden die einzelnen Bestandtheile aufgeführt, und dann in die Fideicommiss-Matrikel mit Ausscheidung des Grund- und sonstigen Vermögens eingetragen. Die späteren Ab- und Zugänge werden stets nachgetragen. Von den zum Fideicommiss etwa gehörigen Mobilien wird in der Matrikel nur eine allgemeine Meldung²⁾ gemacht.

3) Der Fideicommissbesitzer hat zu jeder Zeit die Pflicht auf Verlangen der Anwärtler ein ordentliches Verzeichniss der zum Fideicommiss gehörigen Sachen, insbesondere auch der beweglichen, zu errichten, das bei jeder Besitzveränderung und bei der Absonderung des Fideicommisses vom Allod die Grundlage bildet.³⁾ — Eine besondere Cautio ist der Fideicommissar zu leisten nicht verpflichtet.

4) Der Constituent kann zur Wahrung des Bestandes des Fideicommisses einen Vertreter desselben (Fideicommiss-Curator) aufstellen.⁴⁾ Da wo es sich um die Zulässigkeit der Auflösung eines Fideicommisses handelt, muss von Amtswegen ein solcher ernannt werden, der die Interessen der Nascituri wahrzunehmen hat.⁵⁾

1) Edict VII. §§. 5, 27, 65 Abs. 2.

2) Edict VII. §§. 16, 24 Nr. 1, 30 und 93 Nr. 3 und A. E. v. 2. Dec. 1818 §. 11 (D. B. V. S. 119).

3) Edict VII. §. 43 Nr. 1.

4) Edict VII. §§. 51, 61, 66, 71 u. a.

5) Edict VII. §. 97 Nr. 2.

5) Den (Appellations-) Gerichten ist eine fortwährende Aufsicht auf die Erhaltung des Fideicommisses und auf Erfüllung der Pflichten des Fideicommissars übertragen.⁶⁾ Sie schreiten entweder auf Antrag der Betheiligten (Anwärter, Gläubiger) oder von Amtswegen ein, und treffen diejenigen Verfügungen, welche für den Bestand des Fideicommisses geboten oder doch nützlich erscheinen.⁷⁾ Daher ist denn zu jeder Handlung, welche die Substanz des Fideicommisses schmälert oder ändert, die Zustimmung der Gerichte erforderlich,⁸⁾ und eine freiwillige Auflösung nur möglich, wenn sie dieselbe als vortheilhaft für die betreffende Familie erklärt haben.⁹⁾

IV. Von den Rechtsverhältnissen, welche aus den Fideicommissen entstehen.

§. 47.

1) Von den Rechten des Fideicommissbesitzers überhaupt.

Das Edict VII. bezeichnet den Fideicommissar im Allgemeinen als **Nutzungs - Eigenthümer**.¹⁾ Indessen sind seine Rechte, wenn auch vorzugsweise in der Nutzung bestehend, nicht ausschliesslich auf diese beschränkt; sie lassen sich auf folgende Hauptbefugnisse zurückführen;

1) In Bezug auf die Substanz ist er **Besitzer** der Fideicommissobjecte. Er stellt die possessorischen und petitorischen Klagen an, welche sich auf sie beziehen, und vertheidigt das Fideicommiss gegen solche.²⁾

6) Edict VII. §§. 14 u. 16. Zu dem Zwecke besteht bei jedem Appellationsgerichte ein besonderer ständiger Senat für die Fideicommissen. A. A. v. 2. Dec. 1818 §§. 1—7 (D. B. V. S. 117).

7) Vgl. z. B. Edict VII. §. 43 Nr. 2 und 4, §§. 61, 70 u. a.

8) Edict VII. §§. 49, 65 u. a.

9) Edict VII. §. 97 Nr. 4.

1) Edict VII. §§. 42 und 44. Wie sich diess mit der Bestimmung in §. 43 vereinigen lasse, wonach die Anwärter Miteigenthümer des Fideicommisses sind, ist nicht ganz klar. Der Gesetzgeber scheint einestheils den Fideicommissar als Gesamteigenthümer mit den übrigen Anwärtern und zugleich als Nutzungseigenthümer anzusehen.

2) Edict VII. §. 56 Nr. 3. Vgl. *Cod. civ.* p. III. c. 10 §. 20 Nr. 2 und die *Annot. ad loc. cit.*

2) Dem Fideicommissar kommt die Verwaltung des Fideicommisses zu,³⁾ und zwar so, dass er jede Disposition darüber vorzunehmen berechtigt ist, welche die Substanz nicht verschlechtert, oder sie in eine ganz andere Sache verwandelt. Er darf daher Gebäude aufführen, die zum Fideicommiss gehörigen Grundstücke zu einer anderen Benützung als bisher in Stand setzen u. s. w.⁴⁾ — Dagegen jede Veräusserung der Substanz ist ihm regelmässig untersagt; daher denn auch die Belegung derselben mit einer bleibenden Bürde.⁵⁾ Ausnahmen hievon treten ein:

a) Wenn ein Gesetz die Veräusserung ausdrücklich gebietet, wie bei der Expropriation,⁶⁾ oder sie doch gestattet, wie bei Abtretung der gutsherrlichen Gerichtsbarkeit an den Staat, und bei der Fixirung und Ablösung grundherrlicher Rechte.⁷⁾ — Nur soll der Abtretungs-, resp. Ablösungspreis zur Erwerbung anderer fruchtbringender Realitäten verwendet, und bis diess geschehen kann, hypothekarisch versichert werden.⁸⁾

b) Wenn der Fall einer echten Noth vorhanden ist, d. h. wenn Fideicommissgläubiger erster Classe zu befriedigen sind und irgend ein anderes Mittel hiezu nicht vorhanden ist. Dass dieses der Fall sey, muss vom Gerichte anerkannt seyn.⁹⁾

c) Wenn dem Fideicommiss daraus ein beträchtlicher und bleibender Nutzen erwächst. Um dieses herzustellen hat das Gericht die sämmtlichen Anwarter und den etwaigen Fideicommissvertreter zu hören, und die Genehmigung der Veräusserung nur dann zu ertheilen, wenn sie alle einwilligen, ausserdem jedenfalls zu versagen.¹⁰⁾

3) Edict VII. §. 44.

4) *Arg. a contr.* aus Edict VII. §§. 48, 56 Nr. 5.

5) Edict VII. §§. 48, 65 und 66.

6) Ges. über Zwangsabtretung v. 17. Nov. 1837 Art. I. letzt. Abs. (H.-B. I. S. 18).

7) Edict VII. §. 67 und Ges. über Abtretung der Gerichtsbarkeit v. 29. Dec. 1831 Art. 14 (H.-B. I. S. 303).

8) Vergl. das angef. Gesetz über Zwangsabtretung Art. X. und Edict VII. §. 68.

9) Edict VII. §. 65.

10) Edict VII. §. 66.

d) Wenn der Stifter die Veräusserung gestattet hat.¹¹⁾

Jede ausser diesen Fällen vorgenommene Veräusserung ist absolut nichtig; das Veräusserte kann daher von jedem Anwarter zurückgefordert werden.¹²⁾ Nur dann ist die Veräusserung gültig, wenn sie mit Zustimmung aller bekannten Anwarter und des etwa bestellten Fideicommissvertreters, sodann mit Genehmigung des Gerichtes geschehen ist.¹³⁾ In wieferne die Vindication beweglicher Sachen gegen den dritten Inhaber Statt finde, oder der Schuldner eines zum Fideicommiss gehörigen Capitals von der Schuld befreit werde, ist nach den Civilgesetzen zu beurtheilen.¹⁴⁾

3) Das Recht des Fruchtgenusses gibt dem Fideicommissar das ausschliessliche Recht, alle erlaubten Nutzungen aus dem Fideicommiss zu ziehen, ein Recht, das ihm durch Willenserklärung des Constituenten auf höchstens zwanzig Jahre entzogen, später aber weder beschränkt noch belastet werden darf.¹⁵⁾ Die Früchte werden durch Perception sein freies (allodiales) Eigenthum. Sie können aber von seinen Gläubigern nur mit Vorbehalt der Competenz in Anspruch genommen werden.¹⁶⁾ — Ob er die Früchte selbst ziehen oder den Bezug an Andere überlassen wolle, ist ihm anheimgestellt. Jedoch kann er die Fideicommissgüter im höchsten Falle auf neun Jahre verpachten; eine längere Pachtzeit verbindet den Nachfolger nicht.¹⁷⁾

4) Der Fideicommissar kann vollkommen frei auf den Todesfall über das Fideicommiss disponiren, wenn er letzter Besitzer, und für diesen Fall vom Stifter Niemand substituirt ist.¹⁸⁾

¹¹⁾ Gesetz v. 11. Sept. 1825 §. 3 (H.-B. I. S. 329).

¹²⁾ Edict VII. §. 52.

¹³⁾ Edict VII. §§. 49 und 66.

¹⁴⁾ Edict VII. §. 52.

¹⁵⁾ Edict VII. §§. 44 und 45. Die letztere Bestimmung bezieht sich ohne Zweifel auf die bedingte Errichtung eines Fideicommisses (Edict VII. §. 10).

¹⁶⁾ Edict VII. §. 53.

¹⁷⁾ Edict VII. §. 48.

¹⁸⁾ Edict VII. §. 99.

§. 48.

- 2) Insbesondere von dem Rechte, das Fideicommiss mit Schulden zu belasten.

Die Belastung des Fideicommisses mit Schulden ist als eine Art von Veräußerung dem Fideicommissar in der Regel nicht erlaubt. Doch können wenigstens auf den Fideicommissüberschuss entweder schon anfänglich oder später Schulden gelegt werden. Die Passiva der ersteren Art wurden schon oben berücksichtigt.¹⁾ Um später eine Fideicommissschuld contrahiren zu können, ist erforderlich:

1) Vorhandenseyn einer Forderung, welche entweder zum Nutzen des Fideicommisses selbst verwendet, *in rem* vertirt wird,²⁾ oder doch nothwendige und unvermeidliche Ausgaben für unvorhergesehene Bedürfnisse des Fideicommissars zu decken bestimmt ist;³⁾ im ersten Falle ist es eine Fideicommissschuld erster Classe, im letzten zweiter Classe.

3) Dass diese Forderung zur einen oder anderen Art sich eigne, muss vom Gerichte anerkannt seyn. — Dasselbe hat bei Schulden erster Classe, im Falle es Zweifel hegt, bei denen zweiter Classe immer die Anwarter zu vernehmen, ohne übrigens an deren Urtheil gebunden zu seyn. Nur soll, wenn sie in die Schuld willigen, die Genehmigung ohne erhebliche Gründe nicht versagt, wenn sie widersprechen, ohne hinreichende Gründe nicht ertheilt werden.⁴⁾

3) Darüber, wie die Schuld getilgt werden soll, muss sofort ein besonderer Plan vorgelegt werden. Derselbe darf die Fristenzahlungen auf nicht weniger als jährlich fünf Procent bestimmen, so dass die Schuld längstens in zwanzig Jahren getilgt seyn muss.⁵⁾

1) Vgl. §. 42 Nr. 2. Sie können mit Einwilligung der Gläubiger als Fideicommissschulden erster oder zweiter Klasse auf dem Fideicommiss liegen bleiben.

2) Wie Kaufpreise für neuerworbene Güter, Kosten der Herstellung nothwendiger Gebäude. Edict VII. §. 56.

3) Wie Krankheitskosten, Ausstattung der Töchter, Unglücksfälle in der Oeconomie. Edict VII. §. 60.

4) Edict VII. §§. 57 und 61.

5) Edict VII. §§. 16 und 57.

4) Die Forderung muss hiernach in die Fideicommiss-Matrikel, resp. in das Fideicommissschuldenbuch eingetragen seyn. Erst von dem Momente dieser Immatriculation an wird sie gegen den Nachfolger wirksam.⁶⁾

Haften übrigens auch alle Fideicommissschulden als dingliche Lasten auf dem Fideikommisse, und gehen darum auf jeden Besitzer über, zum Unterschiede von den Allodialschulden, für welche der Fideicommissfolger als solcher nicht einzustehen hat,⁷⁾ so ist es darum doch nicht gleichgiltig, ob eine Schuld als Fideicommissschuld erster oder zweiter Classe auf dem Fideikommisse liege. Es bestehen vielmehr zwischen beiden Arten folgende Unterschiede:

a) Mit Fideicommissschulden erster Classe kann der ganze Fideicommissüberschuss belastet werden; solche zweiter Classe dürfen höchstens ein Drittheil desselben erschöpfen.⁸⁾

b) Jene werden ohne Rücksicht darauf, ob der Besitzer Allodialvermögen hat, auf das Fideicommiss gelegt, diese nur in Ermangelung eines solchen.⁹⁾

c) Jene können auch ohne Vernehmung der Anwarter, diese nur nach vorgängigem Gehöre derselben eingetragen werden.¹⁰⁾

d) Jene haften auf der Substanz und den Früchten, diese nur auf den Früchten.

e) Jene gehen diesen im Range vor. Die Schulden jeder Classe unter sich haben den Vorzug nach der Zeit ihrer Immatriculation.¹¹⁾

6) Edict VII. §. 53.

7) Edict VII. §. 69.

8) Edict VII. §. 59.

9) Edict VII. §. 59.

10) Edict VII. §§. 57 und 61.

11) Edict VII. §. 55. — Die Unterscheidung des gemeinen Rechtes zwischen gesetzlichen und consentirten Fideicommissschulden ist im bayer. Rechte ohne Bedeutung.

§. 49.

3) Von den Pflichten des Fideicommissars.

Aus seiner rechtlichen Stellung als Nutzungseigenthümer fliessen auch seine Pflichten. Sie äussern sich vorzugsweise in folgenden Beziehungen:

1) Er hat die Pflicht, das Fideicommiss in dem Zustande zu erhalten, in welchem er es überkommen hat, und hat zu diesem Behufe den Fleiss eines guten Hausvaters anzuwenden; er steht daher für jede Deterioration ein, wenn sie in einer *culpa levis* auf seiner Seite ihren Grund hat.¹⁾ Zeigt sich bei einem Fideicommissbesitzer eine dem Fideicommiss nachtheilige Wirthschaft, so soll das Fideicommiss auf Anrufen der Interessenten sequestrirt und wo möglich ein Familienglied als Sequester bestellt werden.²⁾

Seine Pflicht die Sache zu erhalten verbindet ihn, nichts von der Substanz zu veräussern und keine Lasten auf das Fideicommiss zu legen; dagegen die gesetzlich darauf ruhenden oder besonders constituirten Lasten zu tragen. Er hat daher

a) die allgemeinen ordentlichen sowohl als ausserordentlichen Staatslasten zu tragen;³⁾

b) gewisse Leistungen an die übrigen Glieder seiner Familie zu entrichten. Er hat nämlich nicht blos seinen Kindern, sondern auch seinen Geschwistern und der Wittwe seines Vorfahrers in Ermangelung eines andern Einkommens die nöthige Alimentation und den Töchtern und Schwestern eine anständige Aussteuer zu geben.⁴⁾

c) Die besonderen vom Stifter etwa auf das Fideicommiss gelegten Verbindlichkeiten zu erfüllen.⁵⁾

1) Edict VII. §. 44.

2) Edict VII. §. 71.

3) Edict VII. §. 44. — Die Staats-, Kreis- und Communal-Lasten hat der Fideicommissar zu tragen, d. h. aus den Renten zu decken. Wegen der Processkosten vergl. §. 56 Nr. 2. Die nicht nothwendigen, so wie jene, welche in Processen erlaufen, welche blos die Früchte betreffen, hat der Fideicommissinhaber aus seinem Vermögen zu entrichten.

4) Edict VII. §. 46. Diese Pflicht cessirt, wenn dem Fideicommissar durch Disposition des Stifters der Genuss entzogen ist vgl. §. 47 Nr. 3.

5) Edict VII. §. 12.

d) Die jährlichen Tilgungsraten von den auf dem Fideicommiss haftenden Schulden, so wie die Fristenzahlungen zur Ergänzung etwaiger Abminderungen des Fideicommisses sind genau einzuhalten.⁶⁾

Lässt es der Fideicommissar an der gehörigen Erfüllung der aufgezählten Verbindlichkeiten fehlen, so kann gleichfalls Sequestration eintreten.⁷⁾

2) Er ist verbunden, das Fideicommiss sammt Zubehörungen ohne irgend eine Schmälerung an den Fideicommissfolger zu restituiren. Die Grundlage für den Umfang dieser Restitutionspflicht bildet in Ansehung der Hauptsache die Fideicommiss-Urkunde, in Ansehung der Pertinenzen das Inventar.⁸⁾ Für jede Deterioration oder Minderung des Fideicommisses hat der Nachfolger das Recht Ersatz zu fordern.

Zugleich mit dem Hauptgute restituirt der Fideicommissar, resp. sein Allodialerbe, die Meliorationen, welche davon nicht getrennt werden können. Es versteht sich übrigens von selbst, dass der Fideicommissfolger die Pflicht hat, die darauf verwendeten Kosten zu ersetzen. Nur ist derselbe befugt, hievon jene Raten abzuziehen (i. e. nicht zu ersetzen), welche der Vorgänger zu entrichten gehabt hatte, falls er wegen der Meliorationen eine Fideicommissschuld contrahirt hätte.⁹⁾ — Ein Retentionsrecht wegen dieses Anspruches auf Ersatz der Kosten findet nicht statt.¹⁰⁾

§. 50.

4) Von den Rechten dritter Personen.

Als solche, welche neben dem Fideicommissar Rechte am Fideicommiss haben, kommen in Betracht:

6) Edict VII. §§. 69 und 70.

7) Edict VII. §. 72.

8) Edict VII. §§. 8, 43 und 73.

9) Edict VII. §. 75. Der Fideicommissfolger darf sich demnach für jedes Jahr, das seit der Realisirung der Meliorationen verstrich, fünf Procent abziehen, oder mit andern Worten: er hat nichts zu ersetzen, wenn der frühere Inhaber die Meliorationen 20 Jahre lang genossen hat.

10) Edict VII. §. 76.

1) Die sämmtlichen Mitglieder der Familie, zu deren Gunsten das Fideicommiss besteht. Sie sind entweder Anwärter, d. h. zur Nachfolge ins Fideicommiss eventuell berechnigte Personen oder nicht. Die Ersteren sind Miteigenthümer des Fideicommisses und in Folge dessen befugt:

a) Die Verwaltung des Fideicommisses zu controliren, und einer verderblichen Wirthschaft durch Antrag auf Sequestration vorzubeugen.¹⁾

b) Für Erhaltung der Substanz des Fideicommisses zu sorgen, daher zu jeder Veräußerung, so wie zur Belastung mit Schulden ihre Einwilligung regelmässig unerlässliche Bedingung ist. Ohne ihren Consens geschehene Veräußerungen können von ihnen als ungiltig angefochten werden.²⁾

Die übrigen Familienglieder haben nach Massgabe des vorstehenden §. 49 Nr. 1, b Anspruch auf Alimente und Aussteuer. Die etwaigen Notherben des Besitzers können von dem Fideicommiss keinen Pflichttheil verlangen.³⁾

2) Die Gläubiger, soweit sie Fideicommissgläubiger sind, also ihre Forderungen in die Fideicommiss-Matrikel eingetragen sind. Ihre Rechte bestehen hauptsächlich darin, auf Erfüllung der ihnen nach dem Tilgungsplane gebührenden Leistungen zu dringen, und zwar entweder bloß aus den Früchten, wenn sie Fideicommissgläubiger II. Classe sind, oder auch aus der Substanz, wenn sie I. Classe sind.⁴⁾

Die Allodialgläubiger können die Früchte nur so weit in Anspruch nehmen, als sie allodial geworden sind, und

1) Edict VII. §§. 43 und 71.

2) Edict VII. §§. 52 und 66. Näheres über die Ordnung, in welcher die Anwärter zur Revocationsklage berechnigt sind, über Verjährung dieser Klage u. s. w., enthält das Edict nicht. Es kommen daher in dieser Rücksicht die gemeinrechtlichen Grundsätze in Anwendung. — Uebrigens räumt das Gesetz den Anwärtern nicht überall, wo ihre Vernehmung nothwendig ist, auch eine entscheidende Stimme ein (wie v. Moy, Lehrb. I. S. 255 Nr. 3, b behauptet). So haben sie nur eine berathende Stimme in den Fällen der §§. 57, 61, 64, 65.

3) Edict VII. §. 80.

4) Edict VII. §. 54.

auch dann nur, wenn keine Fideicommissgläubiger mit ihnen concurriren.⁵⁾

Im Falle eines Concurses haben die Fideicommissgläubiger das Separationsrecht.⁶⁾

§. 51.

III. Von der Vererbung der Fideicommissse.

1) Das Erbfolgerecht in Familienfideicommissse gründet sich in der Anordnung des Stifters; es steht daher zunächst Jenem, der von ihm berufen ist, und dann den Nachkommen desselben zu, wenn sie successionsfähig sind.¹⁾ Dazu gehört aber

a) eheliche Geburt, der jedoch die Legitimation durch nachfolgende Ehe gleichsteht;²⁾

b) Besitz des Adels, und zwar nicht bloß zur Zeit des Anfalls, sondern auch während der ganzen Zeit des Besitzes.³⁾

c) Der Nachfolger muss Agnat des ersten Erwerbers seyn. Die weibliche Nachkommenschaft ist im Zweifel von der Succession in Fideicommissse ausgeschlossen. Nur dann kann sie succediren, wenn sie vom Stifter beim ledigen Anfall mit der ausdrücklichen Bestimmung gerufen ist, dass der fideicommissorische Verband fort dauern solle. Fehlt dieser Beisatz, so gilt ihre Berufung nur als fideicommissarische Substitution.⁴⁾

⁵⁾ Edict VII. §. 53.

⁶⁾ Prioritäts-Ordn. v. 1822. §. 8 Nr. 2. — Vgl. Jahrb. der Gesetzgeb. und Rechtsw. Heft 1 S. 31 und H. 4 S. 33.

¹⁾ Da das Recht durch die Abstammung vom ersten Inhaber des Fideicommisses begründet ist, so ist derjenige später Geborne, dessen Vater auf die Fideicommissfolge verzichtet hat, doch successionsberechtigt. Edict VII. §§. 77 und 83.

²⁾ Edict VII. §§. 78 und 79.

³⁾ Adoptirte sind daher ausgeschlossen, und zwar auch bei Majoraten, sofern nicht die Majorats-Urkunde dem Inhaber ausdrücklich die Adoption einräumt. Vgl. Edict VII. §. 103. Der §. 116 des Edicts v. 1811 ist also aufgehoben. A. M. v. Moy, Lehrb. B. I. S. 249 not. a.

⁴⁾ Edict VII. §§. 89 und 90. Es ist daher ungenau, wenn v. Moy (Lehrb. B. I. S. 248 Nr. 2) die Cognaten schlechthin mit unter die Successionsberechtigten einreihet.

d) Der zur Nachfolge Berufene darf nicht schon im Besitze eines Fideicommisses seyn.⁵⁾ Bestehen daher in einer Familie mehrere Fideicommisses, so kann der Besitzer, des einen dann erst zum Besitz eines andern Fideicommisses gelangen, wenn keine sonstigen successionsfähigen Erben dafür vorhanden sind; und auch wenn eine Vereinigung eingetreten ist, hat diese sofort wieder aufzuhören, wenn in der Familie wieder zwei oder mehrere Linien entstehen.⁶⁾

2) Die Erbfolge-Ordnung richtet sich bei den aus früherer Zeit erhaltenen und bei den erneuerten Fideicommissen nach den Bestimmungen des Stifters.⁷⁾ Bei den neu errichteten ist sie immer die agnatisch-linealische mit dem Vorzuge der Erstgeburt. Es gelangt daher immer der erstgeborne Sohn der älteren Linie mit seiner Descendenz vor allen andern Familiengliedern zur Succession. Dieselbe Successions-Ordnung gilt auch für den Fall, dass die weibliche Nachkommenschaft zum Fideicommiss berufen wäre. Auch hier geht sonach die älteste Tochter des letzten Besitzers und deren Descendenz allen übrigen Cognaten vor. Sobald aber die Erwerberin männliche Descendenten erhält, tritt der Vorzug des Manns Stammes wieder ein, und der, wenn auch jüngere Sohn schliesst die Töchter und deren Descendenz aus.⁸⁾

3) Was die Erwerbung des Fideicommisses betrifft, so bedarf es dazu nicht erst einer Antretung. Das Fideicommiss geht von Rechtswegen, sobald die Delation erfolgt ist, auf den gesetzlichen (resp. durch den Stifter berufenen) Fideicommissfolger über. Nur zur Erwerbung des Besitzes der Fideicommissgegenstände ist eine ausdrückliche Erklärung oder ihr gleichstehende Handlung des Fideicommissars erforderlich. Da demgemäss der Fideicommissfolger sein Recht nicht vom letzten Besitzer, sondern vom ersten Erwer-

5) Steht dem Besitzer nicht das Wahlrecht zwischen dem deferirten und dem schon besessenen Fideicommiss zu?

6) Edict VII. §. 86.

7) Edict VII. §§. 37, 103–107.

8) Edict VII. §§. 87, 90 und 91.

ber ableitet, so ist er in Bezug auf jenen nur *Singular-successor*. — Die Erbfolge in die Allodial-Erbschaft ist davon immer verschieden; der Fideicommissfolger kann sie ohne Nachtheil ausschlagen.⁹⁾ — Bei der Sonderung der beiden Vermögensmassen entscheidet im Zweifel der Grundsatz, dass für die Allodialqualität die Vermuthung streitet.¹⁰⁾ — Zuwachs und hängende oder ausstehende Früchte werden bei dem Tode des Fideicommissbesitzers zwischen dessen Allodial-Erben und dem Fideicommissfolger nach den Bestimmungen des Civilrechts, wie zwischen Eigenthümer und Nutzniesser getheilt.¹¹⁾

§. 52.

IV. Von der Auflösung der Fideicommissse.

Eine eigentliche Auflösung des Fideicommisses ist nur dann vorhanden, wenn das Fideicommiss überhaupt als solches zu existiren aufhört, nicht auch dann, wenn blos einzelne Bestandtheile aus dem Fideicommissverbande austreten, wie z. B. bei erlaubten Veräusserungen oder wenn ein Dritter eine Sache als sein Eigenthum vindicirt.¹⁾ — Sie tritt ein:

1) Wenn die Bedingungen hinwegfallen, die zur Entstehung eines Fideicommisses wesentlich erforderlich sind;²⁾ daher

a) wenn die objectiven Bedingungen fehlen. Vermindert sich daher das Grundvermögen eines Fideicommisses ohne Schuld des Besitzers unter die zur Errichtung erforderliche Summe (sey es durch Zufall oder durch noth-

⁹⁾ Edict VII. §. 82.

¹⁰⁾ Arg. Edict VII. §. 43 Nr. 1. Diess gilt sowohl von der Hauptsache, als vom Zubehör.

¹¹⁾ Edict VII. §§. 74 und 75. Vergl. über die Auseinandersetzung der beiden Massen im Falle eines Concurses Lehner, Lehrb. des bayerischen Hypothekenr. B. II. S. 27 ff.

1) Vgl. z. B. Edict VII. §§. 65, 66 und 92 Nr. 2.

2) Es gilt bei Fideicommissen das Princip, dass Alles, was ein Hinderniss der Entstehung ist, auch ein solches für die Fortdauer bildet.

wendige Veräusserungen etc.), so erlischt sofort das Fideicommiss und der Rest des Vermögens wird in den Händen des letzten Besitzers allod, jedoch so, dass er die darauf haftenden Lasten unter Vorbehalt der Competenz fortzuentrichten hat. Wollen die Anwörter vereint oder einzeln das Fideicommiss durch Ergänzung des Abgehenden aufrecht erhalten, so ist ihnen hiezu die Frist eines Jahres zu gestatten.³⁾

Ist die Abminderung durch die Schuld des Besitzers erfolgt, so hat er das Fehlende zu ersetzen, und falls er diess nicht kann, soll das Fideicommiss so lange sequestrirt werden, bis der Normalcomplex wieder hergestellt ist, sofern die Renten die Möglichkeit hiezu in Aussicht stellen.⁴⁾

b) In Folge des Mangels der subjectiven Requisite erlischt das Fideicommiss, wenn keine successionsfähige Person mehr vorhanden ist, also realmässig im Abgange des Mannsstammes. Die durch königl. Dotation begründeten Fideicommisses fallen dann an den Staat zurück.⁵⁾

2) Wenn sämtliche Betheiligte durch gemeinsames Einverständniss mit hinzukommender Genehmigung des Gerichtes die Auflösung beschliessen. Als Betheiligte erscheinen aber nicht blos alle zur Fideicommissfolge berechtigten Personen (die Anwörter), sondern auch die Substituirtten. Der Widerspruch auch nur eines derselben hindert die Auflösung. Zur Wahrung der Rechte der Nachkommenschaft ist von Amtswegen ein Vertreter des Fideicommisses und der Nasciturorum zu bestellen, und mit seiner Erklärung zu hören. Sein blosser Widerspruch steht aber der Auflösung nicht entgegen. — Die Voraussetzungen, unter denen das Gericht allein einer solchen Auflösung die Genehmigung ertheilen soll, sind: Es muss die Auflösung als nothwendig erscheinen, oder doch der Familie ein ausgezeichneteter und fortdauernder Nutzen daraus zufließen.⁶⁾

3) Edict VII. §. 95.

4) Edict VII. §. 96.

5) Edict VII. §. 89, §. 92 Nr. 5 und §. 93 Nr. 5.

6) Edict VII. §. 97.

Eine einseitige Handlung kann die Auflösung eines Fideicommisses nur bewirken, wenn sie vom Stifter ausgeht. Uebrigens ist auch sein Widerruf nicht als Auflösung, sondern als Hinderniss der Entstehung zu betrachten.⁷⁾

Jede Auflösung eines Fideicommisses muss öffentlich bekannt gemacht und die Löschung in der Fideicommiss-Matrikel und in den Hypotheken-Büchern veranlasst werden.⁸⁾

Titel III.

Von der gutsherrlichen Gerichtsbarkeit ¹⁾.

§. 53.

I. Begriff und allgemeine Grundsätze.

Gutsherrliche Gerichtsbarkeit²⁾ bezeichnet einen Inbegriff von Befugnissen (unter denen die eines Antheils an der Rechtspflege vorherrschend ist), welche den Besitzern gewisser besonders bevorrechteter Güter zustehen. — Waren auch die Entstehungsgründe dieses Rechtes an sich und ursprünglich sehr mannigfaltig, indem theils landesherrliche Verleihungen oder Anerkennungen (wie die Ottonianische Handveste von 1311, die Ausfertigung über die Edelmannsfreiheit von 1557), theils die Erblichkeit der Aemter, theils das Lehenwesen für die Entwicklung der gutsherrlichen Gerichtsbarkeit wirksam waren, so bildete sich doch das Institut in einer gewissen gleichförmigen Weise fort, seitdem sich die landesherrliche Gesetzgebung damit befasste, bestimmte Normen für die Beurtheilung desselben aufzustellen. Die Tendenz dieser sämtlichen Gesetze ging seit

⁷⁾ Edict VII. §. 94.

⁸⁾ Edict VII. §. 101. Ein Beispiel im Regierungsblatt von 1845 S. 171.

¹⁾ Literatur: Geschichte der ständischen Gerichtsbarkeit in Bayern. 1. Theil Pesth, 1791., 2. Theil Leipzig 1793. — Holler, Geschichte und Würdigung der deutschen Patrimonial-Gerichtsbarkeit mit besonderer Rücksicht auf Bayern. Landshut, 1804. — Wirsching, Darstellung der Entstehung, Ausbildung und des jetzigen rechtlichen Zustandes der Patrimonial-Gerichtsbarkeit in Bayern. München, 1837.

²⁾ Das ältere bayer. Recht gebraucht dafür häufig den Ausdruck „Hofmarksgerechtigkeit“ (*Jus Hofmarkiale*). Vergl. Gesch. der ständ. Gerichtsbark. Th. I. S. 42.

der Declaration von 1641³⁾ vorzugsweise dahin, die weitere Ausdehnung der gutsherrlichen Gerichtsbarkeit zu verhindern und wo möglich auch die bestehende zu beschränken. Eine bedeutende extensive Beschränkung erwuchs derselben dadurch, dass sie seit Anfang dieses Jahrhunderts nur mehr **einem** der gefreiten Stände — den Landsassen — zukam, indem sie für die Klöster und Stifter in Folge der Säkularisation, sowie für die Städte und Märkte völlig aufhörte.

Auch die Gerichtsbarkeit, welche den Landsassen verblieben war, suchte man durch neuere Gesetze mehr zu beschränken,⁴⁾ und insbesondere die Ausübung derselben an strengere Bedingungen zu knüpfen, als sie bis dahin gefordert worden waren. Ein allgemeines organisches Edict vom Jahr 1812⁵⁾ fasste endlich die sämmtlichen zu verschiedener Zeit und bei verschiedenen Gelegenheiten erlassenen gesetzlichen Bestimmungen über die gutsherrliche Gerichtsbarkeit in ein Ganzes zusammen, und an dasselbe schliesst sich im Wesentlichen die Verfassungsbeilage VI., als das die gegenwärtigen Verhältnisse der gutsherrlichen Gerichtsbarkeit beherrschende Gesetz an. Nur die den Standesherrn zukommenden Jurisdictionenrechte sind nach dem besonderen für sie erlassenen Edicte — der Verfassungsbeilage IV. — zu beurtheilen.

Zu Folge dieser jetzt geltenden Gesetze steht vor Allem als Verfassungsnorm der Grundsatz fest: »Der König ist die Quelle der Gerichtsbarkeit; von ihm allein kann daher die

3) Die Erklärung des 60. Freiheitsbriefes in (Kreittmayr) Sammlung der Generalien etc. S. 80.

4) Vgl. Verordn. v. 6. Juni 1807, v. 7. Nov. 1807, das Edict über die gutsherrl. Rechte v. 28. Juli 1808, das organ. Edict über die Patrimonial-Gerichtsbarkeit v. 8. Sept. 1808 (D. B. V. S. 158 ff.).

5) v. 16. Aug. 1812 bei D. B. V. S. 183 ff.

6) Wichtige Behelfe für die Anwendung und Auslegung dieses Gesetzes bieten:

a) Das Allerh. genehmigte Staatsrathsgutachten v. 19. Sept. 1826 (D. B. V. S. 219). Wir werden dasselbe mit: St. R. G. citiren.

b) Die den Vollzug desselben betreffenden Verfügungen, welche das Ministerium des Innern zusammenstellte und als ein Erläuterungsmittel publicirte (H.-B. I. S. 278 ff.). Wir werden diese Uebersicht mit: Vollz.-Instr. (Vollzugs-Instruction) allegiren.

gutsherrliche Gerichtsbarkeit ausgehen, und nur aus dessen besonderer Ermächtigung, unter der Oberaufsicht seiner Stellen ausgeübt werden.« ⁷⁾ — Diesem steht ein zweiter Grundsatz zur Seite, der den eben angeführten näher bestimmt: »Jedem Gutseigenthümer sind seine gutsherrlichen Rechte — und daher auch die gutsherrliche Gerichtsbarkeit — durch die Verfassung gesichert.« ⁸⁾

So ferne daher ein Gutsherr nach den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen das Recht der gutsherrlichen Gerichtsbarkeit ansprechen kann, muss ihm die Ermächtigung zur Ausübung ertheilt werden. Die Ermächtigung kann daher überhaupt nur die Bedeutung einer Anerkennung des Vorhandenseyns der gesetzlichen Bedingungen, und der in Folge dessen ertheilten Auctorisation zur Ausübung haben, nicht aber einer blossen Vollmacht, die revocabel wäre, gleichstehen. ⁹⁾

§. 54.

II. Von der rechtlichen Natur und Begründung der gutsherrlichen Gerichtsbarkeit.

1) Die gutsherrliche Gerichtsbarkeit ist ein an einem bestimmten Gute haftendes **Realrecht**. Sie folgt diesem Gute als **Pertinenz**, wird mit demselben vererbt, veräußert etc.; sie ist eben darum untrennbar und untheilbar. ¹⁾ — Für den Besitzer ist sie ein Bestandtheil seines Vermögens; sie erscheint als **sein Recht**, ist daher rücksichtlich des Berechtigten ein **Privatrecht**, ein Bestandtheil seines Vermögens (*patrimonii pars*). — Dagegen hinsichtlich der rechtlichen Begründung und der Bedingungen der Ausübung ist sie nach **Staatsrecht** zu beurtheilen.

2) Damit eine gutsherrliche Gerichtsbarkeit rechtlich existiren könne, ist erforderlich:

⁷⁾ Verf.-Urk. Tit. VIII. §. 1 und Edict VI. §. 25.

⁸⁾ Edict VI. §. 1.

⁹⁾ Die sämmtlichen gutsherrlichen Gerichte nennt man häufig **mittelbare Gerichte**; Näheres mündlich.

¹⁾ Edict VI. §. 131.

a) Dass sie im Jahre 1806 auf dem Gute, bezüglich dessen sie angesprochen wird, als ein Recht²⁾ begründet und hergebracht war. — Die etwa in der Zwischenzeit von 1806 — 1818 eingetretene Einziehung ist ohne Nachtheil.³⁾ Das Jahr 1806 ist sonach das Normaljahr hinsichtlich des Umfanges der gutsherrlichen Gerichtsbarkeit in Bayern. Eine neue kann nie mehr begründet werden. Auch königliche Verleihung wäre hiezu nicht geeignet, da selbe als nichtig anzusehen wäre.⁴⁾

b) Dass der Gerichtsherr zugleich im Jahre 1806 Grundherr in Ansehung derjenigen Sub- und Objecte gewesen sey, über welche er Gerichtsbarkeit für sich in Anspruch nimmt. Nur über eigene Grundholden⁵⁾ kann Jemand eine gutsherrliche Gerichtsbarkeit ausüben. Sie kann daher nicht ausgedehnt seyn, noch werden

α) Auf die Besitzer freieigener (mit einem grundherrlichen Verbande nicht bestrickter) Güter.

β) Auf die Grundholden anderer Privatgrundherren, sey der Grundherr eine physische oder juristische Person (Kirche, Stiftung).⁶⁾ — Doch kann ausnahmsweise über beide Classen von Unterthanen die gutsherrliche Gerichtsbarkeit dann noch ausgeübt werden, wenn sie bereits im Jahre

2) Welcher Art dieses Recht war, ob dinglich oder persönlich, ist ohne Einfluss. Daher z. B. auch die aus der Edelmannsfreiheit herrührende, im Jahr 1806 bestehende Gerichtsbarkeit fort dauert. Vollz.-Instr. Tit. IX. §§. 17 und 18. — Die Veräußerung einzelner Theile des Guts, auf dem die Gerichtsbarkeit haftet, ist unschädlich. Z u R h e i n, Zeitschr. B. I. S. 101.

3) Edict VI. §. 27. St. R. G. §§. 17 und 18. Das Recht soll als bestehend angesehen werden, wenn Jemand im J. 1806 im (fehlerfreien) Besitze der Patrimonial-Gerichtsbarkeit war, es müssten denn über das Recht erhebliche und gegründete Zweifel obwalten. St. R. G. §§. 11 u. 12.

4) Vgl. Staatsfideic. Pragmat. v. 20. Oct. 1804 Art. IV. (Handbuch der Staatsverf. B. I. S. 221).

5) D. h. über Solche, die 1806 Grundholden waren. Daher ist es unschädlich, wenn etwa die Grundherrlichkeit abgelöst worden wäre. Vollz.-Instr. §. 35. Ist Jemand Grundhold mehrerer Grundherren, die ihrerseits Gerichtsbarkeit haben, so ist er auch eben so vieler Gerichtsholde. St. R. G. §§. 32—36.

6) Edict VI. §. 28, erster Satz.

1806 mit dinglichem Rechte besessen wurde.⁷⁾ — Auch war es transitorisch den Gerichtsherrn mit besonders einzuholender kgl. Bewilligung gestattet, ihre Grundholden zur Wiederherstellung einer seit dem Jahre 1806 aufgelösten Patr.-Gerichtsbarkeit gegenseitig auszutauschen,⁸⁾ und dadurch über die eingetauschten die Gerichtsbarkeit zu erwerben, so ferne sie Jeder über die vertauschten Grundholden schon im Jahre 1806 ausgeübt hatte.

γ) Auf die königl. Grund- (und Lehen-) holden auch selbst dann nicht, wenn etwa früher eine gutsherrliche Gerichtsbarkeit mit dinglichem Rechte über sie geübt worden wäre. Auf welchem Rechtstitel der Erwerb der Grundherrlichkeit von Seite des Staates beruhe, und zu welcher Zeit derselbe stattgefunden habe, ist an sich gleichgültig.⁹⁾ Nur wenn ein Austausch der Grundholden zwischen dem Staate und einem Gutsherrn in Folge eines entschiedenen Vorthells für die Staatsverwaltung stattfindet, soll die Gerichtsbarkeit über die eingetauschten k. Grundholden auf den Privat-Gerichtsherrn übergehen können.¹⁰⁾

Fehlt eine dieser Erfordernisse, so ist die Gerichtsbarkeit rechtlich nicht begründet, kann daher vom Staate eingezogen werden. Sollte jedoch die Berechtigung des Gutsherrn einmal von der Staatsregierung untersucht und durch ein vom König unterzeichnetes und dem Minister des Innern contrasignirtes Rescript anerkannt worden seyn,¹¹⁾ so soll eine Vindication nicht mehr statt finden, ausser wenn dem Staate die Grundherr-

7) A. a. O. §. 28, zweiter Satz.

8) Vorausgesetzt, dass die Veräußerung sonst rechtlich zulässig ist. Vollz.-Instr. §. 36.

9) Edict VI. §. 28. Plenarbeschl. des königl. O.A.Ger. v. 10. Mai 1845 (Regierungsblatt v. 1845 S. 353 ff.). Nicht so weit geht das St. R.G. v. 1826 §§. 26—31. Dasselbe sieht auch hier, wie diess wohl richtiger ist, auf die Verhältnisse, wie sie im Normaljahre 1806 bestanden, und lässt überall da und nur da, keine gutsherrliche Gerichtsbarkeit zu, wo die Grundherrlichkeit schon 1806 dem Staate zustand. — Die Gründe auszuführen, welche gegen den Plenarbeschluss sprechen, muss einem andern Orte vorbehalten werden. Vgl. unten §. 66 not. 7.

10) Edict VI. §. 28 Abs. 3 und §§. 36 und 37.

11) Genügt eine allgemeine Anerkennung oder müssen die einzelnen der Gerichtsbarkeit unterworfenen Objecte genannt seyn?

lichkeit über einen Unterthanen zusteht, und aus diesem Grunde die Gerichtsbarkeit eingezogen wird.¹²⁾ Liegt eine solche ausdrückliche Anerkennung nicht vor, dann findet auch jetzt noch wegen jedes mangelnden Erfordernisses die Einziehung statt. Uebrigens soll auch dann, wenn die Regierung die Gerichtsbarkeit einziehen zu können glaubt, nicht *via facti* eingeschritten, sondern wenn sich anders der Gutsherr im fehlerfreien Besitze befindet, im Rechtswege gegen ihn verfahren werden.¹³⁾

III. Von der Ausübung der gutsherrlichen Gerichtsbarkeit.

§. 55.

1) Von den Vorbedingungen der Ausübung.

1) Das Subject der Ausübung kann nur ein Adeliger des Königreichs seyn.¹⁾ Kommt daher eine gutsherrliche Gerichtsbarkeit in den Besitz eines Unadeligen, oder verliert der Besitzer den Adel, so ruht dieselbe in so lange, bis sie wieder in die Hände eines Adelligen kommt.²⁾ — Den Nichtadeligen gleich zu achten sind Corporationen und Stiftungen, mögen sie auch den Titel adeliger Institute führen, oder aus adeligen Mitgliedern bestehen, oder zum Besten des Adels bestimmt seyn.³⁾ Auch wenn von mehreren Erwerbern (nicht auch Besitzern) eines mit Gerichtsbarkeit ver-

¹²⁾ Edict VI. §. 134, o. und Ges. über Vindic. der Gerichtsbarkeit v. 1. Juli 1834 Art. V. (H.-B. I. S. 305). Auch wegen zu grosser Entfernung des Gerichtsholden vom Amtssitze ist die Vindication gestattet S. den folgenden §.

¹³⁾ Z u R h e i n, Zeitschr. B. I. S. 193 Nr. 4. — Das Ges. v. 1834 Art. I. a. E. erkennt diese Ansicht stillschweigend als richtig an. A. M. S e u f f e r t, Commentar B. I. S. 139.

1) Verf.-Urk. Tit. V. §. 4 Nr. 1 und Edict V. §. 14. — Gutsherrliche Gerichtsbarkeit zu erwerben ist jeder Unterthan fähig. Nur die Juden sind hievon ausgeschlossen. Edict v. 10. Juni 1813 §. 16 (H.-B. IV. S. 174).

2) Edict VI. §. 133. Die ruhende Gerichtsbarkeit wird indessen von den Staatsbehörden ausgeübt, ohne dass der Gutsherr deshalb eine Entschädigung fordern könnte. Vollz.-Instr. §. 128.

3) St.R.G. §§. 8 und 9.

sehenen Gutes nur einige nichtadelig sind, muss die Gerichtsbarkeit ruhen.⁴⁾ Die Frage, ob die nicht christlichen Glaubensgenossen eine gutsherrliche Gerichtsbarkeit ausüben können, ist wohl zu verneinen. Die Zweifel, welche Wirschinger⁵⁾ in dieser Rücksicht anregt, verschwinden, wenn man die Bestimmungen des Juden-Edicts⁶⁾ in's Auge fasst.

2) In objectiver Hinsicht ist die Ausübung der Gerichtsbarkeit an die Bedingung geknüpft, dass der Amtssitz sich innerhalb des Gerichtsbezirkes an einem bestimmten Orte und in solcher Lage befinde, dass kein Gerichtsholde weiter als vier Geh- oder Zeitstunden davon entfernt sey. Alle in grösserer Entfernung liegenden Hintersassen werden vom Staate eingezogen.⁷⁾

3) Diejenigen, welche von ihrem Rechte Gebrauch machen wollten, mussten bis 1. Jänner 1820 erklärt haben, dass sie ihre gutsherrlichen Gerichte beibehalten oder wieder herstellen wollen. Dieser Erklärung mussten die Nachweise und Belege über das Vorhandenseyn der gesetzlichen Erfordernisse beiliegen. Sind diese vorhanden, so erfolgt die k. Genehmigung zur Ausübung der gutsherrlichen Gerichtsbarkeit, und das gutsherrliche Gericht wird in das Verzeichniss der Gerichtsbezirke des Reichs aufgenommen und öffentlich bekannt gemacht.⁸⁾ Wer diese obige Frist versäumt hat, von dem wird angenommen, er verzichte auf die Gerichtsbarkeit.⁹⁾

4) St.R.G. §. 6. — Vgl. oben §. 54 Nr. 1. „untheilbar“. Vgl. Zu Rhein, Zeitschr. B. I. S. 94 ff.

5) A. o. a. O. S. 282 not. 2.

6) Edict v. 10. Juni 1813. §. 16. Ueber die Ausnahme der Gebr. v. Hirsch s. St. V. v. 1846 K. d. A. B. I. S. 163 ff.

7) Edict VI. §. 29. St.R.G. §§. 40 und 44 und angef. Ges. v. 1834 Art. I. — Dass man in der That nur an Geh- oder Zeitstunden, nicht an geometrische Stunden gedacht habe, erhellt insbesondere auch aus dem älteren Rechte (Kreittmayr, Staatsr. §. 189), an das man sich anschloss. Vgl. Arends, Samml. B. I. S. 88. — Dass der Gerichtsbezirk ein geschlossener sey, ist kein allgemeines Erforderniss. Vgl. jedoch Edict VI. §. 85. Bei Herrschaftsgerichten kommt es nicht auf diese Entfernung, sondern nur auf die Geschlossenheit an. Vgl. §§. 29 und 32. St.R.G. §. 59.

8) Edict VI. §§. 40 und 41.

9) Edict VI. §. 134 letzter Abs. Ein allgemeines Präjudiz des

§. 56.

2) Von den Organen der Ausübung.

1) Zur Verwaltung der gutsherrlichen Gerichtsbarkeit muss eine von den Gesetzen bezeichnete Behörde organisirt werden. Das sechste Edict hat drei Arten solcher Gerichte ausgeschieden — Herrschafts-, Patrimonial-Gerichte erster, und Patrimonial-Gerichte zweiter Classe. Eine dieser Formen hat der Gerichtsherr zu organisiren; jede Mischungsform ist ausgeschlossen.¹⁾

2) Diese Behörden müssen in gehöriger Art besetzt seyn. Damit sie diess seyn, muss

a) die gesetzliche Zahl von Beamten vorhanden seyn. Bei Herrschaftsgerichten muss ein Herrschaftsrichter und ein Actuar, bei den Patrimonialgerichten erster und zweiter Classe ein Patrimonialgerichtshalter bestellt werden. Die Stelle des Actuars kann bei diesen durch einen verpflichteten Schreiber versehen werden.²⁾

b) Diese Beamten müssen die gesetzliche Qualification besitzen. Diese ist aber verschieden in folgender Art:

α) Um bei einem Herrschaftsgerichte oder Patrimonial-Gerichte erster Classe anstellungsfähig zu seyn, muss der Bewerber alle Eigenschaften besitzen, wie sie zur Anstellung bei einem k. Landgerichte erforderlich sind.³⁾

β) Die Bewerber um Patrimonialrichterstellen zweiter Classe müssen wenigstens die Vollendung der Gymnasialstu-

Aufhörens der Gerichtsbarkeit im Ganzen oder rücksichtlich einzelner Theile wegen Versäumung der im Texte angeführten Frist ist daher vom Gesetze allerdings statuirt. Diess scheint in ZURHEIN, Zeitschr. B. I. S. 306 übersehen zu seyn.

1) Edict VI. §. 31. Ebenso bleibt jede Aenderung der einmal gebildeten Gerichtsbezirke, wie z. B. Theilung eines Gerichtes in mehrere, ausgeschlossen. Vollz.-Instr. §. 47.

2) Edict VI. §. 42. — Ueber ein Aushilfsmittel, falls es an einem Actuar fehlt, vgl. Vollz.-Instr. §. 50.

3) Edict VI. §. 47. — Unter den allgemeinen Ausdrücken des Gesetzes ist mit Rücksicht auf §§. 56 und 61 nur der Herrschafts- und Patrimonialrichter zu verstehen.

dien und eine dreijährige gerichtliche Praxis nachweisen, und sich in einer besonders abzuhaltenden Prüfung als befähigt bewährt haben.⁴⁾

Der Qualificationspunct wird durch die Regierung und das Appellationsgericht des Kreises gemeinschaftlich untersucht, und beide Stellen ertheilen entweder die Bestätigung oder fordern den Gerichtsherrn zur Ernennung eines anderen tauglichen Beamten auf.⁵⁾ Säumt der Gerichtsherr ohne Grund mit der Besetzung, so devolvirt das Recht hiezu an die Kreisregierung.⁶⁾ — Unter der Voraussetzung des Vorhandenseyns dieser persönlichen Qualification kann der Gerichtsherr seine Gerichtsbarkeit auch selbst verwalten.⁷⁾

c) Die ernannten Beamten dürfen nicht schon Staatsdiener oder Advocaten oder Herrschaftsrichter seyn. Im Falle einer der Genannten ein gutsherrliches Amt annehmen wollte, müsste er sein früheres niederlegen.⁸⁾ Dagegen ist es allerdings gestattet, dass ein und dasselbe Individuum für mehrere Patrimonialgerichte desselben oder verschiedener Gerichtsherrn bestellt werde.⁹⁾ Ebenso wird es Stadt- und Marktschreibern gestattet, mit Einwilligung des betreffenden Magistrats eine Gerichtshaltersstelle zu bekleiden.¹⁰⁾ — Dieser Grundsatz kann nicht dadurch umgangen werden, dass eine bestehende hönigliche Behörde oder ein Herrschaftsgericht mit der Verwaltung eines Patrimonialgerichts betraut wird. Eine solche Verwaltung ist nur vorübergehend wegen besonderer Hindernisse zulässig.¹¹⁾

4) Edict VI. §. 48. Geprüfte Rechtspraktikanten sind als solche genügend qualificirt. Vollz.-Instr. §. 62.

5) Edict VI. §. 46.

6) Edict VI. §. 30 Abs. 2.

7) Edict VI. §. 50.; vgl. jedoch §. 59.

8) Edict VI. §§. 43 und 49. Ein Patrimonialrichter II. Classe kann die Praxis bei einem kgl. Landgerichte fortsetzen. M. E. v. 6. Nov. 1839 (Freudel, Anleitung S. 175). Compatibel mit der Stelle eines Patrim.-R. ist jene des Verwalters des Gerichtsherrn. Edict VI. §. 55.

9) Edict VI. §. 44.

10) Vollz.-Instr. §. 60.

11) Edict VI. §§. 43 und 45.

d) Die ernannten Beamten müssen in gehöriger Form verpflichtet und beeidigt seyn. ¹²⁾

3) Was die rechtliche Stellung dieser Beamten ihrem Gutsherrn gegenüber betrifft, so finden auf die Herrschaftsrichter und Patrimonialrichter erster Classe die Bestimmungen der Staatsdienerpragmatik über Richteramtspersonen, namentlich was ihren Stand und Gehalt betrifft, volle Anwendung. Den ersteren ist ein fixer Geldgehalt von mindestens 800 fl., den letzteren von 600 fl. auszuwerfen. ¹³⁾ Die Regelung der Dienstverhältnisse der Patrimonial-Richter zweiter Classe und der Actuare ist ganz dem Dienstvertrage anheimgestellt; sie haben daher auf Stabilität und auf die besonderen Rechte eines Staatsdieners an sich keinen Anspruch. ¹⁴⁾

IV. Von dem Umfange der gutsherrlichen Gerichtsbarkeit.

§. 57.

1) Von ihrem Umfange im Allgemeinen und von den Arten der gutsherrlichen Gerichte.

Die Rechte, welche in der gutsherrlichen Gerichtsbarkeit enthalten sind, bestehen im Allgemeinen:

1) In einer Theilnahme an der Rechtspflege, an der Polizeiverwaltung und an der Aufsicht über Schul-, Kirchen-, Stiftungs- und Gemeinde-Angelegenheiten.

2) In dem Rechte zum Bezuge gewisser Gefälle, welche bei Verwaltung der Rechtspflege und Polizei nach Massgabe der bestehenden Gesetze erhoben werden dürfen, oder in sonstigen Befugnissen, welche Folgen der Gerichtsbarkeit sind. — Irgend ein Antheil kommt jedem gutsherrlichen Ge-

¹²⁾ Edict VI. §§. 51 und 52.

¹³⁾ Edict VI. §. 54. Ihr Forum betr. §. 53. Gleichheit der Verpflichtung vgl. §. 64.

¹⁴⁾ Edict VI. §§. 56 und 61. Für die Relikten der gutsherrlichen Beamten ward durch Verordn. v. 29. März 1823 (D. B. IV. S. 145) eine besondere Pensions-Anstalt gegründet. Sie trat mit dem 26. Nov. 1823 in's Leben, Vgl. U. E. v. 18. Juli 1825 (D. B. V. S. 580).

richte an den sämmtlichen vorher aufgezählten Rechten zu. Der Umfang der Zuständigkeit ist aber verschieden, je nachdem dasselbe ein Herrschaftsgericht, ein Patrimonialgericht erster oder zweiter Classe ist.

a) Als Herrschaftsgericht¹⁾ gilt ein gutsherrliches Gericht, wenn es entweder unter dieser Bezeichnung schon 1806 bestand²⁾ oder doch als solches auf der Grundlage des Edicts vom 16. August 1812 aus einem im Jahre 1806 schon bestandenen Patrimonialgerichte gebildet wurde,³⁾ und einen geschlossenen⁴⁾ Bezirk von wenigstens 300 Familien umfasst.⁵⁾

b) Alle anderen gutsherrlichen Gerichte sind Patrimonialgerichte. Je nach dem Besitzstande von 1806 kommt ihnen aber entweder bloß die freiwillige, oder auch die niedere streitige Gerichtsbarkeit zu. Im letzteren Falle sind sie Patrimonialgerichte erster, in jenem zweiter Classe. Sollte ein Gutsherr den Vorbedingungen zur Ausübung der streitigen Gerichtsbarkeit nicht genügen können oder wollen, so bleibt ihm wenigstens die freiwillige, wenn und soweit er diese früher rechtlich besessen hatte.⁶⁾ Dieser Unterschied der gutsherrlichen Gerichte offenbart sich auch in der Art der Unterordnung unter die königl. Behörden. Es sind nämlich:

α) Die Herrschaftsgerichte, soweit sie Justiz-Behörden sind, den Appellationsgerichten, in ihrer Eigenschaft als Polizeibehörden aber den Kreisregierungen untergeben.⁷⁾

1) Wir sehen dabei ab von den standesherrlichen Gerichten, welche zwar ebenfalls „Herrschaftsgerichte“ heißen, aber nach besonderen Grundsätzen zu beurtheilen sind.

2) Im älteren Rechte galt jenes adelige Gut als Herrschaft, dem das *jus gladii* zukam. Kreittmayr, Staatsr. S. 448.

3) Vgl. insbes. §. 18 (D. B. V. S. 186).

4) Geschlossen ist der Bezirk, wenn früher (1806) keine fremde Gerichtsbarkeit (derselben Art) darin ausgeübt wurde. Edict VI. §. 32. Edict v. 1812 §. 4 (D. B. V. S. 184).

5) Edict VI. §§. 32 und 33.

6) Edict VI. §. 35. Daraus folgt z. B. von selbst, dass ein Gerichtsherr solche Hintersassen, über welche er früher bloß die freiwillige Gerichtsbarkeit hatte, nicht einem Patr.-G. 1. Classe zutheilen könne. Vollz. Instr. §. 45.

7) Edict VI. §. 67. Folge hieraus Ibid. §. 70. — Das ältere Recht nannte die so gestellten Gerichte Freigerichte (Kreittm. Staatsr. S. 448).

β) Die Patrimonialgerichte erster Classe stehen in Ansehung der Rechtspflege in gleicher Unterordnung; in allen übrigen Gegenständen stehen sie unter den k. Landgerichten.⁷⁾

γ) Die Patrimonialgerichte zweiter Classe sind in allen Beziehungen den k. Landgerichten, in deren Sprengeln sie liegen, untergeordnet.⁸⁾

2) Von den Rechten der gutsherrlichen Gerichte im Einzelnen.

§. 58.

a) *In Ansehung der Rechtspflege.*

1) Die Herrschaftsgerichte haben

a) Rücksichtlich der Civilrechtspflege mit den k. Landgerichten gleiche Befugnisse und Obliegenheiten. Sie bilden die ordentliche erste Instanz der Nichtprivilegirten.

b) In Criminalsachen steht ihnen nur die Ergreifung und vorläufige Verwahrung des Angeschuldigten zu, der spätestens binnen 48 Stunden an das zuständige k. Untersuchungsgericht abzuliefern ist.¹⁾

Nur das wrede'sche Herrschaftsgericht Ellingen steht auch in dieser Hinsicht den Landgerichten gleich.²⁾

2) Auch die Patrimonialgerichte erster Classe sind

a) in Civilsachen in gleichem Umfange wie die Herrschaftsgerichte zuständig. Auch sie üben die freiwillige und streitige Gerichtsbarkeit, beide nur dann nicht, wenn der Gerichtsherr selbst in irgend einer Sache betheiligt ist.³⁾ —

7) Edict VI. §. 67 vgl. §§. 69 und 70.

8) Edict VI. §§. 68 und 69. Ueber die Correspondenzform mit den Landgerichten vgl. Vollz.-Instr. §. 81. — Das Edict v. 1812 §. 16 nannte die Patrimonialgerichte II. Classe Ortsgerichte (D. B. V. S. 186).

1) Edict VI. §. 72. Dasjenige Recht, welches früher das Kriterium eines Herrschaftsgerichtes war, ist sonach weggefallen. Vgl. oben §. 57, a.

2) Verordn. v. 18. März 1815 (D. B. IV. S. 174).

3) Edict VI. §§. 62 und 80. Dass sich §. 80 auch auf Patrimonialgerichte I. Classe beziehe, erhellt insbesondere aus dem Inhalt des §. 73, indem dort ausdrücklich bemerkt wird, dass sich die §§. 74–79 auf die Patrimonialgerichte II. Classe beziehen; also muss §. 80 sich wieder auf beide beziehen. Vgl. Lehner, Lehrb. der bayer. Hypoth.-Amts-Ord-

Jedoch können sie, wie die Herrschaftsgerichte, von ihrem Gerichtshintersassen die liquiden Gerichts- und Grundgefälle, dann andere unbestrittene gutsherrliche Leistungen in ihrem Bezirke im Wege der gesetzlichen Execution betreiben.⁴⁾

b) In Criminalsachen⁵⁾ haben sie dieselben Befugnisse wie die Herrschaftsgerichte.

3) Zu dem Wirkungskreise eines Patrimonialgerichts ~~erster~~ ^{II. m.} Classe gehören:

a) was Civilrechtsgegenstände betrifft, »gewisse gerichtliche Handlungen«,⁶⁾ welche nicht streitiger Natur sind, bei denen es sich mehr um öffentliche Beurkundung und Beglaubigung, als um eine richterliche Entscheidung handelt, und wo nicht erst eine contradictorische Verhandlung und eine *cognitio causae* erforderlich ist.⁷⁾ Insbesondere haben sie

α) das Recht, Vergleiche über Privatsrechtssachen, auch wenn sie schon anhängig sind, aufzunehmen, und darüber Urkunden auszufertigen, falls wenigstens einer der Transigenten in dem Bezirke des Patrimonialgerichts domicilirt.⁸⁾

β) Sie üben die Notariatsgeschäfte in ihrem Bezirke;⁹⁾ es kommt ihnen auch

nung S. 15. A. M. in Z u R h e i n, Zeitschr. B. I. S. 186. — Daher kann das Patrimonialgericht I. Classe keine Gant verhandeln, bei welcher der Gerichtsherr Gläubiger ist, etc. Vgl. St.R.G. §§. 92 95.

4) Edict VI. §. 117. Dieselbe Befugniss kommt ihnen hinsichtlich der liquiden grundherrlichen Gefälle zu, welche andere Gutsheirn in ihren Bezirken zu fordern haben.

5) D. h. in Verbrechens- oder Vergehensfällen, im Gegensatz zu den Polizei-Straffällen. Dieselbe Bemerkung gilt für Nr. 1, b.

6) Worte des Edict VI. §. 73. Sie haben daher keine unbeschränkte Gerichtsbarkeit; die Vermuthung streitet gegen sie.

7) Edict VI. §. 73. Wo das eine (vorherige contrad. Verhandlung) oder das andere (richterliche Entscheidung) nothwendig ist, da ist das Patrimonialgericht nicht zuständig. Daher sind sie nicht befugt, Edictalcitationen zum Behufe einer Verschollenheitserklärung, oder zur Amortisirung von Urkunden zu erlassen, ein *decretum de alienando* zu ertheilen, u. s. w.

8) Edict VI. §§. 77 und 78.

9) Edict VI. §§. 75 und 76. — Ihre Competenz cessirt, sobald das Rechtsgeschäft (z. B. der Nahrungsvertrag, die Schenkung nach bayer.

γ) die Behandlung der Verlassenschaften, so lang darüber kein Streit besteht, ¹⁰⁾ so wie

δ) die Führung der Hypotheken-Bücher, ¹¹⁾

ε) das Vormundschafswesen über Unmündige und Minderjährige, ¹²⁾ so weit es ein unstreitiges Geschäft ist, und

ζ) das Depositenwesen innerhalb ihrer amtlichen Befugnisse zu, also soweit Deposita in den Sachen, welche ihnen zugewiesen sind, anfallen. ¹³⁾

Sobald in dem einen oder andern dieser Gegenstände ein Rechtsstreit entsteht, hört das Patrimonialgericht auf zuständig zu seyn, und ist die Sache an das zuständige Processgericht abzugeben. ¹⁴⁾

Auch darf keine der aufgezählten Handlungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit über die Person und Güter des Guts herrn ausgeübt werden. ¹⁵⁾

Wenn auch die Patrimonialgerichte zweiter Classe in Gegenständen der streitigen Gerichtsbarkeit nie selbstständig thätig seyn können, so gibt es doch dahin einschlägige Handlungen, welche durch sie entweder vorgenommen werden müssen (wie die Vorladung ihrer Hintersassen vor die Processgerichte), oder doch können (wie die Vollstreckung der

Rechte) vorheriger Cognition und gerichtlicher Bestätigung bedarf. Vgl. M.E. v. 9. März 1832 (D. B. V. S. 623).

¹⁰⁾ Edict VI. §. 75. — Wegen Verlassenschaften von Geistlichen vgl. Vollz.-Instr. §. 105. und Edict VI. §. 95.

¹¹⁾ Edict VI. §. 79 und Hypoth.-Ges. v. 1822 §. 90.

¹²⁾ Edict VI. §. 79. Daher ist nicht ihres Amtes die Anordnung einer *cura furiosi, prodigi* etc.

¹³⁾ Vgl. Edict VI. §. 83. Die für die unmittelbaren kgl. Gerichte geltende Depositen-Ordnung v. 22. Dec. 1840 (Regierungsblatt v. 1841 S. 33 ff.) ist durch Verordn. v. 27. Juni 1841 (Regierungsblatt v. 1841 S. 629) auch auf die mittelbaren Gerichte ausgedehnt worden.

¹⁴⁾ Edict VI. §. 81. — Ueber die Haftung des Gerichtsherrn in dieser Rücksicht vergl. Blätter für R.A. B. IX. S. 348.

¹⁵⁾ Edict VI. §. 80. — Wenn daher z. B. für den Gerichtsherrn auf den Gütern seiner Gerichtsholden eine Hypothek errichtet werden soll, so ist zur Verhandlung das einschlägige königl. Landgericht zuständig. Das in diesem Falle zu beobachtende Verfahren bestimmt näher Vollz.-Instr. §. 85. Pacht- und Kaufverträge etc. über Güter des Gerichtsherrn können von dem Patrim.-Gerichte nicht verbrieft werden.

gegen gutsherrliche Hintersassen gerichteten landgerichtliche Urtheile). ¹⁶⁾

b) In strafrechtlichen Sachen hat das Patrimonialgericht lediglich die Pflicht, von den etwa zu seiner Kenntniss gekommenen Verbrechen oder Vergehen dem vorgesetzten Landgerichte Anzeige zu machen, und dafür zu sorgen, dass an den Merkmalen des Thatbestandes nichts verändert werde und der Thäter nicht entkomme. ¹⁷⁾

§. 59.

b) In Ansehung der Polizei-Verwaltung.

In den Bezirken und Orten, an welchen die Gutsherrn die Gerichtsbarkeit ausschliessend besitzen, steht ihnen auch die Polizei zu. An gemischten Orten hat derjenige (Staat- oder Privat-) Gerichtsherr die Polizei, welchem die Gerichtsbarkeit über die Mehrzahl der grund- und gewerbsteuerbaren Unterthanen zukomme. Eine Polizei über einzelne Güter oder Personen, die einem grösseren Orte angehören, ist daher ausgeschlossen. ¹⁾ Der Umfang der polizeilichen Befugnisse richtet sich auch hier nach der Art der gutsherrlichen Gerichte.

1) Die Herrschaftsgerichte üben die Bezirks- und Ortspolizei in demselben Umfange aus, wie die kgl. Landgerichte; ²⁾ sie haben daher insbesondere auch bei Polizei-Uebertretungen das Recht der Untersuchung und Bestrafung, ³⁾ so weit es ihnen nicht in einzelnen Fällen durch besondere gesetzliche Bestimmung entzogen ist, wie z. B. bei Zollstraft-Sachen. ⁴⁾ — In administrativ-contentiösen

¹⁶⁾ Edict VI. §. 82.

¹⁷⁾ Edict VI. §. 73. Aehnlich Gem.-Edict §. 110. Kein Recht vorläufiger Verwahrung.

¹⁾ Edict VI. §§. 84 und 85. — Es gibt daher keine Polizei über einschichtige Güter.

²⁾ Edict VI. §. 87.

³⁾ Eine Erweiterung ihrer Befugnisse enthält die Verordn. v. 28. Febr. 1838 (H.-B. II. S. 287). Sie dürfen besondere Polizeiwachen anordnen. Edict VI. §. 91.

⁴⁾ Zollstraft-Ges. v. 11. Nov. 1837 §. 31, a (Gesetzbl. v. 1837 S. 221).

Sachen ⁵⁾ bilden sie wie die Landgerichte die erste Instanz, vorausgesetzt, dass der Gutsherr dabei nicht persönlich theiligt ist. ⁶⁾

2) Alle Patrimonialgerichte (sowohl die erster, als zweiter Classe) sind in ihren Bezirken auf die niedere örtliche Polizei beschränkt, und stehen in ihrer Eigenschaft als Polizeibehörden unter den Landgerichten. ⁷⁾ Es sind sonach von ihrer Competenz ausgeschlossen:

a) die administrativ-contentiösen Sachen,

b) die Polizeistrafsachen überall, wo der Beweis der Uebertretung erst herzustellen ist, oder wo, wenn die Uebertretung zugestanden ist, eine Geldstrafe von mehr als 10 fl. oder ein Arrest von mehr als drei Tagen verhängt werden soll, indem solche höhere Strafen erst der Bestätigung des Landgerichts bedürfen. ⁸⁾ — Noch weniger sind die Patrimonialgerichte befugt, über die in Folge einer Uebertretung geforderte Privatgenugthuung zu entscheiden. ⁹⁾

c) Alle streitigen Polizeigegenstände; nur einen etwa zu Stande gekommenen Vergleich sind sie aufzunehmen befugt. ¹⁰⁾

d) Die ganze nicht streitige Bezirkspolizei, namentlich daher die Forst- und Jagdpolizei in allen Waldungen, die nicht den Gerichtsherrn selbst oder den unter ihrer Gerichtsbarkeit stehenden Gemeinden eigenthümlich sind. ¹¹⁾

e) Die Medicinal-Polizei, die Militär-Conscription, das Marschwesen u. s. w.

⁵⁾ Ueber den Begriff und Umfang derselben vgl. Seuffert, Commentar B. I. S. 122.

⁶⁾ Edict VI. §. 87. Ist diess der Fall, dann tritt Delegation ein.

⁷⁾ Edict VI. §. 88.

⁸⁾ Edict VI. §. 89 Abs. 2. Ueber die Zuständigkeit der Landgerichte in dieser Beziehung vgl. die oben angef. Verordn. v. 28. Febr. 1838 Nr. 3 (H.-B. II. S. 288).

⁹⁾ Edict VI. §. 89 Abs. 3.

¹⁰⁾ Edict VI. §. 89 Abs. 3.

¹¹⁾ Edict VI. §. 90 lit. i. Von selbst versteht sich, dass sie auch in Forst- und Jagd-Polizeisachen, welche zu ihrem Ressort gehören, Strafen nur bis zum gesetzlichen Maximum verhängen können. Vollz.-Instr. §. 100. Vgl. auch ZURhein, Zeitschrift B. I. S. 310.

Als Befugnisse, welche in der ihnen zustehenden niederen örtlichen Polizei enthalten sind, erscheinen vorzüglich:¹²⁾

a) Das Recht, die allgemeinen Verfügungen der k. Landgerichte für die öffentliche Ruhe und Sicherheit im ganzen Bezirke, so weit sie den Sprengel des Patrimonial-Gerichts angehen, zu vollziehen, in sich ergebenden Uebertretungsfällen schleunige Anzeige zu machen und eine augenblickliche Entscheidung da zu treffen, wo sie nach den Umständen als nothwendig erscheint.¹³⁾

b) Die Leitung der Armenpflege, soweit dafür kein gemeinsamer Verband des ganzen Landgerichts besteht.¹⁴⁾

c) Die Ausstellung der Dienstbotenbücher für den Bezirk des Patrimonialgerichts.¹⁵⁾

d) Das Recht, die Gesuche um Gewerbsverleihungen zu instruiren.¹⁶⁾

§. 60.

c) *In Ansehung der Gemeinde-, Stiftungs-, Schul- und Kirchen-Sachen.*

1) In Gemeinde-Angelegenheiten steht den gutsherrlichen Gerichten das Recht der Aufsicht, die niedere Curatel zu. Die Aufnahme der Gemeindeglieder in den gutsherrlichen Gemeinden wird von ihnen cumulativ mit den Gemeindebehörden beschäftigt; ¹⁾ bei der Ansässigmachung von Gerichtsholden hat der Gerichtsherr das Recht der Einwilligung und Berufung. ²⁾ Unter ihrer Leitung geschieht die

¹²⁾ Das Gesetz hat die die polizeilichen Befugnisse der Patrimonialgerichte nicht (wie die richterlichen) positiv, sondern nur negativ bestimmt, indem es in §. 90 jene Gegenstände aufzählt, welche nicht zu ihrer Competenz gehören. — Uebrigens ist der §. 90 nicht erschöpfend; vergl. z. B. noch Edict X. Tit. I. §. 31, Edict VI. §. 23.

¹³⁾ Arg. Edict VI. §. 90 lit. a.

¹⁴⁾ Arg. Edict VI. §. 90 lit. c.

¹⁵⁾ Arg. Edict VI. §. 90 lit. d.

¹⁶⁾ Edict VI. §. 90 lit. f. Vgl. auch Wirschinger a. a. O. S. 223.

¹⁾ Edict VI. §. 105 und Gem.-Edict §. 101 (H.-B. II. S. 27).

²⁾ Revid. Gesetz über Ansässigmachung v. 1. Juli 1834 §. 9, 1, d. (H.-B. III. S. 40).

Wahl der Gemeindebehörden; in Landgemeinden kommt ihnen auch die Bestätigung der Wahl, sowie die Einweisung und Verpflichtung der Bestätigten zu. Bei Gemeinden mit magistratischer Verfassung wird die Bestätigung von der k. Kreisregierung ertheilt. ³⁾

Als Ausflüsse des Rechtes der niederen Curatel stehen den gutsherrlichen Gerichten folgende Befugnisse zu:

a) Die Ueberwachung der Verwaltung des Gemeindevermögens, und die Revision der Rechnungen darüber. ⁴⁾

b) Eben so werden die den Gemeindebehörden eingeräumten polizeilichen Befugnisse unter Aufsicht der gutsherrlichen Gerichte ausgeübt; nur concurrirt bei dieser Ausübung in solchen Gemeinden, wo der gutsherrliche Gerichtshalter seinen Amtssitz hat, dieser Beamte in vielen Beziehungen mit dem Gemeindevorsteher. ⁵⁾

Da, wo zur gültigen Vornahme gewisser Handlungen Seitens der Gemeinde-Behörden eine gerichtliche Bestätigung nothwendig ist, ⁶⁾ kann diese von den Herrschaftsgerichten in demselben Umfange, wie von den königl. Landgerichten ertheilt werden; die Patrimonialgerichte sind auf das Recht der Erinnerung beschränkt. ⁷⁾

Gleiche Rechte wie rücksichtlich des Gemeindevermögens geniessen die gutsherrlichen Gerichte

2) in Ansehung der Stiftungen. Sie wachen daher hauptsächlich über Erhaltung und zweckmässige Administration des Stiftungsvermögens. Die Führung der Verwaltung selbst ist aber regelmässig Sache der Gemeindebehörden; nur dann kommt sie dem Gutsherrn zu, wenn er einen besonderen Privatrechtstitel dazu hat, ⁸⁾ er unterliegt aber dann auch den

³⁾ Edict VI. §. 101.

⁴⁾ Edict VI. §. 99.

⁵⁾ Edict VI. §§. 103 und 106.

⁶⁾ Wo diess der Fall sey s. R.G.E. §. 123.

⁷⁾ Edict VI. §. 102.

⁸⁾ Als solcher Privatrechtstitel gilt vor Allem die Anordnung des Stifters, oder unerdenkliche Ausübung dieses Rechts; der blosse Besitzstand im Jahre 1806 kann in dieser Rücksicht nichts entscheiden. Vollz.-Instr. §. 106. Vergl. auch Verordnung v. 6. März 1817, VI (D. B. XI. S. 1185).

nämlichen Verpflichtungen, wie jeder andere Stiftungsverwalter. ⁹⁾

3) In **Schulangelegenheiten** haben die Herrschaftsgerichte die Befugnisse der k. Landgerichte; sie führen daher insbesondere die Aufsicht über die sämtlichen **deutschen Schulen** ihres Bezirkes. ¹⁰⁾ Die Patrimonialgerichte nehmen an der **Lokalschul-Inspektion** Theil, und handhaben die örtliche **Schulpolizei**, beides unter Aufsicht der Landgerichte. ¹¹⁾

4) In **Kirchensachen** üben die gutsherrlichen Gerichte die **niedere Kirchenpolizei** aus, und zwar die Herrschaftsgerichte in demselben Umfange, wie die königl. Landgerichte ¹²⁾ die Patrimonialgerichte **bloß die Lokal-Kirchen-Polizei**. So können sie insbesondere die **Einweisung der Pfarrer in die Temporalien** (die **Installation**) nicht vornehmen, wo nicht den Gutsherrn dieses Recht **herkömmlich** zusteht; aber auch wo dieses der Fall ist, wird die **Installation** auf den hiezu erhaltenen **Possess-Befehl** im Namen des Königs vorgenommen. ¹³⁾

§. 61.

d) In Ansehung gewisser nutzbarer Rechte.

Mit dem Rechte der Gerichtsbarkeit ist die Befugniß zum **Bezug gewisser grösstentheils unständiger Gefälle und Leistungen** verbunden. Solche Früchte der Gerichtsbarkeit sind:

1) Die **Taxen**, welche auf der Grundlage der bestehenden **Taxordnungen** bei **Ausübung der Rechtspflege und Polizei** anfallen. ¹⁾

⁹⁾ Edict VI. §. 96. *Zur Rhein, Zeitschrift* B. II. S. 220.

¹⁰⁾ Vgl. das Nähere bei *Freudel, Anleitung* etc. S. 220.

¹¹⁾ Edict VI. §. 93. Die Rechte der Gutsherrn in Ansehung der Errichtung und Besetzung von Schulen gehören nicht hieher. Vgl. unten §. 64.

¹²⁾ Vgl. *Freudel, a. a. O.* S. 30. Daher sind denn z. B. die **Baufallschätzungen** bei Pfarrhöfen und Beneficiatenhäusern von ihnen zu beschäftigen. *Vollz.-Instr.* §. 104. Die A.E. v. 21. Oct. 1818 (H.-B. I. S. 254) schliesst dabei die (Kreis-) Gerichte aus.

¹³⁾ Edict VI. §§. 23, 94 und 95.

1) Edict VI. §. 113. — Insbesondere sind die gutsherrlichen Gerichte auch die **Stempel-Ordnung** zu beobachten verpflichtet. Der

2) Die Geldstrafen, wenn und so weit solche von den gutsherrlichen Gerichten nach den bestehenden Gesetzen verhängt werden können, und so ferne nicht diese Strafen in besonderen Fällen einem bestimmten Zwecke gesetzlich zugewendet sind. ²⁾

3) Die Nachsteuer, wenn sie dieselbe bis dahin besaßen, unter den Beschränkungen, welche die bestehenden Staatsverträge mit sich bringen. ³⁾

4) Das Scharwerksrecht, oder das Recht auf gewisse gemessene Dienste ist wenigstens in denjenigen Bezirken, wo das bayerische Landrecht gilt, ⁴⁾ eine Folge der gutsherrlichen Gerichtsbarkeit. Es steht und fällt daher mit dieser, wenn nicht ein Gesetz ausdrücklich das Gegentheil bestimmt. ⁵⁾

In den neuerworbenen Provinzen Bayern's muss das Recht Frohnen zu fordern, wenn nicht das betreffende Statutarrecht eine ähnliche Präsuntion aufstellt, besonders bewiesen seyn.

Alle sonstigen Bezüge, die etwa dem Gerichtsherrn zukommen, haben ihren Grund in der Gutsherrlichkeit überhaupt. ⁶⁾

Um diese Gefälle so wie die Grundgefälle und andere gutsherrliche Leistungen, ⁷⁾ wenn sie liquid und unbe-

Betrag der Stempelgebühren kommt aber nicht dem Gutsherrn, sondern dem Staatsärar zu Gute. Edict VI. §. 116 Abs. 3. Vgl. übrigens Ges. v. 23. Mai 1846 §. 10 (Gesetzbl. v. 1846 S. 88).

2) Edict VI. §. 112. Fälle, wo das Recht auf die Geldstrafen cessirt, sind z. B. Gesetz über Nachdruck v. 15. April 1840 Art. XI. (H.-B. III. S. 138). Process-Novelle v. 17. Nov. 1837 §. 69.

3) Edict VI. §. 115. Daher es von selbst cessirt, wenn Jemand in einen anderen Bundesstaat auswandert.

4) Vgl. *Cod. civ. bav.* p. II. c. 11. §. 4 Nr. 1 und §. 6.

5) Vgl. das Gesetz über Abtretung der Gerichtsbarkeit v. 28. Dec. 1831 Art. IV. Nr. 3 (H.-B. I. S. 301). Vgl. auch v. Hellersperg, über die Verhältnisse zwischen Gerichtsbarkeit u. Scharwerken. Nürnberg, 1798.

6) Vgl. unten §. 64.

7) Ausgeschlossen ist daher dieses Executionsrecht bei Forderungen, welche aus anderen Rechtsgründen (Darlehen, Kauf etc.) entspringen.

stritten sind, ⁸⁾ beizutreiben, steht den Herrschaftsgerichten und Patrimonialgerichten erster Classe das Executionsrecht zu. Sind selbe nicht liquid, ⁹⁾ so ist der ordentliche Rechtsweg ¹⁰⁾ zu betreten; der Gerichtsherr hat daher bei dem zuständigen Gerichte Klage zu stellen. Als zuständig erscheint aber für den Inhaber eines Herrschaftsgerichtes das eigene Gericht, für Patrimonialgerichtsherrn das einschlägige Landgericht. ¹¹⁾

Den Patrimonialgerichten zweiter Classe steht das berührte Executionsrecht nicht zu; sie üben lediglich das allen Gutsherrn unter gewissen Bedingungen eingeräumte Pfändungsrecht aus.

V. Von der Suspension und dem Aufhören der gutsherrlichen Gerichtsbarkeit.

§. 62.

1) Im Allgemeinen.

1) Die Gerichtsbarkeit wird suspendirt, d. h. es ist dem dermaligen Besitzer die Ausübung entzogen, das Recht bleibt bestehen (ruht), ¹⁾

a) Wenn mehrere unabgetheilte Erben eines mit Gerichtsbarkeit versehenen Gutes keinen Stellvertreter benennen, der die persönlichen Verhältnisse des Gutsherrn gegen sein Gericht zu vertreten hat. ²⁾

b) Wenn die subjective Vorbedingung für die Ausübung der gutsherrlichen Gerichtsbarkeit, insbesondere der Adel

⁸⁾ Wann sie als liquid zu betrachten seyen, s. Edict VI. §. 121. Blätter für R.-A. B. IX. S. 334.

⁹⁾ Welche als nicht liquid zu betrachten seyen, sieh Edict VI. §. 120.

¹⁰⁾ D. h. der nach den allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen sich richtende Rechtsweg, also nicht nothwendig der *processus ordinarius*. Zu Rhein, Zeitschr. B. I. S. 68 und Blätter für R.A. B. IX. S. 333.

¹¹⁾ Edict VI. §. 117.

¹⁾ Die Ausübung geschieht durch das betreffende Landgericht, innerhalb dessen Sprengel das gutsherrliche Gericht liegt. Vollz.-Instr. §. 126.

²⁾ Edict VI. §. 131. Vgl. oben §. 55 not. 3.

hinwegfällt, oder bei dem Besitzer überhaupt nicht vorhanden ist. ³⁾

c) Wenn der Gutsherr durch richterliches Erkenntniss der Gerichtsbarkeit wegen schweren Missbrauchs auf Lebenszeit⁴⁾ für verlustig erklärt wird. ⁵⁾

Die Suspension dauert überall nur so lange, als die genannten Hindernisse bestehen; mit dem Hinwegfallen dieser lebt auch die Gerichtsbarkeit wieder auf. ⁶⁾

2) Die gutsherrliche Gerichtsbarkeit hört völlig als solche zu bestehen auf, sie geht verloren.

a) Wenn das Gut, auf dem sie haftete, an den Staat fällt, — also durch eine Art Consolidation. ⁷⁾

b) Durch Verzicht. — Als stillschweigender Verzicht ist es anzusehen, wenn der Gutsherr innerhalb des oben (§. 55) erwähnten Termins seine Erklärung ein gutsherrliches Gericht bilden zu wollen, nicht abgegeben hat. ⁸⁾

a) Wenn die rechtlichen Bedingungen, auf welche die gutsherrliche Gerichtsbarkeit sich gründet (§. 54) hinwegfallen. Daher kann

α) ein Majoratsherrschaftsgericht nicht mehr fort dauern, wenn das Majorat erlischt; doch kann dasselbe, wenn die Bedingungen vorhanden sind, als Patrimonialgericht fortbestehen. ⁹⁾

β) Aeltere lehenbare Gerichte erlöschen, wenn der Lehenverband aufhört: ¹⁰⁾ die Allodification des Gutes hat diese Wirkung nicht. ¹¹⁾

3) Edict VI. §. 133.

4) Eine auf eine bestimmte Zeit beschränkte Suspension scheint hienach nicht zulässig.

5) Edict VI. §. 132. Vgl. Strafgesetzb. Th. I. Art. 352, 357 u. 358.

6) Vgl. Edict VI. §. 131 a. E. und §. 133 a. E.

7) Edict VI. §. 134, d.

8) Edict VI. §. 134, e.

9) Edict VI. §. 134, a.

10) Diese etwas unklare Bezeichnung bezieht sich wohl nicht auf die Allodification des Lehens, sondern auf die Appropriation, auf den Heimfall des Lehens.

11) Edict VI. §. 134, b. Vgl. Z u R h e i n, Beiträge zur Gesetzgeb. etc. B. III. S. 281.

γ) Wenn die Grundherrlichkeit aus irgend einem Grunde an den Staat fällt, so kann die Gerichtsbarkeit, in so weit diess geschieht, nicht fortbestehen.¹²⁾

Mit der Gerichtsbarkeit gehen auch alle die Rechte verloren, welche entweder unmittelbar oder mittelbar daraus folgen, wie z. B. die Wählbarkeit zur Stände-Versammlung in der I. Klasse.¹³⁾

§. 63.

2) Von der Abtretung der gutsherrlichen Gerichtsbarkeit an den Staat insbesondere.

Die rechtlichen Verhältnisse, welche sich aus einer solchen Abtretung für den bisherigen Inhaber der Gerichtsbarkeit ergeben, sind verschieden, je nachdem derselbe die Gerichtsbarkeit ganz oder nur theilweise dem Staate abtritt.

1) Wird die gutsherrliche Gerichtsbarkeit ganz abgetreten, d. h. werden alle sich auf die Ausübung der Rechtspflege beziehenden Befugnisse dem Staate überlassen, so ist die Abtretung in mehrfacher Weise begünstigt.¹⁾ Insbesondere wird

a) der Consens der Betheiligten, der bei der Veräusserung der Gerichtsbarkeit nach allgemeinen Principien erforderlich wäre, wie der Fideicommiss-Anwärter, der Lehenfolger und Hypothekgläubiger vom Gesetze supplirt.²⁾

b) dem Abtretenden und seinen Nachfolgern bleiben die Annexa der gutsherrlichen Gerichtsbarkeit vorbehalten, und zwar:

α) die Scharwerksrechte,

¹²⁾ Angef. Plenarbeschluss des O.-A.-Gerichts v. 16. Mai 1845. S. oben §. 54 not. 9.

¹³⁾ Vgl. oben §. 61 und Verf.-Urk. Tit. VI. §. 7, a.

1) S. Gesetz über die Rechtsverhältnisse der auf die Gerichtsbarkeit freiwillig verzichtenden Standes- und Gutsherrn v. 29. Dec. 1831 (H.-B. I. S. 299 ff.).

2) Angef. Ges. Art. 14.

β) das Executionsrecht in Ansehung der liquiden Grundgefälle und anderer unbestrittener aus der Gutsherrlichkeit entspringender Rechte, ³⁾

γ) die Fähigkeit zur Landstandschaft in der Klasse der Gerichtsherrn. ⁴⁾

δ) Die eigentlichen gutsherrlichen Rechte, daher denn z. B. auch alle aus der Vogtei entspringenden Reichenisse, daher wohl auch das Recht der Nachsteuer, so weit es hergebracht ist. ⁵⁾

ε) Der Abtretende hat das Recht, sich die Polizei zu reserviren; nur ist er gehalten, wenn er von diesem Rechte Gebrauch macht, besondere Behörden zur Verwaltung derselben anzuordnen. Dieselbe führen, wenn das abgetretene Gericht ein Herrschaftsgericht war, den Namen »herrschaftliches Commissariat«, wenn ein Patrimonialgericht, den von »Patrimonial-Amt.« Die Competenz-Verhältnisse dieser Behörden sind dieselben, wie wir sie bereits oben kennen gelernt haben. ⁶⁾

c) Für den Entgang der Jurisdiktionsfrüchte leistet der Staat dem Abtretenden Entschädigung.

Die gesetzlichen Tax-Erträgnisse werden nämlich nach einem 10jährigen Durchschnitte berechnet, und 2 Drittheile davon dem Abtretenden vergütet; das andere wird für die Verwaltungskosten in Abzug gebracht. ⁷⁾ Wird auch die Polizei Verwaltung mit abgetreten, so müssen die Polizeitaxen gleichfalls mit ermittelt und in die Entschädigungssumme eingerechnet werden. ⁸⁾

³⁾ Angef. Ges. Art. 4 und 5.

⁴⁾ Angef. Ges. Art. 11.

⁵⁾ Angef. Ges. Art. 4. Vergl. Z u R h e i n, Zeitschr. B. I. S. 102 und B. II. S. 102.

⁶⁾ Angef. Ges. Art. 6—9.

⁷⁾ Angef. Ges. Art. 1.3. — Ueber die Realisirung der Entschädigung vergl. Art. 15.

⁸⁾ Folgt aus der Natur der Sache, da dem Inhaber das Recht zukommt, die Polizei zu reserviren. Vgl. Z u R h e i n, Zeitschr. B. I. S. 93.

2) Wird die Gerichtsbarkeit nur theilweise abgetreten, also z. B. nur die streitige,⁹⁾ oder nur bezüglich einzelner Gerichtsholden, dann treten die eben berührten Folgen nicht ein. Der Besitzer kann diess nur dann, wenn er frei zu disponiren befugt ist, der Consens dritter Personen wird nicht ergänzt. — Für die etwa in Folge der Abtretung dem Staate heimfallenden Taxen wird keine Entschädigung geleistet.¹⁰⁾

Titel IV.

Von den gutsherrlichen Rechten.

§. 64.

I. Begriff und Arten derselben im Allgemeinen.

Ein Gut im engeren Sinne ist ein Grundcomplex, der nicht blos von den gemeinen bäuerlichen Lasten befreit, sondern auch mit gewissen Vorrechten ausgestattet ist, welche als Realrechte auf dem Gute haften und daher auf jeden Erwerber desselben übergehen und von diesem ausgeübt werden können. Der Inhaber eines solchen Grundcomplexes heisst Gutsherr die ihm in dieser Eigenschaft zukommenden Rechte gutsherrliche Rechte, ihr Inbegriff die Gutsherrlichkeit.¹⁾ Dazu gehört insbesondere, wo sie hergebracht ist, auch die gutsherrliche Gerichtsbarkeit. Da aber zu ihrer Ausübung eine besondere persönliche Eigenschaft — der Adel — erforderlich ist, so haben wir derselben eine eigene Erörterung gewidmet.

Da dieselben als Vorrechte oder als besondere Befugnisse bezeichnet wurden, so gehören alle jene Rechte zunächst

⁹⁾ Der Cedent behält in diesem Falle die freiwillige Gerichtsbarkeit, und ein Patrimonialgericht II. Classe; z. B. Regierungsblatt v. 1842 S. 473 (Nordendorf).

¹⁰⁾ Königl. Declaration v. 2. Oct. 1829 (H.-B. I. S. 305). Vgl. Zu Rhein, Zeitschr. B. I. S. 81 ff.

¹⁾ Sie hat sich aus mehreren geschichtlichen Vorgängen — dem ächten Eigenthum, der Grundherrschaft und der Vogtei — entwickelt. Vgl. Mittermaier, Grundsätze d. deutschen Privatr. (VI.) §. 172 ff.

nicht hieher, welche, dem gemeinen Rechte angehörig, auch den Besitzern freieigener Güter als solchen zustehen, wie das Recht der freien Benutzung und Verfügung.²⁾

Die einzelnen in der Gutsherrlichkeit enthaltenen Rechte sind

1) Nutzbare Rechte, welche den Gutsherrn ermächtigen, auf seinem oder auf fremden Eigenthume Handlungen vorzunehmen, zu welchen sonst nur der Regent oder der speciell vom Regenten Concessionirte befugt ist. Dahin sind zu zählen

a) das Jagd- und Fischereirecht,³⁾

b) das Forstrecht,⁴⁾

c) das Bergrecht,⁵⁾ so ferne diese Befugnisse erweislich hergebracht sind.

Soweit der Gutsherr diese Rechte auf seinem Grund und Boden ausübt, ist sein Eigenthum im engsten Sinne des Wortes ein volles; er ist selbst durch die landesherrlichen Regalien nicht beschränkt.

2) Solche Rechte, welchen von Seite dritter Personen, insbesondere von Seite der Besitzer bäuerlicher Anwesen die Pflicht zu einer positiven Leistung entspricht, welche der Gutsherr anzusprechen hat. Derartige Rechte sind

a) die aus dem getheilten Eigenthum entspringenden Gefälle, die grundherrlichen Gefälle und die besonderen Befugnisse in Ansehung derselben, von welchen im folgenden §. besonders gesprochen werden soll.⁶⁾

2) Edict VI. §§. 1 und 2.

3) Die Edelmanns- und Landsassenfreiheit gewährte ein persönliches Jagdrecht; allein sie hing von dem Vorhandenseyn der Gerichtsbarkeit ab. Ging diese verloren, so war auch die Edelmannsfreiheit verloren und folgeweise das auf ihr beruhende Jagdrecht. Eine Ausnahme s. im Gesetz v. 28. Dec. 1831 Art. IV. Nr. 4 (H.-B. I. S. 301).

4) Ueber den Inhalt desselben vgl. Mittermaier, Grundsätze des deutschen Privatr. §. 207. Eine Forstgerichtsbarkeit oder Polizei gewährt es nicht; s. oben §. 59.

5) Vgl. Mittermaier a. a. O. §. 243.

6) Die Zusammenwerfung der wesentlich verschiedenen hier in Betracht kommenden Rechte und die daraus entstehende Verwirrung zeigt sich besonders in v. Moy, Lehrb. B. I. S. 209.

b) Das Zehentrecht,⁷⁾ die Bodenzinse,⁸⁾ die Vogteireichnisse und insbesondere der Vogthaber,⁹⁾ wenn und so weit diese Rechte hergebracht sind. Es kommt daher vorzüglich auf die Particularrechte der einzelnen Provinzen an, in welchem Umfange diese Rechte dort anerkannt und üblich sind.

c) Das Recht auf Dienste, Frohnen, Scharrwerke, sofern dieselben gemessene sind.¹⁰⁾

d) Das Recht auf die Taxen für Ausfertigungen, welche bei der Ausübung der gutsherrlichen Rechte von dem Gutsherrn selbst oder ihren Beamten zu machen sind, wie für Consense zu Verpfändungen etc.¹¹⁾

3) Endlich sind den Gutsherrn gewisse Rechte hinsichtlich der Schulen und Kirchen ihres Bezirkes zugestanden; sie haben nämlich

a) das Recht, mit Bewilligung der Schuloberbehörde im Falle des Bedürfnisses neue Schulen zu errichten, und für sie sowohl als für die bereits bestehenden, so weit diess hergebracht ist, die Schullehrer zu präsentiren.¹²⁾

Eben so bleiben ihnen

7) Wegen des bayer. Rechts vgl. *Cod. bav. civ.* p. II. c. 10 und in Betreff des Klein-Zehents Plenarbeschluss des O.A.G. v. 19. Dec. 1844 (Regierungsblatt v. 1845 S. 24). Insoferne der Gutsherr Universal-Zehentherr ist, hat er auch das Recht auf den Noval-Zehent. Wegen Bamberg's s. Arnold in den Blättern f. R.A. B. X. S. 97 u. S. 180. — v. Sicherer, Dr., der Zehent nach gem. deutschen und bayer. Rechte. Neuburg, 1845. — Ueber die Fixirung der Zehenten des Staates s. Verordn. v. 8. Febr. 1825 (D. B. V. S. 333).

8) Ueber deren Unterschied von den grundherrlichen Gefällen sieh *Cod. civ. bav.* p. IV. c. 7 §. 33 Nr. 2.

9) Edict VI. §. 114. *Zur Rhein*, Zeitschr. B. II. S. 102. Daher denn auch die Judenschutzzelder, so weit sie hergebracht sind, noch fortbestehen. A. a. O. S. 223. Blätter für R.A. 1836 S. 242.

10) Edict VI. §. 8 und Verf.-Urk. Tit. IV. §. 7. — Andere Rechte, welche in der Gerichtsbarkeit wurzeln, wie z. B. die Recognitionen von Gewerben stehen den Gutsherrn nicht mehr zu. A. M. in *Zur Rhein*, Zeitschr. B. I. S. 197.

11) Vgl. Gesetz v. 28. Dec. 1831 Art. IV. Nr. 2 (H.-B. I. S. 301). Dieses Recht findet auch auf die sub Nr. 3 zu erwähnenden Befugnisse Anwendung. Ueber die Präsentations-Taxen s. A. E. v. 31. Aug. 1821 (D. B. VIII. S. 632).

12) Ed. VI. §. 21. Vgl. über die hievon unabhängige Schulpolizei oben §. 60, 3.

b) das Patronatsrecht und die damit verbundenen Ehrenrechte, sowie das Installationsrecht, wenn sie früher diese Rechte hatten.¹³⁾

II. Von den grundherrlichen Rechten insbesondere.

§. 65.

1) Von ihrer rechtlichen Natur und von den Arten derselben.

Die Grundherrlichkeit, d. i. der Inbegriff der aus dem *dominium directum* fließenden Rechte¹⁾ kann

1) begründet werden entweder durch Vertrag, wobei nur die von den bürgerlichen Gesetzen vorgeschriebene Form zu beobachten ist,²⁾ oder durch Verjährung, die aber freilich nur für die Vergangenheit als Rechtsgrund angeführt werden kann; neue grundherrliche Rechte können dadurch in Zukunft nicht begründet werden.³⁾

2) Die dem Gutsherrn als Grundherrschaft zustehenden Rechte sind theils

a) ständige Abgaben an Naturalien, Geld⁴⁾ oder Diensten, welche er von seinen Grundholden zu fordern befugt ist, theils

13) Edict VI. §§. 22—24. Vgl. oben §. 60 Nr. 4.

1) Die bayer. Gesetzgebung nennt diese Rechte, so weit sie fruchtbringend sind, Dominical-Renten.

2) Edict VI. §. 4. Der Siegelmässige kann derartige Verträge (Colonar-Verträge) ohne Mitwirkung der Obrigkeit errichten und fertigen. Edict VIII. §. 7. — Ob der Gegenstand vorher schon grundbar war oder nicht, ist irrelevant. Zu Rhein, Zeitschrift B. I. S. 304.

3) Edict VI. §§. 11, 22 u. a.

4) Die Abgabe in Geld nennt das bayer. Landrecht (p. IV. c. 7 §. 9 Stift, die in Natur Gilt. Zu der letzteren gehört denn insbesondere der sogen. Klein- oder Küchendienst. — Die Grundsätze, nach denen der Staat die Ablösung der ständigen grundherrlichen Gefälle gestattete, enthält die Verordn. v. 13. Febr. 1826 (D. B. V. S. 339). Durch Verordn. v. 21. April 1840 (Regierungsblatt v. 1840 S. 249 ff.) ward dieselbe insofern ausser Wirksamkeit gesetzt, als in Zukunft jede baare Ablösung eines solchen Gefälles der Genehmigung des Königs bedarf. — Wegen der Umwandlung der Naturalerzeugnisse in Geld (Adäration) s. die Verordn. v. 8. Febr. 1828 §. 23 ff. (D. B. V. S. 336).

b) Unständige Leistungen, wohin vorzüglich das Handlohn gehört.⁵⁾ Dieses darf in keinem Falle, derselbe betreffe auch noch so viele Theilnehmer, mehr als doppelt angesetzt werden. Das Quantum richtet sich nach den Saal- und Lagerbüchern und nach den Lokal-Statuten, wobei der Werth des Colonar-Gutes die Grundlage der Berechnung bildet. Vieh, Fahrniss und baares Geld dürfen in die Werthesumme nicht miteingerechnet werden, eben so wenig regelmässig der Werth der Häuser. Sollte übrigens vom Werthe der letzteren ein Handlohn herkömmlich seyn, so darf es nicht erhöht werden, d. h. es darf weder die Handlohnquote, noch der als Basis bei der Bestimmung des Handlohn's *in concreto* zu unterlegende Werth des Hauses erhöht werden. Beides muss in der Weise, wie es 1818 bestanden hatte, fortbestehen.⁶⁾

3) Die grundherrlichen Rechte können erlöschen

a) durch Verjährung — einzelne Leistungen in Folge der gewöhnlichen Verjährung, die Grundherrlichkeit überhaupt wohl nur in Folge der unvordenklichen.⁷⁾

b) Durch Ablösung von Seite des Pflichtigen. Die Unablösbarkeit kann nicht stipulirt werden. Damit es aber zur wirklichen Ablösung komme, müssen beide Theile über die Frage, ob und wie abzulösen sey, übereinstimmen.⁸⁾

c) Durch Consolidation, wenn der Gutsherr das *dom. utile* zurückerwirbt. Dieses kann aber insbesondere geschehen durch den Tod eines unbeerbten Grundholden, oder wenn das Gut leibfällig ist, durch den Tod des jeweili-

⁵⁾ So weit der Staat Grundherr, richtet sich die Fixation des Handlohns nach der Verordn. v. 19. Juni 1832 (D. B. V. S. 344). Die Ablösung, die hier unter gewissen Bedingungen gestattet war, ist, so weit sie durch Erlegung des Baar Betrags geschehen will, nur mit derselben Beschränkung zulässig, wie die Ablösung der ständigen Reichnisse. Dagegen die Ablösung in der Form eines Bodenzinses ist noch jetzt unbeschränkt möglich.

⁶⁾ Plenarbeschluss v. 27. Febr. 1840 (Moritz, Sammlung der Plenarbeschlüsse H. 1 S. 39). Eine kritische Beleuchtung desselben s. in den St.V. v. 1843 K.d. Ab. Beil. B. X. S. 509 ff. (Albrecht).

⁷⁾ Edict VI. §. 15.

⁸⁾ Edict VI. §. 6. Ueber die Art, wie die Ablösung bei Grundholden des Staats Statt findet, s. die nott. 4 und 5.

gen Colonus, oder durch freiwillige Veräußerung des Grundholden an den Grundherrschaft. ⁹⁾

Die Privation oder Caducität, d. h. der Heimfall des Gutes aus Strafe, ¹⁰⁾ so wie das gutsherrliche Einstandrecht bleiben aufgehoben. ¹¹⁾

§. 66.

2) Von den Mitteln, sie geltend zu machen, besonders von dem Pfändungsrechte.

Ist die Grundherrschaft überhaupt streitig, so kann die Geltendmachung nur auf dem ordentlichen Rechtswege geschehen. ¹⁾

Handelt es sich bloß um die Beitreibung einzelner grundherrlicher Leistungen, dann steht dem Gutsherrn unter gewissen Beschränkungen ein Recht der Selbsthülfe — die Pfändung — zu, so fern er vorher dieses Recht rechtmäßig hergebracht hatte. ²⁾ Es kann daher, auch wenn neue grundherrliche Rechte entstehen, jetzt nicht mehr entstehen. Was nun

1) die Forderungen betrifft, wegen deren der Gutsherr pfänden darf, so müssen sie aus dem Grundverbande entspringen, ³⁾ ständig, ⁴⁾ liquid und fällig seyn. Als liquid sind aber alle jene Rechnisse zu betrachten, welche in den hiefür gebräuchlichen Urkunden (Saal-, Lagerbüchern etc.)

⁹⁾ Vgl. *Cod. civ. bav.* p. IV. c. 7 §§. 19–23.

¹⁰⁾ Edict VI. §. 16. — In Fällen, wo sonst Caducität eintrat, hat nun der Gutsherr bloß das Recht, Schadensersatz zu fordern.

¹¹⁾ Edict VI. §. 19. Die §§. 16 und 19 schliessen sich an die §§. 81 und 84 des Edicts v. 28. Juli 1808 an (D. B. V. S. 174); daher erklärt sich der Ausdruck „bleiben“.

¹⁾ Ueber den Beweis derselben vgl. *Cod. civ. bav.* p. IV. c. 7. §. 25 und *Annot. ad loc. cit.* Nr. 2.

²⁾ Wo die Pfändung wegen Mangels der gesetzlichen Vorbedingungen nicht anwendbar oder überhaupt nicht hergebracht ist, da finden zur Geltendmachung der grundherrlichen Rechte die gewöhnlichen Rechtsmittel statt.

³⁾ Daher ist die Pfändung nicht zulässig wegen sogen. Gattergiltten, Bodenzinse.

⁴⁾ Daher ist sie wegen Laudemien nicht erlaubt.

verzeichnet und von den Grundholden früher nicht widersprochen sind. ⁵⁾

Welches der Gegenstand der Forderung sey, ob Naturalprästationen oder Geld, ist hinsichtlich des Pfändungsrechtes an sich gleichgiltig. ⁶⁾ Nur wenn Naturalfrohen von den Grundholden zu leisten sind, ist der Gutsherr blos berechtigt, dieselben auf Kosten der Pflichtigen leisten zu lassen, und dann diese Auslagen durch die Gerichte beizutreiben. ⁷⁾

2) Die Person, gegen die das Pfändungsrecht ausgeübt werden kann, ist der Grundhold, ohne dass es dann darauf ankäme, ob dieser unter der Jurisdiction eines Landgerichts oder eines anderen gutsherrlichen Gerichtes stehe. ⁸⁾

3) Die Art und Weise der Ausübung des Pfändungsrechtes ist verschieden, je nach dem Gegenstande der Leistung. Besteht dieser

a) in einer Naturalabgabe, so kann der Gutsherr die schuldigen Gegenstände selbst dem Grundholden abnehmen und für sich behalten. Nur darf er nie die besten Stücke wählen. ⁹⁾ Ist derselbe aber

b) eine Geldabgabe, sey es schon von Anfang an, oder in Folge geschehener Umwandlung der Naturalgefälle, so hat der Gutsherr das dem Grundholden abgenommene Pfand, welches nie in Ackergeräthen oder dem unentbehrlichen Vieh bestehen darf, unverzüglich an das einschlägige königliche Gericht abzugeben, um es dort abschätzen und versteigern zu lassen. ¹⁰⁾

⁵⁾ Edict VI. §. 121. Z u R h e i n , Zeitschrift B. I. S. 68 ff.

⁶⁾ Eine Beschränkung enthält der §. 125, indem die Auspfändung in Einem Jahre regelmässig nur auf die neue und eine alte Gilt ausgedehnt werden darf.

⁷⁾ Edict VI. §. 128.

⁸⁾ Edict VI. §. 118 Das ältere Recht schloss bei solchen Grundholden, welche unter einem anderen gutsherrlichen Gerichte standen, die Pfändung aus. *Cod. civ. bav.* p. IV. c. 7 §. 28. Nach dem Plenarbeschluss v. 10. Mai 1845 (oben §. 54 not. 8) wäre der eine Fall, den der §. 118 normirt (landgerichtliche Grundholden), gar nicht rechtlich möglich; — ein Grund mehr, wesshalb wir den Plenarbeschluss für unrichtig halten müssen.

⁹⁾ Edict VI. §. 119.

¹⁰⁾ Edict VI. §. 122.

Im Falle eines Missbrauches des Pfändungsrechtes geht dasselbe zum ersten Male auf 5 Jahre, für das zweite Mal auf Lebenszeit verloren. ¹¹⁾

Die früher gebräuchlichen Mittel, wodurch der Gutsherr seine Rechte geltend machen und sichern konnte, insbesondere das Recht der Abmeierung sind aufgehoben. — Auch die Forderung besonderer Rückstandszinsen oder eines höheren Betrages wegen Rückstandes findet nicht Statt. ¹²⁾

Dagegen hat der Gutsherr zur Sicherung seiner grundherrlichen Forderungen einen gesetzlichen Titel zur Erwerbung einer Hypothek auf dem grundbaren Gute. ¹³⁾

C. Von den Rechtsverhältnissen der besonders bevorrechteten Classen des Adels.

§. 67.

I. Von den Rechtsverhältnissen der Reichsritterschaft.

Die Rheinbundakte hatte die den Staaten des Königreichs Bayern enclavirten Besitzungen der bis dahin unmittelbaren Reichsritterschaft und diese selbst der Souveränität des bayerischen Regenten unterworfen, ohne irgend nähere Bestimmungen festzusetzen, nach denen ihre Verhältnisse zu Bayern zu beurtheilen waren. Die Festsetzung derselben blieb daher dem neuen Souverän überlassen. Die Declaration v. 31. Dec. 1806 ¹⁾ stellte die Reichsritterschaft im Ganzen dem einheimischen Adel gleich. — Die deutsche Bundesakte ²⁾ sicherte den reichsritterschaftlichen Familien

¹¹⁾ Edict VI. §§. 126 und 127. In den drei Beziehungen, die wir hervorhoben, kann ein Missbrauch vorkommen.

¹²⁾ Edict VI. §§. 14 und 16. Ein Rutscherzins findet daher nicht Statt. Ueber die Auslegung des §. 14 vergl. *Zu Rhein*, Zeitschrift B. II. S. 79.

¹³⁾ Hyp.-Gesetz v. 1822 §. 12 Nr. 3. — Ueber den Umfang dieses Rechtes vgl. *Gönnér*, Commentar zum angef. Gesetz B. I. S. 192. — Vgl. noch *Priorit.-Ordn.* v. 1822 §. 25, 2.

¹⁾ H.-B. I. S. 142 ff. Auth. erläutert durch Verordn. v. 25. Mai 1807 (D. B. IV. S. 27).

²⁾ Art. 14 *sub fin.* (H.-B. I. S. 506).

ein in allen Bundesstaaten gleichförmig zu gewährendes Minimum von Rechten zu.

Die Verfassungs-Urkunde von 1818 ist rücksichtlich der rechtlichen Stellung der Reichsritterschaft von dem Princip ausgegangen, dieselbe sey dem einheimischen Adel in allen Beziehungen, sowohl persönlichen als dinglichen, gleichzustellen, ³⁾ nur sollten dem ehemals reichsunmittelbaren Adel diejenigen besonderen und höheren Rechte verbleiben, welche ihm die Declaration vom 31. Dec. 1806 eingeräumt hatte, vorausgesetzt, dass dieselben mit der Verfassung des Reichs vereinbar sind. ⁴⁾ Die besonderen höheren Rechte, welche der ehemaligen Reichsritterschaft diesem Grundsatz gemäss zukommen, beschränken sich auf nachfolgende Punkte:

1) Die ehemals unmittelbaren Adeligen haben das Recht, ihren Wohnsitz in jedem Staate des deutschen Bundes, so wie in jedem mit demselben in Frieden lebenden Staate zu nehmen, wenn sie nur den Verbindlichkeiten als Forensen Genüge leisten. ⁵⁾

2) Ihre Familiengesetze werden, so weit sie solche Fideicommissse betreffen, welche 1818 noch in ihrem alten Complexe bestanden, und nicht inzwischen an andere Besitzer übergegangen sind, aufrecht erhalten. Bei neuen Dispositionen, mögen diese die Errichtung oder Vermehrung des Fideicommisses betreffen, haben die Reichsritter die Bestimmungen des Edict VII. zu beobachten. ⁶⁾

3) Was ihre gutsherrlichen Rechte, und die ihnen zukommenden Gefälle betrifft, so verlieren sie zwar alle jene Einkünfte, welche als Steuern entrichtet wurden, und zwar in der Regel, ohne dass sie dafür entschädigt würden. ⁷⁾

3) Eine Beschwerde, welche die Mitglieder der Reichsritterschaft dagegen erhoben, ward durch eine umfassende A.E. v. 7. Dec. 1818 ablehnend beschieden (H.-B. I. S. 152).

4) Edict VI. §. 136.

5) Declar. v. 1806, lit. A, 7. A.E. v. 1818, I. Rücksichtlich des Rechtes, in fremde Dienste zu treten, gilt für sie nichts Besonderes.

6) Edict VI. §§. 104 und 105.

7) Declar. v. 1806, B. V, A, Nr. 1 und 2.

Allein die Declaration von 1806 hat nach beiden Beziehungen Ausnahmen zugelassen; — nämlich

a) Sie lässt ihnen die Abgabe in folgenden Fällen:

α) Wenn ein adeliger Gutsbesitzer von seinen eigenen Gütern einige an seine Unterthanen überlassen und darauf eine Steuer gelegt hat, so soll diese als grundherrliche Abgabe dem Adeligen verbleiben.⁸⁾

β) Wenn beide⁹⁾ durch einen besondern Vertrag mit den Unterthanen oder durch ein rechtmässiges Herkommen eingeführt und in eine ständige, unveränderliche Abgabe übergegangen sind.¹⁰⁾

γ) Wenn der Grund der Abgabe die Lehensherrlichkeit ist.¹¹⁾

b) Entschädigung hat die Declaration zugesagt:

α) Wenn eine vormals landesherrliche Steuer mit einem Gute gekauft und von dem Besitzer als Privatsteuer bezogen wurde;¹²⁾

β) Wenn ein adeliger Gutsbesitzer einen Strassen-District selbst als Chaussee hergestellt, und nicht bereits aus dem Bezuge der Weggelder Ersatz der Auslagen erhalten hat;¹³⁾

γ) Bei den vermischten Gefällen, welche ihren Grund nach der vormaligen Verfassung theils in der Landeshoheit, theils in den grundherrlichen Verhältnissen, theils in der Gerichtsbarkeit haben.¹⁴⁾

δ) Für die früher bezogenen Consumtions-Auflagen wurde den reichsritterschaftlichen Familien im Verhältniss ihres Titels und Bezuges billige Entschädigung verheissen.¹⁵⁾

8) Angef. Declaration a. a. O. Nr. 5.

9) Steuer und grundherrliche Abgabe?

10) Angef. Declaration a. a. O. Nr. 6.

11) A. a. O. B. V, F.

12) A. a. O. V, A, Nr. 4.

13) A. a. O. V, E, Nr. 1.

14) A. a. O. Nr. 2.

15) A. a. O. V, A, Nr. 8.

In allen übrigen Beziehungen stehen die Reichsritter rechtlich ¹⁶⁾ dem landsässigen Adel vollkommen gleich. Nur gibt der Umstand, dass ihnen ein Minimum von Rechten durch die Bundesacte garantirt ist, denjenigen, welche etwa darin verletzt zu seyn behaupten, das Recht, den Recurs an die Bundesversammlung zu ergreifen. ¹⁷⁾

II. Von den Rechtsverhältnissen der Standesherrn.¹⁾

§. 68.

1) Von den Standesherrn und ihrer rechtlichen Stellung im Allgemeinen.

Durch die Stiftung des Rheinbundes hatten mehrere Familien die Landeshoheit und Reichsstandschaft, welche sie bis dahin inne gehabt hatten, eingebüsst, und waren der Souveränität ihrer früheren Mitstände subordinirt worden. ²⁾ Um ihre rechtliche Stellung zu dem neuen Souverän den Subordinations-Bedingungen der Rheinbundacte ³⁾ entsprechend zu gestalten und zu regeln, erging eine besondere k. Declaration vom 19. März 1807. ⁴⁾

Die deutsche Bundesacte, den durch die Rh.-B.-Acte begründeten Rechtszustand anerkennend, suchte demselben eine für alle deutschen Staaten verbindliche, gleichförmige Basis zu geben; sie stellte daher in Art. 14 die Hauptprincipien für die Normirung der standesherrlichen Verhältnisse auf, und suchte deren gleichmässige Durchführung dadurch

¹⁶⁾ Factisch ist der Gehalt ihrer Rechte grösser, da sie im Besitze der Rechte blieben, welche sie als Regalien erwarben.

¹⁷⁾ Vgl. das Nähere über die Voraussetzungen eines solchen Recurses in Wien. Schl. A. v. 1820 Art. 63 und Bundesbeschluss v. 26 Sept. 1842. Derselbe ist aber, wenn wir nicht irren, in Bayern nicht publicirt worden.

¹⁾ Dresch, von den Rechtsverhältnissen der Standesherrn nach deutschem und bayer. Staatsr. in seinen Abhandlungen S. 121 ff. und J. C. Kohler, die staatsrechtlichen Verhältnisse des mittelbar gewordenen, vormals reichsständischen Adels in Deutschland. Sulzbach, 1844.

²⁾ Man nannte sie, das Reich als fortdauernd gedacht, Mediatisirte.

³⁾ Die Art. 24–28, 30–32 gehören vorzugsweise hierher.

⁴⁾ H.-B. I. S. 158 ff.

zu sichern, dass sie *in subsidium* die erwähnte bayr. Declar. v. 1807 als Basis und Norm in den einzelnen Bundesstaaten anzuwenden gebot. Dieser bundesrechtlichen Verpflichtung zu genügen, ward denn bei Erlassung der Verf.-Urk. v. 1818 über die staatsrechtlichen Verhältnisse der Standesherrn ein besonderes Edict (als Beilage IV. der Verf.-Urk.) erlassen, dem die Declaration von 1807 zu Grunde liegt, und neben welchem diese in den nicht abgeänderten Bestimmungen noch immer Gültigkeit hat. ⁵⁾

Auf die Vorrechte der Standesherrn (die Standesherrlichkeit), welche das IV. Edict gewährt, haben Anspruch:

1) Die deutschen Standesherrn, d. h. jene fürstlichen und gräflichen Häuser, welche bis zum Jahre 1806 im Besitze der Reichsstandschaft waren, diese aber in Folge der Rheinbundacte oder später verloren, und fortan Unterthanen des Königs von Bayern wurden. ⁶⁾

2) Die bayer. Standesherrn, d. h. solche an sich landsässige Familien, welche die Privilegien der Standesherrn nur in Folge besonderer königlicher Verleihung geniessen; sie gehören eben darum an sich nicht zum hohen deutschen Adel. ⁷⁾

2) Von den Rechtsverhältnissen der deutschen Standesherrn.

§. 69.

a) Von den persönlichen Vorrechten derselben.

Die persönlichen Vorrechte der Standesherrn sind theils solche, die nur den Häuptern ¹⁾ der standesherrlichen

⁵⁾ Edict IV. §. 65. Die Beschränkung, welche der §. 136 des Edicts VI. rücksichtlich der Declaration v. 31. Dec. 1806 statuirt (dass die Normen mit der Verf.-Urkunde vereinbar seyen), ist hier nicht beigefügt.

⁶⁾ Edict IV. §. 1. Welche Familien diess seyen, s. bei Kohler, a. a. O. S. 208.

⁷⁾ Sie können aus einem andern Gesichtspunkte, etwa weil sie ehedem Landeshoheit hatten, dem hohen deutschen Adel angehören, oder völkerrechtlich demselben gleichstehen. — Hierher gehören die Familien Leuchtenberg, Pappenheim und Giech.

¹⁾ Die Rheinbundacte gebraucht dafür die Bezeichnung: „*Les princes et comtes actuellement regnans*“.

Familien, theils solche, die auch den übrigen Familiengliedern zukommen. Zu den Rechten der Familienhäupter gehören:

a) Sie führen als Fürsten das Prädicat »Durchlaucht,«²⁾ als Grafen »Erlaucht.«³⁾ — Ihre Benennung hat nur nach ihren Stammgütern und Herrschaften zu geschehen.⁴⁾

b) Sie dürfen sich eine aus Eingebornen bestehende Ehrenwache in den Schlössern ihres Wohnsitzes halten.⁵⁾

c) In peinlichen Fällen werden sie durch ein Gericht von Ebenbürtigen gerichtet, das der König, nachdem die Untersuchung durch das einschlägige Appellationsgericht beendet ist, aus 6—8 Standesherrn, eventuell aus Reichsräthen, unter dem Vorsitze des Präsidenten des Ober-Appellationsgerichts, resp. des Justizministers zusammensetzt.⁶⁾

d) Die Vormundschaft über Familienglieder wird von ihnen bestellt, wenn sie nicht selbst betheiligt sind. Die Oberaufsicht über standesherrliche Vormundschaftssachen führt das Justizministerium.⁷⁾

e) Nicht streitige Verlassenschaftsverhandlungen, welche ein Mitglied der Familie betreffen, kann das Haupt des Hauses durch seine Kanzlei vornehmen lassen.⁸⁾

f) Sie sind erbliche Reichsräthe, so lange sie im Besitze ihrer ehemals reichsständischen Besitzungen bleiben.⁹⁾ Unter derselben Voraussetzung haben sie Antheil am Landrathe.¹⁰⁾

2) Bundesbeschluss v. 18. Aug. 1825 (H.-B. I. S. 170).

3) Bundesbeschluss v. 13. Febr. 1829 (H.-B. I. S. 171).

4) Edict IV. §. 2 Abs. 2.

5) Edict IV. §. 13.

6) Edict IV. §. 8.

7) Edict IV. §. 10. Ob die dem Justiz-Ministerium eingeräumte Ober-Aufsicht identisch sey mit „Obervormundschaft überhaupt“, ist in neuester Zeit controvers geworden. Blätter für R.-A. B. X. S. 188. Die hier referirte Ansicht bekämpfend: Dr. Hellmuth, über die obrigkeitliche Zuständigkeit in standesherrl. Vormundschaftssachen, München, 1845. Dagegen wieder Blätter für R.-A. B. XI. S. 360.

8) Edict IV. §. 7.

9) Verf.-Urk. Tit. VI. §. 2 Nr. 4.

10) Landraths-Ges. v. 15. Aug. 1828 §. 7 (H.-B. I. S. 419).

Die s ä m m t l i c h e n Familienglieder haben, entsprechend ihrer persönlichen Stellung, der zufolge sie zum hohen Adel gehören, und mit den souveränen deutschen Häusern ebenbürtig sind,¹¹⁾ an folgenden Vorrechten Theil:

a) Ihre nach den Grundsätzen der früheren deutschen Verfassung noch bestehenden Familienverträge¹²⁾ bleiben aufrecht erhalten,¹³⁾ und sie haben die Befugniß, über ihre Güter und Familienverhältnisse verbindliche Verfügungen zu treffen; beide müssen aber dem Souverän zur Einsicht und Bekanntmachung vorgelegt werden.¹⁴⁾

b) Es steht ihnen frei, in jedem zum deutschen Bunde gehörigen oder mit demselben in Frieden lebenden Staate ihren Aufenthalt zu nehmen, und in die Dienste desselben zu treten.¹⁵⁾

c) Sie haben das Recht eines privilegierten Gerichtsstandes, und zwar ist dieser bei demjenigen Appellationsgerichte begründet, in dessen Sprengel sie wohnen, resp. begütert sind.¹⁶⁾

d) Sie sind von aller Militärpflicht frei (nicht aber von der Pflicht, in anderer Art zur Vertheidigung des Vaterlandes mitzuwirken.)¹⁷⁾

e) Sie genießen das besondere Ehrenrecht, dass in den standesherrlichen Orten das Kirchengebet nach dem Sou-

11) Deutsche Bundesacte Art. 14 lit. a und Edict IV. §. 1.

12) Vgl. Schlund, die Giltigkeit der Hausgesetze des hohen deutschen Adels. München, 1842.

13) Sie waren auch zur Zeit des Rheinbundes nicht aufgehoben worden, daher konnte der Gesetzgeber sagen: „Sie bleiben etc.“ Schlund, a. a. O. S. 24.

14) Edict IV. §. 9. Eine Bestätigung (wie sie die Declaration v. 1807 (lit. A, 12) forderte) von Seite des Regenten, ist zu ihrer Giltigkeit nicht nothwendig.

15) Edict IV. §. 5 und Edict I. §. 14.

16) Edict IV. §. 6. Blätter für R.-A. 1837 S. 299 und 1845 S. 123.— Den fremden Standesherrn kommt in Bayern das privilegierte Forum auf Grund des Art. 14 der Bundesacte zu.

17) Edict IV. §. 11 vgl. mit Verf.-Urkunde Tit. IX. §. 1. Der §. 11 gibt den Standesherrn viel mehr, als die Bundesacte Art. 14 Nr. 4.

verän auch für das Haupt des standesherrlichen Hauses und dessen Familie verrichtet werden darf. Für den Herrn, seine Gemahlin und den nächsten Nachfolger darf ein Trauerge-
läute von 3 Wochen (von den standesherrlichen Stellen und Beamten eine Trauer von 6 Wochen), für einen Nachgeborenen von 14 Tagen beobachtet werden. ¹⁸⁾

§. 70.

b) Von ihren dinglichen Vorrechten.

Rücksichtlich ihrer **Besitzungen** sind den Standesherrn viele Rechte eingeräumt worden, welche zum Theil aus ihrer früheren Stellung fließen, und die Landeshoheit, wenn auch nicht zur Quelle haben, so doch ihretwegen, weil sie den Standesherrn früher zukam, belassen wurden. ¹⁾ Als solche sind zu nennen

1) Eine sehr ausgedehnte **Autonomie** in Ansehung ihrer Besitzungen und Rechte. ²⁾

2) Sie behalten die früher besessene **Gerichtsbarkeit** bei, ³⁾ und üben dieselbe in ihren Gebieten in I. Instanz durch **Stadt- und Herrschafts-Gerichte** aus, ⁴⁾ welche mit den k. Stadt- und Landgerichten gleiche **Competenz** (also in Strafsachen bloß die Untersuchung) haben. ⁵⁾ Die etwa her-

¹⁸⁾ Edict IV. §. 4.

1) Die Rechte, welche bloß Ausflüsse der Landeshoheit sind, müssen mit dem Wegfallen dieser aufhören. Die den Standesherrn zukommende Gerichtsbarkeit kann dagegen nicht angeführt werden (wie es in den Blättern für R.-A. B. X. S. 185 geschieht); denn sie ward ihnen ausdrücklich vorbehalten.

2) Vgl. z. B. Edict IV. §§. 16, 17, 31, 58, 61.

3) Bloß von dem Besitzstande zur Zeit der Mediatisirung hängt es ab, ob und in wie weit die Standesherrn Gerichtsbarkeit haben — Die Erfordernisse, welche das Edict VI (§§. 27, 28) zur Begründung der gutsherrlichen Gerichtsbarkeit statuirt, fallen daher hier hinweg. Vergl. königl. Declar. v. 1807, D, 1 (H.-B. I. S. 161).

4) Sie gelten nur in so ferne als standesherrlich, als ihre **sämmtlichen Bestandtheile** vordem reichsständisch waren. M.-E. v. 17. Sept. 1821 (D. B. IV. 173).

5) Wo sonst die **Kreisgerichte** zuständig wären, da ist ihre Competenz ausgeschlossen. A.-E. v. 15. Juni 1821, B. V (D. B. IV. S. 56).

gebrachte ⁶⁾ mittlere (also in Civilsachen die II., in Strafsachen die I. erkennende Instanz). Gerichtsbarkeit kann nur durch ein, gleich den k. Gerichtshöfen constituirtes und besetztes Collegium ⁷⁾ (Justizkanzlei genannt) verwaltet werden, das gleiche Competenz mit den k. Appellations-Gerichten hat; nur kann es in Civilstrafsachen nie als II. Instanz erkennen. ⁸⁾

Die Oberaufsicht über die standesherrlichen Justizstellen kommt dem Ober-Appellationsgerichte zu, wobei es den Standesherrn unbenommen ist, von dem Stande der Justizverwaltung bei ihren Stellen Einsicht zu nehmen. ⁹⁾

3) In Hinsicht auf die Polizeiverwaltung steht den Standesherrn in ihren Gebieten die untere (sowohl Local- als Distrikts-Polizei zu); die obere kann blos durch die königl. Behörden ausgeübt werden. ¹⁰⁾

Die ihnen zukommenden polizeilichen Gerechtsame werden ausgeübt:

a) In I. Instanz durch die standesherrlichen Stadt- und Herrschaftsgerichte (in Städten mit magistratischer Verfassung übt der Magistrat unter ihrer Aufsicht die Localpolizei aus,) ¹¹⁾ welche gleiche Befugnisse, wie die k. Landgerichte haben. ¹²⁾

b) In II. Instanz ist die Polizeiverwaltung auch für die standesherrlichen Gebiete regelmässig den Kreisregierungen

⁶⁾ Das bayer. Recht nimmt sonach nicht auf die Grösse der Besetzung Rücksicht, wie diess die Bundesacte Art. 14 Nr. 4 thut.

⁷⁾ Ueber die Besetzung vgl. Strafgesetzb. Thl. II. Art. 13 u. 48.

⁸⁾ Edict IV. §§. 19 und 20. In Wechsel- und Merkantilsachen sind sie gleichfalls nicht zuständig, da die standesherrlichen Gerichte I. Instanz in diesen Sachen nicht competent sind. — Nach besonderen Grundsätzen ist die Justizkanzlei des Fürsten von Thurn und Taxis zu beurtheilen. Königl. Declar. v. 27. März 1812 (D. B. IV. S. 169).

⁹⁾ Edict IV. §§. 24 und 25. — Die Ausübung dieser Oberaufsicht ist näher bestimmt durch A.-E. v. 15. Juni 1821 (D. B. IV. S. 50 ff.)

¹⁰⁾ Edict IV. 26. In gemischten Orten hat die Analogie von Edict VI. § 85 zu entscheiden, zu welcher Districtspolizeibehörde sie gehören. M.-E. v. 21. Juni 1826 (H.-B. I. 179, not. 6).

¹¹⁾ R.G.E. §§. 67 und 68. Vgl. M.-E. v. 4. Juli 1836 (H.-B. I. S. 189 not. 17).

¹²⁾ Edict IV. §§. 31 und 32.

gen übertragen. — Doch können jene Standesherrn, welche ein geschlossenes Gebiet von 14 — 20,000 Einwohnern besitzen,¹³⁾ für Gegenstände der Polizei eine II. Instanz — eine Regierungskanzlei — errichten, und hiezu das für die Justizpflege bestimmte Collegium verwenden, das dann den Namen Regierungs- und Justizkanzlei führt.¹⁴⁾

Ist eine solche Behörde organisirt, so steht ihr die Verwaltung der Polizei in demselben Umfange zu, wie den k. Regierungen, so weit diesen nicht einzelne Gegenstände besonders vorbehalten sind.¹⁵⁾ Die standesherrlichen Polizeibehörden I. Instanz sind ihr untergeordnet, sie übt die Disciplin über sie aus, und entscheidet als II. Instanz in administrativ-contentiösen Sachen.¹⁶⁾

Besteht eine eigene Regierungskanzlei nicht, dann sind die standesherrlichen Unterbehörden der k. Kreis-Regierung unmittelbar untergeben.¹⁷⁾ — Doch kann sich der Standesherr selbst von seinen Beamten Bericht erstatten lassen, und Entschliessungen darauf ertheilen, so weit diese blos zur Vollziehung der allgemeinen Landesgesetze dienen.¹⁸⁾

4) In kirchlichen Angelegenheiten üben die Standesherrn die Kirchenpolizei durch ihre Behörden in demselben Umfange, wie die k. Behörden.¹⁹⁾ — Wo in standesherrlichen Gebieten eigene protestantische Consistorien bestehen, oder ehemals bestandene wieder hergestellt werden wollen, haben diese die Consistorialsachen (auch die streitigen) in der für die k. Consistorien vorgeschriebenen Weise zu verhandeln und zu entscheiden. Ausserdem gehören die Consisto-

¹³⁾ Der frühere Besitz ist daher für sich nicht hinreichend.

¹⁴⁾ Edict IV. §. 33.

¹⁵⁾ Edict IV. §. 29 zählt die Gegenstände auf (14), welche dem unmittelbaren Wirkungskreise der königl. Kreisregierungen vorbehalten seyn sollen.

¹⁶⁾ Edict IV. §§. 34, 35 und 38.

¹⁷⁾ Edict IV. §. 39. Ueber die Berichtsform der standesherrlichen Personen s. ibid. §. 40.

¹⁸⁾ Edict IV. §§. 31, 36. Vergl. §. 16.

¹⁹⁾ Edict IV. §. 47.

rialsachen zur Sphäre des einsschlägigen k. Consistoriums.²⁰⁾ Unabhängig von diesem Antheil an den Episcopalrechten bleibt den Standesherrn das Patronatrecht, wo sie es hergebracht haben.²¹⁾

5) Die zur Ausübung dieser Hoheitsrechte erforderlichen Beamten werden von den Standesherrn unter Beobachtung der allgemeinen Qualificationsvorschriften angestellt, und ihnen durch einen Diensteseid verpflichtet. Selbe geniessen mit den k. Beamten derselben Kategorie gleiche Rechte.²²⁾ — Die Verleihung von höheren Titeln, als ihren Behörden gemäss ist, so wie die Abordnung von Agenten mit diplomatischem Charakter an fremde Souveräne ist den Standesherrn nicht gestattet.²³⁾

Doch dürfen sie mit auswärtigen Staaten dann unmittelbar verhandeln, wenn sie mit denselben wegen dort befindlicher Besitzungen, oder wegen Lehen- und Dienstverhältnissen in Berührung kommen.²⁴⁾

6) In allen übrigen Beziehungen steht ihr Vermögen unter den allgemeinen Grundsätzen; Alles, was zu ihrem Eigenthume gehört, muss ihnen daher belassen werden. Dahin sind vorzugsweise auch ihre gutsherrlichen Rechte zu zählen.²⁵⁾ Eigenthümlich ist nur, dass ihnen auch ihre Activlehen verblieben, dass sie also, obwohl Unterthanen, noch Lehensherrlichkeit haben können,²⁶⁾ was sonst das bayer. Recht für unvereinbar erklärt.²⁷⁾

²⁰⁾ Edict IV. §§. 44–46.

²¹⁾ Edict IV. §. 48.

²²⁾ Edict IV. §§. 14, 21, 22, 23, 41 und 64.

²³⁾ Edict IV. §§. 15 und 61.

²⁴⁾ Edict IV. §. 15. Abs. 1.

²⁵⁾ Edict IV. §§. 49 und 50. Die Nachsteuer ist ihnen, wo sie überhaupt erhoben werden darf, unbedingt gelassen. ib. §. 51. Vgl. dagegen Edict VI. §. 115.

²⁶⁾ Edict IV. §. 57.

²⁷⁾ Lehen-Edict v. 7. Juli 1808 §. 22 (Novellen zum Landrecht S. 547). — Von besonderen Pflichten der Standesherrn mündlich.

§. 71.

c) *Besondere Vorrechte in Ansehung der Besteuerung.*

Die Vorschrift der d. Bundesacte, dass die Standesherrn insbesondere in Ansehung der Besteuerung die privilegiirteste Classe von Unterthanen bilden sollen, ¹⁾ hat die bayer. Regierung in folgender Weise in Ausführung gebracht:

- 1) Sie sind von allen Personalsteuern frei. ²⁾
- 2) In Ansehung aller übrigen Staatslasten geniessen sie regelmässig keine Begünstigung. Nur wird ihnen für ihre Person das Drittheil der sie treffenden directen ordentlichen Steuern in der Art erlassen, dass ihnen entweder eine beständige, diesem Drittheile gleichkommende Rente bei einem kön. Rentamte angewiesen oder das dieser Rente entsprechende Capital an ihren Schulden vom Staate übernommen wird. — Zudem sind die Schlösser, die sie bewohnen, von der Haussteuer frei. ³⁾ —

Dagegen geniessen sie keine Befreiung

a) hinsichtlich der indirecten Steuern; — nur die Naturalproducte und Gefälle aus ihren ausländischen an ihre diesseitigen Herrschaften angränzenden Besitzungen dürfen sie mauthfrei einführen. ⁴⁾

b) Bei ausserordentlichen Auflagen ⁵⁾ haben sie nach dem allgemeinen Steuerfusse ⁶⁾ zu concurriren.

¹⁾ Art. 14 lit. b.

²⁾ Edict IV. §. 53. Die Befreiung von Chausseegeld (§. 56) ist jetzt kein besonderes Vorrecht, da nach Verordn. v. 24. Aug. 1840 (Regierungsblatt v. 1840 S. 569) die Erhebung eines solchen überhaupt suspendirt ist.

³⁾ Edict IV. §. 53. Die Begünstigung ist eine rein persönliche; sie hört daher auf, sobald die standesherrlichen Besitzungen an einen Nichtstandesherrn kommen. A.E. v. 29. April 1820 (D. B. IV. S. 129).

⁴⁾ Edict IV. §. 56.

⁵⁾ Also z. B. zu Kriegssteuern, zur Peräquation der Kriegslasten u. s. w.

⁶⁾ d. h. nach dem Verhältnisse des Betrages der den Standesherrn rechnungsmässig treffenden Steuer, nicht nach Verhältniss der von ihm wirklich gezahlten Auflagen. Vgl. A.E. v. 2. März 1819 (H.-B. I. S. 196 not. 24).

Nur die Schlösser, die sie bewohnen, sind von der Einquartierung königlicher Truppen befreit.⁷⁾

3) Was die Umlagen für particuläre Zwecke betrifft, so haben die Standesherrn

a) zu den Kreisumlagen nach dem allgemeinen Steuerfusse beizutragen.

b) Bei Gemeindeumlagen sind sie nur in so weit concurrenzpflichtig, als sie Vortheile aus dem Gemeindeverbande ziehen.⁸⁾ Soweit sie in einer Gemeinde bloß Dominicalien besitzen, sind sie schon überhaupt regelmässig frei.⁹⁾ Dieselben Grundsätze müssen wohl hinsichtlich der Districtsumlagen gelten.

Die Abgaben, welche die Standesherrn selbst in ihrer früheren Eigenschaft als Landesherrn erhoben, können fortan nur in die Staatscasse fließen, insbesondere alle Steuern,¹⁰⁾ ebenso aber auch die in Folge des *jus fisci* bezogenen Gefälle.¹¹⁾

§. 72.

d) *Von den Bedingungen zur Ausübung und von dem Verluste der standesherrlichen Rechte.*

1) Um die Standesherrlichkeit ansprechen zu können, ist erforderlich:

a) Die Familie muss bis zum Jahre 1806 reichsständisch gewesen seyn; das Edict IV. hebt diese Eigenschaft als die entscheidende hervor.¹⁾

7) Edict IV. §§. 54 und 12.

8) Edict IV. §. 55. Gesetz, die Gemeinde-Umlagen betr. v. 22. Juli 1819, Art. III. Nr. 1 (H.-B. II. 276).

9) Angef. Gesetz v. 1819 Art. III. Nr. 2. S. jedoch ibid. Art. IV.

10) Die Declaration von 1807 lit. H. gibt die Merkmale an, nach welchen zu beurtheilen seyn soll, ob eine Abgabe eine landesherrliche oder bloß eine gutsherrliche war. Der Zweck, die Verwendung, nicht der Name soll vorzugsweise entscheiden.

11) Vgl. Hertel im Archiv für civ. Praxis B. VII. S. 242. A. M. Zö p fl, Staatsrecht, Anhang §. 60.

1) Edict IV. §. 1. Daher ist z. B. die Familie Giech nicht standesherrlich. Vgl. A. E. v. 21. Oct. 1819 (D. B. IV. S. 186).

b) Das einzelne Mitglied muss in hausgesetzlich giltiger Weise von einer solchen Familie abstammen. Kinder aus einer ungleichen Ehe können daher nicht als befugt zur Ausübung standesherrlicher Rechte angesehen werden.

c) Die Familie muss sich im Besitze ihrer ehemals reichsständischen Besitzungen befinden, welche im Königreiche gelegen sind.²⁾

d) Die Familie muss der bayer. Adelsmatrikel einverleibt seyn.³⁾

Erst wenn diese sämtlichen Bedingungen erfüllt sind, kann Jemand auf den Genuss der standesherrlichen Vorrechte Anspruch machen.⁴⁾

2) Die Standesherrlichkeit kann für den Inhaber nur dadurch verloren gehen, dass er seine ehemals reichsständischen Besitzungen, sey es im Wege der freiwilligen Veräußerung oder auf sonst irgend eine Weise verliert. Je nach dem Umfange, in welchem dieser Grund eintritt, ist auch der Verlust der standesherrlichen Rechte verschieden, und zwar in folgender Weise:

a) Verliert eine standesherrliche Familie alle ihre ehemals reichsständischen Besitzungen,⁵⁾ so erlöschen nicht blos alle rein dinglichen, sondern auch jene persönlichen Vorrechte von selbst, welche nur unter der Voraussetzung der dinglichen, und mit Rücksicht auf diese zugestanden wurden, wie das Recht der Ebenbürtigkeit und des hohen Adels.

b) Geht der Standesherr der in Bayern gelegenen ehemals reichsständischen Besitzungen verlustig, so hören die dinglichen Vorrechte für denselben in Bayern auf, also insbesondere die erbliche Standschaft, das Steuerprivilegium u. s. w.

²⁾ Vgl. Verf.-Urk. Tit. VI. §. 2, Nr. 4 und Edict IV. §. 55.

³⁾ Edict V. §. 8. Vgl. M. E. v. 1. Aug. 1830 (D. B. V. S. 49).

⁴⁾ Daraus folgt von selbst, dass der blosse Besitz von standesherrlichen Gütern ohne die persönliche Qualität die Standesherrlichkeit nicht gewähren könne. Nur die eigentlichen Realrechte gehen auf jeden Erwerber über.

⁵⁾ Man nennt solche Personen standesherrliche Personalisten. Dr. M. Th. Mayer, die Personalisten, München, 1843.

c) Werden die Besitzungen bloß verringert, so mindert sich bloß der Umfang der einzelnen standesherrlichen Rechte (z. B. des Steuerprivilegiums), diese selbst bleiben bestehen.

Im Falle ein Mangel persönlicher Art eintreten sollte, wie Verlust des Adels, würde die Standesherrlichkeit nur suspendirt, nicht verloren werden.

§. 73.

2) Von den Rechtsverhältnissen der bayerischen Standesherrn.

1) Durch besondere Declaration v. 15. Nov. 1817 und A. R. v. 31. Dec. 1834¹⁾ wurden dem Herzoge von Leuchtenberg alle jene Vorrechte verliehen, welche den Standesherrn zukommen. Der Chef des Hauses folgt im Range unmittelbar den Prinzen des k. Hauses.²⁾ Eigenthümliches, gegenüber den standesherrlichen Vorzügen, findet in folgenden Beziehungen Statt:

a) die Familien - Verträge, Successions - Ordnungen und Vormundschaftsbestellungen bedürfen zu ihrer Giltigkeit der königl. Bestätigung.³⁾

b) Da der Herzog seine Gerichtsbarkeit und Polizei dem Staate abgetreten hat, so können die in dieser Rücksicht den Standesherrn zustehenden Rechte auf ihn nicht angewendet werden. Er hat bloß in seiner Residenz zu Eichstädt die niedere Polizei über sein Dienstpersonale.⁴⁾

c) Der Ersatz des Drittheils der zu leistenden directen Steuer findet auf ihn keine Anwendung.⁵⁾ Dagegen genießt der Herzog Zollfreiheit rücksichtlich aller zu den Bedürfnissen seines Hauses erforderlichen Consumtibilien.⁶⁾

d) Der Herzog kann sich wegen Verletzung oder Vorenthaltung ihm gebührender Rechte nicht an die Bundesversammlung wenden.

¹⁾ D. B. IV. S. 155 und 164.

²⁾ Angef. Declaration v. 1817 Tit. 1 Art. 5. A. R. v. 1834, IV.

³⁾ A. a. O. Art. 10. A. R. v. 1834, IX.

⁴⁾ A. E. v. 12. Febr. 1832 (D. B. IV. S. 163).

⁵⁾ Königl. Declaration v. 1817 Tit. VIII. §. 6.

⁶⁾ A. a. O. §. 4.

2) An der Mehrzahl der standesherrlichen Vorrechte nimmt auch die gräfl. Giech'sche Familie Theil, obwohl sie weder reichsständische noch reichsunmittelbare Besitzungen hatte. ⁷⁾

Für die Giech'sche Herrschaft Thurnau besteht ein besonderes Consistorium, welches mit den standesherrlichen gleiche Rechte hat. ⁸⁾

3) Die Familie Pappenheim, obwohl an sich nur ritterschaftlich, hat alle Vorzüge, welche den Standesherrn zukommen, durch besondere königl. Verleihung erhalten. ⁹⁾

4) Auch die Verhältnisse des Fürsten v. Thurn und Taxis zur bayerischen Regierung sind in mannigfacher Beziehung singulärer Natur. ¹⁰⁾

III. Von den Rechtsverhältnissen der Glieder des königlichen Hauses. ¹⁾

§. 74.

1) Von den zum königlichen Hause gehörigen Personen und ihren Rechtsverhältnissen im Allgemeinen.

1) Die Mitglieder des königl. Hauses bilden, ihrer äusseren Stellung entsprechend, die rechtlich am meisten ausgezeichnete Klasse von Unterthanen. Es ist daher vor Allem die Frage wichtig, wer denn als Mitglied des königl. Hauses anzusehen sey. Im Hinblick auf die Bestimmungen des Familienstatuts sind Mitglieder des königl. Hauses:

⁷⁾ Königl. Declaration v. 4. Juni 1811 (D. B. IV. S. 185). A. E. v. 21. Oct. 1819 (ibid. S. 186) und v. 13. Juli 1821 (ibid. S. 187). — Versagt ist ihr: die Befreiung von Einquartirung, die Ehrenwache und die Haltung des Wochenblattes (Edict IV. §. 17).

⁸⁾ A. E. v. 9. Mai 1834 und v. 27. Febr. 1835 (D. B. IV. S. 188).

⁹⁾ A. E. v. 20. März 1807 und v. 27. Januar 1825 (D. B. IV. S. 190 ff.).

¹⁰⁾ Königl. Declar. v. 27. März 1812 (D. B. IV. S. 169).

¹⁾ Quellen: Familiengesetz v. 18. Jan. 1816 (D. B. II. S. 18 ff.). Familienstatut v. 5. Aug. 1819 (D. B. II. S. 33 ff.). Die früheren Zweifel über die Gesetzeskraft sind durch das Gesetz über die Civilliste v. 1. Juli 1834 Art. VII. als gehoben anzusehen.

a) die ebenbürtige Gemahlinn des Königs selbst, ²⁾

b) Die Prinzen und Prinzessinnen, welche von dem Stammvater der Familie durch anerkannte, ³⁾ ebenbürtige, rechtmässige Ehe in männlicher Linie abstammen, also nicht blos die Descendenten des jeweilig regierenden Herrn (die Hauptlinie), sondern auch die Descendenten der nachgeborenen Prinzen (die Nebenlinien). Die Prinzessinnen bleiben aber nur so lange Mitglieder des Hauses, als sie unverehelicht sind; mit der Verehelichung treten sie aus dem königl. Hause aus.

c) Die Gemahlinnen der Prinzen und ihre Wittwen während ihres Wittwenstandes. ⁴⁾

2) Die sämtlichen Mitglieder des königl. Hauses sind Unterthanen des Königs, und haben als solche regelmässig dieselben Rechte und Pflichten, wie die übrigen Staatsbürger. Diese Regel leidet aber folgende Ausnahmen:

a) Ihre Familien-Verhältnisse und die darauf gegründeten Vermögensrechte werden nicht nach dem gemeinen Rechte, sondern zunächst nach den Hausgesetzen, und subsidiär nach dem gemeinen deutschen Privat-Fürstenrechte beurtheilt. Demgemäss werden sie z. B. mit dem vollendeten 18ten Lebensjahre volljährig. ⁵⁾

b) Die sämtlichen Glieder des königl. Hauses geniessen gewisse, nur ihnen zukommende Ehrenvorzüge. Sie führen das bayerische Wappen, und sind durch besondere Titulaturen ausgezeichnet. ⁶⁾

c) In Folge hievon werden Verletzungen, insbesondere Ehrenbeleidigungen, welche gegen die Glieder des königl. Hauses begangen werden, strenger gestraft, als Verletzungen an andern Personen. ⁷⁾

2) Sie wird zwar im Familienstatut nicht besonders genannt, muss aber sowohl mit Rücksicht auf die Natur der Sache, als auf die Bestimmung in §. 1, b hieher gezählt werden.

3) Familienstatut Tit. II. §. 1—3.

4) Familienstatut Tit. I. §. 1.

5) Familienstatut Tit. IX. §. 1.

6) Verordn. v. 3. Oct. 1816 (D. B. II. S. 14). In Ansehung der herzogl. Nebenlinie s. Verordn. v. 14. März 1845 (R.-Bl. v. 1845).

7) Strafgesetzb. Thl. I. Art. 312—314.

d) Sie sind frei von allen Personal-Steuern, also namentlich von der Familiensteuer.

e) Es kommt ihnen ein privilegirter Gerichtsstand zu, und zwar:

α) In Real- und gemischten Klagsachen vor den Appellationsgerichten.

β) In persönlichen, gerichtlichen Angelegenheiten⁸⁾ vor dem Könige, der entweder für sich nach erholtem Gutachten der Minister des k. Hauses und der Justiz entscheidet, oder die Urtheilsfällung einen besonders berufenen Familienrathe überträgt.⁹⁾

Sind insbesondere Glieder des königl. Hauses als Zeugen zu vernehmen, so geschieht dies durch den Präsidenten des Ober-Appellationsgerichts; sie deponiren bei fürstlichen Treuen und Glauben.¹⁰⁾ Die Versiegelung bei ihren Verlassenschaften steht dem Minister des königl. Hauses, oder in seiner Abwesenheit den ersten am Orte befindlichen königl. Beamten in seinem Auftrage zu.¹¹⁾

f) Von dem Rechte der Glieder des königl. Hauses auf die Krone und auf die Reichsverwesung wird füglich unten (bei der Lehre von der Thronfolge) gehandelt werden.

§. 75.

3) Von den eigenthümlichen Rechtsverhältnissen einzelner Glieder des königlichen Hauses insbesondere.

1) Dem Könige am nächsten, wenn auch ihn unterthan, steht dessen Gemahlinn; sie nimmt Theil an der Majestät und an den dem Könige gebührenden Ehrenrechten.¹⁾ Dieselben Rechte verbleiben ihr als Wittwe. Insbesondere hat sie

8) Der allgem. Ausdruck: „persönliche, gerichtliche Angelegenheiten“ ist wohl auch von Verbrechen und Vergehen der Glieder des kgl. Hauses, so wie von den Gegenständen der freiwilligen Gerichtsbarkeit zu verstehen.

9) Familienstatut Tit. X. §§. 1 und 2. Ueber die Zusammensetzung des Familienrathes s. ibid. §§. 4–6. Vgl. Seuffert, Comment. B. I. S. 87.

10) Familienstatut Tit. X. §. 3.

11) Familienstatut Tit. III. §. 3.

1) Vergl. Strafgesetzb. Thl. I. Art. 312.

a) Anspruch auf einen eigenen Hofstaat und standesmäßigen Unterhalt,²⁾ und

b) nach dem Tode ihres Gatten auf ein Wittthum, das die Summe von 120,000 fl. nicht übersteigen darf.³⁾

c) Sie ist, falls der König nichts Anderes verfügt hat, Vormünderin ihrer Kinder; die Erziehung ihrer Kinder steht ihr nach dem Tode ihres Gemahles in jedem Falle allein zu.⁴⁾

d) In Ermangelung von Agnaten gebührt ihr die Reichsverwesung.⁵⁾

2) Die Prinzen des königl. Hauses haben

a) ein ausschliessliches Erbbrecht auf die Krone und das Staatsgut; so lange Prinzen vorhanden sind, bleiben sohin die Prinzessinnen und ihre Descendenten ausgeschlossen.⁶⁾ Eben so fällt ihnen dasjenige unbewegliche Vermögen zu, welches von den Agnaten des Hauses erworben wird, falls der Erwerber während seines Lebens⁷⁾ nicht darüber verfügt hat;⁸⁾ ja selbst das bewegliche Vermögen vererbt auf sie, wenn der Erwerber nicht letztwillig darüber verfügt hat.⁹⁾

b) Sie sind vor allen anderen zur Reichsverwesung berufen.¹⁰⁾

c) Sie sind, wenn volljährig, Mitglieder der Kammer der Reichsräthe, stimmberechtigt aber erst mit dem vollendeten 21ten Jahre.¹¹⁾ Wenn sie das 21te Jahr erreicht haben, werden sie zum Familienrathe berufen.¹²⁾

2) Vergl. Familienstatut Tit. VII. §. 1. Gesetz über die Civilliste v. 1. Juli 1834 Art. IV. (H.-B. I. S. 3).

3) Familienstatut Tit. VI. §. 12.

4) Familienstatut Tit. IX. §. 3 und Verf.-Urk. Tit. II. §. 14.

5) Verf.-Urk. Tit. II. §. 13 Abs. 1.

6) Verf.-Urk. Tit. II. §. 4.

7) Dieser unbestimmte Ausdruck soll ohne Zweifel so viel heissen als: „unter Lebenden“.

8) Verf.-Urk. Tit. III. §. 1 Abs. 2.

9) Familienstatut Tit. V. §. 3.

10) Verf.-Urk. Tit. II. §. 10.

11) Verf.-Urk. Tit. VI. §§. 2 und 5.

12) Familienstatut Tit. X. §. 4. — Die Prinzen der directen Linie

d) Die nachgeborenen Prinzen der regierenden Linie erhalten von dem Momente ihrer Etablirung an, vorausgesetzt, dass sie von der Thronfolge ausgeschlossen sind, eine in einer Geldrente (von 100,000 fl. *in maximo*) bestehende Apanage.¹³⁾ Sie vererbt sich in ihrer ursprünglichen Grösse auf die Descendenten des ersten Erwerbers, so dass diesen das Accrescenzrecht zukommt, und fällt mit dem Aussterben seiner Linie der Staatscasse heim.¹⁴⁾ — Die Söhne von nachgeborenen, schon apanagierten Prinzen succediren daher lediglich in die Apanage ihres Vaters, die sie mit den darauf haftenden Lasten zu übernehmen haben.

In mannigfacher Rücksicht ausgezeichnet ist insbesondere die Stellung des Kronprinzen.¹⁵⁾ — Sein Unterhalt wird vom Könige jedesmal festgesetzt; nur darf er den im Jahre 1819 hiefür bestimmt gewesenen Betrag nicht übersteigen.¹⁶⁾

3) Die Prinzessinnen haben das Recht im Falle ihrer Verehelichung eine Aussteuer,¹⁷⁾ und solange sie ledig sind, standesmässigen Unterhalt zu fordern.¹⁸⁾ — Nach zurückgelegtem 25ten Lebensjahre darf den Prinzessinnen der direkten Linie die Bestellung eines eigenen Hauses und die Zuweisung eines entsprechenden standesmässigen Unterhalts nicht verweigert werden.¹⁹⁾ — Im Falle gänzlicher Erlöschung des Mannsstammes succediren die Prinzessinnen in das Privatvermögen des letzten Monarchen.²⁰⁾

kann der König zu den Sitzungen des Staatsraths berufen. Staatsraths-Instr. v. 18. Nov. 1825 §. 2 (H.-B. III. S. 222).

13) Familienstatut Tit. VI. §§. 1, 3, 5. Sich zu etabliren hat jeder Prinz nach erreichtem 21. Lebensjahre das Recht. Die Kosten der Etablirung hat die Staatskasse zu bestreiten. Familienstatut Tit. VI. §. 5 und Gesetz über die Civilliste Art. VII.

14) Familienstatut Tit. VI. §. 6. Es gilt daher in Bayern das reine Vererbungssystem. Vgl. Mohl, Staatsr. v. Württemberg B. I. S. 447 not. 6. Vgl. noch unten §. 94.

15) Näheres mündlich. Vgl. Familienstatut Tit. X. §. 4. — Staatsraths-Instr. §. 1. Nr. 1. (H.-B. III. S. 222).

16) Familienstatut Tit. VI. §. 2 und Gesetz über die Civilliste Art. VII. Abs. 2. Er betrug 230,000 fl.

17) Sie beträgt für die Prinzessinnen der Hauptlinie 100,000 fl.

18) Familienstatut Tit. VI. §§. 6, 8, 11.

19) Familienstatut Tit. VI. §§. 9 und 10.

20) Familienstatut Tit. V. §. 4 (mit Ausschluss der Erbverbrüdeten).

4) Die ebenbürtigen Gemahlinnen der Prinzen des Hauses haben Theil an dem Range und Stande ihrer Gatten, und Anspruch auf Unterhalt und Witthum.²¹⁾ — Besondere Rechte genießt die Gemahlinn des Kronprinzen.²²⁾

§. 76.

Zweites Capitel.

Von den gesetzlich benachtheiligten Unterthanen.

Alle jene Unterthanen, welche nicht zu einer der vier oben erwähnten christlichen Kirchen gehören, geniessen als Eingeborne¹⁾ zwar die bürgerlichen Rechte, welche den bayer. Unterthanen überhaupt zukommen; staatsbürgerliche (politische) Rechte aber nur in so weit, als sie ihnen in den organischen Edicten über ihre Aufnahme zugesichert sind.²⁾ Ob solche Personen dann einer christlichen Secte angehören oder Nichtchristen sind, ist in dieser Hinsicht ohne Einfluss. — Allen kommt aber jedenfalls das Recht der Gewissensfreiheit und der einfachen Hausandacht zu.³⁾

Ein solches besonderes organisches Aufnahms-Edict ist bis jetzt nur für die Juden erlassen.⁴⁾ Ihnen kommen daher alle, aber auch nur jene politischen Rechte zu, welche ihnen dieses Gesetz einräumt, oder welche in späteren Gesetzen ausdrücklich auf sie ausgedehnt wurden. — Nur in der Pfalz ist den Juden das durch die französischen Gesetze ihnen zugestandene Staatsbürgerrecht belassen worden; doch

²¹⁾ Familienstatut Tit. VI. §. 16.

²²⁾ Vgl. Gesetz über die Civilliste Art. VII. Besondere rechtliche Nachtheile, denen die Mitglieder des königl. Hauses unterliegen, sollen mündlich erörtert werden.

1) Wo auch das Indigenat fehlt, wie bei den Forensen, da liegt es in der Natur der Sache, dass die Rechte eines bayr. Unterthans ausgeschlossen sind. Daher können die Forensen nicht hieher gezählt werden. Anders v. Moy, Lehrb. B. I. S. 439.

2) Verf.-Urk. Tit. IV. §. 9 Abs. 3.

3) Verf.-Urk. Tit. IV. §. 9 und Edict II. §. 2.

4) Edict v. 10. Juni 1813 (H.-B. IV. S. 168 ff.). Im Grossherzogthum Würzburg am 10. Dec. 1816 publicirt.

sind sie auch dort unfähig, in die Stände-Versammlung gewählt zu werden.⁵⁾

Aber auch um die den Juden durch das Edict eingeräumten Rechte ausüben zu können, müssen dieselben noch gewisse besondere Bedingungen erfüllen. Es ist nämlich hiezu neben dem Indigenat⁶⁾ die Eintragung in die Judenmatrikel, und damit diese erfolgen könne, die Annahme eines bestimmten Familiennamens, die Leistung des Unterthaneneides und die Wahl einer ordentlichen Erwerbsart (wozu der Schacherhandel nicht gehört) erforderlich.⁷⁾

Fragen wir uns nun, ob die bayer. Gesetze den Juden, wenn sie den angeführten Bedingungen genügt haben, überhaupt staatsbürgerliche Rechte eingeräumt haben und welche, so besteht die Antwort im Folgenden:

Nur eine von den das Staatsbürgerrecht bildenden Befugnissen ist den Juden ausdrücklich eingeräumt: die Fähigkeit nämlich, bei der Besetzung der Gemeinde-Aemter, so ferne sie wirkliche Gemeindeglieder sind, ihre Stimme zu geben, und beim Vorhandensein der sonstigen gesetzlichen Vorbedingungen auch selbst gewählt zu werden.⁸⁾ Die übrigen staatsbürgerlichen Rechte hat weder das Juden-Edict noch ein späteres Gesetz den Juden eingeräumt; sie können daher auch auf dieselben keinen Anspruch machen, und daher in directer Weise weder activ noch passiv bei der Wahl der Abgeordneten zur Stände-Versammlung und der Landräthe mitwirken.⁹⁾

5) Königl. Beschluss v. 5. Oct. 1818 (Siebenpfeiffer, Handb. B. I. S. 118).

6) Edict § 1 — und zwar kann dasselbe von Juden regelmässig nur durch Geburt, nicht auch durch Einwanderung erworben werden. A. a. O. §. 11.

7) Edict §§. 2—10 und §. 15.

8) Gem.-Wahl-Ordn. Art. 3 und Art. 7, a. E.

9) Verf.-Urk. Tit. IV. §. 9 Abs. 3. — Nur in so weit, als den Gemeindebehörden als solchen oder den Gemeindegliedern als solchen eine Mitwirkung zukommt, sind sie hiezu befähigt, wenn sie ein Gemeindeamt bekleiden oder Gemeindeglieder sind. Verordn. v. 30. Nov. 1818, B. I. (D. B. VII. S. 203),

Dagegen der Civilstand eines Bayern ist den Juden durch das organische Edict eingeräumt, freilich auch dieser nicht im vollen Masse. — Sie sind nämlich zwar im Allgemeinen befähigt, alle Arten von Eigenthum zu erwerben und zu besitzen, und jede Beschäftigung, die ihnen zusagt, zu ergreifen. Doch sind sie unfähig:

a) das *dominium directum* über Grundstücke, woran das Nutz eigenthum Anderen zusteht, sowie gutsherrliche Rechte überhaupt zu erwerben und zu besitzen.¹⁰⁾

b) Die erworbenen Grundstücke müssen zum eigenen Betrieb benutzt werden; Ankauf zum Wiederverkauf oder zur Verpachtung ist ihnen untersagt.¹¹⁾

c) Der Betrieb von Brauereien, Schenk- und Gastwirthschaften ist ihnen nicht gestattet.¹²⁾

Zweite Abtheilung.

Von den juristischen Personen.¹⁾

§. 77.

Erster Abschnitt.

Von den Güter-Vereinen mit juristischer Persönlichkeit.

Die Widmung bestimmter Güter zu einem gewissen gemeinsamen Zwecke, der sie zu einem Ganzen verbindet, er-

¹⁰⁾ Angef. Edict §. 16. Daher sind sie auch unfähig, eine gutsherrliche Gerichtsbarkeit zu erwerben oder zu besitzen.

¹¹⁾ A. a. O. Abs. 3 und §. 17 Abs. 2.

¹²⁾ Angef. Edict §. 18. Die einzelnen privatrechtlichen Nachtheile, welche in dieser Hinsicht gelten, sind anderorts zu erörtern. Vergl. Blätter für R.-A. 1836 S. 242; 1838 S. 97; 1844 S. 49 und 140; 1845 S. 366.

¹⁾ Vgl. K. Pfeifer, die Lehre von den juristischen Personen nach gemeinem und württemb. Rechte, Tüb. 1847.

zeugt das Recht der Persönlichkeit, wenn ihnen diese nach einer allgemeinen Rechtsregel oder durch specielle Verleihung eingeräumt ist. Unser vaterländisches Recht unterscheidet in staatsrechtlicher Hinsicht vorzüglich folgende zwei Arten solcher Personen:

1) den **Fiscus**, d. h. den Inbegriff des Staatsvermögens. Derselbe ist in der Regel dem **gemeinen** Rechte unterworfen, hat daher die Rechte und Pflichten einer Privatperson, soweit sie überhaupt auf ihn anwendbar sind. Der Fiscus ist daher

a) der Gerichtsbarkeit der bestehenden Gerichte unterworfen, genießt aber ein privilegiertes Forum.²⁾

b) Er hat zu particulären öffentlichen Zwecken die ihn nach Verhältniss seines Vermögensbesitzes treffenden Beiträge, wie Gemeinde-, Districts-, Kreis-Umlagen zu leisten.³⁾ Die Sicherheit des Staatsvermögens, also der Rechte des Fiscus, ist durch mehrere Verfassungs-Bestimmungen besonders garantirt.⁴⁾

2) Die **Stiftungen**, d. h. Güter, die dem Cultus, dem Unterricht oder der Wohlthätigkeit gewidmet sind. Die Verfassungs-Urkunde hat das gesammte (vorhandene) Stiftungsvermögen unter den besonderen **Schutz** des Staates gestellt. Es ist vom Staatsvermögen getrennt zu halten und darf unter keinem Vorwande zum Finanzvermögen eingezogen werden.⁵⁾ Veräußerung oder Verwendung zu andern als den drei genannten Zwecken ist unzulässig, wenn nicht bei besonderen Stiftungen die Betheiligten, bei allgemeinen die Stände des Reichs ihre Zustimmung geben.⁶⁾

2) Verf.-Urk. Tit. VIII. §. 5.

3) Gesetz die Gemeinde-Umlagen betr. v. 22. Juli 1819 Art. II. Nr. 3 (H.-B. II. S. 374). Gesetz über die Behandlung der Districts-Umlagen v. 11. Sept. 1825 §. 4 letzter Abs. (H.-B. II. S. 389). Gesetz die Einführung der Landräthe betr. v. 15. Aug. 1828 §. 4 (H.-B. I. S. 419).

4) Verf.-Urk. Tit. III. §. 1 Abs. 1, §. 3, §. 5 Abs. 3.

5) Verf.-Urk. Tit. IV. §. 10.

6) Verf.-Urk. Tit. IV, §. 10; Tit. VII, §. 17 und Edict II, §. 47.

Die Selbstständigkeit des Stiftungsvermögens ist dadurch gewahrt, dass dasselbe unter einer besondern, vom Staate verschiedenen Verwaltung steht, über welche die Staatsgewalt bloß die Aufsicht führt, ohne in die Verwaltung selbst und die Verwendung der Früchte irgend primär eingreifen zu dürfen. — Eine Ausnahme hievon enthalten die §§. 48 u. 49 des Edict II. 7)

Die Fähigkeit der bestehenden Stiftungen, neues Vermögen zu erwerben, ist durch die Amortisations-Gesetze ⁸⁾ beschränkt, zufolge welcher geistliche Stiftungen Grundeigenthum überhaupt nicht erwerben, das Nutzgeenthum mit ihrer Grundherrlichkeit nicht consolidiren können, und bei anderweitigem Vermögen, wenn der Betrag die *Summa pragmatica* (2000 fl.) übersteigt, zur giltigen Erwerbung die landesherrliche Ermächtigung erforderlich ist.

Durch die beiden letzteren Verfügungen wird die allgemeine Bestimmung in Tit. IV. §. 10 erst näher umgränzt und erläutert; jede Abweichung von dem ursprünglichen, vom Stifter gewollten Zwecke, wenn ein anderer auch an sich zu den gemeinnützigen gehört, ist ausgeschlossen.

7) Die Ausnahme bezweckt, so wie sie gesetzlich vorliegt, den Bestand der etwa zur Erreichung ihres Zweckes unvermögenden Stiftungen, so weit diess ohne allen Nachtheil der vermöglichen geschehen kann, zu sichern. St.-V. v. 1846 K. d. A. B. III. S. 504.

8) Das erste umfassende Amortisationsgesetz ist das v. 13. October 1764 (D. B. XI. S. 1269 ff.), woran sich einige neuere erläuternd anschliessen. In der A. E. v. 17. Dec. 1825, den Wirkungskreis der Kreisregierungen betr. §. 34 (H.-B. III. S. 256) wird denselben die Aufsicht auf die Beobachtung der Amortisationsgesetze zugewiesen. Eine M. E. v. 15. Nov. 1835 (D. B. XI. S. 1287) stellte zwar den Grundsatz auf, die A. G. seyen abrogirt. Allein eine A. E. v. 16. Juni 1836 ordnet abermals ausdrücklich die Aufrechthaltung derselben an. Die beiden Gründe, welche die M. E. gegen die Fortdauer geltend machte, sind:

a) „Die Amortisationsgesetze bezogen sich nur auf die Klöster, da diese schon vor der Verf.-Urk. aufgehoben waren, so hatten auch die Amortisationsgesetze ihre Anwendbarkeit verloren“. Allein eine nur etwas genauere Durchlesung der Amortisationsgesetze zeigt, dass sie allgemein von der *manus mortua*, von *corpora ecclesiastica*, von geistlichen Stiftungen reden.

b) „Sie stehen in directem Widerspruch mit dem Edict II.“; eine specielle Bestimmung, mit welcher sie im Widerspruch ständen, wird aber nicht angeführt. Nun verweist der §. 44 dieses Edicts ausdrücklich hinsichtlich der Erwerbsfähigkeit der Kirchen auf die bestehenden Gesetze; ergo.

Zweiter Abschnitt.

Von den öffentlichen Corporationen. ¹⁾

Erstes Capitel.

Von den Gemeinden. ²⁾

§. 78.

Einleitung.

Die Verfassungs-Urkunde von 1818 bezeichnet als einen ihrer Grundzüge: »Wiederbelebung der Gemeindkörper durch die Wiedergabe der Verwaltung der ihr Wohl zunächst berührenden Angelegenheiten.« Ein besonderes Edict vom 17. Mai 1818 suchte die Verhältnisse der Gemeinden diesem Fundamentalsatze entsprechend zu gliedern und zu normiren. Das starre Centralisations-System, wie es das Edict vom 24. Sept. 1808 ³⁾ durchgeführt hatte, ward aufgegeben, ohne darum das ältere System der völligen Selbstständigkeit (der Autonomie) der Gemeinden zuzulassen. Daher sind denn die Gemeinden den allgemeinen Staatsgesetzen und der Jurisdiction des Staates unterworfen, ohne dass sie darum blosse Fachwerke des Staates, Maschinen ohne eigenes Leben wären. Die ihr Wohl zunächst berührenden Angelegenheiten, insbesondere die Verwaltung ihres Vermögens, sind ihnen restituirt. — Eine im Jahre 1834 angeordnete Revision des Gemeinde-Edicts ⁴⁾ baut auf dieser Grundlage fort, die Be-

¹⁾ Im früheren Recht gehörten hiezu auch die Zünfte. S. jedoch jetzt das Gewerbsgesetz v. 11. Sept. 1825 Art. 7 (H.-B. III. S. 71).!

²⁾ Quellen: Gemeinde-Edict v. 17. Mai 1818, revidirt durch Gesetz v. 1. Juli 1834 (H.-B. II. S. 4). — Gemeinde-Wahl-Ordnung v. 5. Aug. 1818 (a. a. O. S. 314 ff.). — Instruction für die Geschäftsführung der Magistrate v. 21. Sept. 1818 (a. a. O. S. 348 ff.). — Regulativ zur Geschäftsführung der Verwaltung in den Ruralgemeinden vom 24. Sept. 1818 (a. a. O. 363). Die Vollzugs-Vorschriften hat das Ministerium des Innern unter dem 31. Oct. 1837 in einer übersichtlichen Ordnung veröffentlicht (H.-B. II. S. 37. ff.). Wir werden sie mit Vollz.-Instr. anführen.

³⁾ Regierungsblatt v. 1808 S. 2416 ff. und D. B. XI. S. 71 ff.

⁴⁾ Ueber das Verhältniss der Revision zum ursprünglichen Gesetze s. Debes in der Zeitschrift von Z u R h e i n B. III. S. 77 ff.

fugnisse der Gemeinden theils erweiternd, theils bloß näher bestimmend. Insbesondere wurde die Verwaltung des Cultusvermögens, bis dahin eine Attribution der Gemeindebehörden als solcher, eigenen Verwaltungs-Behörden (Kirchenverwaltungen) anvertraut, welche in Bezug auf das genannte Vermögen dieselbe Stellung einnehmen, wie die Gemeindebehörden in Ansehung des Gemeinde- und Stiftungs-Vermögens.

Das Gemeinde-Edict gilt aber nur in den sieben Kreisen diesseits des Rheins. In der Pfalz besteht die zur Zeit der französischen Herrschaft begründete Gemeinde-Verfassung mit geringen Modificationen noch fort. Nur die Gemeinde-Wahl-Ordnung soll hier analog in Anwendung gebracht werden.⁵⁾ Die Darstellung dieser particulären Institutionen bleibt dem mündlichen Vortrage vorbehalten.

Titel I.

Von den Gemeinden im Allgemeinen.

§. 79.

I. Von dem Begriffe und den Arten der bayer. Gemeinden.

Gemeinde ist ein Inbegriff von Staatsangehörigen, welche unter einer gemeinsamen Ortsbenennung auf einem bestimmten Raume des Staatsgebiets beisammen wohnen, und eine juristische Person bilden. Jede Gemeinde hat daher, wie der Staat selbst, eine dingliche und persönliche Basis — die Gemeindemarkung und die Gemeindeglieder.

Die bayer. Gemeinden sind ihrer Berechtigung nach, die zum Theil auf geschichtlichen Gründen beruht,¹⁾ entweder Städte und Märkte oder Flecken (Gemeinden mit magistratischer Verfassung) oder Landgemeinden:²⁾ Zu

⁵⁾ A. E. v. 26. Oct. und 13. Dec. 1818 (Siebenpfeiffer, Handbuch B. II. S. 87). — Die einzelnen auf das Gemeindewesen bezüglichen Gesetze, Decrete etc. hat Siebenpfeiffer a. a. O. zusammengetragen. Von neueren Gesetzen gehört hier vorzüglich das v. 17. Nov. 1837, den Bestand und die Wahl der Gemeinderäthe betr. (Gesetzblatt S. 137 ff.)

¹⁾ Vgl. Fessmaier, Grundriss des bayer. Staatsr. S. 140.

²⁾ R.G.Ed. §. 8.

den letzteren gehören auch jene Städte und Märkte, welche keine magistratische Verfassung haben.³⁾ — Der Unterschied zwischen diesen beiden Arten von Gemeinden äussert sich

1) in der Art ihrer Vertretung; an der Spitze jener steht ein Magistrat (Bürgermeister), an der Spitze dieser ein Gemeindeausschuss (Vorsteher).

2) Die ersteren geniessen mehr Freiheit in der Verwaltung ihrer Angelegenheiten, und mehr Rechte bei Ausübung der Localpolizei.⁴⁾

3) Die Städte und Märkte bilden eine besondere Klasse bei der Wahl der Landstände.⁵⁾

Die Städte und Märkte ihrerseits erhalten nach dem Masse ihrer Bevölkerung eine weitere Unterabtheilung in folgender Weise:

a) Städte I. Classe (mit 2000 und mehr Familien), auch unmittelbare Städte genannt, weil ihr Magistrat gegenüber den Polizei-Unterbehörden als eine selbstständige Behörde erscheint, und wie sie unmittelbar der Kreisregierung untergeordnet ist.⁶⁾

b) Städte II. Classe, mit weniger als 2000 bis zu 500 Familien. Sie stehen den Städten I. Classe gleich, wenn bei ihnen ein eigener königl. Commissär aufgestellt ist, dem sie dann eben so subordinirt sind, wie die Städte I. Classe der Kreisregierung; ist diess nicht der Fall, dann sind sie den Unterbehörden untergeben.⁷⁾

c) Städte und Märkte III. Classe, mit weniger als 500 Familien. — Sie sind immer unter die unteren Polizeibehörden gestellt.⁸⁾

3) Sie behalten übrigens den Namen Stadt etc. ihr Wappen, sowie sonstige wohlerworbene Rechte. R.G.Ed. §. 10. Vollz.-Instr. §. 6. (H.-B. II. S. 38).

4) Vgl. R.G.Ed. §§. 45, 60, 63, 67.

5) Verf.-Urk. Tit. VI. §. 9.

6) R.G.Ed. §. 122. Das ältere Recht unterschied Haupt- und Landstädte, jene standen unmittelbar unter den churfürstlichen Dicasterien, diese unter den Pflaggerichten. Fessmaier, a. a. O. S. 141.

7) R.G.Ed. §§. 9 und 126.

8) Ueber andere Verschiedenheiten dieser drei Classen vgl. R.G.Ed.

§. 80.

II. Von der Begründung der Gemeinden und ihren Elementen.

Die bereits mit dem Rechte einer Körperschaft bestehenden, mit eigenem Vermögen und besonderen Gemeinde-rechten versehenen Gemeinden erkennt die Staatsgewalt lediglich als solche an. Eine Veränderung an ihnen selbst (nicht blos in Ansehung der einzelnen Glieder) kann nur mit Genehmigung der Regierung stattfinden. ¹⁾

Die Bildung neuer Gemeinden setzt die Einwilligung der Betheiligten und die Autorisation der Regierung voraus; fehlt das erstere, so ist die Verbindung blos ein polizeilicher Verwaltungsdistrict. ²⁾

In jedem Falle aber muss die Gemeinde, wenn sie als solche gelten soll, aus einem dinglichen und persönlichen Elemente bestehen.

1) Das dingliche Element derselben ist

a) das Areal, auf welchem die Gemeinde steht, und dasjenige Grundvermögen, welches im Eigenthum der Gemeinde, als juristischer Person, sich befindet, mag der Ertrag davon unmittelbar in die Gemeindecasse fliessen (Kämmereigut), oder die Nutzung desselben den einzelnen Gemeindegliedern überlassen seyn (Allmendgut).

b) Aber auch die Gemeindegliedern als Eigenthum zugehörigen, oder auch nur innerhalb der Ortsflur gelegenen, wenn auch von Fremden besessenen Grundstücke stehen im dinglichen Gemeindeverbande, so dass regelmässig jedes Grundstück zu irgend einer Gemeindemarkung gehören muss. Nur grössere Staatswaldungen, Seen und Freigebirge sind hievon ausgenommen. — Die auswärts wohnenden Besitzer

§§. 47, 48, 51, 53 u. a. Die ältere Eintheilung in gebannte und ungebannte (mit oder ohne Gerichtsbarkeit) hat jetzt keine Bedeutung mehr.

1) R.G.Ed. §§. 1 u. 5. Die Theilung einer Gemeinde in mehrere, oder die Abtrennung einzelner Parzellen von der einen und Zuschlagung zu der andern bieten Beispiele.

2) R.G.Ed. §. 3.

von Grundstücken in der Ortsflur heissen **Ausmärker** oder **Gemeindeforensen**.³⁾

2) Das persönliche Element bilden jene Personen, welche innerhalb der Gemeindemarkung ihre häusliche Niederlassung haben, oder dort zu wohnen befugt sind.⁴⁾ Sie sind entweder

a) wirkliche Mitglieder der Gemeinde, so dass sie gleichen Antheil an den Gemeinde-Angelegenheiten (nicht nothwendig an dem Privatvermögen der Gemeinde) haben, — **Voll- oder Activbürger**. — Um als Vollbürger zu gelten, ist

α) ständiger Wohnsitz in der Gemeinde, oder doch der Besitz eines häuslichen Anwesens in derselben,

β) der Besitz besteufter Gründe oder die Ausübung besteufter Gewerbe erforderlich.⁵⁾

Um die Eigenschaft eines solchen zu erwerben, ist die Ansässigmachung in der Gemeinde, d. h. die Gründung eines selbstständigen Haushaltes nothwendig. Diese wird aber nur demjenigen gestattet, der seinen Nahrungsstand durch den Besitz besteufter Gründe oder die Ausübung besteufter Gewerbe als nachhaltig gesichert nachweist, und dem sonst von Seite seiner persönlichen Befähigung kein Hinderniss entgegensteht. Dass die ob- und subjectiven Voraussetzungen der Ansässigmachung vorhanden seyen, muss durch ein obrigkeitliches Decret nach Einvernahme der Gemeinde anerkannt seyn.⁷⁾

b) **In- oder Beisassen**, welche zwar in der Gemeinde ansässig sind, aber auf einen anderen Titel hin, als die vor-

3) R.G.Ed. §§. 1 und 4.

4) Es folgt aus der Natur der Sache, dass bei der Angehörigkeit an die Gemeinden in noch höherem Grade als beim Staat das Territorialprincip entscheiden müsse.

5) R.G.Ed. §. 11.

6) Es ist nach dem unmittelbar Vorausgehenden von selbst klar, dass der Nahrungsstand auf Grundbesitz oder Gewerbe basirt seyn müsse. Ob der erstere eine Familie zu nähren vermöge, das wird nach der Grösse der darauf haftenden Steuer bestimmt. Vgl. Rev. Gesetz über Ansässigm. v. 1. Juli 1834 §. 2 (H.-B. III. S. 24).

7) Vgl. rev. Ges. über Ansässigm. §§. 2 und 9. — Der Aufgenommene hat je nach der Classe, welcher die Aufnahmsgemeinde angehört, bemessene Aufnahmegebühren zu entrichten (1—100 fl.)

bemerkten, etwa auf Lohnerwerb, oder als Staatsdiener. Sie haben kein Recht, an den Gemeinde-Angelegenheiten irgend einen aktiven Antheil zu nehmen, sondern geniessen bloß die secundären Vortheile des Gemeinde-Verbands.⁸⁾ — So weit für die Gemeinde aus einer solchen Ansässigkeit Pflichten erwachsen können, ist zur Aufnahme eines In- oder Beisassen die Einwilligung der Gemeinde unerlässliche Bedingung. — Bei definitivem Eintritt in ein öffentliches Amt des Staates, der Kirche oder der Gemeinde ist die Ansässigkeit von selbst durch die Anstellungsurkunde erworben.⁹⁾

c) Gemeinde-Angehörige ohne dauernden Verband mit der Gemeinde sind:

α) Die blossen Mieth- und Inleute, welche, ohne ansässig zu seyn, ihre Wohnung in der Gemeinde genommen haben.

β) Die Heimathsberechtigten, d. h. welche das Recht haben, in der Gemeinde zu wohnen, und im Falle der Verarmung die benöthigte Unterstützung zu erhalten. Sie constituiren aber die Gemeinde nicht mit, sondern diese steht ihnen lediglich als verpflichtet gegenüber, ohne dass sie ihrerseits als bloße Heimathsberechtigte eine Verbindlichkeit gegen die Gemeinde hätten.

Das Heimathsrecht ist regelmässig eine Folge der Ansässigkeit in einer Gemeinde; es steht dem Ansässigen selbst und den von ihm Abstammenden von Rechtswegen zu, so lange nicht ausdrücklich das Gegentheil bestimmt ist. Doch kann die Heimath auch für sich und unabhängig von der Ansässigmachung — durch Vertrag mit der Gemeinde, durch geleistete Hilfe in öffentlicher Noth — erworben werden. Sollte für Jemanden keine schon begründete Heimath ermittelt werden können, so weist die Regierung eine bestimmte Gemeinde als Heimath an, die aber nur, was das Recht dort zu wohnen betrifft, als Heimathsgemeinde zu beurtheilen ist.¹⁰⁾

⁸⁾ Man nennt sie daher auch Passiv-Bürger, Schutzverwandte. Es braucht kaum erinnert zu werden, dass hier analog dasselbe Verhältniss stattfindet, wie zwischen Staatsbürgern und Unterthanen schlechthin.

⁹⁾ Angef. Ges. über Ansässigm. §. 5. 1825

¹⁰⁾ Ges. über die Heimath v. 11. Sept. 1828 (H.-B. II. S. 1). — Lezenswerth ist zur Anregung und Vergleichung: Hansen, die Bestim-

γ) Die Gemeindeforenzen, welche dinglich mit der Gemeinde verbunden, und in so weit diess der Fall, auch berechtigt und verpflichtet sind.¹¹⁾

III. Von den aus dem Gemeindeverbande entspringenden Rechten und Pflichten.

§. 81.

1) Rechte und Pflichten der Gemeinden selbst.

1) Als Corporationen geniessen die Gemeinden vor Allem die corporativen Rechte im engeren Sinne, wohin vorzugsweise gehören:

a) Das Recht, neue Mitglieder aufzunehmen, jedoch immer nur unter Mitwirkung des Staates. Es kann daher gewissen Personen¹⁾ die Aufnahme auch gegen den Willen der Gemeinde gestattet, anderen aber auch ungeachtet der Einwilligung der Gemeinde versagt werden.²⁾

b) Das Recht, sich ihre Vertreter — die Gemeinde-Organen — zu wählen. — Die Bestellung des niederen Personals, so wie der für besondere Zwecke angestellten Gemeinde-Beamten kommt in Städten dem Magistrate zu.³⁾

c) Das Recht, ein eigenes Siegel zu führen.⁴⁾

2) Unter den politischen Rechten, welche den bayer. Gemeinden zukommen, sind die wichtigsten:

a) Die von ihnen gewählten Gemeinde-Organen üben zugleich die Polizei in der Gemeinde, in einem grösseren Umfange in Stadt-, in einem kleineren in Landgemeinden.⁵⁾

mung der Heimath im Archiv für polit. Oeconomie von Rau. N. Folge B. VI. (1847) S. 81 ff.

11) R.G.Ed. §. 13 Nr. 1. In Städten können Ehrenbürger aufgenommen werden. Ibid. §. 16.

1) Denjenigen nämlich, welche das vom Gesetze zur Ansässigmachung als hinreichend erklärte Grundvermögen, oder die Concession zur Ausübung eines besteuerten Gewerbes erlangt haben.

2) Vgl. Ges. über Ansässigm. §. 9 Nr. 1, a (H.-B. III. S. 38).

3) R.G.Ed. §. 58.

4) Vollz.-Instr §. 14 (H.-B. II. S. 42). — Vgl. noch unten §. 87 not. 6. Das Recht der Standschaft, der Gerichtsbarkeit etc. (s. oben §. 10) kommt ihnen im neueren Rechte nicht mehr zu.

5) R.G.Ed. §§. 67 und 107.

b) Sie haben ein **Autonomierecht** in Bezug auf Gemeinde-Angelegenheiten, insbesondere die Befugniss, theils gewisse indirecte Auflagen (Getreid-, Fleisch- und Malz-Aufschlag) ⁶⁾ zu erheben, theils Beiträge an Geld oder Naturalien aus dem Vermögen der Gemeindeglieder — **Gemeinde-Umlagen** oder **Gemeindedienste** — von ihren Mitgliedern zu fordern.⁷⁾

c) Das Recht, im Falle des Herkommens, die **Nachsteuer** zu erheben und überhaupt gutsherrliche Rechte (mit Ausschluss der Gerichtsbarkeit) auszuüben.⁸⁾

3) Als **fingirte Personen** des Privatrechts sind die Gemeinden insbesondere fähig, Vermögen aller Art zu besitzen und zu erwerben. Dasselbe steht unter dem Schutze des Staates, ist aber diesem gegenüber als reines **Privatgut** zu betrachten, das daher dieselben Garantien geniesst, wie das Vermögen der übrigen Unterthanen. — Als eine Folge ihrer Vermögensfähigkeit erscheint die Befugniss, das vorhandene Vermögen (unter Aufsicht des Staats) zu verwalten, darüber zu disponiren und dasselbe insbesondere auch zu veräussern. Bei ihren Rechtsgeschäften geniessen sie die Rechte der Minderjährigen.⁹⁾

Was ihre **Veräusserungsbefugniss** betrifft, so muss unterschieden werden:

a) Dasjenige **Gemeinde-Vermögen**, welches die Gemeinde als nothwendiges Mittel zur Erreichung ihres gesellschaftlichen Zweckes besitzt, — Alles, was eigentliche **Gemeinde-Anstalt** ist ¹⁰⁾ — kann unter keiner Bedingung veräussert werden;

6) Vgl. Gesetz, die Umlagen für Gemeindebedürfnisse betr. v. 22. Juli 1819 Art. I. Abs. a lit. b (H.-B. II. S. 373).

7) R.G.Ed. §§. 27 und 34. Die etwa über principielle Fragen gefassten Gemeindebeschlüsse sollen besonders gesammelt und aufbewahrt werden (Statutenbücher). Vollz.-Instr. §. 218 (H.-B. II. S. 213).

8) Vgl. M. E. v. 6. Dec. 1816 (D. B. III. S. 106) und Vollz.-Instr. §. 107 (H.-B. II. S. 116).

9) R.G.Ed. §§. 20 und 21.

10) Beispiele bieten die Strassen und Plätze, Brücken, Gebäude zu Gemeindezwecken u. s. w. Vgl. R.G.Ed. §. 24,

ebenso das den Gemeinden zur Verwaltung anvertraute Stiftungsvermögen.

b) Jenes Vermögen aber, dessen Rente zur Bestreitung der Gemeinde-Bedürfnisse verwendet oder das von den einzelnen Gemeindegliedern benützt wird, kann aus administrativen Gründen oder zur Bezahlung von Gemeindeschulden veräussert werden. Besteht dasselbe aus Grundstücken, dann kann es auch zur Beförderung der Cultur, und wenn es zum überwiegenden Vortheil der Gemeinde gereicht, unter die einzelnen Gemeindeglieder vertheilt werden. Dazu gehört aber die Zustimmung von drei Viertheilen sämmtlicher Gemeindeglieder, unter denen die Grösstbegüterten und die Schäfereiberechtigten seyn müssen, und die Curatel-Genehmigung. — **Gemeinde-Waldungen** insbesondere dürfen nur behufs der Abtreibung und in so fern vertheilt werden, als dieselben zur Waldcultur nicht geeignet erscheinen, oder wenn sonst das Culturinteresse es erfordert, ohne dass die Gemeinde einen Nachtheil davon zu befürchten hat.¹¹⁾

Die Pflichten welche die Gemeinden zu erfüllen haben, bestehen im Allgemeinen

1) der Staatsgewalt gegenüber darin, dass sie gleich den übrigen Unterthanen alle auf ihrem Vermögen haftenden Staatslasten und Abgaben zu tragen¹²⁾ und ihr Grundvermögen insbesondere unter denselben Bedingungen, wie eine Einzel-Person dem Staate abzutreten haben.¹³⁾

2) Sie sind einer fortdauernden Aufsicht von Seite des Staates (Curatel) unterworfen, um im Interesse der Gemeinde selbst und des Staates Alles abzuwenden, was ihrem Wohle Nachtheil bringt.¹⁴⁾

¹¹⁾ R.G.Ed. §. 25. — Die grössere Sicherung des Grundvermögens der Gemeinden durch genauere Feststellung der Vorbedingungen einer Veräusserung desselben ist das Resultat der Revision von 1834.

¹²⁾ Vergl. jedoch Grundsteuergesetz v. 15. Aug. 1828 §. 36 (H.-B. IV. S. 19).

¹³⁾ Gesetz, die Zwangsabtretung betr. vom 17. Nov. 1837 Art. I. „Eigenthümer“ (H.-B. I. S. 17).

¹⁴⁾ R.G.Ed. §. 21. Ueber die Art der Ausübung vgl. Vollz.-Instr. §. 207 (H.-B. II. S. 205).

3) Gegenüber den Gemeindegliedern als solchen hat die Gemeinde die Pflicht, denselben ihren Schutz zu gewähren und sie im Falle der Verarmung zu unterstützen.

4) Gegenüber dritten Personen ist es Pflicht der Gemeinden, allen Verbindlichkeiten zu genügen, welche von ihnen in rechtsgiltiger Weise eingegangen wurden. Dass die Gemeinden diesen ihren Obliegenheiten nachkommen, dafür hat die Curatel, so viel in ihren Kräften steht, Sorge zu tragen. ¹⁵⁾

§. 82.

2) Der einzelnen Gemeindeglieder.

I. Als Rechte, die den einzelnen (activen) Gemeindegliedern zustehen, sind vorzugsweise zu nennen:

1) das Recht, bei den Gemeinde-Versammlungen zu erscheinen, an der Berathung über Gemeinde-Angelegenheiten Theil zu nehmen und dabei eine Stimme zu führen.¹⁾

2) Unter der Voraussetzung des Besitzes des Staatsbürgerrechts bei der Wahl der Gemeindebehörden sein Stimmrecht auszuüben, und unter gewissen Bedingungen selbst gewählt zu werden.²⁾

3) Soweit bestehende Verordnungen oder Herkommen es erlauben, an der Benützung der unvertheilten Gemeindegründe Theil zu nehmen, so wie auch die eigentlichen Gemeinde-Anstalten zu gebrauchen.³⁾

4) Das Recht, in der Gemeinde zu wohnen und im Falle der Verarmung Unterstützung zu fordern (das Heimathsrecht.)⁴⁾

¹⁵⁾ Daher die Curatel berechtigt ist, die Entwerfung von Schuldentilgungsplänen zu fordern, besondere Mittel hiezu auszuschneiden, u. s. w. Vgl. Vollz.-Instr. §. 131 (H.-B. II. S. 144).

¹⁾ R.G.Ed. §§. 17 und 36.

²⁾ G.W.O. Art. 1, 2, 10—16 (H.-B. II. S. 315). Vgl. jedoch oben §. 76.

³⁾ R.G.Ed. §§. 18 und 26. Der Antheil an der Benützung der Gemeindegründe ist daher nicht von selbst und überall mit der Aufnahme in den Gemeindeverband erworben. Vgl. Zeitschrift für deutsches Recht, B. IX. S. 1 ff. (1844).

⁴⁾ Das Recht, eine eigene Familie zu gründen, ist Folge jeder

Alle diese Rechte dauern so lange, als das einzelne Gemeindeglied ein solches bleibt. Doch steht jedem auch die Befugniß zu, aus dem Gemeindeverbande auszutreten, und fortan entweder einer anderen oder gar keiner Gemeinde, als eigentliches Gemeindeglied anzugehören.

II. Die Pflichten, deren Erfüllung jedem wirklichen Gemeindegliede obliegt, sind:

1) Bei den Gemeinde-Versammlungen persönlich zu erscheinen; nur für solche, welche in einer Gemeinde bloß ein häusliches Anwesen oder besteuerte Gründe besitzen, ohne dort zu wohnen, ist Stellvertretung zulässig.⁵⁾

2) Die Gemeinde-Stellen, zu denen er gewählt wird, anzunehmen, und während der bestimmten Zeit zu verwalten, so ferne ihm nicht eine vom Gesetze genehmigte Entschuldigung zur Seite steht. Als eine solche gilt aber nur: Erwiesene körperliche oder geistige Unfähigkeit, oder ein 60jähriges Alter.⁶⁾

3) Die Verbindlichkeiten und Lasten zur Erreichung des Gemeinde-Zweckes zu übernehmen.⁷⁾ Demzufolge ist jedes Gemeindeglied gehalten:

a) Die entweder zur Herstellung der nothwendigen Gemeinde-Anstalten oder zur Handhabung der öffentlichen Sicherheit⁸⁾ im Interesse der Gemeinde erforderlichen Dienste — die Gemeindefrohnen — zu leisten. Sie sind entweder Spann- oder Handdienste, je nachdem das pflichtige Gemeindeglied mit Gespann versehen ist oder nicht. Den Massstab der Leistung bildet bei jenen die Zahl der Gespanne, womit der Pflichtige seine Landwirthschaft oder sein Gewerbe betreibt; bei diesen die Zahl der dazu überhaupt dienstpflichtigen Gemeindeglieder. Bei beiden Arten ist übrigens Stellvertretung zulässig.⁹⁾

Ansässigmachung, wenn sie auch keine Bürgerrechte gibt, Gesetz über Ansässigmachung §. 8 Nr. 1 (H.-B. III. S. 35).

5) R.G.Ed. §. 14.

6) R.G.Ed. §. 77.

7) R.G.Ed. §. 19.

8) Aus diesem Gesichtspunkte sind denn z. B. auch die Nachtwachen hieher zu zählen. Vgl. Vollz.-Instr. §. 21 (H.-B. II. S. 49).

9) R.G.Ed. §§. 29—32. Anschlag der Dienste zu Geld und Erheb-

b) Die **Gemeinde-Umlagen** zu entrichten, sie mögen in Geld oder Naturalien bestehen. Damit solche erhoben werden können, muss

- α) ein wahres Gemeindebedürfniss vorhanden seyn, und
- β) kein anderes Mittel zur Bestreitung der Ausgaben vorliegen, resp. zureichen.

Zur Bestreitung der Umlagen sind für die Gemeinde ihre Einkünfte heranzuziehen, u. die Genehmigung d. Landesoberbehörde zu folgen.

Verpflichtet zur Entrichtung sind nicht blos die eigentlichen Gemeindeglieder, sondern alle **Gemeinde-Angehörigen**, in so weit sie aus dem Gemeindeverbande beziehungsweise aus einer einzelnen Gemeinde-Anstalt Vortheil ziehen, so ferne sie anders zahlungsfähig sind.¹⁰⁾ Daher tragen auch die **Mieth- und Inleute** zu jenen Zwecken bei, deren Realisirung auch ihnen zu Gute kommt; die **Ausmärker** zu solchen Auslagen, welche die **Gemeindeflur** betreffen. — So ferne aber ein Gemeindeglied von einer Gemeinde-Anstalt keinen Gebrauch machen kann, wie z. B. von Cultusgebäuden einer anderen Confession, ist er auch von der hiezu etwa erhobenen Umlage frei. — **Massstab** der Gemeinde-Umlagen ist in der Regel der **Steuerfuss**, bei Miethbewohnern und Inleuten das **Familienschutzgeld**.¹¹⁾

Sollten manche den Gemeinden zur Last fallende Unternehmungen besser durch das Zusammenwirken mehrerer Gemeinden realisirbar sein, so können dieselben sich zu diesem Zwecke vorübergehend zu einer **Districtsgemeinde** verbinden. Die zur Herstellung des Unternehmens erforderlichen Auslagen werden durch eine **Districts-Umlage**

ung dieses Anschlags widerspricht sowohl den Worten als der *ratio* des Gesetzes.

10) Es sind dabei die **Zwecke**, um deren Realisirung es sich handelt, ins Auge zu fassen. Handelt es sich

a) um Erfüllung von Gemeindeverbindlichkeiten, z. B. Tilgung von Gemeindeschulden, so sind nur die wirklichen Gemeindeglieder zur Umlage herbeizuziehen. Stehen

b) Unternehmungen in Frage, welche die Förderung der Bildung, der Religion, oder die Wohlthätigkeit zum Ziele haben, so haben Alle zu concurriren, welche in der Gemeinde wohnen, u. s. w.

11) Gesetz, die Umlagen für Gemeindebedürfnisse betr. v. 22. Juli 1819 (H.-B. II, S. 372 ff.).

Auf die Umlagen sind die Einkünfte der Gemeinde zu setzen, u. die Genehmigung d. Landesoberbehörde zu folgen.

aufgebracht; jede einzelne Gemeinde erhebt den sie treffenden Antheil in der Form der Gemeinde-Umlagen.¹²⁾

c) Die Pflicht, dem durchmarschirenden oder cantonirenden Militär Quartier zu geben, ist Folge der Unterthanenpflicht überhaupt.¹³⁾

III. Die aus dem Gemeinde-Verbande entspringenden Rechte sowohl als Pflichten sind für alle Gemeindeglieder von der Zeit ihres Eintrittes an gleich; jeder ist gleichmässig berechtigt und belastet. Daher ist denn auch im Zweifel der Antheil an den noch unvertheilten Gemeindegründen ein gleicher.¹⁴⁾

Titel II.

Von der Gemeinde-Verfassung.

§. 83.

I. Im Allgemeinen.

Subject der Rechte der Gemeinde ist die Gemeinde selbst, repräsentirt durch die Gesamtheit der Gemeindeglieder. Sie übt dieselben entweder durch diese unmittelbaren Repräsentanten, oder durch besonders gewählte Vertreter aus.¹⁾

Im ersteren Falle bedarf es zu jeder Handlung Seitens der Gemeinde eines Gemeinde-Beschlusses, damit durch ihn der Wille der Gemeinde kund werde. Zur gültigen Fassung eines solchen gehört in der Regel:

1) Die Ladung aller wirklichen Gemeindeglieder und die Anwesenheit von zwei Drittheilen derselben.²⁾

¹²⁾ Gesetz über Behandlung der Districts-Umlagen v. 11. Sept. 1825 (H.-B. II. S. 386). — Die Districtsgemeinde ist keine Corporation, sondern eine Gesellschaft; sie kann daher nicht neben die Gemeinde gestellt werden. Das Nähere über die Districtsversammlungen gehört dem Verwaltungsrechte an.

¹³⁾ R.G.Ed. §. 13. Auch der Transport von Vaganten, Schülblingen gehört in dieselbe Kategorie.

¹⁴⁾ R.G.Ed. §. 19 Nr. 3. Streitigkeiten über die aus dem Gemeinde-Verbande entspringenden Pflichten unterliegen der Entscheidung durch die administrativen Behörden. Ges. die G.Umlagen betr. Art. 14.

1) R.G.Ed. §. 36.

2) R.G.Ed. §. 37. Vertretung ist in der Regel unzulässig. *ibid.* §. 39.

2) Absolute Mehrheit der Anwesenden, — Bei Beschlüssen, welche *jura singulorum* betreffen, ist die Zustimmung der Betheiligten nothwendig.³⁾

3) In Gegenständen von Bedeutung, woraus besondere Verbindlichkeiten für die Gemeinde erwachsen können, muss der Beschluss schriftlich aufgesetzt, und von dem Vorstande der Versammlung und zwei Mitgliedern durch Unterschrift bezeugt werden.⁴⁾

In der Regel handelt die Gemeinde durch ihre Vertreter, resp. Vorstände, — den Magistrat in den Städten, den Gemeinde-Ausschuss in den Landgemeinden.⁵⁾ Sollte für besondere Geschäfte eine ausserordentliche Vertretung nothwendig werden, so wäre dazu eine durch Gemeindebeschluss ertheilte Specialvollmacht erforderlich.⁶⁾ Deputationen, welche die Gemeinden etwa abordnen, dürfen aus höchstens 2 — 4 Gemeindegliedern bestehen.⁷⁾

II. Von der Verfassung der einzelnen Arten von Gemeinden insbesondere.

§. 84.

1) Von der Verfassung der Städte.

Die Verfassung der Städte beruht hauptsächlich auf dem **Magistrate**, der als **Vorsteher** der Gemeinde und als **Beamter** für die Verwaltung ihrer Angelegenheiten und ihres Vermögens erscheint (dem in grösseren Städten die von dem Magistrate ernannten **Districtsvorsteher** zur

3) R.G.Ed. §§. 38 und 41. Bei Stimmengleichheit kommt dem Vorsteher ein *votum decisivum* zu.

4) R.G.Ed. §. 40. Vgl. oben §. 81 not. 7.

5) In Städten kommt die Vertretung der Gemeinde durch die Versammlung aller Gemeindeglieder nie, in Landgemeinden nur ausnahmsweise vor. Vgl. R.G.Ed. §§. 104, 105, b und §. 42.

6) R.G.Ed. §. 42. Es kann hier wohl nur eine Vertretung dritten Personen gegenüber gemeint sein. Von der Vertretung der Gemeinde gegenüber dem Vorstande s. unten §. 84 Nr. 2 und §. 85 Nr. 2.

7) R.G.Ed. §. 43.

Seite stehen), ¹⁾ und auf den Gemeindebevollmächtigten, als den Repräsentanten der Corporation, welche dem Magistrat als controlirendes und beschränkendes Organ gegenübergestellt sind.²⁾

1) Was zuerst den Magistrat betrifft, so besteht derselbe

A. In Städten I. Classe:

a) in der Regel aus zwei rechtskundigen Bürgermeistern.³⁾

Zur Wählbarkeit gehört ausser dem Nachweise des theoretischen und praktischen Staatsexamens Ansässigkeit mit einer Realität im Gemeindebezirke.⁴⁾

b) aus 2 - 4 rechtskundigen Räthen, und einem technischen Baurathe, wo das Bauwesen von Bedeutung ist.

c) aus 10—12 Bürgern, vorzüglich von der gewerbtreibenden Classe. Sie müssen, um wählbar zu seyn, zu dem höchst besteuerten Drittheile gehören, und sollen nicht aus solchen Gewerben genommen werden, welche einer beständigen Polizei-Aufsicht unterworfen sind.⁵⁾

d) Nöthigenfalls kann auch ein besonderer Stadtkämmerer oder für bedeutendere Stiftungen ein eigener Oeconom angestellt werden.⁶⁾

Das Subalternpersonale (Secretäre, Diener, Boten etc.) ist verschieden, je nach der Grösse der Stadt.

B. In Städten II. Classe.

a) aus einem Bürgermeister, der nicht rechtskundig zu seyn braucht;

b) aus einem oder zwei rechtskundigen Räthen.

1) R.G.Ed. §§. 89—92. Sie sind die Gehilfen und äusseren Vollzugs-Organen des Magistrats.

2) Vgl. R.G.Ed. §§. 46 und 75.

3) Es ist den Städten I. Classe gestattet, mit königl. Genehmigung nur einen rechtskundigen Bürgermeister zu wählen. R.G.Ed. §. 47 a. E. — Weshalb zwei Bürgermeister vgl. unten §. 87.

4) R.G.Ed. §. 48. — Wenn derselbe ein Ausländer wäre, müsste die gesetzliche Zeit abgelaufen seyn. Edict I. §. 8, c.

5) R.G.Ed. §. 47 Nr. 1 und §. 48 a. E.

6) R.G.Ed. §. 47 Nr. 5. Wo diess nicht für nöthig erachtet wird,

Ist der Bürgermeister rechtskundig, dann kann die Aufstellung eines solchen Rathes erlassen werden.

c) Aus einem Stadtschreiber;⁷⁾

d) aus 8—10 Bürgern, welche der höchst besteuerten Hälfte angehören müssen.

C. In Städten III. Classe:

a) aus einem Bürgermeister, von welchem Rechtskunde nicht gefordert wird;

b) aus einem Stadt- oder Marktschreiber;⁷⁾

c) aus 6—8 Bürgern aus der Zahl der höchst besteuerten zwei Drittheile.

Die Bestellung des Magistrats geschieht durch eine für 6 Jahre giltige Wahl durch die Gemeindebevollmächtigten.⁸⁾ Die mit absoluter Stimmenmehrheit Gewählten bedürfen zum Antritt ihrer Stellen der k. Bestätigung, und der Verpflichtung und Einweisung durch die Curatel-Behörde.⁹⁾

Der Gemeindebevollmächtigten sind in jeder Stadt dreimal so viele, als bürgerliche Räte im Magistrate sind. Wählbar ist jeder, der die Eigenschaften besitzt, welche zum bürgerlichen Magistratsrathe gefordert werden. — Ihre Bestellung geschieht durch Wahl eigens hiezu von den Gemeindegliedern ernannter Wahlmänner¹⁰⁾; relative Stimmenmehrheit entscheidet.

Die Funktion eines Gemeindebevollmächtigten dauert neun Jahre; nach Verlauf dieser Periode tritt immer das ältere Drittheil aus, und wird durch eine neue Wahl ersetzt.¹¹⁾

ist die Verwaltung des Vermögens von einem rechtskundigen und einem bürgerlichen Magistratsrath zu besorgen.

7) Ueber die Qualification desselben s. R.G.Ed. §. 48, b.

8) R.G.Ed. §§. 50 und 81. — Eigenthümliches gilt in Ansehung der Bestellung der rechtskundigen Bürgermeister und Räte. Sie unterliegen nach Ablauf eines dreijährigen Provisoriums einer nochmaligen Wahl, und treten, wenn sie wiederholt gewählt werden, analog in die Verhältnisse der administrativen Staatsdiener. Ibid. §. 50 Abs. 1.

9) R.G.Ed. §§. 53 und 54.

10) Die Zahl dieser Wahlmänner richtet sich nach der Classe, welcher die betreffende Stadt angehört einerseits, und nach der Gesamtzahl der wahlfähigen Gemeindeglieder. Sie beträgt in Städten I. Classe von mehr als 4000 Gemeindegliedern den 40. Theil, bei Städten III. Classe den 10. Theil der wahlfähigen Gemeindeglieder. R.G.Ed. §§. 74—76.

11) R.G.Ed. §. 79. Um diese Vorschrift durchzuführen, geschah der

Der Wirkungskreis der Gemeindebevollmächtigten besteht vorzüglich in dem Rechte der Zustimmung und des Beiraths zu den Handlungen, welche der Magistrat in eigentlichen Gemeinde-Angelegenheiten vornimmt.¹²⁾ In allen wichtigen Angelegenheiten der Art ist der Magistrat verpflichtet, den Rath der Gemeinde-Bevollmächtigten einzuholen, wie z. B. bei Veräusserungen oder Verpfändungen unbeweglicher Gemeindegüter oder nutzbarer Rechte, bei Erwerb von Realitäten oder Rechten u. s. w.¹³⁾

Aber auch in allen andern Fällen, wo es der Magistrat für zweckmässig erachtet, ist er berechtigt, die Erinnerungen der Gemeindebevollmächtigten zu vernehmen. — Bei einer Verschiedenheit der Ansichten soll eine gemeinsame Berathung der Gemeinde-Bevollmächtigten und des Magistrats stattfinden, und wenn auch dann noch die Beschlüsse der beiden Collegien divergiren, so ist die Sache der Curatel-Behörde zur Entscheidung vorzulegen.¹⁴⁾

Zur Vornahme ihrer Geschäfte treten die Gemeinde-B. in Versammlungen zusammen. Sie wählen sich alle drei Jahre aus ihrer Mitte einen Vorsteher und Protocollführer. Zur Fassung eines gültigen Beschlusses ist die Anwesenheit von 2 Dritttheilen der Bevollmächtigten und absolute Stimmen-Mehrheit erforderlich.¹⁵⁾

erste Austritt nach 3, der zweite nach 6 Jahren; nun war nach Ablauf von 9 Jahren ein älteres Dritttheil vorhanden. Es findet daher, das Collegium der Gemeindebevollmächtigten im Ganzen betrachtet, alle drei Jahre eine Erneuerung desselben zu einem Dritttheile statt.

12) In Sachen, welche der Magistrat als Regierungsbeamter besorgt, steht den Gemeindebevollmächtigten keine Controle des Magistrats, sondern primäre Wahrung des gemeindlichen Interesses und volle Vertretung der Gemeinde zu. Vgl. §. 82 lit. a.

13) R.G.Ed. §. 82. Die hier aufgezählten Fälle sind beispielsweise, nicht um alle anderen auszuschliessen, aufgeführt.

14) R.G.Ed. §§. 83 und 84.

15) R.G.Ed. §§. 85 und 87. Sie versammeln sich entweder auf die Aufforderung des Magistrats oder aus eigenem Antriebe: im letzteren Falle haben sie dem Magistrate und der etwa vorfindlichen Polizeibehörde Anzeige zu machen. — Von dem Verfahren bei der Wahl der Magistrate und der Gemeindebevollmächtigten mündlich.

§. 85.

2) Von der Verfassung der Landgemeinden.

An der Spitze der Landgemeinden steht als Organ derselben der **Gemeinde-Ausschuss**; er wird gebildet:

a) aus dem Gemeindevorsteher,

b) aus dem Gemeinde- und Stiftungspfleger, welche beide Funktionen bei nicht bedeutendem Vermögen der Gemeinde- und der Localstiftungen in einer Person vereinigt seyn können;

c) aus 3—5 Gemeindebevollmächtigten.

In allen Gegenständen des Stiftungs- und Schulwesens, dann der Armenpflege wohnt der Ortspfarrer dem Gemeinde-Ausschusse bei.

Der Ortsschullehrer versieht die Stelle des Gemeindevorstehers.¹⁾

Die Bestellung des Gemeindeausschusses geschieht durch eine auf drei Jahre gültige Wahl der versammelten Gemeinde unter der Leitung des treffenden Land- oder gutsherrenl. Gerichts (also durch directe Wahl.)

Wählbar zum Vorsteher und zum Pfleger sind nur jene, die zu den höchst besteuerten 2 Dritttheilen gehören; zu Gemeindebevollmächtigten alle Wahlfähigen, i. e. alle activen Gemeindeglieder.²⁾

Der Wirkungskreis der Gemeindebevollmächtigten ist im Ganzen derselbe, wie in den Städten. Doch versammelt sich in Landgemeinden in den wichtigsten Fällen die Gesamtgemeinde, während in Städten bloß die Bevollmächtigten mit ihrem Beirathe zu hören sind, so z. B. bei Regulirung von neuen Gemeindediensten oder von Gemeindeumlagen.³⁾ Zum ausschliesslichen Geschäftskreise der Bevollmächtigten gehört dagegen die Erinnerung über die entworfenen Schuldentilgungspläne, und überhaupt Alles, was

1) R.G.Ed. §§. 93 und 94.

2) R.G.Ed. §§. 95, 96, 98.

3) R.G.Ed. §. 104.

nicht ausdrücklich der Erledigung durch Gemeindebeschluss unterworfen ist.⁴⁾

§. 86.

3) Von den Organen der Kirchenverwaltung.¹⁾

Ausgeschieden von dem Wirkungskreise der Gemeindebehörden ist das **Kirchenvermögen**. Dieses steht seit dem Jahre 1834 wieder unter einer besonderen **Kirchenverwaltung**, getrennt für jede Confession²⁾ und für jede Kirchengemeinde (sey sie Pfarr- oder Filialgemeinde).

A. Sie besteht in **Städten**

a) aus dem Pfarrer, — wo deren, wie bei protestantischen Pfarreien an einer Kirche mehrere sind, aus dem Ersten oder einem aus ihrer Mitte Gewählten,

b) aus einem Abgeordneten, Vorstände oder Mitgliede des Magistrats, wo möglich derselben Confession, der das **Gemeinde-Interesse** zu vertreten hat,

c) aus 4—8 besonders gewählten Gemeindegliedern derselben Confession. Letztere wählen dann aus ihrer Mitte den **Kirchenvorsteher**.³⁾

B. In Landgemeinden beträgt die Zahl der Gemeindeglieder nur 2—4; im Uebrigen ist die Kirchen-Verwaltung eben so zusammengesetzt, wie in Städten.

Die Stellung dieser Kirchenverwaltungen gegenüber den Gemeindebehörden ist eine coordinirte, jedoch so, dass diese eine gewisse Aufsicht ausüben, so weit bei der Kirchenverwaltung das Interesse der politischen Gemeinde etwa mitbe-

4) R.G.Ed. §. 104 Abs. 1. — Der §. 82 ist analog wohl auch hier in Anwendung zu bringen. — Die Darstellung der Wahlordnung bleibt dem mündlichen Vortrage vorbehalten.

1) Vergl. Haberstumpf, die neuen Kirchenverwaltungen nach dem Gesetz vom 1. Juli 1834.

2) Ist das Vermögen zwischen zwei Confessionen gemeinschaftlich, so muss bis zu erfolgender Theilung die Verwaltung aus den beiden Confessionen nach den Verhältnissen ihres Antheils, im Zweifel wohl aus jeder zur Hälfte gebildet werden. Vollz.-Instr. §. 138 (H.-B. II. S.161).

3) R.G.Ed. §. 59. — Die Wahl geschieht in derselben Weise und zu gleicher Zeit, wie die Wahl der Gemeinde-Verwaltung. Vollz.-Instr. §§. 139—141.

rührt wird. D e s s h a l b werden ihnen die Voranschläge und die Rechnungen dieser besonderen Behörde zur Einsicht und Erinnerung mitgetheilt, ehe sie der Curatelbehörde vorgelegt werden, nicht aber darum, weil den Magistraten, resp. Gemeinde-Ausschüssen irgend eine Aufsicht oder Obergewalt zukäme.

Titel III.

Von den Rechten der Gemeindebehörden.

§. 87.

I. In Städten.

Der Magistrat übt zwei von einander völlig verschiedene Arten von Rechten aus; er ist nämlich einerseits Vorsteher und Beamter der Gemeinde, und regiert und vertritt in dieser Eigenschaft die Gemeinde, andererseits Regierungs-Beamter, so weit er die Polizei in den Städten handhabt.

1) In ersterer Eigenschaft kommen ihm folgende Rechte zu:

a) Ausübung und Wahrung der Gemeinderechte ¹⁾; daher hat er das gesammte Communal- und Stiftungsvermögen zu verwalten, darüber Rechnung zu führen, ²⁾ ferner für die Gemeinde zu klagen und sie zu vertheidigen, und das Patronatsrecht, welches etwa der Gemeinde zusteht, auszuüben. ³⁾

In gleicher Eigenschaft hat er

b) die Aufsicht und Leitung über die städtischen Anstalten, wie Leih-, Beleuchtungs-, Löschanstalten und die städtischen Gebäude. ⁴⁾

c) Die Anordnung und Vertheilung der Umlagen ⁵⁾ und der übrigen Gemeindelasten, so wie die Eintreibung der etwaigen directen oder indirecten Gefälle der Gemeinde. ⁶⁾

¹⁾ R.G.Ed. §§. 56—58.

²⁾ Vgl. Mayrhofer, Handbuch zur Verwaltung des Stiftungs- u. Communalvermögens in Bayern. 2. Aufl. Regensburg, 1843.

³⁾ R.G.Ed. §. 59. Vgl. Vollz.-Instr. §. 152 (H.B. II. S. 168).

⁴⁾ R.G.Ed. §. 64.

⁵⁾ Soweit sie ständige sind und auf bestehenden Gesetzen beruhen, handelt er selbstständig; bei der Regulirung unständiger Dienste und Umlagen sind die Gemeindebevollmächtigten zu hören.

⁶⁾ R.G.Ed. §. 61 und Gesetz, die Umlagen betr. v. 28. Juli 1819 Art. IX. und X (H.-B. II. S. 382).

d) Aufnahme der Bürger und Schutzverwandten und Ertheilung der Heirathsbewilligungen.

e) Ertheilung der Gewerbsgerechtigkeiten im Gemeindebezirke. ⁷⁾

f) Das Vermittlungsamt bei Streitigkeiten unter den Gemeinde-Angehörigen. ⁸⁾

g) Theilnahme an der Armenpflege und an dem Kirchen- und Volksschulwesen nach den hierüber bestehenden Verordnungen. ⁹⁾

Um bei der Ausübung dieser Befugnisse etwaige Missgriffe zu verhüten, und die Art der Ausübung möglichst mit dem Staatszwecke in Einklang zu setzen, steht der Regierung eine besondere Controle über den Magistrat zu, die man mit dem allgemeinen Namen *Curatel* bezeichnet. Bei Städten I. Classe übt die Kreisregierung, bei den Städten II. und III. Classe regelmässig das betreffende königl. oder gutsberrliche Gericht, ¹⁰⁾ wenn nicht ausnahmsweise ein eigener königl. Commissär bestellt ist, in Verhältnisse zu welchem die Stadt einer Stadt I. Classe gleich geachtet wird. ¹¹⁾

2) In seiner Eigenschaft als Regierungsbeamter übt der Magistrat die Localpolizei aus, und zwar in den unmittelbaren Städten nach der Instruction für die Polizeidirectionen vom 24. Sept. 1808 ¹²⁾ in einer eigenen dafür angeord-

⁷⁾ R.G.Ed. §§. 62 und 63. — Das Gesetz gesteht die letztere Befugniß dem Magistrate als Gemeindebehörde zu. Ist sie aber nicht an sich ein Anfluss der Polizeigewalt? Vgl. §. 81 not. 4.

⁸⁾ R.G.Ed. §. 63. Seuffert, Commentar B. II. S. 100.

⁹⁾ R.G.Ed. §. 66. Ueber die Theilnahme des Magistrats an der Armenpflege entscheidet die Verordn. v. 17. Nov. 1816, das Armenwesen betr. (H.-B. ä. A. B. V. S. 1 ff.).

¹⁰⁾ R.G.Ed. §§. 123—126—128. Der §. 123 zählt insbesondere die Handlungen auf, welche zu ihrer Giltigkeit die Genehmigung der Curatel bedürfen.

¹¹⁾ Der Magistrat I. Classe besorgt die eigentlichen Gemeinde-Angelegenheiten unter unmittelbarer Aufsicht der Kreisregierung. Vergl. Verordn. v. 15. Sept. 1818, das Verhältniss der königl. Commissarien zu den Magistraten betr. (H.-B. II. S. 407 ff.).

¹²⁾ S. dieselbe in H.-B. II. S. 237. Der Ausdruck „Localpolizei“ ist hier blos im geographischen Sinne gebraucht. Denn in den Städten I. Classe hat der Magistrat, wenn man seine materielle Competenz innerhalb der Stadt berücksichtigt, die Districtspolizei.

neten Geschäftsabtheilung (dem Polizeisenate), in den kleineren (mittelbaren) Städten und Märkten nach denjenigen Vorschriften, welche in dem Edict VI. zur Verf.-Urk. für die polizeilichen Verrichtungen gegeben sind. ¹³⁾

In dieser Eigenschaft steht der Magistrat nicht unter der Curatel der Staatsbehörden, sondern ist diesen entweder sub- oder coordinirt. — Der Wirkungskreis der etwa bestellten k. Commissäre besteht vorzüglich darin, auf die Verwaltung der Localpolizei eine ununterbrochene Aufmerksamkeit zu richten. ¹⁴⁾

Nur für München besteht neben dem Magistrate eine eigene Polizeidirection, welche theils ausschliesslich, theils im Zusammenwirken mit dem Magistrat die Localpolizei ausübt. ¹⁵⁾

§. 88.

II. In Landgemeinden.

Auch dem Gemeinde-Vorsteher ¹⁾ in den Landgemeinden kommen die nämlichen beiden Arten von Rechten, wenn auch in verschiedenem Umfange, wie dem Magistrate zu.

So weit er

1) Vertreter und Beamter der Gemeinde ist, handelt er theils selbstständig, theils nur im Zusammenwirken mit den übrigen Ausschussmitgliedern. Ihm allein kommt zu:

a) Versammlung der Gemeinde, Leitung der Berathung und Beschlussfassung;

Er entscheidet in geringen Rechtshändeln, hat ein unbeschränktes Polizeistrafrecht etc. Vergl. Verordn. v. 8. Sept. 1808 §§. 88 und 90.

¹³⁾ Die den Magistraten der mittelbaren Städte zukommende Polizei ist Localpolizei sowohl im räumlichen als im gegenständlichen Sinne. Die Abgränzung der Localpolizei, wie sie das Edict VI. für die Patrimonialgerichte gibt, soll auch hier entscheiden. S. insbesondere Edict VI. §. 90.

¹⁴⁾ Vgl. die angef. Verordn. v. 15. Sept. 1818 §. 2 (H.-B. II. S. 408).

¹⁵⁾ Verordn. v. 15. Sept. 1818, das Verhältniss zwischen der Polizeidirection und dem Magistrat der k. Haupt- und Residenzstadt München betr. (Gesetzbl. v. 1818 S. 573 ff.).

¹⁾ Nicht dem gesammten Gemeinde-Ausschusse; es herrscht in den Landgemeinden das bureaukratische, in den Städten das collegiale System vor.

b) Verkündigung der k. Befehle und Verordnungen.
 c) Die Führung und Aufbewahrung der Grundbücher und Inventarien über das Gemeindevermögen.

d) Aufbewahrung des Duplicats der Civilstandsregister. ²⁾
 Sache des gesammten Ausschusses dagegen ist insbesondere:

a) Die Einwilligung der Gemeinde zur Aufnahme neuer Mitglieder und Schutzverwandter.

b) Die Aufnahme und Anstellung von Gemeindedienern.

c) Die Besorgung der Armenpflege nach den hierüber bestehenden Verordnungen.

d) Die Regulirung und Vertheilung der Gemeindedienste und Umlagen. ³⁾

e) Die Verwaltung des Gemeinde- und Localstiftungsvermögens. ⁴⁾

f) Das Vermittlungsamt bei Streitigkeiten der Gemeindeglieder. ⁵⁾

Die Curatel über die Verwaltung dieser Behörden übt das königl. Landgericht oder das gutsherrliche Gericht aus, dem die Gemeinde untergeordnet ist. In denselben Fällen, in welchen die Magistrate die Genehmigung der Curatelbehörden zu erhalten haben, ist hiezu auch der Gemeinde-Ausschuss verpflichtet. ⁶⁾

2) Als Beamter der Regierung hat der Gemeindevorsteher die Dorfs- und Feldpolizei zu handhaben. Ihm steht daher in ersterer Rücksicht die Vollziehung der bestehenden Polizeivorschriften in Bezug auf Sicherheit und Ordnung, das Fremdenwesen, die Dienstboten-Ordnung u. s. w. zu. ⁷⁾ In Folge der ihm zukommenden Feldpolizei hat er für Beobachtung der Culturverordnungen und insbesondere für die Erhaltung der Flur- und Markungsgrenzen

²⁾ R.G.Ed. §. 100.

³⁾ R.G.Ed. §. 101.

⁴⁾ R.G. Ed. §. 102. Vollziehendes Organ des Gemeinde-Ausschusses in dieser Rücksicht ist der Pfleger.

⁵⁾ R.G.Ed. §. 120.

⁶⁾ R.G.Ed. §. 103 vgl. mit §. 123.

⁷⁾ R.G.Ed. §§. 108—114. — So weit der Gemeinde-Vorsteher in

zu sorgen, und zur Abwendung möglicher Beschädigung kann er mit Einstimmung der Gemeinde einen Flurwächter aufstellen. ⁸⁾

Um diese Rechte wirksamer handhaben zu können, steht dem Gemeinde-Ausschusse wegen Dorfs- und Feldfreveln ein Srafrecht zu. Die Strafen dürfen nur in Geldstrafen bis zu einem Gulden bestehen, und fliessen in die Gemeindekasse. ⁹⁾

§. 89.

Zweites Capitel.

Von den Universitäten.

Während bei den Gemeinden die Einheit des Raumes das verbindende Princip ist, und das Criterium derselben bildet, ist es bei den Universitäten der gemeinsame Zweck, der das Substrat bildet, und sie zu einem Ganzen einigt. Sie treten im bayerischen Staatsrechte als Corporationen mit bestimmter Verfassung und bestimmten Rechten ¹⁾ auf, und müssen daher, soweit diess der Fall ist, hier berücksichtigt werden. —

1) Glieder der Corporation sind die sämmtlichen ordentlichen und ausserordentlichen Professoren. ²⁾ Letztere sind bei der Ausübung der staatsbürgerlichen Rechte der Universität wahlfähig, aber nicht wählbar.

2) Die Verfassung der Universitäten beruht vorzüglich auf dem akademischen Senate, dessen Vorstand der Rector (Prorector) ist. Die Zusammensetzung dieser Behörde ge-

dieser Eigenschaft handelt, kann gegen ihn das Verbrechen oder Vergehen der Widersetzung begangen werden. Vgl. Blätter für R.-A. 1836 S. 220.

8) R.G.Ed. §§. 115 und 116.

9) R.G.Ed. §. 117.

1) Es liegt in der Natur der Sache, dass wir auf die Privatrechte der Universitäten hier nicht eingehen.

2) Die Studierenden sind nicht Glieder der Universität, sondern Angehörige derselben. Vgl. oben §. 80 Nr. 3, c.

schieht entweder durch die Wahl der Corporationsglieder, oder unabhängig von dieser nach einer bestimmten Regel, welche gewisse Personen zu Mitgliedern des Senats beruft.³⁾ — Neben dem Senate besteht an allen bayerischen Universitäten eine besonders Behörde unter dem Namen eines **Verwaltungsausschusses** zur Verwaltung des Universitäts-Vermögens. Er wird aus dem zeitigen Rector als Vorsitzender, und aus vier Professoren als Beisitzern, gebildet.⁴⁾

3) Die Rechte der Universitäten, so weit sie dormalen noch bestehen, beschränken sich auf nachstehende Punkte:

a) Sie nehmen an der Aufnahme der Studierenden an der Universität Theil.⁵⁾

b) Die Universitäten üben (durch den academischen Senat) über die Universitäts-Angehörigen die Disciplinargewalt aus, und verhängen die gesetzlichen Disciplinarstrafen.⁶⁾

c) Die Polizei über die Studierenden an den Universitäten wird durch eine eigene Commission verwaltet, in welcher 2 Abgeordnete des Senats Sitz und Stimme haben.⁷⁾

d) Der Senat hat in den die Studierenden betreffenden Civilklagen, so wie bei Streitigkeiten unter Studierenden das Vermittlungsamt.⁸⁾

e) Sie ertheilen die academischen Grade, denen freilich jene Wichtigkeit für's öffentliche Leben nicht mehr zukommt, welcher sie vordem genossen.

3) Vgl. das Nähere bei Schunk, Staatsrecht S. 641 ff., der übrigens manches Unrichtige und Veraltete gibt.

4) Zuerst eingeführt durch Verordn. v. 20. Dec. 1815 (D. B. IX. S. 205 ff.); durch A. E. v. 23. April 1817 auf Erlangen, und durch A. E. v. 30. Sept. 1819 (D. B. IX. S. 211) auf Würzburg ausgedehnt. Abweichend ist für Würzburg:

a) der Hauptcassier hat im V.-Ausschusse ein *votum consultativum*;

b) als Beisitzer sind 4 ordentliche Professoren bezeichnet.

5) Rev. Vorschriften für die Studierenden an den bayerischen Hochschulen v. 4. Febr. 1842 §. 1.

6) A. a. O. §. 104, Nr. 7; §§. 84—94.

7) Vergl. Verordn. v. 15. Sept. 1818, die Polizei in den Universitätsstädten betr. (D. B. IX. S. 221). S. wegen München Verordn. v. 13. Oct. 1826 (D. B. IX. S. 224).

8) S. die angef. Vorschriften §. 104 Nr. 6 und §. 124 ff.

f) Jede Universität wählt einen Abgeordneten zur II. Kammer der Stände-Versammlung,⁹⁾ so wie

g) jede Universität in dem Landrath desjenigen Kreises, in welchem die Hauptmasse ihrer Realitäten liegt, durch ein Mitglied vertreten wird.¹⁰⁾

4) Was die Rechte der Corporationsglieder betrifft, so geniessen sie insbesondere, so viel ihren Stand und Gehalt betrifft, die Vortheile der Staatsdiener-Pragmatik.¹¹⁾ Die ordentlichen Professoren haben den Rang von Collegialräthen,¹²⁾ und gehören zu denjenigen höheren Beamten, welchen das Recht der Siegelmässigkeit zusteht.¹³⁾

Drittes Capitel.

Von den Kirchengesellschaften.

§. 90.

I. Von den hieher gehörigen Subjecten überhaupt.

Wenn sich die Bekenner einer und derselben Religion zum Behufe der ihrer Ueberzeugung entsprechenden Gottesverehrung mit einander verbinden, so nennt das bayerische Recht eine solche Vereinigung im Allgemeinen eine »Religions-Gesellschaft.« Sind die Mitglieder derselben dem christlichen Bekenntnisse zugethan, so gebrauchen die Gesetze gewöhnlicher den Ausdruck; »Kirchengesellschaft.«¹⁾ Für beide Arten von Vereinen gelten, was ihre rechtliche Existenz in Bayern betrifft, folgende Grundsätze:

⁹⁾ Verf.-Urk. Tit. VI. §§. 7 und 9. Edict X. Tit. 1. §§. 4 u. 18.

¹⁰⁾ Gesetz, die Einführung der Landräthe betr. v. 15. Juni 1828 §. 8 (H.-B. I. S. 420). — Ueber das Recht der Universitäten, ein eigenes Siegel zu führen s. M. E. v. 5. März 1837 (D. B. IX. S. 203).

¹¹⁾ Verordn. v. 26. Jan. 1804 Nr. 14, a. und Verordn. v. 14. Aug. 1810 (Regierungsblatt v. 1810 S. 689).

¹²⁾ A. a. O. Nr. 14, b.

¹³⁾ Vergl. oben §. 40 Nr. 2, b.

¹⁾ Edict II §§. 24 und 25. Hier ist der Gegensatz deutlich genug hervorgehoben. Vgl. zur Bestätigung §§. 28, 32, 44. Indessen ist der angeführte Gebrauch kein durchgehender, sondern beide Ausdrücke werden häufig *promiscue* gebraucht.

1) Zur Bildung und Einführung einer neuen Religionsgesellschaft gehört ausdrückliche königl. Genehmigung.²⁾

2) Die bereits aufgenommenen bilden entweder öffentliche oder blosse Privat-Religionsgesellschaften, je nachdem sie dem Staate gegenüber das Recht der Persönlichkeit (als Corporationen) geniessen, und sich des Schutzes der Staatsgewalt in demselben Maasse, wie die zur Ausübung der unmittelbaren Staatszwecke bestehenden Anstalten zu erfreuen haben, oder diese Eigenschaften fehlen.

Als öffentliche Kirchengesellschaften erkennt das bayerische Recht an:

a) Die katholische Kirche, der Zahl ihrer Bekenner nach die bedeutendste.

b) Die protestantische Gesamtgemeinde, welche erst zu Anfang dieses Jahrhunderts als Kirchen-Gesellschaft rechtliche Existenz in Bayern erhielt.³⁾ Da sich diese ihrerseits wieder in zwei von einander verschiedene Kirchengesellschaften — die lutherische und reformirte — trennt, so spricht das II. Edict von drei öffentlichen Kirchengesellschaften.⁴⁾

In der Pfalz, wo die beiden protestantischen Confessionen eine Union eingegangen haben, bestehen blos zwei öffentliche Kirchen-Gesellschaften.⁵⁾

Die Rechte der Privat-Religionsgesellschaften haben:

a) Die Juden nach Massgabe des II. Edicts und des Juden-Edicts v. 10. Juni 1813.

b) Einzelne christliche Bekenntnisse, so weit solche überhaupt als Gesellschaften aufgenommen sind, Dahin sind zu zählen:

2) Edict II. §§. 26 und 27. Vgl. unten §. 170.

3) S. insbesondere Edict v. 10. Jan. 1803 und das Religions-Edict v. 24. März 1809 §. 28. — Der §. 103 des Edicts II. spricht von der „protestantischen Kirche“, das Rubrum des Anhangs II. von der „protestantischen Gesamtgemeinde“. Vergl. *ibid.* §. 19 letzter Abs.

4) Edict II. §. 24.

5) Vereinigungs-Urkunde v. 10. Oct. 1818 (D. B. VIII. S. 1280).

α) Die griechische Gemeinde, deren Mitglieder übrigens dadurch vor jenen der übrigen Privat-Religionsgesellschaften ausgezeichnet sind, dass sie des Staatsbürgerrechts theilhaftig sind. ⁶⁾

β) Die Mennoniten ⁷⁾ und eine Herrnhuter Brüder-Gemeinde in Schwaben- und Neuburg.

II. Von den Rechtsverhältnissen der öffentlichen Kirchengesellschaften insbesondere.

§. 91.

1) Von den Rechtsverhältnissen derselben im Ganzen.

Die drei öffentlichen Kirchengesellschaften geniessen die Rechte öffentlicher Corporationen, ¹⁾ so zwar dass die denselben zukommenden bürgerlichen und politischen Rechte allen in gleichem Maasse zukommen. ²⁾ — Es fragt sich daher vorzüglich, welches denn diese Rechte im Einzelnen seyen.

1) Aus der Eigenschaft von Corporationen folgt dass die öffentlichen Kirchengesellschaften fähig seyen, Eigenthum zu besitzen und zu erwerben. ³⁾ Dasselbe ist ihnen als ihr ausschliessliches, vom Staate unantastbares Ei-

6) Gesetz v. 1. Juli 1834, die bürgerlichen und politischen Rechte der griechischen Glaubensgenossen betr. (H.-B. I. S. 65). Wenn v. Moy (Lehrb. B. I. S. 91) die griechische Kirche zu den öffentlichen Kirchengesellschaften rechnet, so steht ihm die Ueberschrift und der Inhalt des Gesetzes, das nur von den Bekennern der griech. Kirche spricht, und die Bestimmung in Edict II. §. 32 entgegen. Das Gesetz vom 1. Juli 1834 ist in Ansehung der Stellung der Anhänger des griechischen Bekenntnisses nur von der Bedeutung, wie der Art. XVI. der Bundesacte für die Anhänger der zwei reichsgesetzlichen Confessionen.

7) Ob die Mennoniten eine Religionsgesellschaft bilden, ist aus den vorliegenden Quellen nicht klar zu ersehen. Eine M. E. v. 9. Nov. 1835 spricht ihnen die Gesellschaftsrechte ab, während eine andere v. 20. Jan. 1836 ihre „Zuständigkeiten“ anerkennt (D. B. VIII. S. 1785)

1) Edict II. §. 28.

2) Edict II. §. 24. — Daher ist keine von ihnen die herrschende. Folgen hievon in §§. 80—82. Vgl. Strafgesetzb. Thl. I. Art. 326.

3) Edict II. §. 44. Wegen der Privat-Religionsgesellschaften siehe §. 45.

genthum garantirt. ⁴⁾ Es wird unter dem obersten Schutze und der Aufsicht des Königs verwaltet. ⁵⁾ — Die Gesetzgebung und die Gerichtsbarkeit über dasselbe steht dem Staate zu; daher es denn insbesondere auch den öffentlichen Lasten (Steuern, Umlagen etc.) unterworfen ist. ⁶⁾

2) Als öffentliche Corporationen stehen die öffentlichen Kirchengesellschaften unter dem besonderen Schutze des Staates. ⁷⁾ Ihre gottesdienstlichen Gebäude gelten als öffentliche; ⁸⁾ die zur Feier ihres Gottesdienstes und zum Religions-Unterricht bestellten Personen genießen die Rechte und die Achtung öffentlicher Beamten. ⁹⁾

3) Die Verfassung und Verwaltung der Kirchengesellschaften als solcher ist vom Staate unabhängig. ¹⁰⁾ Der Staat überlässt daher jeder Kirchen-Gesellschaft

a) das Recht der Autonomie in den eigentlichen (inneren) Kirchen-Angelegenheiten. ¹¹⁾ Nur bei sogenannten gemischten Gegenständen, d. i. bei solchen, welche zwar geistlich sind, aber die Religion nicht wesentlich betreffen, und zugleich irgend eine Beziehung auf den Staat und das weltliche Wohl seiner Unterthanen haben, hat die weltliche Gewalt das Recht der Mitwirkung. ¹²⁾

b) Das Recht der Gerichtsbarkeit in rein geistlichen Sachen, so wie das geistl. Correctionsrecht, und die

4) Edict II. §§. 46 und 47 und Verf.-Urk. Tit. IV. §. 9 Abs. 4.

5) Edict II. §. 75. — Die Normen, nach denen dieses Aufsichtsrecht geübt wird, s. bei D. B. XI. Abth. 4 (insbesondere S. 1317—1363).

6) Edict II. §§. 62, 73 und 74. Vgl. unten §. 171.

7) Edict II. §§. 31, 80 und 81.

8) Edict II. §. 29. Die Folgen hievon zeigen sich in den Vorschriften über Wendung von Baufällen, in der Nothwendigkeit der Versicherung gegen Brandschaden.

9) Edict II. §. 30. Vgl. Strafgesetzb. Thl. I. Art. 424. Anders bei den Privat-Religionsgesellschaften. Edict II. §. 36.

10) Die Darstellung der Verfassung und Verwaltung der einzelnen Kirchen gehört nicht dem Staats-, sondern dem Kirchenrechte an. Anders v. Moy, Lehrb. B. I. S. 340 ff.

11) Edict II. §. 38. Hier werden die inneren Angelegenheiten einzeln aufgeführt. Daher steht der Kirchengewalt kein Besteuerungsrecht zu. Von Stolgebühren mündlich.

12) Edict II. §. 76. Worin dieses Recht der Mitwirkung bestehe, vgl. §. 78.

Befugniss, die Mitglieder der Kirchengesellschaft mit Strafen (Censuren) zu belegen, insbesondere unter gewissen Bedingungen von den Versammlungen auszuschliessen. ¹³⁾ Nur wird keinem kirchlichen Zwangsmittel irgend ein Einfluss auf das gesellschaftliche Leben und die bürgerlichen Verhältnisse ohne Zustimmung der weltlichen Gewalt gestattet ¹⁴⁾

c) Das Recht des freien kirchlichen Lebens, wie es die Glaubenssätze jeder Confession mit sich bringen. Daher müssen die Mitglieder jeder Kirchengesellschaft das Recht haben, überall, wo ein Bedürfniss vorhanden ist, und die Mittel gegeben sind, eigene Gemeinden zu bilden. ¹⁵⁾ Die schon gebildeten Gemeinden versammeln sich zum Behufe der Gottesverehrung an den bestimmten Zeiten und Orten nicht bloß ungehindert, sondern geschützt vom Staate. Ihr Gottesdienst ist ein öffentlicher (*exercitium religionis publicum.*) ¹⁶⁾

4) In Anerkennung der wichtigen Stellung, welche die öffentlichen Kirchen-Gesellschaften im Staatsorganismus behaupten, gesteht ihnen der Staat das Recht der Theilnahme an der Stände-Versammlung (Standtschaft) und am Landrathe zu. In den beiden Kammern der Stände-Versammlung haben Vertreter der kirchlichen Interessen Sitz und Stimme, und es ist der Antheil jeder der zwei Hauptkirchen durch die Verfassung zugewiesen. ¹⁷⁾

¹³⁾ Edict II. §. 38 lit. h. §§. 40, 41 und 43. Vgl. auch §. 60.

¹⁴⁾ Edict II. §. 71. Die Anwendung äusseren Zwanges zur Geltendmachung von Glaubenssätzen ist unzulässig. Ibid. §. 42.

¹⁶⁾ Edict II. §. 88. Dass die zu bildende Gemeinde eine völlig selbstständige — eine Pfarrei — seyn müsse, ist im Gesetze nicht bestimmt. Vergl. Stahl, Rechtsgutachten über die Beschwerden etc. S. 7 ff.

¹⁵⁾ Edict II. §. 81. Nur bei ausserordentlichen kirchlichen Feierlichkeiten ist specielle k. Bewilligung erforderlich. Ibid. §. 79. — Den Privat-Religionsgesellschaften kommt bloß das *exercitium religionis, privatum* zu. Edict II. §. 34 — Dass dieses den Bekennern der öffentlichen Kirchen nicht entzogen werden dürfe, folgt hieraus und aus §. 88 des Edict II. Vgl. Stahl, a. a. O. S. 20 ff.

¹⁷⁾ In der I. Kammer sitzen von Seite der kathol. Kirche die zwei Erzbischöfe und ein Bischof und von Seite der protestantischen der je-

§. 92.

2) Von den Rechtsverhältnissen der Mitglieder der öffentlichen Kirchengesellschaften.

Unser vaterländisches Recht trennt die Glieder der Kirchen-Gesellschaften in **g e m e i n e** Glieder (Laien im Sinne des katholischen Kirchenrechts) und in **G e i s t l i c h e**.

1) Die Mitgliedschaft in einer der öffentlichen Kirchen ¹⁾ verleiht, wenn die übrigen Vorbedingungen vorhanden sind, von selbst das **S t a a t s b ü r g e r r e c h t**, ²⁾ ohne dass es irgend einen Unterschied begründet, ob man der einen oder der andern der drei obenbezeichneten Confessionen angehöre. ³⁾ Sämmtliche Mitglieder sind in ihren bürgerlichen Beziehungen bloß den Gesetzen und Anordnungen des Staates unterworfen. *Recursus ab abusu.* ⁴⁾

2) Die **G e i s t l i c h e n**, d. i. jene Personen, welche durch die Approbation und Ordination der Kirchengewalt ⁵⁾ zur Spendung der Heilmittel und zur Ausübung des Lehramts befähigt worden sind, sind Unterthanen des Staates, und theilen daher alle Rechte und Pflichten von diesen. ⁶⁾ Sie

desmalige Präsident des Oberconsistoriums (Verhältniss $\frac{3}{4} : \frac{1}{4}$). Von der Gesamtzahl der auf die II. Kammer treffenden Abgeordneten stellen die kath. und protest. Kirche zusammen ein Achtheil, in dem Verhältniss, dass jene zwei Drittheile, diese ein Drittheil dazu beiträgt. — An dem Landrath ist die Betheilung der beiden Kirchen dieselbe (von 24 Landräthen 3); das Verhältniss der Repartition auf jede einzelne Kirche richtet sich nach der Zahl der Pfarreien der einen und der anderen Confession innerhalb des Regierungsbezirks. — Verf.-Urk. Tit. VI. §. 2 Nr. 3 und 5; §§. 7 und 9. — Gesetz, die Einführung der Landräthe betr. v. 15. Aug. 1828 §§. 14 und 15 (H.-B. I. S. 425).

1) Wie die Mitgliedschaft erworben werde, ist aus dem Kirchenrechte zu beantworten. — Ueber die Ausschliessung aus der Kirche und ihre Wirkungen s. Edict II. §§. 43 und 71.

2) S. oben §. 25. Anders bei Privat-Religionsgesellschaften.

3) Edict II. §. 11. Vgl. jedoch §. 26 1, b.

4) Edict II. §. 63 und §§. 52—54.

5) Edict II. §. 38 lit. f. Welche Bedeutung die einzelnen Confessionen mit der Ordination verbinden, ist rechtlich gleichgiltig.

6) Verf.-Urk. Tit. IV. §. 13 „ohne Ausnahme irgend eines Standes.“ und Edict II. §§. 73 und 74.

sind in ihren persönlichen und vermögensrechtlichen Verhältnissen der Gesetzgebung und Gerichtsbarkeit des Staates, insbesondere auch seinen Strafgerichten unterworfen. ⁷⁾ Indessen geniessen dieselben, wie bereits oben erwähnt ward, die Rechte und die Achtung öffentlicher Beamten, und in Folge dieser Eigenschaft gesteht ihnen das bayerische Recht nachstehende Vorzüge zu:

(a) Sie haben in bürgerlichen und strafrechtlichen Fällen das Recht eines befreiten Gerichtsstandes (vor den Kreisgerichten). ⁸⁾)

b) Sie sind zwar im Allgemeinen zur Tragung der Staatslasten, ⁹⁾ wie die übrigen Unterthanen verbunden, jedoch mit folgenden Modificationen:

α) Sie sind frei von der Pflicht, die Waffen zu tragen. ¹⁰⁾

β) Der Staat sichert jedem Geistlichen, der nicht oder bloß das zu seinem Lebens-Unterhalte nothwendige Einkommen (die Congrua) ¹¹⁾ genießt, den Vorschuss der ihn treffenden Grund- und Häuser-Steuer zu. ¹²⁾ Die Gemeinde-, Districts- und Kreis-Umlagen, welche von solchen Geistlichen

⁷⁾ Edict II. §§. 63—66 und §. 69.

⁸⁾ Verf.-Urk. Tit. V. §. 5 und Edict II. §. 67.

⁹⁾ Die Gesetze machen zwischen ordentlichen und ausserordentlichen keinen Unterschied.

¹⁰⁾ Verf.-Urk. Tit. IX. §. 1. Gesetz, die Ergänzung des stehenden Heeres betr. v. 15. Aug. 1828 §. 14, b (H.-B. III. S. 332). — Der schon in die Armee Eingereihte ist zu entlassen, wenn er in den geistlichen Stand getreten ist. Ibid. §. 61 lit. d (H.-B. III. S. 342). Vgl. noch Landwehr-Ordnung v. 7. März 1826 (H.-B. III. S. 442).

¹¹⁾ Sie beträgt für einen Pfarrer 600 fl. (für einen verehlichten 800 fl.), für einen Beneficiaten 400 fl. Verordn. v. 19. Juni 1810 (D. B. VIII. S. 183) und v. 29. Mai 1812 (Ibid. S. 188).

¹²⁾ Angef. Verordn. v. 19. Juni 1810 und v. 2. Jan. 1811 (D. B. VIII. S. 184). Die Staatskasse trägt die Steuern ganz oder theilweise, je nachdem der Geistliche seine Congrua nur gerade vollständig, resp. nicht einmal vollständig, oder zwar mehr als vollständig besitzt, aber der Ueberschuss doch die Steuergrösse nicht erreicht. Der betreffende Geistliche hat auf den Vorschuss ein Klagerecht. Arends, a. a. O. B. I. S. 302.

zu entrichten kämen, sind von den übrigen Pflichtigen zu übernehmen. ¹³⁾ — Hievon verschieden ist die den Geistlichen zustehende Rechtswohlthat der Competenz. ¹⁴⁾

¹³⁾ Vgl. angef. Verordn. v. 19. Juni 1810 Nr. 2 und A. E. v. 14. März 1832 (D. B. VIII. S. 206).

¹⁴⁾ Prozessnovelle v. 17. Nov. 1837 §. 73. Von den besonderen Rechten derjenigen Geistlichen, welche besondere Aemter bekleiden, kann hier nicht gehandelt werden.

ZWEITER THEIL.

Von dem Oberhaupte des Staates oder vom Regenten.

ERSTES BUCH.

Von der Regierungsform Bayerns.

Erster Abschnitt.

Von dem Subjecte der Regierung für sich.

I. Von dem Rechte auf den Thron.

A. Bei der ordentlichen Thronfolge.

§. 93.

1) Von dem Thronfolgerecht.

Bayern ist eine Erbmonarchie; die Krone wird innerhalb der regierenden Familie vererbt. Ein Recht sie durch Erbschaft zu erwerben haben nur jene, welche von dem ersten Erwerber derselben abstammen; das Erbfolgerecht ist sonach eine *successio ex pacto et providentia majorum*. Diese eigenthümliche Natur hat die bayerische Thronfolge:

a) In Folge des Umstandes, dass die Landeshoheit der bayerischen Regenten von Kaiser und Reich zu Lehen ging.¹⁾

1) Der älteste Lehenbrief, den wir kennen, ist v. 1208 (s. denselben bei D. B. I. S. 5). Vergl. das Nähere bei Kreittmayr, Staatsr. S. 231 ff.

b) In Folge der **Hausgesetze vom Vertrage v. Pavia (1329)** an bis auf das neueste Familienstatut vom 5. Aug-1819.

c) In Folge der Bestimmungen der **Verf.-Urkunde.**²⁾

Um überhaupt **thronfolgefähig** zu seyn, sind folgende Bedingungen nothwendig:

1) **rechtmässige eheliche Geburt.** Daher sind ausgeschlossen: **Adoptirte oder Arrogirte,** ³⁾ **Uneheliche,** **blos durch nachfolgende Ehe Legitimirte.** ⁴⁾

2) Die Ehe muss eine **ebenbürtige** gewesen seyn. Daher sind **successionsunfähig:** Die aus einer **Missheirath** oder einer **morganatischen Ehe** Gebornen. ⁵⁾

3) Sie muss mit **Bewilligung des Königs** geschlossen worden seyn. ⁶⁾

4) Ob auch **agnatische Abstammung** ein Erforderniss sey, ist streitig; die bejahende Ansicht verdient aber den Vorzug. Die **Cognaten** sind nicht als solche thronfolgefähig, es steht ihnen kein **Erbrecht** in dem Sinne, wie den **Agnaten** zu. Einer der **Cognaten** ist im Falle des **Aussterbens des Mannsstammes** berufen, ein neues regierendes Haus zu begründen. ⁷⁾

²⁾ **Verf.-Urk. Tit. II. §. 2** und **Familiengesetz v. 1816 Tit. I. Art. 1 (D. B. II. S. 18).**

³⁾ Das **Familienstatut v. 1819 Tit. II. §. 5** verbietet den Mitgliedern des königl. Hauses jede Adoption.

⁴⁾ **Verf.-Urk. Tit. II. §. 3.** — Wann die Geburt als eine rechtmässige, der Geborne als *Legitimus* betrachtet werden könne, ist in Ermangelung besonderer Bestimmungen nach den Grundsätzen des gemeinen Rechts zu beurtheilen.

⁵⁾ Auch darüber gibt das bayer. Recht keine Bestimmungen, wann die Ehe als **ebenbürtig** gelte.

⁶⁾ **Verf.-Urk. Tit. II. §. 3** und **Familienstatut Tit. II. §§. 1—3.** — Hat die **Ratihabition des Königs** rückwirkende Kraft? Wir glauben nicht. Ueber die Gründe mündlich.

⁷⁾ Die positiven Gründe für unsere Ansicht liegen in **Verf.-Urk. Tit. II. §§. 2 und 3**, wonach die **Cognaten** durch eine Erbverbrüderung ausgeschlossen werden können, ferner in **Tit. II. §. 13**, dem zu Folge die **Cognaten** von der **Reichsverwesung** ausgeschlossen sind. Vgl. auch **Familienstatut Tit. I. §. 1.** **A. M. Dresch, Abhandlungen S. 222** und **v. Moy, B. I. S. 112**, der aber mit sich selbst in Widerspruch kommt.

Das Bekenntniss einer bestimmten Confession oder die Angehörigkeit an einen bestimmten Stand (Laienstand) hat die Verfassungs-Urkunde nicht zur Bedingung der Thronfolgefähigkeit gemacht.

Um das an sich begründete Erbrecht auf die Krone ausüben zu können (regierungsfähig zu seyn) ist nöthig:

- 1) Die hausgesetzliche Volljährigkeit v. 18 Jahren.⁸⁾
- 2) Freiheit von solchen Körper- und Geistesfehlern, welche zur Führung der Regierung untüchtig machen.⁹⁾
- 3) Leistung des Verfassungseides.¹⁰⁾

§. 94.

2) Von der Thronfolge-Ordnung.

Die Ordnung, in welcher die *in abstracto* Thronfolge-Berechtigten zur Succession gelangen, ist die Lineal-Ordnung nach dem Rechte der Erstgeburt.¹⁾ Hinterlässt daher der letzte Inhaber der Krone Descendenten, so geht der Erstgeborne mit seiner Linie allen anderen vor; stirbt aber der Inhaber ohne Descendenz, so folgt ihm nicht der dem Grade nach nächste, sondern Jener, der mit ihm den nächsten gemeinschaftlichen Stammvater hat. Es kommt daher aus einer anderen Linie, oder aus einem anderen Zweige (derselben Linie) Niemand zur Succession, so lange in der Linie, resp. in dem Zweige des letzten Besitzers noch successionsfähige Glieder vorhanden sind.²⁾

8) Verf.-Urk. Tit. II. §. 7 und Familienstatut Tit. IX. §. 1. *Venia aetatis* ist rechtlich unmöglich. — Frauen sind, auch wenn ihre Nachkommen zur Regierung gelangen, in der Regel regierungsunfähig. Vgl. unten §. 95.

9) Die Verf.-Urkunde enthält darüber nur allgemeine Andeutungen. Tit. II. §§. 9 und 11. Vergl. Tabor in der Zeitschrift für deutsches Recht B. IX. S. 258 ff.

10) Verf.-Urk. Tit. X. §. 1; vgl. auch Tit. II. §. 22.

1) Verf.-Urk. Tit. II. §. 2; Familienstatut Tit. V. §. 1. — Ueber die Einführung der Primogenitur s. oben §. 7.

2) Vgl. Cucumus, Lehrb. des bayer. Staatsrechts §. 65 S. 97 u. 98. Das in not. 1 angeführte Bedenken zerfällt im Hinblick auf die allgemeine Bestimmung in Tit. II. §. 2, welche eine Berücksichtigung des Grades bei der Successions-Ordnung ausschliesst.

Diejenigen Prinzen, welche an sich successionsfähig sind, aber durch die bestehende Successions-Ordnung vom Throne ausgeschlossen werden, erhalten von dem Zeitpunkte an, wo ihre Ausschlüssung gewiss geworden ist, für sich und ihre rechtmässige Descendenz, eine Apanage.³⁾

Nur in Folge aussergewöhnlicher Verhältnisse kann die Apanage erhöht werden. Solche können entweder in der Person des Apanagirten oder des zur Thronfolge Berufenen eintreten.⁴⁾

B. Bei der ausserordentlichen Thronfolge.

§. 95.

1) Von dem ausserordentlichen Thronfolgerecht.

In Ermangelung von Abkömmlingen des ersten Erwerbers der Krone, welche nach den in §. 93 bemerkten Erfordernissen successionsfähig wären, kann ein Recht auf die Krone abgeleitet werden:

1) Aus einer Erbverbrüderung. Zur Eingehung einer solchen sind die Agnaten des Hauses, auch ohne Zustimmung der Cognaten, mit jedem fürstlichen Hause aus dem deutschen Bunde¹⁾ berechtigt. — Ist eine Erbverbrüderung wirklich eingegangen, so tritt beim Erlöschen des Mannstammes des bayerischen Regentenhauses der des erbverbrüder-ten Hauses ein, so weit die Glieder desselben nach den obigen Grundsätzen als successionsfähig erscheinen. Sollte hierbei

3) Anders bei den Cognaten; sie erhalten keine Apanage, eben weil sie kein gegenwärtiges Recht auf den Thron haben. Vgl. oben §. 75 Nr. 2.

4) Vgl. Familienstatut Tit. VI, §. 6. Bauer, Beiträge zum deutschen Privatfürstenrechte. Gött. 1839. S. 287 ff.

1) Verf.-Urk. Tit. II. §. 5. Die Nothwendigkeit der Zustimmung des deutschen Bundes zur Erbverbrüderung (s. Wiener Schluss-Acte v. 1820 Art. 6) kann sonach in Bayern nicht eintreten, da nur mit fürstlichen Häusern „aus dem deutschen Bunde“ ein Erbvertrag errichtet werden kann. — Ob die Zustimmung der Stände erforderlich sey, wird verschieden beantwortet. Die Affirmative vertheidigt Cucumus a. a. O. S. 103 not. 1, die Negative Dresch, Abhandl. S. 224, Schunk, Staatsrecht S. 230, v. Moy, B. I. S. 112.

die Krone an einen Prinzen gelangen,²⁾ der bereits Regent einer grösseren Monarchie wäre, und seine Residenz in Bayern nicht nehmen könnte oder würde, so soll — und zwar gleich beim Anfall — die Krone auf den zweitgeborenen Prinzen dieses Hauses übergehen.³⁾

2) Aus cognatischer Abstammung, entweder von dem ersten Gründer des bayerischen Regentenhauses oder von dem durch Erbverbrüderung berufenen Hause. Sollte beim Erlöschen des Mannsstammes des bayerischen Königshauses keine Erbverbrüderung bestehen, oder beim Anfall der Krone in dem erbverbrüdeten Hause kein Prinz vorhanden seyn, so succedirt sofort die weibliche Nachkommenschaft des bayerischen Regentenhauses. — Aber auch dann muss dieselbe (und nicht die cognatische Descendenz des erbverbrüdeten Hauses) zum Throne gelangen, wenn der Mannstamm des erbverbrüdeten Hauses später ausgestorben ist, so dass sonach die von dem erbverbrüdeten Hause abstammenden Cognaten erst dann die bayerische Krone erhalten könnten, wenn auch keine Cognaten des jetzt regierenden Regentenhauses vorhanden sind.⁴⁾

2) d. h. im gewöhnlichen Erbwege deferirt werden.

3) Verf.-Urk. Tit. II. §. 6 Abs. 1. — Die Gründe für diese Ansicht liegen

a) in der Fassung des §. 6 Abs. 1: „Sollte die Krone gelangen“, d. h. „müsste nach der Regel etc.“;

b) in dem *Argumentum a contrariis*, welches aus §. 6 Abs. 2 fliesst. Die Gemahlin eines auswärtigen Monarchen wird Königin, aber sie muss einen in Bayern residirenden Vicekönig ernennen; der Regent dagegen ist unbedingt ausgeschlossen, wenn er nicht selbst in Bayern residirt. Die *ratio* dieser Verschiedenheit liegt so nahe, wenn sie auch Dresch nicht anerkannte, dass sie kaum berührt zu werden braucht.

c) In §. 6 Abs. 2 a. E. Geht nämlich die Königin, die an einen fremden Monarchen vermählt ist, mit Tode ab, so soll die Krone auf ihren zweitgeborenen Prinzen übergehen, damit nicht der im fremden Staate zum Throne Berufene in Bayern König werde, — zum Beweise, dass man jede Verbindung mit einem fremden Monarchen als unzulässig ansah. Vgl. v. Moy, Lehrb. B. I. S. 116. not. p. A. M. Dresch, Abhandlungen S. 230 ff.

4) Die Richtigkeit dieses Satzes ergibt sich aus der Fassung der §§. 4 und 5 Tit. II. der Verf.-Urk., und aus der Natur der Sache. Vgl. Dresch, Abhandl. S. 223. A. M. v. Moy, B. I. S. 113 und not. o (S. 116). — Den Ausdruck „bayerische Prinzessinnen“ konnte die

Kommt in Folge der cognatischen Succession die Krone an die Gemahlin eines grösseren auswärtigen Monarchen,⁵⁾ so wird sie zwar Königin, muss jedoch einen Vicekönig ernennen, der seine Residenz in der Hauptstadt des Königreichs zu nehmen hat, und nach ihrem Ableben geht die Krone an ihren zweitgeborenen Prinzen über.⁶⁾

Sollte die Krone an den Regenten einer grösseren Monarchie gelangen, so gilt das *sub* Nr. 1 Bemerkte.⁷⁾

§. 96.

2) Von der hier geltenden Erbfolge-Ordnung.

Da die Ordnung, in welcher die aus verschiedenen Titeln Berechtigten zur Krone gelangen, schon im vorigen Paragraphen angegeben wurde, so bleibt hier nur noch übrig, die Reihenfolge der mehreren aus gleichem Titel Succedirenden zu bestimmen. — Hier wird nun

1) In dem erbverbrüdeten Hause der zum Thron berufene nach denselben Grundsätzen ermittelt, wie bei der ordentlichen Thronfolge, d. h. es entscheidet die Lineal-Ordnung mit dem Vorzuge der Erstgeburt sowohl für den ersten (den Anfall), als die folgenden Successionsfälle. Jedoch unter den obigen (§. 95, 1) Voraussetzungen kann der Thron beim Anfall als Secundogenitur erscheinen; für die weite-

Verf.-Urk. nur von den Prinzessinen des jetzt regierenden Hauses gebrauchen; die des erbverbrüdeten Hauses müssen diess erst werden.

5) Auswärtig ist wohl jeder Monarch ausser dem von Bayern, also auch der Regent eines andern deutschen Staates. Welcher Monarch für einen „grösseren“ zu halten sey, ist nicht angegeben, und hängt wohl davon ab, was man als den Vergleichungspunkt gelten lässt.

6) Verf.-Urk. Tit. II. §. 2 Abs. 2. Wer zum Vicekönig zu ernennen sey, s. Familienstatut Tit. V. §. 1.

7) Ob in den Fällen, wo der Uebergang an den zweitgeborenen Prinzen des auswärtigen Hauses verordnet ist, auch der erstgeborene, wenn er in Bayern residirt, die bayerische Krone erwerben könne, ist nicht so unzweifelhaft, als v. M o y (Lehrb. B. I. S. 119) annimmt. — Wir müssen, da gegen die unbedingte Bestimmung in Tit. II. §. 6 nichts beigebracht ist, seine Ansicht für unbegründet halten.

Der letzte Besitzer der Krone kann wohl auch durch Testament ein Thronfolgerecht begründen? Vgl. Familienges. v. 1816 Tit. V. Art. 35.

ren Fälle der Nachfolge tritt aber auch hier wieder das Erstgeburtsrecht in Kraft.¹⁾

2) Unter den zur Thronfolge berufenen Cognaten wird die wirklich und allein succedirende Person ganz in der für die Agnaten geltenden Weise, nur ohne Rücksicht auf das Geschlecht, also nach der Lineal-Ordnung und dem Primogeniturrechte ermittelt. Es succedirt daher vor Allen die älteste Tochter des letzten Besitzers und ihre Descendenz u. s. w.²⁾ Ausnahmen hievon treten ein:

a) Wenn die Krone an den Regenten einer grösseren Monarchie kommt.

b) Wenn die Gemahlin eines auswärtigen grösseren Monarchen Königin wird. — Dort wird gleich beim Anfall, hier beim zweiten Successionsfalle die Krone als Secundogenitur vererbt.

c) Wenn in dem neuen regierenden Hause Abkömmlinge des I. Grades geboren werden, so tritt der Vorzug des männlichen Geschlechtes wieder ein; es geht sonach der jüngere erst nach dem Anfalle geborne Sohn der dann erst gebornen älteren Tochter (nicht auch der schon vor dem Anfalle gebornen) vor. Der Enkel der später gebornen Tochter schliesst aber seine Tante nicht aus.³⁾

§. 97.

II. Von dem Erwerb des Thrones.

1) Der durch das bestehende Erbfolgegesetz bei Erledigung des Thrones zur Krone Berufene tritt sofort von Rechts wegen an die Stelle des Vorgängers, ohne dass zur Erwerbung des Rechtes erst eine vorherige Antretung

1) Verf.-Urk. Tit. II. § 2 jct. §. 4. — Der Mannsstamm des erbverbrüdeten Hauses steht dem bayer. Mannsstamm gleich; daher bedurfte es für jenen keiner besonderen Bestimmung.

2) Verf.-Urk. Tit. II. §. 5. Die Gradualfolge ist sonach auch hier schlechthin ausgeschlossen. Gegen Schunk, der sie ausnahmsweise zulässt, s. Cucumus a. a. O. S. 102 not.

3) Verf.-Urk. Tit. II. §. 5 Abs. 2. „Abkömmlinge des I. Grades“. Die Lehre von dem Gegenstande der Thronfolge mündlich. — Vgl. H. A. Zachariä, deutsches Staats- und Bundesrecht. B. I. S. 188.

oder auch nur eine Kenntniss von dem Anfälle erforderlich wäre. Doch ist damit nicht auch schon der Besitz des Thrones erworben; dazu gehört vielmehr die wirkliche Besitznahme von Seite des Nachfolgers, um zugleich zu erkennen zu geben, dass er von seinem Rechte Gebrauch mache. Die Besitznahme erfolgt gewöhnlich durch Verkündung eines besonderen Besitznahmepatents.¹⁾

Mit dieser Besitzergreifung hat der neue Regent die Leistung des Verfassungseides zu verbinden, wodurch er eidlich verspricht, nach der Verfassung und den Gesetzen des Reiches zu regieren.²⁾ Wenn er es für zweckdienlich erachtet, kann er zugleich eine allgemeine Landeshuldigung einnehmen. Doch ist diese wie die anderen Acte, welche mit dem Regierungsantritte häufig verbunden werden, wie feierlicher Einzug, Krönung etc. nicht wesentlich.³⁾

2) Die Wirkung, welche der Anfall der Krone und die darauf erfolgte Besitznahme für den Thronfolger äussert, besteht vorzüglich darin, dass er die Regierung⁴⁾ in dem Zustande übernimmt, in welchem sie ihm sein Vorgänger hinterlassen hat, und daher alle Handlungen als verbindlich anzuerkennen schuldig ist, welche dieser in seiner Eigenschaft als Regent und mit Beobachtung der verfassungsmässigen Formen vorgenommen hat, — ganz nach den Grundsätzen, welche das gemeine Recht hierüber aufstellt.⁵⁾

1) Ueber den jüngsten Regierungsantritt s. Patent v. 23. Oct. 1825 (Regierungsblatt v. 1825 S. 763).

2) Verf.-Urk. Tit. X. §. 1. Die Eidesleistung geschieht in einer feierlichen Versammlung der Minister, der Mitglieder des Staatsrathes und einer Deputation der Stände, wenn diese eben versammelt sind. Beglaubigung des Actes.

3) Verf.-Urk. Tit. X. §. 3. — Vgl. J. J. Moser, von der Reichsstände Landen S. 1158.

4) Der Thronfolger tritt aber als solcher nur in die Regierung, nicht auch in die übrigen Rechtsverhältnisse ein, in welchen der Vorgänger (etwa als Besitzer von Privatvermögen) stand. Derselbe ist daher nur *successor singularis*.

5) Vgl. Weiss, System des deutschen Staatsrechts §. 250 und Schmitthenner, Grundlinien des allgemeinen oder idealen Staatsr. S. 468 ff.

III. Von dem Verluste desselben.¹⁾

Ist die Krone von einem Thronfolgefähigen erworben, so kann ein Verlust derselben, so dass Recht und Ausübung verloren gehen, nur vorkommen:

1) In Folge Verzichtes auf die Krone (Abdication), der sowohl ausdrücklich als stillschweigend (z. B. wenn der Monarch einer grösseren Monarchie, der zum Throne berufen ist, nicht in Bayern residiren will²⁾) geleistet werden kann. Eine Aenderung in der Successions-Ordnung kann die Abdication nie zur Folge haben; es tritt Derjenige die Regierung an, der nach dem Verzichtenden das nächste Anrecht hat.

2) Kraft völkerrechtlicher Entsetzung und darauf (im Friedensschlusse) erfolgter Anerkennung von Seite des entsetzten Souveräns.³⁾ Eine Entsetzung durch die Unterthanen, oder durch die Agnaten des Hauses, oder durch den deutschen Bund (etwa nach Analogie der Wahlcapit. Art. I. §. 3—5) kann rechtlich gar nicht eintreten, da sie dem Wesen der Souveränität widerspricht.⁴⁾

Blos die Ausübung der Regierung, nicht auch die Souveränität selbst, geht verloren, wenn der Inhaber des Thrones diejenigen Eigenschaften verliert, die zur Regierung erforderlich sind.⁵⁾

Endlich kann eine Beschränkung der Souveränität ihrer räumlichen Ausdehnung nach eintreten, wenn einzelne Theile des Staates durch Verträge oder sonstige völkerrechtliche

1) Davon verschieden ist die Frage nach der Erledigung des Thrones, wovon näher mündlich.

2) Ob die Weigerung, den Verfassungseid zu leisten, diese Wirkung habe, ist nicht bestimmt. Ebenso wenig steht darüber positiv etwas fest, wann diese Weigerung anzunehmen sey. Vollständiger ist hierin das württembergische Staatsrecht. Vgl. Mohl, a. a. O. B. I. S. 171.

3) Vergl. Heffter, das europäische Völkerrecht. Berlin 1844. S. 307 ff.

4) Vgl. Schmitthenner a. a. O. S. 474 und Weiss, a. a. O. §. 266 (S. 559).

5) Vgl. oben §. 93 a. E. Es tritt dann Reichsverwesung ein. S. den folgenden §.

Ereignisse von Bayern getrennt würden. Das Recht zur Regierung und die Ausübung überhaupt bleiben aber hier ungeschmälert.

IV. Von der Reichsverwesung.

§. 99.

1) Von der Anordnung und dem Ende derselben.

1) Ist der zum Thron Berufene regierungsunfähig zur Zeit, wo ihm die Krone anfällt, oder wird er dieses später während seines Besitzes, so tritt eine Reichsverwesung, Regentschaft ein, d. h. es wird eine dritte Person zur Ausübung der Regierungsrechte bestellt. Sie ist entweder

a) die ordentliche, wenn der Monarch zur Zeit des Anfalls der Erbfolge noch minderjährig ist, oder

b) die ausserordentliche, wenn sonstige Ursachen, welche in ihrer Wirkung länger als ein Jahr dauern, ihn an der Ausübung der Regierung hindern, wie etwa Körper- oder Geistesfehler, oder Abwesenheit.¹⁾ Hat der Monarch in einem Falle, wo er nicht durch äussere Ursachen zur Ausübung der Regierung unfähig ist, sondern auf kürzere Zeit oder für einen einzelnen Fall der Selbstregierung sich freiwillig be- gibt (z. B. bei Reisen ins Ausland) für die Verwaltung des Reiches in der Zwischenzeit Vorsorge getroffen, so ist diess keine Reichsverwesung, sondern einfache Substitution.²⁾

2) Die Frage, wer zum Reichsverweser (Regenten) berufen sey, erhält ihre Beantwortung, wenn man dabei die ordentliche und ausserordentliche Reichsverwesung unterscheidet. Bei jener steht vor Allem

1) Verf.-Urk. Tit. II. §§. 9 u. 11. Auf welche Weise das Vorhandenseyn der Hinderungsgründe zu constatiren sey, darüber fehlen positive Normen. Vollständiger ist auch hier das württembergische Staatsr. Vgl. württ. Verf.-Urk. Tit. II. §. 13.

2) Fälle einer solchen vorübergehenden Stellvertretung kamen seit dem Bestehen der Verf.-Urk. mehrere vor; so z.B. im Jahre 1819 während der Badereise des Königs (Gesetzbl. v. 1819 S. 25), ferner im J. 1835 während der Reise des Königs nach Griechenland (Regierungsblatt v. 1835 S. 997), u. a.

a) dem (letzten) Könige das Recht zu, den Reichsverweser für seinen minderjährigen Nachfolger aus den volljährigen Prinzen des Hauses zu ernennen; eventuell ist

b) der nächste zur Thronfolge berechtigte Agnat der gesetzlich berufene Reichsverweser. Sollte dieser selbst unfähig seyn oder die Regentschaft nicht annehmen wollen, so gebührt die Reichsverwesung demjenigen Agnaten, welcher dem Erstberufenen am nächsten steht.³⁾ In Ermangelung eines solchen steht sie

c) der verwittibten Königin zu, und falls eine solche nicht da wäre,

d) dem vom letzten Monarchen dazu ernannten Kronbeamten, oder beim Mangel einer solchen Ernennung dem ersten Kronbeamten.⁴⁾

Bei der ausserordentlichen Reichsverwesung sind die nämlichen Personen durch das Gesetz berufen; nur ist hier zur Anordnung der Regentschaft die Zustimmung der Stände erforderlich, denen die Verhinderungsfälle anzuzeigen sind.⁵⁾

3) Der zur Regentschaft Berufene bleibt, wenn er von seinem Rechte einmal Besitz ergriffen hat, in so lange Reichsverweser, als der Verhinderungsgrund des eigentlichen Monarchen besteht. Es hört daher die Reichsverwesung, und zwar

a) die ordentliche auf, wenn der Monarch die gesetzliche Volljährigkeit erlangt hat,

b) die ausserordentliche, wenn das Hinderniss der Selbstregierung auf Seite des Monarchen gehoben ist.⁶⁾

Der nun in die Selbstausübung seines Rechtes überhaupt erst eintretende Monarch leistet jetzt den Verfassungs-Eid,

3) Verf.-Urk. Tit. II. §. 10. — Ueber die Form, in welcher die Ernennung des Reichsverwesers zu geschehen hat, ibid. §. 12.

4) Verf.-Urk. Tit. II. §. 13. — Der erste Kronbeamte ist der Kronobersthofmeister.

5) Verf.-Urk. Tit. II. §. 11. Von wem geht diese Anzeige aus?

6) Verf.-Urk. Tit. II. §. 21. Wie das Aufhören des Hindernisses richtig zu stellen sey, wer darüber zu entscheiden habe, darüber fehlen positive Bestimmungen.

während der nur die Regierung fortsetzende hiezu nicht verbunden ist.⁷⁾

Für den Reichsverweser müsste die Regentschaft verloren gehen, wenn er die Fähigkeit, sie zu führen, nicht mehr besässe; nicht aber auch dann, wenn ein etwa näher Berechtigter, der zur Zeit der Delation unfähig war, später fähig wird.⁸⁾

§. 100.

2) Von der rechtlichen Stellung des Reichsverwesers.

1) Gleich nach dem Antritte der Regentschaft hat der Reichsverweser die Stände zu versammeln, und in ihrer Mitte und in Gegenwart der Minister so wie der Mitglieder des Staatsraths die verfassungsmässige Führung der Regentschaft, Erhaltung der Rechte der Krone und getreue Rückgabe derselben an den König eidlich zu geloben.¹⁾ Hat er dergestalt die Regentschaft angetreten, dann übt er in der Regel alle Regierungsrechte im Namen des minderjährigen oder sonst an der Selbstregierung gehinderten Monarchen aus. Alle Ausfertigungen werden daher nur im Namen des Letzteren erlassen, alle Münzen mit des Königs Brustbilde geprägt.²⁾ Er wohnt in der königl. Residenz und wird auf Kosten des Staats unterhalten; zu seiner eigenen Verfügung werden ihm

7) Verf.-Urk. Tit. II. §. 22. Aus dem Nachsatze erhellt, dass man hier nur die ordentliche Reichsverwesung im Auge hatte. — Bei der ausserordentlichen ist die Leistung des Eides nur dann nothwendig, wenn die Reichsverwesung gleich beim Anfall der Regierung eintrat.

8) Wer einmal die Reichsverwesung übernommen hat, bleibt Reichsverweser bis der Monarch zur Selbstregierung fähig wird. Wer zur Zeit der Delation der Reichsverwesung unfähig war, ist davon für immer ausgeschlossen, sofern nicht eine neue Delation eintritt. Diess folgt aus Verf.-Urk. Tit. II. §. 10 Abs. 3. Vgl. Verf.-Urk. v. 1808 Tit. II. §. 9. Analogie der *tutela legitima* im Privatrecht. — Anderer Meinung scheint v. Moy, Lehrb. B. I. S. 180.

1) Verf.-Urk. Tit. II. §. 16. Auch die Fassung dieses §. beweist, dass unsere am Ende des vorigen §. aufgestellte These richtig sey.

2) Verf.-Urk. Tit. II. §§. 15 und 17. Auch die Rechte, welche dem König als Chef seines Hauses über die Familienglieder zukommen, übt während der Verhinderung des Monarchen der Reichsverweser aus. Vgl. Familienstatut Tit. IX. §§. 1—5.

jährlich 200,000 fl. aus der Staatskasse angewiesen. Im Falle der Minderjährigkeit des Monarchen wird sein Unterhalt aus der Civilliste bestritten.³⁾

2) Nicht berechtigt ist dagegen der Reichsverweser:

a) solche Rechte anzusprechen, welche nicht als eigentliche **Regierungsrechte**, sondern als höchst persönliche **Ehrenrechte** des Königs anzusehen sind, wie z.B. die diesem zukommende Heiligkeit und Unverletzlichkeit.⁴⁾

b) Befugnisse auszuüben, welche der König einseitig und unbeschränkt, ohne Beobachtung bestimmter Formen ausüben darf. Daher darf der Regent

α) keine neuen Aemter einführen;

β) die bereits bestehenden nur provisorisch besetzen,⁵⁾ mit Ausnahme der Richterstellen;

γ) keine Krongüter veräußern, noch

δ) heimgefallene Lehen wieder verleihen.⁶⁾

3) Bei allen seinen Regierungshandlungen hat aber der Regent, wenn sie giltig und für den Monarchen verbindlich seyn sollen, die verfassungsmässigen **Formen** zu beobachten, wozu für ihn noch die besondere Schranke kommt, dass er in allen wichtigen Angelegenheiten das Gutachten des (aus sämtlichen Ministern gebildeten) Regentschaftsrathes zu erhalten hat.⁷⁾ Hat er aber diese Schranken nicht überschritten, so kann er giltig jede Regierungsmassregel vornehmen, insbesondere auch die **Verfassung ändern**. — Aus den oben (α—δ) berührten Beschränkungen kann für diese Frage kein giltiger Schluss abgeleitet werden, da sie sämt-

3) Verf.-Urk. Tit. II. §. 20. Gesetz, die Civilliste betr. v. 17. Juli 1834 Art. 8 (H.-B. I. S. 4).

4) Vgl. Anmerkungen zum Strafgesetzb. Th. III. S. 40. — Ist er verantwortlich? Vergl. Mohl, Staatsrecht von Württemberg B. I. S. 300.

5) Gegenüber dem Monarchen; denn für den Reichsverweser wird die Besetzung nach Ablauf des gesetzlichen Provisoriums definitiv.

6) Verf.-Urk. Tit. II. §. 18. — Dürfen die hier genannten Fälle analog ausgedehnt werden? Kann der Reichsverweser z. B. Standes-Erhöhungen vornehmen? Reichsräthe ernennen?

7) Verf.-Urk. Tit. II. §. 19.

lich formlos vorgenommen werden können. Für Verfassungsänderungen sind so sichernde Formen vorgezeichnet, dass man weitere Schranken für überflüssig hielt.⁸⁾

Zweiter Abschnitt.

Von den Organen zur Ausübung der Regierung.

§. 101.

A. Von den Regierungs-Organen an sich.

Der König ist als einzelner Mensch ausser Stande, die sämtlichen Regierungsgeschäfte selbst zu besorgen. Er ordnet daher Behörden an, deren jede einen bestimmten Theil der öffentlichen Geschäfte zu verwalten hat, und besetzt sie mit tauglichen Subjecten. Welche Behörden hiezu nothwendig seyen, und wie und mit wem dieselben besetzt werden sollen, das ist Sache der freien Bestimmung des Königs¹⁾. Doch leidet dieser Satz einige Modificationen, indem die Verf.-Urk. die Existenz gewisser Organe theils direct garantirt, theils als nothwendig voraussetzt. Von diesen verfassungsmässigen Behörden muss hier gehandelt, und das Wesentliche angegeben werden.

2) Die Organe, deren Daseyn von der Verf.-Urk. theils geboten, theils vorausgesetzt wird, sind aber vorzüglich folgende:

a) Die Minister-Stellen,²⁾ indem bei einer Reihe von Regierungshandlungen die Mitwirkung des Gesamt-

8) A. M. v. Moy, Lehrb. B. I. S. 182. Wenn der Verfasser seine Ansicht auf die Natur der Sache gründet, so muss man annehmen, dass er das Wesen der Reichsverwesung verkenne.

1) Die Darstellung dieser Organe und ihrer Zuständigkeiten gehört dem Verwaltungsrechte an.

2) Wie viele deren zu bestehen haben und mit welchem Geschäftskreise, darüber hat die Verf.-Urk. nichts bestimmt.

ministeriums rechtlich erfordert wird,³⁾ und jeder einzelne Regierungsact zu seiner Giltigkeit der Contrasignatur des betreffenden Ministers bedarf, der dadurch die Verantwortlichkeit für denselben übernimmt.⁴⁾

b) Der Staatsrath, der bald als entscheidendes,⁵⁾ bald als berathendes⁶⁾ Organ in Verfassungssachen thätig wird.

c) Die zur Ausübung der Gerichtsbarkeit bestellten Organe — die Gerichte. — Die Verf.-Urk. setzt in dieser Beziehung fest: »Die Gerichtsbarkeit wird (unter Oberaufsicht des Königs) durch eine geeignete Zahl von Aemtern und Obergerichten in einer gesetzlich bestimmten Instanzen-Ordnung verwaltet«. ⁷⁾

Ihre Einheit findet die Verwaltung der Gerichtsbarkeit in der »obersten Justiz-Stelle.« ⁸⁾

Dass dem Könige auch in Ansehung dieser Behörden das Recht der Organisation und der Besetzung zustehe, folgt

3) Verf.-Urk. Tit. II. §§. 12 und 19 und Familienstatut Tit. X. §. 4. Die Theilnahme sämmtlicher Minister verlangt Verf.-Urk. Tit. II. §. 16 und Tit. X. §. 1.

4) Verf.-Urk. Tit. X. §. 4. Schlägt der Gegenstand in das Ressort mehrerer Minister ein, so hat die Contrasignatur von allen betreffenden Ministern zu geschehen.

5) Er entscheidet (und zwar in letzter Instanz):

a) über die Nothwendigkeit der Abtretung von Grundeigenthum für öffentliche Zwecke, Verf.-Urk. Tit. IV. §. 8 und Gesetz, die Zwangsabtretung betr. v. 17. Nov. 1837 Art. XVIII (H.-B. I. S. 21);

b) über Beschwerden wegen Verletzung der Verfassung in den zu ihm ressortirenden Fällen, Verf.-Urk. Tit. X. §. 5;

c) bei Streitigkeiten über den Simultangebrauch von Kirchen, Edict II. §. 92;

d) bei Recursen gegen das Verbot eines Pressproducts, Ed. III. §. 9;

e) über Recurse, welche gegen Disciplinar-Strafverfügungen der Ministerien ergriffen werden, Edict IX. §. 15;

f) in dem Falle des Edict IX. §. 16.

6) Seine Vernehmung ist verfassungsmässig nothwendig:

a) bei der Erlassung von Gesetzen, Verf.-Urk. Tit. VII. §. 30;

b) bei der Verleihung des Indigenats an Fremde, Edict I. §. 3, c.

Assistenz der Mitglieder des Staatsraths schreibt vor: Verf.-Urk. Tit. II. §. 16 und Tit. X. §. 1.

7) Verf.-Urk. Tit. VIII. §. 1. Wie der König dieser Verfassungsbestimmung genügt habe, ist im Verwaltungsrechte zu erörtern.

8) Vgl. Verf.-Urk. Tit. X. §. 5 u. §. 6 Abs. 3. — In einem ganz andern Sinne sind die gutsherrlichen Gerichte verfassungsmässig gesicherte Behörden, Verf.-Urk. Tit. IV. §. 8 Abs. 1. Vgl. auch Edict IV. §. 8.

aus der Natur der Sache, indem ihn die Verf.-Urk. hierin keiner Beschränkung unterworfen hat.

Die Rechtsverhältnisse derjenigen Personen, welche der König zur Besetzung verwendet, sind aber durch die Verfassung näher bestimmt; es muss daher von ihnen hier das Wesentliche angeführt werden.

B. Von den Staatsdienern.¹⁾

§. 102.

1. *Von dem Begriffe, den Arten der Staatsdiener und der rechtlichen Natur des Staatsdienerverhältnisses überhaupt.*

1) Staatsdiener sind jene Personen, welche auf besonderen Auftrag des Königs ein ihm zustehendes Regierungsrecht in seinem Namen ausüben, so dass diese ihre Thätigkeit als ihr Lebensberuf erscheint, und sie mit allen diesen Beruf Theilenden einen Stand bilden. Nicht können daher hiezu gerechnet werden:

a) Die persönlichen Diener des Königs (wohl aber die Hofbeamten, so weit sie den Glanz und die Würde des Regenten als solchen zu wahren und zu erhöhen bestimmt sind.)

b) Die Militär-Personen, denn sie sind blos Vollzugsorgane.²⁾

c) Die sogenannten öffentlichen Diener, wie Advocaten,³⁾ Notare, pract. Aerzte, Apotheker etc.

d) Jene, welche nur ein einzelnes Geschäft im Auftrage des Königs besorgen; man hat sie wohl auch ausserordentliche Staatsdiener genannt.⁴⁾

1) Vgl. Heffter, über die Rechtsverhältnisse der Staatsdiener in seinen Beiträgen zum deutschen Staats- und Fürstenrecht. Berlin 1829. S. 106 ff.

2) Diess gilt denn namentlich auch von den Officieren. Ueber ihre Rechtsverhältnisse bestehen eigene Verordnungen und Reglements. Vgl. O.A.Erk. v. 3. Dec. 1827 (D. B. XVII. S. 249 not.

3) Für die Wittwen und Waisen der Advocaten besteht eine besondere Pensions-Anstalt, eingeführt durch Verordn. v. 27. Juni 1808 (D. B. XVII. S. 1018).

4) Vergl. Maurenbrecher, Grundsätze des heutigen deutschen

Ob und in wie weit auch Subalternbeamte, d. h. jene, welche nur gewisse formale Verrichtungen, die sich zu den eigentlichen Staatsdiensten bloss als Mittel verhalten, zu besorgen haben, und eben darum nirgends beschliessen oder materiell anordnen, sondern nur vollziehen, ist nach Verschiedenheit der Verhältnisse (Wichtigkeit des Dienstes, besonderes Vertrauen etc.) verschieden zu beantworten.

2) Die Staatsdiener theilen sich

a) mit Rücksicht auf ihren Rang und den Umfang ihrer Rechte in hohe und niedere.⁵⁾ (Jene sind ihrerseits wieder dem Range nach in Classen getheilt.⁶⁾

b) Hinsichtlich des Inhaltes ihrer Thätigkeit in Justiz- und Administrativbeamte.

c) Je nachdem sie unbedingt und für immer oder nur bedingt bestellt sind, definitiv oder provisorisch Angestellte.

d) Unmittelbare und mittelbare Staatsdiener,⁷⁾ je nachdem der König ohne Concurrenz andere Personen, oder auf die Präsentation eines Privaten oder einer Gemeinde, denen das Recht zur Ausübung bestimmter Regierungsrechte eingeräumt ist, den Beamten ernennt.

3) Das Staatsdienerverhältniss ist seiner rechtlichen Natur nach ein gemischtes; es wurzelt theilweise im Staatstheilweise im Privatrechte. Jenem gehört alles an, was die Uebertragung der Dienstesfunctionen und die Fortführung der übertragenen betrifft; und daher entstehen auch auf dieser Seite des Verhältnisses für den Staatsdiener als solchen zunächst nur Pflichten, keine Rechte. Privatrechtlich ist dagegen Alles, was die Eigenschaft eines der Person zustehenden Rechtsanspruches hat, als Bestandtheil

Staatsrechts §. 160. — Den Professoren der Landes-Universitäten wurden, wie oben schon erwähnt (§. 89, not. 11), die Rechte der Staatsdiener verliehen.

5) Edict VIII. §. 1. Welche auf dem dermaligen Standpunkte der Gesetzgebung zu den Ersteren gehören s. oben §. 40.

6) Ueber die Rang-Ordnung im Allgemeinen vgl. Verordn. v. 21. März 1800 (D. B. XVII. S. 557). Strafgesetzb. Thl. II. Art. 205.

7) Die Bezeichnung ist z. B. gesetzlich für die Beamten der Ständesherrn. Edict IV. §§. 62 und 63.

der Rechtssphäre des Individuum's betrachtet werden muss, insbesondere der ihm verliehene Stand und Gehalt. Von dieser Seite entstehen dann insbesondere die eigentlichen Rechte des Staatsdieners. ⁸⁾

§. 103.

II. Von der Begründung des Staatsdienerverhältnisses.

Der Stand eines Staatsdieners wird durch das vom Könige erlassene Anstellungsrescript, es sey diess mit einem besondern Ernennungsdocumente verbunden oder nicht, erworben (bei mittelbaren Staatsdienern durch das Bestätigungsrescript). — Doch gibt darum nicht jedes k. Anstellungsrescript die Staatsdienerrechte, sondern nur dann, wo die Eigenschaft des Amtes oder die bisherige Uebung und die ausdrückliche Bestimmung des Rescriptes selbst diess rechtfertigt. ¹⁾

Vom Datum dieses Rescriptes an beginnt daher überhaupt das Recht des Staatsdieners, insbesondere sein Anspruch auf Gehalt; nach dem Inhalte desselben sind zunächst seine Rechtsverhältnisse zu beurtheilen. Dasselbe setzt in der Eigenschaft einer *lex specialis* die näheren Bedingungen und den Umfang seiner Berechtigung fest. — Nicht ein Vertrag²⁾ ist es sonach, was die Eigenschaft und den Stand des Staatsdieners begründet, sondern lediglich dieses Specialgesetz.³⁾

⁸⁾ Edict IX. §§. 19 und 29. — „Vom Civilstaatsdienste“ in der deutschen Vierteljahrsschrift Heft 25 S. 87 und Schmitthener a. a. O. S. 502 ff.

¹⁾ Edict IX. §. 1. Die ausdrückliche Annahme oder die stillschweigende durch Leistung des Diensteides ist nicht nothwendig. Jede concludente Handlung verpflichtet den Ernannten. A. M. Cucumus a. a. O. S. 410.

²⁾ Ueber die verschiedenen Vertragsformen, unter welche man das Staatsdienerverhältniss gebracht hat, s. Schmitthener a. a. O. S. 507 not. — Gegen den Vertrag vorzüglich Gönner, der Staatsdienst. Landshut 1808.

³⁾ Neuerlich hat Schmitthener (a. a. O. S. 506 und 508 not.) einen Vertrag (den Staatsdienstvertrag) als *causa praecedens* angenommen. Soll diess richtig seyn, so müsste der Anstellung jedesmal eine Vereinbarung zwischen dem Anzustellenden und dem Regenten vorausgehen, was sicher nicht wesentlich ist.

Darum bleibt aber die Annahme des offerirten Amtes ganz dem freien Willen des Berufenen anheimgestellt; das bayer. Recht kennt keine Zwangspflicht zur Uebernahme von Staatsdiensten. ⁴⁾

2) Das Anstellungsrescript verleiht aber regelmässig die Rechte eines Staatsdieners zunächst nur in wiederruflicher Eigenschaft. Jede erste Anstellung ist 3 Jahre lang provisorisch, erst mit Ablauf dieses Zeitraumes wird sie definitiv. Eben so können auch Beförderungen auf 3 Jahre provisorisch seyn, oder es kann der vorher schon definitiv Angestellte vorläufig zum Verweser der neuen Stelle ernannt werden, jedoch auch diess nicht länger als auf 3 Jahre, nach deren Ablauf er definitiv in die neue Stelle eintritt, so ferne er den Anforderungen des Dienstes entspricht. ⁵⁾

Ausgenommen hievon sind alle mit Richteramtsfunktionen bekleideten Staatsdiener. Ihre erste Anstellung, so wie jede Beförderung ist sogleich definitiv. ⁶⁾

3) Die angeführte Begründungsart des Staatsdienerverhältnisses ist die einzige überhaupt mögliche; es kann daher ein Staatsamt in Bayern nicht erworben werden:

a) durch Kauf, oder sonstige onerose Privatverträge, oder
b) auf den Grund ertheilter Anwartschaften, ⁷⁾ da solche nichtig sind.

c) Durch die Geburt, da es erbliche Staatsdienste zur Zeit nicht gibt.

4) Zum Beweise dient Edict IX. §. 22 lit. A. Ueber die von uns angenommene richtige Auffassung vgl. H. A. Zachariä a. a. O. B. II. S. 29. Die Leistung eines Diensteides dient nicht zur Begründung, sondern nur zur Bestärkung.

5) Edict IX. §§. 2 und 3. Ueber den Unterschied zwischen einem provisorisch Angestellten und einem Verweser vgl. Blätter für R.-A. B. VII. S. 156. — Länger kann das Provisorium dauern, wenn die Anstellung vom Reichsverweser ausging. Vgl. oben §. 100. Nr. 2.

6) Edict IX. §. 4. — Diess gilt überhaupt von Jedem, der Richterfunctionen versieht, sey es, dass er bloss solche, oder nebenbei auch noch andere Geschäfte besorgt.

7) Die Anwartschaften auf Aemter, Beiordnungen genannt, wurden aufgehoben durch Verordn. v. 21. Febr. 1799. Vergl. Aretin, Genius von Bayern. Heft 1 S. 43. — Wer fähig sey, ein Staats-Amt zu erwerben, soll mündlich erörtert werden. Vergl. Verf.-Urk. Tit. IV. §. 5 und Edict I. §. 7.

III. Von den Pflichten der Staatsdiener.

§. 104.

1) Im Allgemeinen.

1) Der Staatsdiener hört nicht auf, Unterthan zu seyn; es versteht sich daher von selbst, dass er auch alle allgemeinen Unterthanenpflichten gleich den übrigen Staatsangehörigen zu erfüllen, alle dinglichen und persönlichen Lasten wie diese zu tragen habe, ¹⁾ so weit nicht zu seinen Gunsten eine besondere Ausnahme besteht. ²⁾

Auf der andern Seite stehen dem Staatsdiener auch alle allgemeinen Unterthanenrechte so lange zu, als sie ihm nicht ausdrücklich oder folgeweise entzogen sind. Ueberall, wo sein Verhältniss als Unterthan, und die ihm in dieser Eigenschaft zustehenden Rechte mit dem Staatsdienstverhältnisse in Collision gerathen, da geht dieses als das speciellere vor, das Privatverhältniss muss weichen. Daher kann

a) kein activer Staatsdiener irgend ein streng bürgerliches Gewerbe ausüben, eine Bank führen oder eine Fabrik ausschliessend in Person betreiben; ³⁾

b) die äusseren Justiz-, Polizei- und Finanzbeamten können in ihrem Amtsbezirke keine Gutsrealität erwerben oder pachten. ⁴⁾

1) Er zahlt daher als Immobilienbesitzer die Grund- und Häusersteuer, die Familiensteuer, die Beiträge zur Armenpflege u. s. w. So weit er aus dem Gemeindeverbande Vortheile geniesst, concurrirt er zu Gemeinde-Umlagen; vgl. oben §. 82, II.

2) Derartige Ausnahmen enthalten:

a) das Conscriptionsgesetz v. 1828 §. 51 (H.-B. III. S. 339);

b) sie sind durch die definitive Anstellung als solche ansässig, Ges. die Ansässigmachung betr. §. 4 (H.-B. III. S. 28);

c) sie geniessen das *benefic. competentiae*, Prozessnov. v. 1837 §. 73.

3) Edict IX. §. 21. Die Gewerbs-Ausübung und die Bankführung ist auch der Frau des Beamten untersagt (D. Repertor., Thl. VI. S. 236.) Die beharrliche Entgegenhandlung müsste als Verzicht auf das Staats-Amt angesehen werden.

4) Edict IX. §. 21 Abs. 2. Nach der Natur der Sache fällt nicht unter das Verbot der Erwerbung, was der Beamte schon vor seiner Anstellung besass, oder was er nachher ohne sein Zuthun von Rechtswegen erwirbt. — In Folge besonderer Bestimmung ist es den genann-

c) Kein Staatsdiener darf sich verehelichen, ohne die dienstliche Bewilligung hiezu eingeholt zu haben.⁵⁾

2) Was den Umfang der eigentlichen positiven Amtspflichten betrifft, welche jeder Staatsdiener zu erfüllen hat, so sind dieselben vor Allem aus dem Anstellungsrescripte zu entnehmen, das entweder ausdrücklich oder durch Verweisung auf andere Normen darüber Bestimmungen getroffen hat. Subsidiär bilden die allgemeinen, für gewisse Cathegorien von Beamten bestehenden Dienstesvorschriften (Reglements etc.), und zuletzt die Natur des in Frage stehenden Amtes, als eines organischen Verhältnisses die Entscheidungsquelle.

Als allgemeine, allen Staatsdienern obliegende Pflichten müssen vorzugsweise folgende genannt werden:

a) Jeder Staatsdiener ist verbunden, blos das Interesse seines Staates und seines Regenten soviel möglich zu wahren und zu fördern.⁶⁾ Er ist insbesondere für genaue Befolgung der Verfassung verantwortlich.⁷⁾

b) Er hat das, wozu ihn sein Amt verpflichtet, von selbst und unpartheiisch zu vollziehen, ohne sich erst durch vorhergehende Einwirkung Anderer (Bestechung)⁸⁾ oder durch die Rücksicht auf zu erlangende Privatvortheile bestimmen zu lassen.⁹⁾

c) Die ihm zukommende Amtsgewalt ist nur zu dem Zwecke zu gebrauchen, zu welchem sie ihm übertragen ist; die Anwendung derselben zu fremden Zwecken, etwa

ten Beamten gestattet, 4—6 Tagewerk Aecker, Wiesen und Gärten zur eigenen Benutzung zu erwerben. Verordn. v. 24. Aug. 1818 (D. B. XVII. S. 751). Wegen Pachtung von Jagdrechten s. A. E. v. 25. Aug. 1823 und M. E. v. 16. Febr. 1835 (H.-B. I. S. 358). Wegen anderer solcher Collisionsfälle s. M. E. v. 1. Mai 1836 (H.-B. I. S. 357).

5) Verordn. v. 2 Febr. 1845 (H.-B. III. S. 41 not. 22).

6) Daher die erweiterte Pflicht zur Anzeige von Verbrechen und Vergehen, zur Enthaltung von jeder vom Staate nicht gebilligten Verbindung. Vgl. M. E. v. 20. Juli 1832 (H.-B. I. S. 343); ferner die Pflicht zur Treue. Vgl. Strafgesetzb. Thl. I. Art. 361—365 u. Art. 456—458.

7) Verf.-Urk. Tit. X. §. 4. Ueber das Recht der Anklage, das der Ständeversammlung in dieser Rücksicht zukommt, später das Nähere.

8) Strafgesetzb. Thl. I. Art. 355, 356, 443—448.

9) Strafgesetzb. Thl. I. Art. 352, II, 446, 449.

um sich selbst oder Anderen einen Vorthail zu verschaffen, ist rechtswidrig. ¹⁰⁾

d) Jeder Staatsdiener ist zur Amtsverschwiegenheit verpflichtet; mit Rücksicht hierauf ist seine Theilnahme an der öffentlichen Presse, wie wir oben schon erwähnten, beschränkt. ¹¹⁾

e) Die Pflicht des Gehorsams ist für den Staatsdiener erweitert und näher bestimmt, als bei den übrigen Unterthanen. Er ist nämlich den Befehlen seiner Vorgesetzten Gehorsam schuldig, so ferne ihm dieselben in gehöriger Form ertheilt werden, und nicht eine offenbare Kompetenzüberschreitung enthalten. ¹²⁾

f) Von dem zugesicherten Gehalt hat der Staatsdiener neben den allgemeinen Staatslasten die gesetzlichen Beiträge zur Dotation des Wittwen- und Waisenfonds zu leisten. ¹³⁾

§. 105.

2) Von der Handhabung der Disciplin insbesondere.

1) Um die Erfüllung der Amtspflichten zu überwachen, und etwaige Verletzungen derselben, auch wenn sie nicht als besonders benannte Verbrechen oder Vergehen sich darstellen, zu verhüten und zu strafen, steht den höheren Beamten eine Disciplinar-Gewalt über die niederen zu, und zwar übt sie

¹⁰⁾ Strafgesetzb. Thl. I. Art. 352, 357—359.

¹¹⁾ Strafgesetzb. Thl. I. Art. 441—442. Daraus folgt als Recht die Freiheit von der Zeugschaftspflicht. Ibid. Thl. II. Art. 204 Nr. 3. Vgl. Edict III. §. 3.

¹²⁾ Strafgesetzb. Thl. I. Art. 354 u. 440. Es ist also die Pflicht des Gehorsams auch hier keine unbedingte; daher macht die Berufung auf höhere Befehle nur dann straflos, wenn diese Pflicht begründet war. Vgl. ibid. Art. 122 (nicht Art. 45, wie v. Moy angibt, und Zachariä B. II. S. 42, diesem folgend, annimmt). — Bei Verletzung einer Amtspflicht im Verbrechens- oder Vergehensgrade wird die General-Untersuchung von der vorgesetzten Amtsbehörde geführt, und das Erkenntniss auf Special-Inquisition bei Collegialräthen und höheren Beamten vom Staatsrathe gefällt. Edict IX. §. 16 und Strafgesetzb. Thl. II. Art. 432.

¹³⁾ Verordn. v. 8. Juni 1807 (D. B. XVII. S. 879 ff.). Staatsdiener, deren Gehalt nicht über 600 fl. beträgt, sind davon befreit; die übrigen zahlen je nach der Grösse des Gehalts 1—2½ Procent.

a) über das Subalternpersonale jeder Stelle der Vorstand derselben,

b) über das höhere Personale die vorgesetzte Behörde. ¹⁾

2) Die in dieser Disciplinaraufsicht enthaltene Strafgewalt wird wirksam, wenn Fahrlässigkeit, Unfleiss, Leichtsinne und Unsittlichkeit sich kund geben, und auf vorausgegangene Ermahnungen und Drohungen nicht abgelegt werden; es kann daher nicht bloss wegen eigentlicher Amtsfehler, sondern auch wegen gemeiner Fehler eine Disciplinarstrafe verhängt werden. Die Strafmittel, welche dabei zur Anwendung kommen, sind:

a) Verweise,

b) Geldbussen, von 5 bis zu 50 fl.

c) Haus- und Civilarrest von 24 Stunden bis zu 8 Tagen. ²⁾

Die Form, in der diese Strafen zuerkannt werden können, ist entweder die einer einfachen Ordnungsstrafe oder einer Disciplinarstrafe im engeren Sinne, je nachdem in dem Straferkenntniss bloss die Strafe ohne weitere Folge, oder ausser der Strafe noch der Zusatz enthalten ist, dass sie zur Vorgerichtstellung führe. ³⁾

3) Bei der Verhängung solcher (qualificirten) Disciplinarstrafen ist Folgendes zu beobachten:

a) Die erste findet (eben so wie eine einfache Ordnungsstrafe) ohne alle vorhergehende Förmlichkeit statt.

b) Die zweite und dritte erfordern vorherige schriftliche Vernehmung des Fehlenden und collegiale Berathung auf schriftlichen Vortrag. Wenn eine collegiale Berathung (weil z. B. der Vorstand eine Einzel-Person ist) unmöglich ist, dann sind die Acten mit der Vernehmlassung zur Schöpfung des Urtheils an die vorgesetzte Behörde einzusenden.

1) Edict IX. §. 13. Der Begriff der Disciplin rechtfertigt diese Bestimmung. Vgl. Schmithenner, a. a. O. S. 333.

2) Edict IX. §. 12. Ermahnungen und Drohungen gehen der Strafe stets voraus. Ibid. §. 13.

3) Edict IX. §. 12 Abs. 2. Man könnte vielleicht die letztere Strafe passend qualificirte Disciplinarstrafe nennen.

c) Die dritte kann nur von dem einschlägigen Ministerium verhängt werden; die Zuständigkeit des Vorstandes, resp. der Oberbehörde, ist sonach hier ausgeschlossen.

Das Urtheil ist jedesmal (also auch bei der ersten Strafe) mit Angabe der Gründe schriftlich auszufertigen, und dem Straffälligen gegen Recepisse zuzustellen.⁴⁾

d) Glaubt derselbe durch das Erkenntniss gravirt zu seyn, so ist dagegen der Recurs an die der strafenden unmittelbar vorgesetzte Behörde, und wenn die Strafverfügung von einem Ministerium ausging, an den Staatsrath offen gelassen. Der Recurs ist

a) binnen 3 Tagen bei der strafenden oder insinuirenden Behörde anzuzeigen, und

β) binnen 8—14 Tagen bei der Recurs-Instanz einzureichen und auszuführen.

Gegen das bestätigte Urtheil findet kein weiterer Recurs statt.⁵⁾

Sind drei⁶⁾ solche qualificirte Disciplinarstrafen, sey es wegen desselben oder wegen verschiedener Fehler fruchtlos verhängt worden, verfällt also der Bestrafte neuerlich in dieselben Fehler, dann kann er vor Gericht gestellt und mit Degradation oder Dienstentlassung bestraft werden. Seine Fehler erscheinen dann als Gewohnheitsfehler, die den Charakter der Unverbesserlichkeit an sich tragen.⁷⁾

IV. Von den Rechten der Staatsdiener.

§. 106.

1) In Beziehung auf die Dienstleistung.

1) Auf die Dienstleistung überhaupt und auf die Fortdauer derselben hat der Staatsdiener kein Recht.¹⁾ Sie kann

4) Edict IX. §. 14.

5) Edict IX. §. 15.

6) Doch soll nicht jeder neue Fehler, den der ein- oder zweimal Bestrafte begeht, sogleich die zweite resp. dritte Disciplinarstrafe nach sich ziehen; einfache Ordnungsstrafen sollen inzwischen liegen, Edict IX. §. 11.

7) Edict IX. §. 10 und Strafgesetzb. Thl. I. Art. 439.

1) Edict IX. §. 19 Abs. 1 „Sie ist wiederruflicher Natur.“

ihm daher in Folge einer administrativen Erwägung oder einer organischen Verfügung entweder für immer mittelst **D i m i s s i o n** oder für eine gewisse Zeit mittelst **Q u i e s c i r u n g** benommen werden. Der also **E n t l a s s e n e** darf sich der äusseren Zeichen seiner Standesklasse nicht mehr bedienen, der **Q u i e s c i r t e** behält sie indessen bei. ²⁾

Eben so wenig als auf die Dienstleistung überhaupt hat der Staatsdiener ein Recht auf bestimmte Dienste, d. h. auf Dienste, die in einer gewissen Art oder an einem bestimmten Orte zu leisten sind; es kann ihm vielmehr zu jeder Zeit ein Dienst anderer Art oder an einem Orte übertragen, i. e. er **v e r s e t z t** ³⁾ werden, wenn nur keine Zurücksetzung in Bezug auf die Dienstesklasse oder auf den ständigen Gehalt damit verbunden ist. ⁴⁾ So ferne aber kein Vorthail in der Versetzung für ihn enthalten ist, dieselbe auch nicht auf sein Verlangen oder aus seiner Schuld geschieht, hat er Anspruch auf Vergütung der Umzugsgebühren. ⁵⁾

2) Solange der Staatsdiener aber im Dienste ist, entstehen daraus auch gewisse (secundäre) Rechte für ihn; er hat das Recht zu allem dem, was zur Erfüllung seines Amtes sich als **M i t t e l** verhält. Er kann daher

a) innerhalb seines Amtsbezirkes Gehorsam von seinen Amtsuntergebenen fordern, und die von ihm in gehöriger Form hier vorgenommenen Handlungen geniessen öffentlichen Glauben. ⁶⁾

2) Edict IX. §. 19 Abs. 2—4. Der Quiescirte verliert sohin die Dienstzeichen nicht, so lange sein Wiedereintritt möglich ist.

3) Die Versetzung involvirt daher nicht immer eine Ortsveränderung.

4) Edict IX. §. 20. Ein absoluter Zwang ist aber in Folge des Rechtes jedes Staatsdieners, seine Entlassung zu nehmen, ausgeschlossen.

5) Verordn. v. 16. Aug. 1817 (D. B. XVII. S. 706 ff.). Die Entfernung des früheren und des neueren Amtssitzes muss mindestens $\frac{1}{8}$ Meile betragen. Die Grundlage für die Berechnung der Umzugsgebühren bildet der Hauptgeldbezug jener Stelle, von welcher die Versetzung geschieht. Sie betragen je nach der Entfernung und den persönlichen Verhältnissen (ob ledig oder verheirathet etc.) $\frac{1}{4}$ — $2\frac{1}{2}$ pCt.

6) Es hat in Folge dessen jede Obrigkeit das Recht, zur Aufrechterhaltung ihres Ansehens einen Widerspenstigen auf der Stelle zu 1—2-tägigem Gefängnisse abführen zu lassen. Strafgesetzb. Thl. I, Art. 318.

b) Er ist bei Ausübung seiner Amtshandlungen unverletzbar; Injurien, welche bei Gelegenheit einer solchen gegen ihn verübt werden, werden nicht als Privatrechtsverletzungen, sondern als Verletzungen des öffentlichen Rechts beurtheilt und bestraft. ⁷⁾

c) Für Handlungen, welche er in Gemässheit seiner Instructionen oder auf besonderen Befehl seiner Vorgesetzten vorgenommen hat, muss er von der Regierung vertreten werden; der dadurch etwa Verletzte kann daher nicht den Beamten für seine Person, sondern zunächst nur die Regierung, resp. den Fiskus belangen. — Eine Ausnahme hievon tritt ein bei den Justizbeamten. ⁸⁾

d) Für den Schaden, den er bei Vollziehung seines Dienstes leidet, und die positiven Auslagen, die er dabei zu machen hat, kann er Ersatz fordern. ⁹⁾

e) Dem Beamten kömmt, so lange er activ ist, das Recht auf eine bestimmte Auszeichnung (Uniform) ¹⁰⁾ auf einen bestimmten Rang und Titel ¹¹⁾ zu. — Ihrer Natur nach dauern alle diese Rechte nur so lange, als der Staatsdiener in Activität ist; mit dem Aufhören der Dienstleistung hören auch sie auf.

§. 107.

2) In Beziehung auf ihren Stand und Gehalt.

1) Der definitiv Angestellte hat ein wohlerworbenes Recht auf den Dienerstand und den Standesgehalt, so dass ihm beide, sey es ganz oder theilweise, nur durch

⁷⁾ Strafgesetzb. Thl. I. Art. 405. Es hängt hier nicht vom Verletzten ab, ob er auf Untersuchung und Bestrafung antragen wolle.

⁸⁾ In Folge der Bestimmung der Verf.-Urk. Tit. VIII. §. 3. Vgl. Zöpfl, Grundsätze des allgem. und constitut.-monarch. Staatsr. (1841) §. 151 (S. 250 ff.).

⁹⁾ Diess gilt namentlich auch von der Leistung uusserordentlicher Dienste. Verordn. v. 23. April 1806 (D. B. XVII. S. 309). Hieher gehören ferner die Commissionsgelder (Diäten). Die darauf bezüglichen Normen s. bei D. B. XVII. S. 329. — Vgl. auch Arends, Samml. B. I. S. 309.

¹⁰⁾ Vgl. die einschlägigen Bestimmungen bei D. B. XVII. S. 612 ff.

¹¹⁾ Ueber die Beamten, denen der Titel „Excellenz“ zukommt, s. Verordnungen v. 1. Dec. 1808, v. 2. Febr. 1812, v. 16. Dec. 1825 (D. B. XVII. S. 553) und v. 17. März 1847 (Regierungsbl. v. 1847 St. 16).

richterliches Urtheil entzogen werden können.¹⁾ — Um zu bestimmen, was als Standesgehalt anzusehen sey, ist zu unterscheiden, ob Justizbeamte oder irgend andere²⁾ Staatsbeamte in Frage sind. Jene behalten den ihnen verliehenen Gesamtgehalt als Standesgehalt; die Landgerichtsbeamten wenigstens ihren fixen Geldgehalt. — Bei allen Nicht-Justizbeamten zerfällt der Gehalt, den sie überhaupt während ihres Dienstes beziehen, in den Standes- (d. h. unentziehbaren) und Dienstes- (d. h. mit der Function aufhörenden) Gehalt. Die Ausscheidung dieser 2 Bestandtheile ist vor Allem

a) zu entnehmen aus dem Anstellungsrescripte. Enthält dieses darüber keine Bestimmung, dann bilden

b) die etwa für ganze Diensteszweige bestehenden allgemeinen organischen Verfügungen die Entscheidungsnorm. Solche allgemeine Verfügungen sind denn dermalen auch für die meisten Dienstzweige gegeben.³⁾ Sollte übrigens auch dadurch kein Scheidungsprincip festgestellt seyn, dann kommen

c) die Bestimmungen des IX. Edictes hierüber zur Anwendung. Dasselbe unterscheidet 2 Hauptfälle, je nachdem der Gehalt blos in einem Hauptgeldbezüge besteht, oder auch noch Nebenbezüge an Geld oder Naturalien damit verbunden sind.

Für den ersten Fall bilden im ersten Decennium des Dienstes $\frac{7}{10}$, im zweiten $\frac{8}{10}$, im dritten und den folgenden $\frac{9}{10}$ des Gesamtgehaltes den Standesgehalt; der übrige Theil den Dienstesgehalt. Für den zweiten besteht der Standesgehalt schon im ersten Jahrzehent des Dienstes in $\frac{8}{10}$, im zweiten und den folgenden in $\frac{9}{10}$ des Hauptgeldbezuges.⁴⁾

2) Der Anspruch auf den Standesgehalt hat den Character eines lebenslänglichen Rechtes, ohne dass es zur

1) Edict IX. §. 29. Wegen der Richter Verf.-Urk. Tit. VIII. §. 3. Ein Recht auf Erhöhung des Gehaltes gibt es nicht. Vgl. Arends Sammlung B. I. S. 312 ff.

2) Die Gesetze nennen diese zweite Classe gewöhnlich Administrativbeamte.

3) Dieselben sind zusammengestellt bei D. B. XVII. S. 235 ff.

4) Edict IX. §§. 7 und 8.

Begründung dieses Rechtes auf die Fortdauer des Dienstes an sich ankäme; nur der Verlust des Dienerstandes, mag derselbe mit dem Willen des Beamten oder zur Strafe in Folge richterlichen Urtheils⁵⁾ eintreten, zieht auch den Verlust des Standesgehaltes nach sich. — Anderseits dauert der Anspruch auch nur auf Lebenszeit, geht daher nicht auf die Erben über.⁶⁾ Nur für den Sterbemonat und den darauf folgenden (sogenannten Nach-)Monat wird der Gehalt der Wittve und den Kindern des Staatsdieners noch entrichtet.⁷⁾

3) Einigen Staatsdienern kommen in Folge ihres Standes noch besondere Rechte zu; es geniessen nämlich

a) die Collegialräthe und die höheren Beamten das Recht der Siegelmässigkeit, so wie

b) einen befreiten Gerichtsstand vor den k. Kreis- und Stadtgerichten.

c) Die Auszeichnung, dass ihre conscribirten Söhne als Cadetten in die Armee eintreten.⁸⁾

§. 108.

3) Von den Pensionen der Wittwen und Waisen von Staatsdienern.

Der Regent vergilt den Staatsdienern die geleisteten Dienste mittelbar, indem er ihren Wittwen und Kindern eine Pension zusichert.¹⁾

1) Die Bedingungen, um Anspruch hierauf zu haben, sind:

5) Diess setzt ein Strafgesetz, welches diese Strafe (entweder als Folge einer anderen, oder als Hauptstrafe) verhängt, und richterliche Untersuchung voraus. Vergl. §. 109, B.

6) Denn der Staatsdienerstand, als ein rein persönliches Verhältniss, der den Grund des Standesgehaltes bildet, geht nicht auf die Erben über.

7) Vgl. die Staatsdienerpragmatik v. 1. Jan. 1805 Nr. XXIV. §. 6 (H.-B. I. S. 373). Sind die Naturalbezüge in Getreid gleichfalls *pro rata* zu vergüten? Negativ M. E. v. 9. Juli 1827 (H.-B. I. S. 363).

8) Verf.-Urk. Tit. V. §. 5. Edict VIII. §. 1.

1) Der §. 1 der Pensionspragmatik bezeichnet die Pension der Wittwen und Kinder ausdrücklich als „Ergänzungstheil der Gehälter“. (H.-B. I. S. 373).

a) Der Gatte, resp. Vater, muss im wirklichen Staatsdienst gestanden haben. Daher haben die Wittwen und Kinder blosser Titularen keine Pension zu fordern.

b) Derselbe muss die Ehe als activer Staatsdiener eingegangen haben, oder, wenn als Quiescent, nach der Verhehlung wieder in den activen Dienst eingetreten seyn.

c) Es muss die vorgeschriebene Heirathsanzeige und Bewilligung erfolgt seyn.²⁾

d) Es dürfen Wittwe oder Kinder nicht schon im Genusse von Präbenden oder Stipendien stehen, welche dem Normalbetrage der Pension gleichkommen.³⁾

e) Die Pension muss im Inlande verzehrt werden.⁴⁾

2) Der Betrag der Pension für die Wittwe besteht in einem Fünftheil des von ihrem Gatten bezogenen Gehaltes. Starb derselbe als activer Staatsdiener, so wird bei Berechnung dieses Fünftheils der ständige Gesamtgehalt,⁵⁾ starb er im Stande der Quiescenz oder der Dimission der ihm verbliebene Gehalt zu Grunde gelegt. Jedes Kind erhält als einfache Waise $\frac{1}{5}$, als Doppelwaise $\frac{3}{10}$ der Pension der Wittwe.⁶⁾

Für einzelne Classen bestehen, was die Bestimmung der Grösse der Pension betrifft, besondere Normen. So werden bei Landrichtern und Rentbeamten die Pensionen nach einem Gehalte von 1500 fl. berechnet.⁷⁾

2) Daher fällt der Pensions-Anspruch weg:

a) wenn die dienstliche Verhehlungsbewilligung nicht erholt war;

b) wenn Jemand als Quiescent, sey es auch mit Bewilligung der Regierung, sich verhehlt hat und Quiescent geblieben ist. Pensionspragm. §. 25 a—c. — Dagegen ist es, wenn die oben genannten Vorbedingungen vorhanden sind, gleichgiltig, ob der verstorbene Staatsdiener noch innerhalb des Provisoriums stand oder definitiv war. M. E. v. 7. April 1835 (H.-B. I. S. 362, 12c).

3) Pensionspragm. §. 23 lit. d. — Dagegen kommt es auf die Privatvermögensverhältnisse der Wittwe und Kinder nicht an.

4) A. a. O. §. 22. Das Gegentheil kann nur mit besonderer königl. Bewilligung geschehen.

5) Daher müssen auch Nebenbezüge, wenn sie ständig waren, mit eingerechnet werden. Vgl. Blätter für R.-A. B. VII. S. 143.

6) Pensionspragm. §§. 2—4. Die Kinder, von denen eine Stiefmutter am Leben ist, gelten nicht als Doppelwaisen. Ibid. §. 15.

7) Churf. E. v. 8. Febr. 1805 (H.-B. I. S. 373). Wegen der Wittwen

3) Den Beginn und die Dauer des Pensionsbezuges betreffend, so tritt

a) die Wittwe mit dem auf den Nachmonat folgenden Monate in denselben ein, und behält die Pension, falls sie Wittwe bleibt, bis zu ihrem Tode. Ihren Erben wird der Sterbemonat noch voll verabreicht. ⁸⁾

b) Kinder treten in demselben Zeitpunkte wie die Wittwe in den Genuss der Pension ein, und behalten dieselbe bis nach vollendetem zwanzigsten Lebensjahre, falls sie nicht etwa schon früher eine Versorgung ⁹⁾ gefunden hätten. — Kinder, welche beim Tode ihrer Eltern schon 20 Jahre alt sind, erhalten den Betrag eines Jahres von dem Unterhaltsbezüge ihrer Classe als augenblickliche Unterstützung bewilligt. ¹⁰⁾

Ausnahmsweise wird die Pension der Kinder auf längere Zeit bewilligt, und zwar

α) aus Rücksicht auf den Vater wird den Kindern der Staatsminister, der Ministerialreferenten, (nun der Staats- und Ministerialräthe), der Collegialpräsidenten und Vicepräsidenten und der Chefs der Hofstäbe, dann der Collegialdirectoren und der Chefs der Hofintendanzen, endlich jener Collegialräthe, welche in dieser Eigenschaft 25 Jahre gedient, oder in derselben das zum Anspruch auf Quiescenz berechtigende Dienstes- oder Lebensalter erreicht haben, der Unterhaltsbeitrag bis zu ihrem Tode, resp. bis zu ihrer Versorgung entrichtet. ¹¹⁾

β) Aus Rücksicht auf die Kinder selbst wird denjenigen Söhnen und Töchtern von Staatsdienern, welche durch legal nachgewiesene physische Gebrechen entweder für eine

und Kinder der Professoren zu Landshut s. Churf. E. v. 25. Mai 1801 (D. B. XVII. S. 870).

8) Pensionspragm. §§. 7 und 8.

9) Wann eine solche anzunehmen sey, ist nicht näher bestimmt. Am richtigsten nimmt man wohl an, es sey jegliche Begründung eines eigenen Haushaltes, der den Nahrungsstand des betreffenden Kindes unabhängig von der Pension sichert, darunter zu verstehen.

10) Pensionspragm. §§. 8 und 17.

11) Pensionspragm. §. 9 und Landtags - Abschied v. 1831 §. 78, a (H.-B. I. S. 360).

gewisse Zeit oder für immer, ferner entweder theilweise oder ganz ausser Stand sind, ihren Selbsterwerb zu finden, oder vielleicht sogar noch fremder Unterstützung bedürfen, solange dieser Zustand dauert, der theilweise oder ganze oder ein erhöhter Beitrag geleistet. ¹²⁾

§. 109.

V. Von der Aufhebung des Staatsdienerverhältnisses.

Nach der doppelten Natur des Staatsdienerverhältnisses ist auch die Aufhebung desselben und zwar mit verschiedenen Wirkungen in mehrfacher Weise möglich.

A) Es kann blos die **F u n k t i o n**, also was dem öffentlichen Rechte angehört, hinwegfallen. Ist dies der Fall, hört der Staatsdiener auf, **a c t i v** zu seyn, so heisst der dadurch begründete Zustand im Allgemeinen **Q u i e s c e n z**. Nach dem bereits oben Bemerkten hat der Regent die **B e f u g n i s s**, jeden Beamten seiner Function zu entheben. ¹⁾ Geschieht diess für immer, so nennt man die Handlung (administrative) **Dimission**, wenn blos auf Zeit, temporäre **Q u i e s c i r u n g**. Weder auf ständige noch auf zeitweilige Enthebung vom Dienste hat der Beamte ein **R e c h t**. Doch treten hievon folgende Ausnahmen ein:

a) Jene Staatsdiener, welche 40 Jahre gedient haben, können lebenslängliche **Q u i e s c i r u n g** fordern, und es muss ihnen ihr **Standesgehalt** mit dem Titel und Functionszeichen gelassen werden. ²⁾ Gleiches gilt

b) von solchen, welche im Dienste das siebzigste Lebensjahr vollendet haben. Ihnen muss ihr **Gesamtgehalt**

¹²⁾ Pensionspragm. §§. 10—13. Nach dem Wortlaute des Gesetzes ist auf das Vorhandenseyn von Privatmitteln keine Rücksicht zu nehmen. Doch ist nach der Intention desselben diese Rücksicht nicht ausgeschlossen. In wie ferne — soll mündlich gezeigt werden.

¹⁾ Vgl. oben §. 106 Nr. 1. Dasselbe gilt von der Uebertragung einer anderen Function. Nur kann der einmal begründete Rang und Gehalt in keinem Falle geschmälert werden.

²⁾ Edict IX. §. 22 lit. B.

ohne Unterschied, ob er Standes- oder Dienstesgehalt war, als Pension fortentrichtet werden. ³⁾

c) Jene, welche durch sonstige physische Gebrechlichkeit, als Folge eines äusseren, in oder ausser der Function erlittenen Unglücks oder der inneren Anstrengung functionsunfähig geworden sind, können je nach den Umständen entweder bloss auf Zeit oder für immer Quiescenz verlangen, wobei sie ihren Standesgehalt fortzubeziehen haben. ⁴⁾

Die Richteramtsfunctionen versehenden Beamten verbleiben in allen Quiescenz-Fällen im Bezuge des verliehenen Gesamtgehalts, die Landgerichtsbeamten behalten ihren fixen Geldgehalt. ⁵⁾

2) Von Rechtswegen tritt die Suspension vom Amte und vom Dienstesgehalte ein, wenn gegen einen Staatsbeamten auf Specialinquisition erkannt ist; — sie dauert fort, so lange der Angeschuldigte nicht ein lossprechendes Erkenntniss erwirkt hat. ⁶⁾

B) Das ganze Staatsdienerverhältniss wird aufgelöst, also insbesondere auch die privatrechtliche Seite desselben — der Dienerstand und der dadurch bedingte Standesgehalt — aufgehoben:

1) Mit dem Willen des Beamten, wenn er seine Entlassung nimmt, was ihm, wenn nicht besondere Gründe obwalten, zu jeder Zeit freisteht. ⁷⁾

2) Gegen den Willen des Beamten in Folge richterlichen Urtheils. — Dies setzt voraus, dass der Beamte eines Verbrechens oder Vergehens für schuldig erkannt werde,

³⁾ Edict IX. §. 22 lit. C. Titel und Functionszeichen verbleiben auch hier.

⁴⁾ Edict IX. §. 22 lit. D. Dass auch in diesen Fällen die Verfügung der Quiescenz ohne ausdrückliches Verlangen eintreten könne, versteht sich von selbst; nur müssen die pragm. Rechte in jedem Falle erhalten werden.

⁵⁾ Edict IX. §. 23. Vgl. auch oben §. 107 Nr. 1.

⁶⁾ Strafgesetzb. Thl. II. Art. 437—140.

⁷⁾ Edict IX. §. 22 lit. A. Er hat kein Recht auf Titel etc. Still-schweigend kann diess erfolgen durch Auswanderung, Annahme eines fremden Dienstes, Betreibung eines rein bürgerlichen Gewerbes u. s. w.

auf welches der Verlust des Dienerstandes als Strafe gesetzt ist.⁸⁾ Das richterliche Urtheil verfügt aber je nach der in Frage stehenden Uebertretung entweder

a) **Cassation**, wenn die That, welcher der Beamte für schuldig erklärt wird, Verbrechen ist.⁹⁾ Sie ist bald Hauptstrafe — bei Amtsverbrechen,¹⁰⁾ — bald Straffolge — bei gemeinen Verbrechen.¹¹⁾ Oder

b) **Dimission**, wenn die in Frage stehende That ein Vergehen ist. Wie jede Vergehensstrafe, hat sie auf die allgemeinen bürgerlichen Verhältnisse des Bestraften keinen Einfluss. Sie zieht zwar Verlust des Dienstranges¹²⁾ und des Gehaltes, aber nicht die Unfähigkeit zu Staats- und Ehrenämtern überhaupt nach sich. — Auch die Dimission ist bald Hauptstrafe, bald Straffolge. Es muss aber in jedem Falle ausdrücklich im Strafurtheile darauf erkannt worden seyn; sie tritt nie von Rechtswegen ein, wie die Cassation.¹³⁾ Oder

c) **Degradation**, d. h. Herabsetzung eines Beamten auf eine im Range und Gehalte geringere Stelle; auch sie ist bloß Vergehensstrafe, und es gilt von ihr, was die Art ihrer Verhängung betrifft das, was eben in Ansehung der Dimission angeführt wurde.¹⁴⁾

8) Vergl. Anm. z. Strafgesetzb. B. III. S. 153 Nr. 4.

9) Strafgesetzb. Thl. I. Art. 22 und 23.

10) Beispiele im Strafgesetzb. Thl. I. Art. 352—365.

11) Strafgesetzb. Thl. I. Art. 351.

12) Das Strafgesetzbuch gebraucht den Ausdruck „Dienstrang“ in derselben Bedeutung, in welcher wir oben vom „Dienerstande“ sprachen.

13) Strafgesetzb. Thl. I. Art. 22, 437—458 und Anmerk. B. I. S. 109.

14) Strafgesetzb. a. a. O. bes. Art. 440.

Dritter Abschnitt.

Von den Organen zur Vertretung der Unterthanenrechte.

Erstes Capitel.

Von der Stände-Versammlung.

§. 110.

I. Von der rechtlichen Natur derselben überhaupt.¹⁾

Der Geber der Verf.-Urk. hob als einen der »Grundzüge« unserer Verfassung hervor: »Eine Standschaft — hervorgehend aus allen Klassen der im Staate ansässigen Staatsbürger, — mit den Rechten des Beirathes, der Zustimmung, der Willigung, der Wünsche und der Beschwerdeführung wegen verletzter verfassungsmässiger Rechte — berufen, um in öffentlichen Versammlungen²⁾ die Weisheit der Berathung zu verstärken, ohne die Kraft der Regierung zu schwächen«.³⁾ — Hieraus fliessen von selbst die charakteristischen Merkmale unserer vaterländischen Verfassung:

1) Das ständische Organ soll eines seyn;⁴⁾ es soll sich aus allen Classen der im Staate ansässigen Staatsbürger bilden;⁵⁾ es soll also die Einheit der Unterthanen treu wie-

1) Fr. Jul. Stahl, das monarchische Princip. Eine staatsrechtlich-politische Abhandlung. Heidelb. 1845. Die Vergleichung unserer ständischen Einrichtungen mit dem preussischen (altland-) ständischen System, wie es durch das Patent v. 3. Febr. 1847 eingeführt ward, bleibt dem mündlichen Vortrage vorbehalten.

2) Dadurch ist folgeweise der fortdauernde Bestand der Standschaft (die corporative Eigenschaft) und die Thätigkeit derselben ausser der Zeit der Versammlung ausgeschlossen. Anders bei der älteren Landschaft. S. oben §. 10.

3) Prooem. der Verf.-Urk. Abs. 11.

4) Verf.-Urk. Tit. I. §. 2, Tit. VII. §§. 2 und 30 „des Reichs“. — Daher keine Abtheilung in Curien mit gesonderter Abstimmung, keine *itio in partes*, keine *jura singulorum*. Nur in der gemeindlichen Sphäre haben solche eine Wirkung. R.G.Ed. §. 41.

5) Eine bloss numerische Bildung (vgl. oben §. 13) würde kein Bild

dergeben (darstellen), indem es seine Bestandtheile aus der natürlichen Gliederung des Volkes, den Ständen, schöpft.

2) Die rechtliche Stellung der so gegliederten Standschaft lässt sich in folgenden Sätzen aussprechen:

a) Der König ist das Oberhaupt des Staates; er ist der Inhaber der ganzen ungetheilten Staatsgewalt; sie ist sein Recht.⁵⁾ Das ständische Organ ist daher weder Souverän oder Repräsentant des Souveräns, noch Theilhaber an der Souveränität.⁶⁾

b) Die Ausübung der Staatsgewalt in der ganzen Fülle der aus ihr fließenden Rechte, die Versorgung der öffentlichen Zustände (die Regierung) steht dem Könige zu.⁷⁾ Die Stände des Reichs wirken bei der Ausübung bestimmter Regierungsrechte⁸⁾ zu dem Behufe mit, um »die Weisheit der Berathung zu verstärken, ohne die Kraft der Regierung zu schwächen.«

c) Die Standschaft ist berufen, die verfassungsmässigen Rechte der Unterthanen zu wahren, und über die Aufrechthaltung der Verfassung im Ganzen zu wachen. Wen die Verletzung zunächst betreffe, ob ein Individuum, oder einen einzelnen Stand oder die Gesamtheit der Unterthanen, ist in dieser Rücksicht gleichgültig.⁹⁾

Es ist daher unsere Standschaft, wenn man dafür eine freilich häufig missdeutete Bezeichnung gebrauchen will, eine

des organischen gegliederten Volkes, sondern ein durch den Zufall zusammengewürfeltes Aggregat darstellen. Andererseits nehmen auch nicht bloß die gefreiten Stände daran Theil. Vgl. Schmitthener, Grundlinien des idealen Staatsr. S. 578.

5) Verf.-Urk. Tit. II. §. 1.

6) Ausgeschlossen ist das (französische) System der Volkssouveränität und der Theilung der Staatsgewalt.

7) Es ist daher auch das (englische) parlamentarische Princip der Verfassung bei uns rechtlich nicht anwendbar.

8) Nicht bloß bei einzelnen Regierungshandlungen (wie die Feudalstände). Die Standschaft bewilligt daher z. B. nicht bloß eine einzelne Steuer in bestimmter Summe, sondern die Verf.-Urkunde will „Ordnung durch alle Theile des Staatshaushaltes, rechtlichen Schutz des Staatscredits und gesicherte Verwendung der dafür bestimmten Mittel“. Prooem. der Verf.-Urk. Abs. 9.

9) Verf.-Urk. Tit. VII. §§. 21 und 25; Tit. X. §§. 5 und 6; insbes. Edict X. Tit. II. §. 56.

auf ständische Elemente gebaute Repräsentativ-Verfassung¹⁰⁾ mit monarchischem Princip. So wie das ständische Organ in seiner Zusammensetzung ein einheitliches ist, so ist auch seine Thätigkeit und Wirksamkeit auf einen und zwar staatsrechtlichen Zweck gerichtet, den nämlich, die Grundlage des Staates so wie sie besteht, zu erhalten, und die Weiterbildung derselben mit zu bestimmen. Der Schwerpunkt der Verfassung ruht aber nicht in der Standschaft, sondern im Königthume.¹¹⁾

§. 111.

II. Von ihren Bestandtheilen im Allgemeinen.

1) Die für das ganze Königreich bestehende allgemeine Stände-Versamml. ist in zwei Kammern¹⁾ abgetheilt, und zwar in die Kammer der Reichsräthe und in die der Abgeordneten; ²⁾ jene wird wohl auch die erste, diese die zweite Kammer genannt.³⁾ — Alles, was zum Wirkungskreise der Stände-Versammlung gehört, muss von jeder dieser Kammern besonders verhandelt und durch Beschluss erledigt werden. Allein nur dann, wenn die beiden Kammern in ihren Beschlüssen übereinstimmen, ⁴⁾ liegt ein wirksamer Beschluss der Ständeversammlung vor. Wo daher die Zustimmung der Stände des Reichs zu irgend einem Acte

10) Es gibt wohl kaum einen Namen, dem so mannigfache Bedeutungen unterlegt, aus dem so verschiedene Folgerungen gezogen wurden, als dieser ist. Wir haben ihm durch das Vorausgehende einen bestimmten Sinn zu gewinnen gesucht. Dass die Ausstellungen v. Moy's (Lehrb. B. II. S. 83) an der Repräsentativ-Verfassung unsere Auffassung derselben nicht treffen, werden wir an einem anderen Orte zeigen; dass insbesondere ständisch und repräsentativ keine Gegensätze seyen, vgl. Stahl a. a. O. Vorr. S. VIII.

11) Stahl, Rechts- und Staatslehre (2. Aufl.) Abth. 2. §. 100.

1) Ueber das Zweikammer-System vgl. Dahmann, Politik. I. S. 23 ff. und K. S. Zachariä, 40 Bücher vom Staafsr. (1839) Thl. III. S. 248 ff.

2) Verf.-Urk. Tit. I. §. 2, Tit. VI. §. 1 und Edict X. §. 1.

3) Diese Bezeichnung findet sich in Verf.-Urk. Tit. VI. §§. 5 und 17 und Edict X. Tit. I. §. 2 u. a.

4) Daher ist die Behandlung eines jeden Gegenstandes, der vor die Ständeversammlung gehört, so lange in beiden Kammern fortzusetzen, bis entweder ein Einverständniss erzielt, oder die bestimmte Erklärung der Unmöglichkeit eines solchen erfolgt ist. Edict X. Tit. II. §. 51.

erfordert wird, da ist Zustimmung beider Kammern nothwendig, und darin offenbart sich ihre Einheit.⁵⁾

2) Die beiden Kammern unterscheiden sich, abgesehen von minder bedeutenden Differenzpunkten, vorzüglich durch die Art ihrer Zusammensetzung:

a) Der Rechtsgrund zum Eintritt in die Kammer der Reichsräthe beruht auf Geburt — für sich oder in Verbindung mit dem Besitz bestimmter Güter — oder auf einem Amte oder auf directer kgl. Ernennung.⁶⁾ Die Mitgliedschaft dauert regelmässig lebenslänglich, jedenfalls eine an sich unbestimmte Zeit.

b) Der Eintritt in die Kammer der Abgeordneten setzt eine Wahl von Seite der des Staatsbürgerrechts theilhaftigen Unterthanen voraus; er ist stets auf eine gewisse Zeit (6 Jahre) beschränkt.⁷⁾

Jedes Mitglied der I. sowohl als der II. Kammer muss sein Sitz- und Stimmrecht in Person ausüben, Stellvertretung ist ausgeschlossen;⁸⁾ eben darum kann Niemand in beiden Kammern zugleich Sitz und Stimme haben.

Titel I.

Von der Bildung der Ständeversammlung.

§. 112.

I. Von den nothwendigen Eigenschaften aller Ständemitglieder.

Um Mitglied der Ständeversammlung, sey es in der I. oder II. Kammer, seyn zu können, müssen vor Allem folgende allgemeine Vorbedingungen¹⁾ vorhanden seyn:

⁵⁾ Folge dieser Einheit ist, dass beide Kammern nur gleichzeitig einberufen, eröffnet und geschlossen werden. Verf.-Urk. Tit. VI. §. 16, Edict X. Tit. I. §. 51. — Wer Mitglied einer Kammer ist, ist eben dadurch Mitglied der Ständeversammlung. Die Verf.-Urkunde bezeichnet die Gesamtheit der Mitglieder der St.-Versammlung durch „Stände des Reichs“ oder „Stände“ gemeinhin.

⁶⁾ Verf.-Urk. Tit. VI. §§. 2—4.

⁷⁾ Verf.-Urk. Tit. VI. §§. 11 und 13.

⁸⁾ Verf.-Urk. Tit. VI. §. 17. Anders in Württemberg. Vgl. Mohl B. I. S. 547.

¹⁾ Dass auch die Mitglieder der I. Kammer diese allgemeinen Ei-

1) Das bayerische Staatsbürgerrecht. 2) Wer daher dieses nicht erworben hat, oder nicht erwerben kann, ist auch unfähig zur Standschaft; — daher ist insbesondere jeder hiezu nicht befähigt, der sich nicht zu einer der vier christlichen Confessionen bekennt, deren Angehörigen das Staatsbürgerrecht eingeräumt ist. Darum sind insbesondere die J u d e n unfähig, Mitglieder der St.-V. zu seyn. 3)

2) Unbefleckte bürgerliche Ehre. Daher sind ausgeschlossen:

a) Jene, welche wegen eines Verbrechens oder Vergehens zur Strafe verurtheilt, ja sogar

b) auch Jene, welche wegen eines solchen der Special-Untersuchung unterworfen wurden, ohne durch das Endurtheil gänzlich freigesprochen worden zu seyn. 4)

c) Personen, welche dem Concurs unterliegen, oder früher einem solchen unterlagen, ohne ihre Gläubiger vollständig befriedigt zu haben. 5)

3) In der Regel Besitz eines gewissen, eine selbstständige Stellung sichernden V e r m ö g e n s, dessen Grösse und Beschaffenheit je nach der Verschiedenheit der Kammer, zu der das Mitglied gehört, so wie der Classe in derselben verschieden ist. 6)

4) Vorhandenseyn eines gesetzlichen Grundes, der zum Eintritt in die St.-Vers. berechtigt, wie Bekleidung eines Amtes, mit dem das Recht verbunden ist, oder Wahl etc. Ueberall muss aber dieser Grund ausserhalb des Wil-

schaften an sich tragen müssen, folgt aus der Natur der Sache. Vergl. D r e s c h, Grundzüge §. 19 not. c.

2) Daher sind unfähig: Fremde, Frauen und Minderjährige.

3) Diess gilt auch von den Juden in der Pfalz. Königl. Beschluss v. 5. Oct. 1818 (Siebenpfeiffer, B. I. S. 118).

4) Verf.-Urk. Tit. VI. §. 12 Abs. 2.

5) Verf.-Urk. Tit. VI. §. 12 und R.G.Ed. §. 78, d. Auch Solche, über deren Vermögen Sequestration verhängt ist, gehören wohl wohl hieher. A. E. v. 30. Nov. 1818, B. I, 3 (D. B. VII. S. 203).

6) Verf.-Urk. Tit. VI. §§. 3 und 12. Für die Reichsräthe ist diess Requisit nicht ausdrücklich erwähnt, aber es wird vorausgesetzt.

lens der St.-Vers. selbst liegen; sie hat nicht das Recht, neue Mitglieder, blos weil sie es will, aufzunehmen. ⁷⁾

II. Von der Zusammensetzung der beiden Kammern im Einzelnen,

§. 113.

A. Der Kammer der Reichsräthe.

1) Die Kammer der Reichsräthe ist zusammengesetzt:

a) Aus den volljährigen Prinzen des k. Hauses,
 b) aus den Kronbeamten des Reichs,
 c) aus den Häuptern der ehem. reichständischen fürstlichen und gräflichen Familien, soferne und so lange sie im Besitze ihrer ehem. reichständischen in Bayern gelegenen Besitzungen sind, wozu in Folge besonderer Verleihung auch die Chefs der Häuser Leuchtenberg,¹⁾ Pappenheim und Giech gehören.

d) Aus den beiden Erzbischöfen des Reichs,

e) Aus einem vom Könige auf Lebenszeit ernannten Bischofe.

f) Aus dem jedesmaligen Präsidenten des protestant. Ober-Consistoriums.

g) Aus jenen Personen, welche der König entweder wegen ausgezeichneter, dem Staate geleisteter Dienste, oder wegen ihrer Geburt oder wegen ihres Vermögens erblich oder lebenslänglich dazu ernannt hat.²⁾

Um die Ernennung zum erblichen Reichsrathe erlangen zu können, ist der Besitz des Adels, und eines im Lehen oder Fideicommissverbande stehenden Grundbesitzes erforderlich, wovon an Grundsteuer³⁾ mindestens 300 fl. *in simplo* entrichtet werden.

⁷⁾ Anders bei der alten Landschaft. Vgl. Kreittmayr, a. a. O. §. 182.

¹⁾ Offenes Patent v. 5. Dec. 1818 (D. B. VII. S. 134).

²⁾ Verf.-Urk. Tit. VI. §. 2. Nr. 6.

³⁾ Sey dieselbe Rustical- oder Dominicalsteuer. Welches Simplum (ob das des Provisoriums oder des Definitivums) dabei zu Grunde zu legen sey, mündlich. Verf.-Urk. Tit. VI. §. 3.

2) Die Zahl der Reichsräthe ist an sich unbestimmt. Nur das Verhältniss der erblichen zu den lebenslänglichen ist dahin festgestellt, dass diese nie mehr als ein Dritttheil der erblichen betragen dürfen. — Bei der Abtheilung in lebenslängliche und erbliche sind ausser den erblich ernannten die zu einer der *sub c—f incl.* genannten Cathegorien gehörigen Reichsräthe den erblichen beizuzählen, die unter a und b genannten ganz ausser Ansatz zu lassen. ⁴⁾

3) Um, wenn der Berufungsgrund vorhanden ist, wirklich in die Kammer eintreten und Sitz in derselben nehmen zu dürfen, ist die erlangte Volljährigkeit nothwendig; eine Stimme kommt aber den k. Prinzen erst mit dem vollendeten 21ten, den übrigen Reichsräthen mit dem vollendeten 25ten Lebensjahre zu. ⁵⁾

B. Der Kammer der Abgeordneten.

§. 114.

1) Von den Personen aus denen sie besteht.

1) Die II. Kammer der Ständeversammlung bildet sich:

a) Aus den Besitzern von Gütern mit Gerichtsbarkeit, soweit sie nicht schon in der I. Kammer Sitz und Stimme haben, — den Gerichtsherrn.

b) Aus den Abgeordneten der drei Landesuniversitäten.

c) Aus Geistlichen der katholischen und protestantischen Kirche.

d) Aus den Abgeordneten der Städte I. und II. Classe.

e) Aus jenen der Landeigenthümer ohne Gerichtsbarkeit, wozu auch die Städte und Märkte III. Classe gehören. ¹⁾

4) Verf.-Urk. Tit. VI. §. 4 und Gesetz, die Bildung der Kammer der Reichsräthe betr. v. 9. März 1828 (H. B. I. S. 28).

5) Verf.-Urk. Tit. VI. §. 5. Wie die Eigenschaft eines Reichsraths verloren werde, soll mündlich erörtert werden. Die Frage, ob (NB. unbedingt) darauf verzichtet werden könne, ist unbedenklich (auch bei lebenslänglichen) zu bejahen.

1) Verf.-Urk. Tit. VI. §. 7.

2) Um die Zahl der Mitglieder dieser Kammer zu bestimmen, muss man vor Allem die Zahl der Familien im Königreiche²⁾ kennen; ist diese bekannt, dann wird auf je 7000 Familien ein Abgeordneter gerechnet, so dass also die II. Kammer so viele Deputirte zählt, als oft das Königreich 7000 Familien enthält.³⁾ Die hiernach treffende Abgeordneten-Zahl wird dann auf die vorher erwähnten Classen⁴⁾ in folgender Art vertheilt:

a) Auf die Classe der Gerichtsherrn trifft ein Achttheil, welches auf die einzelnen Regierungsbezirke nach Verhältniss der dort bestehenden Gerichtsbezirke repartirt wird.⁵⁾

b) Die Classe der Geistlichen stellt hiervon gleichfalls ein Achttheil, von dem hinwiederum

α) die katholische Geistlichkeit zwei Dritttheile, und zwar so, dass hieran jeder Reg.-Bezirk nach Verhältniss der Zahl der dort vorhandenen Pfarreien Theil nimmt.

β) Die protestantische dagegen ein Dritttheil wählt, das sich auf die Kreise nach der Grösse der Generaldecanate (Consistorien) vertheilt.

c) Auf die Classe der Städte und Märkte fällt ein Viertel. Hieran wählt München zwei, Augsburg und Nürn-

2) Nur die im Königreich Domicilirenden oder die Unterthanenfamilien zählen hier mit.

3) Verf.-Urk. Tit. VI. §. 8. Nach der Bekanntm. v. 25. Sept. 1845 beträgt zur Zeit die Zahl der Familien in Bayern 985,511 wonach 141 Abgeordnete für die Periode 1846—51 gewählt wurden, excl. der Universitäts-Abgeordneten.

4) Nicht vorher erst auf die 8 Kreise, und dann erst auf die Classen. Verf.-Urk. Tit. VI. §. 9 erster Satz und §. 10; insbes. Edict X. Tit. I. §. 3. Vgl. A. E. v. 15. Dec. 1818 (D. B. VII. S. 320).

5) Da in der Pfalz die Classe der Gerichtsherrn nicht vorhanden ist, „so soll der hiedurch verursachte Abgang von der die Pfalz treffenden verhältnissmässigen Zahl der Abgeordneten in den übrigen Classen ergänzt werden“. Vergl. die St.-V. von 1846 K. d. A. B. I. S. 229 ff. — Auf dem Standpuncte der bestehenden Gesetze ist ein solcher Ersatz rechtlich nicht zu realisiren. Die angeführte Bestimmung verspricht blos darauf bei künftigen Gesetzen Bedacht zu nehmen; bis zur Stunde ist aber ein Gesetz der Art nicht erlassen. — Im Landrathe ist dieser Ersatz gewährt. S. unten §. 142.

6) Der II. Anhang zum Religions-Edict verwandelt (§. 4) die Generaldecanate in Consistorien; es ist daher Edict X. Tit. I. §. 5 ungenau redigirt.

berg je einen Abgeordneten. Der Rest vertheilt sich auf die einzelnen Kreise nach Verhältniss der Familien, welche dieser Klasse angehören, und wird in gemeinschaftlicher Wahl ernannt.

d) Die Classe der Landeigenthümer ohne Gerichtsbarkeit stellt von der Gesamtzahl die Hälfte, an welcher die einzelnen Kreise nach Verhältniss der Zahl von Familien Theil nehmen, die nach Abzug der Familien der vorigen Classe übrig bleiben. ⁷⁾

Jede Universität wählt einen Abgeordneten; die Gewählten kommen zu obiger Gesamtzahl hinzu, sind nicht schon darin begriffen, ⁸⁾ so dass die Zahl der wirklich in der II. Kammer befindlichen Mitglieder die nach dem Verhältniss von 7000 Familien gefundene Zahl um drei übersteigt.

2) Von der Wahl der Abgeordneten.

§. 115.

a) *Von der Fähigkeit gewählt zu werden, oder von der Wählbarkeit.*

Die Fähigkeit, zum Abgeordneten gewählt zu werden, kommt in der Regel Jedem zu, welcher die allgemeinen Erfordernisse eines Ständemitglieds (§. 112) an sich trägt, falls er sein 30tes Lebensjahr zurückgelegt und sich nie einer Bestechung oder einer Bestechlichkeit bei dem Wahlgeschäfte schuldig gemacht hat. ¹⁾ Daneben stellen aber die Gesetze zur Wählbarkeit in jeder einzelnen Classe noch besondere Bedingungen auf:

1) Der Gerichtsherr muss um als solcher gewählt werden zu können, in demjenigen Kreise begütert seyn, in dem er gewählt werden will. ²⁾

⁷⁾ Edict X. Tit. I. §§. 3—7.

⁸⁾ Verf.-Urk. Tit. VI. §. 9.

¹⁾ Verf.-Urk. Tit. VI. §. 12 und Edict X. Tit. I. §. 42.

²⁾ Edict X. Tit. I. §. 8, a. — Wie dieser Güterbesitz beschaffen seyn muss, folgt aus der Natur der Sache; es muss auf dem Gute Gerichtsbarkeit überhaupt haften und die Vorbedingungen zur Ausübung derselben müssen erfüllt seyn. Doch gelten auch Jene als wählbar, die ihre Gerichtsbarkeit dem Staate abgetreten haben. Vgl. oben §§. 54, 55 u. 63.

2) Der Abgeordnete der Universität muss ordentlicher decretirter Lehrer an derselben Universität seyn.³⁾

3) Die Abgeordneten aus der Classe der Geistlichen müssen wirkliche, selbstständige Pfarrer seyn, welche ihre Pfarrei selbst versehen.⁴⁾

4) Als städtische Abgeordnete sind nur jene wählbar, welche in jenen Städten und Märkten, in welchen sie gewählt werden, schon seit drei Jahren⁵⁾ entweder

a) mit einem freieigenen Grundvermögen, wovon sie an Häuser- und Rusticalsteuer 10 fl. *in simplo* entrichten, oder

b) mit einem bürgerlichen Gewerbe, von dem sie an Gewerbesteuer einen (für die dritte Hauptclasse festgesetzten) Betrag von 30—40 fl. entrichten, oder

c) mit beiden Vermögensarten ansässig seyn, und davon als Gesamtsteuer den obigen Betrag von 30—40 fl. an die Staatscasse zahlen.⁶⁾

5) Die Abgeordneten der Landeigenthümer müssen in dem betreffenden Regierungsbezirke ein freieigenes oder erblich nutzbares Eigenthum⁷⁾ seit drei Jahren besitzen, wovon sie als Simplum der Steuer wenigstens 10 fl. bezahlen. — In dieses Simplum darf nur die Rustical-, Häuser- und Gewerbesteuer⁸⁾ eingerechnet werden. In jenen Regierungsbezirken, in welchen die dermalige⁹⁾ Steuerver-

3) Edict X. Tit. I. §. 8, b. Vgl. Schunk, a. a. O. S. 528 not. 5.

4) Edict X. Tit. I. §. 8, c. Schunk, a. a. O. S. 529.

5) Bei Neueinwandernden ist mit Rücksicht auf Edict I. §. 8, c ein Zeitraum von 9 Jahren zur Wählbarkeit nothwendig.

6) Edict X. Tit. I. §. 8, d. Als bürgerliche Gewerbe können wohl nur jene gelten, deren Besitz von selbst das Bürgerrecht gewährt; ausgeschlossen sind sonach freie Erwerbsarten.

7) Ausgeschlossen ist nach der Natur der Sache: ein Eigenthum, das in der I. Classe wählbar macht; — nach den Worten des Gesetzes: ein Vermögensrecht, das nicht Eigenthum ist (wie persönliche Gewerbe). Vgl. St.-V. v. 1846 K. d. A. B. I. 386 ff.

8) Dass hier nur reale Gewerbe gemeint seyn können, folgt aus dem not. 7 Bemerkten.

9) Die Verf.-Urk. konnte als „dermalige St.-Verfassung der älteren Regierungsbezirke“ kein anderes, als das durch Mandat v. 13. Mai 1808 eingeführte Steuerprovisorium verstehen. v. Moy (B. II. S. 111) wirft unrichtig beide Steuersysteme zusammen.

fassung der älteren Regierungsbezirke nicht besteht,¹⁰⁾ wird ein dieser festgesetzten Steuerquote nach der jährlichen Gesamtsumme gleichkommender Betrag zur Grundlage genommen.¹¹⁾

Da wo zur Vornahme der Wahl der Abgeordneten mehrere aufeinanderfolgende Wahlacte nothwendig sind, kann in dem späteren Acte die Wahl nur auf solche fallen, welche bei diesem selbst mitzuwirken berechtigt (Wahlmänner) sind.¹²⁾

Ob der Gewählte früher schon Abgeordneter war oder nicht, ist ohne Einfluss; die austretenden (d. h. früher in der Kammer gewesenen Mitglieder sind wieder wählbar. Ebenso wenig ist die Wählbarkeit desjenigen zu beanstanden, der zur Zeit Landrath ist, oder in Staatsdiensten steht.¹³⁾

Der Gewählte muss übrigens, so lange er Abgeordneter ist, den sämtlichen erwähnten Bedingungen genügen. Fällt eine derselben hinweg, so hört er auf, Abgeordneter zu seyn. Die Kammer hat darüber, ob die Eigenschaft eines Abgeordneten fortdaure oder aufgehört habe, auf die geschehene Anzeige und nach Vernehmung des Betheiligten zu entscheiden.¹⁴⁾

¹⁰⁾ „Oder nach der Verf.-Urk. eine andere eingeführt wird“, wie das Definitivum nach dem Grundsteuergesetze v. 1828.

¹¹⁾ Edict X. Tit. I. §. 8, e und §. 9. D. h. es wird bei jeder einzelnen Wahlperiode ermittelt, wie viel Simpla der nach dem Provisorium besteuerte Landeigenthümer jährlich zu entrichten, oder wie viel er im Ganzen Steuer zu zahlen habe, und nun dieser Betrag auch in den übrigen nach einem andern System besteuerten Kreisen als Wahlcensus gefordert. Es handelt sich also nicht um Aufstellung eines Principis für den Wahlcensus, oder um Aenderung des verfassungsmässigen, sondern nur um Ausführung desselben. Unrichtig wäre es aber, einen Gesamtsteuerbetrag dauernd als Wahlcensus fordern zu wollen. Vgl. St.-Versamml. v. 1843 K. d. A. B. III. S. 290 ff.

¹²⁾ Edict X. Tit. I. §§. 20, 25—27, 30 und 37.

¹³⁾ Verf.-Urk. Tit. VI. §. 13 Abs. 2. Gesetz, die Landräthe betr. v. 15. Aug. 1828 §. 11 (H.-B. I. S. 420).

¹⁴⁾ Verf.-Urk. Tit. VI. §. 12. Ist die Anzeige von dem Betheiligten ausgegangen, so fällt die Nothwendigkeit einer Vernehmung hinweg.

b) Von der Wahl selbst.

§. 116.

α) Allgemeine Grundsätze.

1) Die Wahl der Abgeordneten findet regelmässig alle 6 Jahre statt (ordentliche Wahl), so dass spätestens nach Ablauf dieser Frist die ganze Kammer erneuert wird. Sollte während der 6 Jahre die Kammer aufgelöst werden, so muss längstens binnen 3 Monaten eine neue (ausserordentliche) Wahl vorgenommen werden.¹⁾

Ist im Laufe der 6jährigen Periode eine einzelne Abgeordneten-Stimme erledigt worden, so hat eine auf die Ergänzung dieser Lücke beschränkte Zwischenwahl einzutreten.²⁾

2) Als Wähler (activ wahlfähig) können nur bayerische Staatsbürger auftreten, welche wenigstens 25 Jahre alt sind, und sich nie einer Bestechung oder Bestechlichkeit bei dem Wahlgeschäfte schuldig gemacht haben.³⁾ — Sie wählen blos nach ihrer freien Ueberzeugung; jede Beeinträchtigung der Wahlfreiheit, bestehe sie in Beschränkungen oder Begünstigungen, ist den Staatsbehörden untersagt. — Jeder, der activ wahlfähig ist, muss auch wirklich zur Wahl geladen seyn. Die Erschienenen leisten vor derselben den Verfassungseid, und den besonderen Wählereid.⁴⁾

3) Die Aufforderung zur Vornahme der Wahl geht von der Kreisregierung aus, welche zugleich die Gesamtzahl der vom Kreise zu wählenden Abgeordneten, ausgeschieden nach den vier, resp. fünf vorher erwähnten Klassen bekannt zu machen,⁵⁾ und ein Verzeichniss der sämtlichen wählbaren Mitglieder jeder Classe allen Wahlstimmberechtigten mitzutheilen hat. — Eben so ist die formelle Leit-

1) Verf.-Urk. Tit. VI. §§. 11 und 13; Tit. VII. §. 23.

2) Vgl. Gesetz, die Zwischenwahlen von Abgeordneten betr. v. 18. Jan. 1843 (H.-B. I. S. 383).

3) Edict X. Tit. I. §§. 13 und 42.

4) Edict X. Tit. I. §§. 41 und 12.

5) Die Kreisregierungen ihrerseits werden durch königl. Verordn. zur Vornahme der Wahl veranlasst. Vgl. die (jüngste) Verordn. v. 25. Sept. 1845 (Regierungsblatt v. 1845 S. 569).

ung der Wahl Sache der Kreisregierungen, in deren Auftrage entweder besondere k. Commissäre oder die Land- und Herrschaftsgerichte (in der Pfalz die Landcommissariate) einzelne vorbereitende Handlungen vornehmen. ⁶⁾

4) Die Wahlstimme wird in Person, entweder mündlich oder schriftlich abgegeben. Wer die (wenn auch nur relative) Mehrheit der Stimmen für sich hat, ist Abgeordneter. Bei vorhandener Stimmengleichheit entscheidet, wenn schriftlich gewählt wurde, Ballotage, wenn mündlich, neue Umfrage. ⁷⁾

Wer dem Erwählten in der Stimmenzahl zunächst kommt, gilt als dessen Ersatzmann, welcher für den Fall des Nichteintretens oder des späteren Austretens des Erstgewählten an dessen Stelle tritt. Sollte kein tauglicher Ersatzmann bei Erledigung der Stelle eines Abgeordneten vorhanden seyn, dann müsste die vorher erwähnte Zwischenwahl stattfinden. ⁸⁾

β) Von der Vornahme der Wahl in den einzelnen Classen.

§. 117.

a) Von der Wahl der Abgeordneten der Gerichtsherrn.

Nachdem die Anordnung des Königs zur Vornahme der Wahlen ergangen ist, erlässt jede Regierung an die wahlfähigen Mitglieder des Kreises eine besondere Aufforderung, ihre Wahlstimme innerhalb einer zerstörlischen Frist abzugeben. ¹⁾

Binnen dieser Frist hat jeder Aufgeforderte seine Wahlstimme schriftlich mit eigener Unterschrift und Fertigung und unter Beifügung der vorgeschriebenen Eide unmittelbar an den Regierungspräsidenten zu übermachen. — Die Bei-

⁶⁾ Edict X. Tit. I. §§. 11 und 14. Vgl. unten §. 119 ff.

⁷⁾ Edict X. Tit. I. §§. 15, 18 und 20. Schunk a. a. O. S. 569.

⁸⁾ Verf.-Urk. Tit. VI. §. 11 und das oben not. 2 angef. Gesetz üb. Zwischenwahlen. Dem Tit. VI. §. 12 gemäss tritt aber Jeder ein, der überhaupt eine Stimme erhielt.

¹⁾ Edict X. Tit. I. §. 14. Dass die Juden auch zu den (activ) Wahlfähigen nicht gehören, s. oben §. 76 not. 10.

setzung eines besonderen Wahlspruches ist erlaubt, aber nicht nothwendig.

Nach Ablauf der zerstörliehen Frist beruft der Regierungspräsident zur Eröffnung der Wahlstimmen die 5 nächst gelegenen Mitglieder dieser Classe auf einen bestimmten Tag ein, eröffnet in ihrer Gegenwart und unter Beiziehung der beiden Directoren und eines Secretärs als Actuar die Stimmzettel, und macht den Inhalt mit Verschweigung des Namens des Wählers, wenn dieser ein Motto gebraucht hat, öffentlich bekannt. Jede Wahlstimme wird sofort in das über den ganzen Act zu führende Protocoll aufgenommen, das Resultat gezogen, und das Protocoll von sämmtlichen Anwesenden, mit Ausschluss des etwa gewählten Abgeordneten unterzeichnet, in Abschrift aber jedem Mitgliede der Classe mitgetheilt. ²⁾

§. 118.

b) Von der Wahl der Abgeordneten der Universitäten.

Wenn die Universität von der Kreisregierung zur Vornahme der Wahl aufgefordert ist, veranstaltet der Rector eine vollständige Versammlung aller ordentlichen und ausserordentlichen Professoren, welche ihre Wahlstimmen schriftlich unter einem beliebigen Motto mit Beifügung des Verfassungs- und Wählereides dem Vorstande übergeben. ¹⁾ Dieser öffnet sie, nimmt sie in das (vom jüngsten Mitglied der Versammlung zu führende) Protocoll auf, zieht das Resultat, und sendet dann das Protocoll, von sämmtlichen Anwesenden mit Ausschluss des Gewählten unterzeichnet, dem Regierungspräsidenten ein. ²⁾

²⁾ Edict X. Tit. I. §§. 15—17. Bei obwaltender Stimmengleichheit haben die fünf Anwesenden sogleich durch Ballotage zu entscheiden.

¹⁾ Dass die Uebergabe von dem Stimmberechtigten in Person geschehen müsse, folgt aus dem Voranstehenden. Dass die Wahlstimme die Namensunterschrift haben müsse, vergl. die St.-V. v. 1831 K. d. A. B. I. und D. B. VII. S. 192.

²⁾ Edict X. Tit. I. §. 18. — Bei Stimmengleichheit hat auch hier sofort Ballotage einzutreten.

§. 119.

c) Von der Wahl der Abgeordneten der Geistlichen.

Die Wahl der Abgeordneten aus der Classe der Geistlichen zerfällt in 2 Acte, in die Wahl der Wahlmänner und der Abgeordneten selbst. Es hat nämlich

a) jedes Decanat einen Wahlmann zu ernennen. Zu dem Behufe beruft der Decan nach erhaltener Aufforderung des Land oder Herrschaftsgerichts alle zu seinem Decanate gehörigen und die in der Nähe desselben liegenden exemten wahlfähigen Pfarrer ein, sammelt die schriftlichen Wahlstimmen, protocollirt sie, lässt das Protocoll von allen Anwesenden unterschreiben, und sendet solches durch das betreffende Land- oder Herrschaftsgericht an die Kreisregierung ein. ¹⁾

b) Die in solcher Weise ernannten Wahlmänner wählen dann, wenn sie vom Regierungspräsidenten dazu aufgefordert werden, innerhalb der ihnen mit der Aufforderung gesetzten zerstörlischen Frist, durch Einsendung einer schriftlichen Wahlstimme aus ihrer Mitte die für den Regierungs- resp. Consistorialbezirk treffenden Abgeordneten. — Nach Ablauf obiger Frist werden die 5 zunächst gelegenen Wahlmänner zur Regierung einberufen, und eben so mit Eröffnung der Wahlstimmen etc. verfahren, wie in der I. Classe. ²⁾

§. 120.

b) Von der Wahl der Abgeordneten der Städte.

In jenen Städten, welche eigene Abgeordnete wählen (§. 114, 2, c), tritt nur eine Wahlhandlung ein. Wähler

¹⁾ Edict X. Tit. I. §. 19. Bei Stimmengleichheit entscheidet auch hier Ballotage. Ob an dieser auch Solche, welche bei der Abgabe der Wahlstimme nicht anwesend waren, also eine solche nicht abgegeben hatten, Theil nehmen können, oder nicht, wurde auf dem Landtage von 1845/46 Gegenstand von Verhandlungen. Näheres mündlich. — Zum Wahlmanne kann nur Der ernannt werden, der als Abgeordneter wählbar ist. Will der Ernannte die Wahl, die ihn treffen könnte, ablehnen, so muss diess jetzt schon geschehen, und die Wähler haben darüber zu entscheiden (dasselbe gilt auch bei den zwei folgenden Classen). Vgl. unten §. 122.

²⁾ Edict X. Tit. I. §. 20 und oben §. 17.

sind der Magistrat und die Gemeindebevollmächtigten unter dem Vorsitze eines von der Regierung ernannten Wahlcommissärs. Wählbar sind alle Bürger der Stadt, welche die zum Abgeordneten nöthigen Eigenschaften haben (§. 115 Nr. 4).¹⁾ Die Wahl geschieht schriftlich, durch Wahlzettel, welche vorher mit fortlaufenden Nummern (entsprechend der Zahl der Wähler) versehen worden sind. Jeder Wähler trägt seine Wahlstimme auf den ihm bei einer absichtslosen Vertheilung zugefallenen Wahlzettel ein, und übergibt ihn, mit seiner Namensunterschrift versehen, dem königl. Commissär. — Sind alle Wahlzettel abgegeben, dann wird ihr Inhalt von dem königl. Commissär mit Verschweigung des Namens, unter Angabe der Nummer des Wahlzettels verlesen, protocollirt, das Resultat der Stimmen unter Beiziehung der zwei ältesten Mitglieder des Magistrats und der Gemeindebevollmächtigten festgesetzt und die gesammte Wahlhandlung an den Regierungspräsidenten eingesendet.²⁾

2) Die Städte, welche gemeinschaftliche Abgeordnete zu wählen haben, ernennen vor Allem für je 500 Familien einen Wahlmann, und zwar durch den Magistrat und die Gemeindebevollmächtigten in derselben Weise, wie die vorigen Städte ihre Abgeordneten wählen. — Die so bestellten Wahlmänner werden hierauf zur Regierung einberufen, und wählen unter der Leitung des Regierungspräsidenten die auf ihre Classe treffenden Abgeordneten aus ihrer Mitte³⁾ in derselben Art, wie die Städte mit eigenen Abgeordneten. Zur Giltigkeit der Wahl wird die Anwesenheit von drei Viertheilen der Wahlmänner erfordert.⁴⁾

1) Damit die Wahl nur auf wählbare Individuen gelenkt werde, ist vor der Wahl ein Verzeichniss der wählbaren Gemeindeglieder (vom Rentamte) herzustellen, und solches nicht blos den Wählern einen Tag vor der Wahl schriftlich mitzutheilen, sondern auch im Wahlzimmer zur allgemeinen Einsicht anzuheften. Edict X. Tit. I. §. 23.

2) Edict X. Tit. I. §§. 21 und 22.

3) Daher muss jeder Wahlmann schon alle Eigenschaften an sich tragen, welche ihn wählbar zum Abgeordneten machen.

4) Edict X. Tit. I. §§. 24—26. Bei Gleichheit der Stimmen hat wohl auch hier Ballotage einzutreten.

§. 121.

e) Von der Wahl der Abgeordneten der Landeigenthümer.

Die Wahl der Abgeordneten dieser Classe zerfällt in 3 Wahllacte: die U r w a h l (oder Wahl der Bevollmächtigten), die Wahl der W a h l m ä n n e r und die der A b g e o r d n e t e n.

1) Die U r w a h l besteht darin, dass jede G e m e i n d e einen Bevollmächtigten wählt, der, um wählbar zu sein, wirkliches Gemeindeglied, 25 Jahre alt und mit einem Grundsteuersimplum von 3 fl. belegt seyn muss. Sollte die Gemeinde mehr als 100 Familien zählen, so ernennt sie für je hundert Familien einen Bevollmächtigten. — Wähler sind die sämtlichen activen Gemeindeglieder, von denen wenigstens zwei Drittheile bei der Wahl zugegen seyn müssen. Die Leitung derselben steht dem Gemeinde-Ausschuss zu.¹⁾

2) Die Bevollmächtigten der einzelnen Gemeinden eines Land- oder Herrschaftsgerichtes treten dann auf dessen Aufforderung am Gerichtssitze zusammen, und wählen unter der Leitung des Gerichtsvorstandes die W a h l m ä n n e r, und zwar so viele, als das Gericht Tausende von Familien zählt.²⁾ Die Wahlstimmen werden mündlich abgegeben und vom Gerichte protocollirt. — Wählbar ist Jeder, der im Gerichtsbezirke begütert ist und alle Eigenschaften besitzt, um als Abgeordneter dieser Classe gewählt werden zu können.³⁾

3) Die Wahl der auf den Kreis treffenden A b g e o r d n e t e n dieser Classe wird am Sitze der Kreisregierung unter Leitung des Präsidenten in derselben Art vorgenommen, wie die Wahl der Abgeordneten der Städte. — Zur Giltigkeit der Wahl ist Einberufung sämtlicher Wahlmänner und die An-

1) Edict X. Tit. I. §§. 28—30.

2) Sollte ein Herrschaftsgericht nicht tausend Familien zählen, so treten die Bevollmächtigten seiner Gemeinden mit jenen des betreffenden Landgerichts zusammen und wählen gemeinschaftlich mit diesen. Edict X. Tit. I. §. 32.

3) Vgl. oben §. 115 Nr. 5 und Edict X. Tit. I. §§. 31—36.

wesenheit von drei Viertheilen derselben und zwar in der Art erforderlich, dass von den Wahlmännern jedes Land- oder Herrschaftsgerichts mehr als die Hälfte zugegen seyn muss.⁴⁾

§. 122.

c) *Von den Folgen der Wahl und dem Eintritte in die Kammer.*

1) Der Gewählte hat durch die Wahl das Recht erlangt, in die Kammer einzutreten, ohne dass eine höhere Bestätigung der Wahl, oder eine besondere Bewilligung des Eintritts erforderlich wäre. Doch bestehen in letzterer Hinsicht Ausnahmen, und zwar ist

a) die Bewilligung des Königs zum Eintritt nachzusuchen

α) von allen besoldeten Hofdienern;

β) von allen unmittelbaren besoldeten Staatsdienern;¹⁾

γ) von den rechtskundigen Bürgermeistern in den Städten I. Classe;²⁾

δ) von allen Officieren und im Officiersrange stehenden Militärbeamten, welche sich im Bezuge einer Gage befinden;

ε) von den Advocaten.

Bei den *sub* α, β und δ genannten Personen ist es einerlei, ob sie noch in Activität, oder im Ruhe-, oder im Pensionsstande sich befinden,

ζ) Von allen Individuen, welche eine Pension aus Hof- oder Staatskassen beziehen, so lange diess der Fall ist.

b) Die Bewilligung der Standes- oder Gutsherrn haben die standes- resp. gutsherrlichen Beamten einzuholen.

4) A. a. O. §§. 37—39. — Aus den für die einzelnen Classen erörterten Wahlnormen ergeben sich noch mehrere allgemeine Sätze, welche zur Charakteristik der bayerischen Wahlordnung dienen. Wir erwähnen nur einige:

a) die directe Wahl bildet die Ausnahme (in der I. und II. Classe);

b) die Wahl darf nur auf Angehörige desselben Regierungsbezirkes und derselben Classe fallen, u. s. w.

1) Die Universitätsprofessoren gehören nicht in diese Cathégorie. Ges., den §. 44, c betr. v. 23. Mai 1846 Art. II. (Gesetzbl. v. 1846 S. 40).

2) Nicht also von Bürgermeistern in Städten II. und III. Classe, nicht von Magistratsräthen u. s. w.

Wird die Bewilligung verweigert, so steht dem Gewählten die Befugniß zu, sich das durch die Wahl verliehene Recht zu erhalten, wenn er binnen 14 Tagen dasjenige Verhältniß aufgibt, welches die Einholung der Bewilligung nothwendig machte.³⁾

2) Andererseits hat der Gewählte gegenüber seinen Wählern die Pflicht, die Wahl anzunehmen und in die Kammer so oft einzutreten, als sie innerhalb der sechsjährigen Wahlperiode berufen wird. Eine Ablehnung ist nur gestattet

a) wegen Krankheit, welche das Individuum auf längere Zeit zu allen Geschäften unfähig macht, wenn sie durch ärztliche Zeugnisse belegt wird;

b) wegen solcher häuslicher Familien- oder Dienstesverhältnisse, welche die persönliche und beständige Anwesenheit nach den Zeugnissen der Gerichtsstellen oder Vorgesetzten wesentlich erfordern.⁴⁾

Die Erklärung über die Ablehnung muss von dem Gewählten sogleich, wie ihm die Ernennung zu einem Wahlmanne für die Versammlung des Kreises (bei der III., IV. und V. Classe), oder zur wirklichen Auswahl in die Kammer (bei der I. und II. Classe) eröffnet wird,⁵⁾ übergeben werden. Sie ist in den ersten Fällen an den Wahlbezirk jedes Decanats, resp. des Landgerichts oder der Stadt, in den Fällen der letzteren Art an die Kreisregierung zu richten. Die Ent-

3) Edict X. Tit. I. §. 44, c. und angef. Gesetz v. 23. Mai 1846 (Gesetzbl. v. 1846 S. 37 ff.). Im älteren Rechte wurden jene von der Landschaft, welche dem Landesherrn mit Pächten verwandt waren vor Beginn des Landtages derselben entledigt. Rudhart, Gesch. der Landstände B. II. S. 46.

4) Edict X. Tit. I. §. 44, a und b. Zu den Ablehnungsgründen gehören eben darum auch solche Verhältnisse, welche die Einholung einer Bewilligung nothwendig machen. Wer in solchen Verhältnissen steht, ist nicht verpflichtet, die Eintrittsgenehmigung zu suchen, sondern er kann sich entschuldigen.

5) Ob auch Derjenige, der nicht die Mehrzahl der Stimmen für sich hat, also bloss Ersatzmann ist, sogleich, wenn ihm die Ernennung zum Ersatzmann bekannt gemacht wird, oder erst dann, wenn er nach Wegfall seines Vormannes wirklich einberufen wird, seine Ablehnung zu erklären habe, ward auf dem Landtage 1845/46 streitig. Das erstere scheint dem Wortlaute des Gesetzes, der Analogie der drei letzten Classen und der Bestimmung in Edict X. Tit. I. §. 15 Abs. 2 entsprechender zu seyn. St.-V. v. 1846 K. d. A. B. I. S. 92 ff.

scheidung über die vorgebrachten Ablehnungsgründe steht den Wahlmännern des einschlägigen Landgerichts, der betreffenden Stadt oder Classe zu. Fällt diese bejahend aus, so tritt das in der Reihe der Stimmenzahl nächstfolgende Individuum an die Stelle des Entlassenen. — Nach der wirklichen Wahl hat keine Entschuldigung mehr statt, es müssten sich denn die Gründe erst in der Folge ergeben, in welchem Falle die Kammer zu entscheiden hat.⁶⁾

3) Sollte Jemand in verschiedenen Regierungsbezirken oder in verschiedenen Classen desselben Bezirkes wählbar seyn, so kann er zwar mehrmals gewählt werden, allein er tritt nur in einer Eigenschaft (also nur mit einer Stimme) in die Kammer, und zwar in jener, zu welcher ihn die grössere Mehrheit von Stimmen berufen hat.⁷⁾

4) Die Wirkung der Wahl ist gesetzlich auf eine bestimmte Zeit beschränkt. Alle 6 Jahre,⁸⁾ wie schon oben erwähnt, wird eine neue Wahl der Abgeordneten vorgenommen; während dieser Periode nur dann, wenn die Kammer aufgelöst wird. Im letzteren Falle hat die an die Stelle tretende Kammer während einer neuen sechsjährigen Periode zu fungiren.⁹⁾

III. Von den Vorbedingungen gesetzmässiger Thätigkeit der Stände-Versammlung.

§. 123.

1) Von dem Beginne und der Dauer ihrer Wirksamkeit.

1) Die Ständeversammlung kann sich nur versammeln und in Wirksamkeit treten, wenn sie vom Könige einberufen wird. Die Einberufung muss aber

⁶⁾ Edict X. Tit. I. §§. 45—47.

⁷⁾ Edict X. Tit. I. §. 10. Es hat daher der mehrfach Gewählte weder das Recht, sich selbst diejenige Stelle, die er in der Kammer einnehmen will, zu wählen, noch die eine Wahl darum abzulehnen, weil er schon anderwärts gewählt ist.

⁸⁾ Läuft die sechsjährige Periode vom Tage der beendeten Wahlen oder von dem der Einberufung?

⁹⁾ D. h. sie tritt nicht in die sechsjährige Periode der aufgelösten Kammer ein, so dass beide zusammen 6 Jahre lang zu sitzen hätten. Vgl. Verf.-Urk. Tit. VI. §. 13.

a) was die Zeit derselben betrifft, ordentlicher Weise alle 3 Jahre einmal stattfinden. Uebrigens kann der König, so oft er es für nothwendig oder zweckdienlich hält, die Ständeverammlung berufen (ausserordentlicher Landtag¹⁾). Es gibt übrigens auch Fälle, in denen ein ausserordentlicher Landtag berufen werden muss.²⁾

b) Die Form anlangend, so werden die Reichsräthe durch königl. Rescripte, die Abgeordneten durch eine allgemeine öffentliche Ausschreibung einberufen, von welcher jedem Deputirten eine Abschrift durch seine Kreisregierung mitgetheilt wird.³⁾

2) Haben sich die Stände hierauf versammelt und sind die beiden Kammern c o n s t i t u i r t (§. 124), dann wird die St.-Vers. durch den König in Person oder einen besonders hiezu Bevollmächtigten e r ö f f n e t. Bei der Eröffnung legen sämtliche Ständemitglieder den vorgeschriebenen Eid in die Hände des Königs ab, (die später Eintretenden leisten ihn in die Hand des Präsidenten ihrer Kammer.)⁴⁾

3) Von dem Tage der Eröffnung an d a u e r t die Wirksamkeit der Ständeverammlung z w e i M o n a t e; mit Ablauf dieser Frist ist auch ihre rechtliche Wirksamkeit zu Ende, falls nicht die Versammlung vom Könige v e r l ä n g e r t wird. Mit dem Ablauf der gesetzlichen, oder vom Könige weiter gewährten Frist wird die Ständeverammlung vom Könige selbst oder einem besonders hiezu Bevollmächtigten g e s c h l o s s e n, oder wohl auch e n t l a s s e n.⁵⁾ Die einzelnen Mitglieder behalten aber in diesem Falle ihre Qualität als Abgeordnete noch bei, können daher, so lange die W a h l p e r i o d e noch

1) Verf.-Urk. Tit. VII. §. 22. Ueber die Rechte eines ausserordentlichen Landtags vgl. Mohl a. a. O. B. I. S. 593 und 602.

2) Verf.-Urk. Tit. II. §§. 11 und 16 und Tit. VII. §. 15.

3) Edict X. Tit. I. §. 50.

4) Verf.-Urk. Tit. VII. §. 25. Edict X. Tit. I. §§. 69 und 70. Auf die Eröffnungsrede vom Throne wird eine Adresse an den König erlassen. Geschäfts-Ordn. der K. d. A. Art. 21.

5) Die Ausdrücke schwanken. Im J. 1819 ward „die Sitzung vom Könige geschlossen“; 1840 und 1843 ward „den Ständen der Abschied ertheilt“; 1846 wurden dieselben „entlassen“.

nicht verflossen ist, zu einem künftigen Landtage wieder einberufen werden.

Die Ständerversammlung kann aber auch im Laufe ihrer Wirksamkeit oder selbst ohne versammelt zu seyn, vom Könige aufgelöst werden. Folge hievon ist, dass nicht blos die Versammlung als solche rechtlich sofort aufhört, sondern dass auch die einzelnen Mitglieder der II. Kammer ihren Character als Deputirte verlieren. — Eine Vertagung der Sitzungen der Ständerversammlung stellt blos auf einige Zeit die Vornahme von Geschäften ein, lässt aber die Versammlung selbst und den Character der einzelnen Ständeglieder fortbestehen. ⁶⁾

§. 124.

2) Von der Constituirung der Kammern.

1) Die K a m m e r d e r R e i c h s r ä t h e kann sich constituiren, wenn die H ä l f t e ihrer Mitglieder versammelt ist. ¹⁾ Um herstellen zu können, ob dieses der Fall sey, ist dem I. Präsidenten (der für die Dauer einer jeden Versammlung vom Könige vorher ernannt wird) von jedem Reichsrathe drei Tage vor dem im Einberufungsrescripte bestimmten Versammlungstage schriftliche Anzeige zu erstatten, ob er eintreffen werde oder nicht. Am Tage der Ankunft selbst hat sich jeder Reichsrath persönlich bei dem Präsidenten zu melden. — Ist hienach die Hälfte der Reichsräthe wirklich anwesend, dann zeigt der Präsident dem Könige durch Deputation an, dass die Kammer sich constituiren könne, und die Eröffnung erwarte. ²⁾

Noch vor der Eröffnung wählt sich die Kammer aus ihrer Mitte zwei Secretäre, und schlägt dem Könige drei Mitglieder vor, aus denen er den II. Präsidenten wählt. — Kommt hier-

⁶⁾ Verf.-Urk. Tit. VII. §. 22 Abs. 3 und §. 23. — Im Falle die vertagte Versammlung wieder in Thätigkeit tritt, fährt sie da fort, wo sie vor der Vertagung ihre Geschäfte liess; die Präsidenten und Secretäre behalten ihre Stellen, die Ausschüsse bleiben dieselben u. s. w.

¹⁾ Verf.-Urk. Tit. VI. §. 6. Der Ausdruck „eröffnet“ ist ungenau.

²⁾ Edict X. Tit. I. §§. 53, 54 und 56.

auf die Eröffnung der Ständerversammlung durch den König hinzu, dann ist die Kammer rechtmässig constituirt. ³⁾

2) Zur gültigen Constituirung der II. Kammer ist die Anwesenheit von wenigstens zwei Drittheilen der gewählten Mitglieder derselben erforderlich. ⁴⁾

Damit das Vorhandenseyn dieses Erfordernisses constatirt werden könne, hat sich jeder Abgeordnete am Tage seiner Ankunft bei der Einweisungscommission zu melden, und derselben die zu seiner Legitimation nöthigen Papiere vorzulegen. — Die Einweisungscommission wird vorher vom Könige ernannt, wenn eine neu gewählte Kammer zum ersten Male einberufen wird; ausserdem besteht sie aus dem I. Präsidenten und dem I. Secretär der letzten Versammlung. ⁵⁾

Hat sich bei dieser Commission die nöthige Anzahl von Abgeordneten gemeldet, dann schreitet sie unter Beiziehung von 6 durch das Loos zu bestimmenden Mitgliedern der Kammer zur Prüfung der Einberufungen, der Wahlen u. s. w., und veranlasst insbesondere die Wahl der Präsidentschafts-Candidaten und der beiden Secretäre. — Zur Besetzung der Präsidentenstellen wählt die Kammer in einer vorläufigen Versammlung nach absoluter Stimmen-Mehrheit 6 Mitglieder, ⁶⁾ und schlägt diese dem Könige vor. Aus ihnen ernennt der König den I. und II. Präsidenten für die Dauer der Versammlung. Mit der Bekanntmachung dieser Ernennung ist die Function der Einweisungscommission geschlossen, und die Kammer constituirt. Dass dieses der Fall sey, zeigt sie dem König durch eine Abordnung, der I. Kammer schriftlich an,

3) A. a. O. §§. 57 und 58. — Das Edict ist in Ansehung des Begriffes „Constituirtseyn“ schwankend. Die Kammer der Reichsräthe ist erst durch die königl. Eröffnung „rechtmässig constituirt“ (§. 58); die K. d. A. auch schon ohne diese Eröffnung (§. 68); nach §. 69 müssen beide Kammern schon vor der Eröffnung constituirt seyn. — Die Sitz-Ordnung der Reichsräthe richtet sich nach der Reihenfolge, in der sie oben §. 113 aufgeführt wurden.

4) Verf.-Urk. Tit. VI. §. 15. Edict X. Tit. I. §. 60.

5) Edict X. Tit. I. §. 61 und Geschäfts-Ordn. d. K. d. A. Art. 2—9.

6) Der Wahlmodus ist derselbe, wie er bei der Abgeordnetenwahl gilt: schriftliche Wahlzettel, bei Stimmengleichheit Ballotage. Edict X. Tit. I. §. 65.

theilt dieser zugleich die Namen der ernannten Präsidenten mit, und erwartet nun die förmliche Eröffnung durch den König.⁷⁾

Voraus geht derselben noch die Bestimmung der Plätze, welche die Abgeordneten für die Dauer der Versammlung im Sitzungssaale einzunehmen haben. Sie geschieht durch's Loos, jedoch so, dass der erste Platz für den II. Präsidenten frei bleibt.⁸⁾

Titel II.

Von den Rechten der Stände-Versammlung.

A. Der Versammlung im Ganzen.

§. 125.

I. Von den Collegialrechten derselben.

1) Die Kammern haben die Rechte von Collegien. Jede derselben constituirt sich daher vor Allem zu einem Collegium, indem sie, wenn die gesetzmässige Zahl von Mitgliedern anwesend ist,

a) ihre Präsidenten wählt, und sich ihre Secretäre ernennt,¹⁾ und

b) die Legitimationen ihrer Mitglieder prüft. Daher hat insbesondere die II. Kammer das Recht, die Gültigkeit der Wahlen in formeller und materieller Hinsicht zu prüfen, und darüber zu entscheiden.²⁾

c) Jede Kammer wählt sich theils für die Dauer der Sitzungen, theils für immer das erforderliche Subalternpersonal. Insbesondere ernennen die Kammern gemeinschaftlich einen ständigen Archivar, dem die Aufbewahrung der Acten und die Ordnung der Registratur obliegt, und der aus der Staatscasse besoldet wird.³⁾

⁷⁾ Edict X. Tit. I. §§. 62, 63, 64 und 66.

⁸⁾ Edict X. Tit. I. §. 67 und Geschäfts-Ordn. Art. 24 Abs. 2.

¹⁾ Vgl. den vorigen §. Von da an ist jede Kammer zur Regulirung ihrer innern Angelegenheiten fähig. Vergl. Geschäfts-Ordnung der K. d. R.R. Art. 24.

²⁾ Geschäfts-Ordn. der K. d. A. Art. 13—18. Ueber die Legitimation der Reichsräthe s. Geschäfts-Ordn. der K. d. R.R. Art. 8—17 und besonders Art. 37 (Matrikel).

³⁾ Edict X. Tit. II. §§. 3 und 4.

d) Jede Kammer ist befugt, für die Leitung ihrer innern Angelegenheiten und die Ordnung ihrer Geschäfte eigene reglementäre Vorschriften auf der Grundlage der bestehenden gesetzlichen Normen festzusetzen, und die festgesetzten zu erläutern und abzuändern. ⁴⁾

e) Jede Kammer überträgt die einzelnen Geschäfte, welche durch sie zu erledigen sind, zur Bearbeitung und zum Vortrage an die Kammer besonderen aus ihrer Mitte gewählten Ausschüssen. ⁵⁾

2) Jede Kammer übt bezüglich ihrer einzelnen Mitglieder, theils durch ihre Vorstände, theils unmittelbar die Disciplin aus, und verfügt in Folge dessen Disciplinarstrafen. Als solche kann sie verhängen:

a) einfache Verweisung zur Ordnung, die vom Präsidenten ausgeht,

b) Verweisung zur Ordnung mit Missbilligung;

c) Wiederruf bei Ehrenbeleidigungen, deren sich ein Mitglied in der Kammer schuldig macht.

d) Untersagung des Wortes auf bestimmte Zeit;

e) zeitlicher oder gänzlicher Ausschluss aus der Kammer ⁶⁾;

f) Entziehung der Diäten wegen grundloser Abwesenheit; ⁷⁾

3) Jeder Kammer steht während der Dauer der Versammlung in ihrem Sitzungsgebäude die Polizei zu, die sie durch ihren Präsidenten ausüben lässt. ⁸⁾

4) Beide Kammern haben sich auf Grund des Gesetzes v. 2. Sept. 1831 (H.-B./I. S. 397 ff.) besondere neue Geschäfts-Ordnungen gegeben. Die der I. Kammer ist zu finden bei D. B. VII. S. 147 ff., die der II. Kammer ebendas. S. 349 ff. Beide sind aber öfter besonders abgedruckt.

5) Edict X. Tit. II. §. 25 ff. und unten §. 138.

6) Der gänzliche Ausschluss wird verfügt, wenn ein Kammermitglied ohne genügenden Grund von der Versammlung wegbleibt und auf wiederholte Einberufung nicht erscheint. Geschäfts-Ordn. der K. d. A. Art. 17.

7) Angef. Geschäfts-Ordn. Art. 28 und 107 u. s. h.

8) Edict X. Tit. II. §. 6. Angef. Geschäfts-Ordn. Art. 36.

II. Von den eigentlichen Vertretungsrechten.

§. 126.

1) Von der Mitwirkung bei der Gesetzgebung.

1) Ohne den Beirath und die Zustimmung der Stände des Reichs kann kein allgemeines neues Gesetz, welches die Freiheit der Personen oder das Eigenthum der Staats-Angehörigen betrifft, erlassen, noch ein schon bestehendes abgeändert, authentisch erläutert oder aufgehoben werden.¹⁾ Die ständische Mitwirkung äussert sich daher bei jedem Gesetze in doppelter Art: durch Beirath²⁾ und Zustimmung. Beides muss vorausgegangen seyn, wenn das erlassene neue oder ändernde Gesetz giltig seyn soll. — Gegenstand der ständischen Mitwirkung ist jedes allgemeine,³⁾ die Freiheit der Personen oder das Eigenthum der Staats-Angehörigen⁴⁾ betreffende Gesetz; es entscheidet also Umfang und Inhalt⁵⁾ darüber, ob ein Mitwirkungsrecht der Stände begründet sey. — Wo es sich in Ansehung der bestehenden Gesetze nicht um Aenderung oder Aufhebung, sondern bloss um die Ausführung derselben, nicht um authentische, sondern um doctrinelle Interpretation handelt, da verfügt die Regierung unabhängig

1) Verf.-Urk. Tit. VII. §. 2. Es ist diess ohne Zweifel die wichtigste und an Consequenzen fruchtbarste Bestimmung über die ständischen Rechte.

2) Daher muss bei jedem Gesetze die Berathung oder Discussion (in der Regel eine allgemeine und besondere) in beiden Kammern stattfinden. Vergl. unten §. 141.

3) *Leges generales*, mögen sie *jus commune* oder *singulare* enthalten, bedürfen der ständischen Mitwirkung. Unabhängig von dieser sind daher die eigentlichen Privilegien.

4) „Als Solcher“. Wo es sich z. B. um Ausübung der Episcopalgewalt und der daraus fliessenden Gesetzgebung handelt, da ist keine ständische Mitwirkung begründet. Vgl. Weiss a. a. O. §. 262 not. 1.

5) Ueberall, wo in dieser doppelten Beziehung die Bedingungen zur ständischen Mitwirkung vorhanden sind, da muss sie auch eintreten, ohne dass es von Relevanz wäre, ob die betreffende Bestimmung einem Staatsvertrage (etwa einem Bundesbeschlusse) ihre Entstehung verdanke. — Das ältere Recht sah mehr auf den Umfang der Gesetze; bei allgemeinen Gesetzen schlechthin war die Mitwirkung der Landschaft erforderlich.

von den Ständen. Diess gilt dann namentlich von jenen Bundesbeschlüssen, welche lediglich zur Vollziehung der in Bayern publicirten Fundamentalgesetze des Bundes dienen, ohne irgend neue Principien zu enthalten oder an den bestehenden bayerischen Gesetzen etwas zu ändern.⁶⁾

2) Bei der Berathung der zu erlassenden Gesetze kann die Ständeversammlung Aenderungen und Zusätze (Modificationen⁷⁾) zu dem von der Regierung vorgelegten Entwurfe vorschlagen, und ihre Zustimmung von der Bedingung abhängig machen, dass die Modificationen Gesetzeskraft erhalten.⁸⁾

3) Auf dem Wege des Antrags und der Petition kann die Ständeversammlung sowohl die Erlassung neuer, als die Abänderung bestehender Gesetze herbeiführen, soferne sie für das eine und andere überzeugende Gründe beigebracht hat.⁹⁾

2) Von dem Antheile der Stände an der Regulirung des Staatshaushaltes.

§. 127.

a) Allgemeine Uebersicht.

In jedem geordneten Haushalte muss Vorsorge getroffen seyn, dass einerseits den Ansprüchen der Gegenwart und Zukunft, und andererseits den von der Vergangenheit übernommenen Verbindlichkeiten möglichst vollständig und nachhaltig genügt werden könne. Diess ist wie bei jedem, so

6) Vergl. Rudhart, das Recht des deutschen Bundes, S. 60. — Dass der Beirath und die Zustimmung der Stände erfolgt sey, ist bei der Promulgation des Gesetzes stets ausdrücklich zu erwähnen. Verf.-Urk. Tit. VII. §. 36.

7) Soferne dieselben mit dem gerade in Frage stehenden Gegenstande in einem wesentlichen Zusammenhange stehen.

8) Gesetz vom 2. Sept. 1831, den Geschäftsgang in den Kammern betr. §. 15 (H.-B. I. S. 399). — Glaubt der König den vorgeschlagenen Modificationen die Genehmigung nicht ertheilen zu können, so kann das zu erlassende Gesetz überhaupt nicht zu Stande kommen. Vergl. z. B. den Landtags-Abschied v. 1819 I, C. VI. (Gesetzbl. v. 1819 S. 38).

9) Verf.-Urk. Tit. VII. §§. 19 und 20. Ausgenommen hievon sind die Verfassungsgesetze. S. unten §. 178.

auch beim Staatshaushalte nur dann möglich, wenn nach einem bestimmten, feststehenden Plane verfahren wird. Einen solchen als Grundlage der Staatswirthschaft dienenden Plan überhaupt festzustellen und dessen Einhaltung zu überwachen, ist daher eine der ersten und wichtigsten Aufgaben der Regierung. In beiden Beziehungen, sowohl was die Feststellung, als was die Sicherung der Einhaltung betrifft, steht den Ständen des Reichs ein Mitwirkungsrecht zu.

1) Dasselbe äussert sich in ersterer Hinsicht in Folgendem: Alle 6 Jahre wird den Ständen des Reichs die genaue Uebersicht des Staatsbedürfnisses so wie der gesamten Staatseinnahmen ¹⁾ — das Budget — vorgelegt, und der Beirath, beziehungsweise die Zustimmung derselben erholt.²⁾ Auf dieser Grundlage und nach diesem Plane ist während der auf die Festsetzung folgenden sechs Jahre der Staatshaushalt zu führen. — Budget-Landtag, — Finanz-Periode. — Was die Zeit der Vorlage des Budgets anlangt, so soll spätestens neun Monate vor dem Ende der eben laufenden (oder vor Beginn der folgenden) Finanzperiode ein neues Budget für die folgenden 6 Jahre den Ständen vorgelegt werden.³⁾ Dem Inhalte des Budgets entsprechend bezieht sich das ständische Mitwirkungsrecht sowohl auf die Staatsbedürfnisse oder die Staatsausgaben, als auf deren Deckungsmittel, die Staatseinnahmen. Soweit hiezu Steuern nothwendig sind, haben die Stände das Willkürsrecht.⁴⁾

2) Damit die Stände eine Garantie dafür haben, dass der festgestellte Wirthschaftsplan auch eingehalten worden sey, ist ihnen bei jeder Versammlung die genaue Nachweisung über die Verwendung der Staatseinnahmen vorzulegen.⁵⁾

1) Der gesammte Staatshaushalt ist also der ständischen Prüfung zu unterwerfen. Die Theorie, welche lehrt, die s. g. Erübrigungen seyen davon ausgeschlossen (v. Moy, B. II. S. 144 und S. 150 not. o), schafft einen doppelten Haushalt, welcher sowohl den Worten als dem Geiste der bayerischen Verfassung widerspricht.

2) Verf.-Urk. Tit. VII. §. 4. Vgl. §§. 128—130.

3) Gesetz v. 15. April 1840 Art. I. (Gesetzbl. v. 1840 S. 25 ff.).

4) Vgl. die §§. 128, 130 und 131.

5) Verf.-Urk. Tit. VII. §. 10. S. das Nähere unten §. 131.

Auch bei den Staatsschulden kommt es zwar auf die Annahme eines Planes und auf die Sicherung seiner Durchführung wesentlich an; allein die Natur der Sache fordert hier andere Principien, als sie bei der Befriedigung der laufenden Bedürfnisse in Anwendung kommen. Daher wird von den Rechten der Stände in Ansehung der Staatsschulden in einem besonderen Paragraphen gehandelt werden. ⁶⁾

§. 128.

b) Bei der Festsetzung der Staatsausgaben.

Die Bestimmung darüber, wo ein Staatsbedürfniss überhaupt gegeben oder eine Ausgabe zu machen sey und welche Summe *in maximo* darauf verwendet werden solle, ist Sache der Regierung; sie bezeichnet die Anstalten und Zwecke, welche als Bedürfniss erscheinen oder doch für den Staat Vortheil gewähren.¹⁾

Die sämmtlichen Staatsbedürfnisse resp. Staatsausgaben²⁾ werden den Ständen alle 6 Jahre in einer genauen Uebersicht (Ausgaben-Etat) mitgetheilt. Die Mitwirkung der Stände bei der endlichen Festsetzung der Staatsausgaben ist verschieden, je nachdem es sich um die ordentlichen, bei der Einbringung des Budgets bestimmt vorherzusehenden nothwendigen Ausgaben oder um ein ausserordentliches unvorhergesehenes Bedürfniss, oder endlich um eine nicht nothwendige, sondern bloss nützliche Ausgabe handelt, wo also weder ein ordentliches noch ein ausserordentliches Bedürfniss vorliegt.

6) Auch die Verwaltung der beiden Zweige des Finanzwesens ist getrennt in Dienst der Vorjahre und laufenden Dienst.

1) Die Stände können bloss durch Wünsche und Anträge die Einstellung nicht budgetisirter Bedürfnisse oder die Einstellung höherer Summen veranlassen. Einseitige Erhöhung widerstreitet dem monarchischen Princip.

2) Jeder in Geld veranschlagte Ausgabe muss ein bestimmtes, benanntes Bedürfniss entsprechen. Das bayer. Recht kennt keine *Fonds secrets*. — Die Ausgaben für Bundeszwecke haben an sich nichts Besonderes; sie sind gleich den übrigen Ausgaben der ständischen Prüfung zu unterwerfen.

1) Das Budget muss die sämmtlichen ordentlichen, beständigen, bestimmt vorherzusehenden nothwendigen Ausgaben der folgenden Finanzperiode in gewissen Hauptrubriken (Positionen³⁾) aufzählen, und der ständischen Prüfung unterwerfen. Nicht ins Budget eingestellte Ausgaben der Art dürfen daher auch nicht gemacht werden. Die Prüfung der Stände umfasst dabei zunächst die Frage, ob eine Ausgabe überhaupt nothwendig, und falls diess zu bejahen ist, die weitere Frage, in welchem Umfange dieselbe nothwendig sey.

Ist über die einzelnen zu einer Budgetsposition gehörigen Ausgaben berathen und Beschluss gefasst, so kann das Ergebniss ein doppeltes sein:

a) die Stände erkennen die Position als nicht zu hoch an und legen sie in ihrer postulirten Grösse ihrer Steuerbewilligung zu Grunde; oder

b) sie halten auch eine geringere Summe für genügend, und bauen darauf ihr Steuervotum.

Im ersten Falle wird die Position auch für die Regierung verbindlich,⁴⁾ im zweiten Falle dagegen ist die Regierung an die von den Ständen angenommene geringere Summe nicht gebunden, so fern die ordentlichen Staatseinnahmen dazu hinreichen, auch die höhere Summe zu verausgaben.⁵⁾

2) Ausserordentliche und unvorhergesehene Bedürfnisse finden ihre Deckung zunächst in den bestehenden Staatseinnahmen, soweit die ordentlichen Ausgaben etwa Ueberschüsse lassen, und in dem Reichsreservefonds. Sollten diese Deckungsmittel unzulänglich seyn, so muss den Ständen Vorlage

3) Das Budget v. 1843 trennt 15 solcher Positionen; es geht mehr ins Detail als das Budget v. 1819. Näheres mündlich.

4) In der Art, dass sie, wenn nicht der Fall von Verf.-Urk. Tit.VII. §. 8 eintritt, nicht überschritten werden darf, nicht auch in der Art, dass sie nothwendig erschöpft werden muss. Vgl. Mohl a. a. O. B. II. S. 575 Nr. 3.

5) So unterscheidet das Verfassungs-Verständniss v. 1843 §. IV. (St.-V. v. 1843 K. d. R.R. Beil. B. IV. S. 272). Anders die Kammer der Abgeordneten (St.-V. v. 1843 K. d. A. Beil. B. IX. S. 420). Näheres über die Controverse mündlich. — Vgl. „die ständischen Budgets-Modificationen und die Erübrigungen.“ Mannheim 1843.

gemacht und von ihnen die Bewilligung der etwa erforderlichen ausserordentlichen Auflagen erholt werden.⁶⁾

3) Ausgaben, welche keinem wesentlichen Staatszwecke, also keinem Bedürfnisse entsprechen, können nur dann gemacht werden, wenn sie ins Budget eingestellt und von den Ständen anerkannt werden.⁷⁾

§. 129.

c) *In Ansehung der Staats-Einnahmen.*

Zugleich mit den Staatsausgaben wird der St.-V. bei jedem Budget-Landtage eine genaue Uebersicht der gesammten Staats-Einnahmen (Einnahme-Etat) vorgelegt. Sie tritt darüber in Berathung und prüft dieselbe, sowohl was die Vollständigkeit im Ganzen als auch was die Nachhaltigkeit der einzelnen Einnahmeposten betrifft. In ersterer Hinsicht haben die Stände vorzüglich dahin zu sehen, dass an die Ergebnisse der vorhergehenden Finanzperiode angebunden, also die etwaigen Activ-Ueberschüsse (die Erübrigungen) nach ihrem vollen Betrage in Einnahme gestellt,¹⁾ und dass die Erträgnisse des Staatsgutes und der Regalien erschöpfend vorgetragen seyen. In zweiter Reihe kommt die Nachhaltigkeit der einzelnen Einnahmequellen und der daraus zu erwartende Ertrag zur Berathung und Prüfung. Glauben die Stände ihrem Steuer-votum eine grössere Einnahmsumme zu Grunde legen zu können, als die Regierung veranschlagt hat, und erweist sich ihre Annahme als gegründet, so wird der Ausgabe-Etat, so wie er ins Budget eingestellt ist, realisirt. Hat sich der Anschlag der Regierung als der richtige bewährt, dann deckt sie zunächst die nothwendigen Ausgaben, und zwar zu-

6) Vgl. das Verf.-Verst. §. IV, c, a.

7) A. a. O. §. IV. letzter Abs.

1) Verf.-Verst. §. VII. (a. a. O. S. 274) und Landtags-Abschied v. 1843, Abschn. II. §§. 9 und 11 (Gesetzbl. v. 1843 S. 48 ff.). — A. M. v. Moy, B. II. S. 144 und S. 150 not. o (dass die Erübrigungen nicht unter Verf.-Urk. Tit. III. §. 2 Nr. 8 gehören und dass insbesondere §. 6 Nr. 1 und §. 7 nicht für die entgegengesetzte Ansicht angeführt werden könne, soll an einem andern Orte gezeigt werden) und „die Erübrigungsfrage des bayer. Staatsr.“ München 1843.

nächst jene, welche sich als die dringendsten darstellen.²⁾ — Wird die Gesamtsumme der nothwendigen und der als nützlich anerkannten Ausgaben mit der Summe der aus den Erübrigungen, aus den Staatsdomänen und Renten und aus den Regalien fliessenden Einnahmen verglichen, so ist in der sich herausstellenden Differenz die Grösse der zu bewilligenden Steuern gegeben. Die Stände haben daher ein unmittelbares Interesse, dass die primären Einnahmequellen ihrer Bestimmung erhalten werden, und einen möglichst reichen Ertrag abwerfen. Die Verf.-Urkunde räumt ihnen aus diesem Grunde folgende Rechte³⁾ ein:

1) Staatsdomänen und Renten können nur mit ihrer Zustimmung zur Belohnung grosser und bestimmter dem Staate geleisteter Dienste als Mannslehen der Krone verliehen werden.⁴⁾

2) Allgemeine Stiftungen können in ihrer Substanz weder veräussert noch für andere als die ursprünglichen Zwecke verwendet werden, wenn nicht die Ständeversammlung ihre Zustimmung ertheilt.⁵⁾

3) Die Tarife für Personen-, Waaren- und jeden andern Transport auf Eisenbahnen und auf den Donau-Dampfschiffen sollen in ihren Maximilbeträgen von Budget zu Budgetperiode mit Beirath und Zustimmung der Stände festgesetzt werden.⁶⁾

2) Verf.-Verst. §. III. und §. IV. letzter Absatz.

3) Die Bestimmungen der Verf.-Urk. (Tit. III. §§. 1 und 7), dass das Staatsgut unveräusserlich sey, und dass auch da, wo eine Veräusserung erlaubt ist, die Staatseinkünfte nicht geschmälert werden sollen, dürfen nicht verletzt werden; im Falle diess geschähe, würden die Stände das Recht der Beschwerde, beziehungsweise der Anklage haben.

4) Verf.-Urk. Tit. III. §. 5 Abs. 3 und Tit. VII. §. 18.

5) Verf.-Urk. Tit. VII. §. 17 und Edict II. §. 47.

6) Gesetz vom 23. Mai 1846, die Deckung des Bedarfs für den Fortbau der Ludwigs-Süd-Nordbahn betr. Art V. (Gesetsbl. v. 1846 S. 60). Gesetz v. 23. Mai 1846, den Bau einer Eisenbahn von Lichtenfels bis an die Reichssränze betr., Art. VII. (a. a. O. S. 64) und Gesetz v. 23. Mai 1846, den Bau einer Eisenbahn von Bamberg über Würzburg etc. betr., Art. VIII. (a. a. O. S. 68). — Gesetz v. 23. Mai 1846, die käufliche Uebernahme des bayer. Donau-Dampfschiffahrts-Unternehmens von Seite des Staats betr., Art. IV. (a. a. O. S. 79).

§. 130.

d) Von dem Steuerbewilligungsrechte insbesondere.

Hat sich nach der Berathung und Prüfung der Staats-Ausgaben und der von ständischer Willigung unabhängigen Einnahmen ergeben, dass die Summe der letzteren zur Deckung der Bedürfnisse nicht zureiche, dann schreitet die Ständeverammlung zur Bewilligung der als Ergänzung nothwendigen Steuern. Was die Ausübung dieses Rechtes betrifft, so muss

1) vor Allem zwischen directen und indirecten Steuern unterschieden werden.

a) die directen Steuern werden für die ordentlichen, beständigen und bestimmt vorherzusehenden Staatsausgaben jedesmal auf sechs Jahre bewilligt.¹⁾ — Sollten zur Deckung eines augenblicklichen unvorhergesehenen Bedürfnisses ausserordentliche Auflagen erforderlich seyn, so hängt es von der Beschaffenheit des Bedürfnisses ab, auf wie lange solche zu bewilligen sind.²⁾ — Die Bewilligung muss der Leistung vorausgehen.³⁾ Sollte indessen der König durch ausserordentliche äussere Verhältnisse gehindert seyn, in den letzten 9 Monaten der zu Ende gehenden Finanzperiode die Stände zu versammeln, so kommt ihm die Befugniss zu, die letztbewilligte Steuer ein halbes Jahr fortzuerheben.⁴⁾ — Für jede Finanzperiode wird ein besonderes Gesetz über die Erhebung der directen Steuern erlassen.⁵⁾

b) Die indirecten Steuern bedürfen, wenn und so weit sie zur Zeit der Erlassung der Verf.-Urkunde schon

1) Vorausgeht die Vereinbarung über den Gegenstand und die Grösse der Steuer, so wie über deren Vertheilung auf die Steuerpflichtigen. Verf.-Urk. Tit. VII. §. 5 Abs. 1.

2) Ist das ausserordentliche Bedürfniss von längerer Dauer als eine Finanzperiode, so kann doch die directe Steuer im höchsten Falle auf 6 Jahre bewilligt werden.

3) Verf.-Urk. Tit. VII. §. 6 und Gesetz v. 15. April 1840 (Gesetzbl. v. 1840 S. 25 ff.).

4) Verf.-Urk. Tit. VII. §. 7. Auch von jenen indirecten Steuern, die nur auf 6 Jahre bewilligt werden, muss diess wohl gelten.

5) Vgl. das Gesetz über die Erhebung der directen Steuern v. 25. Aug. 1843 (Gesetzbl. v. 1843 S. 101 ff.).

bestanden, keiner Willigung der Stände, um forterhoben werden zu können. Sollen aber neue solche Steuern eingeführt, oder die bestehenden erhöht oder verändert werden, so muss die Zustimmung der Stände erholt werden.⁶⁾ Hinsichtlich der Frage, auf wie lange die indirecte Steuer bewilligt werden soll, ist der Ständeversammlung keine positive Gränze gesteckt.⁷⁾ Wird die Willigung ohne Zeitbestimmung ertheilt, so wird die Steuer von der Regierung so lange erhoben, als keine Erhöhung oder Aenderung derselben eintritt. — Jede einzelne Art von indirecten Steuern ist durch ein besonderes Gesetz normirt (§. 166).

2) Haben sich die Stände von dem Vorhandenseyn des Staatsbedürfnisses und von der Unzulänglichkeit der sonstigen Staatseinnahmen überzeugt, so sind sie verpflichtet, die zur Bestreitung der nothwendigen Ausgaben erforderlichen Steuern zu bewilligen, im entgegengesetzten Falle berechtigt, die Steuer zu verweigern. Ein unmotivirtes oder auf andere Gründe gestütztes Recht, die Steuern zu verweigern, steht ihnen weder nach allgemeinen Principien noch nach dem positiven bayerischen Staatsrecht zu.⁸⁾ — Aus denselben Gründen ist eine bedingte Steuerbewilligung, mag die Bedingung als eine aufschiebende oder auflösende gefasst seyn, unzulässig.⁹⁾

§. 131.

e) *Von der Nachweisung der Verwendung der Staatseinnahmen.*

»Den Ständen des Reichs wird bei einer jeden Versammlung — also mindestens alle drei Jahre — eine genaue Nach-

6) Verf.-Urk. Tit. VII. §. 3.

7) Es kommt dabei wohl vorzugsweise auf das Bedürfniss an, um dessen Deckung es sich handelt. Ist diess ein ordentliches und ständiges, so muss die indirecte Steuer mindestens für die Dauer der Finanzperiode bewilligt werden.

8) Man unterscheidet hienach nothwendige und freiwillige Steuern. Vgl. H. A. Zachariä, a. a. O. B. III. S. 96 und 128 und Mohl, a. a. O. B. I. S. 628 und 633 not. 8.

9) Verf.-Urk. Tit. VII. §. 9. Nur Wünsche und Anträge können der Steuerbewilligung angereicht werden.

weisung über die Verwendung der Staatseinnahmen vorgelegt werden.«¹⁾

1) Während im Budget den Ständen nur die als wahrscheinlich veranschlagten künftigen Ausgaben und Einnahmen vorgelegt werden, soll ihnen durch die vorliegende Verfassungsbestimmung Einsicht in die Art und Weise, wie sich der Staatshaushalt in der Wirklichkeit gestaltete, gewährt werden, um einerseits durch die ihnen verfassungsmässig zustehenden Mittel²⁾ Abhelfewegen rechtswidriger Verwendung zu erlangen, und anderseits daraus Erfahrungen und Anhaltspunkte für die künftige Budgetberathung und Steuerbewilligung zu gewinnen.

2) Die Nachweisung soll eine genaue seyn. Sie umfasst daher den gesammten Staatshaushalt in allen seinen Bestandtheilen. Die Prüfung ist zunächst auf die Verwendung der Einnahmen zu richten, also die Frage zu beantworten, ob sie überhaupt verwendet oder noch disponibel seyen. Im ersteren Falle ist weiter darauf zu sehen, ob sie gerade zu den bestimmten Zwecken verwendet worden seyen, zu denen sie im Budget bestimmt waren.³⁾ — Im letzteren Falle, d. h. wenn nach vollständiger Deckung aller nothwendigen Staatsausgaben sich noch Activ-Ueberschüsse ergeben, wachsen diese der künftigen Finanzperiode als Deckungsmittel zu, und sind als solche beim folgenden Budget zu berücksichtigen.⁴⁾

§. 132.

f) Von den Rechten der Stände in Ansehung der Staatsschulden.

Die Rechte der Stände in Ansehung der Staatsschulden beziehen sich theils auf die Contrahirung neuer, theils auf die

1) Es ist dieses Recht an die Stelle jenes älteren landschaftlichen getreten, wonach die Landschaft befugt war, die Steuer selbst umzulegen, zu erheben und darüber Rechnung zu führen.

2) Verf.-Verständniss §. VI. Nr. II. Sie bestehen in dem Rechte des Antrags, der Beschwerde, der Anklage und der verfassungsmässigen Willigung.

3) Landtags-Abschied v. 1843 Abschn. II, D, §. 18 (Gesetzblatt v. 1843 S. 51). „Jeder Minister bleibt verantwortlich, die für seinen Geschäftskreis festgesetzten Summen zu den bestimmten Zwecken zu verwenden.“

4) Vgl. oben §. 129 not. 1. Denn der Endpunkt der Finanzperiode

Verzinsung und Heimzahlung der bereits bestehenden Schulden. Zum Behufe der Ausübung ihrer Rechte ernennt die St.-Vers. bei jedem Landtage zwei Commissäre (jede Kammer einen), ¹⁾ welche in fortlaufender Kenntniss aller bei der Staatsschulden-Tilgungs-Commission gepflogenen Verhandlungen ²⁾ zu erhalten sind, über die Einhaltung der gesetzlichen Normen zu wachen, und in eilenden Fällen vorläufig ihre Zustimmung zur Aufnahme von Darlehen zu geben das Recht haben.

1) Zu jeder neuen Staatsschuld ist die Zustimmung der Stände des Reichs erforderlich. Als neue Schuld ist aber jede zu betrachten, wodurch die zur Zeit bestehende Schuldenmasse im Capitalsbetrage oder der jährlichen Verzinsung vergrößert wird. ³⁾ Die Bedingungen, unter denen die Contrahirung einer neuen Staatsschuld verfassungsmässig zulässig ist, bestehen in folgenden:

a) Was das Motiv der Schuld, oder den Zweck des zu machenden Anlehens betrifft, so muss es sich um die Befriedigung dringender und ausserordentlicher Staatsbedürfnisse, also (wegen des letzten Requisites) um Ausgaben handeln, die zum wahren Wohl des Landes gereichen. ⁴⁾

b) Die Deckung anlangend, so muss diese weder durch die ordentlichen noch durch ausserordentliche Beiträge der

ist nur eine Ruhepunkt im Staatshaushalte, kein vollständiger Abschluss, so dass nun ein neuer Haushalt begänne.

1) Verf.-Urk. Tit. VII. §. 14 und Edict X. Tit. II. §. 39. Jeder solche Commissär fungirt vom Schluss der St.-V., die ihn ernannt hat, bis zum Schluss der folgenden. Sollte er nicht mehr in dieser erscheinen können, so wird beim Beginn der St.-V. für die Dauer der Sitzungen ein Mitglied ernannt. Geschäfts-Ordn. der K. d. A. Art. 62.

2) Zu dem Zwecke sind den Commissären alle 10 Tage die Verhandlungen der Schuldentilgungs-Commission, die Journale und Hauptbücher zur Einsicht vorzulegen. Geschäfts-Ordn. der K. d. A. Art. 60. Die Trennung der Verwaltung in eine eigentliche Schuldentilgungs-Anstalt und in eine Pensions-Amortisationscasse (seit 1825) hat auf die Rechte der Stände und der ständischen Commissäre keinen Einfluss. Vgl. Gesetz, das Staatsschuldenwesen betr. v. 11. Sept. 1825 §. 6 Abs. 2 und §. 8 (Gesetzbl. v. 1825 S. 197).

3) Verf.-Urk. Tit. VII. §. 11 Abs. 2. — Die Verf.-Urk. hat die Bestimmungen der Staatsschuldenpragmatik v. 20. Oct. 1804 (Regierungsbl. für Franken v. 1805 S. 64 ff) im Wesentlichen beibehalten.

4) Verf.-Urk. Tit. VII. §. 12 a. E.

Unterthanen ohne deren zu grosse Belastung aufgebracht werden können, d. h. es muss feststehen, dass die Unterthanen zu sehr belastet würden, falls sie sogleich und auf einmal durch Steuern die Ausgabe decken sollten. ⁵⁾

c) Den Ständen muss der Tilgungsplan vorgelegt und ihre Zustimmung dazu erholt werden. Dazu gehört denn insbesondere, dass ein bestimmter Fonds zur Zahlung der Zinsen und zur Tilgung des Capitals ausgemittelt sey. ⁶⁾

d) Die Ständerversammlung muss zur Aufnahme des Darlehens und zum Tilgungsplane ihre Zustimmung ertheilt haben, und hiernach die Schuld ins Staatsschulden-Verzeichniss eingetragen worden seyn. ⁷⁾

Sollten drohende äussere Gefahren die Aufnahme von Capitalien dringend erfordern, die Einberufung der Stände aber durch äussere Verhältnisse unmöglich gemacht seyn, dann steht den ständischen Commissären die Befugniss zu, dem Anlehen vorläufig im Namen der Stände ihre Zustimmung zu ertheilen. Sobald die Einberufung der Ständerversammlung möglich wird, ist ihr die ganze Verhandlung über die Capitals-Aufnahme vorzulegen, und erst wenn die Zustimmung derselben erfolgt, die Eintragung ins Staatsschuldenverzeichniss zu vollziehen. ⁸⁾

2) Die gesammte bestehende Staatsschuld ist unter die Gewährleistung der Stände gestellt, ⁹⁾ sowohl was die Schuld selbst als die zu ihrer Verzinsung und Tilgung bestimmte

⁵⁾ Verf.-Urk. Tit. VII. §. 12. — Die allmälige Tilgung der Schuld durch Steuern muss in Ermanglung anderer Deckungsmittel jedenfalls möglich seyn.

⁶⁾ Verf.-Urk. Tit. VII. §. 13. Vgl. z. B. das Gesetz v. 25. August 1843, den Bau einer Eisenbahn aus Staatsmitteln betr. Art. IV. (Gesetzblatt v. 1843 S. 91).

⁷⁾ Verf.-Urk. Tit. VII. §. 15 Abs. 2.

⁸⁾ Verf.-Urk. Tit. VII. §. 15 Abs. 1.

⁹⁾ Wenn v. Moy (B. II. S. 152 Nr. 1) behauptet, diese Bestimmung sey nur eine Erneuerung der Verhältnisse, wie sie vor 1808 bestanden hatten, so kann man die Behauptung wohl als eine kühne, aber nicht als richtig gelten lassen. Denn das, was er zu ihrer Begründung anführt, beweist das gerade Gegentheil. Das neuere Recht kennt z. B. nur Staatsschulden, nicht landschaftliche und Kammer-schulden.

Dotation betrifft. ¹⁰⁾ — Die Bedeutung dieser Gewährleistung ist in folgenden Bestimmungen ausgesprochen:

a) An dem einmal angenommenen Tilgungsplane kann ohne Zustimmung der Stände keine Abänderung getroffen werden. ¹¹⁾

b) Kein zur Schuldentilgung bestimmtes Gefäll kann ohne ständische Zustimmung zu einem andern Zwecke verwendet werden. ¹²⁾

c) Bei jeder Versammlung muss die genaue Nachweisung des Standes der Staatsschulden-Tilgungs-Casse vorgelegt werden. ¹³⁾

d) Die beiden ständischen Commissäre haben über den Zustand des Staatsschuldenwesens beim Beginn jeder Ständerversammlung an die Kammern Bericht zu erstatten. ¹⁴⁾

§. 133.

3) Von der Mitwirkung der Stände bei der Regulirung des Kreis-
haushaltes.

1) Nach dem jetzt geltenden Rechte wird der Gesamtbetrag aller nothwendigen Kreisausgaben für jede Finanzperiode in dem Budget derselben festgesetzt.¹⁾ Was die Fonds zur Deckung dieser Ausgaben betrifft, so wird die Grösse und Vertheilung der aus der Staatscasse zu leistenden jährlichen Aversalzuschüsse, so weit die Beitragspflicht des Staates begründet ist, und mit Rücksicht auf den

¹⁰⁾ Verf.-Urk. Tit. VII. §. 11 Abs. 1. Auch diese Bestimmung beweist die Unrichtigkeit der mehr erwähnten Erübrigungstheorie.

¹¹⁾ Verf.-Urk. Tit. VII. §. 13 erster Satz.

¹²⁾ Verf.-Urk. Tit. VII. §. 13 zweiter Satz.

¹³⁾ Verf.-Urk. Tit. VII. §. 16.

¹⁴⁾ Edict X. Tit. II. §. 38. Geschäfts-Ordn. der K. d. A. Art. 59 und 61.

1) Gesetz, die Ausscheidung der Kreislasten von Staatslasten und die Bildung der Kreisfonds betr. v. 17. Nov. 1837 Art. VIII. (H.-B. I. S. 437). Es kommen daher die Grundsätze zur Anwendung, welche oben §. 127 ff. über die Mitwirkung der Stände beim Budget entwickelt wurden.

zu ermittelnden Bedarf der einzelnen Kreise für jede Finanz-Periode bei der Feststellung des Budgets bestimmt.²⁾

Die zur Ergänzung etwa erforderlichen Kreisumlagen werden für jeden Kreis von drei zu drei Jahren in einem unüberschreitbaren Maximum mit Zustimmung der Stände festgesetzt.³⁾

Für die facultativen Kreisausgaben wird gleichzeitig ein besonderes Maximum der Kreisumlagen mit Zustimmung der Stände bestimmt.⁴⁾

Um diese Befugnisse in gehöriger Art ausüben zu können, sind den Ständen des Reichs die Verhandlungen der Landräthe jedesmal in Urschrift mitzutheilen.⁵⁾

2) Nach dem Gesetze vom 23ten Mai 1846⁶⁾ das vom 1ten October 1849 an in Anwendung kommen wird, bestimmt sich die Mitwirkung der Stände beim Kreishaushalte nach folgenden Grundsätzen:

Die einzelnen Kreislasten sind durch das Gesetz bestimmt. Das Maximum des Kreisaufwandes wird jedesmal im Budget festgesetzt.⁷⁾ Lässt dieses Maximum nach Deckung der gesetzlichen Lasten noch einen Ueberschuss, so können auf den Antrag des Landrathes auch noch andere dem Gesamt-Interesse des Kreises zusagende Zwecke realisirt werden. — Die Deckung der Kreislasten fließt, abgesehen von besonderen Haftungsgründen,⁸⁾ vorzüglich aus den Kreis-Umlagen und aus Zuschüssen der Staatskasse. Jene werden mit Zustim-

2) Angef. Gesetz Art. XII. Diese Zuschüsse sind Staatsausgaben, vgl. daher oben §. 128.

3) Gesetz, die Einführung der Landräthe betr. v. 15. Aug. 1828 §. 2 Nr. 2 (H.-B. I. S. 417). Es beträgt für die laufende Periode $4\frac{1}{6}$ pCt. der Steuerprincipalsumme. Gesetz v. 23. Mai 1846, das Maximum der Kreisumlagen betr. (Gesetzbl. v. 1846 S. 205 ff.)

4) A. a. O. lit. b. Dasselbe beträgt für die Periode 1846—49 $1\frac{2}{3}$ pCt. der Steuerprincipalsumme. Gesetze v. 23. Mai 1846 (Gesetzbl. v. 1846 S. 205 ff.).

5) Gesetz, die Einführung der Landräthe betr. §. 2 Nr. 2 vorletzter Abs. (H.-B. I. S. 418).

6) Die Ausscheidung der Kreislasten von den Staatslasten und die Bildung der Kreisfonds betr. (Gesetzbl. v. 1846 S. 45 ff.).

7) Angef. Gesetz Art. I. insbes. Nr. 8.

8) Angef. Gesetz Art. III. und Art. VI. Nr. 1.

mung der Stände von Finanz- zu Finanzperiode für jeden Regierungsbezirk speciell *in maximo* festgesetzt. ⁹⁾ Die Zuschüsse aus den Centralfonds werden ins Budget eingestellt, und in so weit sie budgetmässig sind geleistet. ¹⁰⁾

Die Verhandlungen der Landräthe sind jeder Stände-Versammlung vorzulegen. ¹¹⁾

§. 134.

4) Von dem Recht der Anträge. ¹⁾

Die Stände haben das Recht, in Beziehung auf die sämtlichen zu ihrem Wirkungskreise gehörigen Gegenstände dem Könige ihre gemeinsamen (d. h. von beiden Kammern ausgehenden) Wünsche und Anträge vorzubringen. Sie werden alle am Schlusse der Versammlung — im Landtags-Abschiede — vom König gewürdigt und Entschliessung darauf ertheilt. ²⁾

Die Veranlassung zu einem solchen Antrage der Stände kann von jedem einzelnen Abgeordneten ausgehen. Er bringt seine Wünsche und Anträge in seiner Kammer vor, indem er sie schriftlich dem Präsidenten übergibt. Dieser lässt jeden Antrag vor allem durch einen besonderen Ausschuss (den VI. oder Prüfungsausschuss) untersuchen, ob er zum verfassungsmässigen Wirkungskreise der Stände sich eigne. Erklärt sich dieser bejahend, ³⁾ dann wird der Antrag der Kammer vorgelegt, ⁴⁾ welche durch absolute Mehr-

⁹⁾ Angef. Gesetz Art. VI. Nr. 5. Die Ausscheidung der Umlagen in solche für nothwendige und facultative Zwecke fällt hinweg und die Festsetzung findet nur alle 6 Jahre statt.

¹⁰⁾ Angef. Gesetz Art. VI. Nr. 2 und 3 und Art. VII. — So weit solche Zuschüsse gegeben wurden, erstreckt sich auch die den Ständen zu liefernde Nachweisung der Verwendung. Vgl. oben §. 131.

¹¹⁾ Angef. Gesetz Art. VI. letzter Abs.

¹⁾ (Roth,) Versuch über das Recht der Anträge.

²⁾ Verf.-Urk. Tit. VII. §§. 19 und 29. Eine stillschweigende Ablehnung gibt es also nicht.

³⁾ Ist sein Beschluss verneinend, so wird der Antrag sofort zurückgewiesen. Edict X. Tit. II. §. 36.

⁴⁾ Bis zu dieser Vorlage kann der Proponent seinen Antrag zurücknehmen. Edict X. Tit. II. §. 37.

heit der Stimmen darüber entscheidet, ob er in nähere Ueberlegung gezogen werden solle, ⁵⁾ und im bejahenden Falle, ob er an den Ausschuss, in dessen Sphäre der Antrag einschlägt, zur Würdigung und Berichterstattung verwiesen, oder sogleich der Berathung unterworfen werden solle. Der Ausschuss bringt den Antrag durch seinen Referenten zur Berathung und Beschlussfassung ⁶⁾ an die Kammer selbst. Hat die eine Kammer sich über einen solchen Antrag schlüssig gemacht, so wird der Beschluss der anderen Kammer mitgetheilt, ⁷⁾ und wenn auch diese einstimmt, der Antrag dem Könige vorgelegt. ⁸⁾

§. 135.

5) Von dem Rechte der Beschwerdeführung.

1) Die Stände haben das Recht, Beschwerden über die durch die k. Staatsministerien oder andere Staatsbehörden geschehene Verletzung der Verfassung oder verfassungsmässiger Rechte in einem gemeinsamen Antrage an den König zu bringen. ¹⁾

Die Veranlassung zu einer solchen Beschwerde kann entweder

a) durch Anträge einzelner Kammermitglieder oder der Ausschüsse, oder

b) durch Eingaben von Privaten gegeben werden. — Im ersten Falle kommt Alles zur Anwendung, was eben §. 134 über das Recht der Anträge bemerkt wurde. — Zu einer Beschwerde führenden Eingabe an die Ständeversammlung ist jeder Staatsbürger, so wie jede Gemeinde des Königreichs

5) Im Falle die Kammer diess verneint, beruht der Antrag, und kann in dieser Versammlung nicht mehr zur Sprache kommen. Edict X. Tit. II. §. 36.

6) Die Beschlussfassung darüber hat nichts Eigenthümliches; es genügt die regelmässig erforderliche absolute Majorität.

7) Es kommt wohl darauf an, ob die Kammer dem Antrage beigestimmt habe oder nicht; nur in jenem Falle hat die Mittheilung an die andere Kammer zu geschehen.

8) Verf.-Urk. Tit. VII. §. 20 Abs. 2.

1) Verf.-Urk. Tit. X. §. 5.

berechtigt. Die Beschwerde muss mit den erforderlichen Beweisen belegt und zugleich bescheinigt seyn, dass sie bereits bei den obersten Staatsbehörden angebracht, aber von diesen entweder gar nicht, oder in verfassungswidriger Weise verbeschieden worden sey. ²⁾

Jede in den Einlauf einer Kammer gelangte Beschwerde wird vom Präsidenten unmittelbar an den (V. oder Beschwerde-) Ausschuss verwiesen, um ihren Bestand und ihre Gründlichkeit sowohl in formellen als wesentlichen Verhältnissen vorläufig zu prüfen, ehe sie den Kammern vorgelegt wird. ³⁾ Erklärt der Ausschuss sie für unbescheinigt, oder für gänzlich grundlos, oder für ungeeignet, so ist sie ohne Weiteres als beruhend zu den Acten zu legen, oder an die betreffenden Staatsministerien zu geben, und in der folgenden Sitzung der Kammer hievon Nachricht zu ertheilen. Wird die Beschwerde dagegen formell und materiell als zulässig befunden, so ist sie mittelst umständlichen Vortrags der betreffenden Kammer vorzulegen. ⁴⁾ Um die Vorlage grundloser Beschwerden zu vermeiden, hat der Ausschuss und jede Kammer das Recht, durch den (Kammer-)Präsidenten von den einschlägigen Staatsministerien die erforderlichen Aufschlüsse zu erhalten. ⁵⁾ — Erkennt die eine Kammer die Beschwerde als gegründet an, so ist der desfallsige Beschluss der anderen Kammer mitzutheilen, und wenn auch diese beistimmt, so ist der gemeinsame Beschluss mit der Bitte um Abhilfe dem Könige vorzulegen. ⁶⁾

2) Der König wird solchen an ihn gebrachten Beschwerden entweder auf der Stelle abhelfen, oder wenn ein Zweifel dabei obwalten sollte, sie näher, und zwar je nach der Natur des Gegenstandes entweder durch den Staatsrath oder die oberste Justizstelle (letzteres insbesondere dann, wenn der

2) Verf.-Urk. Tit. VII. §. 21. Dem Beschwerdeführer steht es frei, an welche Kammer er sich wenden wolle. Anonyme Eingaben werden gar nicht in den Einlauf aufgenommen. Geschäfts-Ordn. Art. 54.

3) Edict X. Tit. II. §. 33 und Verf.-Urk. Tit. VII. §. 21 Abs. 1.

4) Edict X. Tit. II. §. 34.

5) Edict X. Tit. II. §. 35.

6) Verf.-Urk. Tit. VII. §. 21 und Edict X. Tit. II. §. 35.

König in der erhobenen Beschwerde einen Anlass zur Bestrafung eines Beamten findet) untersuchen, und darüber entscheiden lassen.⁷⁾ — Die Entscheidung wird dem (etwaigen) Beschwerdeführer mitgetheilt, und durch das Regierungsblatt bekannt gemacht.

§. 136.

6) Von einigen besondern Rechten, insbesondere von dem Recht der Anklage.

1) Finden sich die Stände durch ihre Pflichten aufgefordert, gegen einen höheren Staatsbeamten¹⁾ wegen vorsätzlicher²⁾ Verletzung der Staatsverfassung eine förmliche Anklage zu erheben, so sind die Anklagspunkte bestimmt zu bezeichnen, und in jeder Kammer durch einen besonderen Ausschuss zu prüfen. — Vereinigen sich beide Kammern hierauf in ihren Beschlüssen über die Anklage, so bringen sie dieselbe mit ihren Belegen in vorgeschriebener Form an den König. — Dieser wird sie sodann der obersten Justizstelle, bei welcher im Falle der nothwendigen³⁾ oder freiwilligen Berufung auch die II. Instanz durch Anordnung eines anderen Senats gebildet wird, zur Entscheidung übergeben, und die Stände von dem gefällten Urtheile in Kenntniss setzen.⁴⁾

2) Als Wächterin für die Aufrechthaltung der Verfassung hat die Ständeversammlung auch ohne Ansuchen eines Dritten das Recht der Beschwerdeführung wegen Verletzung der

7) Verf.-Urk. Tit. X. §. 5.

1) Der Anklage sind also nicht blos die Minister, sondern alle höheren Staatsbeamten unterworfen.

2) Die *praesumptio doli*, wie sie das bayerische Strafgesetzbuch (Thl. I. Art. 43 und 44) aufstellt, muss auch hier Platz greifen.

3) Wo die Revision nothwendig sey s. Strafgesetzb. Thl. II. Art. 366.

4) Verf.-Urk. Tit. X. §. 6. Dass es hier nicht erst eines Erkenntnisses des Staatsrathes bedürfe, um den Angeschuldigten vor Gericht stellen zu können, folgt aus der Natur der Sache. Dagegen ist das Begnadigungsrecht des Königs in solchen Fällen nicht ausgeschlossen. — Vollständiger ist in dieser Rücksicht das württemb. Recht. Vgl. Mohl, a. a. O. B. I. S. 761.

Verfassung. Eben darum können Abänderungen in der Verfassung nur mit ihrer Zustimmung geschehen. ⁵⁾

3) Bei der Anordnung der ausserordentlichen Reichsverwesung ist die Zustimmung der Stände nothwendig. ⁵⁾ Dagegen ist dieselbe wohl zur Eingehung einer Erbverbrüderung nicht erforderlich, da die Verf.-Urk. von einem derartigen Rechte der Stände weder direct noch indirect etwas enthält.

§. 137.

B. Von den Rechten der einzelnen Stände-Mitglieder.

Die Natur der Sache gebietet bei der Darstellung der Rechte der Ständemitglieder die Rechte der einzelnen Mitglieder der Kammern als solcher, und die Rechte der Directorialmitglieder zu unterscheiden.

1) Das Directorium einer jeden Kammer besteht aus den beiden Präsidenten und den 2 Secretären.

a) Die Rechte des I. Präsidenten sind dieselben, wie sie dem Vorstande eines Collegiums ¹⁾ zukommen. Ihm steht insbesondere die Handhabung der Disciplin in I. Instanz, die Ausübung der Polizei im Sitzungsgebäude zu. — Für den Fall seiner Verhinderung tritt der II. Präsident ²⁾ an seine Stelle.

b) Die Secretäre führen das Sitzungsprotocoll bei den allgemeinen Versammlungen, wachen für die Ordnung

⁵⁾ Verf.-Urk. Tit. X. §§. 5 und 7 und unten §. 178. Die Folgerungen aus dem letzten Satz s. bei Dresch, Grundzüge, S. 81.

⁶⁾ Verf.-Urk. Tit. II. §. 11. Der Eid des Reichsverwesers ist stets in Mitte der Ständeversammlung abzulegen. A. a. O. §. 16.

¹⁾ In Folge hievon bestimmt er die Sitzungstage und den Anfang der Sitzung, leitet die Berathung und Abstimmung, unterzeichnet die Protocolle und die Schreiben, die im Namen der Kammer erlassen werden, u. s. w. Vgl. Edict X. Tit. II. §§. 1 und 10.

²⁾ So lange er nicht als Vorsitzender fungirt, ist er in der II. Kammer erster Votant. Geschäfts-Ordn. Art. 24 Abs. 2. — Die beiden Präsidenten sind hoffähig. A. E. v. 7. März 1831 (D. B. VII. S. 344); sie nehmen bei Deputationen an den König Theil etc.

der Kanzley, entwerfen die Beschlüsse, leisten die an die Kammermitglieder selbst, so wie für Besoldungen und Regie zu machenden Zahlungen, wozu sie von der Centralstaatscasse die erforderlichen Vorschüsse erhalten. ³⁾

2) Jedem einzelnen Ständemitgliede als solchen kommen folgende Rechte zu:

a) Er kann Anträge stellen und Beschwerden erheben. (§§. 134 und 135.)

b) Bei den Berathungen über die zum Wirkungskreise der Stände gehörigen Gegenstände seine Ansicht äussern, ⁴⁾ und bei der Beschlussfassung seine Stimme abgeben, und zwar letzteres bloß nach seiner inneren Ueberzeugung für des ganzen Landes Wohl und Bestes; Instructionen hierüber von den Wählern anzunehmen, oder mit denselben vorher über die zugebende Stimme Rücksprache zu nehmen, ist unzulässig. ⁵⁾

Damit die Ständemitglieder diese Rechte desto freier und unbeengter auszuüben im Stande seyen, bestimmt die Verfassungs-Urkunde:

c) Kein Mitglied der Ständeversammlung kann für die Stimme, welche es in seiner Kammer geführt hat, anders, als in Folge der Geschäfts-Ordnung durch die Versammlung selbst zur Rede gestellt werden. ⁶⁾

d) Kein Mitglied kann während der Sitzungen (d. h. während der Versammlungszeit des Landtages) ohne Einwilligung seiner Kammer verhaftet werden, den Fall der Ergreifung auf frischer That bei begangenen Verbrechen ausgenommen. ⁷⁾

³⁾ Edict X. Tit. II. §. 2 und Geschäfts-Ordn. der K. d. A. Art. 25—32.

⁴⁾ Eine Ausnahme kann nur eintreten, wenn einem Mitgliede zur Strafe die Wortführung auf bestimmte Zeit entzogen ist. Geschäfts-Ordn. Art. 107.

⁵⁾ Edict X. Tit. II. §. 56.

⁶⁾ Verf.-Urk. Tit. VII. §. 27. Dresch, a. a. O. §. 40 not. f. u. Zeitschrift f. Civilrecht und Process v. Linde etc. (N. F.) B. I. S. 1 ff. Die Massregeln, welche die Geschäfts-Ordnung gegen möglichen Missbrauch vorschreibt s. Art. 107.

⁷⁾ Verf.-Urk. Tit. VII. §. 26. — Wird übrigens gegen ein Ständemitglied die Special-Inquisition erkannt, dann cessirt dieses Privilegium

e) Jenen Mitgliedern der II. Kammer, welche nicht am Orte der Versammlung selbst wohnen, wird auf die Dauer der Sitzungen eine Entschädigung für Reise- (für je 6 Stunden 8 fl.) und Zehrungskosten (täglich 5 fl.) geleistet.⁸⁾

Titel III.

Von der Geschäfts-Ordnung der Ständerversammlung.

§. 138.

I. Von den Ausschüssen.

1) Zur Vorbereitung gewisser Geschäfte für die Verhandlung in den Kammern, dann zur Erstattung von Berichten und Gutachten wählt jede Kammer nach ihrer Constituirung durch absolute Stimmen-Mehrheit aus ihrer Mitte fünf Ausschüsse,¹⁾ entsprechend der Zahl der wichtigsten Berathungsgegenstände der Ständerversammlung. Selbe sind:

- a) der Ausschuss für die Gegenstände der Gesetzgebung (oder der I. Ausschuss,)
- b) der für die Steuern (oder der II. Ausschuss u. s. f. ;)
- c) für die übrigen an die Kammern gelangenden Gegenstände der innern Verwaltung ;
- d) für die Staatsschuldentilgung ;

von selbst. Vgl. oben §. 112 Nr. 2. Kommt dieses Vorrecht auch den nicht am Versammlungsorte Anwesenden zu gut?

8) Edict X. Tit. I. §. 49. Gar keine Vergütung erhalten hienach

- a) die Mitglieder der I. Kammer ;
- b) jene Mitglieder der II. Kammer, welche am Orte der Versammlung selbst wohnen ;
- c) die Reisevergütung cessirt bei Jenen, welche nicht 1 Stunde vom Versammlungsorte entfernt sind.

Ueber die besonderen Rechte der Reichsräthe s. A. E. v. 30. Juni 1819 (H.-B. I. S. 30. not. 27). — Die correspondirenden Pflichten der Ständemitglieder zu bestimmen, bleibt dem mündlichen Vortrage vorbehalten.

1) Neben diesen (allgemeinen) Ausschüssen kann jede Kammer auch für einzelne Geschäfte besondere Ausschüsse ernennen. Ein solcher muss gewählt werden, wenn die Stände ihr Anklagerecht ausüben wollen. Verf.-Urk. Tit. X. §. 6 Abs. 1 a. E.

e) für Untersuchung der Beschwerden wegen Verletzung der Verfassung. ²⁾

Jeder dieser Ausschüsse besteht in der I. Kammer aus fünf, in der II. aus sieben bis neun Mitgliedern. ³⁾

Jeder Ausschuss wählt aus seiner Mitte ein Mitglied, um daraus den VI. oder Prüfungs-Ausschuss zu bilden, dessen Function in der vorläufigen Prüfung der Anträge von Ständemitgliedern besteht. Er besteht sonach in jeder der beiden Kammern aus fünf Gliedern.

2) Die innere Organisation dieser Ausschüsse beruht auf folgenden Grundsätzen:

a) Den Vorsitz führt in jedem das an Jahren älteste Mitglied; den Referenten und Secretär wählt sich jeder Ausschuss selbst aus seiner Mitte. ⁴⁾

b) Die Gegenstände ihrer Thätigkeit werden ihnen durch den Präsidenten der Kammer entweder unmittelbar oder in Folge Beschlusses der Kammer zugewiesen. Zur Bearbeitung jedes einzelnen Gegenstandes (zunächst für den Ausschuss und hiernach für die Kammer selbst) wird ein Referent bestellt. Hat er seinen Vortrag ausgearbeitet, dann findet in einer hiezu anberaumten Sitzung des Ausschusses die Erstattung des Vortrags, und hiernächst die Berathung und Abstimmung statt. ⁵⁾

Dazu ist in der I. Kammer die Anwesenheit von vier, in der II. Kammer von fünf Mitgliedern erforderlich. ⁶⁾

²⁾ Edict X. Tit. II. §§ 25 und 26. Ueber die Ausscheidung des Geschäftskreises der Ausschüsse vgl. Geschäfts-Ordn. der K. d. A. Art. 43; K. d. R.R. §. 50.

³⁾ Edict X. Tit. II. §. 27. Sollte im Laufe der Session die Zahl der Mitglieder unter 7 resp. 5 herabsinken, so hat eine Ergänzungswahl von Seite der Kammer statt zu finden. Geschäfts-Ordn. der K. d. A. Art. 41 und K. d. R.R. §. 49. Doch wird in der I. Kammer schon vorsorglich für jeden Ausschuss ein Mitglied als Stellvertreter gewählt.

⁴⁾ Edict X. Tit. II. §. 28. Geschäfts-Ordn. der K. d. A. Art. 42; der K. d. R.R. §. 49.

⁵⁾ Edict X. Tit. II. §. 29. Geschäfts-Ordn. der K. d. A. Art. 45.

⁶⁾ Geschäfts-Ordn. der K. d. A. Art. 41 Abs. 2; der K. d. R.R. §. 49 Abs. 3. Bei Gegenständen, welche in das Gebiet mehrerer Ausschüsse fallen, treten diese in ein Collegium zusammen, a. a. O. Art. 44 und §. 63.

c) Von jeder bevorstehenden Ausschusssitzung ist der Präsident der Kammer in Kenntniss zu setzen, da er das Recht hat, anzuwohnen.⁷⁾ — Auch die königl. Commissäre können, wenn die Verhandlung einen von der Regierung an die Kammer gebrachten Vorschlag betrifft, zu den Ausschusssitzungen beigezogen werden. Für alle übrigen Personen aber sind sie geheime.⁸⁾

d) Nach der Fassung des Beschlusses im Ausschusse ist der Vortrag an die Kammer vom Referenten zu entwerfen, und wenn er die Genehmigung des Ausschusses erhalten hat, dem Secretär der Kammer zu übergeben, und dem Präsidenten hievon Anzeige zu erstatten, damit durch ihn der Tag zum Vortrage in der Kammer bestimmt werde.⁹⁾

II. Von dem Geschäftsgange bei der Ständerversammlung selbst.

§. 139.

1) Von den allgemeinen Sitzungen überhaupt.

1) Die Anordnung von allgemeinen Sitzungen ist Sache des Präsidenten jeder Kammer, je nach der Menge und Dringlichkeit der Geschäfte. Er eröffnet und schliesst jede Sitzung, und bestimmt zugleich jedesmal den Tag für die folgende. Die in derselben vorkommende Tagesordnung wird im Sitzungssaale öffentlich angeheftet, und jedem Mitglied davon ein lithographirtes Exemplar zugestellt.¹⁾

2) Die Sitzungen der II. Kammer sind regelmässig öffentlich; es wird einer angemessenen Zahl von Zuhörern gegen Eintrittskarten gestattet, denselben auf den Gallerien anzuwohnen, ohne jedoch irgend ein Zeichen des Beifalls oder der Missbilligung bei den Verhandlungen geben

⁷⁾ Edict X. Tit. II. §. 30. Im VI. Ausschuss ist die Anwesenheit des (I. oder II.) Kammerpräsidenten unerlässlich. Geschäfts-Ordn. der K. d. A. Art. 46.

⁸⁾ Edict X. Tit. II. §. 29 und Geschäfts-Ordn. der K. d. A. Art. 45 und 46 Nr. 2.

⁹⁾ Geschäfts-Ordn. der K. d. A. Art. 48—50.

¹⁾ Edict X. Tit. II. §§. 1 und 10. Geschäfts-Ordn. der K. d. A. Art. 63.

zu dürfen. In den Sitzungssaal selbst haben nur die Deputirten und die k. Minister oder die besonderen königl. Commissäre Zutritt. ²⁾

Ausnahmsweise kann die Sitzung in einen geheimen Ausschuss verwandelt werden:

a) Wenn fünf Kammermitglieder es verlangen, jedoch nur in so weit, dass über die Vorfrage, ob die Verhandlung in geheimer Sitzung statt haben soll, im geheimen Ausschuss berathen und Beschluss gefasst wird.

b) Wenn fünf Mitglieder eines Ausschusses zur Erstattung eines von ihm bearbeiteten Vortrags eine geheime Sitzung verlangen, so muss ihnen willfahrt werden. ³⁾

c) Wenn die Kammer geheime Sitzung beschliesst.

d) Wenn ein Minister oder k. Commissär erklärt, dass er der Kammer eine Eröffnung in geheimer Sitzung zu machen habe. ⁴⁾

3) Die Ordnung der Geschäfte in jeder Sitzung ist folgende:

a) Zuerst wird, wenn die Sitzung eröffnet ist, das Protocoll der vorhergehenden verlesen, und, wenn richtig, genehmigt, hierauf folgt

b) die Bekanntmachung der seit der letzten Sitzung eingekommenen Eingaben. Dann wird

c) zur Tagesordnung, d. h. zur Berathung und Beschlussfassung über die eben an der Reihe seyenden Gegenstände geschritten, welche nur durch die Vorträge der Minister oder k. Commissäre unterbrochen werden darf. ⁵⁾

²⁾ Edict X. Tit. II. §§. 7 und 9. Geschäfts-Ordn. der K. d. A. Art. 72.

³⁾ Ist das Verlangen von weniger als 5 Ausschussmitgliedern gestellt, dann wird wie in dem Falle *sub a* zunächst nur über die Vorfrage in geheimer Sitzung verhandelt und abgestimmt. Geschäfts-Ordn. der K. d. A. Art. 72 Abs. 2.

⁴⁾ Geschäfts-Ordn. der K. d. A. Art. 72. Die Folgen des Eintretens der geheimen Sitzung sind:

a) die Fremden auf den Gallerien haben sich zu entfernen. Edict X. Tit. II. §. 8.

b) Die Kammermitglieder sind verpflichtet, das Verhandelte geheim zu halten. Geschäfts-Ordn. Art. 74.

⁵⁾ Geschäfts-Ordn. der K. d. A. Art. 69 und 70; der K. d. R. R. §§. 75 und 76.

4) Ueber jede Sitzung (auch wenn sie eine geheime war) wird vom Secretär der Kammer⁶⁾ ein besonderes Protocoll geführt, das die gepflogenen Verhandlungen vollständig enthalten soll. Insbesondere werden die Mittheilungen und Erklärungen der Regierung,⁷⁾ so wie die Vorträge der Ausschüsse vollständig beigelegt.⁸⁾ — Das Protocoll jeder Sitzung wird regelmässig am Schlusse der folgenden Sitzung⁹⁾ von einem Secretäre oder einem sonstigen Mitgliede in der Kammer verlesen, und wenn es unbedingt oder mit Modificationen genehmigt, und in Reinschrift gebracht ist, von dem Präsidenten, einem Secretär und drei Mitgliedern nach dem Turnus unterzeichnet.¹⁰⁾ — Die Protocolle der öffentlichen Sitzungen (mit ihren Beilagen) können unter Leitung des Secretär's durch den Druck bekannt gemacht werden.¹¹⁾

§. 140.

2) Von dem Einbringen der Berathungsgegenstände und ihrer Reihenfolge.

1) Die Gegenstände, mit denen sich die Ständeversammlung überhaupt zu beschäftigen hat, werden entweder

a) durch Mittheilungen der Regierung¹⁾ (Entwürfe, Propositionen) oder

) Edict X. Tit. II. §. 2.

7) Also bei Gesetzen sowohl die Entwürfe als die Motive und Erläuterungen.

8) Also nicht in den Text des Protocolls selbst aufgenommen. Geschäfts-Ordn. Art. 67.

9) Dem Ermessen des Präsidenten ist es überlassen, die Verlesung auch am Anfang der folgenden oder in einer besondern Sitzung zu veranlassen. Geschäfts-Ordn. Art. 66; der K. der R. R. §. 121. Sie darf also nie in derselben Sitzung stattfinden, auf welche sich das Protocoll bezieht.

10) Angef. Gesetz v. 2. Sept. 1831 §. 1.

11) Geschäfts-Ordn. Art. 68. Die Geschäfts-Ordnung der K. d. R. R. (Besondere Bestimmungen Nr. I) schreibt vor: „Der Verlauf der Berathungen nebst ihrem Resultate ist öffentlich bekannt zu machen, nie aber mit Nennung der Abstimmenden“.

1) Die Mittheilung geschieht durch die Minister oder besondere Commissäre, indem das Mitzutheilende nicht blos mündlich vorgetragen, sondern auch schriftlich übergeben wird. Geschäfts-Ordn. Art. 75.

b) durch Anträge und Beschwerden einzelner Ständemitglieder (Motionen) oder

c) durch Eingaben von Staatsbürgern und Gemeinden (§. 135) eingebracht.²⁾

Die Mittheilungen der Regierung sind theils an sich freie,³⁾ theils nothwendige, und zwar wieder in doppelter Art, indem gewisse Mittheilungen bei jedem Landtage,⁴⁾ andere nur bei gewissen Landtagen⁵⁾ stattfinden müssen. Die einen, wie die anderen können zuerst entweder der I. oder der II. Kammer vorgelegt werden. Nur die Anträge über die Staatsauflagen geschehen zuerst in der Kammer der Abgeordneten.⁶⁾

2) Die Ordnung, in der diese verschiedenen Gegenstände zu erledigen sind, bestimmt sich nach folgenden Regeln:

a) Die vom Könige an die Stände gebrachten Gegenstände müssen vor allen anderen in Berathung genommen werden, und zwar unter sich nach der Zeitfolge ihrer Einbringung.⁷⁾

b) Die übrigen Gegenstände kommen erst dann an die Reihe, wenn von der eben bezeichneten Classe überhaupt keine oder keine zur Beschlussfassung reifen, vorhanden sind, und zwar unter sich nach der Zeit ihrer Anmeldung.⁸⁾

2) Jede einzelne Kammer erhält auch durch Mittheilungen der anderen Kammer Veranlassung zur Thätigkeit; allein sie setzen das Vorhandenseyn einer der im Texte genannten Veranlassungsgründe schon voraus.

3) Zu diesen sind zu zählen: Entwürfe zu neuen Gesetzen, Vorschläge zur Aufhebung bestehender u. s. w.

4) Dahin gehören:

a) die Nachweisung der Verwendung der Staats-Einnahmen (§. 131),

b) die Nachweisung des Standes der Staatsschulden-Tilgungscasse (§. 132) u. s. w.

5) Solche sind insbesondere:

a) das Budget,

b) das Postulat an directen Steuern,

c) nach dem neueren Recht die Proposition des Kreisumlagen-Maximums — sämmtlich alle 6 Jahre.

6) Verf.-Urk. Tit. VI. §. 18. Darin ist implicite die Nothwendigkeit enthalten, auch das Budget zuerst der II. Kammer vorzulegen.

7) Verf.-Urk. Tit. VII. §. 22.

8) Geschäfts-Ordn. der K. d. A. Art. 78. — In jeder Woche soll jedenfalls ein Tag der Berathung und Erledigung der Anträge der Kam-

Mit Rücksicht auf diese Rangfolge entwirft der Präsident die Tagesordnung, und lässt sie sowohl im Sitzungssaale öffentlich anheften, als sie jedem Kammermitgliede zustellen, so wie die k. Ministerien und den Staatsrath davon in Kenntniss setzen.⁹⁾ (§. 139 Nr. 3.)

§. 141.

3) Von der Behandlung der einzelnen Sachen selbst.

Die verschiedenen Stadien, welche jeder Gegenstand in jeder Kammer zu durchlaufen hat, sind vorzüglich:

1) Der Antrag der, wenn von einem Ständemitgliede ausgegangen, erst einer vorläufigen Prüfung durch den VI. Ausschuss unterliegt.¹⁾

2) Verweisung an den betreffenden Ausschuss, und Bearbeitung des Gegenstandes durch diesen. Regelmässig muss jeder Gegenstand erst durch einen Ausschuss²⁾ zur Berathung und Beschlussfassung in der Kammer vorbereitet werden.³⁾

3) Berichterstattung durch den Referenten des Ausschusses an die Kammer. Frühestens am dritten Tage nach dieser (also erst nach Verlauf von wenigstens 48 Stunden) folgt regelmässig

4) die Discussion in der Kammer selbst.⁵⁾ Dieselbe zerfällt, wenn der Gegenstand aus mehreren Punkten (Para-

mermitglieder und der Beschwerden gewidmet werden. Gesetz v. 2. Sept. 1831, den Geschäftsgang betr. §. 2 (H.-B. I. S. 398).

9) Geschäfts-Ordn. der K. d. A. Art. 63. Ehe sie erledigt ist, kann kein anderer Gegenstand zur Sprache gebracht werden. Art. 70.

1) S. oben §. 140 Nr. 1. Dieses Stadium modificirt sich je für eine Kammer in eine Mittheilung der andern Kammer. S. unten Nr. 7.

2) Ausnahmsweise erstattet auch der Kammersecretär Vortrag, insbesondere bei Reclamationen über das Recht eines Individuums, in der Kammer zu sitzen. Geschäfts-Ordn. Art. 18.

3) Bei Anträgen von Kammermitgliedern kann sofort zur Berathung und Abstimmung geschritten werden, ohne dass der zuständige Ausschuss referirt hat. Geschäfts-Ordn. Art. 102. Vgl. §. 134.

4) Geschäfts-Or. Art. 48—50 und 77. Der Vortrag ist, wenn vom Ausschuss genehmigt, zu lithographiren, und an die Kammermitglieder, die Minister und k. Commissäre zu vertheilen. Art. 79.

5) Geschäfts-Ordn. Art. 80. Diess gilt wenigstens dann, wenn Ge-

graphen oder Artikeln) besteht, in die *a l l g e m e i n e* und *b e s o n d e r e*. Jene betrifft die allgemeinen Grundlagen (die Principien), diese die einzelnen Bestandtheile.⁶⁾ Die eine wie die andere, wird so lange fortgesetzt, bis Niemand mehr das Wort verlangt. Doch kann auch schon früher, wenn fünf Mitglieder der Kammer, die noch nicht gesprochen haben, den Schluss der Debatte verlangen, die Kammer denselben aussprechen.⁷⁾ Am Schlusse der Debatte hat der Ausschuss-Referent das Recht, noch einmal das Wort zu nehmen, und den Ministern und kgl. Commissären steht die Abgabe einer Schlussäusserung zu.⁸⁾ Wer an der Debatte Theil nehmen will, kann diess nur mit Vorwissen des Präsidenten;⁹⁾ jeder hat *s t e h e n d* und *f r e i* zu sprechen.¹⁰⁾

Jedes Mitglied der Kammer so wie jeder k. Minister und Commissär ist berechtigt, zu den Entwürfen und Anträgen *M o d i f i c a t i o n e n* (*Amendements*) vorzuschlagen, deren Discussion mit jener über den abzuändernden oder zu ergänzenden Artikel und Paragraphen zu verbinden ist.¹¹⁾

5) Die *A b s t i m m u n g* ist entweder eine *v o r l ä u f i g e* oder eine *d e f i n i t i v e*. Jene findet nach Beendigung der Discussion jedes einzelnen Punktes (Artikels etc.) über Annahme oder Verwerfung desselben, und zwar regelmässig

setzentwürfe und sonstige Mittheilungen der Regierung den Gegenstand der Berathung bilden.

6) Angef. Gesetz v. 2. Sept. 1831 §. 4. Besteht der Entwurf oder Antrag nur aus einem Artikel, so fällt diese Trennung hinweg. Die Natur der Sache gebietet, dass die allgemeine Discussion der besondern *v o r a n g e h e*.

7) Geschäfts-Ordn. der K. d. A. Art. 93.

8) Angef. Gesetz v. 2. Sept. 1831 §§. 6 und 15 Abs. 2.

9) Ob der Präsident durch schriftliche Vormerkung beim Secretär oder durch mündliches Ansuchen, vom Platze aus, davon Kenntniss erhält, ist gleichgiltig. Geschäfts-Ordn. Art. 82 und 89. Die Priorität der Anmeldung entscheidet darüber, wer zuerst spreche. Nur gebührt dem II. Präsidenten der Vorzug. Art. 88.

10) Nur die Minister und die königl. Commissäre haben das Recht, ihre Vorträge abzulesen. Edict X. Tit. II. §. 24. Ob Jemand von der Rednerbühne oder vom Platze aus sprechen wolle, ist ihm anheimgestellt.

11) Angef. Gesetz v. 2. Sept. 1831 §. 15. Eine Modification wird aber nur dann in Erwägung gezogen, wenn sie nach vorgängiger Entwicklung durch den Antragsteller von mindestens 5 Mitgliedern der Kammer unterstützt wird. Geschäfts-Ordn. Art. 98.

durch Aufstehen und Sitzenbleiben, und nur, wenn das Ergebniss hiebei zweifelhaft ist, durch Namensaufruf statt. Diese tritt am Ende der vorläufigen Abstimmung über die Frage ein, ob der discutirte Antrag oder Entwurf oder die Beschwerde mit den oder ohne die gestellten Modificationen anzunehmen oder zu verwerfen sey. Bei ihr stimmen alle gegenwärtigen Mitglieder nach der Reihe der Sitze mit »Ja« oder »Nein.« Die Abstimmung geschieht regelmässig sogleich nach dem Schlusse der Discussion, und wo diese öffentlich war, ebenfalls öffentlich.¹²⁾

Zur gültigen Abstimmung wird die Gegenwart von zwei Dritttheilen der im Orte anwesenden Mitglieder und zu einem gültigen Beschlusse absolute Stimmen-Mehrheit erfordert.¹³⁾

Jedes anwesende Mitglied der Kammer ist verpflichtet, an der Abstimmung Theil zu nehmen.¹⁴⁾

6) Die Endredaction der Beschlüsse ist dann, wenn sie auf den Vortrag eines besonderen Ausschusses hin gefasst wurden, Recht und Pflicht des betreffenden Ausschusses; sie wird der Kammer in der folgenden Sitzung zur Genehmigung vorgelegt. Die übrigen Beschlüsse werden von den Secretären ausgefertigt.¹⁵⁾

Damit aber der Beschluss nicht blos Beschluss einer Kammer bleibe, sondern ein solcher der Ständerversammlung werde, muss in der Regel

7) die Mittheilung an die andere Kammer erfolgen. Hier hat der Gegenstand dieselben Stadien zu durch-

12) Angef. Gesetz v. 2. Sept. 1831 §§. 7—14. Geschäfts-Ordnung Art. 111—120.

13) Edict X. Tit. II. §. 48 i. e. von den am Versammlungs-Orte anwesenden (d. h. nicht beurlaubten) Mitgliedern, deren Zahl aber zur gültigen Constituirung der betreffenden Kammer genügen muss (vergl. oben §. 124), müssen zwei Dritttheile in der Kammer gegenwärtig seyn, und von diesen mehr als die Hälfte sich für eine Ansicht aussprechen. Der Präsident stimmt zuletzt, und wenn durch sein Votum Stimmengleichheit entstehen würde, so geht die Ansicht, für welche er sich ausgesprochen hat, vor. Gesetz v. 2. Sept. 1831 §. 11.

14) Angef. Gesetz v. 2. Sept. 1831 §. 14. Eine Ausnahme kann eintreten bei Wahlreclamationen.

15) Edict X. Tit. II. §. 49.

laufen, und erst dann, wenn er durch übereinstimmenden Beschluss beider Kammern erledigt ist, kann er dem Könige vorgelegt werden. Nur wenn ein Antrag der Regierung in Frage ist, hat jede Kammer ihren Separat-Beschluss vorzulegen.¹⁶⁾

8) Die k. Entschliessung auf die ständischen Verhandlungen erfolgt nicht für jeden Gegenstand einzeln, sondern für alle am Schlusse der Sitzungen im Landtagsabschiede.¹⁷⁾

Die Art des Verkehrs der Kammern unter sich, mit den Ministerien und dem Könige hat das X. Edict (Tit. II. §§. 52—55) genau vorgezeichnet; daher wir lediglich auf dasselbe verweisen.

Zweites Capitel.

Von dem Landrathe.

§. 142.

1. Von dem Begriff und der Bildung des Landrathes.

1) Der Landrath ist eine in den einzelnen Kreisen des Königreichs aus den Elementen der Ständerversammlung¹⁾ gebildete Versammlung zur Vereinfachung der inneren Verwaltung und zur grösseren Befestigung eines geordneten Staatshaushaltes.

2) Er besteht in jedem Kreise aus mindestens 24 Mitgliedern, deren 3 aus der Classe der Gerichtsherrn, ebensoviel aus der der Geistlichen, 6 aus denen der Städte (es gibt hier nur gemeinschaftliche Vertreter) und 12 (in der Pfalz

¹⁶⁾ Edict X. Tit. II. §. 53, c.

¹⁷⁾ Verf.-Urk. Tit. VII. §. 29. Jedoch ist dadurch dem König das Recht nicht genommen, auch einen einzelnen Gegenstand sofort nach seiner Erledigung durch die Kammern zu genehmigen oder zu verwerfen. — Das ausführlichere Detail über die Geschäfts-Ordnung wird im mündlichen Vortrag gegeben werden.

1) Eben darum kann die Lehre von dem Landrathe erst nach jener von der Ständerversammlung abgehandelt werden, nicht umgekehrt, wie bei v. Moy (B. II. S. 60).

2) Gesetz, die Einführung der Landräthe betr. v. 15. Aug. 1828 (H.-B. I. S. 417 ff.). — Ueber die Entstehung des Landraths und des angeführten Gesetzes näher mündlich.

15) aus der Classe der Landeigenthümer ohne Gerichtsbarkeit zu nehmen sind.³⁾ Die einzelnen Mitglieder heissen Landräthe.

3) Die Bestellung derselben geschieht durch Wahl. Jede der eben bezeichneten Classen wählt aus ihrer Mitte in der für die Abgeordnetenwahlen vorgeschriebenen Form noch einmal so viele Landraths-Candidaten, als sie überhaupt Mitglieder zu stellen hat, also z. B. die Classe der Landeigenthümer 24. — Wählbar hiezu sind alle jene Personen, welche die Fähigkeit haben, zu Abgeordneten gewählt zu werden, mit folgenden Modificationen:

a) in der Classe der Landeigenthümer genügt schon ein Steuersimplum von 5 fl.;⁴⁾

b) die Wählbarkeit in der II., III. und IV. Classe ist nicht auf die Wahlmänner beschränkt, sondern kommt den sämtlichen an sich wählbaren Mitgliedern der Classe zu. Es ist aber auch unschädlich, wenn nur Wahlmänner gewählt werden.⁵⁾

c) Bei der Wahl gilt zwar relative Stimmenmehrheit als entscheidend; diese muss jedoch mindestens ein Viertel der Gesamtstimmen ausmachen. Bei Stimmengleichheit entscheidet überall Ballotage.⁶⁾

d) Die Mitglieder der II. Kammer der Ständeversammlung sind unfähig, Mitglieder des Landraths zu seyn.⁷⁾

4) Aus den so gewählten Mitgliedern ernennt dann der König Diejenigen, welche wirklich in den Landrath zu treten haben; die übrigen sind Ersatzmänner.⁸⁾

3) Angef. Gesetz §§. 6 und 14. Es erhellt hieaus von selbst, dass das Verhältniss der Classeu zu einander hier dasselbe ist, wie in der Ständeversammlung. Vgl. oben §. 114.

4) Landr.-Gesetz §. 10. Was die Art der gesetzlich erforderlichen Stener und ihre Grösse betrifft, so gilt das oben §. 115 Nr. 5 Bemerkte m. m. auch hier.

5) Landtags-Abschied v. 1831 III. Nr. 16 (Gesetzbl. v. 1831 S. 90). Anders hatte das Landr.-Gesetz §. 14 Nr. 3 verordnet.

6) Gesetz v. 17. Nov. 1837, einige Abänderungen des Landr.-Gesetzes betr. Art. III (H.-B. I. S. 433).

7) Landr.-Gesetz §. 11 (H.-B. I. S. 420). Die Dauer der Wahlperiode, die Gründe der Ablehnung u. s. w. sind dieselben, wie bei der Ständeversammlung.

8) Landr.-Gesetz §. 15 Abs. 2 und 4.

Zu dieser ordentlichen Zahl der Mitglieder des Landraths kommen noch

a) in den Kreisen, wo Standesherrn oder erbliche Reichsräthe Fideicommissse oder Lehen besitzen, zwei Mitglieder aus dieser Classe;

b) In den Kreisen, wo die Hauptmasse der Realitäten einer Universität liegt, ein Mitglied derselben.

Jede dieser Classen wählt ebenfalls noch ein Mal so viele Candidaten, als ihr Landräthe zugewiesen sind, aus denen der König die Landräthe ernennt. ⁹⁾

c) In dem Landrathe jener Kreise, wo der grösste Theil der Dotation der beiden Erzbischöfe und des mit der Reichsrathswürde bekleideten Bischofs liegt, haben auch diese kraft des Gesetzes Sitz und Stimme. ¹⁰⁾

II. Von den Befugnissen des Landraths.¹⁾

§. 143.

1) Nach dem geltenden Rechte.

Zu dem Wirkungskreise des Landraths gehört:

1) Die Vertheilung der schon bestehenden oder in Zukunft eingeführten Repartitionssteuern unter die einzelnen Steuergemeinden und die Bescheidung der desshalb von den letzteren erhobenen Reclamationen mit Vorbehalt des Recurses an den Staatsrath. ²⁾

⁹⁾ Landr.-Gesetz §§. 7 und 8. Bei der Classe *sub a* ist keine Wahl nothwendig, wenn die Zahl der zu ihr Gehörigen nicht mehr als vier beträgt. §. 16 Abs. 4.

¹⁰⁾ Landr.-Gesetz §. 9. Da die Dotation zur Zeit noch nicht realisiert ist, so cessirt diese Bestimmung vorläufig.

1) Der Landrath übt theils Verwaltungs - Befugnisse aus (wie die Vertheilung der Repartitionssteuern und die Entscheidung der darüber erhobenen Reclamationen, so wie die Vertheilung der Kreisumlagen), theils tritt er als Wahrer der Rechte und Interessen der Kreis-Angehörigen, also mit vertretendem Character auf. Die Befugnisse der letzteren Art haben durch das Gesetz von 1846 (s. unten §. 144) eine beträchtliche Erweiterung erhalten; die der ersteren Art sind dieselben geblieben.

²⁾ Landr.-Gesetz §. 2 Nr. 1. Zur Zeit bestehen solche Steuern nur in der Pfalz.

2) Beirath und nur in einem Falle Zustimmung bei der Ordnung der öffentlichen Wirthschaft der Kreise. Daher wird ihm

a) der jährliche Voranschlag der Kreislasten für nothwendige und nützliche (facultative) Zwecke zur Prüfung vorgelegt. Was als nothwendige Kreislast zu betrachten sey, hat ein besonderes Gesetz bestimmt.³⁾ Was sonst auf Antrag des Landrathes an Lasten zur Erreichung gemeinnütziger Zwecke von den Kreisen übernommen wird, das sind facultative Ausgaben.⁴⁾

b) So weit zur Deckung dieser Lasten Kreisumlagen erforderlich sind⁵⁾, steht ihm bei nothwendigen das Recht des Antrages innerhalb des gesetzlichen Maximums der Kreisumlagen zu. Dasselbe wird von drei zu drei Jahren gesondert für die nothwendigen sowohl als facultativen Zwecke durch Gesetz festgestellt.⁶⁾ So weit es sich um die Verwendung von Fonds oder Kreisumlagen für facultative Zwecke handelt, ist die Zustimmung des Landrathes nothwendig.⁷⁾

c) Die genehmigten Kreisumlagen werden dann vom Landrathe auf die Gemeinden des Kreises mit Vorbehalt des Recurses an den Staatsrath vertheilt. — Den Massstab für die Concurrency zu den Kreisumlagen bildet der alle directen Staatsauflagen in sich begreifende Steuerfuss. — Auch die Rustical- und Dominicalrenten des Staates und die Standesherren haben zu den Kreisumlagen beizutragen⁸⁾

d) Die Rechnungen über Erhebung und Verwendung der Kreisumlagen und über die Verwaltung anderer eigenen Fonds des gesammten Regierungsbezirkes sind dem Landrathe

3) Gesetz v. 17. Nov. 1837, die Ausscheidung der Kreislasten von den Staatslasten betr. Art. I—IV. (H.-B. I. S. 434 ff.).

4) Angef. Gesetz v. 17. Nov. 1837 Art. V. (H.-B. I. S. 436).

5) Ausser den Kreisumlagen kommen als primäres Deckungsmittel vorzüglich in Betracht: Die von der Staatscasse zum Gesamtbetrage der Kreislasten budgetmässig zu leistenden Netto-Aversal-Zuschüsse. Angef. Gesetz Art. IX.

6) Landr.-Gesetz §. 2 Nr. 2 (vgl. oben §. 133).

7) Angef. Erläut.-Gesetz v. 1837 Art. VI. a. E.

8) Landr.-Gesetz §. 2 Nr. 2 und §. 4. Edict IV. §. 54.

zur Einsicht und Prüfung vorzulegen, und er hat das Recht, gegen die verantwortliche Verwaltungsstelle bei dem einschlägigen Ministerium Beschwerde zu führen.⁹⁾ — Sollten die für nothwendige oder facultative Ausgaben erhobenen Kreisumlagen Ueberschüsse ergeben, so dürfen diese im Laufe einer Finanzperiode nicht von einer Position auf die andere (also z. B. die zu nothwendigen Zwecken bewilligten Umlagen nicht zur Bestreitung facultativer verwendet) werden. Mit dem Schlusse der Periode aber nehmen sie zu Gunsten des Kreises die Eigenschaft von Fonden für facultat. Zwecke an.¹⁰⁾

3) Aeusserung über den Zustand des Regierungsbezirkes und über die etwa wahrgenommenen Gebrechen der Verwaltung, sowie die Stellung hierauf bezüglichlicher Anträge zur Abhilfe und Besserung.¹¹⁾

4) Abgaben von Gutachten in allen Fällen, wo der Landrath auf königl. Befehl dazu aufgefordert wird.¹²⁾

§. 144.

2) Nach dem vom 1. Oct. 1849 an zur Geltung kommenden Rechte.

Das Gesetz vom 23. Mai 1846¹⁾, welches vom 1. Oct. 1849 an in Wirksamkeit tritt, hat die rechtliche Stellung des Landrathes, so weit es seine Mitwirkung beim Kreishaushalte angeht, wesentlich geändert. Wir werden im Folgenden die Hauptsätze, nach denen fortan die Befugnisse des Landrathes in der angeführten Beziehung zu bemessen sind, in Kürze zusammenstellen.

1) Nach wie vor ist dem Landrathe der jährliche Voranschlag der Kreislasten vorzulegen. Allein die Zahl der Kreislasten ist verringert, indem jetzt nur die Deckung eigentlicher Kreis zwecke dahin zählt²⁾, die Trennung zwischen

⁹⁾ Landr.-Gesetz §. 2 Nr. 3.

¹⁰⁾ Angef. Gesetz §. 2 Nr. 2, b und Erläut.-Gesetz v. 1837 Art. VI.

¹¹⁾ Landr.-Gesetz §. 2 Nr. 4.

¹²⁾ Angef. Gesetz §. 2 Nr. 5. Vgl. überhaupt oben §. 133 Nr. 1.

¹⁾ Die Ausscheidung der Kreislasten von den Staatslasten und die Bildung der Kreisfonds betr. (Gesetzbl. v. 1846 S. 45 ff.).

²⁾ Die Ausscheidung zwischen Kreis- und Staatslasten soll nach dem

nothwendigen und facultativen Kreisausgaben ist weggefallen, und den Landräthen kommt bei der Festsetzung derselben nicht mehr bloß ein Recht der Prüfung und des Beirathes zu, sondern in folgenden Fällen haben sie das Recht der Zustimmung:

a) Wenn bestehende Kreisanstalten aufgehoben werden wollen.³⁾

b) Wenn neue Kreisanstalten auf Kosten der Kreisfonds errichtet werden sollen.⁴⁾

Ausgaben, welche in Folge besonderer Gesetze oder Rechtstitel auf den Kreisen lasten, oder welche zur Erhaltung schon bestehender Kreisanstalten gemacht werden, bedürfen keiner Zustimmung der Landräthe. — In Ansehung der aus den Central-Fonds bestrittenen Ausgaben steht der Natur der Sache gemäss den Landräthen keine Mitwirkung zu. Eine Ausnahme tritt nur ein bei der Ausgabe für Schulen. Die ganz ordentliche Kreisschul-Dotation, wie solche durch das Budget von 1843 festgesetzt ist, und die allenfalls durch das Budget zu gewährende Erhöhung derselben wird nach Abzug der auf den Etat der Lyceen, Gymnasien sammt den damit verbundenen Lateinschulen und der Schullehrer-Seminarien nach dem Etat von 18^{44/45} treffenden Summen den deutschen und isolirten lateinischen Schulen überwiesen, und die Vertheilung unter die einzelnen Anstalten dieser Art mit Zustimmung der Landräthe vorgenommen.⁵⁾

neuen Gesetz nicht mehr bloß eine formelle, sondern eine materielle seyn. Als Kreislasten erklärt dasselbe:

- a) den Aufwand für Erhebung und Verwaltung der Kreisfonds;
- b) den Bedarf des Landraths;
- c) Kreis-Anstalten für Industrie und Cultur, daher Kreislandwirthschafts- und Gewerbsschulen;
- d) Sanitäts-Anstalten für den Regierungsbezirk;
- e) Kreis-Armen-, Findel- und Beschäftigungs-Anstalten.

Angef. Gesetz Art. I. Bedeutender ist die Zahl der Kreislasten in der Pfalz. Art. II.

3) Angef. Gesetz Art. IV.

4) Angef. Gesetz Art. V. Ob der König die Errichtung proponirt und der Landrath zugestimmt, oder dieser dieselbe beantragt, und der König die Genehmigung ertheilt habe, ist natürlich gleichgiltig.

5) Angef. Gesetz Art. VIII. Der Bedarf der d. Schulen und der isolirten Lateinschulen ist zunächst Gemeindelast; die Staatscasse tritt nur

2) Die Kreisfonds haften für die Kreislasten 'nur in so ferne, als sie nicht aus den Mitteln zunächst verpflichteter Stiftungen, Gemeinden oder Districte gedeckt werden.⁶⁾ — Die Kreisfonds selbst bilden sich aber insbesondere:

a) aus den auf bestehenden speciellen Rechtstiteln und Bewilligungen beruhenden Foundations - und Dotations - Beiträgen des Staates oder der Gemeinden;

b) aus den budgetmässigen Zuschüssen der Staatscasse;

c) aus Kreisumlagen, deren Betrag alljährlich mit Zustimmung des Landrathes von dem Könige durch den Landrathsabschied bestimmt wird.⁸⁾

3) Die Befugnisse des Landrathes in Ansehung der Vertheilung der Kreisumlagen und der Rechnungen über Kreisfonds (§. 143, 2. a und d) bleiben im Ganzen dieselben. Nur enthält das neue Gesetz die ausdrückliche Bestimmung: „die budgetmässig oder aus einem sonstigen Rechtsgrunde für einen gewissen Zweck bestimmten Zuflüsse dürfen ausschliesslich nur hiefür verwendet werden.“⁹⁾

Die übrigen Rechte des Landrathes, welche oben §. 143 unter Nr. 1, 3 und 4 erwähnt wurden, haben durch die eben angeführten Bestimmungen keine Aenderung erlitten.

§. 145.

III. Von den Versammlungen des Landraths.

1) Der Landrath tritt nur auf vorgängige Aufforderung und unter Mitwirkung der Regierung in Thätigkeit; er versammelt

subsidiär und unterstützend ein, wo die Kräfte der Gemeinden unzureichend sind. Die Vertheilung dieser subsidiären Dotation setzt die Zustimmung des Landraths voraus.

6) Angef. Gesetz Art. III.

7) Angef. Gesetz Art. IV. Nr. 1—4. Nr. 2 gehört wohl nicht hierher, da keine Last in Art. I. ihr entspricht. Wie wir die Sache auffassen, erhellt aus dem bei not. 5 Bemerkten.

8) Angef. Gesetz v. 23. Mai 1846 Art. VI. Nr. 5. Die Ausscheidung zwischen Umlagen für facultative und nothwendige Zwecke ist natürlich jetzt gleichfalls weggefallen. Vgl. oben §. 133.

9) Angef. Gesetz Art. VII. Wegen Verletzung dieser Bestimmung kann Beschwerde geführt werden.

sich daher nur, wenn er auf königlichen Befehl durch die Regierung einberufen wird. Dieses geschieht in der Regel jährlich ein Mal, und zwar immer auf vierzehn Tage. Ueber diese Dauer kann der Landrath ohne Bewilligung der Regierung nicht versammelt bleiben; der König kann ihn aber auch schon früher vertagen oder auflösen.¹⁾

2) Er wird durch den Präsidenten der Kreisregierung oder einen andern vom König ernannten Commissär eröffnet. Dabei wird zugleich den neu eintretenden Landrathen der vorgeschriebene Eid abgenommen und ihnen Das, was Gegenstand ihrer Berathung und Verhandlung seyn soll, mitgetheilt.²⁾

3) Nach der Eröffnung wählt der Landrath sich sofort für die Dauer seiner Sitzungen einen Präsidenten und Secretär aus seiner Mitte, ernennt, wenn er es für zweckmässig erachtet, zur Beschleunigung des Geschäfts - Betriebes Ausschüsse und beginnt seine Thätigkeit.

4) Damit ein giltiger Beschluss gefasst werden kann, muss

a) Berathung in voller Versammlung (nicht blos in einem Ausschusse) vorausgegangen seyn;

b) es müssen wenigstens zwei Drittheile der Landraths-Mitglieder zugegen seyn;

c) es muss absolute Mehrheit der Stimmen vorliegen.³⁾

5) Der Landrath führt über seine Verhandlungen zwei Protocolle. Das eine, die unter Nr. 1, 2 und 4 des vorigen Paragraphen 143 bezeichneten Gegenstände betreffend, wird bei der Regierung hinterlegt, und öffentlich bekannt gemacht; das andere, in dem die Aeusserungen über den Zustand des Kreises mit den allenfallsigen Wünschen und Anträgen zu

¹⁾ Landr.-Gesetz v. 1828 §§. 23—25 (H.-B. I. 429) und Erläut.-Gesetz v. 1837 Art. VIII (a. a. O. S. 434).

²⁾ Landr.-Gesetz §. 25. Die Eidesformel in Abs. 2.

³⁾ Landr.-Gesetz §. 26. „Der Präsident hat nur bei eintretender Stimmengleichheit (wenn sie ohne seine Stimme vorhanden ist?) seine Stimme zu geben, wo sie sodann entscheidet“. Anders in der St.-V. Vgl. oben §. 141 not. 13.

verzeichnen sind, ist dem einschlägigen Staatsministerium zu übermachen.⁴⁾

c) Die königl. Entschliessung auf die Verhandlungen jedes Landrathes wird nach vorgängiger Berathung der Ministerien und nach Vernehmung des Staatsrathes in einem Landrathsabschiede zusammen gefasst und öffentlich bekannt gemacht.⁵⁾

ZWEITES BUCH.

Von den Rechten des Staats-Oberhauptes.

Erster Abschnitt.

Von der rechtlichen Stellung des Königs überhaupt.

I. Vom König als Oberhaupt des Staates.

§. 146.

1) Im Allgemeinen.

Der König ist das Oberhaupt des Staates; er vereinigt in sich alle Rechte der Staatsgewalt, ohne Rücksicht auf die Verschiedenheit der Form, in welcher, und der Gegenstände und Zwecke, in Bezug auf welche sie sich äussert. Niemand hat an diesen Rechten Theil. Aber der König übt sie nach den in der Verfassungs - Urkunde festgesetzten Bestimmungen aus, und diesen zufolge ist er bei der Aus-

4) Landr.-Gesetz §§. 28 und 29. — Wegen Vorlage der Landraths-Verhandlungen bei der St.-V. s. oben §. 133.

5) Landr.-Gesetz §. 29.

übung gewisser Regierungsrechte an die Mitwirkung der Stände gebunden.¹⁾

Man nennt die Eigenschaft des Staatsoberhauptes als solcher **Souveränität**, ihn selbst Souverän. Die Souveränität bezeichnet nicht blos den negativen Freiheitsstand, die Unabhängigkeit von jedem Oberherrn, sondern eben so wohl auch die höchste Macht, die allumfassende Berechtigung des Inhabers der Staatsgewalt.²⁾

Als Ausflüsse der Souveränität erscheinen:

1) Dem Könige kommt die **Majestät**, d. h. die höchste äussere Würde im Staate zu.³⁾ Er kann sich, um ihr einen Ausdruck und zugleich eine höhere Weihe zu geben, salben und krönen lassen.

2) Seine Person ist **heilig und unverletzlich**. — Er kann daher wegen seiner Handlungen nicht zur Strafe gezogen werden; er ist unverantwortlich.⁴⁾ — Angriffe, die gegen ihn gerichtet sind und dessen persönliche Sicherheit gefährden, begründen das Verbrechen des Hochverrathes.⁵⁾

3) Aussprüche, welche von ihm selbst gegeben oder auch an seiner Statt von einer (obersten) Behörde erlassen sind, unterliegen keiner Berufung oder Beschwerdeführung, ausser so weit das ständische Beschwerde- u. Anklagerecht Platz greift, oder das Bundesrecht Ausnahmen von diesem Satze enthält.⁶⁾

1) Verf.-Urk. Tit. II. §. 1. Dem König kommen hiernach zwar alle Rechte der Staatsgewalt zu; er hat die ganze Staatsgewalt, aber er ist nicht unbeschränkt in der Ausübung.

2) Man kann die Souveränität in der einen Richtung die völkerrechtliche, in der andern die staatsrechtliche nennen.

3) Man nennt sie bei Souveränen niedern Ranges „Hoheit“. Zachariä, Staats- und Bundesr. B. III S. 195 not. ** Folgen hievon im Strafgesetzb. Thl. I. Art. 309.

4) Ob Nothwehr gegen den König erlaubt sey? s. Mohl a. a. O. B. I. S. 185. — Die Frage, ob der König in seinen Privatverhältnissen (s. unten §. 150) vor den Civilgerichten belangt werden könne, wird (vgl. auch Mohl a. a. O. B. I. S. 189) von Seuffert, (Comment. B. I. S. 95) bejaht, allein mit Unrecht; denn die Cabinetscasse, die Seuffert als Beklagte ansieht, ist keine juristische Person. Die Argumente aus dem Reichsrechte passen auf die jetzigen Verhältnisse nicht, da der König Souverän ist.

5) Verf.-Urk. Tit. II. §. 1. Abs. 2 und Strafgesetzb. Thl. I. Art. 300.

6) Vgl. Wiener Schluss-Acte v. 1820 Art. 29 und 63.

§. 147.

2) Von den Ehrenrechten des Königs insbesondere.

Die dem Könige zustehende Würde offenbart sich in einer Mehrzahl äusserer Ehrenvorzüge, die nur ihm zukommen. Die wichtigsten derselben sind:

1) Er führt die königliche Titulatur und das königliche Wappen.¹⁾

2) Sein Geburts- und Namensfest wird im ganzen Lande gefeiert²⁾, das Kirchengebet für ihn verrichtet³⁾ und bei seinem Tode allgemeine Landestrauer angelegt.⁴⁾

3) Er umgibt sich mit einer Anzahl von Personen, die theils für immer und ständig, theils nur bei besonderen festlichen Gelegenheiten den Dienst bei seiner Person versehen.

a) Die Gesammtheit derjenigen Personen, welche den gewöhnlichen ständigen Dienst beim Könige besorgen, heisst der Hofstaat. An der Spitze desselben steht der Minister des königl. Hauses (nur das Cabinet und sonach auch der Cabinetssecretär ist von ihm unabhängig).

Der Hofstaat theilt sich in fünf Hofstäbe (den Obersthofmeister-, Oberstkämmerer-, Obersthofmarschall-, Oberstallmeister- und Oberstceremonienmeister-Stab). Die Chefs derselben bilden die ersten Hofbeamten.⁵⁾ Jeder von ihnen hat wieder gewisse Cathegorien von Dienstthuenden unter sich; so stehen z. B. unter dem Oberstkämmerer die Kammerherren, die Kammerjunker, die Leibärzte, unter dem Oberstallmeister der Marstall, die Pagerie u. s. w.⁶⁾

¹⁾ Verordn. v. 18. Oct. 1835 (D. B. II. S. 12). Die grosse Titulatur lautet hiernach „(Ludwig) von Gottes Gnaden, König von Bayern, Pfalzgraf bei Rhein, Herzog von Bayern, Franken und in Schwaben etc. etc.“ — Ueber die Anrede bei Berichten von kgl. Behörden und bei Bittschriften der Unterthanen s. M. E. v. 1. Jan. 1806 (D. B. II. S. 11).

²⁾ Die betreffenden Verordnungen s. bei D. B. II. S. 108—113.

³⁾ Die einschlägigen Bestimmungen s. bei D. B. II. S. 96—108.

⁴⁾ Vergl. die A. E. v. 1. Aug. 1827 (D. B. II. S. 114 ff.).

⁵⁾ Sie hatten ehemals die Gerichtsbarkeit über ihre Untergebenen; eben darum erschienen sie mit einem Stabe, als dem Zeichen derselben, bei Hof. S. Kreittmayr, Staatsr. §. 113.

⁶⁾ S. die Aufzählung der Hofstäbe mit den subordinirten Stellen im Staatshandbuch v. 1847 S. 69—96.

Zur Bewachung der Person des Königs besteht die Leibwache der Hartschiere. Sie steht nicht unter einem Hofstabe, sondern unter dem Kriegsministerium.

b) Nur bei feierlichen Anlässen treten die Kronbeamten in Thätigkeit.⁷⁾ Ihre Würden sind Mannlehen der Krone, und zwar Thronlehen; sie werden entweder auf Lebenszeit oder vererblich nach dem Rechte der Erstgeburt verliehen. Es gibt deren vier: das Kronobersthofmeisteramt, das Kronoberstkämmereramt, das Kronoberstmarschallamt und das Kronoberstpostmeisteramt.⁸⁾

4) Der König ist geborner Grossmeister der sechs bayerischen Orden.⁹⁾ Selbe sind:

a) der Orden vom heil. Hubertus, gestiftet 1444 zum Andenken eines am Hubertustage erfochtenen Sieges, erneuert 1708. Er ist der erste Orden des Reichs; nach den neueren Bestimmungen können ihn regelmässig nur regierende Herrn und ihre Agnaten erhalten.¹⁰⁾

b) Der Ritterorden vom heil. Georg stammt aus den Zeiten der Kreuzzüge, und ward 1729 von Carl Albrecht (dem VII.) zur Ehre der Religion und Beschützung der unbefleckten Empfängniss Mariä und des heil. Georg erneuert. Er setzt eine strenge Ahnenprobe voraus.¹¹⁾

c) Der Militär-Max-Josephs-Orden, gestiftet am 1. März 1806, ist bestimmt für ausgezeichnete Thaten, welche mit Einsicht, Geistesgegenwart und Tapferkeit aus

7) Zu ähnlichem Zwecke bestanden früher die Erbämter. Der Gesetzentwurf, durch welchen die Regierung 1843 die Wiedereinführung solcher Erbämter bezweckte, erhielt die Zustimmung der II. Kammer nicht. St.-V. v. 1843 K. d. A. B. III. S. 3—81.

8) Zur Zeit bekleidet das erste der Fürst Ludw. Crato Carl v. Oettingen-Wallerstein, das zweite der Fürst Joh. Alois Ant. v. Oettingen-Spielberg, das vierte der Fürst Max. Carl von Thurn und Taxis; das dritte ist unbesetzt. Ueber die sonstigen Rechte der Kronbeamten siehe oben §. 99 Nr. 2 und §. 113 Nr. 1. Vergl. noch das Reglement, die Kronämter des Reichs betr. v. 28. Jul. 1808 (H.-B. I. S. 6 ff.)

9) Coulon, die Ritter-Orden in Bayern. München 1838.

10) Vgl. Staatshandbuch pro 1847 S. 6.

11) Das Nähere a. a. O. S. 10.

freiem Antriebe und mit Lebensgefahr zum Nutzen des Vaterlandes ausgeführt wurden. ¹²⁾

d) Der Verdienst-Orden der bayer. Krone ist gestiftet am 19. Mai 1808, zur Auszeichnung jedes Eingebornen, welcher dem Staate vorzügliche Dienste geleistet, sich durch höhere bürgerliche Tugenden ausgezeichnet, oder um den Nutzen und Ruhm des Vaterlandes besonders verdient gemacht hat. ¹³⁾

e) Der Verdienstorden vom heil. Michael, dessen Satzungen durch Verordnung vom 16. Febr. 1837 revidirt wurden. Zur Aufnahme in denselben ist jeder ohne Unterschied des Standes, der Geburt und der Religion geeignet, der sich durch Anhänglichkeit, Vaterlandsliebe und durch ausgezeichnet nützlichcs Wirken irgend einer Art die besondere Zufriedenheit des Königs erworben hat. ¹⁴⁾

f) Der Ludwigs-Orden, gestiftet am 25. August 1827, wird für fünfzigjährige treue Dienste (seyen es Hof-, Staats-, Kriegs- oder Kirchendienste) gegeben. ¹⁵⁾

§. 148.

3) Von einigen zufälligen Rechten des Königs.

Besondere geschichtliche Verhältnisse, theils der ferneren, theils der näheren Vergangenheit angehörig, gaben den Grund zur Erwerbung von ausschliesslichen, nur dem

¹²⁾ A. a. O. S. 13. Mit diesem Orden sind auch Pensionen und besondere Vorzüge verbunden.

¹³⁾ A. a. O. S. 19. Vgl. oben §. 36, I. und bei not. 8.

¹⁴⁾ Sein ursprünglicher Zweck war die Aufrechthaltung der Religion, die Verfechtung der göttlichen Ehre und (seit 1810) die Unterstützung der Vaterlandsvertheidiger. A. a. O. S. 28. Vgl. Verordn. v. 25. Aug. 1846, die Statuten des Verdienst-Ordens vom h. Michael betr. (Regierungsbl. v. 1846 S. 657.)

¹⁵⁾ Das Zeichen ist je nach dem Range des Ausgezeichneten entweder ein goldenes Kreuz oder eine goldene Ehrenmünze, a. a. O. S. 36. — Der König, selbst im Besitz der höchsten Ehre, verleiht darum auch die Ehren-Auszeichnungen; daher hat er

a) das Recht der Standes-Erhöbungen;

b) das Recht, Titel zu verleihen;

c) die Rangordnung zu bestimmen u. s. w.

Könige zustehenden Rechten, welche an sich nicht aus der Souveränität fließen. Diese sind:

1) Das Recht des Episcopats über die protestantische Kirche ¹⁾ (*jus in sacra*), und daher die Gesetzgebung und Vollziehung in protestantischen Kirchensachen. ²⁾

Der König übt aber dieses Recht nicht selbst aus, sondern hat zu diesem Behufe ein selbstständiges Oberconsistorium angeordnet, das dem Ministerium des Innern subordinirt ist. Ihm steht daher die Ausübung der Kirchengewalt über die protestantische Kirche im Namen des Königs in dem Umfange zu, in welchem dem Könige das Recht. Nur hat es in den wichtigeren durch das Gesetz näher bezeichneten Fällen die k. Entschliessung durch das Ministerium des Innern zu erholen, und zu diesem Zwecke an dieses gutachtlichen Bericht zu erstatten. ³⁾

2) Die Lehensherrlichkeit im Umfange des bayer. Staatsgebietes. Niemand als der König kann Activlehenrechte in Bayern besitzen oder erwerben. Es kann daher weder ein bayer. Unterthan, noch ein Fremder (Souverän oder Nicht-Souverän) in Bayern Lehensherrlichkeit inne haben. ⁴⁾ Nur den Standesherrn werden ihre Activ-Lehen

1) In den deutschen Staaten steht dasselbe jedem Landesherrn zu; es ist Folge des Besitzes der Souveränität. Abhandl. über die Frage, ob jedem deutschen Landesherrn die Episcopalgewalt über seine evang. Unterthanen zustehe. Nürnberg. 1842. — Ueber die bekannten Systeme zur rechtl. Begründung des *jus in sacra* s. Richter, Lehrbuch des kathol. und evangel. Kirchenrechts (1844) §. 52.

2) Die Gesetzgebung in innern Angelegenheiten der Kirche unterliegt keiner Zustimmung der Stände, da sie blos politische Rechte besitzen. Das Nähere über die Kirchenregierungsrechte kann hier keine Stelle finden. Vgl. Richter, a. a. O. §. 175 ff.

3) Edict über die inneren kirchlichen Angelegenheiten der protest. Gesamtgemeinde v. 30 Mai 1818 §§. 1 und 19. (Als Anhang II. zum Edict II. publicirt.)

4) Lehen-Edict v. 7. Juli 1808 §§. 22, 24 und 34. — Es können also nur unmittelbar königliche Lehen bestehen. Die Privatlehen und Afterlehen müssen allodificirt oder in andere Grundverträge (in bodenzinsiges Eigenthum) umgewandelt werden. — Lehen, welche bis dahin von Kaiser und Reich, oder von einem fremden Landesherrn herrührten, sollten fortan vom König zu Lehen gehen. Declaration v. 31. Dec. 1806, VII (H.-B. I. S. 150) und v. 19 März 1807, M. (H.-B. I. S. 158). Lehenpflichten erfüllt der König gegen Niemand (Regierungsbl. v. 1808 S. 199 und v. 1815 S. 753).

belassen.⁵⁾ — Die Lehen, welche der König verleiht, sind entweder Thron- oder Kanzlei-Lehen; erstere werden vom Könige selbst vom Throne aus, diese von dem k. Lehenhofe (dem Ministerium des k. Hauses und des Aeussern) verliehen.⁶⁾

§. 149.

II. Von den Rechten des Königs als Oberhaupt seines Hauses.

1) Der König kann für die Mitglieder seines Hauses verbindliche Vorschriften geben, so weit dadurch wohl begründete Erbrechte oder sonstige wohl erworbene Rechte nicht beeinträchtigt werden.¹⁾

2) Er kann alle zur Erhaltung der Ruhe, Ehre, Ordnung und Wohlfahrt des Hauses dienlichen Massregeln ergreifen und übt eine besondere Aufsicht über die Mitglieder desselben aus.²⁾

Diese Aufsicht erstreckt sich sowohl

a) auf die persönlichen Verhältnisse — daher kann der König von der Erziehung aller Prinzen und Prinzessinnen Einsicht nehmen, ertheilt die Einwilligung zu ihren Ehen, zu Reisen in's Ausland³⁾, — als

b) auf die Vermögensverhältnisse — daher bestimmt er den Unterhalt, resp. die Apanage der Nachgebore-

5) Königl. Declaration von 1807, M Nr. 2 und Edict IV. §. 57.

6) Lehen-Edict §§. 2, 42 und 43. — Das Gesetz v. 15. Aug. 1828, die Revision des Lehen-Edicts betr. §. 4 hat übrigens die gezwungene Allodification der noch nicht allodificirten gemeinen Lehen aufgehoben (Gesetzbl. v. 1828 S. 357). — Alle Diejenigen, welche dem König mit Lehenpflichten zugethan sind, sind gehalten, so oft am Hofe des Lehensherrn zu erscheinen, als sie von ihm einberufen werden. Lehen-Edict §. 81. Es ist aber unrichtig, diess als ein Ehrenrecht des Königs darzustellen, wie v. Moy (B. I. S. 167) that.

1) Familienstatut von 1819 Tit. I. §. 2 (D. B. II. S. 33). Wenn v. Moy (Lehrb. I. S. 176) behauptet, es sey bei Bestimmungen über die Thronfolge nur die Zustimmung der Agnaten, nicht auch der Stände nöthig, so übersieht er Verf. Urk. Tit. X. §. 7 vgl. mit Tit. II. §. 2 ff. und mit dem Familienstatut Tit. V §. 1, das ausdrücklich auf die Verf.-Urkunde verweist.

2) Familienstatut Tit. IV. §. 3. Er ernennt und bestätigt die zu ihrem Hofstaat gehörigen Personen. Tit. VII. §. 1.

3) Familienstatut Tit. IV. §§. 1 und 2 und Tit. II. §. 1.

nen, wenn sie sich etabliren; die über die Apanage getroffenen Verfügungen, insbesondere solche, welche das Witthum betreffen, bedürfen seiner Genehmigung.⁴⁾

3) Er übt die streitige Gerichtsbarkeit in persönlichen Angelegenheiten der Mitglieder des königl. Hauses aus, entweder in Person oder durch den Familienrath.⁵⁾ Auch die freiwillige Gerichtsbarkeit in Sachen derselben kommt ihm zu. Daher hat er das Recht, die von den Prinzen des Hauses für ihre minderjährigen Kinder bestellten Vormünder zu bestätigen und solche zu bestellen, wenn der Vater keine ernannt hat, oder die ernannten die königl. Bestätigung nicht erhielten.⁶⁾

§. 150.

III. Von den Privatrechten des Königs.

1) Die Vermögensrechte des Königs betreffend, so erhält derselbe zur Befriedigung seiner Privatbedürfnisse und zur Bestreitung der Kosten der Hofhaltung die jährliche, in monatlichen Raten zahlbare Summe von 2,350,580 fl. als Civilliste.¹⁾ — Dieselbe ist

a) in permanenter Weise festgestellt; sie kann daher ohne Zustimmung der Stände zu keiner Zeit erhöht, noch ohne Bewilligung des Königs gemindert werden.

b) Sie ist auf die gesammten Staatsdomänen radicirt.²⁾

c) Als Lasten haften auf derselben: die sämmtlichen Ausgaben für die Hof- und Haushaltung des Königs, die Dotation

4) Familienstatut Tit. VI. §§. 3, 6, 7 und 16.

5) Familienstatut Tit. X. §. 2. Wegen der dinglichen und gemischten Klagen s. oben §. 74.

6) Familienstatut Tit. IX. §§. 3–9.

1) Gesetz v. 1. Juli 1834, die Festsetzung einer permanenten Civilliste betr. (H.-B. I. S. 3). — Seit 1818 wurde der Bedarf des Königs je für eine Finanzperiode festgestellt. Das Finanzgesetz v. 1819 bestimmte den Etat des k. Hauses und des Hofes zu 2,745,000 fl. (Gesetzblatt v. 1819 S. 237). — Ueber den Ursprung der Bezeichnung „Civilliste“ vgl. Dahlmann, Politik S. 94.

2) Angef. Gesetz Art. II. und III. — Der Ertrag der Domänen haftet daher primär für die Civilliste.

der Cabinetskasse, der Bedarf der regierenden Königin, der minderjährigen Kinder des Monarchen, der Aufwand für den ganzen Hofstaat, für die Hofstäbe und Intendanten, die seit dem 1. Oct. 1831 anfallenden Pensionen der Hofdienerschaft und die Ausgaben für die Hofgebäude.³⁾

Lasten der Staatscasse dagegen bleiben: Die Apanagen, Wittwengehalte, der Unterhalt der k. Prinzessinnen, der Unterhalt des Kronprinzen⁴⁾ und der volljährigen noch nicht etablirten Prinzen, die Aussteuer, Ausstattung und Vermählung der Prinzessinnen der Hauptlinie, die herkömmlichen Geschenke bei der Entbindung der Königin und Kronprinzessin und die Kosten der Etablissements der k. Prinzen.⁵⁾

Die Ersparnisse aus der Civilliste, die Erwerbungen des Königs aus diesen oder aus sonstigen Privatrechtstiteln, bilden sein freies Eigenthum, worüber er sowohl unter Lebenden als auf den Todesfall frei verfügen kann. Als eine stillschweigende Veräußerung an den Staat wird es angesehen, wenn der König Kunstgegenstände oder zur Beförderung der Wissenschaften dienliche Objecte den öffentlichen Sammlungen ohne Vorbehalt einverleibt hat. Es ist aber als genügender Vorbehalt des Eigenthumsrechts des Königs zu betrachten, wenn die benannten Gegenstände in den Verzeichnissen als dessen Privateigenthum vorgemerkt sind.⁶⁾

Hat der König über dieses sein Privatvermögen nicht disponirt, so gehen die Immobilien, als Bestandtheile der Ge-

3) Angef. Gesetz Art. IV. Dem Gesetze ward ein Verzeichniss der für den Dienst des k. Hofes bestimmten Gebäude angelegt (H.-B. I. S. 45). — Ausnahmsweise ward der Aufwand für einen der Civilliste einzuverleibenden Palast aus der Staatscasse bestritten. Gesetz v. 11. April 1843 (H.-B. I. S. 4). — Der Unterhalt des Reichsverwesers ist gleichfalls aus der Civilliste zu bestreiten (Vgl. oben §. 100).

4) Vgl. über den Betrag oben §. 75 Nr. 2.

5) Angef. Gesetz Art. IV. Wegen Beerdigungskosten s. St.-V. v. 1843 K. d. A. Beil. B. I. S. 205; wegen der Vermählungskosten des Kronprinzen a. a. O. S. 207. Streitig ist, wer die Pensionen *a Conto* heimgefallener Apanagen zu tragen habe. Vgl. St.-V. v. 1843 K. d. A. B. X. S. 16 ff.

6) Gesetz v. 9. März 1828 (H.-B. I. S. 11). Der Monarch ist bei Dispositionen über sein Privatvermögen an die Vorschriften der bürgerlichen Gesetze nicht gebunden. Familienstatut Tit. VIII. §. 2.

sammt-(Hausfideicommiss-)Masse mit in den Erbgang des Mannsstammes über. — Die Mobilien dagegen werden auf die Söhne mit Ausschluss der Töchter vererbt.⁷⁾

2) Die Familienrechte des Königs, also dessen Rechtsverhältnisse rücksichtlich der Ehe, väterlichen Gewalt und Vormundschaft, sind nach den Grundsätzen des gemeinen Privatfürstenrechtes zu beurtheilen, so weit nicht das Familien-Statut Modification desselben getroffen hat.⁸⁾

Zweiter Abschnitt.

Von den inneren Regierungsrechten insbesondere.

Erstes Capitel.

Von den formellen Regierungsrechten.

I. Von der gesetzgebenden Gewalt.

§. 151.

1) Von dem Begriffe, dem Objecte und Subjecte derselben.

1) Die gesetzgebende Gewalt¹⁾ ist die rechtliche Macht, allgemein verbindliche Normen aufzustellen, um durch sie jene Verhältnisse zu regeln und zu bestimmen, welche der Staatsgewalt überhaupt unterworfen sind. Die Absicht, dadurch zu verpflichten, sey es durch Gebot oder Verbot, unterscheidet sie vorzüglich von der vollziehenden Gewalt, deren Ziel vorherrschend dahin geht, zu zwingen. — Die von der gesetzgebenden Gewalt aufgestellten Normen heissen

7) Verf.-Urk. Tit. III. §. 1 Abs. 2 und Familienstatut Tit. VIII. §. 1 (die hier eintretende Intestaterbfolge richtet sich nach den bürgerlichen Gesetzen; a. a. O. §. 4) und Tit. V. §. 3.

8) Vgl. Weiss, System des deutschen Staatsr. §. 264 (S. 547).

1) Vgl. Schmitthenner, ideal. Staatsr. S. 299 ff.

Gesetze im weiteren Sinne;²⁾ sie bilden einen, und zwar den wichtigsten Bestandtheil des objectiven Rechts.

2) Object dieser Gewalt ist Alles, aber auch nur das, was dem Staate, resp. der darin herrschenden Gewalt unterworfen ist, also sämtliche äussere Lebensverhältnisse, insbesondere auch die bestehenden Rechtsverhältnisse selbst, so weit sie im Interesse der Gemeinschaft einer gesetzlichen Normirung bedürfen, resp. derselben fähig sind. Ausgeschlossen sind dem zufolge:

a) die rein individuellen Verhältnisse, deren Anordnung der Gesetzgeber der Selbstbestimmung des Einzelnen zu überlassen hat.

b) Die einer höheren, inneren Gemeinschaft der Menschen angehörigen Verhältnisse, wie Religion, Wissenschaft und Kunst, wobei aber nicht ausgeschlossen ist, für diejenigen Anstalten, welche zur Förderung und Erreichung dieser höheren Zwecke bestehen, Gesetze zu geben, da diese Anstalten der Aussenwelt, und somit der Sphäre der Staatsgewalt angehören.

3) Subject der gesetzgebenden Gewalt ist der König, weil Inhaber der Staatsgewalt. Ihm allein steht sie, und zwar im vollen Umfange zu.³⁾ Aber darum ist sie nicht auch in der Ausübung eine unbeschränkte; er ist vielmehr bei derselben an gewisse Formen gebunden. — Das ausgedehntere Autonomierecht der Standesherrn und der Adeligen überhaupt enthält wenigstens ein der gesetzgebenden Gewalt ähnliches Recht,⁴⁾ freilich nur rücksichtlich ihrer Verhältnisse und in Unterordnung unter die gesetzgebende Gewalt des Königs.

2) Geschriebenes Recht. — Den Gegensatz bilden die dem Gewohnheitsrecht angehörenden Normen.

3) Verf.-Urk. Tit. II. §. 1 und W. Schluss-Acte v. 1820. Art. 57.

4) Von den wesentlichen Verschiedenheiten mündlich. Unrichtig ist die Stellung dieses Rechts bei Dresch, Grundzüge S. 252.

§. 152.

2) Von den Schranken der gesetzgebenden Gewalt.

Die gesetzgebende Gewalt des Königs unterliegt bei ihrer Ausübung einer doppelten Art von Beschränkung, einer äusseren (völkerrechtlichen) und einer inneren (staatsrechtlichen).

1) Die äussere Schranke bildet das Bundesrecht, in Folge dessen

a) die Grundverträge des Bundes (die Bundesacte und Wiener Schluss-Acte v. 1820) für den König rechtsverbindliche Kraft haben. Auf Grund derselben ist er insbesondere verpflichtet, alle auf bundesverfassungsmässigem Wege zu Stande gekommenen Bundesbeschlüsse zu publiciren, und dadurch zur Geltung in Bayern zu bringen.

b) Die innere Gesetzgebung darf nichts festsetzen, was dem Bundesrechte geradezu widerspricht, oder den Bestimmungen desselben nur eine beschränkte Anwendbarkeit gestattet. Der König ist, dem Bunde¹⁾ gegenüber, verpflichtet, den Bundesgesetzen volle Anwendbarkeit einzuräumen und zu lassen. So weit daher die Landesgesetzgebung sich auf die durch Bundesgesetze normirten Rechtsverhältnisse bezieht, soll sie nur dahin gerichtet seyn, deren Ausführung zu erleichtern oder zu ermöglichen.²⁾

2) Die Landesverfassung bindet den König in der Ausübung der gesetzgebenden Gewalt an gewisse Formen; er hat nämlich

a) bei solchen allgemeinen Vorschriften, welche die Freiheit der Person oder das Eigenthum der Unterthanen betreffen,³⁾ vorher den Beirath und die Zustimmung der

¹⁾ Seinen Unterthanen gegenüber ist der König nicht verpflichtet, die bundesrechtlichen Normen zu vollziehen. Vgl. jedoch H. A. Zachariä, a. a. O. B. III. S. 219.

²⁾ Vgl. Bundesbeschluss v. 28. Juni 1832 Art. III. (v. Meyer, Staats-Acten B. II. S. 412). — Der Natur des Bundesrechtes gemäss ist diese Schranke nicht eine von fremder Gewalt dem König vorgezeichnete, sondern eine von ihm freiwillig übernommene. Eine ähnliche Schranke liegt zur Zeit in den Zollvereinsverträgen. S. unten §. 177.

³⁾ v. Moy (B. I. S. 131) umschreibt diess mit den Worten: „Ge-

Stände zu erholen. Auch diese Zustimmung muss eine eigenthümlich bestimmte seyn, wenn es sich um Zusätze oder Aenderungen der Verfassungs-Urkunde handelt (§. 126).⁴⁾ Nur im Nothfalle und bei besonders dringenden Umständen kann der König durch Verordnung provisorische Verfügungen in Gegenständen erlassen, die zum Wirkungskreise der Stände gehören.⁵⁾

b) Die Gesetze im engeren Sinne sind sowohl von ihrer Vorlage an die Stände, als (wenn die ständische Zustimmung erfolgt ist) vor ihrer Erlassung dem Staatsrath zur Berathung vorzulegen.⁶⁾

§. 153.

3) Von den in ihr enthaltenen Befugnissen.

1) Die Befugniss, welche die gesetzgebende Gewalt enthält, sind verschieden, je nachdem die zu erlassende Norm der ständischen Mitwirkung unterliegt oder nicht, — je nachdem also ein Gesetz oder eine Verordnung in Frage ist. Im ersten Falle hat der König folgende Rechte:

a) Die Initiative, so dass der förmliche Entwurf eines Gesetzes nur von ihm ausgeht.¹⁾

setze, welche Bestimmungen über Freiheit und Eigenthum enthalten“. Wir brauchen nicht zu bemerken, dass die Verf.-Urk. etwas ganz Anderes verordnet.

4) Verf.-Urk. Tit. VII. §. 2 und Tit. X. §. 7. Vgl. oben §. 126. — Die Erholung der Zustimmung fällt weg, wenn die St.-V. auf Erlassung eines Gesetzes den Antrag stellt. Vgl. z. B. Landtags-Abschied v. 1846, II. §. 39 (Gesetzbl. v. 1846 S. 30).

5) Die Verf.-Urkunde enthält darüber keine Bestimmung; indessen ist der obige Satz sowohl durch die Natur der Sache, als durch die Analogie von Tit. VII. §§. 7 und 15 gerechtfertigt. — Vgl. Zachariä a. a. O. B. II. S. 121).

6) Verf.-Urk. Tit. VII. §. 30. Staatsraths-Instruction v. 18. Nov. 1825 §. 7 Nr. 1 und 3 (H.-B. III. S. 223). Dieselbe fordert zwar auch bei den wichtigeren Verordnungen die vorherige Berathung des Staatsraths. Allein es steht in der einseitigen Macht des Königs, die Instruction aufzuheben oder zu ändern, und daher konnten diese Bestimmungen hier nicht erwähnt werden.

1) Den Ständen kommt übrigens das Recht des Antrags zu. Vgl. oben §. 134.

b) Die *Sanction*, d. i. die Erklärung des Königs, dass der mit der Zustimmung der Stände versehene Entwurf rechtsverbindlich für die Unterthanen seyn solle.²⁾

c) Die *Publication* des Gesetzes, um es von dem Momente derselben an zur wirklichen Geltung zu bringen.³⁾ Sie geschieht in dem *Gesetzblatte*.⁴⁾

2) Im zweiten Falle lassen sich zwar die so eben genannten Rechte der Sache nach ebenfalls unterscheiden; allein sie kommen nicht auch in dieser formellen Trennung vor. — Es ist daher zweckmässiger, den Inhalt des dem Könige zustehenden *Verordnungsrechtes* in materieller Hinsicht in's Auge zu fassen, und zu ermitteln, welche Befugnisse darin begriffen seyen.

Aus den oben (§. 146) angedeuteten Principe ergibt sich hiefür der allgemeine Satz, dass der König überall im Verordnungswege verfügen könne, wo das Mitwirkungsrecht der Stände nicht begründet ist. Daher können verordnungsweise erlassen werden:

a) Vorschriften, welche die Freiheit der Person oder das Eigenthum der Staatsangehörigen nicht betreffen.⁵⁾

b) Solche, welche blos die zweckmässige Anwendung und Ausführung der Gesetze bezwecken.

c) Vorschriften, welche blos *specielle* Normen enthalten, und nur eine bestimmte einzelne Person berechtigen oder verpflichten. Darin ist begriffen:

α) die Befugniss, *Privilegien* zu ertheilen, d. h. Ausnahmen von einer allgemeinen Regel zu Gunsten einer bestimmten Person oder Sache zu gestatten.⁶⁾ — Von selbst

2) Sie wird gewöhnlich mit den Worten ausgedrückt. „Wir haben beschlossen und verordnen.“

3) Irgend eine Zwangsvorschrift, ein Gesetz, das die ständische Zustimmung erhalten hat, zu publiciren, kennt das bayerische Recht nicht. Doch muss dann davon im Landtags-Abschiede Meldung gethan werden. Verf.-Urk. Tit. VII. §. 29.

4) Die Verbreitung der ständisch verabschiedeten Gesetze durch die veröffentlichten Stände-Verhandlungen ist keine Publication.

5) z. B. Verfügungen über die Organisation der Staatsbehörden, über die Behandlung des Passwesens u. s. w.

6) Unrichtig ist die Ausdehnung, welche v. Moy (B. I. S. 132)

versteht sich, dass diese Befugniss nicht dazu gebraucht werden dürfe, das allgemeine Gesetz überhaupt ausser Anwendung zu setzen. Die Bestimmung der Dauer des Privilegiums ist Sache des Königs. Nur Gewerbsprivilegien dürfen höchstens auf 15 Jahre ertheilt werden.⁷⁾

β) Das Recht zu dispensiren, d. h. die Anwendung eines Gesetzes auf einen bestimmten einzelnen Fall auszuschliessen, so weit diess nicht in einzelnen Fällen ausdrücklich als unzulässig erklärt ist.⁸⁾

§. 154.

4) Von der verbindenden Kraft der Gesetze.

1) Damit das Gesetz verbindlich sey, muss es in verfassungsmässiger Form erlassen und gehörig publicirt seyn. Dazu gehört vor Allem, dass es mit der Unterschrift des Königs versehen sey, und dass da, wo der vorherige Beirath und die Zustimmung der Stände und die Vernehmung des Staatsrathes nothwendig ist, die Beobachtung dieser Vorschrift bei der Publication angeführt werde.¹⁾ — Von dem Momente der Publication an datirt sich auch die Gültigkeit des Gesetzes, so lange nicht die Unmöglichkeit, es zu kennen, nachgewiesen ist;²⁾ es müsste denn im Gesetze ein besonderer Anfangstermin festgesetzt seyn.³⁾

dem Begriffe von Privilegien gibt. Er zählt dahin auch das Recht, Titel zu verleihen, Corporationen anzuerkennen und deren Statuten Kraft und Giltigkeit zu geben!

6) Gesetz, die Grundbestimmungen für das Gewerbswesen betr. v. 11. Sept. 1825 Art. 9 (H.-B. III. S. 73). — Beschränkungen der Privilegiengewalt liegen in Verf.-Urk. Tit. III. §. 4 Abs. 2 u. §. 5 Abs. 4.

8) Verf.-Urk. Tit. VIII. §. 4. — Vergl. z. B. die Vorschriften wegen Dispensation von Ehehindernissen (bei Protestanten) in D. B. VIII. S. 1742 ff.

1) Verf.-Urk. Tit. VII. §. 30. — Steht ein Verf.-Gesetz in Frage, so wird nach einem bis jetzt constant befolgten Usus die Beobachtung der durch Verf.-Urk. Tit. X. §. 7 vorgeschriebenen Formen ausdrücklich angeführt.

2) Das bayer. Recht enthält darüber keine bestimmten Vorschriften, wann ein Gesetz als bekannt anzusehen sey. Vergl. *Code civil* Art. 1. Abs. 3.

3) Vergl. z. B. das Gesetz, die Kreislasten betr., v. 23. Mai 1846

2) Ist das Gesetz einmal in Kraft getreten, so gilt es im Zweifel so lange, bis es in gehöriger Weise aufgehoben oder geändert ist. Dieser Aufhebung, resp. Aenderung ist aber auch jedes Gesetz unterworfen, ohne dass dagegen der Beisatz „für ewige Zeiten“ schützen könnte, und ohne dass andererseits der Vorbehalt der künftigen Aenderung, wenn er beigelegt ist, in der Sache etwas alterirt. — Ausnahmen entstehen

a) bei solchen Gesetzen, welche schon verfassungsmässig nur eine bestimmte Zeit gültig sind; ⁴⁾

b) bei jenen, welche bei ihrer Erlassung schon auf eine gewisse Zeit beschränkt wurden, ⁵⁾ oder die der Natur des Gegenstandes nach nur vorübergehende Gültigkeit haben. ⁶⁾

Eine Modification des Grundsatzes der beständigen Dauer der Gesetze tritt bei solchen Vorschriften ein, die zwar an sich für immer gelten, aber dem Einzelnen nur auf bestimmte Zeit Schutz gewähren, wie z. B. das Gesetz über den Nachdruck.

3) Der Umfang der verbindlichen Kraft der Gesetze bezieht sich

a) was die Gegenstände betrifft, auf das ganze Staatsgebiet, so dass Jeder, der sich innerhalb desselben aufhält oder einen Theil desselben besitzt, ohne Unterschied seiner sonstigen rechtlichen Stellung die bayerischen Gesetze zu beobachten schuldig ist; ⁷⁾

b) was die Personen angeht, auf alle ständigen Unterthanen, auch dann, wenn sie sich etwa zeitweilig im Aus-

Art. X. (Gesetzbl. v. 1846 S. 51), dann das Gesetz, die Regulirung des Biersatzes betr., von dems. Datum §. 13 (a. a. O. S. 88) u. s. w.

4) Dahin gehören die Steuergesetze (6 Jahre) und die Gesetze über das Maximum der Kreisumlagen (3 resp. 6 Jahre).

5) Wie z. B. der Vereinszolltarif (3 Jahre) nach der Verordn. v. 31. Oct. 1845, das Gesetz über die Erhebung der Zollgefälle von 1843 (6 Jahre) u. s. w. Wegen Gewerbsprivilegien s. den vorigen §.

6) Vgl. als Beispiele das Gesetz v. 1. Juni 1822, die Einführung des Hypothekengesetzes etc. betr. (Gesetzbl. v. 1822 S. 125 ff.), das auf den Fall des Eindringens der Cholera erlassene Gesetz v. 28. Dec. 1831 (Gesetzbl. v. 1831 S. 241 ff.).

7) Es ist diess Folge des Territorialprinzips; s. oben §. 22.

lande befinden; auf Fremde nur in so weit, als Realstatute in Frage stehen.⁸⁾

II. Von der vollziehenden Gewalt.

§. 155.

1) Von dem Begriffe, dem Objecte und Subjecte derselben.

1) Die vollziehende Gewalt¹⁾ ist die rechtliche Macht, alles Dasjenige in's Leben zu rufen und zu verwirklichen, was entweder die Gesetze fordern oder sonst der Bestand und die Wohlfahrt des Staates erheischt. Sie ist daher nicht etwa bloß Dienerin der gesetzgebenden Gewalt, sondern ruft viele Anstalten und Einrichtungen selbstthätig in's Leben und bezieht sich überhaupt nicht bloß auf die Aufrechterhaltung und Ausführung des Rechtes (im objectiven Sinne), sondern eben so oft auf die Interessen der Unterthanen oder des Staates selbst. Sie gibt häufig dem Gesetzgeber Anlass und Anregung zur Erlassung oder Aenderung von Gesetzen.

2) Gegenstand dieser Gewalt ist an sich Alles, was der Sphäre des Staates angehört, also zunächst alles Das, was auch der gesetzgebenden Gewalt unterliegt, nur in verschiedener Absicht. — So weit die von der gesetzgebenden Gewalt ausgegangenen Rechtsnormen — die Gesetze — das Object der Vollziehung bilden, ist darin das Recht enthalten, alle jene Anstalten zu treffen, welche zur Ausführung derselben nothwendig erscheinen, insbesondere die Befugniß,

a) Behörden zu errichten und ihnen ihre Geschäftssphäre anzuweisen,

8) Publicationspatent zum Strafgesetzbuch Art. 3. — Dass auch der König die Gesetze zu beobachten rechtlich verpflichtet sey, wenn auch gegen ihn weder Strafe noch sonstiger Zwang Platz greifen kann, folgt einerseits aus der Natur der Sache und dem Inhalte des Verf.-Eides (Verf.-Urk. Tit. X. §. 1), andererseits aus sonstigen positiven Bestimmungen. Familienstatut Tit. VIII. §. 2. S. oben §. 150 not. 6. Vgl. Zachariä a. a. O. B. II. S. 128 ff.

1) Neuere Publicisten bedienen sich dafür des Ausdrucks „Regierungsgewalt“. Stahl, Rechts- und Staatslehre B. II, 167. Er ist aber bedenklicher, wie uns scheint, als der im Text gebrauchte.

b) die Beamten zur Besetzung dieser Stellen unter Beobachtung der Staatsdienerpragmatik zu ernennen,

c) die sonst etwa nöthigen materiellen Vorkehrungen zu treffen, insbesondere die dazu nöthigen Geldkräfte aufzubringen.

3) Subject der Vollziehungsgewalt ist lediglich der König, der die darin enthaltenen Befugnisse durch verantwortliche Beamte (Minister) ausüben lässt. Darum ist übrigens die eigene Thätigkeit des Königs in Ansehung der Vollziehung nicht ausgeschlossen; es genügt, wenn einer der genannten Beamten dabei mitwirkt²⁾ (den betreffenden Act contrasignirt). Eben so ist es dem Ermessen des Königs überlassen, welcher Beamten er sich dazu bedienen wolle.³⁾ Eine directe Mitwirkung der Stände findet bei der Ausübung der Vollziehungsgewalt regelmässig nicht statt.⁴⁾

§. 156.

2) Von den Gränzen und Mitteln der vollziehenden Gewalt.

1) Die vollziehende Gewalt hat einerseits die ihr gegenüberstehende Privatrechtsphäre zu achten; ihre Berechtigung hört daher regelmässig auf, wo sie mit dieser in Collision geräth. Nur in gewissen, durch das Gesetz bezeichneten Fällen und im Falle eines wahren Nothstandes darf sie in die Privatrechte eingreifen; aber auch dann nur in der gesetzlichen Form und mit der Verpflichtung voller Entschädigung des etwa dadurch Benachtheiligten.¹⁾

Andrerseits geht ihre Berechtigung so weit, als die der Staatsgewalt überhaupt; Alles, aber auch nur das, was dieser unterworfen, bildet daher auch einen Gegenstand der Voll-

2) Folgt nicht blos aus Verf.-Urk. Tit. X. §. 4, sondern insbesondere aus dem ständischen Beschwerde- und Anklagerecht.

3) Die Ausnahme, welche in Ansehung der Gerichtsbarkeit stattfindet, s. §. 157.

4) Ausnahme in Verf.-Urk. Tit. VII. §. 14. Indirect wirken die Stände mit, wenn es sich um die Aufbringung der nöthigen Geldmittel handelt.

1) Verf.-Urk. Tit. IV. §. 8 Abs. 4 und Gesetz v. 17. Nov. 1837, die Zwangsabtretung von Grundeigenthum betr., Art. I. (H.-B. I. S. 17).

ziehungsgewalt. Nur müssen dabei immer die Formen beobachtet werden, welche die bestehenden Gesetze fordern.²⁾ So weit insbesondere Gesetze zu vollziehen sind, ist der Inhalt des Gesetzes selbst auch die Gränze; nur ist als Inhalt nicht bloß der Buchstabe, sondern auch der Geist des Gesetzes anzusehen.

2) Die Mittel, deren sich die vollziehende Gewalt zu bedienen hat, um ihre Zwecke zu erreichen, sind verschieden je nach der Richtung der Gewalt selbst, insbesondere je nachdem sie zunächst auf Sachen gerichtet ist, oder auf Personen.³⁾ Im ersten Falle bedient sie sich unmittelbar wirksamer, im zweiten zunächst mehr indirect wirkender Mittel, um die Personen zum Handeln oder Nichthandeln zu bestimmen. — Dazu dienen ihr insbesondere

a) Befehle, entweder einfache oder mit Androhung von Uebeln für den Fall der Nichtbeachtung verbundene;

b) physischer Zwang, falls dem Befehle nicht Folge geleistet wird, oder gleich anfänglich zu demselben geschritten werden muss.⁴⁾

Zweites Capitel.

Von den materiellen Regierungsrechten.

I. Von der Justizgewalt.

§. 157.

1) Von dem Begriffe und der Ausübung derselben im Allgemeinen.

1) Die Justizgewalt bezeichnet den Inbegriff der Befugnisse des Regenten, welche zum Zwecke haben, die Rechtsordnung im Staate zu begründen und zu erhalten. Sie begreift daher vorzugsweise:

2) Vgl. Verf.-Urk. Tit. IV. §. 8 Abs. 3 und oben §. 26 Nr. 2, e.

3) Vgl. Schmitthener, ideal. Staatsr. S. 320 ff.

4) Dazu bedarf der Regent einer stets bereiten bewaffneten Macht, welche den Zwang vollzieht. Diese ist vorzugsweise die Gensd'armerie. Edict, die Errichtung einer Gensd'armerie betr. v. 11. Oct. 1812 (D. B. XIII. S. 134 ff.). Vgl. auch Verf.-Urk. Tit. IX. §. 6.

a) Das Recht, G e s e t z e in Rechtssachen zu geben, also die Regeln aufzustellen, nach denen das Recht bestehen und aufrecht erhalten werden soll.

b) Die Gerichtsbarkeit oder die Befugniss, das bestehende Recht auch in den einzelnen Fällen in Geltung zu erhalten, indem *praevia causae cognitione* entschieden wird, was Rechtens sey, und die Entscheidung vollstreckt wird. — Dabei wird sonach vorausgesetzt, dass im einzelnen Falle noch Ungewissheit und Streit darüber bestehe, was dem Rechte entspreche. Dem Zwecke der Erhaltung des Rechts kann man übrigens auch dadurch zu genügen suchen, dass man der Ungewissheit des Rechts, dem Streite, vorzubeugen sucht. Dies wird dadurch erstrebt, dass die Staatsgewalt gewisse Rechtsgeschäfte unter öffentlicher Beglaubigung vornehmen lässt oder ihre (gerichtliche) Bestätigung als nothwendig erklärt. Wir rechnen auch die in dieser Absicht vorzunehmenden Handlungen zur Gerichtsbarkeit, fassen sie aber zum Unterschiede von der eigentlichen streitigen Jurisdiction unter dem Namen der nicht streitigen oder freiwilligen Gerichtsbarkeit¹⁾ zusammen.

Je nachdem das Rechtsverhältniss, um dessen Aufrechterhaltung sich's handelt und das durch Urtheil²⁾ festzustellen ist, dem Civil- oder Strafrechte angehört, ist auch die Justizgewalt entweder Civil- oder Criminaljustizgewalt.

c) Die Befugniss, die Behörden und Anstalten in's Leben zu rufen, welche zur Ausübung der Gerichtsbarkeit erforderlich sind (Gerichtsorganisation), und dieselben mit den nöthigen Beamten zu besetzen.

2) Die Ausübung dieser Rechte betreffend, sind folgende Grundsätze entscheidend:

¹⁾ Wenn man die Bezeichnung „Gerichtsbarkeit“ für das in Rede stehende Institut noch rechtfertigen kann, so ist dagegen der Beisatz „freiwillige“ jedenfalls unpassend. Davon und von dem Ausdruck „Präventiv-Justiz“ näher mündlich. Vgl. Mohl, Polizeiwissenschaft B. III.

²⁾ Die nicht streitige Gerichtsbarkeit bezieht sich ihrem Gegenstande und Zwecke nach bloß auf Civilsachen.

a) Die Gesetzgebung in Justizsachen steht dem Könige unter Beobachtung der verfassungsmässigen Formen zu. Die Frage, in wie ferne die Stände dabei mitzuwirken haben, ist nach den für ihr Mitwirkungsrecht aufgestellten Principien zu beantworten (§. 126). Diesen gemäss ist, z. B. das Recht der Gerichtsorganisation, der Eintheilung der Gerichtsbezirke u. s. w. ein Ausfluss des Verordnungsrechtes des Königs.

b) Die Gerichtsbarkeit kommt zwar dem Rechte nach ebenfalls dem Könige zu; er ist die Quelle aller Gerichtsbarkeit im Staate. Die Ausübung derselben unterliegt aber besonderen Grundsätzen.

§. 158.

2) Von der Ausübung der Gerichtsbarkeit insbesondere.

1) Die Gerichtsbarkeit wird durch eine geeignete Zahl von Aemtern und Obergerichten in einer gesetzlich bestimmten Instanzenordnung¹⁾ verwaltet.²⁾ Die persönliche Mitwirkung des Königs (oder einer sonstigen Nichtjustizbehörde) bei der Ausübung der Rechtspflege (Cabinetsjustiz) ist sonach ausgeschlossen. Er hat lediglich das Recht, resp. die Pflicht, die zur Verwaltung derselben nöthigen Aemter und Obergerichte in's Leben zu rufen, die vorhandenen zu erhalten und gehörig zu besetzen,³⁾ ihnen ihre Geschäftsordnung vorzuschreiben, und den Umfang ihrer Zuständigkeit zu bestimmen.⁴⁾

2) Die Gerichte sind innerhalb der Gränzen ihrer amtlichen Befugniss unabhängig.⁵⁾ Sie schreiten daher

1) Was die Zahl der Instanzen betrifft, vgl. Bundes-Acte Art. 12 (H.-B. I. S. 505).

2) Verf.-Urk. Tit. VIII. §. 1.

3) In wie weit zur Zeit collegiale Verfassung gesetzlich besteht, vgl. Seuffert, Comment. B. I. S. 222.

4) Es steht ihm frei, den Aemtern auch Verwaltungsgeschäfte zuzuweisen, da der Grundsatz der Trennung der Justiz von der Administration zur Zeit in Bayern nicht gilt. — Soweit gutherrliche oder standesherrliche Gerichte verfassungsmässig bestehen, hat der König zu wachen, dass dieselben den bestehenden Vorschriften entsprechend besetzt seyen u. s. w. Vgl. oben §. 55 ff.

5) Verf.-Urk. Tit. VIII. §. 3.

a) überall, aber auch nur da ein, wo es nach den bestehenden Gesetzen gerechtfertigt ist. Specialbehörden für einzelne Fälle zu bestellen, ist unzulässig.⁶⁾ — Ist

b) ihre Zuständigkeit einmal begründet, so kann der Lauf der Justiz von Niemanden gehemmt oder gesetzwidrig verzögert werden. Doch hat der König das Recht, wenn die gesetzlichen Vorbedingungen vorhanden sind, *Moratorien* zu ertheilen.⁷⁾

c) Die (materielle) Entscheidung der Sache hängt blos von der Erwägung der Gerichte ab; nur sind sie verbunden, ihren Urtheilen die Entscheidungsgründe beizufügen.⁸⁾ — Eine Aenderung oder Aufhebung eines gefällten richterlichen Erkenntnisses ist nur dann rechtlich möglich, wenn die Sache auf dem Wege der gesetzlichen Rechtsmittel an ein höheres Gericht gelangt.⁹⁾

d) Das rechtskräftige Urtheil wird, ohne dass es erst einer Bestätigung des Königs oder einer Administrativbehörde bedürfte, von den Gerichten vollstreckt. Nur in strafrechtlichen Sachen kann der König Gnade ertheilen, die Strafe mindern oder erlassen.¹⁰⁾

3) Die Richter können nur durch einen Rechtsspruch von ihren Stellen mit Verlust des damit verbundenen Gehaltes entlassen oder derselben entsetzt werden.¹¹⁾

4) Die Gerichte verwalten die Jurisdiction im Namen und unter der Oberaufsicht des Königs. Der erste

6) Verf.-Urk. Tit. IV. §. 8 „Niemand darf seinem ordentlichen Richter entzogen werden“.

7) *Cod. jud. cap. XVIII. §. 12.* — Den Rechten der Gerichte *sub a* und *b* entspricht die Pflicht, die Justiz Niemand zu versagen und zu verzögern.

8) Verf.-Urk. Tit. VIII. §. 2 und Verordn. v. 17. April 1813 (Moritz, Novellen, B. III. S. 208).

9) Vgl. *Cod. jud. cap. XIV. §§. 9 und 11* und *cap. XVI. §. 4.*

10) Verf.-Urk. Tit. VIII. §. 4. Todesurtheile müssen vorher dem König vorgelegt werden, damit er sein Begnadigungsrecht auch unaufgefordert ausüben könne. Strafgesetzb. Thl. II. Art. 381. — Keine Begnadigung findet gegen standrechtliche Erkenntnisse statt. Ibid. Art. 454.

11) Verf.-Urk. Tit. VIII. §. 3; vgl. auch Edict IX. §§. 4 und 23. — Sie sind ferner sofort definitiv (Edict IX. §. 4) und behalten bei Quiescenzfällen ihren Gesamtgehalt (Edict IX. §. 23).

Umstand hat nur Einfluss auf die Form des Urtheils;¹²⁾ dagegen sind in der O b e r a u f s i c h t des Königs folgende Befugnisse begriffen:

a) Er kann sich durch Geschäfts - Tabellen oder durch Visitationen von dem geordneten Gange der Justizverwaltung zu überzeugen suchen;

b) im Falle wegen Verzögerung oder Verweigerung der Justiz bei ihm Beschwerde geführt wird, gewährt der König Abhilfe¹³⁾ und verhängt

c) gegen richterliche Beamte, welche sich einer Säumniss oder Pflichtwidrigkeit schuldig gemacht haben, Ordnungs-Strafen.¹⁴⁾

§. 159.

3) Von der sogenannten Administrativ-Justiz¹⁾ insbesondere.

In allen Fällen, wo eine Civiljustizsache²⁾ überhaupt vorliegt, können nur die Gerichte verhandeln und entscheiden. Eine solche ist aber überall vorhanden, wo die Frage zu beantworten kommt, ob eine die Privatrechte eines Andern verletzende Handlung³⁾ nach den bestehenden Gesetzen sich rechtfertigen lasse oder nicht, und wenn nicht, welche rechtlichen Folgen die Verletzung nach sich ziehe. — Ausnahmsweise sind aber einzelne Sachen, welche dem aufgestellten Begriffe gemäss Justizsachen wären, also zum Wirkungskreise der Gerichte gehörten, diesen entzogen und den Verwaltungsbehörden⁴⁾ zur Verhandlung und

¹²⁾ Die Erkenntnisse der Appellationsgerichte lauten daher: „Im Namen Sr. Maj. des Königs . . .“

¹³⁾ *Cod. jud. cap. XVI. §. 4.*

¹⁴⁾ Wo es sich um Verbrechen oder Vergehen handelt, können nur die einschlägigen Gerichte untersuchen und strafen.

¹⁾ S. die Literatur dieser gemeinrechtlich sehr bestrittenen Lehre, bei Zachariä a. a. O. B. II. S. 177 und Jordan in dem Rechtslexic. von Weiske, B. I. S. 134 ff.

²⁾ Auch die Criminalsachen mit hieher zu ziehen, erscheint als zweckwidrig, da die Administrativ-Justiz stets nur als eine Unterart der Civiljustiz aufgefasst wird.

³⁾ Wer das handelnde Subject sey, ob die Regierung oder ein Privater, ist in dieser Hinsicht gleichgiltig.

⁴⁾ Die Districtspolizeibehörden erkennen in erster, die Kreisregierungen K. d. I. in zweiter, und wenn eine weitere Berufung zulässig ist, regelmässig der Staatsraths-Ausschuss in dritter Instanz.

Entscheidung zugewiesen. Als Rechtfertigungsgrund für diese Anomalie führt man bald an, dass der Staat aus Rücksicht auf das *Gemeinwohl* bei der Entscheidung einzelner Sachen in zu hohem Grade betheiligt sey, als dass er diese den Gerichten überlassen könnte, die nur nach strengem Rechte entscheiden; bald dass bei Beurtheilung gewisser Sachen besondere technische Kenntnisse erfordert werden, die man von dem Richter nicht wohl verlangen könne; bald dass viele Angelegenheiten einer schleunigen Erledigung bedürfen u. s. w.⁵⁾ Die wichtigsten Arten dieser Sachen, welche man zum Unterschied von den durch die Gerichte zu entscheidenden *administrativ-contentiöse* nennt, führt die Kompetenzregulirung des geheimen Rathes vom 8. August 1810 auf; andere kamen durch spätere Gesetze hinzu, während wieder andere auch zur Regel gewiesen wurden. Als Beispiele mögen hier genannt werden: Postbeeinträchtigungen, Aufschlagsdefraudationen, Nachsteuersachen, Culturstreitigkeiten, Brandassecuranzsachen u. s. w.⁶⁾

Im Zweifel ist für die Zuständigkeit der Gerichte zu präsumiren, und daher eine Justizsache überall anzunehmen, wo nicht ausdrückliche Gesetze das Gegentheil bestimmen.

Bei etwaigen *Competenz-Conflicten* entscheidet das Rescr. vom 22. Juni 1813.⁷⁾

II. Von der Polizeigewalt.

§. 160.

1) Von ihrem Begriff und ihrer Ausübung im Allgemeinen.¹⁾

1) Die *Polizeigewalt* ist die rechtliche Macht, alles Dasjenige zu verhüten und zu beseitigen, was der rechtlichen

5) Ueber weitere Gründe s. Zachariä, a. a. O. S. 180.

6) Vgl. v. Wendt, vollständige Darstellung des Verfahrens in administrativ-contentiösen Sachen. Nürnberg 1836. v. Moy, Lehrb. Thl. II. Abth. 1. S. 73 ff. und Wunder, die administrativen Rechtsstreitigkeiten im Königreich Bayern und das Verfahren in dens. Bayr. 1847.

7) Vgl. Seuffert, Comment. B. I. S. 160.

1) Mohl, die Polizeiwissenschaft nach den Grundsätzen des Rechtsstaate .2 Bände, Tübingen 1832.

Existenz des Staates im Ganzen oder dem Rechtsgebiete des Einzelnen Gefahr bringen könnte, und andererseits Alles ins Leben zu rufen, was den Staatsgliedern die zu ihrer physischen und geistigen Wohlfahrt nothwendigen Mittel gewährt, die theils bestimmt sind, Hindernisse zu entfernen, theils positiv fördernd zu wirken. Sie wird in ersterer Beziehung (als Sicherheitspolizeigewalt) thätig, wenn und weil ihr Handeln zufolge der vorliegenden factischen Verhältnisse als nothwendig erscheint, und tritt eben darum, wenn die Gefahr von Personen herrührt, zwingend auf (daher auch Zwangspolizei genannt). In der zweiten Rücksicht (als Wohlfahrtspolizeigewalt) wird sie nur dann wirksam, wenn und weil ihr Handeln als nützlich erscheint, um gewisse Anstalten ins Daseyn zu rufen, welche von den einzelnen Staatsgliedern für sich nicht hergestellt werden könnten; sie sucht hier zu unterstützen (daher Hilfspolizei genannt²⁾).

Die Polizeigewalt umfasst

a) was die Form ihrer Thätigkeit betrifft, sowohl das Recht der Gesetzgebung als der Vollziehung in Polizeisachen.

Soweit blos das Recht der Gesetzgebung und der Anordnung allgemeiner Vollzugsmassregeln in Frage ist, spricht man von einer hohen Polizei, im Gegensatze zu der die Durchführung der einzelnen Massregeln im Leben anstrebenden niedern Polizei.³⁾

b) Der Umfang ihres Wirkungskreises befasst alle Sachen und Personen, welche sich im Staatsgebiete befinden; sie folgt dem Territorialitätsprincipe. Daher ist insbesondere auch der Fremde, so lange er sich in Bayern aufhält, den polizeilichen Anordnungen Gehorsam schuldig.⁴⁾

²⁾ Vgl. Zachariä a. a. O. B. II. S. 258 Nr. 2, II.

³⁾ Rheinbunds-Acte Art. 26 und 27 und Edict IV. §. 26. — Die in Abs. 1 erwähnte „untere Polizei“ wird in Abs. 2 a. E. als „Local- und Districtspolizei“ bezeichnet. Vgl. auch Edict IV. §. 29, wo im Gegensatz zu §. 26 der Inhalt der hohen Polizei näher angegeben wird.

⁴⁾ Vgl. die Verordn. v. 17. Jan. 1837, das Passwesen betr. (H.-B. II. S. 411 ff.

2) Subject der Polizeigewalt ist der König.⁵⁾ Er lässt sie durch Aemter ausüben, welche von ihm, sowohl was die Form als den Inhalt ihrer Thätigkeit betrifft, abhängig sind; es ist daher seine persönliche Einwirkung nicht ausgeschlossen. — Die Polizeibeamten sind ferner nicht schon an sich inamovibel, sondern haben jedenfalls das dreijährige Provisorium zu bestehen, ehe sie die Vortheile der Staatsdiener-Pragmatik erwerben können; sie verlieren im Falle der Quiescenz ihren Dienstesgehalt.⁶⁾

§. 161.

2) Von dem Verhältnisse der Polizei zur Criminaljustiz insbesondere.

Die Polizei tritt insbesondere mit der Criminaljustiz in so häufige Wechselbeziehung, dass die Stellung beider Gewalten leicht verrückt werden kann. Die Hauptgrundsätze, welche dem bayerischen Rechte gemäss über ihr Verhältniss entscheiden, sind folgende:

1) Die Polizei hat Verbrechen und Vergehen durch Aufsicht und Anstalten möglichst zu verhüten, nur darf dadurch die persönliche Freiheit eines Unterthanen nicht beeinträchtigt werden; daher Confination von Seite der Polizei nur in Folge richterlichen Erkenntnisses gestattet ist.¹⁾

2) Wenn eine Rechtsverletzung verübt wurde, ist die Polizei gehalten, wo möglich die weitere Ausdehnung der Folgen zu verhindern, und sogleich dem zuständigen Untersuchungsgerichte Anzeige zu erstatten, inzwischen aber zu wachen, dass die Spuren, die das Verbrechen hinterlassen hat, nicht vertilgt oder verändert werden.²⁾

5) Eine Mitwirkung der Stände tritt dabei in soweit ein, als dieselbe dem oben §. 126 angeführten Princip gemäss begründet ist, wie z. B. bei einem Polizeistrafgesetzbuche.

6) Edict IX. §§. 2, 19 und 23.

1) Strafgesetzb. Thl. I. Art. 36 Abs. 3. — Das, was der Criminaljustiz zugehört, ergibt sich durch Schlüsse leicht aus dem Angeführten.

2) Strafgesetzb. Thl. II. Art. 18 und 19 Nr. 1—4.

Rücksichtlich der Person des Thäters insbesondere hat die Polizei nur das Recht, Anstalten zu treffen, um dessen Flucht zu verhindern, oder um ihn, falls er noch unbekannt ist, zu entdecken. Verhaftung desselben ist nur zulässig, wenn sie von der Justizbehörde verlangt wird.³⁾ — Da, wo der Polizeibehörde ausnahmsweise das Recht eingeräumt ist, ohne Verhaftsbefehl den Thäter zu ergreifen, hat sie den Ergreifenen spätestens innerhalb 24 Stunden dem Untersuchungsrichter auszuliefern.⁴⁾

3) Ein Strafrecht rücksichtlich begangener Rechtsverletzungen steht der Polizei dann zu, wenn es sich um Polizeieübertretungen handelt, d. h. um Handlungen oder Unterlassungen, welche, an sich nicht rechtsverletzend, polizeilich unter Strafe geboten oder verboten sind, oder wenn solche geringere Rechtsverletzungen in Frage sind, bei denen nicht so sehr die Ahndung der begangenen, als vielmehr die Verhütung künftiger derartigen Uebertretungen die Absicht der Strafe ist.⁵⁾

4) Der von einer Criminalstrafe Betroffene ist, wenn er diese erstanden hat, nur dann einer besonderen polizeilichen Aufsicht unterworfen, wenn ein richterliches Erkenntniss diese anordnet. — Nur wer nach überstandener Strafe aus dem Zuchthaus entlassen ist, steht in Kraft des Gesetzes unter solcher Aufsicht. — Der bloss von der Instanz Entlassene ist regelmässig, wenn er nicht Sicherheit dafür leistet, dass er sich auf Erfordern jedesmal vor Gericht stellen und ohne Vorwissen des Gerichts den ihm angewiesenen Bezirk nicht verlassen wolle, unter die besondere Aufsicht der Polizei seines Wohnorts zu stellen.⁶⁾

3) Strafgesetzb. Thl. II. Art. 19 Nr. 4–6. Noch weniger ist die Polizeibehörde berechtigt, ein auf die Anschuldigung sich beziehendes Verhör des Verdächtigen vorzunehmen, Steckbriefe zu erlassen etc. A. a. O. Art. 20.

4) Strafgesetzb. Thl. II. Art. 126 und Art. 19 Nr. 7. Wo ein gerichtlicher Verhaftsbefehl vorliegt, da ist die Polizei verpflichtet, ihn zu vollstrecken. A. a. O. Art. 125.

5) Strafgesetzb. Thl. I. Art. 2 Abs. 4. — Ueber die Straf-Arten s. Verordn. v. 24. Sept. 1808 §. 91 (H.-B. II. S. 281 ff.).

6) Strafgesetzb. Thl. II. Art. 390 und 401.

III. Von der Finanzgewalt.¹⁾

§. 162.

1) Von dem Begriff und dem Umfang derselben überhaupt.

1) Die Realisirung der von der Staatsgewalt anzustrebenden Zwecke ist durch den Besitz der entsprechenden materiellen Güter bedingt. Da nun jene Zwecke nothwendig realisirt werden müssen, so ist auch für den Regenten das Recht begründet, diejenigen materiellen Mittel beizuschaffen und zu verwenden, ohne welche die Erreichung der primären Staatszwecke nicht möglich wäre. Dieses Recht nennt man *Finanzgewalt*; sie ist sonach die rechtliche Macht des Regenten, die zur Deckung der Staatsbedürfnisse erforderlichen Güter herzustellen, für das Bedürfniss bereit zu halten und über ihre Verwendung Rechnung und Controle zu führen.

2) Sie befasst diesem ihrem Begriffe entsprechend vorzugsweise folgende Rechte, welche je nach den Umständen bald in Form der Gesetzgebung, bald der Vollziehung ausgeübt werden:

a) Die *Staatsbedürfnisse* überhaupt richtig zu stellen und die *Quantität* von Gütern, welche zu ihrer Befriedigung nothwendig sind, die *Staatsausgaben* zu bestimmen, um so den *Bedarf* für eine gewisse Zeit ermessen zu können. — Auf wie lange diese Vorausbestimmung geschehe, und in wie weit dabei den Ständen ein Mitwirkungsrecht zukomme, ward schon oben erörtert.²⁾

b) Die zur Bestreitung der Ausgaben erforderlichen *Deckungsmittel* aufzufinden und zu benützen, d. h. die *Staats-Einnahmen* festzusetzen.

c) Ueber die wirkliche Erhebung der Einnahmen und die Verwendung eine geordnete Rechnungsführung und Controle anzuordnen.³⁾

1) Man kann die Finanz- und Militärgewalt, um sie von den beiden vorigen zu unterscheiden, *secundäre* Regierungsrechte nennen.

2) S. oben §§. 127 und 128.

3) Die Hauptnormen über das Cassen- und Rechnungswesen des Staates sind enthalten in der A. Instruction v. 2. März 1814 (Geret,

3) Subject der Finanzgewalt ist der König, der aber bei der Ausübung derselben einerseits durch die bestehenden Verfassungsvorschriften — Verbot von Steuerfreiheit und Gebot der Gleichheit der Abgaben — andererseits durch das Mitwirkungsrecht der Stände beschränkt ist. Unbeschränkt steht ihm die Finanzverwaltung, ⁴⁾ die Organisation der dazu nöthigen Aemter und die Besetzung derselben zu.

2) Von den Rechten des Königs in Ansehung der Staatseinnahmen.

§. 163.

a) Allgemeine Uebersicht.

Der Aufwand für die Gesammtheit der wesentlichen Staatsbedürfnisse muss gedeckt werden, wenn der Staat bestehen soll. ¹⁾ Als Quellen zur Erzielung von Einnahmen stehen aber dem König zu Gebot:

1) Die Staatsdomänen, d. h. der Inbegriff jener Vermögensobjecte, an welchen dem König als solchem das Eigenthum (im weiteren Sinne des Wortes) zukommt, wobei es dann gleichgiltig ist, ob sie unmittelbar in ihrer Nutzung einem Staatsbedürfnisse dienen (*res publicae*) ²⁾ oder nur mittelbar in ihren Erträgnissen zur Deckung eines solchen gebraucht werden. Verschieden davon ist:

a) das Privatvermögen des Königs und der Mitglieder des regierenden Hauses; ³⁾

Repertorium, B. IV. S. 245 ff. und in der Verordn. v. 11. Jan. 1826 (Regierungsbl. v. 1826 S. 169).

4) Nur bei der Besorgung der auf das Staatsschuldenwesen bezüglichen Verwaltungsgeschäfte findet eine beständige ständische Aufsicht statt. Verf.-Urk. Tit. VII. §. 14.

1) Es richtet sich daher im Staatshaushalte die Ausgabe nicht unbedingt nach der Einnahme; diess ist nur dann der Fall, wenn die letztere die Gesammtheit der nothwendigen Ausgaben übersteigt.

2) Eben darum darf daraus, dass eine Sache einem Staatsbedürfnisse dient (wie Stiftungsvermögen), nicht ein Staatseigenthum abgeleitet werden.

3) Vgl. oben §§. 74, 75 und 150. Der regierenden Familie an den Staatsdomänen ein Miteigenthum einzuräumen (v. Moy, B. I. S. 138), entbehrt jedes positiven Grundes. Vergl. Zachariä, a. a. O. B. III. S. 43.

b) Das Vermögen der öffentlichen Corporationen, wie der Gemeinden, Kirchen u. s. w.

2) Die Regalien, d. h. gewisse nutzbare Rechte, die in ihrer Art nur dem Könige zustehen, wenn sie auch ihrem Wesen nach keineswegs aus der Regierungsgewalt abgeleitet werden können (daher zufällige Hoheitsrechte sind).

Beide Arten von Einnahmequellen fasst die V.-Urk. unter dem Namen Staatsgut zusammen, und erklärt dasselbe für unveräußerlich. — Neue Erwerbungen, die aus Mitteln des Staats gemacht wurden, werden Bestandtheile desselben.⁴⁾

3) Das Recht Steuern zu erheben, im Falle die vorher erwähnten Einkommensquellen nicht zureichen, um den Staatsbedarf zu befriedigen.⁵⁾

§. 164.

b) *Hinsichtlich der Staatsdomänen*¹⁾ insbesondere.

1) Soll eine klare Einsicht in die Natur und den Umfang der dem Könige hinsichtlich der Staatsdomänen zustehenden Rechte möglich gemacht werden, so ist es vor Allem nothwendig, die einzelnen Arten von Sachen und Rechten, welche dahin gehören, genauer zu kennen. Sieht man dabei von jenen Gütern ab, welche unmittelbar in ihrer Nutzung einem Staatsbedürfnisse dienen, so lassen sich folgende Arten von Staatsdomonialgütern unterscheiden:

a) Sachen, woran der Regent als solcher volles Eigenthum hat, wie Grundstücke²⁾ (einzelne und Gutscomplexe³⁾), Gebäude, Gewerbs-Anstalten.⁴⁾

4) Verf.-Urk. Tit. III. §. 1, §. 2 Nr. 9 und §. 3.

5) Die Verf.-Urkunde Tit. VII. §. 4 erkennt die subsidiäre Natur des Besteuerungsrechtes ausdrücklich an. — Rücksichtlich des Rechtsgrundes kann man völkerrechtliche, staatsrechtliche und privatrechtliche Einnahmen unterscheiden. Näher davon mündlich.

1) Es ist diese Bezeichnung dem constanten Sprachgebrauch in den Budgets entnommen.

2) Am wichtigsten sind die Staatsforsten, die einen jährlichen Roh-Ertrag von circa 5½ Millionen gewähren.

3) Die Landgüter Schleisheim und Weißenstephan dienen mehr wirthschaftspolizeilichen Zwecken.

4) Solche sind Brauereien, Mühlen, Ziegel- und Kalkbrennereien u. s. w. St.-V. v. 1843 K. d. A. Beil. B. I. S. 60 ff.

b) Rechte, welche aus dem **O b e r - E i g e n t h u m** fließen unter denen vorzüglich die lehen-⁵⁾ und grundherrlichen Gefälle (theils ständige, theils unständige) zu nennen sind.

c) Gefälle und Rechte, die der Staat als **G u t s h e r r** von seinen Untergebenen zu fordern hat, wie die gerichts-, zins- und zehentherrlichen Gefälle, ⁶⁾ bezüglich deren die oben (§. 65) erörterten Grundsätze auch dem Staate gegenüber gelten.

d) Verzinsliche Staatsactiv-Capitalien, die aber zum grössten Theile nur vorübergehend in dieser Eigenschaft benützt werden.⁷⁾

2) Die Gesamtheit der Staatsdomänen steht im Eigenthum des Königs als solchen; sie sind jedoch von ihm ungeschmälert zu erhalten. Die Art ihrer Benützung wird von ihm angeordnet; er lässt sie je nach seinem Ermessen entweder in eigener Regie verwalten oder verpachten.⁸⁾ Die daraus erzielten Einnahmen fließen in die Staatscasse,⁹⁾ und sind zur Deckung der Staatslasten zu verwenden. Vor Allem ist aus ihnen die Civilliste zu bestreiten; der Rest kann zur Deckung jeder Staatsausgabe gebraucht werden.

§. 165.

c) *Hinsichtlich der Staatsregalien und Anstalten.*

1) Die Regalien, welche in Bayern bestehen, lassen sich auf zwei Classen zurückführen:

a) auf gewisse **S a c h e n**, welche an sich auch im Eigenthum von Privaten stehen und von diesen besessen werden

5) Vgl. oben §. 148 Nr. 2. Sie bestehen zur Zeit vorzüglich in der **L e h e n t a x e** bei der Belehnung, oder der Lebenserneuerung u. s. w. Die Lehenpferdgelder, welche das Edict v. 1808 als ständige Lehenabgabe statuirt hatte, und die Kanzleigeühren hat das Gesetz v. 15. Aug. 1828 §§. 1 und 2 (Gesetzbl. v. 1828 S. 354) aufgehoben.

6) Sie betragen mit den *sub b* erwähnten Gefällen mehr als 2 Millionen G. Br.

7) Sie sind nämlich meistens Kaufschillinge von Realitäten, die einstweilen zinsbringend angelegt werden. Vgl. Verf.-Urk. Tit. III. §. 7.

8) Verf.-Urk. Tit. III. §. 6 Nr. 4.

9) Es gibt im bayerischen Rechte keine besondere **K a m m e r c a s s e**; daher ist auch die neuerlich von Mehreren wieder angenommene **C a m e r a l g e w a l t** bei uns nicht vorhanden.

können, macht der Staat ein ausschliessliches Recht geltend, regelmässig darum, weil höhere, wirthschaftliche Gründe diess fordern, bisweilen aber auch bloss desshalb, um einen Ertrag daraus zu erzielen.¹⁾

b) Gewisse Erwerbsgeschäfte betreibt nur der Staat mit Ausschluss der Unterthanen, entweder aus Rücksicht auf das Interesse des Ganzen, das dadurch gefördert wird, oder bloss aus Rücksicht auf den Gewinn, den sie abwerfen.²⁾

2) Die vorhandenen Regalien werden von der Regierung ohne Concurrenz der Stände verwaltet, und die daraus erzielten Einnahmen, deren Erhebung und Verrechnung der Regierung allein zukommt, werden zur Deckung von Staats-Bedürfnissen überhaupt, gleichviel welchen, verwendet.³⁾ — Neue Regalien können, da sie entweder das Eigenthum, oder die persönliche Freiheit der Unterthanen beschränken, nur durch ein Gesetz, also mit Zustimmung der Stände eingeführt werden.

§. 166.

d) Hinsichtlich der Steuern.

1) Wenn und in so weit die Einnahmen aus den beiden erwähnten Quellen zur Deckung des Staatsbedarfs nicht zu reichen, hat der Regent das Recht der Besteuerung, d. h. die Befugniss, von seinen Unterthanen als solchen Geldbeiträge zu fordern. Die Last, welche hieraus für die Unter-

1) Zu dieser Classe gehören das Berg- und Salzregale, das Jagdregale (das als Nebennutzung der Staatsforsten in den Budgets erscheint), die Perlenfischerei und Goldwäscherei, die Occupation herrenloser Objecte. Im Budget wird auch die Nachsteuer und Emigrationstaxe zu den Regalien gestellt.

2) Der zweiten Classe sind zuzurechnen das Post- (und Eisenbahn-), das Lottoregale und die Redaction des Gesetz- und Regierungsblattes. Das Münzrecht bildet kein (Finanz-) Regale (seit der II. Finanzperiode). Das Tabaksmonopol (Verordn. v. 20. Aug. 1811 im Regierungsblatt v. 1811 S. 1049) wurde durch das Zollgesetz v. 22. Juli 1819 §. 1 (Gesetzbl. v. 1819 S. 100) aufgehoben.

3) Eine Ausnahme tritt bei den Einnahmen aus den Eisenbahnen ein; sie sind zunächst zur Verzinsung und Tilgung der zum Bau aufgenommenen Anlehen bestimmt. Vgl. Gesetzbl. v. 1846 S. 67.

thanen erwächst, muss aber alle, und zwar alle in gleichem Masse treffen.¹⁾

2) Um den Inhalt und Umfang dieses Regierungsrechtes zu beurtheilen, muss man die verschiedenen Hauptarten von Steuern, welche das bayerische Recht kennt, die directen und indirecten Steuern²⁾ nämlich, von einander trennen. Was zuerst

a) die directen³⁾ betrifft, so können solche nur mit Zustimmung der Stände erhoben werden, ohne dass es darauf ankäme, ob die Steuer vorher schon bestanden hätte und nur forterhoben,⁴⁾ oder ob sie (ganz oder theilweise) neu eingeführt werden soll, ferner ob sie eine ordentliche oder ausserordentliche ist. In welcher Weise, wann und auf wie lange die ständische Zustimmung ertheilt werden könne, resp. müsse, ward oben (§. 130) schon erörtert. — Die allgemeinen Normen über den Gegenstand der Steuer, über die Repartition derselben auf die Steuerpflichtigen und insbesondere über den Steuerfuss sind durch Gesetze, also mit Zustimmung der Stände-Versammlung, festzustellen;⁵⁾ sollten solche noch aus der Zeit vor der Verf.-Urkunde bestehen,⁶⁾ so können sie nur mit gleicher Einwilligung geändert oder aufgehoben werden.

1) Verf.-Urk. Tit. III. §. 4. Tit. IV. §. 13 und Prooem. Abs. 8.

2) Vergl. über diesen Unterschied Weiss, System des deutschen Staatsr. S. 879.

3) Als solche bestehen in den Kreissen diesseits des Rheins:

a) die Grund- (Rustical- und Dominical-) Steuer;

b) die Häusersteuer;

c) die Gewerbesteuer;

d) die Familiensteuer;

e) die Wittwen- und Waisenfondsbeiträge der Staatsdiener.

In der Pfalz: die Grund-, die Thür- und Fenster-, die Gewerbe- und die Personal- und Mobiliarsteuer. Vgl. Rudhart, Zustand des Königreichs Bayern. B. III. S. 100 ff.

4) Vgl. jedoch Verf.-Urk. Tit. VII. §. 7.

5) Beispiele bieten das Grundsteuergesetz v. 15. Aug. 1828 (H.-B. IV. S. 11 ff.); das Gesetz, die allgemeine Häusersteuer betr. v. 15. Aug. 1828 (a. a. O. S. 82 ff.); das Gesetz, die Steuernachlässe betr. v. 1. Juli 1834 (a. a. O. S. 91 ff.).

6) Solche sind die Verordn. v. 10. Dec. 1814, die Familiensteuer betr. (H.-B. IV. S. 1 ff.); das Edict v. 13. Mai 1808 (Regierungsbl. v. 1808 S. 1089 ff.), die Gewerbesteuer betr.; die Verordn. v. 8. Juni 1807,

b) Die bestehenden indirecten Steuern⁷⁾ erhebt der König ohne Zustimmung der Stände. Nur dann ist diese nothwendig, wenn entweder die bestehenden verändert, beziehungsweise erhöht, oder neue eingeführt werden sollen. Diess gilt denn insbesondere auch in Ansehung der Zölle; es sind daher die zollbaren Objecte, so wie der Massstab des Zolls u. s. w. durch Gesetz zu reguliren. Doch ist die Regierung zur Zeit ermächtigt,⁸⁾ auch im Verordnungswege provisorische Bestimmungen in dieser Beziehung zu erlassen.

3) Die wirkliche Einbringung der Steuern von den einzelnen Pflichtigen, die Organisation der dazu nöthigen Behörden und deren Besetzung, so wie die Cassa- und Rechnungsführung ist blos Sache der Regierung.⁹⁾ — Die erhobenen Steuern sind überhaupt zur Bestreitung von Staatsausgaben zu verwenden; doch sind mehrere derselben schon gesetzlich der Deckung einer bestimmten Ausgabe, insbesondere der Staatschuld¹⁰⁾ gewidmet.

§. 167.

3) Von den Rechten des Königs hinsichtlich der Staatsschulden.¹⁾

1) Sollten ausserordentliche Bedürfnisse die Aufnahme von Anlehen nothwendig machen, so steht dem Könige

a) das Recht der Initiative zu. Er stellt unter Mittheilung der Motive sowohl rücksichtlich der Frage ob, als in welcher Grösse, als unter welchen Modalitäten eine Schuld

die Beiträge der Staatsdiener zum Wittwen- und Waisenfonds betr. (Regierungsbl. v. 1807 S. 1105 ff.).

7) Selbe sind die Zölle, die Stempelabgaben, der Aufschlag und die Taxen und Sporteln.

8) Zuerst wurde diese Ermächtigung auf dem Landtage v. 1825 ertheilt, und seitdem auf jedem Landtag wiederholt. Landtags-Abschied v. 1846 Abschn. I. §. 21 (Gesetzbl. v. 1846 S. 17). Näheres über Inhalt und Umfang dieser Ermächtigung mündlich.

9) Anders im älteren Rechte; s. oben §. 10 Nr. 2, b.

10) Welche diese seyen, s. den folgenden §.

1) Dr. Franz Mayer, Geschichtliche Darstellung des Staatsschuldenwesens des Königreichs Bayern, mit Rücksicht auf dessen Current-Finanzverwaltung. Erlangen 1839.

zu contrahiren sey, den Antrag. Ist hiezu der Consens der Stände erfolgt,²⁾ so kommt ihm

b) die Negocirung des Anlehens nach Zeit, Ort und Personen, sowie dessen Verwendung auf das bestimmte Bedürfniss zu.³⁾

2) Rücksichtlich der bereits vorhandenen Schulden hat die Regierung vor Allem

a) die Liquidation derselben, soweit sie aus älterer Zeit herrühren, auf der Grundlage der bestehenden Gesetze⁴⁾ zu bewerkstelligen.

b) Die mit Zustimmung der Stände vom Könige anerkannten, oder durch rechtskräftiges Urtheil für begründet erklärten Passiv-Capitalien sind in gesetzlicher Weise zu verzinsen und dem Tilgungsplane gemäss heimzuzahlen. — Damit diesen Verbindlichkeiten sicher genügt werden könne, sind gewisse Staatseinnahmen gesetzlich der Verzinsung, resp. Tilgung der Staatsschulden zugewiesen. Zur Verzinsung sind die sämtlichen Aufschlagsgefälle bestimmt;⁵⁾ zur Tilgung der Schulden sollen einerseits die etwaigen Ueberschüsse der Zinscasse, dann die sämtlichen Stempelgefälle und ein Zuschuss aus den Lottogefällen verwendet werden.⁶⁾ Die auf die Pensions-Amortisationscasse hingewiesenen Lasten sind aus dem Ueberschusse der Stempelgefälle, dann aus einem Beitrage von 1,800,000 fl. aus den Zollgefällen und event. aus einem Zuschuss aus den Staatseinkünften überhaupt zu decken.⁷⁾

2) Ausnahmsweise genügt die vorläufige Zustimmung der ständischen Commissäre; s. oben §. 132.

3) Ueber die Bedingungen zur Aufnahme eines Passivcapitals s. oben §. 132.

4) Diese sind das Gesetz, das Staatsschuldenwesen betr. v. 22. Juli 1819; v. 1. Juni 1822 (Gesetzbl. v. 1822 S. 141); v. 11. Sept. 1825 (Gesetzbl. v. 1825 S. 191) und das Finanzgesetz v. 28. Dec. 1831 §§. 30 und 31 (Gesetzblatt v. 1831 S. 146 ff.).

5) Gesetz v. 22. Juli 1819 Art. VII. (Gesetzbl. v. 1819 S. 247) und v. 28. Dec. 1831 §. 3 (Gesetzbl. v. 1831 S. 123). Vgl. noch Landtags-Abschied v. 1843 Abschn. II. §. 4 (Gesetzbl. v. 1843 S. 46).

6) Die jährliche Tilgungsrata beträgt $\frac{2}{3}$ pCt. der Gesamtschuld. Vgl. die vorher angeführten Gesetze.

7) Landt.-Abschied v. 1843 Abschn. II. §. 4 (Gesetzbl. v. 1843 S. 46) Ueber die den Ständen zu liefernde Nachweisung s. oben §. 132.

3) Die zur Verzinsung und Rückzahlung der Staatsschuld und zur Besorgung des Staatsschuldenwesens überhaupt verfassungsmässig bestehende Schuldentilgungs-Commission wird vom Könige in ihren Mitgliedern zusammengesetzt und erhält von ihm ihre Instructionen.⁸⁾ Die beiden ständischen Commissäre haben die Geschäftsführung fortwährend zu controliren und über das Ergebniss bei jedem Landtage Bericht zu erstatten (§. 132).

IV. Von der Militärgewalt.

§. 168.

1) Von dem Begriff und dem Umfange derselben im Allgemeinen.

1) Die rechtliche Befugniss des Königs, zur Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit und zur Behauptung der Rechte und der Selbstständigkeit des Staates nach Aussen eine bewaffnete Macht zu unterhalten und die etwa zu demselben Zwecke erforderlichen Schirm- und Wehranstalten zu errichten, nennt man die Militärgewalt. Sie steht, als ein wesentliches Regierungsrecht, nur dem Könige zu.¹⁾

2) Sie begreift vorzugsweise folgende Befugnisse:

a) Das Recht, die Militärmacht überhaupt zu bilden und deren Grösse zu bestimmen; doch ist der König dabei indirect durch die Mitwirkung der Stände bei der Festsetzung der Staatsausgaben beschränkt. Nur in so weit die Ausgaben auf die Armee als nothwendige²⁾ sich darstellen sind die Stände verpflichtet, die nöthigen Summen zu bewilligen. — So weit der vom Könige bestimmte Bestand der Armee durch

7) Zur Zeit gibt es nur noch eine Schuldentilgungscommission, da die früher für den (damaligen) Untermainkreis in Würzburg bestehende durch das Staatsschuldengesetz v. 28. Dec. 1831 §. 2 (Gesetzbl. v. 1831 S. 219) aufgelöst wurde.

1) Vgl. jedoch Edict IV. §. 13 und die Instruction für die Polizeidirectionen §. 14 (H.-B. II. S. 238).

2) Solche sind insbesondere jene, welche zur Erfüllung der Bundespflichten gemacht werden. — In andern deutschen Staaten, z. B. in Württemberg, ist die Zahl der jährlich für die Armee zu verwendenden Unterthanen mit Zustimmung der Stände festzusetzen. In Bayern bestimmt der König die Zahl. S. Gesetz, die Ergänzung des stehenden Heeres betr. §. 37 (H.-B. III. S. 336).

die freiwillig Zugehenden ³⁾ nicht erreicht wird, hat er das Recht, aus den nach den bestehenden Gesetzen militärpflichtigen Unterthanen durch's Loos jene auszuwählen, welche in das Heer einzureihen sind (§. 30).

b) Das Heer zu organisiren, also insbesondere das Verhältniss der Waffengattungen zu bestimmen, ⁴⁾ die Bewaffnung und Bekleidung der Truppen festzusetzen, sie in bestimmte Quartiere zu vertheilen u. s. w.

c) Den Oberbefehl über die Militärmacht sowohl in Kriegs- als in Friedenszeiten zu führen.

d) Die nöthigen Anstalten zum Schutze und zur Vertheidigung des Landes zu errichten, beziehungsweise zu erhalten und zu beaufsichtigen. ⁵⁾

e) Die Behörden zu organisiren und zu besetzen, welche die technische Leitung des Militärwesens zu führen, die oekonomischen Angelegenheiten des Heeres zu verwalten und die Disciplin und Gerichtsbarkeit ⁶⁾ über die bewaffnete Macht zu handhaben bestimmt sind.

3) Die Stände wirken bei der Ausübung der Militärgewalt nicht direct, sondern indirect mit, so weit es sich nämlich um die Aufbringung der nöthigen Geldmittel und um Feststellung der Militärpflicht der Unterthanen handelt. ⁷⁾

³⁾ Wer hiezu fähig ist, s. Gesetz, die Ergänzung des stehenden Heeres betr., v. 15. Aug. 1828 §§. 1 und 2 (H.-B. III. S. 330).

⁴⁾ Die Beschränkungen, welche ihm das Bundesrecht auflegt, s. in der Kriegsverfassung des deutschen Bundes v. 1821 §§. 11 und 12 (v. Meyer, Staatsacten, B. II. S. 209).

⁵⁾ Die Hauptlandesfestung ist Ingolstadt; vgl. Gesetz über die Kosten der Wiederherstellung der Festung Ingolstadt v. 1. Juli 1834 (Gesetzbl. v. 1834 S. 61 ff.). Landau ist Bundesfestung; das Verhältniss von Germersheim ist noch nicht näher regulirt. Vgl. Struve, öff. Recht des deutschen Bundes. B. II. S. 262.

⁶⁾ So weit diese noch Militärbehörden zukommt; siehe den folgenden §.

⁷⁾ Von der Quartierlast und den in dieser Rücksicht bestehenden Befreiungen mündlich. Vgl. oben §. 33 not. 6. Edict IV. §. 12.

§. 169.

- 2) Von den Bestandtheilen der bayerischen Militärmacht und ihrer rechtlichen Stellung insbesondere.

Die Bestandtheile, aus denen sich die bayerische Militärmacht bildet, sind:

1) Die stehende Armee, die theils durch freiwilligen Zugang, theils durch die allgemeine Militärconscription gebildet, beziehungsweise ergänzt wird.¹⁾

Was die rechtliche Stellung der stehenden Armee betrifft, so entscheiden darüber folgende Sätze:

a) Sie ist zunächst nur bestimmt, gegen den äusseren Feind zu handeln, im Innern nur dann, wenn sie von der competenten Civilbehörde förmlich aufgefordert wird.²⁾

b) Die zur Armee gehörigen Personen stehen in Dienst-sachen, dann wegen Verbrechen oder Vergehen stets unter der Militärgerichtsbarkeit, welche von dem Commandanten unter Zuziehung eines Auditors ausgeübt wird.

In allen bürgerlichen Rechtsangelegenheiten, sie mögen zur streitigen oder nicht streitigen Gerichtsbarkeit ressortiren, sind sie im Frieden den bürgerlichen Gerichten untergeben.³⁾

Im Falle eines Krieges haben die bei der Armee befindlichen Auditoren für die Dauer desselben die bürgerliche Gerichtsbarkeit in Personalsachen auszuüben.⁴⁾

2) Die Reservebataillons. Sie bilden sich aus den sämmtlichen männlichen Unterthanen, welche, ohne sich bereits im stehenden Heere zu befinden, militärpflichtig, diensttauglich, unverheirathet und noch nicht 40 Jahre alt sind. Es gehören daher dazu alle der Conscription Unter-

1) Vgl. Gesetz, die Ergänzung des stehenden Heeres betr., v. 15. Aug. 1828 §§. 1 und 2 (H.-B. III. S. 330).

2) Verf.-Urk. Tit. IX. §. 6, — Ueber die Frage, ob das Heer den Eid auf die Verfassung leisten solle, s. Aretin, constitution. Staatsr. B. II. S. 173.

3) Verf.-Urk. Tit. IX. §. 7 und Gesetz, die Militärgerichtsbarkeit in bürgerlichen Rechtssachen betr. v. 15. Aug. 1828 §. 1 (Gesetzbl. v. 1828 S. 42). Die Officiere geniessen dabei eines privilegirten Gerichtsstandes. Angef. Gesetz §. 3.

4) Angef. Gesetz v. 1828 §§. 9 und 10.

worfenen, welche entweder das Loos zum Eintritte in die stehende Armee nicht traf, oder die nach überstandener Dienstzeit aus derselben entlassen wurden.⁵⁾

Im Falle des Aufgebotes der Reserve⁶⁾ theilt die Mannschaft alle Verpflichtungen, Ehren und Vorzüge des stehenden Heeres.⁷⁾ Ausserdem aber steht sie in allen Beziehungen unter den bürgerlichen Gesetzen, ist insbesondere an Veränderung des Wohnsitzes, der Ansässigmachung und Verehlichung nicht gehindert.⁸⁾

3) Die Landwehr, als der dritte Bestandtheil der bayerischen Militärmacht, bildet sich aus denjenigen an sich diensttauglichen Männern, welche nicht im stehenden Heere dienen, noch zu den Reservebataillons gehören und das sechzigste Lebensjahr noch nicht zurückgelegt haben. — Sie kann in Kriegszeiten zur Unterstützung der Armee aufgerufen, jedoch nur innerhalb der Landesgränzen verwendet werden. In Friedenszeiten wirkt sie zur Erhaltung der inneren Sicherheit mit, in so ferne es erforderlich ist und die dazu bestimmten Truppen nicht hinreichen.⁹⁾

Die Landwehr steht nur in Disciplinarsachen unter ihren Commandanten, in allen Rechtssachen unter den ordentlichen Gerichten.¹⁰⁾

V. Von den Rechten des Königs in Ansehung der Religionsgesellschaften.¹⁾

§. 170.

1) Von den hierher gehörigen Rechten überhaupt.

1) Der Staat beherrscht alle äusseren Verhältnisse ohne Rücksicht auf ihre Grundlage und die in denselben thä-

5) Gesetz, die Heer-Ergänzung betr. §. 64 (H.-B. III. S. 342).

6) Dasselbe kann erfolgen, so oft es die Sicherheit oder Vertheidigung des Staates im Innern oder nach Aussen fordert.

7) Sie kann daher insbesondere auch ausser Landes verwendet werden.

8) Verf.-Urk. Tit. IX. §. 4.

9) Verf.-Urk. Tit. IX. §. 5 und Landwehr-Ordn. v. 7. März 1826 §. 2 (H.-B. III. S. 432).

10) Angef. Landw.-Ordn. §§. 35 und 41 (A. a. O. S. 448).

1) Vgl. Carl, Fürst zu Oettingen-Wallersteins angef. Bei-

tigen Subjecte. Daher sind insbesondere auch die Religionsgesellschaften (oben §. 90), so weit sie als Glieder des Staates und als Bestandtheile der äussern Rechtsordnung auftreten, der Gesetzgebung, Gerichtsbarkeit, Polizei u. s. w. des Staates unterworfen. Um die Art und Weise der Anwendung der allgemeinen Regierungsrechte auf die Religionsgesellschaften und insbesondere die Gränze ihrer Rechte und jener des Staates festzustellen, kommen dem Könige jene Rechte zu, welche in ihrer Gesamtheit *jus circa sacra*, Majestätsrecht, Kirchenhoheit²⁾ genannt werden.

2) Sowie es bei dem Einzelnen, der, jetzt fremd, Unterthan Bayerns werden will, erst der Aufnahme in den Staatsverband bedarf, so muss auch jede neue Religionsgesellschaft, bestehe sie aus Einheimischen oder Fremden, um in Bayern als solche zu gelten, vom Könige aufgenommen werden. Von ihm hängt es ab, ob er die Aufnahme (bedingt oder unbedingt) gewähren oder versagen wolle (*jus reformandi*). Damit der König sich ein Urtheil hierüber zu bilden vermöge, hat jede Religionsgesellschaft, welche die Aufnahme wünscht, vorher ihre Glaubensformel und innere kirchliche Verfassung zur Einsicht und Prüfung vorzulegen.³⁾ Bei dem Könige steht es in Folge seines *jus reformandi*,

a) die rechtliche Stellung der aufgenommenen Religionsgesellschaft im Staate und gegenüber der Staatsgewalt zu bestimmen (ob Corporation oder Gesellschaft, ob Privat- oder öffentliche Kirche);

b) die Rechtsverhältnisse derselben gegenüber andern im Staate schon bestehenden Kirchen festzustellen;

träge S. 232 ff. — Der besonderen Wichtigkeit willen wird diese Seite der königl. Rechte eigens hervorgehoben; mit den entsprechenden Modificationen lässt sich das hier Gesagte auch auf die bürgerliche Gemeinde und die Universitäten ausdehnen.

2) Die Kirchenhoheit ist daher nicht identisch mit den gewöhnlichen Hoheitsrechten, diese auf die Kirche angewendet. A. M. Maurenbrecher, Grundsätze des deutschen Staatsr. S. 415.

3) Edict II. §§. 26 und 27.

c) die Rechte, welche den Mitgliedern der neu recipirten relig. Genossenschaft zukommen sollen, zu normiren.⁴⁾

3) Die Rechte, welche die Verfassung dem Könige in Ansehung der schon bestehenden Religionsgesellschaften einräumt, wollen wir gesondert betrachten.

§. 171.

2) Von den Rechten in Ansehung der bestehenden Religionsgesellschaften.

Jede im Staate bestehende Religionsgesellschaft soll auf ihren Kreis beschränkt, jedes Uebergreifen in die Sphäre des Staates, also jede Herrschaft in äusseren Verhältnissen soll abgewehrt werden.¹⁾ Innerhalb ihrer Kreise will der König die Kirchen nicht bloß selbst frei handeln lassen, sondern sie sogar positiv unterstützen: das sind die Gedanken, von denen das bayerische Recht in unserer Frage ausgeht.

1) In ersterer Rücksicht hat der König das Oberaufsichtsrecht (*jus inspectionis saecularis*), d. h. die Befugniss, sich fortwährend von allen Aeusserungen der Thätigkeit der Kirchengewalt Kenntniss zu verschaffen und Vorkehrungen zu treffen, um nicht nur jede Gefährdung des Staates von dieser Seite zu verhüten, sondern wo möglich die Handlungsweise beider Gewalten in Einklang zu setzen.²⁾ Daher darf

a) der König von dem, was in den Versammlungen der Kirchengesellschaften gelehrt wird, Kenntniss einziehen;³⁾

b) Gesetze, Verordnungen und sonstige Anordnungen der Kirchengewalt dürfen ohne Einsicht und (Publications-)

4) Z. B. ob sie des Staatsbürgerrechts fähig seyen u. s. w.

1) Bezeichnend sprechen die älteren Juristen von einem *jus cavendi* des Regenten.

2) Edict II. §. 57 spricht ausdrücklich von einer hoheitlichen Oberaufsicht.

3) Edict II. §. 7.

Genehmigung des Königs (*Placet regium*⁴⁾ nicht publicirt und vollzogen werden.⁵⁾

c) Die geistlichen Gerichte müssen vor ihrer Einführung vom Könige bestätigt werden, und die Landesstellen sollen auf etwaige Missbräuche Acht haben und ihre Abstellung herbeizuführen suchen.⁶⁾

d) Die kirchlichen Beamten bedürfen zur Ausübung ihres Amtes der königlichen Bestätigung; vor Erlangung derselben wird ihnen die Einsetzung in die Temporalien verweigert.⁷⁾

e) Jene Unterthanen, welche durch Handlungen der geistlichen Gewalt gegen die festgesetzte Ordnung beschwert werden, können dagegen den landesfürstlichen Schutz anrufen⁸⁾ (*Recursus ab abusu*).

f) Wenn der König wahrnimmt, dass bei einer Kirchengesellschaft Spaltungen, Unordnungen oder Missbräuche eingerissen sind, so ist er befugt, zur Wiederherstellung der Einigkeit und kirchlichen Ordnung unter seinem Schutze Kirchenversammlungen zu veranlassen.⁹⁾

g) Der Vermögenserwerb der kirchlichen Stiftungen, soweit er die pragmatische Summe übersteigt oder in Immobilien besteht, hängt von der Genehmigung des Königs ab. Das vorhandene Kirchenvermögen wird nach den Vorschriften der bayerischen Gesetze und unter der Aufsicht des Königs verwaltet.¹⁰⁾

4) Frei hievon sind Ausschreiben der geistlichen Behörden, die sich bloß auf die ihnen untergeordnete Geistlichkeit beziehen, und aus genehmigten allgemeinen Verordnungen hervorgehen. Edict II. §. 59.

5) Edict II. §§. 58 und 61. Die Bestimmung des Concordats Art. XII. lit. e ist daher zu beschränken. Vgl. insbesondere Concordat und Constitutions-Eid S. 94.

6) Edict II. §. 60. — Die Instanzen in Ehesachen betr. s. A. E. v. 24. Oct. 1812 (D. B. VIII. S. 318).

7) Concordat Art. XVII. letzter Abs. Damit steht im Zusammenhang die Theilnahme eines k. Commissärs an den Concursprüfungen. Verordn. v. 5. Febr. 1829 (D. B. VIII. S. 558).

8) Edict II. §§. 52—54.

9) Edict II. §. 56.

10) Edict II. §§. 44 und 75; s. oben §§. 77 und 91.

2) In der zweiten Rücksicht übt der König das Schutzrecht (*jus advocatiae*), resp. die Schutzpflicht aus.¹¹⁾ In Folge hievon erkennt er jede Kirche als unabhängig und selbstständig an, schützt sie gegen jede Beeinträchtigung ihrer Stellung, von wem dieselbe auch kommen möge, und sucht durch positive Massregeln die Zwecke derselben zu fördern. Daher überlässt der König

a) jeder Religionsgesellschaft die Anordnung ihrer inneren Angelegenheiten und behält sich nur bei gemischten Gegenständen die Mitwirkung vor.¹²⁾

b) Ihre Religionsübung wird vom Staate geschützt.¹³⁾

c) Jedem Religionstheile ist das Eigenthum der Stiftungen und der Genuss der Renten nach den ursprünglichen Stiftungsurkunden und dem rechtmässigen Besitze vollständig gesichert; es darf weder confiscirt, noch sonst zu anderweitigen Zwecken verwendet werden.¹⁴⁾

Im Gegensatze hiezu fordert auch der Staat von der Kirche Anerkennung und Förderung seiner Zwecke, daher denn z. B. dem Könige das Recht zusteht, bei feierlichen Anlässen in den verschiedenen Kirchen seines Staates Gebete und Dankfeste anzuordnen.¹⁵⁾

11) Ein Recht ist es gegenüber jedem Dritten. Edict II. §. 51.

12) Edict II. §. 38 und §§. 76—78.

13) Edict II. §§. 29 und 30, 33, 34 und 81.

14) Verf.-Urk. Tit. IV. §. 9 Abs. 4 und Edict II. §§. 46 und 47.

15) Edict II. §. 55. — Auch bei allgemeinen Calamitäten gilt wohl dasselbe.

Dritter Abschnitt.

Von den äusseren Regierungsrechten
oder der Repräsentativ-Gewalt.*Erstes Capitel.*

Allgemeine Grundsätze.

§. 172.

I. In friedlichen Verhältnissen.

Dem Könige kommt die Befugniss zu, die Rechte und Interessen sowohl des Staates im Ganzen, als der einzelnen Unterthanen dem Auslande gegenüber zu wahren und zu vertheidigen — er hat die Repräsentativ-Gewalt. In Folge derselben kommen ihm nach Aussen im Zustande des Friedens zur Aufrechthaltung der Rechte Bayerns und seiner Angehörigen folgende Befugnisse zu:

1) Das Recht, Gesandte jeden Ranges zu schicken¹⁾ (actives Gesandtschaftsrecht) und dieselben mit den nöthigen Instructionen zu versehen. Darin liegt von selbst die Berechtigung, mit Besorgung einzelner äusserer Angelegenheiten vorübergehend oder dauernd bestimmte Personen zu betrauen, als insbesondere zur Vertretung der Handelsinteressen Consuln zu ernennen.²⁾

1) Vergl. A. Miruss, das europ. Gesandtschaftsrecht nebst einem Anhang vom Gesandtschaftsrechte des deutschen Bundes. Zwei Abtheil. in 2 Bänden. Leipzig 1847, Zur Zeit ist Bayern in folgender Weise in auswärtigen Staaten vertreten:

a) Gesandte II. Ranges („ausserordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister“) sind beglaubigt in Frankreich, Grossbritannien, bei den Hansestädten, in Churhessen, in Hessen-Darmstadt, in Nassau, in Oesterreich, Preussen, Rom, Russland, Sardinien, in der Schweiz und in Württemberg.

b) Gesandte III. Ranges („Minister-Residenten“) bestehen in Baden, Belgien, Griechenland, in den Niederlanden.

c) Ein Gesandter IV. Ranges („Geschäftsträger“) befindet sich in Sachsen.

2) Die dermalen bestehenden s. im Staatshandb. für 1847 S. 128 ff.

2) Das Recht, **Gesandte** fremder Mächte **anzunehmen** (passives Gesandtschaftsrecht), und das Ceremoniell, das ihnen gewährt werden soll, zu bestimmen.³⁾

Der König allein realisirt in Folge des ihm zustehenden Gesandtschaftsrechtes den Verkehr mit fremden Staaten und deren Behörden. Weder ein Unterthan, noch eine königliche Behörde darf daher in rechtlichen Angelegenheiten unmittelbar mit dem Auslande in Verkehr treten.⁴⁾

3) Das Recht, **Verträge und Bündnisse** mit fremden Mächten einzugehen.⁵⁾ Der König unterliegt aber dabei einer doppelten Beschränkung:

a) einer **völkerrechtlichen**, indem die Verträge und Bündnisse nicht gegen die Sicherheit des Bundes oder eines einzelnen Bundesstaates gerichtet seyn dürfen;⁶⁾

b) einer **staatsrechtlichen**, indem zur Gültigkeit der Staatsverträge im Innern des Staates, da wo sonst die Natur des Gegenstandes den Consens der Stände fordert, die Beobachtung dieser Form nothwendig ist.⁷⁾

§. 173.

II. Bei sich ergebenden Conflicten.

1) Falls ein fremder Staat sich weigert, seinen **Obliegenheiten** gegen Bayern oder einen bayerischen Unterthan

3) Zur Zeit sind am bayer. Hofe beglaubigt:

a) Ein Gesandter I. Ranges, der päpstliche Nuntius.

b) Gesandte II. Ranges von Frankreich, Grossbritannien, Hessen-Darmstadt, Nassau, Oesterreich, Preussen, Russland, Sardinien, Schweden, Württemberg.

c) Gesandte III. Ranges von Baden, den Niederlanden, Sachsen-Meiningen.

d) Solche IV. Ranges von Churhessen, K.Sachsen und Sachsen-Coburg-Gotha.

4) Strafgesetzb. Thl. I. Art. 306. Modificationen dieses Satzes s. in Edict IV. §. 15 und in Concordat Art. XII. lit. e.

5) Die einzelnen Ausflüsse dieses Rechtes s. bei Mohl, a. a. O. B. I. S. 236.

6) Bundesacte Art. 11. und Wiener Schluss-Acte Art. 36.

7) Vgl. oben §. 126 ff. C.M. Freih. v. Aretin, Chronologisches Verzeichniss der bayer. Staatsverträge v. 1503—1819. Passau 1838.

nachzukommen, oder positiv Ungerechtes gegen Bayern verübt, steht dem Könige das Recht zu, die nöthigen Mittel zu ergreifen, um die auswärtige Macht zur Pflichterfüllung oder zur Ersatzleistung, resp. Unterlassung weiterer Verletzungen zu bestimmen. Solche Mittel sind:

a) *Vorstellungen*, die durch eine dritte Macht, welche die Vermittlung übernimmt,¹⁾ unterstützt werden können.

b) *Retorsion*, d. h. das Recht, gegen die Unterthanen eines solchen Staates, der die bayerischen Unterthanen den seinigen gegenüber zurücksetzt, die gleiche Zurücksetzung zu verfügen.²⁾

c) *Repressalien*, d. h. das Recht der Selbsthilfe durch Wegnahme der Gegenstände, worauf ein Recht zusteht, oder durch Repressivmassregeln gegen Personen oder Sachen des fremden Staates, um daraus den Ersatz des etwa erlittenen Schadens zu erholen, wenn sich der Verletzer nicht zur Genugthuung herbeilässt. Der Natur des deutschen Bundes gemäss kann dieses Recht nur gegenüber nicht deutschen Staaten in Ausübung gebracht werden.³⁾

d) Im äussersten Falle kann ausserdeutschen Staaten gegenüber zum Kriege geschritten werden, um die Anerkennung eines Rechtes oder einer Verbindlichkeit durch überwältigenden Zwang herbeizuführen. Doch muss, Fälle wahrer Nothwehr ausgenommen, die Zustimmung des deutschen Bundes vorhanden seyn, wenn ein Krieg begonnen werden soll.⁴⁾

e) Ist der Zweck des Krieges erreicht, oder stellt sich diess als unmöglich dar, dann hat der König das Recht, Frieden zu schliessen. Folge der Stellung des Königs als Mitglied des deutschen Bundes ist es, dass er nicht einseitig,

1) Verpflichtet hiezu ist die Bundesversammlung. Wiener Schluss-Acte Art. 37.

2) Vgl. Edict I. §§. 17, 18 und oben §. 23, 1, b. — Beispiele einer solchen Zurücksetzung s. in *Code civil* Art. 726.

3) Bundesacte Art. XI. Abs. 4.

4) Ueber die Peräquation der Kriegslasten siehe Gesetz v. 22. Juli 1819 (H.-B. II. S. 397 ff.).

sondern nur mit Zustimmung des Bundes dieses Recht ausüben kann.⁵⁾

2) Bei Kriegen fremder Staaten unter einander hat der König das Recht der Neutralität, und in Folge hievon alle die Rechte, welche der Völkergebrauch den neutralen Mächten zuerkennt, vorausgesetzt dass der deutsche Bund nicht einen Bundeskrieg beschlossen hat, an welchem der König Theil zu nehmen verpflichtet ist.

Zweites Capitel.

Von dem Verhältnisse zum deutschen Bunde und Zollvereine insbesondere.

I. Von dem Verhältnisse zum deutschen Bunde.¹⁾

§. 174.

1) Von der rechtlichen Natur dieses Verhältnisses überhaupt.

Der König ist Mitglied des deutschen Bundes, d. h. des immerwährenden Vereins der souveränen Fürsten und freien Städte Deutschlands, dessen Zweck dahin geht, die innere und äussere Sicherheit Deutschlands zu erhalten und die Unabhängigkeit und Unverletzbarkeit der einzelnen deutschen Staaten zu bewahren.²⁾ Der König nimmt demgemäss an allen Folgen Antheil, welche aus der Erreichung dieses Zweckes fliessen (er hat bundesverfassungsmässige Rechte) und hat selbst zur Realisirung desselben nach dem Inhalte der Bundesgesetze mitzuwirken (Pflichten³). — Rechte so-

⁵⁾ Bundesacte Art. XI. Abs. 2 und Wiener Schluss-Acte Art. 48.

¹⁾ Wir setzen dabei das Bundesrecht als bekannt voraus und heben nur die wichtigeren besonderen Beziehungen des Königs v. Bayern zum Bunde hervor. Zuviel gibt in dieser Hinsicht *Dresch*, Grundzüge S. 506 ff. und *Cucumus*, a. a. O. S. 567; v. *Moy* trägt das hieher Gehörige erst im Verwaltungsrecht (!) vor. — Das Bundesrecht betr. s. *H. A. Zachariä*, deutsches Staats- und Bundesrecht (1845) B. III. S. 207 ff.

²⁾ Bundesacte Art. I. und II. (H.-B. I. S. 502).

³⁾ Den Grundsatz der Gleichheit statuirt für beide Bundesacte Art. III.

wohl als Pflichten beziehen sich theils auf den Bund, theils auf die Bundesglieder, theils auf die Unterthanen der Bundesstaaten; die einen wie die andern sind vertragsmässig, jene vertragsweise zugesichert, diese durch Vertrag übernommen. Darum sind denn auch Bundespflichten nur in so weit begründet, als die freiwillige Uebnahme vorliegt; sie dürfen nicht analog ausgedehnt werden.⁴⁾

§. 175.

2) Von den aus der Bundesgenossenschaft entstehenden Rechten.

1) Der König ernennt und instruiert den Gesandten, durch den er sein Stimmrecht bei der Bundesversammlung ausüben lässt; er nimmt durch diesen Theil an der Besorgung der Bundesangelegenheiten. Der bayerische Gesandte führt im engeren Rathe eine (Viril-)Stimme, und zwar an der dritten Stelle;¹⁾ in der vollen Versammlung dagegen vier Stimmen an der vierten Stelle.²⁾

2) Der König hat das Recht, den Schutz des Bundes zur Bewahrung der Unabhängigkeit und Unverletzbarkeit Bayerns sowohl gegenüber fremden Staaten, als den anderen Bundesgliedern, als seinen eigenen Unterthanen in Anspruch zu nehmen. Er kann daher

a) bei Streitigkeiten mit fremden Staaten die Vermittlung und Unterstützung, bei feindlichen Angriffen von Seite derselben die Hilfe des Bundes anrufen;³⁾

b) bei Differenzen mit Bundesgenossen richterliche Entscheidung und Unterwerfung unter das richterliche Erkenntniss fordern. Falls die Erfüllung desselben verweigert

4) Vgl. H. A. Zachariae a. a. O. S. 209 ff.

1) Bundesacte Art. IV. Daher ernennt der König v. Bayern zwei Spruchmänner zum Bundesschiedsgericht; s. Bundesbeschluss v. 30. Oct. 1834 Art. II. (v. Meyer, Staatsacten B. II. S. 486). — Ausserdem ernennt Bayern einen Bevollmächtigten zur Militärcommission; Bundesbeschluss v. 15. März 1819 Nr. I. (A. a. O. S. 104).

2) Bundesacte Art. VI. — Ausser Oesterreich und Preussen geht hier auch Sachsen vor.

3) Wiener Schluss-Acte Art. 37—39.

wird, ist der König befugt, auf bundesgesetzliche Vollstreckung zu dringen.⁴⁾

c) Sollte der König sich ausser Stande sehen, einen inneren Aufruhr seiner Unterthanen mit eigener Macht zu unterdrücken und die Ordnung wieder herzustellen, so ist er berechtigt, die Hilfe des Bundes anzurufen; ja dieser ist verpflichtet, unaufgefordert einzuschreiten, sobald der König in dem vorbemerkten Falle gehindert wird, den Beistand des Bundes zu begehren.⁶⁾

3) Der König genießt das besondere Recht, dass die Bundesfestung Landau im Frieden von ihm allein besetzt wird, und dass er über dieselbe im Namen und aus Auftrag des Bundes die unmittelbare Aufsicht führt.⁶⁾

§. 176.

3) Von den Bundespflichten des Königs.

Der König hat den Bundesvertrag unverbrüchlich zu halten und daher alle durch ihn übernommene und durch spätere, verfassungsmässig zu Stande gekommene Bundesbeschlüsse begründete Pflichten zu erfüllen. Dieselben bestehen vorzugsweise in folgenden:

1) Er hat die Bundesacte und die späteren, innerhalb der verfassungsmässigen Competenz gefassten Bundesbeschlüsse zu publiciren und zu vollziehen.¹⁾

2) Er ist gehalten, an der Besorgung der Bundesangelegenheiten Theil zu nehmen, also insbesondere einen Bundestagsgesandten zu ernennen.

4) Bundesacte Art. XI. und Wiener Schluss-Acte Art. 18 — 24. — Besondere Rechte gegenüber den Bundesgenossen fliessen aus dem Bundespressgesetz v. 1819 §. 5 (H.-B. I. S. 141), aus der Cartell-Convention v. 10. Febr. 1831 (v. Meyer a. a. O. S. 375) u. s. w.

5) Wiener Schluss-Acte v. 1820 Art. 26 (H.-B. I. S. 511). — Vom Bundesschiedsgericht s. unten §. 179.

6) Bundesbeschluss v. 14. Dec. 1830 (v. Meyer a. a. S. 370 ff.)

1) In welcher Form diess statth finden müsse, s. oben §. 15 und §. 126 not. 4. — Solche Pflichten gegenüber den bayer. Unterthanen enthält Bundesacte Art. XII — XVII; gegenüber den Unterthanen anderer Bundesstaaten Art. XVIII. u. s. w.

3) Der König ist verbunden, allen jenen Obliegenheiten nachzukommen, welche das Bundesrecht jedem Bundesgliede zum Zwecke der Aufrechthaltung der inneren Sicherheit und Ordnung Deutschlands auferlegt, daher insbesondere

a) jene Bundesbeschlüsse zu vollziehen, welche vorzugsweise diesen Zweck im Auge haben, wie z. B. das Bundes-Pressgesetz, die Bestimmungen in Ansehung der Universitäten u. s. w.;²⁾

b) keinen Bundesgenossen unter irgend einem Vorwande zu bekriegen oder sonst Selbsthilfe zu üben, sondern bei allen Streitigkeiten mit Bundesgliedern richterliche Entscheidung eintreten zu lassen und sich dem Richterspruche zu unterwerfen;

c) bei Streitigkeiten unter dritten Bundesgliedern den Austrägal-Auftrag zu übernehmen und die vom Bunde etwa beschlossene und ihm übertragene Execution zu bewerkstelligen;⁴⁾

4) Da der Zweck des Bundes zugleich auch Erhaltung der äusseren Sicherheit gerichtet ist, so hat der König Alles zu bethätigen, was der Bund in dieser Rücksicht für nothwendig erklärt, vorzüglich⁵⁾

a) das ihn matricularmässig treffende Contingent zum Bundesheere (den hundertsten Theil der matricularmässigen Bevölkerung) stets vollzählig zu erhalten und⁶⁾

2) Dass Niemanden der Rechtsweg versperrt oder verzögert werde, gehört ebenfalls hieher. Wiener Schluss-Acte Art. 29.

3) Bundesacte Art. XI. und Wiener Schluss-Acte Art. 21.

4) Bundesacte v. 16. Juni 1817 Nr. 4 (v. Meyer, a. a. O. B. II. S. 66) und Wiener Schluss-Acte Art. 34.

5) Wir führen nur die positiven Pflichten an; die entsprechenden negativen: „Kein Bündniss mit dem Feinde einzugehen, ihm keine Hilfe zu leisten“, verstehen sich von selbst.

6) Die provisorische Bundesmatrikel v. 20. Aug. 1818 gibt die Bevölkerung Bayerns zu 3,560,000 an; es beträgt daher das Contingent Bayerns 35,600 Mann. Diess besteht nach Vorschrift der Kriegsverfassung v. 12. April 1821 §§. 11 und 12 (v. Meyer, B. II. S. 209) aus 27,595 Mann Infanterie, 5086 Mann Cavallerie und 2919 Mann Artillerie und technische Truppen (72 Stück Geschütz.)

b) sobald der Bund den Krieg erklärt und die Aufforderung zur Mannschafslieferung erlassen hat, dasselbe zu stellen und die etwaigen Abgänge aus der Reserve zu decken.⁷⁾

5) Die Erfüllung der Bundeszwecke setzt den Besitz materieller Güter voraus. So weit nun der Bund solcher bedarf, ist jedes Mitglied und daher auch der König von Bayern verpflichtet, nach Massgabe seiner Kräfte und nach Inhalt der deshalb bestehenden Bundesgesetze beizutragen. Die Beiträge, welche der König zu leisten hat, sind aber:

a) Die Bundeskanzley-Beiträge,⁸⁾ in dem Verhältniss seiner Stimmberechtigung im engeren Rathe. Da nun Bayern hier von siebenzehn Stimmen eine führt, so hat es jedesmal den siebenzehnten Theil der zu deckenden Ausgabe beizutragen.⁹⁾

b) Die Bundesmatricular-Beiträge nach dem Verhältniss der matricularmässigen Bevölkerung Bayerns, so dass auf je eine Million Einwohner *in Simplo* 1000 fl. treffen.¹⁰⁾ Sie bilden die regelmässige Art der Beiträge und sind daher, so oft es der Deckung von Bundesbedürfnissen gilt, zu entrichten.¹¹⁾ Nur zur Dotation der Bundesfestungen Mainz und Luxemburg trägt Bayern Nichts bei. Dagegen hat

6) der König besondere Verpflichtungen in Ansehung der auf seinem Gebiete gelegenen Bundesfestung Landau übernommen. Sie ist nämlich im Frieden von Bayern

7) Das Nähere s. in dem angef. Bundesbeschluss v. 21. April 1821, die Kriegsverfassung des d. Bundes betr. (v. Meyer, B. II. S. 204 ff.).

8) Welche Kosten hieraus bestritten werden, s. Weiss, System S. 394.

9) Vgl. Bundesbeschluss v. 4. Mai 1818 (v. Meyer, B. II. S. 92). Es trägt demnach von der Gesamtsumme $5\frac{15}{17}$ pCt.

10) Also auf 1000 Einwohner 1 fl. — Da die matricularmässige Bevölkerung (s. oben not. 6) den $8\frac{1}{2}$ Theil jener von Deutschland beträgt, so hat Bayern auch jedesmal den sovielten Theil des Bedarfs zu decken, i. e. circa $11\frac{4}{5}$ pCt. Die Proportion ist daher eine andere als bei den Kanzleibeiträgen.

11) Ob die Bedürfnisse ordentliche oder ausserordentliche seyen, ist irrelevant. Daher sind zur Zeit die Baukosten der Festungen Ulm und Rastatt auf diesem Wege zu bestreiten, von denen auf Bayern jährlich 213,889 fl. treffen. Landtags-Abschied v. 1843 Absch. II. §. 13. — Die ordentlichen Beiträge betragen für Bayern in der laufenden Finanzperiode jährlich 14,250 fl. St.-V. v. 1843 Beil. B. I. S. 128.

allein ordnungsmässig zu besetzen, und im Falle eines Krieges ist die Kriegsbesatzung zu zwei Drittheilen (4000 Mann) vom Könige zu stellen. Die Ausgaben auf Unterhaltung der Festungswerke, der Casernen u. s. w. bestreitet derselbe aus seinen Mitteln, ohne dass der Bund dazu concurrirt.¹²⁾

§. 177.

II. Von dem Verhältniss zum deutschen Zollvereine.¹⁾

Der deutsche Zollverein ist eine auf Zeit eingegangene vertragsmässige Verbindung der Mehrzahl der deutschen Staaten zur Förderung des Handels und gewerblichen Verkehrs durch die Herbeiführung von Verkehrsfreiheit in Deutschland.²⁾ — Die Mittel zur Erreichung dieses Zweckes sind:

1) Unter den contrahirenden Staaten besteht Freiheit des Handels und Verkehrs.³⁾ In Folge hievon sind nicht nur alle Ein-, Durch- und Ausfuhrverbote, sondern auch die Binnengränzzölle aufgehoben, und es sind in jedem Staate diejenigen Anordnungen zu treffen, welche zur Durchführung dieses Principes nothwendig, resp. förderlich sind. Demgemäss sollen

a) Chaussee-, Damm-, Brücken- und Fähr-Gelder nur in dem Betrage beibehalten oder neu eingeführt werden, welcher den gewöhnlichen Herstellungs- und Unterhaltungskosten entspricht.⁴⁾

¹²⁾ Bundesbeschluss v. 28. Juli 1825 §. 8 (v. Meyer, B. II. S. 275). Die Dotation der Bundesfestung Landau beträgt jährlich 25,000 fl. (St.-V. v. 1843 K. d. A. Beil. B. I. S. 176). Die Gesamtdotation der drei Bundesfestungen beläuft sich auf 142,888 fl. wovon auf Bayern circa 16,800 fl. treffen würden. Es trägt also eine Sonderlast von 8,200 fl.

¹⁾ Nebenius, der deutsche Zollverein, sein System und seine Zukunft. Karlsruhe 1835.

²⁾ Vgl. Eingang zu dem Zollvertrage v. 8. Mai 1841 (Regierungsblatt v. 1841 S. 679). Die einzelnen Vereinigungsverträge von jenem v. 22. März 1833 an sind aufgezählt in H.-B. IV. S. 304 not. 1.

³⁾ Vgl. den Vertrag v. 22. März 1833 Art. 6 (H.-B. IV. S. 309). Der Art. 7 enthält die Ausnahmen hievon.

⁴⁾ Angef. Vertrag Art. 13. Als Maximum sollen die Ansätze des preuss. Tarifs v. 1828 gelten.

b) In gleicher Weise soll die Schifffahrt auf den Vereinsflüssen möglichst erleichtert und der Grundsatz der gleichen Behandlung aller Vereinsangehörigen zu Grunde gelegt werden.⁵⁾

c) Alle Stapel- und Umschlagsrechte sind gegenseitig aufgehoben.⁶⁾

d) Es soll ein gleiches Münz-,⁷⁾ Mass- und Gewichtssystem⁸⁾ eingeführt werden.

e) Die Zulassung zum Handels- und Gewerbs-Betrieb soll allen Vereinsangehörigen in jedem Vereinsstaate unter den gleichen Bedingungen gewährt werden, wie den eigenen Unterthanen.⁹⁾

f) Alle dem Verkehre unterliegenden Producte, sey es der Landwirthschaft oder der Gewerbe sollen in allen Vereinslanden möglichst nach gleichen Grundsätzen besteuert werden. Wo noch Abweichungen bestehen, da werden zur Beseitigung der Nachtheile für die Producenten Ausgleichungsabgaben erhoben.¹⁰⁾

2) In den Gebieten der Vereinsstaaten sollen übereinstimmende Gesetze¹¹⁾ über Ein-, Aus- und Durchgangsabgaben bestehen, und die Zollverwaltung sowie die Organisation

5) Angef. Vertrag Art. 15. Abgaben für Verkehrs-Anstalten sollen nur da erhoben, wo wirklich eine Benutzung statt hatte, und dann nicht erhöht werden. Art. 17.

6) Angef. Vertrag Art. 16.

7) Angef. Vertrag Art. 14. S. die allgemeine Münzconvention der zum Zoll- und Handelsverein verbundenen Staaten v. 30. Juli 1838 (H.-B. IV. S. 336) und das Münz-Cartell unter den Staaten des Zollvereins v. 21. Oct. 1845 (Regierungsblatt v. 1846 S. 517 ff.).

8) Vgl. besonders die Bekanntmachung v. 6. Juli 1832 (Regierungsblatt v. 1832 S. 479) und den Tarif v. 1843 S. 461 I. (Regierungsblatt v. 1842) S. 40.

9) Angef. Vertrag Art. 18. Verordn. v. 14. Juli 1846, den Vollzug des Art. II. des Gewerbsgesetzes betr. §. 30 (Regierungsblatt v. 1846 S. 537 ff.).

10) Angef. Vertrag Art. 11.

11) Dahin gehören das Zollgesetz, der Zolllarif und die Zoll-Ordnung. Wenn Uebereinstimmung besteht, so kann sie einseitig von keinem Vereinsstaat beseitigt werden. Angef. Vertrag Art. 4 und 5. Was insbesondere den Tarif betrifft, so wird derselbe jedesmal auf drei Jahre festgesetzt (Tarifperiode). — S. den pro 1846—48 im Regierungsblatt v. 1845 S. 657 ff.

der hiezu dienenden Behörden möglichst auf gleichen Fuss gesetzt werden.

3) Die Aussenzölle, d. h. jene, welche an den **Vereinsgränzen** erhoben werden, werden auf gemeinschaftliche Kosten und zum gemeinsamen Vortheile aller Vereinststaaten erhoben.¹²⁾ Die Vertheilung unter die Vereinsglieder geschieht nach Verhältniss der Bevölkerung, mit der jedes Mitglied dem Vereine angehört.¹³⁾

4) Die Vereinststaaten werden sich bemühen, durch Handelsverträge mit anderen Staaten dem Verkehre ihrer Angehörigen jede mögliche Erleichterung und Erweiterung zu verschaffen.¹⁴⁾

5) Um die Fortbildung des Vereines zu sichern, soll mindestens alljährlich in den ersten Tagen des Juni zum Zwecke gemeinsamer Berathung ein Zusammentritt von Bevollmächtigten der Vereinsregierungen (Zollcongress) an dem in der letzten Versammlung bestimmten Orte stattfinden.¹⁵⁾

12) Zu dem Behufe besteht ein Zollcartell unter den Vereinststaaten, um zur Unterdrückung des Schleichhandels gemeinsam zu wirken. Vertrag v. 11. Mai 1833 (Regierungsblatt v. 1833 S. 1343).

13) Zu dem Zwecke wird alle drei Jahre eine Volkszählung in allen Vereinstaten vorgenommen. Angef. Vertrag Art. 6 und 22. — Im Jahr 1842/43 betrug die Bevölkerung Bayerns 4,375,586, die Gesamtbevölkerung des Zollvereins 27,623,815, wonach sich der Antheil Bayerns von selbst ergibt (St.-V. v. 1843 K. d. A. Beil. B. X. S. 427).

14) Angef. Vertrag Art. 39. Solche Verträge bestehen zur Zeit mit Hannover und den übrigen Staaten des Steuervereins, mit der Türkei, mit Belgien und Neapel; der mit England ist öffentl. Nachrichten zufolge gekündigt.

15) Angef. Vertrag Art. 33 (H.-B. IV. S. 319). Der Art. 34 zählt die Gegenstände auf, welche vor diese Versammlung gehören. — Die gegenseitige Controle der Vereinststaaten betr. vgl. die Art. 31 und 32.

DRITTER THEIL.

Von den Garantien der Verfassung.

§ 178.

I. Von den inneren Garantien.

Unsere Verfassungsurkunde hat zur Aufrechthaltung der in ihr enthaltenen Bestimmungen und zur Wahrung der durch sie gesicherten Rechte gegen Missbrauch und Verletzung folgende Schutzmittel angeordnet:

1) Beim Regierungsantritte schwört der König in einer feierlichen Versammlung der Staatsminister, des Staatsrathes und einer Deputation der Stände, wenn sie zu der Zeit versammelt sind, folgenden Eid: »Ich schwöre, nach der Verfassung und den Gesetzen des Reiches zu regieren, so wahr etc.« — Der Reichsverweser leistet gleich nach dem Antritte der Regentschaft in Mitte der (zu versammelnden) Stände, der Minister und Staatsräthe nachstehenden Eid: »Ich schwöre, den Staat in Gemässheit der Verfassung und der Gesetze des Reichs zu verwalten, die Integrität des Königreichs und die Rechte der Krone zu erhalten, und dem Könige die Gewalt, deren Ausübung mir anvertraut ist, getreu zu übergeben u. s. w.« ²⁾ — Sämmtliche Prinzen des königlichen

¹⁾ Verf.-Urk. Tit. X §. 1. Ueber den Act der Eidesleistung wird eine Urkunde verfasst und beglaubigte Abschrift davon der Ständeversammlung mitgetheilt, das Original aber im Reichsarchiv hinterlegt.

²⁾ Verf.-Urk. Tit. II. §. 16. Auch über diesen Act wird eine besondere Urkunde aufgenommen.

Hauses leisten nach erlangter Volljährigkeit ebenfalls einen Eid auf die genaue Beobachtung der Verfassung.³⁾

2) Alle Staatsbürger sind bei der Ansässigmachung und der allgemeinen Landeshuldigung, sowie alle Staatsdiener bei ihrer Antellung verbunden, folgenden Eid abzulegen: »Ich schwöre Treue dem Könige, Gehorsam dem Gesetze und Beobachtung der Staatsverfassung, so wahr etc.«⁴⁾

3) Die königlichen Staatsminister und sämtliche Staatsdiener sind für die genaue Befolgung der Verfassung (civil- und strafrechtlich) verantwortlich.⁵⁾ — Die Stände haben das Recht, wegen vorgekommener Verletzungen beim Könige Beschwerde zu führen⁶⁾ und gegen höhere Staatsbeamte, die sich einer vorsätzlichen Verletzung der Verfassung schuldig gemacht haben, förmliche Anklage zu erheben.⁷⁾

4) Um jeden übereilten oder willkürlichen Wechsel der Verfassungsbestimmungen auszuschliessen, ohne doch das Fortschreiten zum Besseren nach geprüften Erfahrungen zu hindern, sind bei Abänderungen der und bei Zusätzen zur Verfassungsurkunde nicht blos die gewöhnlichen Formen, wie sie bei jedem Gesetze zu beobachten sind (Zustimmung der Stände) einzuhalten, sondern es sind noch besondere erschwerende Formen vorgeschrieben:

a) Die Vorschläge hiezu gehen allein vom Könige aus, und nur wenn derselbe sie an die Stände gebracht hat, dürfen sie darüber berathschlagen.⁸⁾

3) Verf.-Urk. Tit. X. §. 2 Abs. 2.

4) Verf.-Urk. Tit. X. §. 3.

5) Verf.-Urk. Tit. X. §. 4. v. Mohl, die Verantwortlichkeit der Minister in Einherrschaften mit Volksvertretung. Tübingen 1837. 8.

6) Verf.-Urk. Tit. X. §. 5. Vgl. oben §. 135.

7) Verf.-Urk. Tit. X. §. 6. Vgl. oben §. 136.

8) Verf.-Urk. Tit. X. §. 7 Abs. 1 und 2. Ob den Ständen dadurch auch das Recht entzogen sey, Wünsche wegen Aenderungen, authentischen Erläuterungen und Zusätzen zur Verf.-Urk. an den König zu bringen, ist streitig. Vgl. Dresch, Grundzüge S. 106 not. b. Landtags-Abschied v. 1819, III, 1 (Gesetzbl. v. 1819 S. 51). Landtags-Abschied v. 1843 V. §. 1 Dagegen wurde gegen derartige Wünsche nichts erinnert im Landtags-Abschied v. 1846, III, §§. 35, 36 und 40 (Gesetzbl. v. 1846 S. 30 ff.).

b) Zu einem gültigen Beschlusse in dieser höchst wichtigen Angelegenheit wird (bei der Beschlussfassung in der Kammer) wenigstens die Gegenwart von drei Viertheilen der bei der Versammlung anwesenden (d. h. nicht beurlaubten) Mitglieder jeder Kammer und zum Beschlusse eine Mehrheit von zwei Drittheilen der Stimmen erfordert.⁹⁾

§. 179.

II. Von den äusseren Garantien.

A e u s s e r e, d. h. durch fremde Mächte gewährte, also völkerrechtliche Garantien für die Erhaltung der bayerischen Verfassung enthält zur Zeit blos die Verfassung des deutschen Bundes, und zwar

1) eine **a l l g e m e i n e**, indem die Bundesversammlung das Recht und die Pflicht hat, darüber zu wachen,

a) dass in jedem deutschen Staate eine ständische Verfassung bestehe; nur darf dieselbe nichts enthalten, was den Bestimmungen der Bundesverträge, insbesondere in Ansehung des monarchischen Princips, entgegen ist. Die bayerische Verfassung genügt dieser Vorschrift des Bundesrechtes, sie hat überall das monarchische Princip aufrecht erhalten;

b) dass die in anerkannter Wirksamkeit bestehende Verfassung nur auf verfassungsmässigem Wege (§. 178) geändert werde.¹⁾

2) **B e s o n d e r e**, nur unter gewissen Voraussetzungen wirksame Garantien treten in folgender Weise ein:

a) Falls der Bund auf specielles Nachsuchen Bayerns die Garantie der bayerischen Verfassung übernähme. Dadurch würde die Bundesversammlung berechtigt, auf Anrufen der Betheiligten die Verfassung aufrecht zu erhalten und die über Auslegung und Anwendung derselben entstandenen Irrungen, so ferne dafür nicht anderweitige Mittel und

⁹⁾ Verf.-Urk. Tit. X. §. 7 Abs. 2.

¹⁾ Bundesacte Art. 13 und Wiener Schluss-Acte Art. 56—58 vergl. mit Verf.-Urk. Tit. II, §. 1.

Wege vorgeschrieben sind, durch gütliche Vermittlung oder compromissarische Entscheidung beizulegen.²⁾

b) Für gewisse Differenzen zwischen Regierung und Ständen haben die Bundesglieder sich verpflichtet, dieselben, wenn sie auf gesetzlichem und landesverfassungsmässigem Wege nicht erledigt werden können, dem **Bundesschiedsgerichte** zur Entscheidung zu übertragen, falls die Stände sich damit einverstanden erklären.³⁾

c) Sollten die Misshelligkeiten zwischen Regierung und Ständen auf einen solchen Grad gestiegen seyn, dass durch Widersetzlichkeit der Unterthanen gegen die Obrigkeit die innere Ruhe unmittelbar gefährdet und eine Verbreitung auf-rührerischer Bewegungen zu fürchten wäre, oder sollte ein wirklicher Aufruhr zum Ausbruche gekommen seyn und da-bei die Regierung selbst die Hülfe des Bundes anrufen oder notorisch daran gehindert seyn, so hat der Bund das Recht und die Pflicht, zur Wiederherstellung der Ordnung die schleunigste Hülfe zu leisten.⁴⁾

2) Wiener Schluss-Acte Art. 60. Bis jetzt hat der König eine sol-che Garantie nicht nachgesucht.

3) Bundesbeschluss v. 30. Oct. 1834 (H.-B. I. S. 402 not. 20). — Ein verfassungsmässiges Mittel, das dem Könige zu Gebote steht, die Irrung zu heben, liegt in der Auflösung der Ständeversammlung; son-stige Mittel kennt das bayerische Recht nicht. Das Nähere s. bei Za-chariä a. a. O. B. III. 333 ff.

4) Wiener Schluss-Acte Art. 26 und 29. Vgl. oben §. 175. Damit dem Ansuchen der Regierung statt gegeben werden kann, muss sie vor-her den Antrag auf schiedsrichterliche Entscheidung gestellt haben.

ANHANG.

Verfassungs-Verständniss

nach den Stände-Verhandlungen von 1843. *)

§. I. Die Verfassungsurkunde Tit. VII. §. 3 räumt den Ständen das Willigungsrecht ein bezüglich

A. aller directen Steuern,

B. aller neu einzuführenden, zu erhöhenden oder abzuändernden indirecten Auflagen;

und setzt in §. 4, 5 und 8 desselben Titels Folgendes fest:

I. Den Ständen wird je von 6 zu 6 Jahren ein Budget, d. h. »eine genaue Uebersicht des Staats-Bedürfnisses und der gesammten Staatseinnahmen« vorgelegt.

II. Die Stände treten nach vorgängiger Prüfung dieses Budgets über die Steuerwilligung in Berathung und willigen je für die nächsten 6 Jahre, »die zur Deckung der ordentlichen, beständigen, bestimmt vorherzusehenden (vorhersehba-

*) Zuerst ward eine Reichsrathsdocrin über die schwebenden staatsrechtlichen Fragen entworfen (St.-V. v. 1843, K. d. RR. Beil. B IV. S. 219). Das Gesamtministerium gab unter dem 30. Juni 1843 einige Erinnerungen dagegen ab (A. a. O. S. 264 ff.), und darnach ward die Doctrin modificirt und als Verfassungs-Verständniss von dem Ausschusse der Kammer des Reichsräthe, dann von der I. Kammer selbst anerkannt (A. a. O. S. 269 ff.). — Die Verhandlungen in der Kammer der Abgeordneten in demselben Betreffe führten dahin, dass das Verfassungsverständniss, soweit es das Rechtsverhältniss der Erübrigungen betrifft, unbedingt, in Ansehung der Budgetmodificationen aber nur bedingt anerkannt wurde (St. - V. von 1843, K. d. A. Beil. B. IX. Abthl. 1. S. 167 ff. u. besonders 395 ff. u. Verh. der R. d. A. B. IX. S. 537 ff.). Die Erklärung des Königs enthält der Landtagsabschied von 1843 a. E. (Gesetzbl. v. 1843 S. 78).

ren) Staatsausgaben“, dann zur Dotirung »des nothwendigen Reservefonds erforderlichen Steuern.“

III. Ergibt sich im Laufe der 6 Jahre ein ausserordentliches unvorhergesehenes Staats - B e d ü r f n i s s , so wird dieses den Ständen »zur Willigung ausserordentlicher Auflagen« in so ferne vorgelegt, »als die bestehenden Staatseinnahmen zu dessen Deckung unzulänglich sind.“

§. II. Aus diesen Verfassungsbestimmungen folgt :

I. In Absicht auf das Budget, dass dieses

A. das gesammte bestimmt vorherzusehende Staatsbedürfniss und

B. alle irgend zu erwartenden Staatseinnahmen vollständig und nachhaltig evident stellen muss.

II. In Absicht auf die Willigung: dass die Stände je von 6 zu 6 Jahren nur jene Steuern zu willigen haben, die nach ihrer Ueberzeugung erforderlich sind, um die Differenz zwischen dem Gesamtstaatsbedürfnisse, d. h. zwischen dem »ordentlichen beständigen, bestimmt vorherzusehenden« Staatsbedarfe, einschliessig des nothwendigen Reservefonds einerseits, und zwischen den von ihrer Willigung unabhängigen Deckungsmitteln andererseits auszugleichen,

III. In Absicht auf das Verfügungsrecht der Regierung, dass diese

A. aus den Staatseinnahmen nur Staatsbedürfnisse und zwar nur solche bestreiten darf, welche entweder

a) als ordentliche beständige, zur Zeit der Willigung bestimmt vorherzusehende, *à Conto* des laufenden Dienstes, oder als ausserordentliche, aber zur Zeit der Willigung bestimmt vorherzusehende *à Conto* des Reichsreservefonds in das Budget eingestellt und mittelst dieses Budgets »ständischer Prüfung« unterstellt wurden, oder

b) ausserordentlicher und unvorhersehbarer Weise im Laufe der Finanzperiode sich ergeben, und dass

B. Ausgaben, welche nicht den Charakter des Staatsbedürfnisses an sich tragen, d. h. Ausgaben, welche die Erreichung des Staatszweckes nicht gebietet, resp. welche das wahre Landeswohl nicht fordert, dann Staatsbedürfnisse,

welche weder vermöge ihrer Natur als bestimmt vorherzusehende in das Budget eingestellt wurden, noch im Laufe der Finanzperiode ausserordentlicher und unvorhersehbarer Weise eingetreten sind, nur kraft einer Vereinbarung zwischen Regierung und Ständen Platz greifen können.

§. III. Stimmen bei Nichteinbringung eines Finanzgesetzes die Stände mit der Regierung sowohl über Natur und Grösse der »ordentlichen beständigen, bestimmt vorherzusehenden Staatsbedürfnisse« und über den »nothwendigen« Betrag des Reservefondes, als über Natur und Voranschlag der von ihrer Willigung unabhängigen Deckungsmittel überein, so sind Differenzen weder hinsichtlich des Ziffers der zu willigenden Ergänzungssteuern, noch rücksichtlich der zu bestreitenden Ausgaben denkbar. Die Stände willigen die postulierte Steuergrösse, und die Krone, für welche das vorgelegte Budget durch den Act der Steuerwilligung *in quanto et quali* obligatorisch wird, realisirt das gesammte budgetisirte Staatsbedürfniss, zusammt den gesammten, theils übereinstimmend bevoranschlagten, theils gewilligten Deckungsmitteln in gesetzgemässer Weise.

§. IV. Sind dagegen Regierung und Stände entweder
a) in Absicht auf Natur und Grösse des ordentlichen beständigen, bestimmt vorherzusehenden Staatsbedürfnisses, oder

b) in Absicht auf Natur und Grösse der von einer ständischen Willigung unabhängigen Deckungsmittel, oder

c) in beiderlei Hinsicht abweichender Ueberzeugung, und kommt in Folge des durch Beschlüsse sich aussprechenden ständischen Beirathes keine Vereinbarung zu Stande, so willigen die Stände begreiflichermassen an ergänzenden Steuern nur die ihres Dafürhaltens erforderliche Grösse, und sofort ist zu unterscheiden zwischen

a) den in das Budget eingestellten und

b) den in dasselbe nicht eingestellten Ausgaben.

Ausserordentliche, zur Zeit der Willigung unvorhersehbare, sonach in das Budget nicht eingestellte Staatsbedürfnisse.

nisse finden in dem Reichsreservefond und subsidiär in den etwaigen Ueberschüssen des Staatseinkommens auch in diesem Falle ihre gesetzliche Deckung.

Die in das Budget eingestellten Ausgaben aber können nur in so ferne realisirt werden, als sie die Natur eines zur Zeit der Willigung bestimmt »vorherzusehenden Staatsbedürfnisses« tragen, und sollten die Deckungsmittel nicht zulänglich seyn, alle in das Budget eingestellten Staatsbedürfnisse zu decken, so befriedigt die Regierung zunächst jene unter diesen Staatsbedürfnissen, welche auf gesetzlichen oder rechtlichen Verpflichtungen beruhen, dann jene, welche ihr gemäss ihres regiminalen Ermessens als die dringendsten erscheinen.

§. V. Die Verfassung gebietet ferner im Tit. VII. §. 10, »dass den Ständen bei jeder Versammlung eine genaue Nachweisung über die Verwendung des Staatseinkommens vorgelegt werde.«

§. VI. Aus dieser Verfassungsbestimmung folgt:

I. In Absicht auf die Nachweisungen selbst: dass dieselben alle irgendwie realisirten Staatseinnahmen und alle irgendwie aus Staatsmitteln (namentlich auch in Gemässheit des Tit. VII. §. 8 der Verfassungsurkunde) als »ausserordentlich und unvorhersehbar« aus Ueberschüssen des bestehenden Staatseinkommens bestrittene Ausgaben genau und vollständig nachgewiesen (documentirt) darlegen müssen.

II. In Absicht auf die Befugnisse der Stände: dass diese befugt sind, die Nachweisungen einer sorgfältigen Prüfung zu unterwerfen, und sofern sie die Ueberzeugung schöpfen, es seyen entweder

a) die Staatseinnahmen nicht vollständig und streng gesetzmässig verwirklicht, oder

b) die in das Budget eingestellten ordentlichen und ausserordentlichen, bestimmt vorherzusehenden Staats- Bedürfnisse nicht vollständig, nicht entsprechend, oder mit Ueberschreitung ihrer budgetmässigen Grösse bestritten, oder

c) sonstige, nicht in die Kategorie des ausserordentlichen, zur Zeit der Willigung unvorhersehbaren Staats-Bedürfnisses gehörigen Ausgaben bewirkt worden, diesen Wahrnehmungen mit allen Gegenmitteln entgegen zu treten, wozu ihre verfassungsmässigen Willigungs-, Antrag-, Beschwerde- und Anklagerechte sie ermächtigen.

§. VII. Erübrigungen sind nur jene Ueberschüsse, welche sich bei Ablaufe der sechsjährigen Finanzperiode nach vollständiger und entsprechender Deckung aller in das Budget eingestellten ordentlichen beständigen, bestimmt vorherzusehenden und aller im Laufe der Finanzperiode eingetretenen, zur Zeit der Willigung unvorhersehbaren nothwendigen, d. h. durch die Erreichung des Staatszweckes gebotenen, resp. durch das wahre Landeswohl geforderten Staatsausgaben (Staatsbedürfnisse) ergeben. Sie zählen von Rechtswegen gleich den Cassabeständen und Activen aller Art zu den Deckungsmitteln (Staatseinnahmen der künftigen Periode) und müssen als solche in das Budget für diese Periode nach ihrem vollen Umfange eingestellt werden.

REGISTER.

*Die beigefügten Zahlen zeigen die Seite, die in Klammern etwa stehenden
Ziffern die Note an.*

- | | |
|--|---|
| Abänderungen der Verf.-Urk. 341. | Agnaten königliche, Rechte derselben 192, 201. |
| Abdication 199. | Akademischer Senat 181. |
| Abgeordnete zur II. Kammer 226. | Allodification der gemeinen Lehen 292 (6). |
| Fähigkeit dazu 232. | Amortisationsgesetze 36, 157. |
| Wahl derselben 235 ff. | Amtsehre 215. |
| Ablehnung der Wahl zum Abg. 242. | Analogie 22. |
| zu Gemeinde-Aemtern 168. | Anklagerecht der St.-V. 266. |
| Ablösung grundherrlicher Leistungen 48, 129 (4). | Ansässigkeit, Erforderniss des Staatsbürgerrechts 44. |
| Abschied, Landraths- 286. | Ansässigmachung 162. |
| Landtags- 244, 278. | Anstellungsrescript 208. |
| Abstimmung in der St.-V. 276. | Anträge, Rechte der St.-V. 263. |
| Abtretung des Grundeigenthums an den Staat 59, 66. | der Ständemitglieder 268. |
| der gutsherrlichen Gerichtsbarkeit an den Staat 124. | Antritt der Regierung 197. |
| Activbürger 162. | Anwartschaften 209 (7). |
| Activer Staatsdiener Rechte 216, 219 | Anwärter bei Familien.-Fideic. 97. |
| Activleben der Standesherrn 143. | Apanage der k. Prinzen 194, 294. |
| Adel, Arten 68. | Arrogation s. Adoption. |
| Angemasster 75. | Associationsrecht 54. |
| Auszeichnungen des 71. | Aufenthaltsfreiheit 48. |
| Ausübung 73. | der Standesherrn 139. |
| Erwerb 69. | Aufschlagsgefälle, Bestimm. der 320. |
| Hoher 68, 136. | Aufsicht. polizeil. auf die Presse 50. |
| Matrikel 74. | besondere über Personen 312. |
| Suspension 76. | Ausmärker 162. |
| Taxen 70 (6). | Ausschüsse der St.-V. 269. |
| Verleihung 70. | Aussteuer der k. Prinzessinen 152. |
| Verlust 75. | Auswanderung 56. |
| Administrativ-contentiöse Gegenstände 309. | Authentische Interpretation von Gesetzen 249. |
| Administrativ-Justiz 308. | Autonomie der Gemeinden 165. |
| Adoption beim Adels-Erwerb 70. | der öffentlichen Kirchengesellschaften 186. |
| bei Succession in Familienfideic. 98. | der Standesherrn 139. |
| Advocaten als Abgeordnete 241. | |

- Ballotage** 236, 237 (2), 238 (1) ff.
Bayern, constitution. Monarchie 28.
 Grenzen 31.
 Königreich 17.
 Schreibart 1 (1).
Beamte gutsherl., Qualification 109.
 Stellung 111.
 königliche s. Staatsdiener.
Begnadigungsrecht 307.
Behörden, verfassungsmässige 204.
Beisassen 162.
Beneficium competentiae 72, 190, 210.
Berathung in der St.-V. 275.
Besatzungsrecht von Landau 334.
Beschlagnahme von Druckwerken 51.
Beschwerdeführung bei der St.-V.
 63, 264.
 beim deutschen Bunde 63.
Beschwerderecht der Stände 264.
Besoldung 208, 216.
Bestätigungsrecht des Königs bei
 Gemeindebeamten 173.
 bei gutsherl. Beamten 110.
 bei kirchlichen Deamten 327.
Bestechung bei Wahlen 235.
Besteuerungsrecht 317.
Bischof-Reichsrath 229.
Buchhandel, Freiheit desselben 49.
Budget 251.
Bündnissrecht 330.
Bürgermeister, Rechtsverhältnisse
 der 172.
Bund, deutscher, Verhältn. zum 332.
Bundesacte 16.
Bundescontingent 335.
Bundesgenossenschaft 28.
 Folgen derselben 000.
Bundesgesandter 333, 334.
Bundesgesetze, Giltigkeit der 21.
 Pflicht zur Publication ders. 297.
Rundeskanzleibeträge 336.
Bundeslasten 335.
Bundesmatricularbeiträge 336.
Bundesschiedsgericht 343.
Bundesversammlung, Stimmrecht
 Bayerns bei der 333.

Cabinet 288.
Cabinetssasse 287 (4).
Cabinetsjustiz 306.
Cadetten 71.
Caducität 131.
Cassation der Staatsdiener 223.
Censur 50, 52.
 kirchliche 187.
Churfürstenthum Bayern 4.

Civilliste 293.
Civilverdienst-Orden 290.
Cognaten, Successionrechte der 195.
Collegialräthe, Rechte d. 212 (12), 218.
Commissäre, königl. bei der St.-V.
 273 (1), 276 (10).
 ständische 259 (1, 2).
Competenz, Rechtswohlthat der 72,
 190, 210.
Concordat v. Jahr 1817 24.
Confession, rechtliche Bedeutung der
 44, 47.
Confination 311 jct. 42, 48.
Confiscation 52, 58.
Congrua der Geistlichen 189.
Conscription 65.
Consistorium, v. Giech'sches 148.
 königliches 35, 231.
 standesherrliches 142.
Constituierung der Kammer der Ab-
 geordneten 246.
 der Kammer der Reichsräthe 245.
Constitutionelle Monarchie 28.
 Rechte, Verletzung der 63, 264.
Consula 229.
Corporationen, öffentliche 158.
Correctionsrecht 186.
Criminaljustiz, Verhältniss der Po-
 lizei zur 311.
Curatel in Ansehung der Landge-
 meinden 118, 180.
 der Städte 118, 178.

Declaration von 1806 in Ansehung
 der ehem. R.-Ritterschaft 134.
 in Ansehung der Standesherrn 136.
Decane, als Leiter der Wahlen 238.
Degradation der Staatsdiener 223.
Deputirte s. Abgeordnete.
Deserteurs 58.
Deutsches Reich, Verhältniss Bayerns
 zu dems. 4.
Diäten der Staatsdiener 216 (9).
 der Abgeordneten 269.
Dienstesgehalt der Staatsdiener 217.
Dienstpflcht der bayerischen Unter-
 thanen 65.
 -Verhältniss der Staatsdiener 207 ff.
Dimission der Staatsdiener 223.
Directe Steuern 318.
 Rechte der St.-V. bezüglich der-
 selben 256.
Disciplin, Handhabung derselben bei
 Staatsdienern 212.
Disciplinargewalt der Universit. 182.
 -Strafen bei Staatsdienern 213.

- Disciplinarstrafen bei Ständemitgliedern 248.
 Discussion in der St.-V. 275.
 Dispensationsrecht 300.
 Districtsgemeinden 169.
 -Umlagen 169.
 -Vorsteher 171.
 Domänen 255, 314 ff.
 Donaudampfschiffahrtstarife, Festsetzung der 255.
 Dorfpolizei 180.
 Durchlaucht 138.
 Ebenbürtigkeit der Glieder des k. Hauses 149, 192.
 der Standesherrn 139.
 Edelmannsfreiheit 7.
 Edelsitze 7.
 Ehen der Glieder des k. Hauses 292.
 Ehrenrechte des Königs 288.
 Ehrenvorzüge der Mitglieder des k. Hauses 148.
 Ehrenwache der Standesherrn 138.
 Eid des Königs 198, 340.
 des Reichsverwesers 202, 340.
 Eigenthum betreffende Gesetze, Erlassung ders. 58, 249 ff., 295 ff.
 Eigenthumsrechte des Königs 293.
 der öffentl. Kirchengesellsch. 185.
 Eingeborne 40.
 Einheimische 37.
 Einnahmen, des Staates 254, 314 ff.
 Eintheilung des Staatsgebietes 33.
 der Kreise 34.
 kirchliche 34.
 Einwanderung 41.
 Einweisungscommission der II. Kammer 246.
 Einwohner 37 (1).
 Eisenbahntarife, Festsetzung der 255.
 Enclaven in Bayern 30.
 Enger Rath der Bundesversammlung, Stimmrecht Bayerns in dems. 333.
 Entschädigung bei Abtretung der gutsherrl. Gerichtsbarkeit 125.
 bei Ausüb. des Nothstandrechts 59.
 bei Entwehrung 61.
 Entschädigungsansprüche gegen den Fiscus aus Regierungshandlungen 62.
 Entsetzung 199.
 Episcopalgewalt 291.
 Erbfolge-Ordnung, Thron- 193, 196.
 Erbfolgerecht der k. Agnaten 192.
 der k. Cognaten 195.
 Erbliche Reichsräthe 229.
 Erbverbrüderung 194.
 Erlaucht 138.
 Ersatzmänner der Abgeordneten zur St.-V. 236.
 der Landräthe 279.
 Erstgeburt bei Familienfideic. 99.
 bei der Thronfolge 193.
 Erübrigungen 254, 258.
 Erwerbungen, neue 33.
 Erzbischöfe 229.
 Etablirung der k. Prinzen 152.
 Excellenz-Titel 216 (11).
 Executionsrecht der Gutsherrn 121.
Exercitium religionis publicum 187.
 Expropriation 59.
 Exterritorialität 35.
 Familienfideicommiss, adelige 73.
 Auflösung der 100.
 Aufsichtsbehörde der 90.
 Begriff 81.
 Familienfideicommissbesitzer, Pflichten und Rechte der 90.
 -Curator 89.
 -Errichtung 87.
 -Gegenstand 83.
 -Gläubiger, Rechte der 97.
 -Lasten 86.
 -Matrikel 88.
 -Schulden 84, 93.
 -Sicherung 86.
 -Veräußerung 91.
 -Vererbung 98.
 Familiengesetze des reg. Hauses 000.
 Familiengewalt des Königs 292, 295.
 Familienrath 150, 151, 293.
 Familiensteuer 318.
 Freiheit von derselben 144, 150.
 Familienverträge der Standesh. 139.
 Feldpolizei 180.
 Festungen 322.
 Fideicommiss s. Familienfideicomm.
 Finanzgewalt 10, 313.
 Finanzperiode 251.
 Fiscus, Gerichtsstand 61, 156.
 Haftbarkeit dess. bei Regierungshandlungen 62.
 Forensen 38, 40.
 Freiheit des Buchhandels 49.
 der Glaubenswahl 47.
 kirchliche 187.
 persönliche 46.
 der Presse 49.
 des Staatsgebietes 32.
 Freiheitsbriefe 3.
 Freimaurer-Orden 55.

- Freizügigkeit 56.
 Fremde 37.
 Rechte ders. 39.
 Friedensschluss, Recht des Königs zum 331.
 Frohnen 48.
 Functionsgehalt s. Dienstesgehalt.
 Garantien der Verfassung 340.
 Gebietstheile des Königreichs 18, 31.
 Gehalt der Staatsdiener 208, 216.
 Gehorsamspflicht 64.
 Geistliche 188 ff.
 Vertretung ders. in der II. Kammer 187, 231.
 Gemeinde 38, 158.
 -Arten 159.
 -Ausschuss 180.
 Begründung der 161.
 -Bevollmächtigte, Rechte 174 ff.
 Wahl 173.
 Pflichten 166.
 Rechte 164, 181.
 Gemeindebehörden, Rechte der 177.
 Gemeinde-Edict 21, 158.
 Gemeindeglieder 162.
 Pflichten der 168.
 Rechte der 167.
 Gemeinde-Umlagen 169.
 Gemeindeverfassung der Landgemeinden 175.
 der Städte 171.
 Gemeindevermögen 161, 165.
 -Versammlung 170.
 -Vorsteher 179.
 Generaldecanate 231.
 Georgi Ritterorden 289.
 Gerichtsbarkeit, geistliche 186.
 des Königs 293, 305.
 Ausübung der 306.
 freiwillige 305.
 standesherrliche 140.
 Gerichte, gutsherrliche 112.
 königliche 205, 306 ff.
 Gerichtsstand, privileg. des Adels 71.
 des Fiscus 156.
 der Geistlichen 189.
 der Glieder des königl. Hauses 150.
 der höheren Beamten 218.
 Gesandte 329.
 Gesandtschaftsrecht 329.
 Geschäfts-Ordnung der Kammern 248 (4), 269 ff.
 Gesellschaften ausländische 55.
 geheime 55.
 Religions- 183.
 Gesetze 21 (7), 23.
 Dauer der 300.
 Erlassung neuer 249.
 Publication der 299.
 Sanction der 299.
 verbindende Kraft der 301.
 Gesetzblatt 21 (7).
 Gesetzgebende Gewalt des Königs 10, 295.
 Schranken der 249, 297.
 Gewerbe, besteuerte, Ansässigmachungstitel 162.
 Gewerbesteuer 318.
 Betrag zur Wählbarkeit als Abgeordneter 233.
 Gewissensfreiheit 47.
 Gewähr der Verfassung 240.
 Wohnheitsrecht 22.
 Giech, Graf v., standesh. Rechte 148.
 Gilt 129 (4).
 Gleichheit, rechtliche aller Bayern 66.
 Grenzen des Reichs 31.
 Grenzverletzung 35.
 Griechen 185.
 Grundgesetzliche Rechte 63.
 Grundherrschaft 129.
 Grundsteuer 318.
 bei der Ansässigmachung 162.
 Betrag zur Wählbarkeit als Abgeordneter 233.
 Gut im engeren Sinn 126.
 Gutsherrliche Gerichtsbarkeit 102.
 Abtretung an den Staat 124.
 Bedingungen zur Ausübung derselben 108.
 Begründung derselben 105.
 Organe zur Ausübung der 109.
 Rechte der 111.
 Subject der 107.
 Suspension der 122.
 Verlust der 123.
 Gutsherrliche Rechte 126.
 Arten der 127.
 Realisirung derselben 131.
 Gutsherrschaft 126.
 Haftfreiheit der St.-Mitglieder 268.
 Handelsverträge 337.
 Handlohn 130.
 Hartschiere, Leibwache 289.
 Haus, königliches 148.
 Hausandacht, einfache 47.
 Hausgesetze der k. Familie 3, 16, 148.
 Heer, stehendes 323.
 Heiligkeit der Person des Königs 287.
 Heimatsrecht 41, 163.

Herrschaften 7.
 Herrschaftsgerichte, gutherrl. 109 ff.
 Competenz ders. 113.
 standesherrliche 140 ff.
 Hilfsmittel beim Studium des bayer.
 Staatsrechtes 4, 26.
 Hofmarken 7.
 Hofstaat 288.
 Hofstäbe 288.
 Hoheit 287 (3).
 Hoheitsrechte 10.
 Hubertus-Orden 298.
 Huldigung 64, 198.

Jagdrecht der Gutsherrn 127.
 Jagdregale 317 (1).
 Inamovibilität der Richter 209.
 der Beamten überhaupt 216.
 Incolat 6.
 Indigenat 6, 40, 73.
 Indirecte Steuern 319.
 Rechte der St.-V. bezüglich der-
 selben 256.
 Ingolstadt 322 (5).
 Initiative bei Anlehen 319.
 bei Gesetzen 298.
 Insassen 162.
 Installationsrecht der Gutsherrn 129.
 Instanzen 306.
 Juden, Rechtsverhältnisse der 153.
 Judenschutzgelder 128 (9).
Jura fisci der Standesherrn 145.
 Juristische Personen 155.
Jus advocatiae 328.
 collegii et armorum 11.
 eminens 36.
 inspectionis 326.
 reformandi 325, 47 (3).
 Justizcanzleien 141.
 -Gewalt 11, 304.
 -Pflege 58.
 -Verfassung, bayer. 306.

Kammern, die beiden der St.-V. 226.
 Katholische Kirche, Antheil an der
 Vertretung in der Stände-V.
 137 (17), 231.
 Concordat bez. ders. 20 (2), 24.
 öffentliche 184.
 Kirche 183.
 Verhältniss zum Staate 324.
 Kirchendiener 186.
 Kirchengebet für den König 288.
 für den Standesherrn 139.
 Kirchengesellschaften 183.
 öffentliche 184.

Kirchenhoheit 325.
 Kirchenpolizei der Standesherrn 142.
 Kirchenverwaltungen 176.
 König, Eid des 198, 340.
 Eigenthumsrechte des 293.
 Ehrenrechte des 288.
 Familiengewalt des 292.
 Gerichtsbarkheit über das königl.
 Haus 293.
 Rechte des 286.
 Souveränität des 17, 27, 287.
 Titulatur 288 (1).
 Königin, Rechte der 151.
 Königliche Haus, das 148.
 Königstitel 17.
 Kreisausgaben 262, 281 ff.
 Kreise 34.
 Kreiseinnahmen 262, 281 ff.
 Kreisfonds 281, 284.
 Kreishaushalt, Mitwirkung der St.-V.
 beim 261.
 Kreislasten 281, 283.
 Kreisumlagen 281, 283.
 Kriebsrecht 331.
 Kronbeamte 289.
 Kronprinz, Rechte des 152.

Land 30.
 Landau 334, 336.
 Landesfreiheit, erklärte 3.
 Landeshoheit 9.
 Landesherrliche Rechte 10, 286.
 Landeshuldigung 64.
 Landestrauer für den König 288.
 Landesverweisung 43.
 Landgemeinden 159.
 Landrath 278.
 Befugnisse des 280 ff.
 Geschäfts-Ordnung des 285.
 Versammlung des 284.
 Landraths-Abschied 286.
 Landsassen im älteren Recht 7.
 Landsassiat 40.
 Landschaft 11 ff., 19, 28.
 Landtafel 13.
 Landtag 13.
 Landtags-Abschied 13, 278.
 Landwehr 324.
 -Pflicht 65.
 Legitimation der Ständemitglieder
 246, 247.
 durch königl. Rescript verleiht
 den Adel nicht 70.
Legitimitio per subs. matrimonium bei
 dem Adel 70.
 bei Fideicommissen 98.

- Legitimation bei der Thronfolge 192.
 Lehen, Arten in Bayern 292.
 Lehenedict 291 (4).
 Lehensherrlichkeit des Königs 391.
 der Standesherrn 143.
 Leibeigenschaft 48.
 Leuchtenberg, standesherrl. Rechte
 der Herzoge von 147.
 Literarisches Eigenthum, Schutz
 des 57.
 Literatur des bayerischen Staatsr.
 4, 26, 57.
 Localpolizei der Gerichtsherrn 120.
 der Magistrate 678 (12).
 Ludwigs-Orden 290.
 Magistrat 172.
 Rechte desselben 177.
 Magistratsräthe 172.
 Majestät 287.
 Majorate 81.
 Massregeln geg. Pressmissbrauch 50.
 Matrikel s. Adel, deutscher Bund.
 Fideicommiss, Juden.
 Mediatisirte 136.
 Militärgerichtsbarkeit 323.
 Militärgewalt 10.
 Militär-Max-Josephs-Orden 289.
 Militärpersonen 206.
 Militärpflichtigkeit 65.
 Minister 204.
 Mittelbare Beamte 207.
 Modificationen der Anträge in den
 Kammern 276.
 Moratorien 307.
 Motionen der Stände-Mitglieder 273.
 Münzverträge 338.
 Nachdruck 58.
 Nachgeborene des k. Hauses 152.
 Nachmonat der Staatsdiener 218.
 Nachsteuer 6, 57, 59, 317 (1).
 Nachweisung der Verwendung der
 Staats-Einnahmen 257.
 Nationalrepräsentation 19, 224, 226.
 Naturalisation 41.
 Nebenlinie des k. Hauses 149.
 Neutralität, Recht der 332.
 Normaljahr bei Begründung der
 gutsh. Gerichtsbarkeit 105.
 Notariatsrechte der Siegelmässi-
 gen 78.
 Nothstandsrecht 59, 66.
 Oberaufsichtsrecht des Königs be-
 züglich der Kirche 326.
 Oberaufsicht des Königs bezüglich
 der Rechtspflege 308.
 Oberbefehl über die Armee 322.
 Oberconsistorium 291.
 Oeffentliche Diener 206.
 Güter 34.
 Oeffentlichkeit der St.-V. 271, 273.
 Officiere, Gerichtsstand 323 (3).
 Orden, bayerische 209.
 Ordnung der Sitze in den Kammern
 246 (3), 247.
 Ordnung der Verhandlungen bei der
 St.-V. 274.
 Ordnungsstrafen gegen Staatsdie-
 ner 213.
 Ortspolizei 116.
 Pappenheim, standesherrl. Rechte
 der Familie von 148.
 Passivbürger 163 (8).
 Patrimonialgerichte 112.
 Patrimonialgerichtsbarkeit s. gutsh.
 Gerichtsbarkeit.
 Patronatsrecht der Gutsherrn 129.
 des Standesherrn 141.
 Pension der Staatsdiener 221.
 Pensionen der Wittwen und Waisen
 der Staatsdiener 218.
 Personalgewalt 65.
 Personalisten 146.
 Personalsteuern, Freiheit von sol-
 chen 144, 150.
 Petitionsrecht der Stände 250, 263.
 Pfändungsrecht der Gutsherrn 132.
 Pflichten der Unterthanen 64.
 Pfründen, Fähigkeit solche zu er-
 langen 42.
 Placet regium 327.
 Plenum der Bundes-Vers., Stimm-
 recht Bayerns in dems. 332.
 Polizei-Aufsicht 312.
 Polizeidirection der St. München 179.
 Polizeigewalt 10, 309.
 Polizei, hohe, niedere 310.
 Polizeisenate in Städten 179.
 Polizei, Verhältniss ders. zur Cri-
 minaljustiz 311.
 Polizeiverwaltung der gutsherrlichen
 Gerichte 116.
 der Landgemeinden 180.
 der Städte 178.
 der Standesherrn 141.
 Postregale 317 (2).
 Prädicat der Standesherrn 138.
 Präsidenten der Kammern, Rechte
 derselben 267.

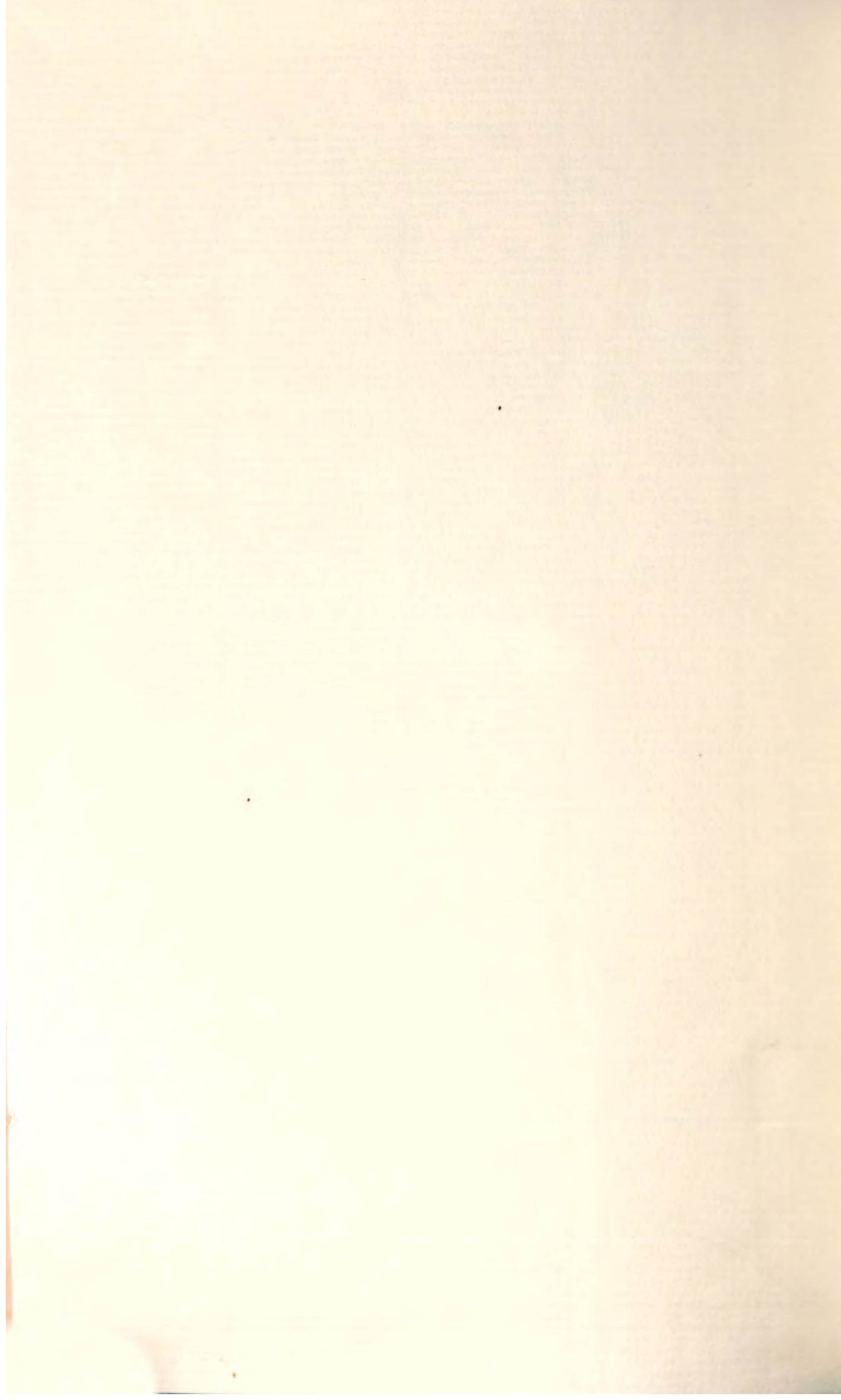
- Pragmatische Summe 157, 327.
 Pressfreiheit 49.
 Primogenitur 193.
 Prinzen, königl. 151.
 Prinzessinen, königl., Rechte derselben 152.
 Privatgut 33.
 Privatvermögen des Königs 293.
 Privilegien der Adeligen 72.
 der Standesherrn 136.
 Privilegiengewalt 299.
Privilegium de non appellando 5.
 Propädeutik des bayer. Staatsr. 2 ff.
 Protestantische Kirche 184.
 Vertretung in der Ständeversammlung 187 (17), 231.
 Protocole der St.-V. 27, 273.
 Publication der Bundesbeschlüsse 23, 297.
 der Gesetze 299 ff.
 Quartierfreiheit der Standesh. 145.
 Quartierlast 322 (7).
 Quellen des bayer. Staatsrechtes 2, 16, 20, 22.
Querela protractae vel denegatae iustitiae 308, 335.
 Quiescirung der Staatsdiener 215, 221.
 Rang Bayerns 28.
 im deutschen Bunde 333 (2).
 der Staatsdiener 207 (6).
 Rechenschaftsbericht der ständischen Commissäre 321.
 Rechte, allgemeine der Unterthanen 5, 19, 46, 61, 66.
 Rechtspflege, gutherrliche 113.
 Recurs an den Staatsrath 205 (5).
Recursus ab usu 188, 327.
 Regalien, Arten 316.
 Begriff 315.
 Rechtsverhältniss 317.
 Regentschaftsrath 203.
 Regierungsblatt 21 (8).
 Regierungsfähigkeit 193.
 Regierungsform 48.
 Regierungskanzleien der Standesherrn 142.
 Regierungs-Organ 204.
 Reich, deutsches, Verhältn. Bayerns zu demselben 4.
 Reichsräthe, Constituirung 245.
 Gerichtsstand der 71.
 Kammer der 226.
 Zusammensetzung der 229.
 Reichsrathsfideicommiss 85.
 Reichsritterschaft, Rechte der 133.
 Reichsstandschaft Bayerns 4.
 der Standesherrn 136.
 Reichsverwesung 200.
 Ende derselben 201.
 Reichsverweser 200.
 Rechte des 202.
 Reichsvicariat Bayerns 4.
 Reisegebühren der Abgeordn. 269.
 Religion, Einfluss derselben auf das Recht 38, 44, 47.
 Religions-Edict 25.
 Religionsgesellschaften 183.
 Repartitionssteuern 280.
 Repräsentation, National- 19.
 Repräsentativgewalt 329.
 -Verfassung 226.
 Repressalien 331.
 Reserve-Bataillons 65, 323.
 Residenz des Königs 195, 196.
 Retorsion 93, 331.
 Rheinbund, Verhältniss zum 17, 18.
 Rheinbunds-Acte 16.
 Richterpersonen 209, 217, 307.
 Rückstandszinsen 133.
 Ruhestand s. Quiescirung.
 Sammlungen der Quellen 3 (5), 17, 26 (2).
 Sanction der Gesetze 299.
 Scharrwerksrecht 121.
 Schulden s. Staatsschulden.
 Schulen in gutherrl. Bezirken 128.
 Schulpflicht 46.
 Schulpolizei 120.
 Schutzrecht des Königs 328.
 Secretäre in den Kammern 247, 267.
 Secundogenitur 196.
 Selbsthilfe 67.
 des Königs 331, 335.
 Senat, academischer 181.
 Sicherheit des Eigenthums 57.
 der Person 48.
 Siegelmässigkeit 8, 77.
 Singularsuccession bei der Thronfolge 198 (4).
 bei Familienfideicommissen 100.
 Sitzungen der St.-V., geheime 272.
 öffentliche 271.
 Sitz- und Stimm-Ordnung in den Kammern 246 (3), 247.
 Souveränität des Königs, Erwerb 17.
 Inhalt 287.
 Spanndienste 168.
 Special-Inquisition, Folgen der 45, 228.

- Staats-Ausgaben 313.
 Rechte der St.-V. bei deren Festsetzung 253.
 Staatsbürgerrecht, Begriff des 43.
 Erwerb des 43, 188.
 der Griechen 185.
 der Juden 154.
 Verlust des 45.
 Wirkung des 44.
 Staatsdiener 206.
 Arten 207.
 Disciplin 212.
 Gehalt 216.
 Pflichten 210.
 Rechte 214.
 Wittwen- u. Waisenpensionen 218.
 Staatsdienerverhältniss 207.
 Aufhebung des 221.
 Begründung des 208.
 Staatsdomänen 314.
 Arten 315.
 Staats-Einnahmen 254, 314.
 Nachweisung der Verwendung ders. 257.
 Staatsgebiet 30.
 Eintheilung 33.
 Grösse und Grenzen 30, 31.
 rechtliche Natur dess. 32.
 Staatsgut 33, 315.
 Staatshaushalt 250.
 Staatsoberhaupt 191, 286.
 Staatsrath 205 (5, 6).
 Staatsrecht, bayer. 1, 2, 16, 20.
 Staatsschulden, Rechte des Königs bezüglich der 319.
 Aelteres Recht 15 (3).
 Rechte der Stände 258.
 Städte 160, 171–175.
 Stände des Reichs 224.
 Ständeversammlung, Auflösung 245.
 Ausschüsse 269.
 Bestandtheile 226.
 Bildung 227.
 Constituierung 245.
 Dauer 244.
 Einberufung 243.
 Gegenstände der Berathung 273 ff.
 Geschäfts-Ordnung 272.
 Mitglieder 228.
 Rechte 247, 250–261.
 Sitzungen 271.
 Stadtschreiber 173.
 Stand, polit. bürgerl. 43.
 Standesherrn 136.
 bayerische 147.
 deutsche 137.
 Standesherrn, dingl. Vorrechte 140.
 persönliche 137.
 Stehende Armee 323.
 Sterbemonat 218.
 Steuer 317.
 directe und indirecte 318 ff.
 ständische Rechte bezüglich derselben 256 ff.
 Steuerbewilligungsrecht der Stände 256.
 Steuerfreiheit der Geistlichen 189.
 der Standesherrn 144.
 Steuergesetze 58, 256.
 Steuernachlässe 66.
 Steuerverweigerung 257.
 Stift 129 (4).
 Stiftungen 38, 156.
 allgemeine 255.
 Verwaltung derselben 177.
 Stiftungspfleger 175.
 Strafrecht der Gemeinde-Ausschüsse 187.
 der Polizei 312.
 Subalternbeamte 207.
 Succession im Reich 9, 28.
Summa practica 157.
 Suspension des Adels 75.
 der gutsherrl. Gerichtbarkeit 122.
 der Staatsdiener 222.
 Tages-Ordnung in den Kammern 272.
 Tarif der Eisenbahnen und Donau-Dampfschiffe 255.
 der Zölle 338.
 Taxen 319 (7).
 der Gutsherrn 128.
 der Privatgerichtsherrn 120, 125.
 Territorialgewalt, Ausfluss der 35.
 -Princip 35, 37.
 Theilung der Staatsgewalt ausgeschlossen 225 (6), 286.
 Thron, Erwerb des 197.
 Verlust des 199.
 Thronfolgefähigkeit 192.
 Thronfolge-Ordnung 193, 196.
 Thronfolgerecht 191, 194.
 Thurn und Taxis, Fürst von 148, 289 (8).
 Tilgung der Staatsschulden 260, 320.
 Titel der Staatsdiener 216.
 Titulatur des Königs 288.
 Treue, Pflicht der 64.
 Uebertritt von einer Confession zur andern 47.
 Umzugsgebühren 215.

- Unabhängigkeit d. Gerichte 205, 306
 Universitäten 181.
 Universitätspolizei 182.
 -Professoren 181.
 -Rechte 182.
 -Verfassung 181.
 Unterthanen, Classen der 6, 37, 68, 153.
 Pflichten der 64.
 Rechte der 5, 19, 46, 61, 66.
 Untheilbarkeit und Unveräußerlichkeit des Staatsgebietes 32.
 Unverantwortlichkeit des Königs 287.
 Urwahl zur Ständeversammlung 240.
- Venia aetatis* 43 (2), 193 (8).
 Verantwortlichkeit der Minister und Staatsdiener 211.
 Verbrechens- und Vergehensstrafen, Folgen der 45, 76, 228.
 Verdienst-Orden der bayer. Krone 290. vom h. Michael 290.
 Vereine 54.
 politische 55 (4).
 Verfassung neuerworbener Gebiets-theile 33.
 Verfassungs-Eid des Königs 198, 340. der Staatsbürger 341.
 Verfassungsmässige Behörden 204.
 Verfassungs-Urkunde 20.
 Verhaftung 49, 312.
 der Ständemitglieder 268.
 Verlassenschaften Siegelmässiger 80. der Standesherrn 138.
 Zuständigkeit der gutsherrlichen Gerichte in 115.
 Verletzung der Verfassung, Anklage wegen 266.
 Vermittlungs- Amt des Gemeinde-Ausschusses 180.
 des Magistrats 178.
 Vermögen der Unterthanen, Schutz des 58.
 Vermögens-Exportation 56.
 Verordnung 21 (8), 298.
 Verordnung der Landschaft 14.
 Verordnungsrecht 299.
 in Zollsachen 329.
- Versetzung der Staatsdiener 215.
 Versorgung der Kinder von Staatsdienern 220.
 Vertragsrecht des Königs 330.
 Verweigerung und Verzögerung der Justiz 307 (7). 308, 335.
 Volk 38.
 Volkszahl 339 (13), 335 (6).
 Vollbürger 162.
 Vollziehende Gewalt 10, 302 ff.
 Vorkenntnisse des bayerischen Staatsrechts 20.
 Vormundschaftssachen Siegelmässiger 80.
 der Standesherrn 138.
 Zuständigkeit der gutsherrlichen Gerichte in solchen 115.
- Wählbarkeit zur St.-V.
 Wahl der Abgeordn. zur St.-V. 232. aus der Classe der Geistl. 238. der Gerichtsherrn 236. der Landeigenthümer 240. der Städte 238. der Universitäten 238.
 Wahl der Confession 47.
 mehrfache zur Kammer der Abgeordneten 243.
 Wahlfähigkeit zur St.-V. 235.
 Wahlmänner 238.
 Wittum der Königin 151.
 der Gemahlinen der Prinzen 153.
 Wittwen- und Waisenfondsbeiträge 212, 218.
 Wittwen- und Waisenpension bei Staatsdienern 218.
 bei gutsherl. Beamten 111 (14).
- Zehentrecht 128.
 Zeitungen, Censur der 52.
 Zölle 319.
 Zollsachen, besondere Rechte der Regierung 319.
 Zolltarif 338 (11).
 Zollverein, Verhältniss zum 337.
 Zusätze zur V.-Urk. 341.
 Zwangs-Abtretung 36, 59, 66.
 Zwangsgewalt 295, 304.
 Zweck des deutschen Bundes 322.



Buchbinderei
H. Pantele
8012 Riemerling/München
Telefon 601 6888 0

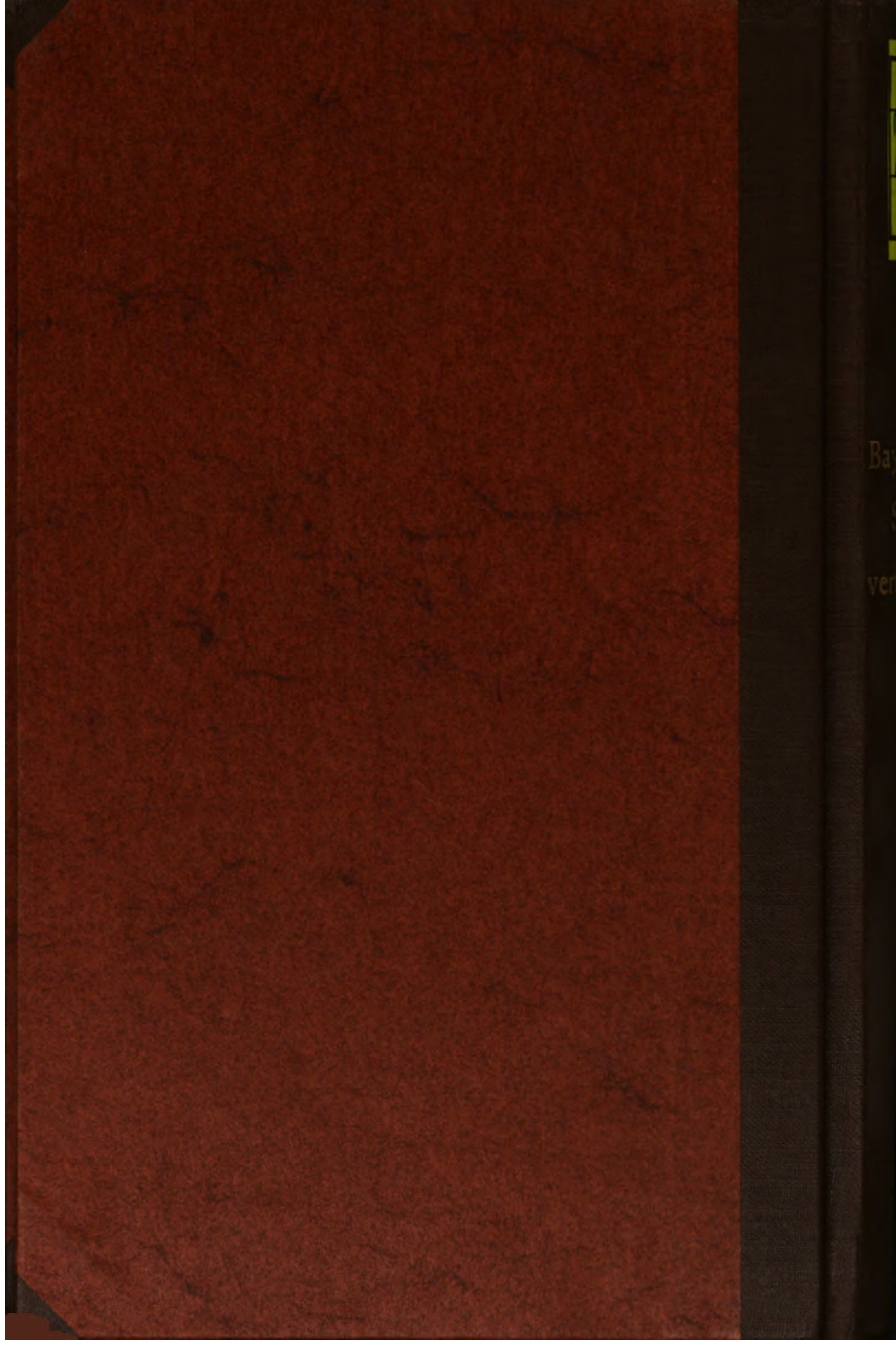




Buchbinderei
H. Pantele
8012 Riemerling
Telefon 60



Buchbinderei
H. Pantale
8012 Riemen 013108
Telefon 6



Bay
S
ven

Pözl, Joseph <<von>>,

Bayerisches Staats-Verfassungs-Recht als Leitfaden für akademische
Vorlesungen und zum Selbstunterricht bestimmt

Würzburg 1847

Bavar. 2116 r

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10377320-9